



Bundesministerium  
für Verkehr, Bau  
und Stadtentwicklung

*Positionen zum Wiederaufbau  
verlorener Bauten und Räume*

Heft 143

**Forschungen**



## **Positionen zum Wiederaufbau verlorener Bauten und Räume**

## Forschungen

In der Schriftenreihe Forschungen veröffentlicht das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) ausgewählte Ergebnisse aus der Ressortforschung.



Bundesinstitut  
für Bau-, Stadt- und  
Raumforschung

im  
Bundesamt für Bauwesen  
und Raumordnung

## IMPRESSUM

### Herausgeber

Bundesministerium für Verkehr,  
Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), Berlin

### Wissenschaftliche Begleitung

Bundesinstitut für Bau-, Stadt-  
und Raumforschung (BBSR)  
im Bundesamt für Bauwesen und  
Raumordnung (BBR), Bonn

### Bearbeitung

Universität Kassel (Auftragnehmer)  
Fachbereich 6  
Fachgebiet Stadterneuerung/Stadtumbau  
Prof. Dr. Uwe Altröck  
Grischa Bertram  
Henriette Horni

Bundesinstitut für Bau-, Stadt-  
und Raumforschung, Bonn  
Dr. Olaf Asendorf

### Redaktion

Bundesinstitut für Bau-, Stadt-  
und Raumforschung, Bonn  
Christian Schlag

### Druck

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

### Bestellungen

architektur.baukultur@bbr.bund.de  
Stichwort: Forschungen Heft 143

### Nachdruck und Vervielfältigung

Alle Rechte vorbehalten  
Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe gestattet.  
Bitte senden Sie uns zwei Belegexemplare zu.

Die vom Auftragnehmer vertretene Auffassung ist  
nicht unbedingt mit der des Herausgebers identisch.

**ISSN 1435 – 4659 (Schriftenreihe)**  
**ISBN 978-3-87994-475-0**

Forschungen Heft 143  
Berlin 2010

# Inhalt

<b>Zusammenfassung/Summary</b>	1
<b>1 Einführung</b>	9
1.1 Anlass, Ziel und Kurzüberblick	9
1.2 Methoden	9
<b>2 Die Rekonstruktionswelle</b>	11
2.1 Das Phänomen postmoderner Rekonstruktion und der Begriff der „Rekonstruktionswelle“	11
2.2 Gesamtüberblick über die Inhalte dieses Forschungsberichts	12
<b>3 Gesellschaftliche Rahmenbedingungen und Hintergründe</b>	15
3.1 Einleitung und Überblick	15
3.11 Ziel des Kapitels	15
3.12 Hintergrund: Denkmalpflegerische Positionen und Wiederaufbau vor 1975	15
3.13 Gesellschaftliche Disposition	16
3.14 Gesellschaftlicher Wandel	16
3.2 Hintergrund: Denkmalpflegerische Positionen und Wiederaufbaupraxis vor 1975	17
3.21 Die Ablehnung der Rekonstruktion als konstituierendes Element der Disziplin Denkmalpflege	17
3.22 Der Authentizitätsbegriff als zentrale Kategorie der Denkmalpflege und seine Wirkungen	19
3.23 Der Nachkriegswiederaufbau: Rekonstruktion als Ausnahme oder gängige Praxis?	23
3.24 Internationalisierung der Denkmalpflege und Wiederaufbau als Dauerzustand	26
3.3 Gesellschaftliche Disposition	29
3.31 Das Verhältnis von Original und Fälschung: Rekonstruktion als Kitschphänomen?	29
3.32 Romantik und „das Romantische“	32
3.33 Reliquienkult, Heiligenverehrung und Volksreligiosität	42
3.34 Erinnerungskultur und Geschichtsbilder im Wandel	53
3.4 Gesellschaftlicher Wandel	58
3.41 Das „Scheitern der Moderne“	58
3.42 Auf der Suche nach Identität und Distinktion	60
3.43 Individualisierung und Differenzierung der Lebensstile	62
3.44 Sehnsucht nach Heimat	65
3.45 Konservatismus und Leitkultur	68
3.46 Erlebnisgesellschaft	69
<b>4 Wiederaufbauprozesse: Zentrale Einflussfaktoren</b>	76
4.1 Vorläuferprozesse und ihre Wirkungen	76
4.2 Katalytische und prozessbestimmende Faktoren	78
4.21 Stärkung der Zivilgesellschaft und des bürgerschaftlichen Engagements	78
4.22 Experten-Laien-Kommunikation	82
4.23 Populismus	84
4.24 Mediengesellschaft	95
4.3 Erwartungen an Rekonstruktionen und deren potenzielle Funktionen	96
4.31 Ästhetische Funktionen	97

4.32	Stadtstrukturelle Funktion	101
4.33	(Stadt-)historische Funktionen	101
4.34	Gesellschaftliche Funktionen	104
4.35	Ökonomische Funktionen	109
<b>5</b>	<b>Fallstudien</b>	111
5.1	Neumarkt Dresden	113
5.11	Vorgeschichte	113
5.12	Politisch-gesellschaftlicher Prozess	122
5.13	Argumente/Entscheidungsgrundlagen	129
5.14	Rolle lokaler Bürgerinitiativen/Rolle der lokalen Bürgerinitiative	140
5.15	Ergebnisse	143
5.2	Universitätskirche St. Pauli Leipzig	146
5.21	Vorgeschichte	148
5.22	Politisch-gesellschaftlicher Prozess	152
5.23	Argumente/Entscheidungsgrundlagen	168
5.24	Rolle lokaler Bürgerinitiativen	181
5.25	Ergebnisse	182
5.3	Historisches Rathaus Wesel	197
5.31	Vorgeschichte	198
5.32	Politisch-gesellschaftlicher Prozess	200
5.33	Argumente/Entscheidungsgrundlagen	204
5.34	Rolle lokaler Bürgerinitiativen/Rolle der lokalen Bürgerinitiative	207
5.35	Ergebnisse	210
5.4	Thurn-und-Taxis-Palais Frankfurt a. M.	212
5.41	Vorgeschichte	212
5.42	Politisch-gesellschaftlicher Prozess	215
5.43	Argumente/Entscheidungsgrundlagen	228
5.44	Ergebnisse	234
5.5	Einflussfaktoren auf Entscheidungsprozesse über Rekonstruktionsvorhaben und deren Merkmale	240
5.51	Rekonstruktionsbewegungen als Ausdruck zugeschriebener Bedeutung	240
5.52	Die Rahmung des Diskurses durch „umtriebige Akteure“.	242
5.53	Lösungsalternativen als Ausdruck möglicher politischer Auswege	245
5.54	Kompromisslinien als Spiegel örtlicher Kräfteverhältnisse	246
5.55	Rekonstruktionsdebatte und Stadtproduktionsalltag	247
5.56	Rekonstruktionsdebatte und örtliche Tradition	248
<b>6</b>	<b>Die aktuelle Fachdebatte – Tendenzen eines inter- und transdisziplinären Diskurses</b>	249
6.1	Denkmalpflegepositionen und Praxis in einer Übergangszeit	250
6.11	Erste postmoderne Wiederaufbauvorhaben als lokales Phänomen in der alten Bundesrepublik	250

6.12	Die Umbruchzeit der 1980er Jahre in der DDR sowie politische Wende und Wiedervereinigung als Katalysatoren einer Rekonstruktionswelle	252
6.2	Die späte Fachdebatte	253
6.21	„Die Schleifung: Zerstörung und Wiederaufbau historischer Bauten in Deutschland und Polen“ – Symposium im Kronprinzenpalais Berlin, Januar 2002	255
6.22	„Nachdenken über Denkmalschutz“ – Symposienreihe der Projektgruppe „Nachdenken über Denkmalpflege“, sechs Teile zwischen 2001 und 2007	256
6.23	„Identität durch Rekonstruktion?“ – BMVBS-Baukulturwerkstatt, Bärensaal Berlin, 16. Oktober 2008	257
6.3	Aktuelle Tendenzen	259
6.31	„Das Prinzip Rekonstruktion“ – Tagung an der ETH Zürich, 24./25. Januar 2008	261
6.32	Rekonstruktion Dekonstruktion Konstruktion – Workshop der AG Architektursoziologie am 8./9. Mai 2009 in Bamberg	262
6.33	„Rekonstruktivismus – was tun?“ – Kasseler Architektur Zentrum (KAZimKuba), 3. Juni 2009	267
6.34	Schlossdebatte	271
6.4	Die Fachdebatte – Normalisierung, Differenzierung, Evolution?	276
<b>7</b>	<b>Grundlagen für eine Qualifizierung der Debatten über „Identität durch Rekonstruktion“</b>	<b>279</b>
7.1	Identitätsstiftende oder stigmatisierende Rolle von städtischen „Leerstellen“, Mahnmalen und Ruinen, integrative Stadtentwicklungsverfahren an symbolischen Orten	279
7.11	Typologie baulich-räumlicher Ausgangspunkte für Wiederaufbauvorhaben	280
7.12	Wahrnehmung und Bewertung der „Leerstellen“	285
7.13	Umgang mit „Leerstellen“ innerhalb von Wiederaufbauvorhaben	288
7.2	Zeitgenössische identitätsstiftende Architektur	291
7.21	Typologie zeitgenössischer identitätsstiftender Architektur	292
7.22	Fernsehturm Berlin	300
7.23	Olympiapark München	302
7.24	Hansaviertel Berlin	305
7.25	Schlussfolgerungen	308
<b>8</b>	<b>Literatur und Quellen</b>	<b>309</b>
	Literatur	309
	Internetquellen	327
	Zeitungsartikel/Hörfunk	328
	Interviews	334

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Die aktuelle „Rekonstruktionswelle“ in Deutschland	12
Abbildung 2	Modell des Ablaufs von Rekonstruktionsprozessen	13
Abbildung 3	Briefmarkenserie der Deutschen Bundespost zum Europäischen Denkmalschutzjahr 1975	21
Abbildung 4	Bebauungsplan zum Wiederaufbau der Kasseler Innenstadt (1954)	23
Abbildung 5	Prinzipalmarkt Münster	24
Abbildung 6	Wiederaufbauvorhaben in Deutschland seit 1975	27
Abbildung 7	Wiederaufbauvorhaben seit 1975 und konfessionelle Prägung in Deutschland	42
Abbildung 8	Römerberg-Ostzeile, Frankfurt am Main	76
Abbildung 9	Knochenhaueramtshaus, Hildesheim	77
Abbildung 10	Attrappe des Berliner Stadtschlusses als besondere Form medialer Präsentation	95
Abbildung 11	Übersicht über Straßen und Quartiere des Dresdener Neumarkts	113
Abbildung 12	Die Frauenkirche und die fertiggestellten Quartiere I und II	122
Abbildung 13	Luftbild des Neumarkts (2005)	143
Abbildung 14	Augusteum und Universitätskirche St. Pauli um 1890	149
Abbildung 15	Baustelle von neuem Augusteum, „Paulinum“ und ehemaligem Café Felsche im April 2009	193
Abbildung 16	Das spätgotische Rathaus (ca. 1900)	199
Abbildung 17	Rekonstruktion des Thurn-und-Taxis-Palais' mit Büro- und Hoteltürmen im Hintergrund (Computersimulation)	215
Abbildung 18	Das PalaisQuartier aus der Luft (Computersimulation)	235
Abbildung 19	Fernsehturm mit Teil der Zentralen Achse	300
Abbildung 20	Olympiapark	303
Abbildung 21	Briefmarke der Deutschen Bundespost zur Interbau 1957	305



# Zusammenfassung

## Die Rekonstruktionswelle

Seit den 1980er Jahren entwickelt sich in Deutschland eine Rekonstruktionswelle, die vor allem nach der Wiedervereinigung einen besonderen Aufschwung in Ostdeutschland genommen hat, aber auch in der alten Bundesrepublik inzwischen viele Facetten aufweist. Ein innerer Zusammenhang besteht sowohl in den gemeinsamen Rahmenbedingungen als auch in der Art und Weise, wie die Vorhaben öffentlich diskutiert werden und sich gegenseitig und in der Folge sogar die rekonstruktions-skeptische Denkmalpflege-Profession beeinflussen. Insgesamt weist die Rekonstruktionswelle postmoderne Tendenzen auf. In ihrem Gefolge gehen die Positionsbestimmungen zum Thema weit auseinander, ohne dass dadurch eine Versöhnung von Positionen zu Einzelvorhaben möglich wäre, die jeweils in Entscheidungsverfahren vor Ort gefunden werden müssen.

## Gesellschaftliche Rahmenbedingungen und Hintergründe

Der Wunsch nach Rekonstruktion speist sich aus vielen – teils sehr unterschiedlichen, teils eng verknüpften – gesellschaftlichen Tendenzen. Es wurden Erklärungsansätze aus den Politik-, den Sozial- und den Kulturwissenschaften zusammengetragen und zueinander in Beziehung gesetzt. Es wurde auf diese Weise versucht, der Vielfalt der Ursachen für ein Engagement im Rahmen von Wiederaufbauvorhaben Rechnung zu tragen und möglichst viele der unterliegenden gesellschaftlichen Strömungen zu erfassen. Dabei wurden gesellschaftliche Rahmenbedingungen und Hintergründe der deutschen Rekonstruktionswelle erläutert.

Der Denkmalpflege in Wissenschaft und Praxis sowie dem Wiederaufbau nach dem Krieg bilden zwar über die Jahrzehnte vielschichtige, aber dennoch insgesamt mit der architektonisch-städtebaulichen Moderne verwandte Denktraditionen, die ihren Höhepunkt in der Charta von Venedig haben. Sie bestätigt eine rekonstruktionskritische Fachposition, die im Kern auf Dehio zurückgeht und sehr vorsichtig in der unmittelbaren Nachkriegszeit sowie intensiver im Rahmen der aktuellen Rekonstruktionswelle hinterfragt wird (vgl. Kap. 3.2).

Im Weiteren werden grundsätzliche gesellschaftliche und sozialpsychologische Dispositionen (vgl. Kap. 3.3) von in der Nachmoderne bzw. im Spätkapitalismus aufgetretenen gesellschaftlichen Wandel unterschieden (vgl. Kap. 3.4).

Als einer der grundsätzlichen Hintergründe wird ein spezifisch deutscher Umgang mit den Themen Kitsch und Nostalgie (vgl. Kap. 3.31) unterstellt, der auch das Verhältnis von Original und Fälschung berührt. Kitsch wird als ein Phänomen begriffen, das erst mit der Herausbildung des Bürgertums und noch stärker mit der Konsumgesellschaft überhaupt eine gesellschaftliche Wirkung entfalten konnte. Kitschgegenstände und -kunstwerke werden mit bereits erlebten Gefühlen verknüpft und dadurch wiederholbar gemacht. Je nüchterner und schnelllebiger eine Gesellschaft wird, desto stärker hat auch Kitsch Konjunktur: Kitsch erfüllt das Bedürfnis nach Geborgenheit, er gleicht emotionale Defizite aus, ermöglicht eine kurzzeitige Flucht aus der Realität und regt nicht zu sehr zu Reflexion an. Gerade nostalgische Kitschgegenstände erfreuen sich großer Beliebtheit, da ihre Formen bereits einmal kognitiv verarbeitet wurden und so der Rezipientenseite eine „Verschnaufpause“ gönnen. In der Architektur werden für verschiedene Stile und Gebäudearten Kitschtendenzen ausgemacht. Auch Rekonstruktionen können unter bestimmten Umständen als Kitschobjekte gelten.

Ausgehend von der Beobachtung, dass des Öfteren ein weitgehend unreflektierter Zusammenhang zwischen Rekonstruktivismus und einer romantischen Strömung (vgl. Kap. 3.32) beschrieben wird, wird dieser mögliche Zusammenhang maßgeblich anhand Safranskis (2007) „Romantik. Eine deutsche Affäre“ untersucht. Dabei zeigt sich, dass die Epoche der Romantik in ihrem individualistischen und passiven Kern eher der Haltung mancher Rekonstruktionskritikerinnen entspricht, während im späteren Fortleben und der Weiterentwicklung des „romantischen Gedankens“ erhebliche Parallelen zur verschiedenen Aspekten der Rekonstruktionssehnsucht festzustellen sind. Auch die besondere Betonung des „Romantischen“ innerhalb der deutschen Kulturgeschichte findet eine baukulturelle Parallele in der besonders

starken politischen Aufladung von Architektur und Städtebau.

Aus der Untersuchung der historischen Phänomene von Reliquienkult, Heiligenverehrung und Volksreligiosität ergeben sich – sofern man säkulare und ersatzreligiöse Formen nicht aus einer religionswissenschaftlichen Sicht ausschließt – zahlreiche Parallelen zur gegenwärtigen Rekonstruktionswelle (vgl. Kap. 3.33). So besteht in beiden Fällen ein wesentlicher Konflikt um die Deutung von Authentizität, es werden unterschiedliche Wertungen zwischen der Auffassung und Handeln der Bevölkerung in der Auslegung der Elitenkultur deutlich und es zeigt sich, dass empfundene religiöse bzw. kulturelle Lücken durch die jeweilige Gesellschaft durch neue Kultformen zu schließen versucht werden. Schließlich wird auch auf die jeweilige Bedeutung materieller Spuren, „heiliger“ bzw. besonderer Orte und Bilder verwiesen.

Weiterhin hat in Deutschland in den letzten 25 Jahren ein Wandel in der Erinnerungskultur stattgefunden (vgl. Kap. 3.34). Das gesellschaftliche Klima hat sich dahingehend geändert, dass zunehmend auch ein Gedenken der deutschen Opfer, menschlicher wie baulicher, möglich wird, ohne dass ein Verdacht der Relativierung der deutschen Schuld im Zweiten Weltkrieg aufkommt. Orte gelten aufgrund ihrer relativen Stabilität als besondere Form von Erinnerungsmedien. Sie werden daher als Schauplätze der Vergangenheit angesehen, die auch noch für die Gegenwart von Bedeutung sind. Nach der Generation, die den Krieg selbst miterlebt hat und der darauf folgenden, die sich extrem kritisch mit Deutschland im Nationalsozialismus auseinander gesetzt hat, können die jungen Erwachsenen heute unverkrampfter mit dem Thema umgehen, was auch die Bemühungen um den Wiederaufbau von im Krieg zerstörten Gebäuden vereinfacht. Dieser Abschnitt stellt den Übergang zum Kapitel 3.4 dar, in dem neuere gesellschaftliche Veränderungen beschrieben, auf die Rekonstruktionswelle bezogen und vor dem Hintergrund der Infragestellung der architektonisch-städtebaulichen Moderne (vgl. Kap. 3.41) diskutiert werden.

Ehemals identitätsstiftende Merkmale wie Erwerbsarbeit und Geschlechterrollen verlieren seit einigen Jahrzehnten rapide an Bedeutung (vgl. Kap. 3.42). Dadurch werden andere Identitätsanker, z.B. raumbe-

zogene wie der Wohnort, immer wichtiger. Den Individuen kommt es in diesem Zusammenhang darauf an, sich zwar einerseits einer Gemeinschaft zuzuordnen und sich so mit ihr identifizieren zu können, andererseits aber auch von anderen absetzen zu können. Die so entstehende personale und kollektive Identität muss bewusst hergestellt werden. Architektur und Design – und demnach auch das Vorhandensein besonderer und lokaler Tradition widerspiegelnder Gebäude – sind sowohl für Einzelpersonen als auch für Städte beliebte Hilfsmittel zur Distinktion und Selbststilisierung.

Durch die Ausdifferenzierung der Gesellschaft, der zunehmenden Rationalisierung und Auflösung traditionaler Einbindungen, ist es den Individuen geboten, andere Möglichkeiten zu finden, ihre soziale Zugehörigkeit nach außen kommunizieren. Rekonstruktionen sind unter Umständen eine solche Möglichkeit, da sie (vgl. Kap. 3.43) einer Stadt und damit auch ihren Bewohnern Besonderheit und Einzigartigkeit verleihen. Zudem minimieren sie aber das Risiko der Einzelnen, das sie in einer individualisierten Gesellschaft in allen Lebensbereichen tragen, da sie mit ihrer traditionellen Ästhetik an Altbekanntes anknüpfen und die Betrachter und Nutzern sich nicht auf etwas Neues einlassen müssen. Es wird in diesem Abschnitt versucht, aus verschiedenen Milieuzuordnungen potenzielle Befürwortern von Rekonstruktionen zu identifizieren.

Auch die Sehnsucht nach Heimat (vgl. Kap. 3.44) ist in einer mobilen Gesellschaft nicht zu unterschätzen. So entstehende Heimatlosigkeitsempfindungen, wirtschaftliche und kulturelle Globalisierungsprozesse und ein damit einhergehender gefühlter Verlust lokaler Einzigartigkeit werden als Grundlage für eine erneute Konjunktur gesehen. Im Gegensatz zu früheren Heimatbegriffen hat der moderne eine aktive Komponente, die die bewusste Aneignung eines Ortes als (Wahl-)Heimat und das lokale gesellschaftliche Engagement vorsieht. Dazu gehört die Trauer um den Verlust an historischer Bausubstanz. Der neuen Architektur wurde die Symbolqualität abgesprochen. Ohne diesen essenziellen Bestandteil der gebauten Umwelt werde es den Bewohnern unmöglich gemacht, sich in ihr zu orientieren, sich mit ihr zu identifizieren und sie in der Konsequenz als Heimat anzuerkennen. Der Wunsch

nach einer vertrauten, persönlich gestalteten und nicht nur rein funktionalen Kriterien entsprechenden Umgebung entstand also und führte zu einer neuen, offenen Betrachtungsweise von Heimat, in der gemeinsam mit anderen selbst an ihrer Gestaltung mitgewirkt wird. Auch ortspolygame Menschen können demnach eine oder mehrere Heimaten haben, die nebeneinander stehen oder nacheinander an verschiedenen Punkten der Biographie als solche anerkannt werden. Zu der Hinwendung zur Tradition und dem Bezug auf die Vergangenheit kommt eine aktive Mitarbeit an der zukünftigen Gestalt der heimatlichen Umgebung hinzu. Dabei ist Heimat nur noch eines von mehreren identitätsstiftenden Elementen des postmodernen Menschen und als solches weniger exklusiv geworden. Auch Konservatismus und Suche nach Leitkultur (vgl. Kap. 3.45) werden bisweilen als Faktor genannt.

Aufgrund des hohen Wohlstandsniveaus in der Bundesrepublik lässt sich die Basis motivation für die Handlungen der Menschen nicht mehr auf die Beseitigung eines Mangels, auf das Überleben zurückführen. Diese ist vielmehr vorrangig an der Gestaltung eines subjektiv als schön und aufregend empfundenen Lebens, also am Erleben orientiert (vgl. Kap. 3.46). Dabei differenzieren sich Erlebnisbedürfnisse anhand von verschiedenen Erlebnismilieus immer weiter aus. Diese Entwicklung spielt auch für die moderne Stadtentwicklungspolitik eine Rolle: Die Innenstädte werden zunehmend als „Gesamterlebnis“ wahrgenommen, in denen sich kulturelle und wirtschaftliche Funktionen konzentrieren, und in denen durch vielfältige und intensive Nutzung Urbanität und metropolitanes Flair hervorgebracht werden sollen. Rekonstruktionen können in diesem Zusammenhang das Rahmen gebende Element für ein Erlebnis darstellen. Auch in diesem Abschnitt wird versucht, Rekonstruktionsbefürwortern den von Schulze (1992) identifizierten Erlebnismilieus zuzuordnen. Die Erlebnisgesellschaft führt auch zu einer stärkeren Eventisierung und Festivalisierung im Stadtraum, mithilfe derer sich Städte selbst inszenieren. Sie werden von Touristen wie von Einheimischen vor allem ihres Erlebniswerts wegen aufgesucht, zu dem auch rekonstruierte Gebäude beitragen. Die Authentizität eines Ortes oder eines Gebäudes spielt im Zuge dessen eine zunehmend untergeordnete Rolle.

### Wiederaufbauprozesse

Die Entscheidungsprozesse zu Wiederaufbauverfahren werden von einem unmittelbaren politischen Umfeld beeinflusst. Bis zu einem gewissen Grad gilt das für das jeweils herrschende Klima, das in den späten 1970er und frühen 1980er Jahren durch erste realisierte Rekonstruktionsvorhaben (vgl. Kap. 4.1), die nicht mehr dem Nachkriegswiederaufbau zugerechnet werden können, tendenziell zugunsten eines sich herausbildenden Bewusstseins über die vermeintliche bauliche Machbarkeit von Geschichte verändert wurden.

In der westlichen Welt haben Institutionen des bürgerschaftlichen Engagements (vgl. Kap. 4.21) seit den 1970er Jahren stark an Einfluss auf politische Entscheidungen gewonnen. Besonders in Deutschland fand – mit der Studierendenbewegung der späten 1960er Jahre als Katalysator – eine weit reichende Modernisierung und Politisierung der Gesellschaft statt, im Zuge derer sich eine Vielzahl basisdemokratischer Bewegungen und Organisationen gründete. Auf dem engagierten Bürger bzw. der engagierten Bürgerin lasten vielfältige und sich stetig erweiternde Hoffnungen – nicht zuletzt die, sie könnten in Zeiten chronisch knapper öffentlicher Kassen und im Zuge eines fortschreitenden Rückzug des Staates dessen vormalige Aufgaben teilweise übernehmen und gleichzeitig eine befürchtete gesellschaftliche Erosion im Sinne des von Putnam (2000) für die Vereinigten Staaten konstatierten „Bowling Alone“ verhindern. Die Bürger treibt meist aber eine eigene und ganz individuelle Kombination von Motivationen, die in diesem Abschnitt aufgezeigt werden. Zudem lässt sich feststellen, dass das ungezwungene, das informelle Engagement immer stärker nachgefragt wird: Engagement ja, langfristige Mitgliedschaften eher nein. Selbst wenn die Engagierten sich oft über Jahre hinweg für eine Sache einsetzen bzw. für eine Organisation arbeiten, genießen sie dennoch die lockeren Strukturen dieser Art der post-traditionalen Vergemeinschaftung, die ihnen die Möglichkeit geben, jederzeit „Nein“ zu sagen und sich anderweitig zu orientieren. Ein Einsatz für Rekonstruktionen bietet beispielsweise die Möglichkeit, sich einem relativ überschaubaren Projekt mit hoher Außenwirkung anzuschließen, das – selbst wenn es sich über viele Jahre hinzieht – immer noch ungleich konkreter und Erfolg versprechender scheint als das

Engagement zur Lösung eines komplexen gesellschaftlichen Problems wie Arbeitslosigkeit oder Rechtsextremismus. Es wird abschließend versucht, eine potenziell Zuordnung der verschiedenen Motivationsbausteine zu Wiederaufbaubefürwortern vorzunehmen.

Die politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um Wiederaufbauvorhaben spiegeln auch das Verhältnis und die Kommunikation von Experten und Laien wider (vgl. Kap. 4.22). Während Initiativen für originalgetreue Rekonstruktionen zumeist von Laien ausgehen (seien es Bürgerinitiativen, Stadtpolitiker oder Unternehmer), sind es immer wieder Teile der Architektenschaft, des Kulturjournalismus und der institutionalisierten Denkmalpflege, die aus ihrem fachlichen Zugang heraus kritische Positionen formulieren.

Eine eingehende Auseinandersetzung mit den jüngeren Ergebnissen der Populismusforschung zeigt Zusammenhänge zwischen populistischen Tendenzen innerhalb des bundesrepublikanischen politischen Systems und Form und Inhalt der postmodernen Rekonstruktionswelle, die beide innerhalb der vergangenen dreißig Jahre verortet werden können (vgl. Kap. 4.23). Dabei wird zunächst auf (architektur-)populistische Argumente innerhalb der lokalen Debatten um Wiederaufbauvorhaben verwiesen. Dann wird auch verdeutlicht, dass populistische Tendenzen innerhalb der bestehenden Parteiendemokratie die Durchsetzung bürgerlicher Rekonstruktionswünsche fördern. Dies scheint allerdings weniger für die vermehrt festzustellenden plebiszitären Elemente der lokalen Demokratie zuzutreffen. Ebenso wenig wird davon ausgegangen, dass die Rekonstruktionswelle für sich genommen eine populistische Bewegung darstellt.

In der Politikwissenschaft wird derzeit von einer gesteigerten Rolle der Medien innerhalb demokratischer Entscheidungsprozesse ausgegangen (vgl. Kap. 4.24), die zum Teil zur Annahme eines Wandels von einer Parteiendemokratie in eine „Mediendemokratie“ führt. Wiederaufbauvorhaben besitzen in ihrer Vorbereitung, Durchführung und im fertig gestellten Zustand einen beträchtlichen medialen Wert als Nachricht, Bild und Symbol.

Innerhalb der gesellschaftlichen Diskurse um Wiederaufbauvorhaben können die

Argumente von Befürwortern als pragmatisch angesehen werden, da sie eine Lösung für städtische oder gesamtgesellschaftliche Probleme anbieten. Dieser These folgend können verschiedene ästhetische, stadtstrukturelle, (stadt-)historische, gesellschaftliche und ökonomische Funktionen beschrieben werden, die von Rekonstruktionen erfüllt werden (vgl. Kap. 4.3). In der Überprüfung der Wirksamkeit zeigt sich allerdings, dass Wiederaufbauten den erwarteten Nutzen zum Teil nur begrenzt erzeugen können, obwohl ein erheblicher Effekt von ihnen ausgeht.

### Fallstudien

Innerhalb des Forschungsvorhabens wurde eine Auswahl von vier Fallstudien getroffen und eingehend analysiert – hinsichtlich ihrer Vorgeschichte, ihres politisch-gesellschaftlichen Prozesses, der in ihnen formulierten Argumente und zur Verfügung stehenden Entscheidungsgrundlagen sowie ihrer Ergebnisse (vgl. Kap. 5). Ein besonderer Schwerpunkt wurde auf die Untersuchung der Rolle lokaler Bürgerinitiativen gelegt.

Der Dresdner Neumarkt diente dabei als ein Beispiel der Wiederherstellung eines Stadtquartiers bzw. städtebaulichen Ensembles und damit auch einer Reihe bürgerlicher Bauten (vgl. Kap. 5.1). Auf der Ebene der Einzelgebäude wird dabei eine Reihe unterschiedlicher Wiederaufbautypen verwendet, von originalgetreuer und Fassadenrekonstruktion bis hin zu den üblichen Praktiken der – mehr oder weniger gelingenden – Einfügung in einen (hier gleichzeitig entstehenden) städtebaulichen Kontext. Dabei ist die nun verfolgte Strategie Ergebnis eines langen Diskussionsprozesses innerhalb der Stadtgesellschaft, der auch in Zusammenhang mit den sonstigen Rekonstruktionsbemühungen in Dresden – einschließlich der Frauenkirche – betrachtet werden soll. In der Analyse sollen insbesondere Entstehung, Anwendung und Ergebnis der Leitbauten-Strategie überprüft werden sowie die Besonderheiten von städtebaulichen Rekonstruktionen gegenüber Einzelbauten untersucht werden. Zusätzlich ist die Bedeutung des Frauenkirchen-Wiederaufbaus als Katalysator von großem Interesse.

Die Kontroverse um den Wiederaufbau der Leipziger Universitätskirche St. Pauli gehört zu den sowohl schärfsten als auch

vielschichtigsten Rekonstruktionsdebatten, in der sowohl gestalterische Aspekte als auch die Nutzung und Symbolik diskutiert wurden (vgl. Kap. 5.2). Darüber hinaus bestanden erhebliche machtpolitische Konflikte. Eine wesentliche Besonderheit liegt darin, dass das Vorhaben einer originalgetreuen Rekonstruktion zwar gescheitert, aber eine Neuinterpretation mit Vermittlungscharakter durchgeführt wurde. Insofern ist es von besonderem Interesse, für Wiederaufbauvorhaben formulierte Erfolgskriterien anhand dieses Beispiels gescheiterter Bemühungen zu überprüfen und gleichzeitig auch die Fähigkeit des nun betont zeitgenössischen Baus zur Identifikation zu diskutieren. Schließlich spielen bei der Analyse der unterschiedlichen Konfliktlinien und ihrer Bedeutung auch die andernorts wiederkehrenden Faktoren überregionaler Einmischung und sakraler Nutzung innerhalb eines säkularen Kontexts eine bedeutende Rolle.

Neben diesen zwei ostdeutschen Fallstudien sollen auch zwei Beispiele aus den westlichen Bundesländern untersucht werden. Das Rathaus Wesel steht hier für ein Wiederaufbauvorhaben, das zudem jenseits der „Hotspots“ der Rekonstruktionsbewegungen diskutiert und mittlerweile auch umgesetzt wird (vgl. Kap. 5.3). Als eine von relativ vielen Rathaus-Wiederherstellungen ist der Prozess erheblich durch zivilgesellschaftliches Engagement geprägt. Untersucht werden muss hingegen die zum Teil bereits widerlegbare Beschreibung als konfliktfreies Vorhaben. Anlass zur vertieften Auseinandersetzung bieten zudem der Strategiewechsel von einer vollständigen zu einer Fassadenrekonstruktion aus Kostengründen und der erhebliche Anteil öffentlicher Mittel.

Schließlich wurde das Frankfurter Thurn- und-Taxis-Palais ausgewählt, das auch als Beispiel für die Wiederherstellung eines Herrschaftsbaus dient (vgl. Kap. 5.4). Darüber hinaus wird es dem Wiederaufbautyp der „verfälschenden“ Nachbildung zugeordnet, da gegenüber dem Vorgängerbaus erhebliche Veränderungen hinsichtlich Architektur, städtebaulicher Integration und Nutzung vorgenommen wurde. Zudem ist es Bestandteil eines umfassenden Projekts des Stadtumbaus innerhalb des 17,4 Hektar großen so genannten „PalaisQuartiers“. Die bislang vermutete im Vergleich zu den übrigen Frankfurter Beispielen geringe öffentliche und politische Debatte um das

Vorhaben soll ebenso hinterfragt werden wie ihr Bezug zur Innenstadtentwicklung.

In der Zusammenschau (vgl. Kap. 5.5) lässt sich festhalten, dass Rekonstruktionsvorhaben dann durchsetzbar werden, wenn sie Bauwerke mit hoher zugeschriebener Bedeutung betreffen und sich eine Diskurskoalition formiert, die zwar nicht widerspruchsfrei in ihrem Konglomerat befürwortender Argument sein muss, aber auf unterschiedlichen Ebenen argumentationsfähig ist. Sie hat, wenn nicht exogene Rahmenbedingungen dem entgegenstehen, eine Chance, sich durch die Klarheit ihrer Vision gegen die Ungewissheit des Versprechens auf die Überzeugungskraft zeitgenössischer Architektur durchzusetzen.

### **Die aktuelle Fachdebatte und ihre Vorläufer**

Eine Analyse der Debatte innerhalb der Denkmalpflege-Profession macht deutlich, dass eine Auseinandersetzung mit Rekonstruktionsvorhaben eher widerwillig geführt wird. Dabei bröckelt allmählich die ablehnende Front, die den Wiederaufbauvorhaben entgegentritt, aber bei zunehmend differenzierter Auseinandersetzung und im Zusammenhang mit den medialen Erfolgen realisierter Bauten wie der Frauenkirche. Schon in der Übergangszeit im Umfeld der deutschen Einigung (vgl. Kap. 6.1) wird die Debatte durch die verspäteten Wiederaufbauvorhaben in Ostdeutschland neu herausgefordert, unterstützt durch die Tendenzen, nach der Vereinigung einen Abschluss der reflektierenden, kritisch mahnenden Epoche der erweiterten Nachkriegszeit zu sehen und nunmehr einen entspannteren Umgang mit der Vergangenheit zu pflegen.

Die Fachdebatte setzt erst relativ spät und in Reaktion auf die aufkommende Rekonstruktionswelle ein (vgl. Kap. 6.2). Mit der umfassenden Symposienreihe „Nachdenken über Denkmalschutz“ wird das Fundament der Denkmalpflege durchleuchtet und nach alternativen Zugängen gefragt, die insbesondere das Authentizitätsparadigma ergänzen wollen.

In neueren Ansätzen wird systematischer nach den Hintergründen der Rekonstruktionswelle gefragt (vgl. Kap. 6.3). Diese Kontextualisierung und präzisere Auseinandersetzung mit dem Phänomen schiebt dieses aus der Sicht der Architektur und

Denkmalpflege nicht mehr ablehnend zur Seite, wenngleich bei vielen Diskussionsanlässen weiterhin eine sehr scharfe Ablehnung vonseiten der beiden Fachrichtungen zu konstatieren ist. Nur vereinzelt scheinen vermittelnde Positionsbestimmungen auf, die sich darauf einlassen, Kriterien für die Vertretbarkeit von Rekonstruktionsvorhaben zu formulieren. Von ihnen stellen diejenigen von Wolfgang Pehnt unangefochten die maßgebliche Orientierung dar.

Die Stärke der Debatte dürfte inzwischen in der reichhaltiger argumentativ ausgestatteten und weniger ideologischen Auseinandersetzung liegen (vgl. Kap. 6.4). Daraus könnte eine Perspektive erwachsen, mittelfristig zu einem neuen Stellenwert der Denkmalpflege in der Gesellschaft zu gelangen.

#### **Grundlagen für eine Qualifizierung der Debatten**

Durch die bei zeitgenössischen Wiederaufbauvorhaben in der Regel lange zurückliegende Besetzung der Standorte mit den „ursprünglichen“ Bauwerken hat sich seitdem an dieser Stelle entweder eine dauerhafte oder als Zwischenlösung konzipierte Nutzung und Gestaltung entwickelt. Aus Sicht vieler Rekonstruktionsbefürworter ist der Ort dabei trotz verschiedener Formen der Wiederverwendung eine „Leerstelle“ in der Stadt geblieben, da mit der Zerstörung des Bauwerks ein wesent-

licher Sinn verloren gegangen ist (vgl. Kap. 7.1). In einem ersten Schritt wird eine Typologie der baulich-räumlichen Ausgangssituationen von Wiederaufbauvorhaben erstellt, die von verschiedenen ruinösen Zuständen, über die Translokation von Gebäudeteilen zu verschiedenen Formen des Umgangs mit einer abgeräumten Fläche reicht. In einem zweiten Schritt wird insbesondere anhand der untersuchten Fallbeispiele die Wahrnehmung und Bewertung dieser Leerstellen analysiert, um im dritten Schritt die verschiedenen angewendeten Möglichkeiten des Umgangs mit der „Leerstelle“ im Wiederaufbauvorhaben zu benennen.

Eine wesentliche Rolle bei der Weiterentwicklung von Debatten über Identität und Rekonstruktion könnte mittelfristig einer baukulturellen Auseinandersetzung über die Leistungsfähigkeit moderner und zeitgenössischer Architektur zukommen (vgl. Kap. 7.2). Das identitätsstiftende Potential, das in neuerer Architektur liegt, ist vielfältig und bedarf der Vermittlung. Dadurch wird sich sicherlich keine Fehlstelle überwinden lassen, die durch Kriegszerstörung in einer Stadt entstanden ist, doch könnte ein reflektierterer Umgang dazu beitragen, dass das Bedürfnis nach lebenswerten Stadträumen nicht weiterhin auf wenige einzelne Hoffnungsträger richtet, die trotz ihres großen Aufwands in der Diskussion und der Durchsetzung jeweils nur einen kleinen Beitrag leisten können.

## Summary

### **Perspectives on the Reconstruction of lost Buildings and Spaces**

The research project analyses the current discussion on the reconstruction of buildings and spaces lost mainly during World War II and in the post-war period that is currently being held in many cities throughout Germany, among architects and preservationists as well as in the editorials and feature pages. A feature common to the different projects discussed and built is the much longer gap lying between the destruction and the (proposed) reconstruction in comparison with preceding similar projects. The phenomenon is therefore regarded as a separate “wave” in building culture and as a part of post-modernism.

Analysis into the urban development of war-damaged German cities shows that the period of post-war reconstruction ended by and large in the 1960s, even though – especially in the German Democratic Republic (GDR) – construction had not taken place on every empty site at that time. Then, post-war modernism prevailed and restrained reconstruction projects. Those were later proposed, partly in order to revise or question the built results of the modern era that dominated especially the centres of some of the most severely damaged cities. In places like Frankfurt (Main) and Hildesheim such efforts have been made since the beginning of the 1980s. In contrast to most of the reconstruction projects of the post-war period those often aimed to be as exact a replica of the lost building as possible – an approach that after 1945 was chosen only for the most important sites, such as Dresden’s city centre or the boulevard “Unter den Linden” in eastern Berlin. After the German reunification replica-kind reconstructions and similar projects cumulated. As most – but not all – of them were located in the former GDR, some can be regarded as a late completion of the post-war reconstruction. Partly, these were long-term projects that were silently supported by parts of the citizens, interest groups and societies, but until recently could not develop any greater dynamic and had not been publicly or politically discussed in detail. As reconstruction projects have increased in numbers and are spread over almost the whole of Germany, it is possible to call the current

phenomenon a “wave of reconstruction”. Though they represent only a small part of building completions and proposed developments, they often are key buildings within the urban structure and therefore a major focus of local debates on urban identity.

These projects evolve in a broken continuity with post-war reconstruction during which modernism in architecture and urban design was largely implemented. Therefore, the current wave of reconstruction can be understood as a “post-modern” one. It is based on the resolution (?) of modern thinking in architecture and planning, which for different reasons started in the 1970s. In a pragmatic approach 1975, the European Year of architectural Heritage, has been chosen as the division between post-war reconstruction (that had then played only a minor role for some years) and the on-going wave, which started quite slowly in the 1980s and became more powerful during the 1990s. Other elements that indicate the post-modern nature of contemporary reconstructions are described in the research project. In architectural terms, historic stylistic elements are used without necessarily being functional and even if they are mere “quotations”. Especially those decorated and ornamented façades gain importance, which generate an intensive link to the specific place.

The research project aims at examining context and character of the post-modern wave of reconstruction. It tries to explain how the desire for reconstruction could evolve, under which circumstances this desire translated into concrete projects and why so many of them could be built. The description of a wave needs to analyse its appearance as well as its composition, character and inner dynamic. This further implies research into the 35 years of debate about these “belated” reconstructions. The diversity and variation of arguments and position shall be described, organised? and placed into a relationship with other professional discourses as well as public debates. While most of the professional and public interest concentrates on the question of an overarching pattern of explanation for the current wave of reconstruction, this will show the origins of

the arguments in the debate on this – still very minor – part of contemporary building culture. When different stakeholders tend to support or dismiss reconstruction projects, what are their conceptions of construction, city, history, society etc? Why is it that consensus on the production of space fails more often when a reconstruction has been proposed? Why, on the other hand, do conflicts on these projects show social cleavages more clearly than hardly any other development project?

To reduce the complexity of this research, the idea of a “wave” is used. As in natural science, the wave of reconstruction is first integrated into a simple chronological model of the reconstruction process. Based on this, it is possible to explore the background for the emergence of the reconstruction idea. This allows a description of the process, its discussions and projects. Finally, the professional reflections and debates about reconstruction can be analysed.



# 1 Einführung

## 1.1 Anlass, Ziel und Kurzüberblick

Die vorliegende Untersuchung stellt die Ergebnisse des vertiefenden Forschungsprojekts „Wiederaufbau, Stadtidentität und Rekonstruktion“ zusammen. Entsprechend der Auftragsbeschreibung wird einigen in der ersten Projektphase aufgeworfenen Fragen vertieft nachgegangen. Ziel ist dabei eine übergreifende Darstellung von wesentlichen Einflussfaktoren auf Ursache und Hintergrund, Verlauf und Folgen von Diskussionsprozessen zu Wiederaufbauvorhaben in der derzeitigen „Rekonstruktionswelle“, die seit etwa der Mitte der 1970er Jahre mit geringerer Intensität, aber verstärkt seit der deutschen Wiedervereinigung anhält. Der Bericht ist Abschluss der vertiefenden Untersuchung der zweiten Projektphase. Die Erkenntnisse der ersten Phase bleiben damit grundsätzlich weiterhin gültig und wurden nicht nochmals vollständig aufgegriffen. An einigen Stellen erschien es aber sinnvoll, zugunsten einer Abrundung des vorgelegten Berichts auf Textteile aus der ersten Phase zurückzugreifen, wo diese eine für das Verständnis der vorliegenden Untersuchungsergebnisse der zweiten Phase sinnvolle Ergänzung darstellten, eine weitere Vertiefung der betreffenden Themen aber nicht sinnvoll bzw. erforderlich erschien.

Besonderes Augenmerk wird dabei auf eine bisher vernachlässigte Einordnung von Rekonstruktionsvorhaben in gesellschaftliche Zusammenhänge und Strömungen gelegt. Die behandelten Fragen folgen weitestgehend dem Angebot zum Forschungsvorhaben, doch der Bericht stellt sie in einen neuen Zusammenhang, der in Kapitel 2 näher erläutert wird. Zu diesem Zweck werden verschiedene Erklärungsansätze aus den Politik-, Sozial- und Kulturwissenschaften diskutiert und zueinander in Beziehung gesetzt. Durch die Aufarbeitung und vertiefte Analyse von vier Fallstudien wird der Frage nachgegangen, wie politische Entscheidungsprozesse zu Rekonstruktionsvorhaben in der Praxis ablaufen. Die Fallstudien unterscheiden sich hierzu im Hinblick auf den Umfang, die Art des Gebäude(komplexe)s, die Vorgeschichte, den städtischen Kontext und die gesellschaftlich-politische Konstellation des Rekonstruktionsvorhabens, um Erkenntnisse darüber zu gewinnen, welche Faktoren im

Einzelnen für den Verlauf und Debatte vor Ort verantwortlich sind. Im Einzelnen handelt es sich um folgende Fälle:

- Wiederbebauung des Bereichs um den Neumarkt in Dresden in Ergänzung zur Frauenkirche,
- Paulinerkirche Leipzig,
- historisches Rathaus in Wesel,
- Thurn-und-Taxis-Palais in Frankfurt a. M.

Anschließend erfolgt eine Zusammenfassung der aktuellen Fachdebatte in Architektur und Denkmalpflege, die auf die Rekonstruktionswelle reagiert und sich fachlich zu ihr positioniert. Wesentliche Diskussionsstränge, die auf Konferenzen und anderen Veranstaltungen der letzten Jahre aufgegriffen wurden, werden dargestellt und im Hinblick auf die sich darin abbildenden Tendenzen ausgewertet. Im letzten Teil werden die Ergebnisse zusammengefasst und ausblicksartig aufbereitet. Dieser Teil versucht, einige Hinweise für einen angemessenen baukulturellen Umgang mit dem Phänomen der Rekonstruktionsvorhaben zu geben.

## 1.2 Methoden

Eine wesentliche Methode des Projekts besteht in Literaturrecherche und Literaturauswertung. Hierzu wurden insbesondere zahlreiche ausgewählte soziologische, politik- und kulturwissenschaftliche Werke analysiert sowie Zusammenhänge und Widersprüche zwischen ihnen diskutiert und mit den bisherigen Erkenntnissen über die diagnostizierte Rekonstruktionswelle in Beziehung gesetzt. Ebenso wurden Dokumentationen und Rezension von Tagungen und Ähnlichem ausgewertet. Dabei wurden beständig die Erkenntnisse des vorangegangenen Ergebnisse des Forschungsprojektes „Wieder-Aufbau“ – Themengliederung und öffentlichkeitswirksame Veranstaltung zur baukulturellen Debatte um Stadtidentität und Rekonstruktion“ überprüft. Daneben wurde der Fortgang der Rekonstruktionsdebatte durch die Auswertung der Berichterstattung zu aktuellen Wiederaufbauvorhaben innerhalb von Print- und Onlinemedien und den Besuch mehrerer Veranstaltungen zum Thema verfolgt. Mit diesem Vorgehen konnten die Erkenntnisse zu gesellschaft-

*„Wenn es zutreffen sollte, dass ich nicht nur weiß, was schlimm und hässlich, sondern auch, was schön ist, so verdanke ich diese Gabe dem Glück, in Dresden aufgewachsen zu sein.“*  
(Erich Kästner, Als ich ein kleiner Junge war, 1957)

lichen Hintergründen der Rekonstruktionswelle und der durch sie ausgelösten Fachdebatte geschärft werden.

Insbesondere für die Untersuchung der Fallstudien sind neben der Auswertung von Zeitungsartikeln, Zeitschriftenartikeln und Stadtratsprotokollen Expertengespräche mit Prozessbeteiligten und Prozessbeobachtern geführt worden, die

einen umfassenderen Einblick in die Geschehnisse vor Ort erlaubten und eine Einordnung der Fallstudie in das Rekonstruktionsgeschehen insgesamt erlaubten. Eine detaillierte Darstellung der jeweiligen Methodik wird zu Beginn der Kapitel 2, 3 und 4 vorgenommen.

## 2 Die Rekonstruktionswelle

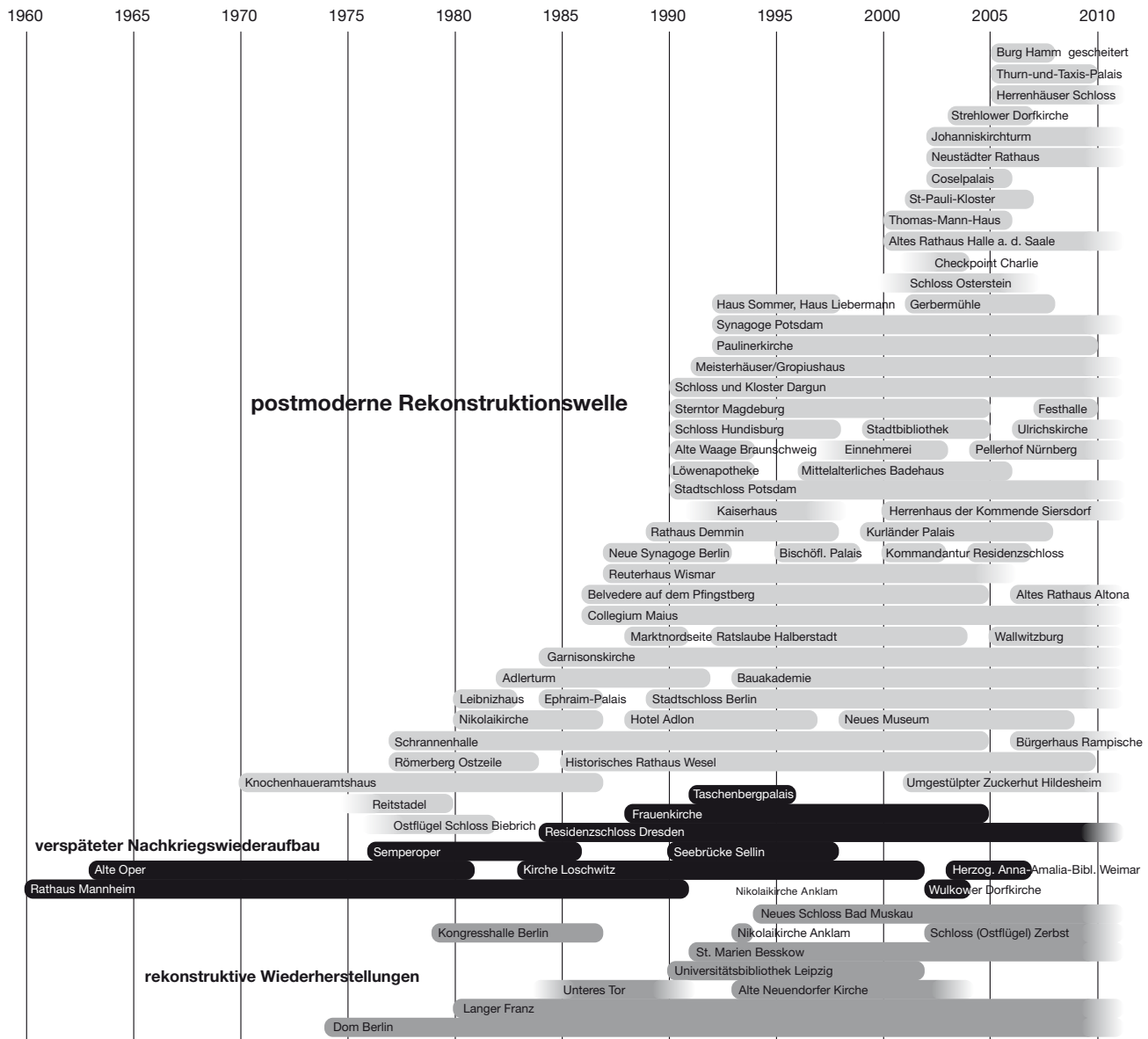
### 2.1 Das Phänomen postmoderner Rekonstruktion und der Begriff der „Rekonstruktionswelle“

Die derzeit in vielen Teilen Deutschlands geführten Diskussionen um Wiederaufbauvorhaben zeichnen sich dadurch aus, dass sie in einem großen zeitlichen Abstand von der Zerstörung von Gebäuden – in den allermeisten Fällen im Zweiten Weltkrieg oder gar noch davor – stattfinden. Eine Analyse des baulichen Geschehens in kriegszerstörten deutschen Städten zeigt, dass in ihnen in der Regel etwa in den 1960er Jahren die Phase des Wiederaufbaus als abgeschlossen gelten konnte. Zwar waren zu dieser Zeit nicht überall – insbesondere auch nicht in der DDR – sämtliche kriegsbedingten Lücken wieder baulich gefüllt. Dennoch hatte die Durchsetzung der Nachkriegsmoderne einer an der Gestalt der Vorkriegsbauten orientierten weiteren Rekonstruktion weitgehend Einhalt geboten. Abgelöst von dem Wiederaufbau der Nachkriegszeit kam es später zu Rekonstruktionsbemühungen, die teilweise darauf abzielten, frühere Wiederaufbaubemühungen oder Ergebnisse moderner Leitbilder der Innenstadtentwicklung zu korrigieren oder in Frage zu stellen. Insbesondere seit den frühen 1980er Jahren wurden etwa in Frankfurt am Main oder Hildesheim diesbezügliche Anstrengungen unternommen. Sie unterschieden sich auch dahingehend von der Mehrheit der Wiederaufbauvorhaben der Nachkriegszeit, als sie eine möglichst originalgetreue Rekonstruktion eines Vorkriegszustands zum Ziel hatten; ein Ansatz, der zuvor nur für besonders herausragende Gebäude wie in der Innenstadt von Dresden oder Unter den Linden Berlin gewählt worden war. Vor allem nach der deutschen Vereinigung häuften sich ähnliche Vorhaben, die teilweise als späte Vollendung des Nachkriegswiederaufbaus gesehen werden können. Teilweise haben die betreffenden Projekte eine längere Vergangenheit und genossen über die Jahre eine stillschweigende Unterstützung in Teilen der Bevölkerung oder Interessengruppen und Vereinen, haben aber erst in den letzten Jahren eine so große Dynamik erreicht, dass sie auch in der öffentlichen und der politischen Debatte breit diskutiert wur-

den. Inzwischen kann angesichts der größeren Zahl von Vorhaben und deren räumlicher Streuung mit aller Vorsicht von einer Art „Rekonstruktionswelle“ gesprochen werden. Zwar handelt es sich bei ihnen nur um einen sehr geringen Anteil am gesamten Baugeschehen, doch oft um Schlüsselbauten, um die sich die lokale Debatte um Stadtidentität entzündet.

Nimmt man zur Kenntnis, dass die genannten Projekte in einer abgerissenen Kontinuität des Wiederaufbaus stehen, der mit der Durchsetzung der städtebaulich-architektonischen Moderne anderen Leitbildern gewichen war, kann man sie aus mehreren Gründen als „postmoderne“ oder „nachmoderne“ Rekonstruktionswelle begreifen. Dies gilt für die ihnen zugrunde liegende Überwindung des Leitbilds der städtebaulich-architektonischen Moderne. Auf sie kann hier nicht im Detail eingegangen werden; sie muss aber aus verschiedenen Gründen in den 1970er Jahren angesetzt werden, so dass aus pragmatischen Gründen für diese Untersuchung das Denkmalschutzjahr 1975 als Scheidelinie zwischen dem Nachkriegswiederaufbau (der kurz zuvor nur noch eine sehr geringe Rolle gespielt hatte) und der zu untersuchenden, bis heute anhaltenden Welle (die erst allmählich und vor allem ab den 1980er Jahren ein Stück weit, in den 1990er Jahren dann mit größerem Nachdruck in Gang kam) gewählt wurde. Weitere Elemente, die die derzeitige Rekonstruktionswelle als Kind der „Postmoderne“ kennzeichnen, werden in den folgenden Kapiteln näher beleuchtet. Dabei geht es u. a. darum, dass historische Stilelemente bewusst neu architektonisch eingesetzt werden, ohne zwangsläufig funktional bedingt zu sein oder als authentisch gelten zu können („Zitat“). Von besonderer Bedeutung ist dabei ein erneuter Bedeutungsgewinn geschmückter oder ornamentierter Fassaden, die stilistisch eine intensive Verbindung zum spezifischen Ort herstellen.

Abbildung 1  
Die aktuelle „Rekonstruktionswelle“ in Deutschland



Quelle: Eigene Darstellung

## 2.2 Gesamtüberblick über die Inhalte dieses Forschungsberichts

Die vorliegende Untersuchung hat sich nun zum Ziel gesetzt, Entstehungszusammenhang und Charakter der kurz eingeführten nachmodernen Rekonstruktionswelle näher zu beleuchten. Dabei geht es sowohl darum zu erläutern, woher die Rekonstruktionssehnsucht in bestimmten Teilen der Bevölkerung stammt, als auch zu zeigen, unter welchen Umständen sich diese Sehnsucht in konkrete Projektideen übersetzt und wann diese dann in realisierten Bauten manifeste Gestalt erlangen. Eine

„Welle“ zu beschreiben, heißt also sowohl ihr Auftreten als auch ihre Beschaffenheit und ihre innere Dynamik zu analysieren. Konkret bedeutet dies auch, die Vielfalt und die Veränderung der Argumente und Positionen innerhalb einer mittlerweile rund 35-jährigen Auseinandersetzung um „verspätete“ Wiederaufbauvorhaben darzustellen, zu ordnen und zu vergleichen, aber auch zu weiteren gesellschaftlichen und fachlichen Diskursen in Beziehung zu setzen. Jenseits der Suche nach einem übergeordneten Erklärungsmuster für die aktuell zu beobachtende Rekonstruktionswelle, die trotz ihres geringen

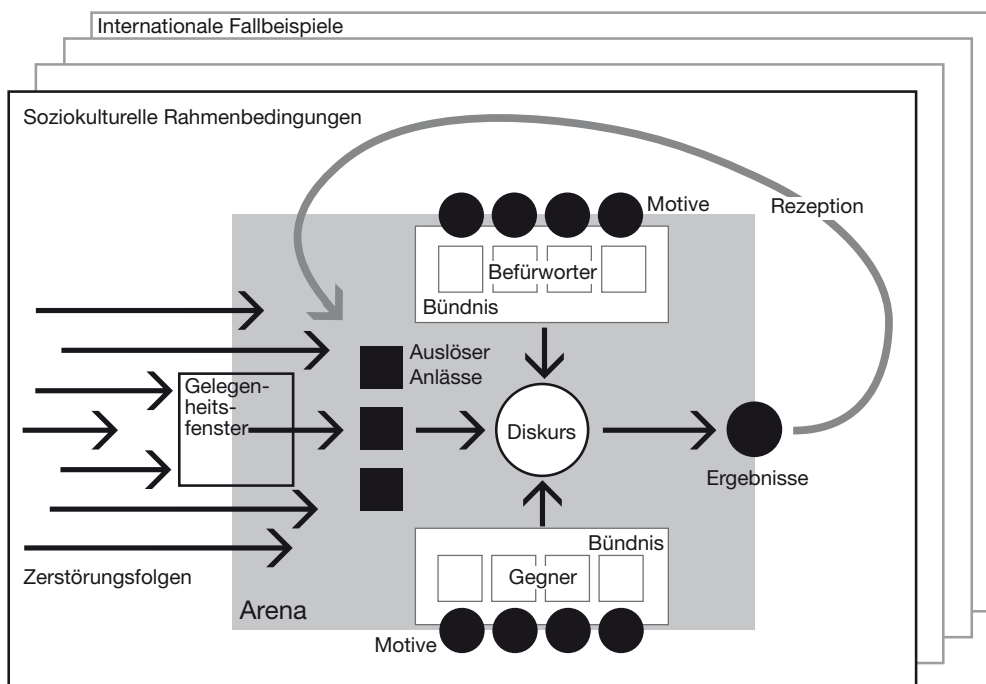
Anteils am Baugeschehen eine erhebliche fachliche wie öffentliche Aufmerksamkeit vereinnahmt, soll aufgezeigt werden, aus welchen Quellen sich die gesellschaftliche Debatte um diesen Teil der zeitgenössischen Baukultur speist. Aus welchem Verständnis von Bauen, Stadt, Geschichte, Gesellschaft etc. kommen verschiedene Akteure dazu, sich für oder gegen ein Wiederaufbauvorhaben zu positionieren? Warum misslingt gerade, wenn Rekonstruktionswünsche geäußert werden, häufig die Verständigung über die Raumproduktion im Sinne eines gesellschaftlichen Konsens? Warum aber treten andererseits bei kaum einem anderen Bauvorhaben die Konfliktlinien so deutlich zu Tage?

Um die Komplexität eines solchen Vorhabens zu strukturieren, gehen wir in Anlehnung an das Bild der „Welle“ analog dem Naturwissenschaftler vor, der sich auf den Weg macht, eine „Welle“ zu verstehen: Wir ordnen die Rekonstruktionswelle in ein grobes chronologisches Modell des Rekonstruktionsprozesses ein. Das Modell erlaubt es, zunächst die Hintergründe des Aufkommens von Rekonstruktionsüberlegungen zu beschreiben, darauf aufbauend dann den Verlauf von Rekonstruktionsdiskussionen und diesbezüglichen Projekten darzustellen und schließlich auf die Refle-

xion der Rekonstruktionsbemühungen in der Fachdebatte einzugehen. Das Modell ist in der folgenden Abbildung grob skizziert. Es bildet den Rahmen für den Aufbau der folgenden Kapitel.

Rekonstruktionsvorhaben laufen in einem Umfeld soziokultureller Rahmenbedingungen ab, die die ablaufenden Entscheidungsprozesse prägen. In diesem Rahmen werden die Folgen der Zerstörung durch Krieg oder Katastrophen auf eine bestimmte nicht etwa vorgegebene Weise wahrgenommen, diskutiert und kanalisiert. Es bedarf aber in der Regel eines Gelegenheitsfensters, das für Anlass oder Auslöser einer öffentlichen Wiederaufbau-Debatte sorgt. Wenn sich im Anschluss hieran eine Diskursarena formiert, in der Befürworter und Gegner mobilisiert werden können und jeweils Bündnisse eingehen, hängt es vom Verlauf des sich anschließenden Entscheidungsprozesses ab, welches Ergebnis erreicht wird und wie dessen Rezeption wieder auf andere Vorhaben zurückwirkt. Jedes einzelne Rekonstruktionsvorhaben ist wiederum in den gesamten gesellschaftlichen Diskurs um Wiederaufbau eingebettet, so dass man sich die derzeitige „Welle“ als eine Überlagerung von einzelnen sich teilweise gegenseitig verstärkenden Prozessen vorstellen kann, die wie

Abbildung 2  
Modell des Ablaufs von Rekonstruktionsprozessen



Quelle: Eigene Darstellung

das dargestellte Prozessschema verlaufen. Unterschiedliche Einzelprozesse beziehen sich teilweise auf einen gemeinsamen soziokulturellen Kontext und lösen vor allem auch in ihrer Gesamtheit eine Rezeption aus. Teilweise, das zeigt bereits das Prozessschema, geht die Rezeption von Einzelvorhaben wiederum als Auslöser oder unterstützender Faktor in die Diskussion weiterer Vorhaben ein. Auf lange Sicht mag die Rezeption der Vorhaben auch die soziokulturellen Rahmenbedingungen verändern, doch sind derartige Entwicklungen nur schwer nachzuweisen und sollen hier vernachlässigt werden.

Für den Aufbau der folgenden Kapitel findet zwangsläufig eine analytische Trennung der sich auf vielerlei Weise überlagernden Teilprozesse und Effekte statt. Dennoch orientiert sich der Aufbau dieser Untersuchung an dem Schema. Kapitel 3 beleuchtet gesellschaftliche Rahmenbedingungen und Hintergründe.

Kapitel 4 beleuchtet die Prozesse und verwendeten Argumente in der Wiederaufbaudebatte übergreifend. Kapitel 5 geht dann anhand von Fallstudien näher darauf ein, was sich in der jeweiligen Diskussionsarena abspielt. Kapitel 6 beschäftigt sich mit der Fachdebatte über Wiederaufbauvorhaben, die sich als Teil der Auseinandersetzung um die Ergebnisse von Diskussions- und Entscheidungsprozesse sowie der Rezeption von realisierten Vorhaben begreifen lässt. Kapitel 7 deutet in einem mehrschichtigen Ausblick aus, wie mit der Rekonstruktionswelle unter baukulturpolitischen Gesichtspunkten umgegangen werden könnte. Um jeweils Hinweise darauf zu erhalten, inwiefern die beschriebenen Phänomene spezifisch für die deutsche Situation sind, werden die in der ersten Phase durchgeführten Vergleichsstudien Kapiteln zugeordnet, zu denen sie aufschlussreiche Ergänzungen bieten können.

## 3 Gesellschaftliche Rahmenbedingungen und Hintergründe

### 3.1 Einleitung und Überblick

#### 3.11 Ziel des Kapitels

Das Für und Wider von Rekonstruktion verloren gegangener Gebäude hat in den vergangenen Jahren erhöhte Aufmerksamkeit in der öffentlichen Wahrnehmung erhalten. Erstaunlicherweise sind bisher jedoch nur wenige Versuche unternommen worden, Antworten auf die Fragen zu finden, woher diese gestiegene gesellschaftliche Akzeptanz von Rekonstruktionen kommt bzw. welche Motivation das Engagement der verschiedenen städtischen Akteure um Rekonstruktionen trägt.

Im Folgenden werden verschiedene Ansätze zusammengestellt und aufeinander bezogen. Keiner der Ansätze kann jedoch für sich beanspruchen, eine allgemeingültige, alles umfassende Antwort auf die oben genannten Fragen gefunden zu haben – sie sind demnach als Bausteine, als Teile eines Mosaiks zu betrachten, die in ihrer Gesamtheit ein vielfältiges Bild der gesellschaftlichen Entwicklungen und Voraussetzungen hinter der derzeitigen „Rekonstruktionswelle“ ergeben. Es liegt in der Natur der Sache, dass sie nicht immer exakt voneinander abzugrenzen sind, sondern sich vielmehr ergänzen, überschneiden und sich in Einzelfällen auch widersprechen. Dieser Umstand sagt alleine jedoch nichts über die Plausibilität der einzelnen Ansätze aus, sondern weist nur darauf hin, dass es *die eine* Erklärung nicht gibt, sondern alle Rekonstruktionsvorhaben aus einer komplexen Überlagerung individueller und kollektiver Beweggründe gespeist sind, die zu einer schwer vorher-sagbaren Mobilisierung von Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen sowie Amtsträgern und Politikern führen, die unterschiedlichste Ressourcen für und wider das jeweilige Vorhaben in Stellung bringen. Erst in der Überlagerung individueller Motive ergibt sich im Zusammenhang mit den politischen Rahmenbedingungen vor Ort (vgl. Abb. 2), ob Rekonstruktionsvorhaben sich in baulich-planerischen Entscheidungsverfahren durchsetzen. Daher behandelt das Kapitel kulturwissenschaft-

liche, sozialwissenschaftliche und politikwissenschaftliche Erklärungsansätze zum besseren Verständnis der Hintergründe der aktuellen Rekonstruktionswelle. Vorgeschaltet ist zum besseren Verständnis eine Einführung zu denkmalpflegerischen Positionen und zum Wiederaufbaugeschehen vor 1975 in Deutschland.

#### 3.12 Hintergrund: Denkmalpflegerische Positionen und Wiederaufbau vor 1975

Die momentane Konjunktur des inter- und transdisziplinären Diskurses, aber auch der im Wesentlichen Denkmalpflege und Kunstgeschichte sowie die Architektur betreffenden fachinternen Diskussionen um Wiederaufbauvorhaben sind nur vor dem Hintergrund einer langen Entwicklung von Theorie, Diskurs und Praxis der Denkmalpflege zu verstehen, die mit der Ausbildung der wissenschaftlichen Denkmalpflege und den Rekonstruktionsdebatten an der Wende des 19. zum 20. Jahrhundert eine wesentliche Fundierung erlebten und den Grundstein für relativ stabile fachliche Prinzipien gelegt haben, die bis heute eine weit reichende Gültigkeit bewahren konnten. Fachinterne Diskussionen dienten dabei vor allem einer Verfestigung und Weiterentwicklung.

Diese stabilen und daher von Außenstehenden teilweise als starr empfundenen Paradigmen sind durch den Nachkriegswiederaufbau vorübergehend in Frage gestellt worden. Die betreffende Darstellung soll u.a. deutlich machen, wie der Umgang mit der Kriegszerstörung als Ausnahmesituation der Denkmalpflege verstanden wurde, wie sich aber dennoch das Rekonstruktionsverbot auf die Praxis des Wiederaufbaus auswirkte. Die neuerliche Herausforderung des Rekonstruktionsverbots erfolgte durch die aktuelle Rekonstruktionswelle. Hierfür war aber zunächst nicht der Fachdiskurs verantwortlich. Vielmehr waren es verschiedene lokale Debatten, an denen sich dann aber auch überregionale Experten aus den drei Disziplinen und die Fachpresse (vgl. Bar-tezko 23.9.2009) beteiligt haben.

Ein kurzer Abriss der primär denkmalpflegerischen Debatte seit dem „klassischen“ Streit, der ausgehend von der lokalen Debatte um einen Wiederaufbau des über eine lange Zeitspanne ruinösen Heidelberger Schlosses über die Aufgabe der Denkmalpflege geführt wurde und der mit Dehios beständig zitiertem Leitsatz und Machtwort „Konservieren, nicht Restaurieren“ endete, soll im Folgenden die Grundlage für eine Entfaltung der gesellschaftlichen Hintergründe und Ausprägungen der aktuellen Rekonstruktionswelle bilden. Für eine ausführlichere Darstellung der hier nur knapp skizzierten Entwicklung sei insbesondere auf Scheurmann (2005), Falser (2008) und Seidenspinner (2007) sowie auf die von Hanselmann (2006) zusammengestellten Originaldokumente verwiesen.

### 3.13 Gesellschaftliche Disposition

In diesem Abschnitt werden im Wesentlichen kulturwissenschaftliche Erklärungsansätze dafür zusammengetragen, warum in Deutschland derzeit Rekonstruktionsvorhaben auf fruchtbaren Boden zu fallen scheinen. Dabei geht es um Phänomene, die in einem größeren zeitlichen Zusammenhang wirkmächtig sind.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die *Bewertung des Verhältnisses von Original und Fälschung* bzw. von Realität und Fiktion zu sehen. So wird in der *Heritage*-Forschung zunehmend die Meinung vertreten, dass alles authentisch sei, was als solches rezipiert werde – also auch rekonstruierte Denkmale und Gebäude. Es ist allerdings zu analysieren, ob Rekonstruktionen nicht viel mehr als „Kitschphänomen“ anzusehen wären.

Auch um der Frage nachzugehen, warum in Deutschland zumindest im Gegensatz zu anderen westeuropäischen Staaten derzeit eine „Rekonstruktionswelle“ festzustellen ist und warum diese innerhalb der Bundesrepublik räumlich konzentriert stattfindet, sollen zudem zwei spezifische kulturgeschichtliche Annäherungen verfolgt werden. Dabei werden zunächst die deutsche Romantik und dann der katholische Reliquienkult und seine Auswirkungen auf den Protestantismus untersucht.

Im Laufe der Zeit verändern sich Geschichtsbilder; das kollektive Gedächtnis einer Gesellschaft interpretiert weiter zurück liegende Epochen heute anders als noch vor einigen Jahrzehnten. Deshalb soll auch auf Veränderungen der Erinnerungskultur und den Umgang mit kulturellem Erbe eingegangen werden.

### 3.14 Gesellschaftlicher Wandel

Der Abschnitt „Gesellschaftlicher Wandel“ behandelt aktuellere Veränderungstendenzen, die eine unterstützende Wirkung für die aktuelle Rekonstruktionsdebatte besitzen. Es beginnt mit einer Einordnung der Welle in Zeit der ausgehenden städtebaulich-architektonischen Moderne. Offensichtlich bieten moderne Gebäude in ihrer oftmals empfundenen Rationalität den Menschen nicht immer das, was sie suchen – sei es nun Gemütlichkeit oder eine bestimmte Aufenthaltsqualität oder schlicht das Bedürfnis nach einer subjektiv schönen Umgebung. Dieses Unvermögen ist Teil dessen, was in vielen Publikationen zum Thema mit dem Schlagwort „*Das Scheitern der Moderne*“ betitelt wird (vgl. z. B. Stimmann 2006).

Orte spielen eine wichtige Rolle für eine *Suche nach Identität und Distinktion*, die in Zeiten des globalen Wettbewerbs, der ökonomischen wie sozialen Unsicherheit, des Wertewandels, der kulturellen Nivellierung – die Liste wäre beliebig fortzusetzen – auf individueller wie auf kollektiver (und damit auch städtischer) Ebene an Bedeutung gewinnt. Sie dienen im Rahmen dieser Suche als Medien, die durch aktives Aneignen mit symbolischer Bedeutung aufgeladen werden und so Identitäten sichtbar machen (vgl. Pott 2007: 30, Korfkamp 2006: 129 ff.).

Eng verknüpft sowohl mit der Sehnsucht nach Heimat als auch mit der Suche nach Identität ist der Prozess der fortschreitenden *Individualisierung*, der nicht nur in Deutschland, sondern in allen westlichen Industrieländern schon lange ein zentrales Thema der Sozialwissenschaften ist (vgl. Nollmann/Strasser 2004). Die Pluralisierung der Lebensstile, die Ausdifferenzierung von Milieus und die Verringerung der Selbstverständlichkeiten in der jeweiligen Lebenswelt führen zu Verunsicherung und der Notwendigkeit zur Identifikation



mit individuell zu findenden Identitätsankern“ (vgl. Abels 2006: 245, Bückmann 2007).

Häufig werden Rekonstruktionen auch mit einer *Sehnsucht nach Heimat* assoziiert, die sich aus den Überforderungen durch die unübersichtliche und sich schnell verändernde postmoderne Gesellschaft speist (vgl. z. B. Cremer/Klein 1990). Der Begriff „Heimat“ bekam in der deutschen Gesellschaft immer dann Konjunktur, wenn sich in dieser tief greifende Veränderungen vollzogen – so zum Beispiel während der Industrialisierung oder in den 1970er Jahren. Auch heute, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, mitten im Prozess der Globalisierung und bei stetig steigender (Arbeits-) Migration und Mobilität, wird der Heimat wieder mehr Bedeutung zugeschrieben. Die rekonstruierten Gebäude werden vielfach als heimatlich-vertraut und deshalb als schön empfunden und geben als Stein gewordene Rückbesinnung auf eine „gute alte Zeit“ Halt und Sicherheit (vgl. Korfkamp 2006, Gebhard/Geisler/Schröter 2007). Eine ähnliche Argumentation sieht Rekonstruktionen als einen Ausdruck eines neu aufkommenden *Konservativismus*, im Zuge dessen die orientierungslos gewordene Gesellschaft wieder vermehrt nach einer *Leitkultur* verlangt.

Die Individualisierung verunsichert aber nicht nur, sondern lässt dem Menschen gleichzeitig auch ungeahnte Freiheit. Diese Freiheit ist neben einer gesamtgesellschaftlichen Wohlstandssteigerung und einer zunehmenden Konsumorientierung eine Voraussetzung für die Herausbildung der so genannten *Erlebnisgesellschaft*, die mit neuen Ansprüchen an die (ästhetischen) Qualitäten einer Stadt und einem veränderten Freizeitverhalten einhergeht. Erlebnisorientierte Stadtbewohner sind ständig auf der Suche nach Genuss und dem nächsten Event (vgl. Opaschowski 1994) und nehmen auch ihren eigenen Wohnort zunehmend wie Touristen wahr. Daraus entsteht in Verbindung mit dem steigenden Städtetourismus für die Städte Druck, in einem touristisch ansprechenden Sinne schön und für Besucher wie Einheimische gleichermaßen interessant und aufregend zu sein – oder es z. B. durch die Rekonstruktion historischer Gebäude zu werden.

### 3.2 Hintergrund: Denkmalpflegerische Positionen und Wiederaufbaupraxis vor 1975

#### 3.2.1 Die Ablehnung der Rekonstruktion als konstituierendes Element der Disziplin Denkmalpflege

Für die sich im 19. Jahrhundert herausbildende denkmalpflegerische Theorie war die zeitgenössische Praxis im Umgang mit Denkmälern ein erhebliches Problem: Im Zusammenhang mit dem auch für die Architektur bestimmenden Historismus waren Denkmalpfleger häufig auch „schöpferisch“ tätig, während sich die zu Ende des Jahrhunderts herausbildende moderne Denkmalpflege hierzu äußerst kritisch eingestellt war. Als Vorläufer hierzu kann Viollet-le-Ducs Theorie der Restaurierung angesehen werden, die bewusst fiktive Idealzustände anstrebte, indem sie die Bauten vollständig wiederherstellen wollte, aber dabei vor allem auf die Wiederherstellung einer angenommenen Konstruktion abhob (Viollet-le-Duc 1866). Dies beschwor den Widerstand insbesondere in England herauf. Dort wurde darauf hingewiesen, dass die Haltung Viollet-le-Ducs eine Zerstörung von Denkmälern bedeuten konnte. Obwohl einer frühen funktionalistischen Haltung zugeneigt, die die Form aus den funktional-konstruktiven und sozialen Ausgangsbedingungen ableitet, kommt Viollet-le-Duc auf diese Weise durch die Dominanz der Konstruktion zu ganz anderen Resultaten als später die funktionalistische Moderne.

Wie Viollet-le-Duc, so ist auch John Ruskin in England der Gotik zugeneigt. Er legt mit seiner Architekturauffassung den Grundstein mit dem Begriff „Truth“ den Grundstein für die bis heute weit verbreitete Forderung nach einer „ehrlichen“ Architektur, die eine Verschleierung konstruktiver und struktureller Gegebenheiten ablehnt (Ruskin 1849). Aus der Wahrhaftigkeitslogik leitet sich die Ablehnung von Rekonstruktionen bzw. Restaurierungen ab, da Architektur nur unter den Bedingungen ihrer Entstehungszeit möglich sei (Ruskin 1849). Mithin kommt Ruskin zu Schlussfolgerungen, die denen von Viollet-le-Duc diametral entgegenstehen.

Obwohl in der Auseinandersetzung zwischen Viollet-le-Duc und Ruskin sich schließlich der letztere angesichts der Kritik an Verfälschungen durchsetzt, die dem romantischen Geist entsprungen sind, zeigt sich doch, dass zwei sehr unterschiedliche, aber in sich bis zu einem gewissen Grad konsistente Haltungen zur Denkmalpflege diese beinahe von Anfang an prägten. Für die heutige Rekonstruktionsdebatte ist dabei weniger ausschlaggebend, dass im 19. Jahrhundert bestimmte Akteure für Restaurierungen eintraten. Das könnte noch als vorwissenschaftliches Verständnis der Denkmalpflege abgetan werden. Interessanter ist die Tatsache, dass Viollet-le-Duc einen konsequenten Konstruktivismus vertritt, der einen Vorläufer heutiger Positionen darstellt, die einen hochkarätigen Entwurf auch dem Entstehungskontext entrissen für „baubar“ halten, weil sich in ihm die Genialität des Entwerfers bzw. dessen großes Verständnis für konstruktive Herausforderungen spiegeln. Ein solches Verständnis ist sogar unter Architekten vorzufinden, etwa wenn sie sich heute für den Wiederaufbau der Schinkelschen Bauakademie wegen deren wegweisenden Entwurfs einsetzen. Die Haltung widerspricht nicht unbedingt der Forderung nach einer unverfälschten Pflege der Substanz, wenn der Wiederaufbau lediglich dann zur Ausführung kommt, wenn der Ursprungsbau völlig verschwunden ist. In der Auseinandersetzung darüber, wie genau tatsächlich die historischen Techniken ausgeführt werden können, entscheidet sich, wie stark „verfälschend“ die zweite Ausführung dann ist. Versteht man allerdings architektonische Entwürfe als eigenständige Werke abgelöst von ihrem Kontext, dann lassen sie sich wie ein Musikstück von einer geschriebenen Partitur mehrfach spielen (und sogar unterschiedlich interpretieren). Diese Dekontextualisierung lässt sich allerdings in der Architektur nicht völlig folgenlos durchführen. Dennoch erscheint es einer kulturell-intersubjektiven Verständigung zugänglich, wie ein solcher Vorgang zu bewerten ist.

Letztlich war es aber ausgerechnet die Debatte über eine mögliche Rekonstruktion des Heidelberger Schlosses, die die genannte Kontroverse um die Denkmalpflege in Deutschland im ausgehenden 19.

Jahrhundert eskalieren ließ und schließlich eine Entscheidung brachte, die für die schöpferische Denkmalpflege eine empfindliche Niederlage und den Beginn einer allmählichen Ablösung durch das Primat der Pflege der historischen Substanz bedeutete. Das während der kurpfälzischen Erbfolgekriege in den Jahren 1688 und 1693 zerstörte Heidelberger Schloss war fast zweihundert Jahre später, ab 1868, Gegenstand der bis heute zentralen denkmalpflegerischen Diskussion um den Wiederaufbau zerstörter Kulturgüter. In Form des berühmten Gebots „Konservieren, nicht restaurieren“ von John Ruskin und Hermann Grottefend sowie später Georg Dehio findet die wissenschaftliche Denkmalpflege ihre bis heute gültige, wenngleich vermehrt kritisierte professionsethische Fundierung.

Allerdings ist die Auseinandersetzung nicht auf eine so kurze Zeitspanne begrenzt, wie dies anhand der wesentlichen Vorhaben (Schloss Heidelberg, Dresdner Kreuzkirche, St. Michaeliskirche in Hamburg) den Anschein hat. Vielmehr bestehen Verbindungen nicht nur zur denkmalpflegerischen Auseinandersetzung mit dem Historismus, sondern auch zu mit ihm sicherlich in Beziehung stehenden Wiederaufbauten, die im Laufe des 19. Jahrhunderts innerhalb des Deutschen Reiches entstanden. Dazu gehört insbesondere eine Reihe Nachbauten mittelalterlicher Herrschaftssitze, etwa die Burgen Rheineck (ab 1832; vgl. Rausch 1955) und Sooneck (1843 bis 1861; Fuhr 2002) im Mittelrheintal, die beide im Pfälzischen Erbfolgekrieg und damit rund 150 Jahre vor ihrer Wiedererrichtung zerstört worden waren. Die Geschichte der Burg Dankwarderode (Wex 1992) in Braunschweig mutet hingegen fast zeitgenössisch an. Nach einem Brand im Jahr 1873 sollte ihre Ruine zunächst dem Straßenbau weichen, doch führten Bürgerproteste zu einem Wiederaufbau zwischen 1887 und 1906, der allerdings nicht wie der letzte Zustand im Stil der Renaissance, sondern neoromanisch unter Rekonstruktion des mittelalterlichen Grundrisses und Verwendung historistischer Neuprägungen erfolgte. Nach einer teilweisen Zerstörung im Zweiten Weltkrieg orientierte sich der schrittweise erfolgte und erst mit der Rekonstruktion des Rittersaals 1991 beendete Wiederaufbau

wiederum an eben dieser neuromanischen Fassung.

Die Diskussion um die Ruine Heidelberger Schlosses wurde spätestens ab 1882 virulent, als ausgerechnet die Generalversammlung des Verbandes deutscher Architekten und Ingenieure (zit. in Hanselmann 2005: 19) es „als eine Ehrenpflicht“ ansah, für ein Wiederherstellung des bereits im 17. Jahrhundert zerstörten Otthoeinrichsbaus des Schlosses zu werben. Zu diesem Zeitpunkt dauerten die teils interpretativen Restaurierungsarbeiten an einem anderen Schlossteil, dem Friedrichsbau, noch an, weshalb der letztlich erzielte Erfolg der Rekonstruktionsgegner auch als Bruch mit der bisherigen Tradition gewertet werden kann. Im Mittelpunkt der Argumentation hierzu stand eine materielle Auffassung von Denkmalpflege, die um Authentizität und nicht um die Idee oder gar eine Idealisierung bemüht ist. Dabei schloss die Position auch die Erhaltungswürdigkeit zeitbedingter Veränderung mit ein, was letztlich zu dem Grundsatz des „Konservierens nicht Restaurierens“ führte und dazu, dass der historische Wert als prioritär gegenüber anderen Denkmalwerten einschließlich der künstlerischen Wertschätzung angesehen wurde.

Dass dies nicht notwendigerweise zum Erhalt eines Baudenkmals als Ruine führen musste, zeigt der Fall der Dresdner Kreuzkirche, die 1897 ausbrannte und in den folgenden drei Jahren wiedererrichtet wurde. Allerdings wurde der Innenausbau als eine damals zeitgenössische Synthese aus Neubarock und Jugendstil hergestellt, das Kirchendach zwar in der früheren Form, jedoch in neuer Konstruktion gebaut. Damit unterschieden sich die neu errichteten Teile deutlich von den erhalten Gebliebenen bzw. dem zerstörten Original – eine Strategie, die damals der fortschrittlichen Tendenz innerhalb der Denkmalpflege entsprach und letztlich 1964 zu einem Kernbestandteil der Charta von Venedig wurde. Nahezu zeitgleich wurde in Hamburg dagegen nach einer ausführlichen, deutlich gegensätzliche Positionen enthaltenden Debatte eine rekonstruktive Maßnahme durchgeführt. Der Außenbau wurde letztlich weitgehend originalgetreu wiederaufgebaut, im Inneren musste mangels einer hinreichenden Dokumentation

des Originals einige Details frei nachgebildet werden. Wenngleich der Leitgedanke der einer Orientierung am verlorenen Vorgängerbau nach Vorbild des 1902 eingestürzten Campanile di San Marco in Venedig war, führten neben diesen Einschränkungen auch Wünsche nach technischen Verbesserungen und höherwertigen Materialien dennoch zu erkennbaren Abweichungen.

### 3.22 Der Authentizitätsbegriff als zentrale Kategorie der Denkmalpflege und seine Wirkungen

Markant an der Heidelberger Debatte ist allerdings ihr Ende, das auch ein gewisser Schlussstrich unter die vorangegangenen Auseinandersetzungen war. Von zentraler Bedeutung ist nunmehr der Begriff der Authentizität, der aufgrund der Komplexität und Veränderlichkeit von Baudenkmalen hier wesentlich schwieriger zu definieren ist, als dies für andere historische Zeugnisse – wie etwa Schriften und Urkunden – gilt (vgl. hierzu aber auch die Hinweise zur Echtheit von Reliquien in Kap. 3.33). Dies zeigt auch die Definition von Petzet (1994: 1) in seinen „Grundsätzen der Denkmalpflege“:

„Der Begriff der Authentizität bezieht sich [...] aber nicht nur auf die in einer authentischen Technik verarbeiteten authentischen Materialien – die historische Substanz –, sondern ebenso auf Form und Gestalt sowie auf die Funktion des Denkmals, und zwar unabhängig davon, ob es sich um einen „ursprünglichen“ oder einen „gewachsenen“ Zustand handelt. Denn zur Authentizität des Denkmals können selbstverständlich auch spätere Veränderungen gehören: der ‚originale‘ Zustand als Summe verschiedener Zustände, [...]. Zu beachten ist auch der unauflöslche Zusammenhang aller Teile des Denkmals und seiner Ausstattung, die ebenso wenig wie das ganze Denkmal aus ihrem Zusammenhang gerissen werden dürfen.“

Der Denkmalpflege kommt somit qua Amt eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Denkmälern, deren Identifikation, Dokumentation, Erforschung und Sicherung zu. „Denkmalpflege heißt, Denkmäler pflegen, bewahren, erhalten, nicht Denkmäler verfälschen, beschädigen, beeinträchtigen oder gar gänz-

lich zerstören“ (Petzet 1994: 1). Deshalb ist auch die Authentizität eine eng bestimmte Begrifflichkeit, die mit nachfolgenden Synonymen und Erklärungen verdeutlicht werden kann: Originalität, Identität, Tradition, Geschichtsbewusstsein, Historizität (vgl. Seidenspinner 2007a: 3; Seidenspinner 2007b: 1). Somit beschreibt die Authentizität eines Denkmals die historisch nachgewiesene Echtheit des Gegenstandes und führt zu einer Wertschätzung des Originals. Dies äußert sich dann auch in der Fokussierung auf die substanzgegebenen, materialimmanenten Eigenschaften eines Denkmals, die sich in Materialität, Form, Gestaltung und Funktion widerspiegeln. Der von der Denkmalpflege verwandte Authentizitätsbegriff formt aus der Addition von Vorstellungen und Absichten des Urhebers sowie der vorzufindenden Originalität und Echtheit des Denkmals die heutige Interpretation der Wertigkeit und Schutzwürdigkeit (vgl. Seidenspinner 2007b: 1).

Bei einer weiterführenden Annäherung an den Begriff der Authentizität wird allerdings das (fachliche) Dilemma deutlich, wenn nämlich „immer wieder eine gewisse Beliebigkeit und Schwammigkeit des Wortes und seines Gebrauchs konstatier[t]“ (Seidenspinner 2007a: 2) werden muss. Wolfgang Seidenspinner führt dies darauf zurück, dass der Terminus Authentizität zwar mit einer gewissen machtvollen, kraftvollen Konnotation belegt ist – er nennt dies die „Valenz des Begriffes“ – welche allerdings zu einem inflationären Gebrauch in fast allen Lebenssituationen geführt hat und den Gebrauch des Wortes an sich nun so schwierig mache (vgl. Seidenspinner 2007a: 1 f.). „[...] wenn wir auf dem Buchmarkt zum Beispiel Sach- und Anleitungsliteratur über authentisches Leben finden oder Publikationen über die Authentizität von Zitrusölen. Alles kann authentisch sein bzw. wird als authentisch verkauft“ (Seidenspinner 2007a: 2). Entsprechend wird in der denkmalpflegerischen Debatte mittlerweile auch das Fundament des Authentizitätsbegriffs in Frage gestellt. Zur Vervollständigung soll dies an dieser Stelle bereits mit einigen Ausführungen aus der Symposienreihe „Nachdenken über Denkmalpflege“ (vgl. Kap. 6) dargestellt werden. Als Grundlage dienen die dokumentierten Tagungsbeiträge,

-programme und -zusammenfassungen bzw. -kommentare innerhalb der Online-Fachzeitschrift *kunsttexte.de*, für die auf Einzelbelege verzichtet wird.

Zuvor soll allerdings auf Hinweise aus dem Beitrag von Hans Wilderotter (in Bingen/Hinz 2005: 30–32) im Verlauf der Tagung „Die Schleifung“ zum Thema „Kein Stein wird auf dem anderen bleiben“ eingegangen werden, der auch die politischen Ansätze hinter Dehios Standpunkt beleuchtet. Er arbeitet dabei deutlich heraus, dass Georg Dehio, Adolf von Oeckelshaeuser und Cornelius Gurlitt als die prominentesten Rekonstruktionsgegner nicht nur „aus rein denkmalpflegerischen Gesichtspunkten und historischer Aufrichtigkeit“ argumentierten, sondern eine politische Absicht verfolgten. Während sie vor allem durch ihre prägnante Forderung „konservieren, nicht restaurieren“ wahrgenommen wurden – und werden – und hierfür zum einen das fehlende Wissen um den Originalzustand, zum anderen die Verkörperung der Bauwerksgeschichte durch die Ruine anführten, ging es ihnen zusätzlich um den Erhalt der Ruine als Nationalheiligtum. Waren die Rekonstruktionsbefürworter wie Karl Schäfer geneigt, beim Wiederaufbau historische Kenntnisse außer Acht zu lassen, um ein „Denkmal von alter deutscher [sic] Herrlichkeit“ (Wilderotter a.a.O.: 30) herzustellen, so wolle etwa Oeckelshaeuser (zit. in Wilderotter a.a.O.: 31) die „Spuren des Orleanschen Krieges“ nicht verwischt sehen, die als „Mahnung [...] an die schmachvollsten Zeiten deutscher Ohnmacht und Zerrissenheit“ erhalten bleiben müssten. Eine Wiederherstellung, so Gurlitt (zit. in Wilderotter a.a.O.: 31), würde die Erzählungen von der Verwüstung zum Schwindel erklären.

Während des ersten Nachdenken-Symposiums unternahm Christoph Friedrich Hellbrügge unter dem Titel „Konservieren, nicht Restaurieren‘ – ein Mythos der Denkmalpflege?“ dann einen Rückblick auf die institutionalisierte Denkmalpflege der vergangenen rund zweihundert Jahre. Seine Abschlussworte – „Konservieren, nicht restaurieren‘ war somit nur ein Grundsatz für eine bestimmte Zeit und einen eingeschränkten Denkmalbereich“ – relativierten den innerhalb der Disziplin bislang als Prinzip verstandenen Satz

Abbildung 3  
Briefmarkenserie der Deutschen Bundespost zum Europäischen Denkmalschutzjahr 1975



Quelle: gemeinfrei

Dehios dabei deutlich. Hellbrügge führte aus, dass bereits in der bis etwa 1910 geführten Grundsatzdebatte die Dehio-Rede zum Heidelberger Schloss von 1905 nicht das letzte Wort gewesen sei, bzw. nur stark beschränkt gültig war. Zum einen sei das „Rekonstruktionsverbot“ nur auf so genannte tote – also unbenutzte oder ruinöse – Denkmäler angewendet worden, zum anderen sei die Gleichwertigkeit von kreativen, zeitgenössischen Neuschöpfungen, die Cornelius Gurlitt noch stärker als Dehio vertreten habe, durch die Disziplin nie akzeptiert worden. Bei lebenden Denkmälern habe sich die Auffassung Paul Clemens' durchgesetzt, der sie als „lehrreiche Darstellungsmittel, die kulturpolitisch und volksmissionarisch einzusetzen waren“, ansah. Aus der hierin angelegten Verbindung mit der Heimatschutzbewegung folgte demnach einerseits die Ablehnung zeitgenössischer Kunsteinflüsse, andererseits auch eine gesteigerte – und durch die Denkmalpflege noch zu steigernde – Bedeutung des Symbolwerts eines Denkmals. So sei es bis 1945 üblich gewesen, „dass man beispielsweise ‚entstellenden Zierrat‘ entfernte und den ‚monumentalen Kern‘ des Denkmals herauschälte.“ Nur in der Periode zwischen 1945 und dem Denkmalschutzjahr 1975 hätten „das schlechte Gewissen und eine neue Moral auch die Denkmalpflege bestimmt“, und es sei zu zeitgenössischen Ergänzungen, schlichten Raumfassungen und der generellen Ablehnung von Rekonstruktionen gekommen. Die Denkmalkonservierung habe das Ziel verfolgt, „die verbliebenen Originale als unzweideutig wahr und echt herauszustellen“, habe aber gleichzeitig auch dazu geführt, dass der Erhalt der vermeintlich unwahrhaftigen Ergebnisse des Historismus kaum Bedeutung hatte und es zu umfassenden Zerstörungen innerhalb dieser Bebauung kommen konnte. Ab 1975 habe sich die Disziplin zwar einerseits auf die Authentizität berufen, andererseits aber

die wissenschaftliche Beforschung und Begleitung als Möglichkeit zur Rekonstruktion gebilligt. Seine Ausführungen, so stellte Hellbrügge abschließend fest, zeigten, dass die Erhaltungsmethoden der Denkmalpflege „nicht einem Grundsatz unterworfen waren, sondern meistens der den Denkmalobjekten jeweils zugewiesenen Bedeutung und Sinnfunktion nachgeordnet war.“

Sigrid Brandt nutzte ihren Beitrag im zweiten Symposium dazu, auf den oftmals als Schimpfwort gebrauchten Begriff der „schöpferischen Denkmalpflege“ und seine Herkunft einzugehen. Während der Weimarer Republik sei innerhalb dieses Begriffes nicht nur das Bewahren, sondern auch die Vermittlung des Denkmals Aufgabe der Denkmalpflege gewesen. Sofern zur Darstellung des historischen Kontexts, der (zumeist nationalen) Symbolik oder der Verständlichkeit des ganzen Objekts eine Veränderung erforderlich gewesen sei, sei sie als legitimiert zu betrachten. Wenn also ab 1975 kritisiert wurde, die Reduktion des Denkmalwerts auf die Substanz sei einfältig (Willibald Sauerländer), so sieht Clemens Kieser (sechstes Symposium) darin letztlich ein Argument mit dem gleichen Ziel, nämlich dem Denkmalerhalt. Er macht deutlich, dass alle materiellen geschichtlichen Hinterlassenschaften Fragmente seien und entsprechend auch die Objekte der Denkmalpflege als solche zu begreifen seien, sowohl die dinglichen als auch die zu interpretierenden Zeichen. Daraus folgt für ihn aber noch lange kein Argument für den Wiederaufbau: Vielmehr sei in einem geistigen, nicht aber handwerklichen Prozess beständig zu (re-)konstruieren. Werde das Fragment nun aber durch materielle Rekonstruktion in ein Ganzes überführt, so werde das Objekt der Denkmalpflege zerstört. „Die Rekonstruktion wird zur obszönen Handlung, die alles zeigt und den Eros der Erkenntnis zerstört.“

Im fünften Symposium setzte sie erneut an der „klassischen“ Diskussion der Denkmalpflege an und betrachtete hier vor allem die Person des Denkmalpflegers, Kunsthistorikers und auch Architekten Cornelius Gurlitt. Auch zu dessen Zeit sei die Frage der Ästhetik bereits ausführlich erörtert worden, wobei Gurlitt trotz seiner maßgeblichen Mitarbeit an den heute primär Dehio zugeschriebenen theoretischen Grundlagen und normativen Prinzipien in der Praxis eine weniger grundsätzliche Haltung vertreten habe und vielmehr stets auch seinem subjektiven Urteilsvermögen als Architekt vertraut habe. Entsprechend forderte sie, diese umfassende Suche nach Schönheit und Wahrheit trotz ihrer Subjektivität und Zeitgebundenheit auch im heutigen denkmalpflegerischen Diskurs als Möglichkeit ernst zu nehmen. Gleichwohl zeigte sie am Beispiel Gurlitts aber auch die subjektiven Grenzen der Auseinandersetzung mit Architektur und Ästhetik: Zur nach dem Ersten Weltkrieg aufkommenden modernen Architektur mit ihrer abstrakten Formensprache habe Gurlitt ebenso wenig einen Zugang gefunden wie zu den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Weimarer Republik.

Trotz dieser notwendigen Einordnung der damaligen Debatte in ihr Umfeld ist es kaum möglich, die Stabilität des fachlichen Rekonstruktionsverbots in Abrede zu stellen. Auch wenn man nicht wie Clemens Kieser in seinem Beitrag „Obszönität der Rekonstruktion“ („Nachdenken über Denkmalpflege“ Teil IV) ein Plädoyer gegen Rekonstruktionen hält, so ist doch anzuerkennen, dass die Dehios Leitsatz zugrunde liegenden Argumente nicht allein auf den historischen Kontext seines Wirkens reduziert werden dürfen. Ausgehend von der Praxis einer Schaffung von „Scheinaltertümern“, die mit ästhetischem Anspruch zur Vernichtung von Originalsubstanz von Kirchen, dem Wiederaufbau von Ruinen und einer schöpferischen Neugestaltung von Burgen führte, ging es dem Historiker Dehio darum, grobe Verfälschungen anzuprangern. Damit sollte eine grundsätzlich bewahrende Sicht im Umgang mit der historischen Überlieferung verfolgt werden, die angesichts der schwankenden historischen Urteile revidierbar sein müssten. Die Formulierung

einer Grundsatzposition zu dem bereits seit Jahrzehnten schwelenden Streit um das Heidelberger Schloss traf auf eine sich fachlich allmählich konstituierende Denkmalpflege und fiel neben der Stringenz ihrer Begründung wohl auch deshalb auf fruchtbaren Boden. Durch ihre nicht zu verleugnende moralische Aufladung der denkmalpflegerischen Position als fortlaufende Vergewisserung der geistigen Werte der Menschheit hat sie den Boden für bis heute häufig auch aus der Sicht der Denkmalpflege emotional geführte Argumentationsweise gelegt (Scheurmann 2005a, 2005b, 2005c, Hanselmann 2005, Falser 2008). Interessant an der Auseinandersetzung um das Heidelberger Schloss und ihrem historischen Kontext ist weiter der politische Hintergrund der Debatte (auf die nationalistische Gesinnung Dehios soll hier nicht näher eingegangen werden, vgl. Falser 2008, Scheurmann 2005b). Die Wiederaufbau-Gegner profilierten sich auch als Kritiker von damals gängigen Instrumentalisierungen baulicher Symbole durch Preußen nach der Reichsgründung:

„Die Erinnerung an ihn [Ott-Heinrich, u. a.] als heimatlich-regionaler Friedensfürst förderte auch die Erhaltung der schicksalträchtigen Ruine des Ott-Heinrichs-Baus entgegen einer preußisch geförderten Rekonstruktion als politische Vereinnahmung. Mit der letztendlichen Erhaltung der Ruine [...] hatte sich auch das reichskritische Bewusstsein der pluralistischen Fachöffentlichkeit und ... der Regionalisten ein ‚Denkmal gesetzt‘“ (Falser 2008: 300).

Betrachtet man Wirkung und Reichweite der Leitsätze von Dehio, darf nicht verkannt werden, dass die Grenzen zu denkmalpflegerischen Neuschöpfungen im Detail fließend sind. Das gilt für die Restaurierung von verlorenen Fresken wie für die Wiederherstellung von Gebäudedetails, bei denen im Kleinen häufig ähnliche Entscheidungen zu fällen sind wie bei der Frage nach der Legitimität von Rekonstruktionen ganzer Gebäude, die innere Stimmigkeit von Einzelkunstwerken aber bisweilen ganz zwanglos eine Ergänzung fordert, die neuschöpferische Elemente enthält.

### 3.23 Der Nachkriegswiederaufbau: Rekonstruktion als Ausnahme oder gängige Praxis?

Bis zum Beginn des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg sind kaum Rekonstruktionsvorhaben bekannt, war die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts doch ganz überwiegend durch Kriegswirtschaft und Weltwirtschaftskrise geprägt. Hier sei allerdings wiederum auf einen Fall verwiesen, der in der Tradition der genannten Beispiele des 19. Jahrhunderts steht: Burg Stahleck, ebenfalls im oberen Mittelrheintal gelegen und ebenfalls im Pfälzischen Erbfolgekrieg zerstört, wurde zwischen 1925 und 1935 als Jugendherberge wiedererrichtet. Hierin zeigt sich eine Kontinuität des Themas auch in geschichtlichen Perioden, in denen aus unterschiedlichen Gründen kein starker Trend für solche Bauvorhaben besteht. Ein anderer Fall ist die Fuggerkappelle in der ehemaligen Klosterkirche St. Anna in Augsburg, die in den Jahren 1920 und 1921 wiedererstand. Dafür wurden nach genauer Vorarbeit sowohl erhaltene, aber verstreute Teile als auch Nachbauten zusammengefügt. (Fischer 2005)

Insbesondere die Zerstörungen der Weltkriege stellten also das Restaurierungsverbot auf eine schwere Probe, so dass sich gerade nach dem Zweiten Weltkrieg eine vielgestaltige Wiederaufbaupraxis mit unterschiedlich „strenger“ Auslegung des Rekonstruktionsverbots durchsetzte. Die Chance, der modernen Architektur nach der Zerstörung zum Durchbruch zu verhelfen, wurde vielerorts in Deutschland genutzt, und eine Rekonstruktionstätigkeit im engeren Sinne beschränkte sich letztlich auf wenige symbolische Bauten. Durch den enormen Umfang der Zerstörung, der nicht nur einzelne Gebäude und Ensembles, sondern teilweise ganze Stadtviertel umfasste, wurde Wiederaufbau nicht nur zu einem Prozess von besonderer gesellschaftlicher Relevanz, sondern letztlich sogar zum Bestimmungsmerkmal der Epoche. In der Wiederaufbauphase konkurrierten bundesweit zwei wesentlich unterschiedliche Ansätze. Der eine war die Planung von „neuen Städten auf altem Grund“ (Lüken-Isberner 1992; In: von Beyme et al. 1992: 251–266), die sich am Leitbild der städtebaulichen Moderne orientieren sollten und in denen historische Gebäude entweder auf wenige Ensemb-

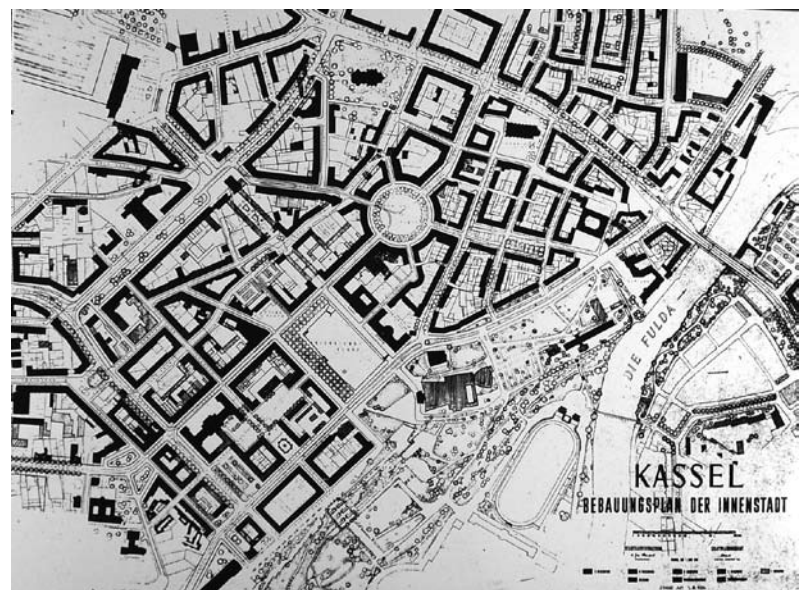
les oder gar nur auf Einzelbauten reduziert wurden, die als historische Landmarken in der Stadtlandschaft stehen würden. Der andere war die weitgehende Orientierung am historischen Vorbild, wobei Anpassungen an die technische Entwicklung (insbesondere die Motorisierung durch Straßenverbreiterungen) und zumindest außerhalb historischer Kernbereiche die Verwendung zeitgenössischer Bautypen, architektonische Vereinfachungen und eine nicht originalgetreue Materialwahl die Regel waren.

Huse (1984: 187–188) sieht in der Nachkriegszeit in der städtebaulichen Dimension eine eindeutige Dominanz der Neuplanungen gegenüber dem städtebaulichen Denkmalschutz einschließlich Teilrekonstruktionen, wenngleich von Beyme (1989: 36) andererseits einschränkt, dass diese selten „megalomane“ Züge aufwiesen und vor allem die Straßenzüge schon wegen der in ihrem Verlauf verlegten unterirdischen Leitungsnetze meist respektiert wurden. Wesentliche Ausnahmen sind Münster und Nürnberg.

Im westfälischen Münster wurde eine zunächst erwogene Verlegung des Geschäftszentrums aufgrund des Widerstands der Einzelhändler aufgegeben und stattdessen der Prinzipalmarkt als traditionelles Zentrum wiedererrichtet. Während der Grundriss des Marktplatzes dabei durch Verwendung der Grundmauern erhalten blieb,

Abbildung 4

Bebauungsplan zum Wiederaufbau der Kasseler Innenstadt (1954)



Quelle: gemeinfrei

Abbildung 5  
Prinzipalmarkt Münster



Quelle: Rüdiger Wölk/CC by-sa

wurden die meisten Fassaden und vor allem das Gebäudeinnere deutlich verändert und vor allem den zeitgenössischen Anforderungen, aber auch in Teilen einer modernen, wesentlich schlichteren Gestaltung angepasst. Diese Verbindung von Gegenwart und Tradition schloss auch die weitere Zerstörung erhalten gebliebener Fassaden mit ein. (Huse 1984: 189–190)

In Nürnberg wurde hingegen der wahrscheinlich umfassendste Wiederaufbau auf dem Gebiet der Bundesrepublik betrieben und entstand früh ein Konsens in der Bevölkerung möglichst viel zu erhalten. Begünstigt wurde das Vorhaben dadurch, dass in der Regel nur die Obergeschosse der Gebäude aus Fachwerk bestanden hatten und die steinernen Erdgeschosse im Feuer häufig erhalten geblieben waren. Dabei stellt Huse (1984: 190–189) allerdings fest, dass die genauesten Rekonstruktionsleistungen direkt nach dem Krieg geschaffen wurden, während später immer häufiger Kompromisse eingegangen wurden und es auch zu nachträglichen Zerstörungen kam.

Ganz anders hingegen wurde etwa in Kiel – ein weiteres Paradebeispiel wäre hier Kassel – auf den historischen Stadtgrundriss und die Parzellenstruktur wenig Rücksicht genommen und stattdessen eine Neuord-

nung im Sinne des modernen Städtebaus vorgenommen, die allerdings nicht zu einer reinen Zeilenbebauung oder Flachdächern führte. Lediglich die Kirchen wurden gesichert und wiederhergestellt, um die historische Stadtsilhouette zu erhalten. Für die Denkmalpflege hatte der Landeskonservator hier lediglich den Erhalt der Maßstäblichkeit gefordert, während er einen exakten Wiederaufbau wie auch eine gänzlich moderne Bauart für einen Fehler gehalten hätte (Huse 1984: 191–193).

Während einige Denkmalpfleger, wie etwa der ehemalige Provinzialkonservator der Rheinprovinz Clemen oder der für Kassel zuständige Landeskonservator Bleibaum, sich auch an der Debatte um die Wiederherstellung des Stadtgrundrisses beteiligten und sich hier für eine umfassende Wiederherstellung des Stadtbildes einsetzten, beschränkte sich die Denkmalpflege in dieser Zeit zumeist auf Einzelbauten. Rathäuser und Pfarrkirchen waren dabei diejenigen Bauwerke, deren Wiederaufbau in Westdeutschland am ehesten gesichert war, während weitere stadtgeschichtlich bedeutsame Profanbauten wesentlich häufiger zur Disposition standen und Neubauten oder den „Anforderungen“ der Verkehrsinfrastruktur weichen mussten. Dabei schloss diese nachträgliche Zerstörung auch solche Bauten mit ein, die entweder in durchaus rekonstruktionsfähigem Zustand oder sogar vollständig erhalten geblieben waren. So wurde bereits in den ersten drei Nachkriegsjahrzehnten mehr Gebäudesubstanz vernichtet als durch die Kriegseinwirkungen verloren gegangen waren, wie Bundespräsident Heinemann 1975 anlässlich des Denkmalschutzjahres feststellte.

So wurden in beiden deutschen Staaten zahlreiche herrschaftliche Repräsentationsbauten aus vordemokratischer Zeit bzw. ihrer Ruinen gesprengt, im Osten zusätzlich auch eine Reihe von Kirchen. Dabei spielten neben technischen und wirtschaftlichen Aspekten vor allem ideologische Ansätze eine Rolle, die diesen Bauten innerhalb des neuen (demokratischen oder sozialistischen) Staates keine Aufgabe zustanden und in ihnen zudem möglicherweise eine Projektionsfläche für diejenigen Kräfte im Lande sahen, die dem jeweiligen Staatswesen skeptisch



oder gar feindlich gegenüber standen. So wurde etwa in einer Diskussion um die Wiederherstellung des Neuen Schlosses in Stuttgart von Richard Döcker (1954; in: Hanselmann 2005) die bauliche Rekonstruktion mit gesellschaftlicher Restauration gleichgesetzt.

Sofern Baudenkmale, die an sich erhaltenswert erschienen, so schwer beschädigt waren, dass nur ein Wiederaufbau den entsprechenden Raumeindruck wiederherstellen könnte, bestanden ebenfalls erhebliche Auseinandersetzungen, sowohl um die grundsätzliche Durchführung einer Rekonstruktion wie auch über die angemessene Strategie. So wurde etwa um die Wiedererrichtung des Frankfurter Goethehauses heftig gerungen, letztlich eine der nicht allzu zahlreichen Versuche einer möglichst originalgetreuen Rekonstruktion aus jener Zeit – ermöglicht durch eine genaue Dokumentation, die auch die wandfeste Innenausstattung einschloss. Während etwa Walter Dirks (1947; in: Hanselmann 2005) in der Zerstörung einen logische Konsequenz einer schuldhaften Verantwortung sah und demnach forderte, auch sie zu akzeptieren, wurde von Befürwortern des Wiederaufbaus zumal eines solch „unschuldigen“ Gebäudes wie das des Dichturfürsten das positive Symbol betont. Während Otto Bartning (1948; in: Hanselmann 2005) eine „Entscheidung zwischen Wahrheit und Lüge“ sah, betonte Bundespräsident Theodor Heuss bei der Einweihung 1951, dass das gerettete Originalinventar eines angemessenen Ortes bedurft hätte und dass die „polemische Diskussion“ mit der Wiederherstellung bereits Vergessenheit geworden sei.

Diese Diskussion allerdings war eingebunden in einen breiteren Diskurs zur Neudefinition nationaler Identität und kultureller Authentizität nach zwölf Jahren nationalsozialistischer Herrschaft, die sich um „Begriffe [...] wie Schuld und Gewissen, Tradition und Fortschritt, Staatsform, abendländische Kultur, Glauben und Humanismus“ (Falser: 2008: 301) rankte. Gleichzeitig sieht Falser (2008: 302) auch einen daraus hervorgehenden Wandel des Denkmalschutzbegriffs von der Dehioschen „ideellen Mitbesitzerschaft des Volkes“ hin zu einer individualistischen und humanistisch-universellen Hinwendung

zum Denkmal. So sei etwa die wieder aufgebaute Frankfurter Paulskirche nicht als Rekonstruktion als vielmehr als nachkriegsmoderne Aneignung zu verstehen.

Insgesamt wurde innerhalb der Nachkriegszeit das gesamte Spektrum der Strategien zum Umgang mit Wiederherstellungen vom exakten Nachbau bis zu entschiedenen Gegenlösungen angewendet. Auch bei teilzerstörten Gebäuden wurde die Reparatur verschiedentlich nicht nur vereinfacht vorgenommen, sondern in ihrem Charakter betont, etwa bei der Alte Pinakothek in München oder der noch einmal zerstörten Dresdner Kreuzkirche. Auch wurden vielfach Ruinen erhalten, teils zur Bewahrung für einen späteren Wiederaufbau, teils als dauerhafte Lösung mit mehr oder weniger artikulierter Mahnmalfunktion. Diese Bandbreite gilt gleichermaßen auch für das Gebiet der DDR, wo jedoch zu der erheblichen Zahl von Abrissen noch verschiedene Formen der Vernachlässigung hinzukamen. Auch konnte die die Maßnahmen in Westdeutschland häufig begleitende fachliche und öffentliche Diskussion hier häufig nicht in gleichem Maße und vor allem nicht mit der gleichen Offenheit ausgetragen werden. Die Entscheidung über das Schicksal der kriegszerstörten Baudenkmale oblag dabei häufig letztlich dem Staatsrat und nicht den Vertretern der städtischen Gesellschaft, was dennoch zu einer großen Unstetigkeit führte (Kirchner 2005: 151).

Dort, wo man sich für eine originalgetreue oder vereinfachte Rekonstruktion entschied, entstand das Erfordernis, einen zu rekonstruierenden Zeitpunkt der Baugeschichte zu wählen. Trotz des in der Rekonstruktionsentscheidungen liegenden „Bekanntnis[s] zur Kontinuität von Geschichte“ (Huse; zit. in Hanselmann 2005) wurde dabei trotz schwierigerer Quellenlage längst nicht immer der Vorkriegszustand gewählt, insbesondere dort, wo dieser aus der nunmehr wenig angesehenen Zeit des Historismus stammte – so etwa bei einem Teil der Kölner Kirchen, obwohl hier zunächst innerhalb einer Vortragsreihe „Was wird aus den Kölner Kirchen?“ vor allem rekonstruktionskritische Stimmen zu Wort gekommen waren. St. Maria im Kapitol wurde etwa in Teilen im Stil des 11.

und 12. Jahrhunderts rekonstruiert, nachdem ein Wettbewerb keine befriedigenden Ergebnisse erbracht hatte.

### 3.24 Internationalisierung der Denkmalpflege und Wiederaufbau als Dauerzustand

Der akute Nachkriegswiederaufbau war in der Bundesrepublik wie auch den meisten übrigen westeuropäischen Ländern bereits Ende der 1950er Jahre für die Wohnquartiere und Stadtzentren sowie bereits zuvor für Industriebetriebe und Infrastruktur weitgehend abgeschlossen. Dies galt allerdings nur bedingt für diejenigen Repräsentationsbauten, deren originalgetreue oder vereinfachte Rekonstruktion beschlossen oder über lange Zeit strittig war. Entsprechend wurde für einige Objekte der Wiederaufbau ab den 1960er Jahren zur Daueraufgabe, bei der einzelne Vorhaben erst in den 1980er Jahren abgeschlossen werden konnten, so dass auch innerhalb des Fachdiskurses eine scharfe Trennung zwischen diesen Maßnahmen und der denkmalpflegerischen Praxis der gleichzeitig stattfindenden Restauration selten gegeben war. Dies gilt für entsprechende Denkmale in der DDR noch in verstärktem Maße.

Dennoch bemühte sich die Disziplin in dieser Zeit wieder verstärkt darum, den „Ausnahmestand“ der Nachkriegsjahre zu beenden und das wissenschaftlich begründete „Rekonstruktionsverbot“ wieder zu festigen. Letzteres gelang insbesondere durch die internationale Verständigung auf Regeln zum Umgang mit Denkmalen im Rahmen der Charta von Venedig, die 1964 aufgestellt wurde und entscheidenden Einfluss auf die Haltung zu Rekonstruktionen hatte.

#### *Daueraufgabe Wiederaufbau*

Während sich über einen langen Zeitraum deutliche Konjunkturen für Wiederaufbauvorhaben feststellen lassen, die sich etwa in Hanselmanns (2005) Darstellung zu zwei früheren Phasen zusammenfassen lassen, so lässt sich aber zumindest für die zweite Hälfte des 20. Jahrhundert seit Ende des Zweiten Weltkriegs auch eine kontinuierliche Wiederaufbautätigkeit belegen, innerhalb derer es lediglich zu Phasen erhöhter Intensität bzw. dies überla-

gernden Wellen gekommen ist. Nerdinger (2008: 19) geht sogar soweit festzustellen, dass „Zerstörung und Rekonstruktion von Bauten [...] die Architekturgeschichte seit der Antike [durchziehen]“ und sieht einen beständigen Wandel innerhalb der jeweils geltenden Auffassungen von Authentizität und der Genauigkeit mit der Rekonstruktionen zu erfolgen hätten.

Nach dem „Beginn einer bundesdeutschen Normalität“ (von Beyme et al. 1992: 20; vgl. auch insg. ebd.: 7–30) aus Wohnsiedlungsbau, Tertiarisierung der Innenstädte und Anpassungen an die zunehmende Motorisierung Ende der 1950er Jahre sehen auch von Beyme et al. (1992) in den 1960er Jahren eine zweite Wiederaufbau-Phase. Diese rückte die Stadterneuerung in den Vordergrund und meinte damit häufig die (flächenhafte) Sanierung des Bestandes. Sie führte aber auch zu einer ersten Kritik an den baulichen Ergebnissen der ersten als quantitativ bezeichneten Wiederaufbauphase. In der Auseinandersetzung mit dem modernen Städtebau, in der zunehmenden Ablehnung der Kahlschlagsanierung sowie den gesellschaftlichen Veränderungen zu Ende des Jahrzehnts lag auch der Nährboden für dann insbesondere in den 1970er entstehende Bürgerinitiativen, die sich zum Großteil mit städtebaulichen Themen auseinandersetzten (Falser 2008: 307; vgl. von Saldern/Wagner-Kyora 2005: 46) und etwa im Falle der Altonaer Fischauktionshalle oder der Frankfurter Alten Oper direkt für den Wiederaufbau eines kriegszerstörten Gebäudes eintraten (Kyora 2004: 91).

Neben diesen bürgerschaftlich organisierten Wiederaufbauvorhaben, die ihre Vorläufer bereits in der direkten Nachkriegszeit haben (etwa bei der Münchener Sankt-Peter-Kirche) sind es vor allem umfassende und dadurch lang andauernde Rekonstruktionen von in der Regel teilzerstörten Baudenkmalen, die in dieser Zeit stattfinden. Ein Beispiel ist hier die Würzburger Residenz, deren Sicherung noch vor Kriegsende durch die Amerikaner begonnen wurde, deren endgültige Wiederherstellung allerdings erst 1987 beendet war und zum Teil von Maßnahmen der Instandhaltung überlagert wurde. Solche Vorhaben fanden in der Regel mit Billigung und Mitwirkung zumindest der loka-

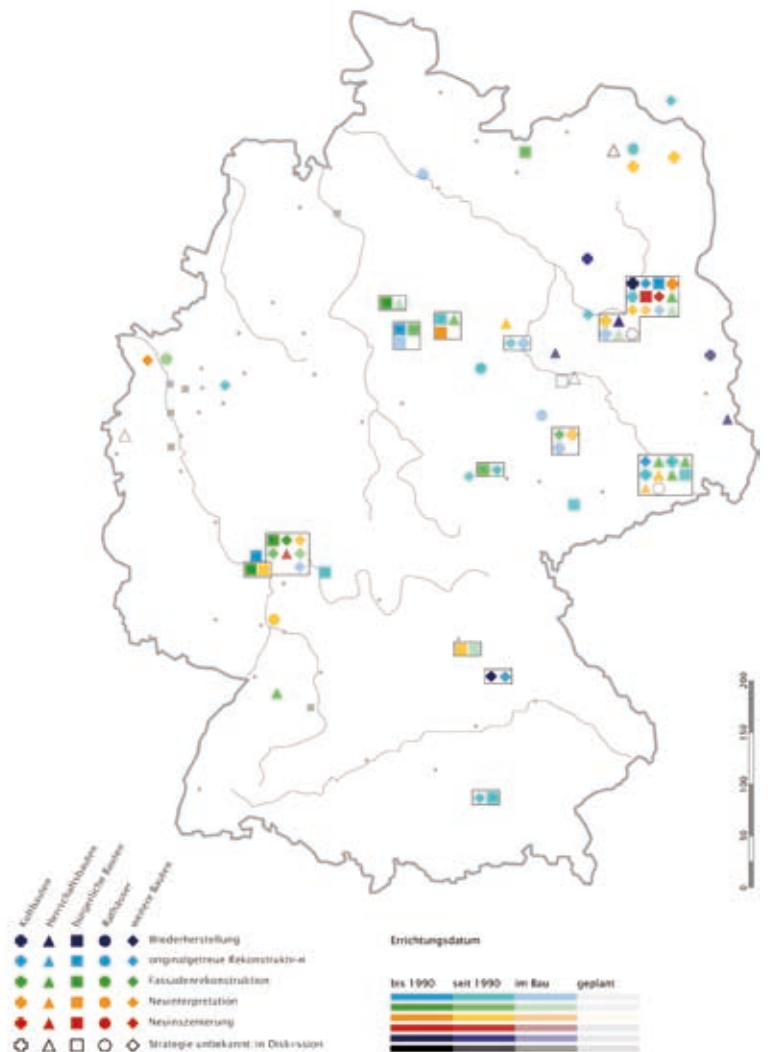
len Denkmalpflegeinstitutionen statt. Da sie auf einer vorhandenen ruinösen Substanz aufbauten, können sie so auch als Teil der „alltäglichen rekonstruktiven Praxis“ betrachtet werden, zumal sie häufig nicht den etwa gleichzeitig in der Charta von Venedig festgehaltenen Prinzipien und ihrer in Deutschland gängigen Auslegung entsprachen, weil etwa keine Unterscheidung zwischen originalen und hinzugefügten Teilen stattfand.

Verstärkt wurde dieser langfristige Wiederaufbau dann auch durch das verstärkte Interesse am Denkmalschutz, dem politischen Bekenntnis zur „Rettung der Städte“ im Denkmalschutzjahr und den zur Verfügung gestellten öffentlichen Mitteln. So brachte die Städtebauförderung in den 1970er Jahren einen wesentlichen Aufwertungsschub in historische Innenstädte. Er schlug sich in einer Reihe von Erneuerungsmaßnahmen, aber auch in Baumaßnahmen nieder. Im Zuge der Herstellung von kulturellen Einrichtungen ermöglichte dies in Einzelfällen den Wiederaufbau von Ruinen (Neumarkt i. d. Opf., Reitstadel) oder die Neubesetzung von historisch bedeutsamen Orten, an denen die frühere Bebauung abgetragen oder im Krieg zerstört worden war.

*Charta von Venedig, Welterbekonvention und Authentizitätsanspruch*

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und den Wiederaufbaudebatten entwickelten sich Institutionen und Dokumente, die sich besonders für die authentische Bewahrung der weltweiten Kulturdenkmäler einsetzen. Eine ganz offensichtliche und präzise Position vermittelt die Welterbe-Initiative der UNESCO (1972), die in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Rat für Denkmalpflege (ICOMOS) Grundsätze der historischen Echtheit und Unversehrtheit formuliert. Auf dem Fundament der „Charta von Venedig“ (1964) wurde das „Übereinkommen zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt“ (Welterbe-Konvention) und seiner Durchführungsrichtlinie (Operational Guidelines) verabschiedet, um den außergewöhnlichen universellen Wert von Kultur und Naturgütern für die Nachwelt zu sichern. An dieser Stelle scheint es angebracht zu sein, darauf hinzuweisen, dass der Begriff der

Abbildung 6  
Wiederaufbauvorhaben in Deutschland seit 1975



Quelle: Eigene Darstellung

Authentizität in diesen Dokumenten nicht vorkommt. „Aber in der so genannten Konvention [...] ist an keiner Stelle von einer Authentizität der Denkmale die Rede. Vielmehr spricht das Übereinkommen mehrfach von Schutz und Erhaltung des Kultur- und Naturerbes in Bestand und Wertigkeit (Seidenspinner 2007b: 4 f.)“

Im Jahr 1964 fand der „Second Congress of Architects and Specialists of Historic Buildings“ in Venedig statt. Auf dieser Fachtagung wurden Kernprinzipien der Denkmal- und Ensemblerestaurierung und -konservierung diskutiert und formuliert. Mit der Verabschiedung der „Charta von Venedig“ wurde somit ein Papier geschaffen, welches den zukünftigen Umgang mit Denkmälern artikulierte und auf welches sich bis heute die – insbesondere europä-

ische – Denkmalpflege beruft. Die Charta von Venedig brachte die von Dehio abgeleiteten Prinzipien als internationale Selbstverpflichtung der Denkmalpflege auf den Punkt. Ihre wesentlichen Forderungen wie die wissenschaftliche Fundierung denkmalpflegerischer Entscheidungen (Artikel 2, Artikel 16) richten sich an die Denkmalpflege, doch bildet sie mit ihren Aussagen zu Aufgaben und Anforderungen an die Restaurierung (Artikel 9, Artikel 11, Artikel 12) eine zentrale Grundlage für den architektonischen Umgang mit überlieferter Bausubstanz. Die Bewahrung der Werte des Denkmals und der Respekt vor vorhandenen Merkmalen unterschiedlicher Epochen sind von einem Authentizitätsanspruch geprägt, der Rekonstruktionen bzw. eine „schöpferische Denkmalpflege“ älterer Tradition so weit wie möglich ausschließt. Auch die Artikel 4–8 (Erhaltung) beziehen sich stark auf die von der Authentizität der Denkmalpflege geforderte Fokussierung auf die originale Substanz und Materialität des Denkmals. Dies vermittelt bereits die Präambel, in der es heißt:

„Als lebendige Zeugnisse jahrhundertalter Traditionen der Völker vermitteln die Denkmäler in der Gegenwart eine geistige Botschaft der Vergangenheit. Die Menschheit, die sich der universellen Geltung menschlicher Werte mehr und mehr bewusst wird, sieht in den Denkmälern ein gemeinsames Erbe und fühlt sich kommenden Generationen gegenüber für ihre Bewahrung gemeinsam verantwortlich. Sie hat die Verpflichtung, ihnen die Denkmäler im ganzen Reichtum ihrer Authentizität weiterzugeben“ (Charta von Venedig 1964: Präambel).

Allerdings ist die Charta an einer entscheidenden Stelle interpretationsfähig, wenn sie fordert, dass Wiederherstellungen und Ergänzungen sich vom Original abheben müssten und in einem zeitgenössischen Stil auszuführen seien, sich aber dennoch in den Originalbestand einfügen sollten (Janis 2005: 155–161). Hier paaren sich Denkmalpflege und Bauen im Bestand, indem die Prinzipien der Charta gleichermaßen eine argumentative Basis für die Realisierung des architektonischen Kreativitätsanspruchs auch im baulichen Kontext darstellen. Allerdings bringt die mo-

derne Architektur noch weitere Prinzipien wie ein bis heute wirkendes Ehrlichkeitspostulat ein (vgl. als Kernforderung der Moderne den Leitsatz „form follows function“, der noch heute in unterschiedlichen Spielarten die Architekturdebatte prägt). Der Bezug auf klassische Formen, der periodisch in der Architekturgeschichte vorkommt, dabei aber in unterschiedlicher Weise neu interpretiert wird und in der postmodernen Architektur in einem bis zu Selbstreferenz und Bedeutungslosigkeit reichenden Zitatentum eine neue Spielart hat, wird dabei von der dominierenden Linie der Architekturdebatte zumindest in Deutschland äußerst kritisch gesehen. Das Ehrlichkeitspostulat und ein Anspruch nach formaler Klarheit erlauben eine argumentative Differenzierung zwischen eklektizistischen und „klassischen“ Stilrichtungen, die zunächst zu einer weitgehenden Ablehnung der Postmoderne führt, aber mitunter bis zu einer im Zusammenhang mit der Rekonstruktionsdebatte am Beispiel der Berliner Bauakademie merkwürdig anmutenden Hagiographie Schinkels reicht.

Gegenpositionen und Hinterfragungen sind in Deutschland eher marginalisiert, finden sich aber gerade im Umfeld der Rekonstruktionsdebatte immer wieder. International spielen sie eine größere Rolle vor allem im Stellenwert von traditioneller Architektur und bei der Auslegung der harmonischen Einfügung von Ergänzungen im Bestand, die etwa in Deutschland eine verbreitete Anwendung von Materialkontrasten hervorgebracht haben, sich anderswo aber teilweise stärker auf eine Reduzierung oder Abwandlung gestalterischer Details verlegen. Rekonstruktionsvorhaben im engeren Sinne spielen international insgesamt aber eine geringere Rolle (vgl. dazu die Fallstudien zu Großbritannien, Polen und Italien).

Wie bereits die „Charta von Venedig“ mit der Formulierung des „ganzen Reichtums der Authentizität“ zeigt und wie nach Petzet sowohl ein „ursprünglicher“ als auch ein „gewachsener“ Zustand die Authentizität eines Kulturgutes darstellt, ist dieser Begriff für die UNESCO schwierig zu fassen. Nicht ohne Grund vermieden die Verfasser der wesentlichen Dokumente – Konvention und Durchführungsrichtlini-

en – das schriftliche Wort. Dies kann u. a. darauf zurückgeführt werden, dass die UNESCO als Teil der Vereinten Nationen (UN) verschiedene Kultur- und Traditionskreise repräsentiert und von ihnen beeinflusst wird. Dort können allerdings ganz unterschiedliche Ansätze des Authentizitätsbegriffs vorgefunden werden. „Dieser sehr zeittypische und sehr europäische Standpunkt erklärt sich zwar aus dem [...] Zeitgeist, erscheint heute aber nicht mehr vertretbar, denn nichteuropäische Kulturen haben andere Ansprüche an einen für sie tauglichen Authentizitätsbegriff. Spiritualität, Kult, Gebrauchskontext, Einbindung in die Landschaft, Identifikationspotential und symbolische Bedeutung können ebenso wichtig und manchmal sogar wichtiger sein als die tatsächliche historische Materialität des Objekts (Podbrecky 2004).“

Neben den konstituierenden Debatten und Statements vom Übergang des 19. in das 20. Jahrhundert sind auch diese Dokumente der 1960er und 1970er Jahre in die gegenwärtige Kritik einbezogen. So sieht etwa Clemens Kieser in seinem Beitrag zum fünften Symposium „Nachdenken über Denkmalpflege“ einen Konflikt zwischen Theorie und Praxis der Denkmalpflege, insbesondere hinsichtlich der Wissenschaftlichkeit. Dabei macht er deutlich, dass die Praxis eine wertende Haltung der Denkmalpflege erfordere und dass diese Wertungen stets ästhetische seien. Entsprechend plädiert Kieser für eine Sanierung des aus den 1970er Jahren stammenden theoretischen Überbaus. Zuvor hatte bereits im zweiten Teil des Symposiums Eckart Rüscher deutlich gemacht, dass es vermessen sei anzunehmen, dass der durch die Grundsatzdiskussion um 1900 und die Charta von Venedig von 1964 gefestigte geschichtswissenschaftlich orientierte Denkmalbegriff der „Höhe- und Schlusspunkt aller Entwicklungen in der Denkmalpflege“ oder gar „naturgegeben“ seien. Entsprechend sei zu hinterfragen, ob notwendigerweise die Originalsubstanz erhalten werden müsse und ob nur von ihr eine Aura ausgehen könne. Für ihn seien die Symbolik und Bildhaftigkeit eines Denkmals als immaterielle Kategorien viel bedeutender. In einem zweiten Beitrag forderte er daher die Einführung von drei Denkmalkategorien, die zunächst unab-

hängig zu bewerten, zu schützen und mit Erhaltungsmaßnahmen zu belegen seien: „symbolische Bedeutung“, „Bildhaftigkeit“ und „Originalsubstanz“. Damit könne die undifferenzierte Hochachtung vor der materiellen Substanz beendet werden, was einem „Befreiungsschlag“ gleichkomme und dazu führe, dass teilweise nur immaterielle Denkmaleigenschaften zu pflegen und zu tradieren wären.

Dieser Vorgriff auf die aktuelle Debatte macht deutlich, wie stark die Entwicklungen der „Nachmoderne“ seit 1975 sich – wenn auch erst mit zeitlicher Verzögerung – auf die Denkmalpflege ausgewirkt haben und wie stark die Prinzipien der Charta von Venedig dem Zeitalter der architektonisch-städtebaulichen Moderne zuzuordnen sind.

### 3.3 Gesellschaftliche Disposition

#### 3.31 Das Verhältnis von Original und Fälschung: Rekonstruktion als Kitschphänomen?

Es wird angenommen, dass hinreichend exakte Rekonstruktionen mit einigem zeitlichen Abstand wenigstens für den Laien nicht mehr als solche erkenntlich sind, sondern als Originale wahrgenommen werden (so beispielsweise das Frankfurter Goethehaus; vgl. etwa Peters 1980), sofern die Architektur die Rekonstruktion nicht als solche deutlich macht. Für Denkmalpfleger ist zwar in aller Regel der Denkmalwert mit dem Objekt zerstört, da dieser per Definition eben „nicht allein in den künstlerischen Ideen [...] sondern wesentlich in ihrer zeitbedingten, materiellen baulichen und künstlerischen Gestalt mit allen Schicksalsspuren“ (Vereinigung der Landesdenkmalpfleger 199, zit. in Krufft 1993: 522, vgl. auch Traeger 1994: 352) liegt, viele Laien hingegen scheinen dies anders zu empfinden. Im Folgenden soll diesem Aspekt auf den Grund gegangen werden. Bei der Beschäftigung mit dem Verhältnis von Original und Fälschung in der Kunst lässt sich das Thema Kitsch nicht ausklammern. In der Literatur stehen zwar Betrachtungen von Malerei und Literatur im Vordergrund, an vielen Stellen wird aber auch die Architektur explizit oder implizit einbezogen. Es soll deshalb weiter-

hin die Frage erläutert werden, ob und inwiefern Rekonstruktionen als eine Form von Kitsch gelten können und auf welche gesellschaftlichen Faktoren die Entstehung und Verbreitung beider Phänomene gründet.

In verschiedenen Zusammenhängen wurde bereits häufig die Frage gestellt, warum viele Wiederaufbau-Vorhaben von relativ jungen Leuten bzw. Menschen, die das Original nur aus medialer Überlieferung kennen, vorangetrieben werden. Opaschowski (2000a: 11–18) geht davon aus, dass die Grenzen zwischen Original und Inszenierung seit der Erfindung und massenweisen Verbreitung der Fotografie immer mehr verschwimmen und das Original damit in eine tiefe Krise gestürzt wurde, in der es nach wie vor steckt. Nicht mehr das objektive Feststellen der Echtheit eines Bauwerks oder eines anderen Kunstwerks oder Kulturereignisses sei maßgeblich für das Erleben desselben, sondern vielmehr die Disposition eines Subjekts, etwas Inszeniertes oder Rekonstruiertes als das Original wahrzunehmen und zu behandeln. Rekonstruktionsbefürwortern fällt die Herstellung dieser Bereitschaft vielleicht gerade deshalb leichter, weil sie keinen selbst erlebten Vergleich mit dem Original anstellen können. Besonders die jüngere Generation ist mit Inszenierungen und Fälschungen in verschiedenster Form aufgewachsen und kann ganz selbstverständlich lernen, mit ihnen zu leben, auch wenn sie dadurch durchschaut werden. Zuweilen wird die Inszenierung der Realität auch vorgezogen, da sie aufregender und fesselnder ist (vgl. Opaschowski 2000a: 2–4, 12–13). Mit Turkle (1998) spricht Opaschowski (200a: 13) vom „Artificial-Crocodile-Effect“: Ein künstliches Krokodil in Disneyland, das umherkriecht und -schwimmt, ist faszinierender zu beobachten als ein echtes Krokodil in der Wildnis, das den größten Teil des Tages ruhend zubringt. Diese Art von Realitätsproduktion – wenn auch nicht im eigentlichen Sinne authentisch – muss allerdings nicht zwangsläufig inkorrekt sein. Im „Zeitalter virtueller Realitäten“ (Opaschowski 2000a: 1) ist sowohl die Illusion von karibischem Urlaubsflair auf der unbewohnten Insel Coco Cay für Kreuzfahrtreisende als auch die Veröffentlichung von zusammengetragenen Erinnerungen mehre-

rer Holocaust-Überlebender als Autobiografie einer Einzelperson (vgl. Assmann 2007: 144–163) legitim – wenngleich festgehalten werden muss, dass es sich um völlig unterschiedliche Arten von Inszenierung handelt – denn genau so, wie es dort dargestellt wird, könnte es sein bzw. hätte es sein können.

Bereits Walter Benjamin sieht in seinem berühmten Aufsatz „Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit“ (hier in der Fassung von 1939 vorliegend, neu verlegt 2007) das Aufkommen neuer Technologien – in seinem Fall handelte es sich dabei um Fotografie und Film – als Grund für eine veränderte Rezeption von Kunstwerken. Im Zuge der Technisierung löse sich das Kunstwerk ab von seiner meist religiösen Ritualfunktion und werde vielmehr nach seinem Ausstellungswert beurteilt. Hinzu komme das Bedürfnis einer zunehmend bürgerlichen, wohlhabenden Gesellschaft, Kunstwerke bzw. deren Reproduktionen zu besitzen. Somit richte sich die Kunst immer stärker auf Massenproduktion und Massengeschmack aus (vgl. Benjamin 2007: 9–17).

Von diesem Spannungsfeld zwischen Inszenierung, Reproduzierbarkeit und Massengeschmack ist es nur ein kleiner Schritt zur theoretischen Diskussion um Kitsch und Kitschkunst: Auch Kitsch wird nämlich als ein Phänomen begriffen, das mit der Herausbildung des Bürgertums und noch stärker mit der Konsumgesellschaft überhaupt erst entstehen konnte; und auch Kitsch soll erlebte Gefühle wiederholbar machen, indem sie an den „wahrnehmbaren Reiz des Objekts“ gekoppelt werden und dadurch ein „lebenspraktische[r] Sachverhalt affektiv besetzt“ wird (beide Zitate Gelfert 2000: 12). Die erste Schwierigkeit entsteht allerdings bereits bei der exakten Eingrenzung des Sujets, denn, wie Braungart (2002: 1) treffend formuliert: „Jeder weiß, was Kitsch ist, und keiner kann es sagen“. Die Herkunft des Wortes ist nicht ganz eindeutig, alle Herleitungen haben jedoch einen deutlich abwertenden Anklang. Besonders diffizil ist die Abgrenzung von Kitsch in Bezug auf Kunst, die oftmals nur sehr unscharf zu vollziehen ist (vgl. Braungart 2002: 1, Gelfert 2000: 8, 23). Aus einem Essay von Hermann Broch aus dem Jahr 1933 stammt der vielfach zitierte Satz, Kitsch sei „das Böse im Werte-

system der Kunst“. Obwohl der Gegensatz von Kitsch und Kunst sich in der Nachmoderne schon sehr stark abgeschwächt hat – man denke an Kitsch-Art, Trash Couture und Camp – gilt bis heute das Postulat, dass Kunst den Denkapparat, Kitsch hingegen bloß Gefühl und Sinne anzusprechen habe. Damit ist nicht gemeint, dass Kunst nicht auch sinnlich erfahrbar sei und Gefühle auslösen könne. Voraussetzung dafür ist aber immer die – auch kognitive – Auseinandersetzung mit dem Kunstwerk; man muss sich so „verdienen“, die „harmonische Totalität“ (Braungart 2002: 9) des Kunstwerks erfahren zu dürfen (vgl. Braungart 2002: 6–10). „Der Kitsch behauptet, dass [sic] diese Erfahrung des Harmonischen und Abgeschlossenen ganz einfach zu haben ist (Braungart 2002: 10).

Gelfert (2000: 7–8, 12–30) erläutert nach einem Vergleich von Kitsch mit verschiedenen Arten von „schlechter Kunst“, dass Kitsch nicht nur eine ästhetische Komponente („Massengeschmack bedienen, Konsens“), sondern immer auch eine ethische umfasst. So sei Kitsch nicht etwa durch eine mangelhafte Ausführung charakterisiert, sondern vielmehr durch die Diskrepanz zwischen Anspruch und tatsächlichem Ausdruck. Ein höherer Anspruch werde zwar vorgegeben, in der Realität befriedige der Kitsch jedoch nur ein Bedürfnis nach schnellem Sinnengenuss (vgl. Pross 1985: 27, Moles 1985: 31). So erhalte er seine typische „schwülstige“ (Projektionskitsch) oder „schmalzige“ (Regressionskitsch) Form, das „Zuviel“ an Perfektion und Emotionalität. Bei Projektionskitsch handelt es sich zumeist um niedliche, gemütliche Gegenstände, die Geborgenheit vermitteln oder den Beschützerinstinkt wecken und bei der Flucht aus der Realität helfen sollen. Regressionskitsch hingegen umfasst Erhabenes und Mondänes und fordert zu Selbsterhöhungsträumen und der Identifikation mit Autorität auf (vgl. Gelfert 2000: 65–80, Liessmann 2002: 5–14). Kitsch hat somit immer „das Unproblematische, Schöne und Idealisierte im Sinne eines klischeehaften Begriffs von Schönheit“ (Sommer 2002: 161) zum Thema; er lebt von Stereotypen, Sentimentalität und Übertreibung. Auch von Hermann Broch stammt die Unterscheidung von Kunst und Kitsch durch die Art der Arbeitsanweisung: Kunst entstehe durch „gutes“ Arbeiten,

Kitsch jedoch durch „schönes“ Arbeiten. Nur die guten Arbeitserzeugnisse brächten dabei die Gesellschaft voran, die anderen ruhten sich auf der Wiederverwertung altbewährter Formen aus (vgl. Broch 1933, zit. n. Dettmar/Küpper 2007: 223). Dies habe auch mit „dem Mangel an Eigenart der ästhetischen Kultur“ (Sachs 1932, zit. n. Dettmar/Küpper 2007: 187) einer Epoche zu tun. Moles (1971: 7) nennt Kitsch gar ein „ja nicht zuviel‘ an Fortschritt“. Er sei – um die Gesellschaft nicht zu überfordern – angesiedelt zwischen dem „Modischen und dem Konservativen“ (Moles 1971: 29), wodurch „[d]er kleine Mann [zum] Maß aller Dinge“ (1971: 24) werde. Eine interessante Parallele zu den Ausführungen zum Thema Erlebnisgesellschaft stellt zudem eine Annahme Moles' (1971: 19–24, 85–89, vgl. auch Roller 2002) dar, die auf die Verkitschung und Überhöhung von Alltagsgegenständen (Briefbeschwerer in Form des Kölner Doms, Wecker mit Hahnenkrähen oder Ballerinen, Zigarettenigel...) anspielt: Auch hier stellt die Gebrauchsfunktion des Gegenstandes nur noch einen Vorwand zum Kauf dar, während der Konsument ohne schlechtes Gewissen Kitsch anhäufen darf. Der eigentliche Wert des Gegenstandes liegt jedenfalls nicht in seiner Nützlichkeit, sondern vielmehr in seiner gesellschaftlichen Aussage begründet, die den Besitzer zu einer bestimmten sozialen Gruppe zuordnet, ihn bestätigt und ihm Sicherheit verleiht.

Obwohl das Wort „Kitsch“ als eines der wenigen deutschen Wörter in verschiedene andere Sprachen eingegangen ist, handelt es sich jedoch um ein in allen Kulturen und Epochen vorkommendes Phänomen (vgl. Bystrina 1985: 11, Moles 1971: 7, Mongardini 1985: 83). Aufgrund der Spezifika der deutschen Geschichte – späte Herausbildung von Nationalstaat und Demokratie – ist Kitsch laut Gelfert hierzulande jedoch weiter verbreitet als in manchen anderen Ländern: „Der Druck der Obrigkeit führte zur Flucht in den Regressionskitsch, und die Sehnsucht nach einem schützenden Ganzen zur Flucht in den Projektionskitsch“ (Gelfert 2000: 94). Er identifiziert drei Formen spezifisch deutschen Kitsches, von denen zwei hier von Interesse sind: Gemütlichkeitskitsch (als typisch deutsche Ausprägung von Regressionskitsch), Erhabenheitskitsch (als typisch

deutsche Form von Projektionskitsch) und Edelkitsch (Gelfert 2000: 94–105). Das „Wesen der Gemütlichkeit“, für Gelfert „die Intimität eines von allen Spannungen befreiten gesellschaftlichen Innenraums“ (beide Zitate Gelfert 2000: 34), habe im 18. Jahrhundert mit der Verbürgerlichung der Kultur begonnen, Einfluss auf die Kunst zu nehmen. Das Gemüt werde seit der Romantik (vgl. dazu den entsprechenden Abschnitt im vorliegenden Bericht) als das „nationaltypische Seelenvermögen“ (Gelfert 2000: 95) der Deutschen begriffen, vergleichbar etwa mit dem *esprit* der Franzosen oder dem *common sense* der Engländer. Heute werde das Bedürfnis nach Gemütlichkeitskitsch klischeemäßig durch Volksmusiksendungen, Familienseerien und Kuckucksuhren befriedigt. Auch der Erhabenheitskitsch kam im späten 18. Jahrhundert auf, war durch das ganze 19. Jahrhundert hinweg sehr populär und erlebte seinen „Kulminationspunkt“ (Gelfert 2000: 55) in der Zeit des Nationalsozialismus. Das Bedürfnis nach Erhabenheitskitsch sei der späten Herausbildung eines schützenden deutschen Staates geschuldet, das in den Deutschen eine Sehnsucht nach Autorität und Schutz geweckt habe (vgl. Gelfert 2000: 95–98). Beide Formen werden mit der spezifisch deutschen Innerlichkeit, dem „Drang nach Ernst und Tiefe“ (Gelfert 2000: 104) und einem „spannungsfreien Innenraum“ (Gelfert 2000: 105) erklärt, die mit einer starken Provinzialität und Natursehnsucht einhergehen.

Fischer (1980) argumentiert in eine ähnliche Richtung, stellt aber eine gesellschaftliche Grundstimmung der Nostalgie in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Dabei handelt es sich zwar um kein neues Phänomen; seit es erstmals im 17. Jahrhundert als pathologische, stark mit der Sehnsucht nach der Heimat in Verbindung stehende psychische Disposition (vor allem von Soldaten) festgestellt wurde, wurde der Begriff aber inhaltlich weiterentwickelt (vgl. Fischer 1980: 9–14). Heute bezeichnet er ein allgemeines Sehnen, das durch eine defizitär erlebte Gegenwart ausgelöst wird und das nicht auf einen „fasslichen [sic] oder nahe liegenden Gegenstand, sondern auf etwas nicht Eindeutiges, bzw. nicht mehr Vorhandenes“ gerichtet ist (Roters 1973, zit. n. Fischer 1980: 16). Auch bleibt sie nicht allein auf Orte („Heimat“) bezogen, son-

dern erhält in ihrer heutigen Bedeutung eine starke zeitliche Komponente (Kindheit, „früher“). Laut Fischer drückt sie ein Verlustgefühl, einen „bedrückende[n] Wunsch nach etwas Entzogenem“ aus, das gesellschaftliche Bedürfnisse bzw. Stimmungen vor allem an „kulturell vermittelbaren Objekten“ (beide Zitate Fischer 1980: 16) festmacht. Damit wird ein biografischer Bezug vermittelt – dieser lässt sich jedoch auch „pseudo- oder kryptobiografisch“ (Fischer 1980: 16) erzeugen und bezieht sich zuweilen auch auf weiter zurück liegende Epochen als diejenigen, die der Nostalgiker tatsächlich selbst miterlebt hat. Meyers Enzyklopädisches Lexikon erklärt den Begriff Nostalgie im Jahr 1976 wie folgt:

„In der sog. N.welle (etwa seit 1972) gilt N. als Schlüsselwort für die schwärmerische Rückwendung zu Jugendstil und ‚Gartenlaube‘, zu Kitsch und Kunst der frühindustriellen Kultur und umschreibt das Bedürfnis nach Idylle und sentimentaler Verspieltheit. Mode und Musik, Film und Literatur propagierten mit Nostalgie die dekorative Hinwendung zu Hollywood und den Zwanziger Jahren. Inzwischen ist man (unter starker kommerzieller Einflussnahme) dazu übergegangen, selbst spätere, gerade noch zeitgenössisch erlebte Epochen nostalgisch aufzubereiten“ (Baacke 1976: 447 in: Meyers Enzyklopädisches Lexikon, zit. n. Fischer 1980: 16).

Bemerkenswert ist das recht genau beziferte Anfangsdatum der Nostalgiewelle im Jahr 1972, das sich so bereits in einem Artikel im Magazin „Der Spiegel“ von 1973 wiederfindet. Im Zweiten Weltkrieg und der direkten Nachkriegszeit sei Nostalgie im gesellschaftlichen Bewusstsein allerdings überhaupt nicht aufgetaucht und erst langsam aus den USA nach Westeuropa zurückgekommen. Fischer (1980: 15) interpretiert diesen Umstand als Beleg dafür, dass „Situationen wie Krieg, Wiederaufbau, Kampf ums Überleben, also äußerer Leidensdruck, [...] Formen des inneren überlagern [...] können. Die amerikanische Schriftstellerin und Gesellschaftskritikerin Susan Sontag hält Nostalgie und Utopie für zwei entgegen gesetzte Pole des modernen Denkens. Eine Zeit, in der es wenig Nostalgie gibt, ist für sie somit eine utopische Zeit, in der nach vorne



geschaut wird und eben nicht zurück (vgl. Misik 2008). Interessanterweise war also die Grundstimmung der 1950er Jahre, die als eines der Nostalgie weckenden Kitschjahrzehnte schlechthin angeführt werden (vgl. Liessmann 2002), eine sehr zukunftsgerichtete, fortschrittsgläubige. Heute werden Gebrauchsgegenstände aus dieser Zeit von Nostalgikern gesammelt, die sich damit in eine überschaubarere, weniger schnelllebige Zeit der klaren Wertvorstellungen zurück versetzen.

Dementsprechend sieht Fischer (1980: 177–180) auch eine deutliche Schnittmenge von Kitsch- und Nostalgieobjekten. Die nostalgisch motivierte „Bedeutungsverschiebung im ästhetischen Wertsystem“ (von Criegern/Kattenstroth 1975, zit. n. Fischer 1980: 177) mache Kitsch „endgültig salonfähig“ (Fischer 1980: 177) und die Unterschiede zwischen Kitsch und Kunst würden durch Ironisierung aufgehoben. Als weitere Gemeinsamkeiten der beiden Gattungen betont er die Entkoppelung von ästhetischem und Gebrauchswert von Objekten, die Ermöglichung von emotionaler Flucht aus der bedrohlichen Gegenwart sowie die grundlegende ökonomische Voraussetzung des massenhaften Konsums, die gegeben sein müsse, damit der Nostalgie-Kitsch überhaupt eine weit reichende gesellschaftliche Wirkung entfalten könne. Die zweite, wichtigere Bedingung dafür sei jedoch das Vorhandensein „reale[r] Bedürfnisse auf der Rezipientenseite“ (Fischer 1980: 177), die mithilfe dieser Objekte ihrem Wunsch nach dem Ausleben und der Offenlegung von Gefühlen Ausdruck verleiht. Konkret äußert sich die Nostalgiewelle z. B. in der Form, dass Gebrauchsgegenstände nicht mehr wie industriell gefertigt aussehen, sondern wieder einen eigenen „Charakter“ haben bzw. eine Geschichte erzählen sollen – oder zumindest den Anschein erwecken, als ob sie dies könnten.

Auch in Bezug auf Architektur und die gebaute Umwelt besteht dieses Bedürfnis nach Geschichte, das sich in einem gesteigerten Interesse an Denkmalschutz und historischen bzw. historisierenden Gebäuden ausdrückt. Auch hier hat ein Bedeutungswandel, eine Um- bzw. Neubewertung von Stilen bzw. Stilelementen stattgefunden. Die Bauten der klassischen

Moderne werden heute vielfach als kühl, abweisend, gar als „optische Umweltzerstörung“ (Fischer 1980: 140) angesehen. Diese Neubewertung führt – wie in anderen Bereichen der Kunst und bei Gegenständen des täglichen Lebens – zu einer Reornamentalisierung (also auch hier eine Entkoppelung von Form und Funktion) und dem Bedürfnis nach einer Aufladung mit zusätzlichen Bedeutungen (vgl. Fischer 1980: 140–144, 156–159). Gelfert (2000: 94–105) nennt Beispiele aus der Architektur für beide oben eingeführten Kitschformen: Das Schwarzwaldhaus oder die Friesenkate für Gemütlichkeitskitsch, Monumentalbauten für Erhabenheitskitsch. Fischer (1980: 144–155) bezieht neben aufgewerteten Altbauten auch alte – natürlich dem heutigen Komfort angepasste – Bauernhäuser, eklektizistisch zitierende zeitgenössische Wohngebäude (z. B. in Eigenheim- und Ferienhaussiedlungen) und die so genannte Pop-Architektur mit ein, deren Erzeugnisse auf unterschiedliche Art und Weise ein Bedürfnis nach Individualität und Emotionalität und Tradition bedienen, das aus Sicht vieler Rezipienten den funktionalen Bauten des Nachkriegswiederaufbaus fehlt. In diesem Zusammenhang ist den Nutzern durchaus bewusst, dass die Welt auch zur Erbauungszeit der alten Gebäude alles andere als heil war, durch den zeitlichen Abstand erscheinen die damaligen Probleme aber weniger bedrohlich und die ursprünglichen Intentionen der Bauherren und Architekten werden weniger deutlich erkannt – je weniger sie ernst genommen werden, umso „schöner“ empfinden sie das Gebäude (vgl. Fischer 1980: 141–142).

Je nach Baustil können rekonstruierte Gebäude also wohl auch unter eine dieser Formen von Architektur-Kitsch fallen – zumal unter Einbezug der eingangs dargelegten Prämisse, dass Kitschkunstwerke und -gegenstände erstens etwas darstellen möchten, das sie eigentlich nicht sind, und zweitens Erprobtes aus vergangenen Zeiten in die Gegenwart holen und damit nicht für „künstlerischen Fortschritt“ sorgen. Auch werden sie nicht deshalb wieder aufgebaut, weil eine zukünftige Nutzung nur mithilfe eines bestimmten architektonischen Stils oder einer bestimmten Form möglich wäre – manchmal erfolgt eine Entscheidung über die Nutzung sogar

erst nach der Entscheidung über den Wiederaufbau – sondern weil sie (Teilen) der Stadtgesellschaft wie dargestellt ein Identifikationsangebot machen, das von der Art der Nutzung zunächst unabhängig ist.

Interessanterweise wird Kitsch als ein genuin modernes Phänomen begriffen, das besonders von denjenigen geschätzt wird, die mit der anspruchsvollen, teilweise nüchternen Kunst der Moderne hadern. Im Gegensatz zu früheren Epochen, in denen künstlerischer Ausdruck auch eine gewisse Freiheit bedeutete, soll die Kunst mit steigendem Maß an individueller Freiheit stärker Halt geben und feste Werte schaffen (vgl. Gelfert 2000: 121). Gelfert (2000: 10) nennt Kitsch gar die „Gegenkunst zur Avantgarde“. Seine Ursprünge werden in der Aufklärung gesehen, durch welche die Menschen aus traditionellen Bindungen gelöst und das aufkommende Bürgertum in Unruhe und Unsicherheit versetzt wurde (vgl. Elias 2003, Gelfert 2000: 106), oder am Beginn der Industrialisierung und des Massenkonsums festgemacht (vgl. Braungart 2002: 10, Moles 1971). Gelfert (2000: 106) nennt diese aufkommende Verunsicherung die „Angst vor dem Licht“. Auch Elias stellt die „Veränderung der menschlichen Formenwelt“ (2003: 1) zwischen dem 18. und 19. Jahrhundert als einen Ausdruck des Aufstiegs des Bürgertums dar. Bereits für diese Zeit konstatiert er ein Sich-Auflösen der geschlossenen Ausdrucksform in mehrere „Schulungen“ (Elias 2003: 6) – die zwar als unterschiedlich niveauvoll anzusehen seien, aber dennoch nebeneinander existierten. In diesem Prozess habe der Geschmack der Spezialisten immer weiter von dem der noch form- und stilunsicheren Masse entfernt, die sich nun „im Grunde staunend und verständnislos vor diesen Gestaltungen, die für sie mindestens unmittelbar keine Repräsentationen der eigenen Seelenlage sind“ (Elias 2003: 25) wieder fänden. Unter dem Druck der Masse habe sich der Kitschstil entwickelt, der sich durch besondere Aufgeladenheit mit Gefühlen auszeichne und damit den „vom Berufsdruck entformten Seelen“ (Elias 2003: 31) ein wenig von der verlorenen Geborgenheit zurückgebe. Ähnlich interpretieren Scheier (2002: 33) und Bystrina (1985: 17) Kitsch als ästhetische „Ersatzbefriedigung“ für den Verlust der vorindust-

riellen Gemütlichkeit. Zwar habe es auch in vorhergehenden Epochen bereits Kunstwerke gegeben, die heute als „kitschig“ empfunden würden. Im Unterschied zu kitschigen Produkten aus der Moderne seien diese jedoch immer an das natürliche Bewusstsein der jeweiligen Zeit gekoppelt gewesen und damit ehrlich empfundenen Gefühlen entsprungen. Deshalb könne man sie heute zwar als trivial oder sentimental bezeichnen, aufgrund ihrer Authentizität jedoch nicht als Kitsch (vgl. Scheier 2002: 29–30).

Anders bei heutigen historisierenden, nostalgisierenden Objekten: Auch der Nostalgie- oder Retrowelle wird eine über die Ästhetik von Objekten hinausgehende gesellschaftliche „Sekundärwirkung“ (Fischer 1980: 17) zugeschrieben. Von verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen wird sie als Kritik an Konsumgesellschaft und Massenproduktion, als Ausdruck von Langeweile, „Weltflucht“ (Spiegel 1973) und Entpolitisierung ausgelegt. Fischer (1980: 243–265) identifiziert vier einander ergänzende und sich teilweise überschneidende Interpretationsstränge: Eine erste, psychologisch-anthropologisch-philosophische Deutung stellt das Streben nach immateriellem Glück, das die spätkapitalistische Warengesellschaft nicht mehr bieten kann, in den Mittelpunkt. Im Zuge dessen ziehen sich die Nostalgiker in die Privatheit zurück, erinnern sich an Zeiten, in denen das Leben für sie noch überschaubarer war und sie noch nicht alle Erlebnismöglichkeiten ausprobiert hatten. Mit Arnold Gehlen spricht Fischer (1980: 245) von Nostalgie als „Glücksphantasie nach hinten“. Diese „Katerstimmung des Aufgebotsüberflusses“ (Gehlen 1976: 435–436, zit. n. Fischer 1980: 245), in der sich das Selbstbewusstsein und die Identität der Menschen auf die emotionale Inbesitznahme von Objekten gründeten, führe zu einer kollektiven Regression und Infantilisierung. In früheren Zeiten, als Gebrauchsgegenstände noch überwiegend selbst oder von anderen handwerklich hergestellt wurden, begleiteten diese ihre Besitzer unter Umständen ein Leben oder zumindest viele Jahre lang. Heute muss sich der Mensch ständig auf neue Gegenstände und neue Ästhetik einstellen. Nostalgisch anmutende Dinge wirken dabei entlastend, geradezu heimatlich-

vertraut bzw. wie eine „Verschnaufpause“ (Schivelbusch 1973: 276, zit. n. Fischer 1980: 248, vgl. auch Creutz 2006: 5), da sie schon einmal kognitiv verarbeitet wurden. Eine zweite Dimension nennt Fischer interessenpolitisch/historisch-politisch. In ihr wird die Entpolitisierung der Gesellschaft als dominante Wirkung von Nostalgie gesehen. Enttäuscht davon, dass sich die Versprechen auf unaufhörlichen Fortschritt und Wachstum nicht erfüllt haben, kämpft der Nostalgiker jedoch nicht für einen alternativen Gesellschaftsentwurf, sondern zieht sich aus Angst vor der Zukunft in einen „kleinbürgerlichen‘ Anarchismus“ (Fischer 1980: 252) zurück, in dem konservative Positionen wieder stärker vertreten werden. Dieses Phänomen gilt auch für die Architektur. So habe das „Scheitern der Moderne“ nicht zu „einer inneren Bereitschaft geführt, über architektonische Fragestellungen nachzudenken“ (Kahlfeldt 2006: 35). Indizien hierfür sind die Hinwendung zu einer neuen „romantischen“ Innerlichkeit und Religiosität, aber auch eine Aufwertung von Denkmalpflege und Naturschutz (vgl. Fischer 1980: 250–255, Spiegel 1973). Ein drittes Deutungsangebot ist mit der Überschrift sozioökonomisch-industriegesellschaftlich zu fassen und verweist vor allem auf die notwendige ökonomische Grundlage von Kitsch- und Nostalgiekonsum (vgl. Fischer 1980: 255–257). Nach dieser Interpretation wird durch die Nostalgisierung das Warenangebot gewissermaßen „naturalisiert“, unschuldiger gemacht, so dass sein Konsum automatisch auch gewisse moralische Qualitäten unterstellt. Die Verbindung eines gefühlten psychischen Defizits durch die moderne Waren- und Erlebniswelt und seinem modischen Ausdruck ist hier besonders stark. Nostalgie- und Kitsch-Objekte werden zu „Boutiquen-Version[en] von Grundfragen“ (Gerhard 1978: 50, zit. n. Fischer 1980: 255). Als vierte und letzte Deutung soll hier die geschichtsphilosophisch-historische zur Sprache kommen. Hier wird Geschichte als „Reservat und Reservoir [sic] für individualistische Sublimierungswünsche“ (Fischer 1980: 258) betrachtet. Als solche ist sie kein Erfahrungspool, aus dem Lehren für die heutige Zeit gezogen werden können, sondern wird an die augenblicklichen Bedürfnisse angepasst. Der Nostalgiker ist zwar irritiert von der Gegenwart,

reflektiert die Vergangenheit aber nicht kritisch und integriert sie auch nicht bewusst in die Jetzt-Zeit. Tradition und allgemein „das Alte“ sind damit ein Teil (von mehreren) der modernen Erlebnisvielfalt.

Laut Moles (1971: 22, 78–79) hat Kitsch bisher zwei Kulminationspunkte erlebt: Erstens die erwähnte Durchsetzung des Bürgertums und zweitens die Entstehung der Überflussgesellschaft. In jeder Gesellschaft, in der die vorhandenen ökonomischen Mittel die Bedürfnisse überschritten, sei die Produktion von Kitsch das unausweichliche Ergebnis. Dabei könne alles – „visuelle Kunst, Malerei, Bildhauerei, Literatur, der gesamte gegenständlich-alltägliche Bereich, Musik, Architektur usw.“ (1971: 9) als „Kitschträger“ fungieren. Eine neue Beziehung zu den Dingen habe sich entwickelt, in der diese nicht mehr über ihre Funktionalität beurteilt würden und im Konsum möglichst voraussetzungslos die „permanente Suche nach dem Vergnügen“ (1971: 164) im Vordergrund stehe. Rapsch (1985: 63) greift eine Vermutung von Mongardini auf und geht sogar davon aus, dass eine Gesellschaft auch umso mehr Kitsch hervorbringe, je rationaler sie sich organisiere: „[M]it der ‚reinen‘ Information [wird] die Kitschgesellschaft erst entstehen [...], weil die Menschen Objekte, Dinge brauchen, an die sie sich klammern können“. Kitsch erfüllt dieses Bedürfnis, er gleicht emotionale Defizite aus, ermöglicht eine kurzzeitige Flucht aus der Realität, und regt nicht zu sehr zu Reflexion an (vgl. Mongardini 1985: 83–94). Dadurch, dass er sich Stilmitteln aus verschiedenen Epochen bedient, wird im Kitsch „die historische Entwicklung zur Gegenwart reduziert; das Geschichtsbewusstsein [sic] nimmt in dem gleichen Maße ab wie die Fähigkeit die Zukunft zu denken und zu gestalten“ (Mongardini 1985: 90). Beuge sich der Designer oder Künstler dem dadurch entstehenden gesellschaftlichen Druck, verzichte er auf die Möglichkeit, mit seinen Entwürfen die Gesellschaft zu verändern (vgl. Moles 1971; 217–219).

Im Bereich der Architektur werden für verschiedene Stile und Gebäudearten Kitschtendenzen ausgemacht (vgl. Klotz 1977). Diese seien das Resultat einer „Formenarmut der modernen Architektur“ (Klotz 1977: 8), „Ergebnis einer Ausdruckssuche“

(Klotz 1977: 14) und entspringen dem Bedürfnis nach Individualität. Rückwärtsge wandtheit, das Sehnen nach vergangenen Zeiten sei – auch in der Architektur – eine Möglichkeit, Unzufriedenheit über die Gegenwart und vor allem mit der Gegen wartsarchitektur zum Ausdruck zu brin gen (vgl. Jacobs 2001: 16–18). Wenn auch Klotz auf Rekonstruktionen keinen expli ziten Bezug nimmt, so lassen sich doch Parallelen zum Historismus oder Eklekti zismus des 19. Jahrhunderts aufzeigen (vgl. Klotz 1977: 57–75), die auch oft als trivial bezeichnet wurden und in der Nomenkla tur Gelferts vielleicht in den Bereich des Monumentalkitsches fallen würden. Auch Moles (1971: 96–101) ordnet die baulichen Erzeugnisse des Historismus – und implizit alle Bauwerke, die Stile vergangener Epochen kopieren – eindeutig dem Kitsch zu. Explizit nennt er als Beispiele Kaufhäu ser und amerikanische Wolkenkratzer des beginnenden 20. Jahrhunderts, schließt aber auch andere Bauwerke nicht aus, die nach dem „Prinzip des Neo-Irgendetwas“ (Moles 1985: 99) gebaut sind, also ohne be sonderen Bezug Stilelemente vergangener Epochen nachahmen. Fischer (1980: 209–219) führt einige Stilvorlieben von Nostal gikern an, die hier teilweise interessieren: Der Wilhelminismus bzw. die Gründerzeit, also das späte 19. Jahrhundert, verweise auf einen „vermeintlich ‚unschuldigeren‘ Stand der Produktionsmittel“ und wird von daher als „gemütlich und überschaubar“ (beide Zitate Fischer 1980: 209) erfah ren. Gleichzeitig habe es sich aber auch um eine Zeit des Aufbruchs gehandelt, voller neu erwachtem Nationalstolz (bis hin zum Nationalpathos) und einem gestiegenen bürgerlichen Selbstbewusstsein, das „nach Phasen biedermeierlicher Bescheiden heit und vormärzlicher Unzufriedenheit endlich auch einmal an der Macht teilha ben will“ (Hermann 1977: 21, zit. n. Fischer 1980: 209). Dabei sei aber schon damals nicht die Qualität oder der „gute Stil“ wich tig gewesen, sondern vor allem der schöne Schein. Fischer (1980: 210) überträgt die se Mentalität auf den heutigen Mittelstand, der sich – vermittelt durch die Massenme dien – immer noch an dem Geschmack der Oberschicht orientiert und das priva te Glück über die Mitarbeit an einer neu en Gesellschaft stellt. Das regressiv-kit schige Pendant zum monumental- oder

pathetisch-kitschigen Wilhelminismus ist der Jugendstil. Er kommt frisch und spiele risch daher und regt durch seine ornamen treiche Sinnlichkeit die Phantasie und die Gefühlswelt der Rezipienten an. So stellt er eine Kompensation des Zweckratio nalismus dar und verspricht durch seine der Natur nachempfundene, „weiche“ For mensprache eine Harmonisierung (vgl. Fi scher 1980: 210–212). Als weitere Stilvorlie ben nennt Fischer (1980: 212–219) Art Déco, Faschismus, die 1950er Jahre und Pop Art. Aufgrund ihrer geringeren Relevanz für das Forschungsvorhaben werden die Hin tergründe dieser Vorlieben an dieser Stelle jedoch nicht weiter beschrieben.

Wurde der Kitsch bis in das 20. Jahrhun dert hinein von den kulturellen Eliten noch als Provokation und „Symptom einer ge sellschaftlichen Krise“ (Dettmar/Küpper 2007: 156, vgl. z. B. die Werke von Hermann Broch) aufgefasst, ist er mittlerweile zu selbstverständlich in den Alltag und auch in die Kunst integriert, als dass er noch wirklich provokativ wirken könnte. Künst ler nutzen kitschige Elemente mit einem ironischen Augenzwinkern oder bekennen sich offensiv zu ihren kitschigen Vorlieben. In der Postmoderne ist der Kitschstil ein er von vielen, wird von Kunstschaffenden nicht länger als provokant und problema tisch empfunden und hat somit das gleiche Existenzrecht wie alle anderen (vgl. Gelfert 2000: 11–12). Dabei entfalten der Kitsch stil und (nostalgische) Kitschgegenstän de mittlerweile schichtenübergreifende At traktivität. Vor allem der Regressionskitsch erfreut sich allenthalben großer Beliebtheit (vgl. Gelfert 2000: 129). Kitsch ist heutzuta ge nicht mehr als eine „belustigt-vernied lichende [Erinnerung] an eine versunkene Lebensform“ (Schreier 2002: 33), an der sich sowohl Intellektuelle als auch die „breite Masse“ erfreuen könne. Damit erfolge eine Annäherung der „ästhetischen Vokabula re, die den einzelnen Schichten Bedürfnis befriedigung zu garantieren scheinen, auf der Objekt-Ebene an“ (Fischer 1980: 179), Unterschiede lägen jedoch in der Motiva tion sowie der Art des Genusses: Während der „breiten Masse“ nur scheinbar die Mög lichkeit eröffnet würde, sich durch den Erwerb und den folgenden naiven, span nungslosen Genuss kitschig-nostalgischer Werke der nächsthöheren Schicht bzw. de ren Statussymbolen anzunähern, „sonnen

sich [Intellektuelle, künstlerisch Vorgebildete] in der Überlegenheit des Besser-Wissenden“ (Fischer 1980: 179). Es haben sich verschiedene subkulturelle Milieus gebildet, die den Kitsch ironisierend zum „neuen guten Geschmack“, gar zur „Avantgarde“ (vgl. Liessmann 2002) erklären und „bewährt schlechte Formen der Populärkultur“ (Roller 2002: 222) aufgreifen. Sie nennen sich selbst Trash, Camp oder Anhänger von Kitsch-Art. Sie wissen zwar eigentlich, was guter und was schlechter Geschmack ist, haben aber Vergnügen an der ästhetischen Grenzüberschreitung (vgl. Dettmar/Küpper 2007: 10–11). Wichtig bleibt aber auch hier nach wie vor das Wissen darum, welche Art von Kitsch gerade als Kunst gefeiert wird, und welche längst wieder „out“ ist (vgl. Dettmar/Küpper 2007: 279–283). Besonders häufig handelt es sich bei Vertretern dieser Subkulturen um die so genannte Generation X, die in den 1960ern und 1970ern geboren und als erste Nachkriegsgeneration ohne größere Sparzwänge und zumindest teilweise mit dem Glauben an den ewigen Aufschwung aufgewachsen ist. Laut Roller (2002: 231–233) empfindet diese Gruppe ihr Leben insgesamt als Zitat: Als „Nach-68er-Jugend“ boten sich ihnen kaum noch Möglichkeiten zur Rebellion gegen die älteren Generationen, so dass sie nach neuen kulturellen Ausdrucksformen zur Selbstdefinition und Abgrenzung Ausschau halten mussten – und sie in der Vermischung verschiedenster Stile fanden. Auch wenn an dieser Stelle Rekonstruktionen nicht mit Camp und Trash in einen Topf geworfen werden sollen, so könnten die Ideen Rollers doch bis zu einem gewissen Punkt Erklärungsansätze für die Vorliebe von Vertretern der „Generation X“ für selbige bieten, nicht zuletzt, wenn man wie Liessmann (2004: 73) Kitsch als „Rache an der Moderne“ deutet. Ein bewusstes Bekenntnis zu Kitsch sei gleichzeitig eines zu „Gegenständlichkeit, plakative[r] Gefälligkeit, sinnliche[r] Religiosität, sentimentale[n] Stimmungen“ (Liessmann 2004: 74) und damit indirekt auch zum kleinbürgerlichen Lebensstil, der mit den rehabilitierten Kitschgegenständen eng verknüpft ist. Dadurch würde alles zum Kultobjekt erklärt, was den Genuss dieser Stimmungen ermöglicht und „dem zentralen Imperativ des Kitsches: Schönheit für alle gehorcht [...]“ (Liessmann 2004: 48).

### 3.32 Romantik und „das Romantische“

„Klotzt nicht so romantisch“, fordert Peter Richter (2009) die für die Berliner Stadtentwicklung Zuständigen auf und meint damit deren Rekonstruktionsabsichten, die neben dem Stadtschloss mittlerweile auch weitere Teile der Berliner Altstadt zwischen Alexanderplatz und Friedrichstadt erfasst haben (vgl. Stimmann 2009). Auch an anderen Stellen wird die Vermutung geäußert, die Hinwendung zu Wiederaufbauvorhaben sei unter anderem einer romantischen Neigung ihrer Befürworter zuzuschreiben. Die Beobachtung einer in Deutschland besonders ausgeprägten „Rekonstruktionssehnsucht“ und die Auffassung, die Romantik sei ein „deutsches Schicksal“, wie es Ferdinand Lion 1947 schrieb (vgl. Schulz 2008: 131–136) oder „das Romantische“ eine besondere Wesensart der Deutschen (Safranski 2007), legt eine nähere Untersuchung eines möglichen Zusammenhangs zwischen romantischen Tendenzen und der Rekonstruktionssehnsucht nahe.

Was genau unter dem Begriff „Romantik“ oder auch dem „Romantischen“, um diese zuletzt von Safranski (2007) hervorgehobene Unterscheidung einzuführen, „zu begreifen sei, ist in der Forschung noch immer umstritten“, führte bereits Hoffmeister (1978: 4) aus, wenngleich „die Existenz einer romantischen Bewegung in Europa [...] heute allgemein akzeptiert [wird]“. An dieser Feststellung soll auch für den weiteren in mehreren Disziplinen und interdisziplinär geführten Diskurs festgehalten werden. Insofern muss die Überprüfung der These einer Verortung des Wunsches nach Rekonstruktion im Romantischen bereits an der sehr unklaren und in vielerlei Hinsicht widersprüchlichen Begriffsbestimmung des Romantischen und der Romantik (vgl. Schulz 2008: 7–8) scheitern. Auch eine hilfswise Definition oder Konstruktion eines eigenen Romantik-Begriffs ist an dieser Stelle weder möglich noch sinnvoll. Entsprechend soll im Folgenden lediglich eine Diskussion dazu angestoßen werden, ob bzw. inwieweit das Phänomen des „Rekonstruktivismus“ mit der Romantik in Zusammenhang gebracht werden kann. Ganz wesentlich wird hierbei auf Safranski (2007) eingegangen (wenngleich erhebliche Zweifel an der Wissenschaft-

lichkeit des Werkes bestehen, vgl. Oschmann 2008: 3). Zum einen wird hiermit eine aktuelle und damit auch dem heutigen Zeitgeist gemäße Begriffsbestimmung gewählt, zum anderen vertritt er wie auch einige andere (erstmal wohl Lion 1947) auch die These einer Besonderheit der deutschen Romantik.

Hoffmeister (1978: 1–4) bietet einleitend einen knappen Überblick über die wortgeschichtliche Entwicklung und folgert daraus, dass zunächst einmal generell der (literatur-)wissenschaftliche Romantikbegriff von einem parallel laufenden „volkstümlichen“ zu unterscheiden sei. Der wissenschaftliche Romantikbegriff hat sich aus einer französischen (romanz, romanesque = volkshaft-national) und einer englischen (romantick = eigenständig, mittelalterlich-nordische Kunst) Quelle gespeist, denen die anticlassische Tendenz gemein ist. Ausgehend von dem französischen Wortursprung wurde die Wortgeschichte zunächst in England geprägt, wo einerseits das Adjektiv gebildet, andererseits die Bedeutung „vom Romanhaften zum Naturgefühl“ (Hoffmeister 1978: 4) erweitert wurde und der Begriff in Antithese zur Klassik gestellt wurde. In Deutschland wurde der Terminus dann erstmals auf die Literatur und Kunstkritik angewendet. Während die Klassizisten den Begriff negativ besetzten, entstand im 18. Jahrhundert in England und Frankreich in Abgrenzung zu „romanesk“ und in Gleichklang mit „gotisch“ eine positive Wortbedeutung, die zur Beschreibung pittoresker Natur- und Landschaftsbilder verwendet wurde. In dieser auch heute noch geläufigen Wortverwendung ist bereits eine Zuschreibung zu Orten und Räumen gegeben, der auch an dieser Stelle diskutiert werden soll. Dabei ist allerdings auffällig, dass zu diesem Zeitpunkt das „(Wild-)Romantische“ vor allem mit der Natur und der „außergesellschaftliche[n] Lebenswelt“ (Schulz 2008: 9) verbunden war, wenngleich diese schon bald innerhalb von Parklandschaften kultiviert wurde, ohne dabei die Beschreibung als „romantisch“ zu verlieren.

Im Weiteren erscheint es wichtig, den Begriff der Romantik von dem des Romantischen zu trennen. Schon Ludwig Uhland schrieb 1807 „Über das Romantische“ und

beschrieb darin unter anderem die Verbreitung des „romantische[n] Sinn[s] der gotischen Stämme“, bis hinein in das „romantische Christentum“ und die „romantische Liebe“, um schließlich mit einem Aufruf an die romantische Schwärmererei zu enden: „Nun so laßt uns Schwärmer heißen und gläubig eingehn in das große romantische Wunderreich, wo das Göttliche in tausend verklärten Gestalten umherwandelt!“

Deutlicher wird die Unterscheidung von der Romantik und dem Romantischen in Safranskis (2007) „Langessay[...]“ (Müller 2007) über „Die Romantik. Eine deutsche Affäre“. Es ist der viel beachtete neueste, wenngleich im Wesentlichen bekanntes zusammentragende (Oschmann 2008: 2) Beitrag zur Bedeutung der Romantik und des Romantischen in der deutschen Geistes- und Kulturgeschichte seit dem 18. Jahrhundert. Darin unterscheidet er die als kurze, rund dreißig Jahre andauernde Epoche der Romantik von dem hiernach fortwirkenden, sich transformierenden (vgl. Oschmann 2008: 4) romantischen Gedanken, der zudem häufig ins Politische mutiert sei und so auch mitverantwortlich für die deutsche Katastrophe gemacht werde (Greiner 2007). In seiner einleitenden, knapp umrissenen Epochenbeschreibung nennt Safranski (2007: 11) wesentliche Aspekte der um 1800 entstehenden „romantischen Schule“: „Vergangenheitssehnsucht, [...] Sinn für das Wunderbare, [...] Hinneigung zur Nacht und zur poetischen Mystik, [...] zugleich gedankenschwer und verspielt“. Es war eine überaus junge (vgl. Greiner 2007) Generation, die zwar von den mittleren gealterten Protagonisten des „Sturm und Drangs“ geprägt wurde, dennoch vom Selbstgefühl her avantgardistisch eingestellt war. Diese kurze Epoche ist hier zunächst nur deshalb von Bedeutung, weil das „Romantische“ als Geisteshaltung in dieser Epoche für Safranski (2007: 12) „ihren vollkommenen Ausdruck gefunden“ hat. Dieser vollkommene Ausdruck besteht für Safranski insbesondere in einer nahezu uneingeschränkten Vergeistigung. Zwar bezeichnet er sie als „Fortsetzung der Religion mit ästhetischen Mitteln“ (zit. in Greiner 2007), doch werden diese Mittel genutzt für „eine Überbietung der Religion durch die Entfesselung der Einbil-

„... und] Weltanschauung“ (Lützeler 2007) hingegen ist für Safranski (2007: 13) noch immer am besten durch Novalis (1798) umrissen: „Indem ich dem Gemeinen einen hohen Sinn, dem Gewöhnlichen ein geheimnisvolles Ansehen, dem Bekannten die Würde des Unbekannten, dem Endlichen einen unendlichen Schein gebe, so romantisiere ich es.“ Ein solches Romantisieren lässt sich in Vielem entdecken, auch wenn dies im Einzelnen durchaus widersprüchlich erscheint: unpolitische Weltfremdheit, Irrationalismus, Mystik und Mythos, Introvertiertheit und Liebestod, aber auch Abenteuerlust, Weltgewandtheit, Naturalismus und Quietismus oder eben Massenwahn und die Bewährung im Krieg (vgl. Lützeler 2007). Gerade diese letztere „Mutation ins Politische“ (Greiner 2007) führt dazu, dass „das Romantische“ ausgehend von der Romantik in nahezu allen nachfolgenden Epochen identifizierbar wird: Angefangen bei Heine, Marx, Wagner und Nietzsche, über die Jugendbewegung, im Wilhelminismus und der „Idee von 1914“, bei Ernst Jünger, Heidegger, Hitler oder Thomas Mann (vgl. Lützeler 2007). Diese Breite führt zu erheblichen Problemen bei der Abgrenzung bis hin zu Widersprüchen gegenüber der Epoche der Romantik. So weist Lützeler (2007) darauf hin, dass Safranski zwar die „romantische Geisteshaltung“ Hitlers anführe, gleichzeitig aber den Bezug des Nationalsozialismus zu Aufklärung, technischer Rationalisierung und Disziplinierung – letztlich also Modernisierung – verkenne, die etwa den von den Romantikern des Jenaer Kreises konstruierten „modernitätskritischen Theorien“ (Koch 2007) deutlich zuwiderlaufen. Während die ursprüngliche Romantik aus der Kritik am modernistischen – wenngleich in Deutschland noch vorindustriellen – Zeitgeist einen Rückgriff auf die Vergangenheit vornahm bzw. historische Formen idealisierte, wurde der „romantische“ Rückgriff nachfolgend parallel zur Modernisierung verwendet, um deren negative Auswirkungen bzw. ihre Wahrnehmung zu begrenzen. Dabei ging es zum einen weiterhin um die individuelle Flucht aus der unzulänglichen, nicht erträglichen, aber nicht offen kritisierten Gegenwart im Sinne eines „Balsams für die Seele“ (vgl. oben zu Kitsch) bzw. eines ersatzreligiösen (vgl. unten) „Opiums

„... und] Weltanschauung“ (Lützeler 2007) hingegen ist für Safranski (2007: 13) noch immer am besten durch Novalis (1798) umrissen: „Indem ich dem Gemeinen einen hohen Sinn, dem Gewöhnlichen ein geheimnisvolles Ansehen, dem Bekannten die Würde des Unbekannten, dem Endlichen einen unendlichen Schein gebe, so romantisiere ich es.“ Ein solches Romantisieren lässt sich in Vielem entdecken, auch wenn dies im Einzelnen durchaus widersprüchlich erscheint: unpolitische Weltfremdheit, Irrationalismus, Mystik und Mythos, Introvertiertheit und Liebestod, aber auch Abenteuerlust, Weltgewandtheit, Naturalismus und Quietismus oder eben Massenwahn und die Bewährung im Krieg (vgl. Lützeler 2007). Gerade diese letztere „Mutation ins Politische“ (Greiner 2007) führt dazu, dass „das Romantische“ ausgehend von der Romantik in nahezu allen nachfolgenden Epochen identifizierbar wird: Angefangen bei Heine, Marx, Wagner und Nietzsche, über die Jugendbewegung, im Wilhelminismus und der „Idee von 1914“, bei Ernst Jünger, Heidegger, Hitler oder Thomas Mann (vgl. Lützeler 2007). Diese Breite führt zu erheblichen Problemen bei der Abgrenzung bis hin zu Widersprüchen gegenüber der Epoche der Romantik. So weist Lützeler (2007) darauf hin, dass Safranski zwar die „romantische Geisteshaltung“ Hitlers anführe, gleichzeitig aber den Bezug des Nationalsozialismus zu Aufklärung, technischer Rationalisierung und Disziplinierung – letztlich also Modernisierung – verkenne, die etwa den von den Romantikern des Jenaer Kreises konstruierten „modernitätskritischen Theorien“ (Koch 2007) deutlich zuwiderlaufen. Während die ursprüngliche Romantik aus der Kritik am modernistischen – wenngleich in Deutschland noch vorindustriellen – Zeitgeist einen Rückgriff auf die Vergangenheit vornahm bzw. historische Formen idealisierte, wurde der „romantische“ Rückgriff nachfolgend parallel zur Modernisierung verwendet, um deren negative Auswirkungen bzw. ihre Wahrnehmung zu begrenzen. Dabei ging es zum einen weiterhin um die individuelle Flucht aus der unzulänglichen, nicht erträglichen, aber nicht offen kritisierten Gegenwart im Sinne eines „Balsams für die Seele“ (vgl. oben zu Kitsch) bzw. eines ersatzreligiösen (vgl. unten) „Opiums

„... und] Weltanschauung“ (Lützeler 2007) hingegen ist für Safranski (2007: 13) noch immer am besten durch Novalis (1798) umrissen: „Indem ich dem Gemeinen einen hohen Sinn, dem Gewöhnlichen ein geheimnisvolles Ansehen, dem Bekannten die Würde des Unbekannten, dem Endlichen einen unendlichen Schein gebe, so romantisiere ich es.“ Ein solches Romantisieren lässt sich in Vielem entdecken, auch wenn dies im Einzelnen durchaus widersprüchlich erscheint: unpolitische Weltfremdheit, Irrationalismus, Mystik und Mythos, Introvertiertheit und Liebestod, aber auch Abenteuerlust, Weltgewandtheit, Naturalismus und Quietismus oder eben Massenwahn und die Bewährung im Krieg (vgl. Lützeler 2007). Gerade diese letztere „Mutation ins Politische“ (Greiner 2007) führt dazu, dass „das Romantische“ ausgehend von der Romantik in nahezu allen nachfolgenden Epochen identifizierbar wird: Angefangen bei Heine, Marx, Wagner und Nietzsche, über die Jugendbewegung, im Wilhelminismus und der „Idee von 1914“, bei Ernst Jünger, Heidegger, Hitler oder Thomas Mann (vgl. Lützeler 2007). Diese Breite führt zu erheblichen Problemen bei der Abgrenzung bis hin zu Widersprüchen gegenüber der Epoche der Romantik. So weist Lützeler (2007) darauf hin, dass Safranski zwar die „romantische Geisteshaltung“ Hitlers anführe, gleichzeitig aber den Bezug des Nationalsozialismus zu Aufklärung, technischer Rationalisierung und Disziplinierung – letztlich also Modernisierung – verkenne, die etwa den von den Romantikern des Jenaer Kreises konstruierten „modernitätskritischen Theorien“ (Koch 2007) deutlich zuwiderlaufen. Während die ursprüngliche Romantik aus der Kritik am modernistischen – wenngleich in Deutschland noch vorindustriellen – Zeitgeist einen Rückgriff auf die Vergangenheit vornahm bzw. historische Formen idealisierte, wurde der „romantische“ Rückgriff nachfolgend parallel zur Modernisierung verwendet, um deren negative Auswirkungen bzw. ihre Wahrnehmung zu begrenzen. Dabei ging es zum einen weiterhin um die individuelle Flucht aus der unzulänglichen, nicht erträglichen, aber nicht offen kritisierten Gegenwart im Sinne eines „Balsams für die Seele“ (vgl. oben zu Kitsch) bzw. eines ersatzreligiösen (vgl. unten) „Opiums

„... und] Weltanschauung“ (Lützeler 2007) hingegen ist für Safranski (2007: 13) noch immer am besten durch Novalis (1798) umrissen: „Indem ich dem Gemeinen einen hohen Sinn, dem Gewöhnlichen ein geheimnisvolles Ansehen, dem Bekannten die Würde des Unbekannten, dem Endlichen einen unendlichen Schein gebe, so romantisiere ich es.“ Ein solches Romantisieren lässt sich in Vielem entdecken, auch wenn dies im Einzelnen durchaus widersprüchlich erscheint: unpolitische Weltfremdheit, Irrationalismus, Mystik und Mythos, Introvertiertheit und Liebestod, aber auch Abenteuerlust, Weltgewandtheit, Naturalismus und Quietismus oder eben Massenwahn und die Bewährung im Krieg (vgl. Lützeler 2007). Gerade diese letztere „Mutation ins Politische“ (Greiner 2007) führt dazu, dass „das Romantische“ ausgehend von der Romantik in nahezu allen nachfolgenden Epochen identifizierbar wird: Angefangen bei Heine, Marx, Wagner und Nietzsche, über die Jugendbewegung, im Wilhelminismus und der „Idee von 1914“, bei Ernst Jünger, Heidegger, Hitler oder Thomas Mann (vgl. Lützeler 2007). Diese Breite führt zu erheblichen Problemen bei der Abgrenzung bis hin zu Widersprüchen gegenüber der Epoche der Romantik. So weist Lützeler (2007) darauf hin, dass Safranski zwar die „romantische Geisteshaltung“ Hitlers anführe, gleichzeitig aber den Bezug des Nationalsozialismus zu Aufklärung, technischer Rationalisierung und Disziplinierung – letztlich also Modernisierung – verkenne, die etwa den von den Romantikern des Jenaer Kreises konstruierten „modernitätskritischen Theorien“ (Koch 2007) deutlich zuwiderlaufen. Während die ursprüngliche Romantik aus der Kritik am modernistischen – wenngleich in Deutschland noch vorindustriellen – Zeitgeist einen Rückgriff auf die Vergangenheit vornahm bzw. historische Formen idealisierte, wurde der „romantische“ Rückgriff nachfolgend parallel zur Modernisierung verwendet, um deren negative Auswirkungen bzw. ihre Wahrnehmung zu begrenzen. Dabei ging es zum einen weiterhin um die individuelle Flucht aus der unzulänglichen, nicht erträglichen, aber nicht offen kritisierten Gegenwart im Sinne eines „Balsams für die Seele“ (vgl. oben zu Kitsch) bzw. eines ersatzreligiösen (vgl. unten) „Opiums

des Volkes“, wie dies für den Biedermeier zu konstatieren ist. Anzumerken bleibt, dass das „fliehende“ Volk selber – zumindest innerhalb des Bürgertums – etwa bei der Stadtproduktion einen erheblichen eigenen Anteil an der Modernisierung hatte und letztlich zu großen Teilen davon profitierte. Zum anderen wurde die „romantische Idee“ durch die wesentlichen Treiber der Modernisierung – quasi im Sinne von „Opium für das Volk“ – genutzt, um von den damit verbundenen Unsicherheiten und Ängsten sowie ihren negativen Folgen abzulenken, oder sogar (politisch) instrumentalisiert, um Modernisierung durchzusetzen (etwa die Romantisierung des Heldentums als Kriegstreiber, das Fernweh zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur oder der Traum von der romantischen Natur als Argument für Verstädterung).

Bei aller Kritik an seinem notwendig knappen Abriss und didaktischer (vgl. Koch 2007) Verkürzung eines wesentlichen Bestandteils der europäischen Geistesgeschichte ist Safranskis Darstellung des „Romantischen“ doch geeignet, ein wesentliches Moment der Debatte um Rekonstruktion zu reflektieren: Während der ursprünglich romantische Geist auf eine Vollkommenheit im Inneren abzielt und die Ästhetik insofern auf eine abstrakte Ebene zu heben vermag, ist es möglich, diesen romantischen Sinn so zu verfremden, zu verallgemeinern und letztlich auch zu pervertieren, dass er eine Übersetzung innerer ästhetischer Werte und Phantasien in die Realität verlangt – anstelle sehnsüchtig von der Vergangenheit zu träumen, wird diese aus Holz, Stein und teilweise auch Beton produziert und damit zum Teil der gegenwärtigen Wirklichkeit. So hat die Geschichte des Romantischen gezeigt, dass es möglich ist, die romantische Verklärung des Alten, Erhabenen, auch Religiösen oder Nationalen aktiv zu wenden und für Tradition, Heimat und Vaterland mit den Mitteln der Politik wie auch des Bauwesens (vgl. Historismus und Heimatstil) einzusetzen. Eine solche aktive Wendung stellt auch die insofern pragmatische Forderung (vgl. Seyfarth 2009) nach Wiederherstellung dar. Im Sinne des Biedermeier kann dies aus einer kritischen Haltung zur Modernisierung und einem „romantisch“ verklärenden und sich zum Teil selbst belühenden Festhalten an traditionellen Wer-

ten und Geschmacksmustern erfolgen. Es kann aber auch der Verschleierung eigener Modernisierungsabsichten mit „romantischen“ Mitteln dienen. Dann spätestens stände die „romantische“ Idee der Rekonstruktion der häufig gefährlichen Verkehrung des romantischen Gedankens ins Politische näher als der letztlich fruchtlosen, selbstgenügsamen „Vergangenheitssehnsucht“ (Greiner 2007) und dem Individualismus (Safranski 2007: 25, Oschmann 2008: 3) der frühen Romantiker, wie sie etwa in der „Erfindung“ des geschichtlichen Denkens durch Herder (Safranski 2007: 23, vgl. Oschmann 2008: 3) zum Ausdruck kommen.

Hinzu kommt, dass seit der Epoche der Romantik stets Anhänger des romantischen Gedankens – bzw. ihrer Interpretation eines solchen – existieren, die „das Romantische“ zugleich gegen Übergriffigkeit und Vulgarisierung zu schützen versuchten. Safranski (2007: 292–294) schildert dies deutlich für Nietzsche, der das Romantische mit dem Dionysischen gleichsetzte und es gleichzeitig gegen christliche Vereinnahmung sowie den Realismus und Materialismus der Zeit zu verteidigen versuchte. Nietzsche sah seine Zeitgenossen demnach als der Wirklichkeit unterwürfig an: Die biedermeierliche, kleinmütige Ehrfurcht vor dem Tatsächlichen, vor dem wissenschaftlichen und technischen Fortschritt steht im Kern seiner Kritik. „Dieser Realismus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wird das Kunststück fertig bringen, klein vom Menschen zu denken und doch Großes [, die moderne, wissenschaftliche Zivilisation,] mit ihm anzufangen.“ (Safranski 2007: 279; vgl. 278–280) Alles Phantastische war der Zeit hingegen zuwider. So lehnte Nietzsche eben aus seiner der Romantik entlehnten absoluten Ästhetik und Ablehnung jeglicher „Vergemütlichung“ heraus auch den die Epoche zunehmend dominierenden Historismus ab.

„Der Historismus blickte auf die Geschichte zurück, um sich ins Bewusstsein [sic!] zu holen, wie herrlich weit man es doch gebracht habe. Zugleich aber galt es, eine Unsicherheit im Lebensgefühl und im Stil zu kompensieren. Man wusste [sic!] doch nicht so genau, wer man war und worauf man hinauswollte. Und so verband sich dieser Historismus auch mit der Lust am



nachgemachten, am Unechten.“ (Safranski 2007: 283–284)

Wenngleich Nietzsche diese Tendenzen letztlich als unromantisch, seinem dionysischen Ideal nicht entsprechend verwarf, so kann Safranski (2007: 284) auch im Historismus, der in dieser Beschreibung einigen Deutungen der aktuellen Rekonstruktionswelle sehr nahe kommt, doch auch wieder einen Rückgriff auf einen Teil der Romantik festmachen: „Erneut triumphiert der Geist des ‚Als ob‘. Eindruck machte, was nach etwas aussah.“ Ganz im Sinne Nietzsches Kritik aber erscheint manche zeitgenössische Kritik an Wiederaufbauvorhaben. So mag es sein, dass eine idealistisch-ursprüngliche romantische Geisteshaltung heute zwar nach einer Erinnerungskultur sowie einer auch baulich-räumlichen Vermittlung von Verlusterfahrung und Ortsgeschichte verlangt, aber aus einer ebenso idealisierten Vorstellung von Echtheit und Wahrhaftigkeit Wiederaufbauten ablehnt.

Safranski (2007: 12) geht davon aus, dass das „Romantische“ als Geisteshaltung zwar nicht auf Deutschland beschränkt sei, hier aber „eine besondere Ausprägung erfahren [habe], so sehr, dass [sic!] man im Ausland bisweilen die deutsche Kultur mit der Romantik und dem Romantischen gleichsetzt[e]“. Den Beweis dafür bleibt er allerdings weitgehend schuldig, da er eben allzu wenig auf entsprechende internationale Strömungen eingeht (vgl. Lützel 2007), um das zusätzliche Maß für die deutsche Geistesgeschichte nachweisen zu können (Oschmann 2008: 3). Die deutsche Romantik unterscheidet sich für Safranski (2007: 347; vgl. Oschmann 2008: 5) insbesondere in ihrem Hang, politisch zu werden:

„Immer aber bleibt das Missverständnis [sic!], dass [sic!] man in der Politik etwas sucht, was man dort niemals finden wird: Erlösung, das wahre Sein, Antwort auf die letzten Fragen, Verwirklichung der Träume, Utopie des gelingenden Lebens, den Gott der Geschichte, Apokalypse und Eschatologie. Wer solches aber doch in der Politik sucht, der gehört zur politischen Romantik.“

Geht man wie Fischer (2009) zudem davon aus, dass Architektur und Städtebau in Deutschland weitaus stärker mit politi-

schen Zielen verbunden wird (etwa zu sehen in Ansätzen „totaler Architektur“, „flächendeckenden“ Raumvorstellungen und dem „Krieg der Dächer“), so ist es leicht, einen zusätzlichen Zusammenhang zwischen politischer Romantik und ihrem Hang zu finden, das in der Politik nicht Findbare im Raum schaffen zu wollen. Damit ist allerdings noch nicht aufgezeigt, dass solche „gebauten Utopien“ rückwärts gewandt sind oder auch nur sein können.

Schließlich legt sich Safranski (2007: 13) allerdings darauf fest, in der 1968er-Bewegung und ihren Ausläufern den „vorläufig letzten größeren romantischen Aufbruch“ bestimmen zu können. Oschmann (2008: 2) geht daher soweit zu fragen, ob die von Safranski beschriebene, mit Herder- und nicht mit Luther (vgl. Mann 1995) – beginnende „deutsche Affäre“ in dessen Augen „seit den sicher anstrengenden Ereignissen von 1968 endgültig vorüber ist“. Wenn man in der beschriebenen Rekonstruktionswelle eine echte romantische Bewegung sehen wollte, so wäre sie Safranski zumindest entgangen. Beziehungen zu 1968 lassen sich zwar an verschiedenen Stellen herstellen, doch findet sich auch hierauf bei Safranski (2007) keinerlei direkter Hinweis. Allein, dass mit den „68ern“ auch die Kritik an der so genannten „skeptischen Generation“, die im Nachkriegsdeutschland ihre Vorbehalte gegenüber dem Romantischen hatte festsetzen können, einsetzte, die zu einer umfassenden Kritik der Nachkriegsmoderne auswuchs, scheint nicht ausreichend, um die antimodernen Züge der Rekonstruktionsbewegung sogleich als romantisch zu bezeichnen. Zudem geht Safranski (2007: 134) davon aus, dass erhebliche Unterschiede zwischen Romantik und Postmoderne bestehen, da die Romantiker in Zukunftserwartung lebten, während die Postmoderne davon ausgehe, „das meiste schon hinter sich zu haben“. Oschmann (2008: 4) verweist allerdings auch auf die – für ihn allerdings kaum belegte – These Safranskis (2008: 208), dass die Romantiker „unserer Zeitgenossen“ seien. Er sieht hier einen deutlichen Widerspruch zu seiner Ablehnung einer Parallele von Romantik und Postmoderne, da wir doch „weithin posthistorisch und postmodern gestimmt“ seien. In der Tat erscheint Safranskis Haltung hier sehr vage, ist doch die Postmoderne

– möglicherweise trotz eines verstärkten Sinns für die Länge und daraus resultierenden Bedeutung der menschlichen Geschichte – avantgardistisch gestimmt wie die frühen Romantiker. Zudem verweist Safranski (2007: 134) selber auch auf eine die Postmoderne antizipierende Unbekümmertheit der Romantiker. Insofern erscheint es weiterhin möglich und sinnvoll, Parallelen der postmodernen Rekonstruktionswelle und der vielfältigen als „romantisch“ bezeichneten Strömungen seit dem 19. Jahrhundert zu benennen.

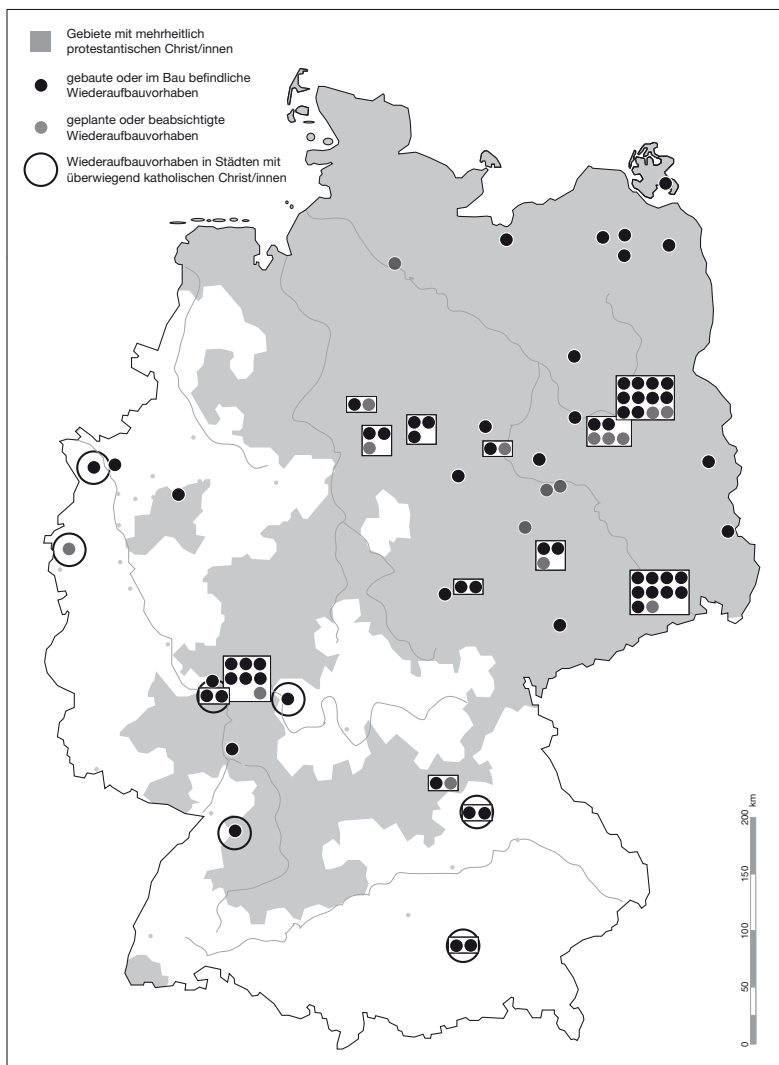
### 3.33 Reliquienkult, Heiligenverehrung und Volksreligiosität

Dieser Abschnitt dient dazu, zu überprüfen, inwieweit Teile des Rekonstruk-

tionsphänomens mit dem innerhalb der religionswissenschaftlichen und kulturwissenschaftlichen Forschung bekannten Phänomen des Reliquienkults wie auch insgesamt der Heiligenverehrung zu erklären sind bzw. inwiefern offensichtliche Ähnlichkeiten zwischen beiden Phänomenen zu einer Erklärung beitragen können. Indizien hierfür finden sich etwa in der Bedeutung von Echtheit und der Symbolhaftigkeit, die Objekten – hier Gebeinen, dort Gemäuern – zugeschrieben wird. Ein wesentliches Indiz für eine Verbindung von Religion und Rekonstruktion ergibt sich allerdings auch aus nachstehender Abbildung, die zeigt, dass nahezu alle der in der ersten Projektphase identifizierten zeitgenössischen Wiederaufbauvorhaben innerhalb überwiegend protestantischer Gegenden liegen (und die meisten der heute katholischen Orte, in denen ausnahmsweise Rekonstruktionsvorhaben vorgefunden wurden, zumindest zeitweise unter evangelischem Einfluss standen (Neumarkt i.d. Oberpfalz, Pforzheim) oder heute als multireligiös angesehen werden können (München, Mainz). Insofern soll im Folgenden auch auf Hinweise zu den unterschiedlichen Herangehensweisen von Katholizismus und Protestantismus bzw. dem mit den Konfessionen in Wechselwirkung stehenden Gesellschaften (vgl. Weber 1904, Durkheim 1973) innerhalb der Thematik eingegangen werden.

Dabei sollen zunächst die mittelalterlichen Ursprünge der Heiligen- und Reliquienverehrung beschrieben und dann ihre weitere historische Entwicklung einschließlich verschiedener Phasen der Kritik und Säkularisierung dargestellt werden. Erst im Anschluss daran erscheint eine Zuordnung von Teilen des aktuellen Rekonstruktionsphänomens möglich, die dazu genutzt werden kann, Erklärungsansätze aus der wissenschaftlichen Betrachtung der eingangs geschilderten Kultformen zu ziehen. Dabei wird auch auf weitere religionswissenschaftliche Bezüge verwiesen, die sich nicht ausschließlich auf Heiligen- und Reliquienverehrung beziehen. Hierzu zählen vor allem die durch unterschiedliche Glaubensauffassungen bedingten Differenzen in den Kultformen von katholischem und protestantischem Christentum sowie die Gegensätze von Theologie und Volksreligiosität.

Abbildung 7  
Wiederaufbauvorhaben seit 1975 und konfessionelle Prägung in Deutschland



Quelle: Eigene Darstellung

Da die Vergleiche überwiegend auf phänomenologischer Ebene gezogen werden, erscheinen theologische oder religiös motivierte Einwendungen, die gegen eine weiter gefasste, säkulare Verwendung primär religiöser Begriffe wie des Heiligen und der Reliquie im Weiteren unerheblich. Eine feinere Unterscheidung zwischen verschiedenen im allgemeinen oder journalistischen Sprachgebrauch gleichgesetzten Phänomenen und die Überprüfung ihrer tatsächlichen Übereinstimmung mit dem sakralen Begriffsinhalt sind an dieser Stelle nicht möglich. Wesentliche Quelle der nachfolgenden Darstellungen ist Arnold Angenendts umfassende und zwischen verschiedenen disziplinären Zugängen ausgewogene Abhandlung über „Heilige und Reliquien“. Zusätzliche Quellen wurden im Wesentlichen zur stellenweisen Vertiefung und Aktualisierung herangezogen.

#### *Reliquienkult*

Der Begriff Reliquienkult bezieht sich zunächst ausschließlich auf die religiöse Verehrung von Heiligen, die in der rituellen Aufbewahrung und Verwendung ihrer sterblichen Überreste bzw. einzelner Teile davon zum Ausdruck kommt. Entsprechende Riten sind in vielen Religionen, darunter sämtlichen Weltreligionen, nachgewiesen: Nachfolgend soll fast ausschließlich auf den christlichen Reliquienkult eingegangen werden, da nur dieser für den hier diskutierten Kontext – die Parallelität zu bestimmten Aspekten der Rekonstruktionswelle innerhalb einer jüdisch-christlich geprägten Gesellschaft – von Bedeutung ist. Innerhalb des – katholischen Christentums kann von einer besonders stark ausgeprägten Heiligenverehrung mittels Reliquien ausgegangen werden, innerhalb derer gar eine Systematik von Reliquienklassen entstand. So werden erstens Körperteile, zweitens so genannte „echte“ Berührungsreliquien (von den Heiligen genutzte Objekte, insbesondere solche mit biografischer Bedeutung wie etwa Gewänder oder Waffen; vgl. Angenendt 1994: 156) und drittens mittelbare Berührungsreliquien (Objekte, die Reliquien erster Klasse berührt haben bzw. absichtlich in Kontakt gebracht wurden) verehrt, wobei sich eine besondere Stellung biblischer Reliquien ergibt und mittler-

weile Christus- und Marienreliquien erster Klasse aufgrund der katechistischen Deutung ihrer Himmelfahrt ausgeschlossen werden (Angenendt 1994: 214–229; vgl. Erret 2003). Nach der katholischen Lehre ergibt sich eine Ausschließlichkeit der Begriffsverwendung:

„Reliquien sind keinesfalls als religiöse Souvenirs zu betrachten wie museale Andenken etwa von der Kleidung großer Dichter. Wahrer Reliquienkult dient ausschließlich der Heiligenverehrung und keinem magischem Selbstzweck. Der Kult orientiert sich von der Vergangenheit des vorbildlichen Lebens des Heiligen ausgehend her auf die religiöse Gegenwart und Zukunft. Wenn sich der Reliquienkult von der Heiligenverehrung wirklich verselbständigt, wie dies aus der Vergangenheit vereinzelt bekannt ist, verderben gefährliche Strömungen der Magie und des Fetischismus die echte Frömmigkeit.“ (Erret 2003: 11–12)

#### *Heiligenverehrung*

Reliquienkulte sind stets eine Form der Heiligenverehrung. Angenendt (1994: 9–10) geht mit Eliade (1954: 19) davon aus, dass die Trennung von etwas Heiligem vom Profanen bzw. von religiösem und weltlichem Leben das Gemeinsame jeder „bisher gegebenen Definition des Phänomens *Religion*“ (Hervorhebung bei Angenendt 1994: 9) sei, zugleich aber eine allgemeingültige Abgrenzung daran scheitere, dass in den unterschiedlichen Religionen – so Angenendt – wohl jedes Objekt oder Wesen schon einmal als heilig angesehen bzw. dazu erklärt wurde. Deutlicher werde allerdings die Abgrenzung, sofern es um „den Heiligen“ als „religiösen Ausnahmemenschen“ (Angenendt 1994: 10) gehe. Der „Heilige“ verfügt stark verkürzt nach Speyer (1990: 49, zit. in Angenendt 1994: 10) über eine besondere spirituelle Kraft, Macht oder Befähigung. Im Christentum als „ethischer Erlösungsreligion“ (Max Weber) zeigte sich dieses Charisma zumindest ab dem 12. Jahrhundert in einem „herausragende[n] Ethos“ (Angenendt 1994: 11, vgl. ebd.: 11–12) und entsprechenden Devotions- und Sozialpraktiken des Heiligen, die auf Heiligenbildern entsprechend dargestellt wurden und später, insbesondere im Protestantismus, zum we-

sentlichen Religionsinhalt umgedeutet wurden. Gleichzeitig bediente die mittelalterliche Kirche mit dem Heiligenkult auch das Defizit an Alltagsreligiosität, die sich für das Urchristentum als stark ethische Buchreligion attestieren lässt. Insbesondere innerhalb der naturgebundenen Agrargesellschaften konnten die Heiligen durch ihre zugeschriebenen besonderen Kräfte die Lücke schließen, die durch den Übergang zum Eingottglauben entstanden war: Anstelle spezieller Gottheiten konnten sie nun Schutz vor bestimmten Naturgewalten bieten oder bestimmten Bevölkerungsteilen vorbehalten sein.

#### *Wirkung und Verwendung der Reliquien*

Die Reliquie erfüllt ihre Funktion nach der ursprünglichen Vorstellung, indem sie einerseits mit der Seele des verstorbenen Heiligen verbunden und andererseits in der Reliquie selbst die ihm zugeschriebene Kraft (Virtus) beinhaltet ist, was durch verschiedene Wunder (insbesondere Heilungen) belegt wird. Die Virtus ermöglichte auch die Ausbreitung des Reliquienkults auf Sekundär- und Tertiär-Reliquien sowie die Verwendung von Reliquien innerhalb verschiedenster Bräuche, von deren Durchführung sich die Gläubigen eine heilende und heiligende Wirkung versprachen (vgl. Kroos 1985: 32–34, Harmening 1966: 109–116). Schließlich begründet sich allerdings bereits im Spätmittelalter, etwa durch Thomas von Aquin, auch die erste Kritik des christlichen Reliquienkultes an der den Reliquien vermeintlich innewohnenden Kraft (vgl. Angenendt 1994: 155–159). Dabei geht die Kritik auch von der Frage aus, welche Bedeutung dem Leib in der christlichen Religion zugestanden werden soll und ob die Unversehrtheit zumindest der Gebeine Voraussetzung für die Auferstehung sei (vgl. Hattenhauer 1976: 44). Diese Auseinandersetzung begründete sich zum einen auf verschiedene widersprüchliche Bibelstellen, zum anderen ging die für Jesus berichtete Unverwestheit nach der dreitägigen Grabesruhe (Apostelgeschichte 2,24–28) und die Unzerbrechlichkeit seines Leibes (Johannes 19,33) auch auf Heilige – insbesondere Enthaltene und Märtyrer – über (vgl. Landgraf 1952: 199–272). Belege dafür lieferten mehrere Exhumierungen. Dennoch kam es ab etwa dem 11. Jahrhundert zu ei-

ner bewussten Aufteilung von Reliquien, was zuvor – mit Ausnahme nachwachsender Körperteile oder verlegenheitshalber – als Unrecht angesehen worden war. Nunmehr setzte sich die Auffassung durch, „in jedem Teil des Leichnams sei der Heilige virtuell anwesend“ (Angenendt 1994: 154), und wurde die Leibteilung zur gängigen Praxis (Angenendt 1994: 150–155).

Aufgrund ihrer Kraft, der mit ihnen verbundenen Macht und dem Ansehen, das ihr Besitz verlieh, wurden Reliquien nicht nur als Schutzmittel getragen, im Hause verwahrt oder in Sakralbauten eingelassen, sondern sowohl von weltlichen wie auch von kirchlichen Herrschern gesammelt und präsentiert. Um sie herum wurden häufig reich verzierte Reliquiare zur Aufbewahrung der Reliquien geschaffen oder Kapellen oder gar Kathedralen gebaut. Sie dienten dabei auch dem Ablasshandel (vgl. Angenendt 1994: 159–162).

#### *Echtheit*

Durch die Vielzahl an Reliquien und den regen und lukrativen mehrfachen Verkauf stellte sich im Mittelalter eine Situation ein, in der die Echtheit vieler als Reliquien angesehener Gegenstände unklar wurde. Dies lag sowohl an Fälschung und Betrug als auch an der Gutgläubigkeit der Käufer. Resultat war zwar die Einführung von Echtheitszeugnissen (den so genannten Authentiken) durch die Kirche sowie die verbreitete Auffassung, die Echtheit durch Feuerprobe oder Wundernachweis bestimmen zu können (vgl. Schreiner 1966a: 9–25), doch konnten auch so die häufigen so genannten „Reliquienaffären“ nicht verhindert werden. So wird allerdings auch klar, dass es bei der kritischen Handhabung der Reliquien im Mittelalter – zumindest außerhalb der Kirche – nicht um einen modernen Wahrheitsanspruch ging (Fichtenau 1952: 66), sondern vielmehr darum, dass die Gläubigen durch die echten oder falschen Reliquien an der „göttlichen Offenbarung und kirchlichen Lehre“ (Schreiner 1966b: 145) Anteil hatten. Um diese Volksreligiosität in die Kirche zu integrieren, wurden verschiedene theologische Versuche angestellt, die Anbetung falscher Reliquien etwa durch die Vorstellung einer göttlichen Korrektur des

Irrtums zu legitimieren (vgl. Angenendt 1994: 162–166).

### *Entwicklung des Reliquienkults*

Somit sind Reliquien innerhalb der hier bedeutenden christlichen bzw. katholischen Auffassung stets Teil eines Personenkultes, wenngleich eines, der sich letztlich nicht auf die Person direkt, sondern auf deren Wirken und Ethik bezieht. Zunächst war dabei sowohl der Kult als auch die Wirkung von Heiligen zeitlich und räumlich begrenzt; sie dienten als Schutzpatrone der Gemeinde oder der Regionen und Länder, innerhalb derer ihr Grab lag (Häussling 1973: 193, Delehaye 1930, vgl. insg. Angenendt 1994: 123–128). Insofern war die primäre Aufgabe von Reliquien, neu bekehrten Gebieten einen Schutzpatron zu geben. Angenendt (1994: 125) sieht hierin im Widerspruch zur historischen Literatur kein Zugeständnis an die Volksfrömmigkeit, sondern vielmehr „den Versuch, einen neuen ‚Sakralort mit Ahnengrab‘ zu schaffen“. Gleichzeitig bewirkte die Ausbreitung der Reliquien durch Schenkung, Handel, Raub sowie schließlich auch Handwerk und Kunst eine ortsüberschreitende, multilokale Heiligenverehrung, bis sich im Spätmittelalter die Auffassung von der Allgegenwart der Heiligen durch die Anrufung der Gläubigen durchsetzte.

Obwohl gerade im 15. und 16. Jahrhundert eine Kulmination in massenhaften Wallfahrten zur Heiligen- und Reliquienverehrung stattfand, setzte damit bereits ein langfristiger Trend des Niedergangs des Reliquienkults ein, der weite Teile der weiteren Religionsgeschichte bestimmt. Zunächst scheint hier allerdings die spätmittelalterliche Situation von Interesse, in der trotz der sich durchsetzenden multilokalen Heiligenverehrung der Reliquienkult einen (finalen) Hochpunkt erreichte und alte und neue Wallfahrtsziele als besondere Orte zusätzliche Bedeutung erlangten. Gleichzeitig wurde der Kult in einer von Angenendt (1994: 230) als epidemisch beschriebenen Massenbewegung verallgemeinert. Es ist darauf hinzuweisen, dass zu diesem Zeitpunkt – quasi am Vorabend der Reformation – auch die Kirchenfrömmigkeit und damit die „Bereitschaft und Sehnsucht, das weltliche Leben im Rahmen der von der Kirche geschaffenen Ord-

nung und mit Hilfe der von ihr angebotenen Gnadenschätze zu heiligen“ (Möller 1991: 75) ihren Höhepunkt erreichte. Diese Heilssehnsucht verband sich allerdings zugleich mit einer Heilsunsicherheit (vgl. Möller 1991: 77). Wenngleich vieles durch das nunmehr massenhafte Vorkommen neu wirkte, entstanden innerhalb des als konservativ zu betrachtenden Festhaltens am Heiligenkult in einer „aufgeregten Gesellschaft“ (Meuthen 1980: 3) „keine neuen Formen [religiöser Praxis]“ (Andreas 1959: 142; vgl. Angenendt 1994: 230–233).

Hatte es schon zuvor innerhalb der Theologie Strömungen gegeben, die in der Kirchenfrömmigkeit nicht ein aus erbauender Liebe erwachsendes Angebot für die einfachen Christen sahen, sondern stattdessen stärker verinnerlichte Glaubensformen postulierten (Hamm 1992: 217), so entstand daraus durch die Humanisten wie etwa Erasmus von Rotterdam eine fundamentale Kritik am völkischen „Aberglauben“, der sich in der Heiligen- und Reliquienverehrung zeige, den wahren Glauben untergrabe und auch der Bereicherung der Kirche diene (Angenendt 1994: 233–235). Während der Reformation wurde diese Kritik noch grundsätzlicher formuliert: Die als Mittler gedachten Heiligen würden die Einzigartigkeit Christi aufheben, ihn ergänzungsbedürftig erscheinen lassen (Köpf 1990, Pinomaa 1977, Manns 1980) und schließlich ersetzen bzw. aufheben. Für Luther waren nicht das Bild, der Leib oder die Person, sondern einzig ihr Glaubenszeugnis verehrungswürdig. Standen die Reliquien, von ihm im „Großen Katechismus“ als „alles tot Ding“ abgetan, im Zentrum von Luthers Kritik und forderte er statt einer Verehrung der Heiligen den Gottesdienst an den (bedürftigen) Mitchristen als die Erfüllung des neutestamentarischen Gebots (Manns: 1980: 545), so bezogen sowohl Zwingli als auch Calvin die Bildnisse einschließlich des Kreuzifix in die Kritik mit ein und setzten damit innerhalb der Täuferbewegung einen wahren „Bildersturm“ in Gang (Christensen 1979: 79–109). Dieser breitete sich von Zürich aus rasch bis Norddeutschland und in die Niederlande aus (Campenhausen 1957: 106). Hatte Luther lediglich die Reliquien aus den Kirchen verbannt, ihnen aber ihren Schmuck einschließlich der Reliquiare gelassen, so wurde nun sämtliches

Bildwerk entfernt (Angenendt 1994: 236–241). Bei den „Altgläubigen“ sowie innerhalb der katholischen Kirche führte dieses Treiben einerseits zu Rettungsaktionen und einer Verteidigung der tradierten Formen innerhalb der Gegenreformation, andererseits aber auch zu gewissen Reformen, einer Reduktion des Heiligenkalenders etwa, und schließlich auch zu einer abnehmenden Tendenz in der Heiligen- und Reliquienverehrung (Angenendt 1994: 242–253). Wesentlicher ist allerdings, dass ähnlich der für den Protestantismus maßgeblichen Tendenzen zur Unterdrückung der Volksfrömmigkeit zur Durchsetzung der neuen Lehre (Ginzburg 1983, Muchembled 1982: 105) auch im Katholizismus eine Sozialdisziplinierung stattfand. Diese habe zu einer vergleichbaren „Individualisierung“ des Glaubens und Herausbildung einer katholischen Identität geführt, bei der „neben der Sakramentsfrömmigkeit [der] Heiligen- und Bildkult zum Inbegriff des Katholizismus stilisiert“ (Angenendt 1994: 255, vgl. Reinhard 1983: 266) wurde. Im Protestantismus gab es neben Misch- und Übergangsformen Ansätze eines Luther-Kultes (Angenendt 1994: 257–258, vgl. Zeeden 1950: 57–70). Die Konfessionalisierung richtete sich damit zunächst auf eine Gruppenidentität und ihre Abgrenzung gegenüber der jeweils anderen Religionsauslegung. Sie bewirkte aber auch die Abwertung der „unorthodoxe[n] Volksreligion“ (Muchembled 1982: 103–105) und die Durchsetzung einer Elitekultur. Schließlich führte sie im Weiteren zu einer allgemeinen Disziplinierung hinsichtlich Ordnung, Selbstkontrolle und Staats- und Lebensführung (Schulze 1987: 273, Angenendt 1994: 253–256).

Hier nur erwähnt werden sollen die „vernichtend[en]“ (Angenendt 1994: 262; vgl. insg. 261–270) Auswirkungen der durchaus nicht anti-religiösen Aufklärung, der „Entzauberung“ (Max Weber) und des wissenschaftlichen Fortschritts, etwa der Wende hin zu einer modernen Auffassung vom körperlichen Tod um 1800 (Oexle 1984: 386). Mehr noch als die Reformation führte dies auch zu einer Reduzierung des Heiligen- und Reliquienkults im Katholizismus. Gleichzeitig geschah möglicherweise erstmals etwas, das häufig als Säkularisierung der Heiligen- und Reliquienverehrung bezeichnet wird, obwohl

aus religionswissenschaftlicher Sicht erhebliche Einsprüche bestehen (Erret 2003). Gleichwohl gab es teilweise auch unter den Aufgeklärten den Hang zu einer (säkularisierten) Verehrung von „edlen Menschen“, vor allem von Dichtern wie Goethe, Klopstock oder Shakespeare, aber auch von großen Denkern wie Kant oder Fichte (Neuhaus 1989).

Während die Aufklärung im vollen Gange war, die Revolution im benachbarten Frankreich gerade beendet wurde und damit die Säkularisierung nicht nur durch die Trennung von Staat und Kirche, sondern auch als Gesellschaftsentwicklung voran schritt, entstand mit der Romantik – insbesondere in Deutschland – eine wesentliche gesellschaftliche Strömung gegen diesen Zeitgeist (vgl. insg. Romantik 3.3.2). „Für den Katholizismus und gerade auch für seine voraufklärerischen Religionsformen wirkte die Romantik wie eine Schutzglocke. Das Volk durfte wieder verehren, was ihm heilig war und ihm hatte genommen werden sollen“ (Angenendt 1994: 275; vgl. insg. 274–303). Novalis sehnte bereits 1799 die vergangene christliche Zeit zurück, Kleist veröffentlichte 1808 die „Heilige Cäcilie“, Goethe würdigte 1814 das „Sankt-Rochus-Fest zu Bingen“ einschließlich Reliquienverehrung in einer Erzählung und Brentano sah Reliquien gar als Prüfmateriale für einen verifizierbaren Glauben an, den er schließlich auch durch eine Rekonstruktion der textlichen Lücken des Neuen Testaments ermöglichen sehen wollte. Der restaurierte katholische Reliquienkult wurde dabei durchaus zeitgemäß verändert und etwa um Sittlichkeitsmahnungen ergänzt. Dies führte einerseits zu einer neuerlichen Zuwendung zum Katholizismus u. a. durch zahlreiche Konvertiten, einer katholischen Emanzipation und Demonstration des katholischen Glaubens, andererseits im Anschluss an die Hochphase der Romantik auch zu einer Ästhetisierung und einem religionsfremden Gebrauch (vgl. etwa Herrmann 1954: 13, Metken 1989: 388), was eher einem Geist des „Romantischen“ als der Romantik selbst entsprungen sein mag. Der neuerlich erstarkten Religiosität konnte über weite Teile des 19. Jahrhunderts auch die Wissenschaftsentwicklung, etwa in den Bereichen der Kirchenhistorie, der Ethnologie und der Entstehung der Tiefen-

psychologie (Sigmund Freud, Carl Gustav Jung), wenig anhaben.

Die heutige katholische Praxis kennt zwar weiterhin die Heiligenverehrung, und es hat sogar eine gewisse Inflation der Heilig- und Seligsprechungen eingesetzt, doch geht die theologische Deutung zurückhaltend davon aus, dass nicht der Heilige an sich, sondern sein Glaubenszeugnis verehrt werde (vgl. Rahner 1966: 11–26). Zu den Reliquien hingegen ist innerhalb der zeitgenössischen kirchlichen Lehre wenig zu finden – „selbst die neuen Katechismen schweigen sich aus“ (Angenendt 1994: 310). Der Umgang mit ihnen scheint ungeklärt (vgl. Läßle 1990: 8). Im Protestantismus wird zunächst einmal weiterhin davon ausgegangen, dass Heilige lediglich die „im Glauben sonderlich Bewährten“ (Althaus 1958: 519) sind. Dennoch gibt es seit Ende der 1950er Jahre vielfältige Versuche einer evangelischen Heiligenverehrung (Lackmann 1958, Erb 1962, Nigg 1974, Barth 1992; vgl. Köpf 1990), denen die protestantischen Kirchen mit der Einführung eines dem katholischen sehr ähnlichen Namenskalenders entgegengekommen sind. Gleichwohl erscheine den meisten Protestanten die katholische Heiligenverehrung weiterhin befremdlich, was Angenendt (1994: 315) mit Köpf (1990: 320) allerdings auf ihr anderes Verständnis von Heiligkeit und ihre „innerlich kühlere [...] Beziehung zu [ihnen]“ zurückführt (Angenendt 1994: 307–315). Innerhalb der vergangenen Jahrzehnte ist es zudem zu einer populären Wiederbelebung der zumindest vormals der Heiligenverehrung dienenden Wallfahrten (insbesondere des Jakobswegs) gekommen, die nur teilweise religiös bedingt ist (Herbers 2006, Klein 2005). Ebenso erscheinen auch Formen des Personenkultes, wie sie im Übergang vom Pontifikat Johannes Paul II. auf Benedikt XVI. insbesondere unter jungen Katholikenauftraten, eher mit säkularen Formen des Personenkultes vergleichbar (vgl. Feichtlbauer 2005).

#### *Säkularisierung der Heiligenverehrung*

Ab der Mitte des 19. Jahrhunderts mehrten und verallgemeinerten sich schließlich die Forderungen radikaler Aufklärer, zunächst aus der Wissenschaft und dann aus Politik und Gesellschaft, die die „heilige,

alle mitreißende und begeisternde Kraft der Religion“ (Angenendt 1994: 316) für die Durchsetzung politischer Ideologien bzw. allgemein als gesellschaftliche Formationskraft zur Bewältigung gesellschaftlicher Leistungen durch Zusammenhalten nutzen wollten (vgl. etwa Karl Marx), bzw. im Politischen allgemein die praktische Fortsetzung des Religiösen sahen (insbesondere Ludwig Feuerbach): „die Sozialreligion, die den Sinn des Lebens in der Herstellung einer neuen Gesellschaft und eines neuen Menschen sieht“ (Nipperdey 1983: 446, zit. in Angenendt 1994: 316). Dabei wird die „Autorität des Heiligen sukzessive durch die Autorität des jeweils für begründet gehaltenen Konsenses ersetzt“ (Habermas 1988: 118–119, zit. in Angenendt 1994: 320). Ausgehend von der französischen Revolution setzte sich im 19. Jahrhundert der Nationalismus als erste „Ersatzreligion“ durch, deren „Ersatzheilige“ die „Helden des Vaterlandes“ waren, denen in Frankreich etwa im Pantheon als dem „Tempel des Vaterlandes“ gehuldigt wurde (Maier 1988: 350). Obwohl zunächst als gesellschaftliches Phänomen zu betrachten, waren diese kultischen Formen nicht gänzlich außerchristlich und keineswegs anti-religiös, vielmehr wurden – zumal in Ländern mit Staatskirchen – theologische Begründungen für die Besonderheit des Volkes als Schöpfung Gottes oder Verwirklichung der christlichen Gemeinschaft angeführt (Angenendt 1994: 316–320).

In Deutschland sind Formen der kultischen Verehrung vor der Reichsgründung insbesondere für Preußen (Königin Luise, Bismarck, Friedrich der Große; vgl. Hedinger 1976) bekannt, in der Nationalen Bewegung um die März-Revolution und darüber hinaus verbindet sich die nationale Verehrung zudem mit dem bereits erwähnten Personenkult um verschiedene Geistesgrößen (vgl. auch Noltenius 1988: 239, Herzig 1988: 325, zu deren politischer Verwendung etwa Grote 1968: 17) – bereits 1836 formulierte Wolfgang Menzel die Formel vom „Volk der Dichter und Denker“. Auch aufgrund der zunächst fehlenden Einheit Deutschlands war die deutsch-nationale Religiosität „ursprungsmythisch“ geprägt, „beschwor die gemeinsame Erinnerung [...], um aus ihr der eigenen Identität gewiss zu werden. Denn die großen Werke der Vergangenheit of-

fenbaren das spezifische Zeugnis des Nationalgeistes“ (Angenendt 1994: 324, vgl. insg. Nipperdey 1981: 602,608), dienen dabei aber in der kultischen Vergegenwärtigung insbesondere der „Erneuerung [und] Beschwörung der Zukunft“ (Angenendt 1994: 324). In den Nationaldenkmälern erhielt der Nationalismus seine „heiligen Orte“, die einerseits einen sakralen Charakter, andererseits einen transzendenten Verweischarakter aufwiesen:

„Es ist Tempel und Heiligtum, herausgehoben aus dem Getriebe der Stadt, der Weg zu dieser Stätte ist als Wallfahrtsweg konzipiert, und kultisch-religiöse Feiern sollen dort begangen werden. Das Denkmal mutet darum dem Besucher eine andächtige, glaubensähnliche Stimmung zu [...]. Wir haben hier einen Ansatz zur Erhebung des Profanen ins Sakrale, zur Sakralisierung der Nation. [...] In seiner Sichtbarkeit auf ein Unsichtbares, in seiner Bedingtheit auf ein Unbedingtes, in seiner Individualität auf ein Allgemeines, auf eine Idee, es hat formal eine sich selbst transzendierende Struktur“ (Nipperdey 1968: 537–538, zit. n. Angenendt 1994: 325).

Neben diesen baulichen „Mittel[n] der Religion“ verweist Angenendt (1994: 325–26, vgl. insg. 321–327) auf die Priesterschaft der „Nationalheiligen“, die insbesondere in der Geschichtswissenschaft, – schreibung und -vermittlung zu suchen seien (Nora 1990: 43).

Dabei ist eine deutlich geringere Distanz des Nationalismus zum Protestantismus als zur katholischen Kirche feststellbar: „Luther wurde zum deutschen Heros, und deutscher Glaube konnte eigentlich nur lutherisch sein“ (Angenendt 1994: 327, vgl. insg. 324–327), lutherische Feste wurden kommunalisiert und Lutherdenkmäler auf öffentlichen Plätzen errichtet (Burghardt 1988), evangelische Geistliche scheuten sich im Gegensatz zu ihren katholischen Kollegen nicht, etwa an der Verehrung Schillers als „Heiland“ teilzunehmen (Noltenius 1988: 239). Zudem bezeugen die großen Kirchenbauten der Wilhelminischen Zeit (Berliner Dom, Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche mit integrierten National- und Hohenzollerndenkmälern) die Verknüpfung von Kirche und preußischer Monarchie. Den Katholiken blieb hingegen lediglich eine Renaissance

der Verehrung Bonifatius' als „Apostel“ der Deutschen, der somit auch den protestantischen Vorwurf der „Vaterlandslosigkeit“ widerlegen sollte (Lenhart 1954).

Schließlich ist im Zusammenhang mit säkularisierten Kultformen insbesondere auch auf den deutschen Nationalsozialismus zu verweisen. Selbst gegenüber anderen Diktaturen des 20. Jahrhunderts tritt die herausgehobene Bedeutung öffentlich sanktionierter, quasi-religiöser Feiern und Rituale innerhalb des deutschen Faschismus hervor. Neben der Besetzung biografischer Stationen (Lebens-, Jugend-, Ehe- und Totenweihe), Tagesriten wie der Morgenfeier und der Besetzung des Kalenders durch auf die Volksgemeinschaft oder den Nationalsozialismus bezogene Feiern ist zudem ein ausgeprägter Personenkult festzustellen. Der Führerkult mit deutlichen Formen der Heiligenverehrung wurde in abgeschwächter Form auch auf andere Nationalhelden bzw. Helden der Bewegung übertragen, am deutlichsten ist dies wohl für die als „Märtyrer“ bezeichneten Toten der „mit Blut besiegelten Urtat“, des Putschversuchs von 1923, gegeben, deren „Blutfahne“ zudem wie eine Reliquie behandelt wurde. Als Reliquiar wurde am „heiligen Ort“ eine „Ehrenhalle“ mit einer „ewigen Wache“ für das „heilige Blut“ errichtet und am 9. November jeweils eine „Heldische Feier“ „als Fest des Sieges und der Auferstehung“ (Angenendt 1994: 327, vgl. insg. 327–328) zelebriert, in dem ein ideologischer Unsterblichkeitsglaube deutlich wird: „Da sich das neue Realissimum – das Blut – im Volk aktualisiert und jedes Mitglied der Volksgemeinschaft insofern am ‚Heiligen‘ partizipiert, wird das Volk im nationalsozialistischen Kult konsekriert und erfährt eine Apotheose“ (Vondung 175–176, vgl. 1971: 159–209).

An dieser Stelle kann nicht auf die vielfältigen anderen Formen ideologischer Ersatzreligiosität eingegangen werden. Verwiesen werden soll allerdings auf die Situation innerhalb der Sowjetunion, in der deutlicher noch als im Nationalsozialismus durch die kommunistische Staatsführung eine gewalttätige Bekämpfung der Religion betrieben wurde. Diese richtete sich insbesondere gegen die in der Orthodoxen Kirche noch wesentlich ausgeprägtere Heiligen- und Reliquienvereh-



rung. Im Widerspruch dazu wurde dem verstorbenen Lenin dann aber ein Mausoleum errichtet und in der Propaganda sein unverwundenes Fortleben beschrieben (vgl. Saintyves 894–896). Angenendt (1994: 329, vgl. insg. 328–330) sieht in der Verwendung von religiösen Mitteln durch die totalitären Regime die Gefahr verdeutlicht, die stets von dem Versuch ausgehe, „das Heilige als Mittel des Weltlichen anzuwenden“. Er geht sogar so weit, die Politisierung der Religion, wie sie im 19. Jahrhundert etwa auch in Form der Sozialreligion stattfand, als Ursache des Totalitarismus zu begreifen: Wenn das Heil und der Ewigkeitsanspruch in der Welt liege, müsse es notfalls mit aller Macht durchgesetzt werden. „Die Ersatzreligionen der Modernen haben Hekatomben von Opfern gefordert für Werte, die nur eine Generation später schon vergessen gewesen sind“ (Angenendt 1994: 330). „Politische Erfahrungen oder Botschaften sind nur schwer über den Tod einer jeweiligen Generation hinaus tradierbar“ (Koselleck 1979: 274–275), wohingegen in der Religion alles menschliche Handeln von vorneherein unter dem eschatologischen Vorbehalt der Vorläufigkeit und Vergänglichkeit bestehe.

*Bezüge zur Rekonstruktionsdebatte 1:  
Die Bedeutung von Authentizität*

Aus den dargestellten Hintergründen des Phänomens des Heiligenkults und seiner Sonderform der Reliquienverehrung lassen sich sowohl Hinweise darauf ableiten, warum Rekonstruktionen für einen Teil der Bevölkerung und insbesondere für bestimmte Teilgruppen „unmöglich“ bzw. moralisch fragwürdig erscheinen, als auch Erklärungsansätze gewinnen, warum andere Wiederaufbauvorhaben unterstützen und wünschen. Dieser Widerspruch mag noch einmal den Eindruck verstärken, dass die Thematiken eng miteinander verwoben sind.

Eine direkte Verbindung zu dem wesentlichen denkmalpflegerischen Einwand gegen Rekonstruktionen, nämlich der Bedeutung der Materialität für die Echtheit von Denkmälern und der damit nicht bestehenden Möglichkeit einer denkmalgerechten Rekonstruktion, die trotz mittlerweile vielstimmiger Einwände weiterhin als die überwiegende Lehrmeinung anzusehen

ist, stellt Tomaszewski (in: Bingen/Hinz 2005: 139–141, vgl. Koch/Koch 2006: 128) her, wenn er darauf verweist, dass der sich damit verbindende Begriff der Echtheit oder Authentizität innerhalb der westlichen Kultur auf den mittelalterlichen Reliquienkult zurückzuführen sei. Der Wert der Reliquie war insbesondere für die Kirche – nicht zuletzt aus Gründen der Machterhaltung und zur Festigung der Monopolstellung im Ablasshandel – wesentlich bestimmt durch die von ihr bezeugte Echtheit der Reliquie. Dabei war die Einführung der Authentiken (Echtheitszertifikate) bereits eine Reaktion auf eine gängige Fälschungspraxis. Angesichts einer Vielzahl mehrfach „vorhandener“ und als echt beglaubigter Reliquien erster Klasse ist allerdings davon auszugehen, dass zumindest Teile der Kirchenoberhäupter einen lockeren Umgang mit der Echtheit der Reliquien hatten. Zudem waren die vorwissenschaftlichen Methoden zur Überprüfung der Authentizität teilweise auf die wundermächtige Wirkung der Reliquien ausgelegt. Gleichwohl besteht auch heute erhebliche Kritik an den wissenschaftlichen Methoden der Denkmalpflege, deren Bewertungskriterien – wenngleich weniger bei der Bestimmung der Echtheit als bei der Beurteilung eines fachgerechten Umgangs – nicht selten auf Wirkung und Augenschein ausgelegt sind (etwa Rüsck 2001, vgl. auch das Kapitel zu den Fachdebatten).

Hervorzuheben ist an dieser Stelle auch die Argumentation der Kritiker des Reliquienkults – wie auch allgemein der Heiligenverehrung – innerhalb der Aufklärung und Reformation, die ebenfalls wesentliche Parallelen zur heutigen Debatte aufweisen. So wurde einerseits die Herabsetzung der „wahren Heiligen“, insbesondere der Einzigartigkeit Christi beklagt: Man denke an die Befürchtungen um den Bedeutungsverlust von Denkmälern angesichts ihrer Reproduzierbarkeit und Überhöhung in „perfekten“ Rekonstruktionen. Andererseits tat Luther die Reliquien als „tot Ding“ ab und forderte stattdessen eine Hinwendung zu den christlichen Aufgaben an den Lebendigen – hier wäre sowohl ein Vergleich mit Forderungen nach Verwendung der Mittel für Wiederaufbauvorhaben für unzerstörte Denkmale als auch für soziale Projekte möglich.

*Bezüge zur Rekonstruktionsdebatte 2:  
Volksreligiosität und Elitenkultur*

Neben dieser auch mit der eigenen Expertise begründeten kirchlichen Auffassung wurde allerdings auch ausgeführt, dass außerhalb der Kirche eine andere kritische Handhabung existierte. Für das Volk – einschließlich zumindest Teilen der weltlichen Eliten – reichte offenbar häufig der Schein und die im Reliquienkult bezeugte religiöse Anteilnahme aus. Hier manifestiert sich eine Teilung von kirchlicher Lehrmeinung und Volksreligiosität, die eine deutliche Parallele in der Erwartungshaltung von Experten und Laien an Denkmale bzw. Bauwerke – ob „echt“ oder rekonstruiert – haben. In der ebenfalls geschilderten theologischen Umdeutung der Anbetung von Fälschungen ist erkennbar, dass auch damals Teile der Experten darum bemüht waren, die Lehrmeinung mit der populären Auffassung in Einklang zu bringen. Ob bereits damals die Befürchtung eines eigenen Bedeutungsverlusts ein wesentliches Motiv dafür darstellte, wie es für einige Denkmalpfleger festzustellen ist, wäre an dieser Stelle allzu spekulativ.

Auch hier ist auf den erheblichen Einfluss der Reformation für den Umgang mit der Volksreligiosität in beiden Konfessionen hinzuweisen. Die katholische Kirche hat über weite Teile eine integrierende Position vertreten und insbesondere den Heiligenkult genutzt, um auf einen Bedarf nach ritueller Spiritualität und religiösen Erklärungen für Alltagserfahrungen zu reagieren. Hingegen verfolgte der Protestantismus einerseits eine „Individualisierung“ des Glaubens, in dem persönliches Bekenntnis und Gottesdienst am Mitmenschen wichtiger wurden, und andererseits eine radikale Begrenzung von Symbolen, Ritualen und „Aberglauben“, um die hieraus resultierende Ausbeutung zu beenden und mit der Rückführung auf urchristliche Werte und Liturgie letztlich eine Elitenkultur einschließlich einer entsprechenden Sozial- und Leistungsethik durchzusetzen. Dabei ging die Reformation – etwa im „Bildersturm“ – häufig spontan und aggressiv vor, so dass es zu einer Verteidigungshaltung der Altgläubigen kam. Während den evangelischen Kirchen im bekräftigten und individualisierten Glauben, vor allem aber in der Ablehnung des Althergebrachten – einschließlich seiner Kulte und

Zeichen – zumindest zunächst eine Identifikation der Gläubigen mit der Kirche gelang, fand diese in der katholischen Kirche neben gewissen Reformen durch eine Stilisierung der von den Protestanten abgelehnten Kultformen zu einer katholischen Identität statt. Somit kommt dem Protestantismus innerhalb der Neuzeit eine wesentliche Rolle für die gesellschaftliche Modernisierung zu, wie dies in der Moderne Architektur und Städtebau für sich reklamierten. Die katholische Kirche hingegen erscheint zu diesem Zeitpunkt als konservative Traditionswahrerin.

Weitere Hinweise zu Erklärungsansätzen, die sich auf den Widerstreit von Experten und Laien beziehen, finden sich im entsprechenden Abschnitt unten. Sie sind teilweise ebenso auf die Vorstellung einer Volksreligiosität übertragbar.

*Bezüge zur Rekonstruktionsdebatte 3:  
Kultformen als Ersatz für Defizite innerhalb  
von Religion und Gesellschaft*

Während im Katholizismus ein langsamer Erneuerungsprozess feststellbar ist, in dem der Heiligen- und Reliquienkult zwar identitätsstiftend wirkte, aber einem langfristig rückläufigen Trend unterlag, kommt es im Protestantismus teilweise zu krisenhaften Entwicklungen, in denen auch Rückgriffe auf katholische Religionspraktiken feststellbar sind – etwa bildprächtige Kirchen im Historismus oder Vorstellungen einer evangelischen Heiligenverehrung. Diese erscheinen teilweise auch als Antwort darauf, dass die evangelische Kirche aufgrund ihrer ohnehin stärker säkularen Prägung anfälliger dafür ist, dass sich Gläubige innerhalb eines Prozesses gesellschaftlicher Säkularisierung von ihr abwenden. Zugleich entsteht damit allerdings – in protestantisch geprägten Gesellschaften stärker als in katholischen – eine Lücke hinsichtlich eines Bedürfnisses nach „Religion“ im weitesten Sinne: nach Kultformen, Heilsversprechen, Werten etc.

Eine ebensolche Lücke des Urchristentums wurde bereits durch die mittelalterliche Kirche durch die Einführung der Heiligenverehrung mitsamt dem Reliquienkult gefüllt, damals noch gepaart mit einem Bedarf an Erklärungen für weltliche Alltagserfahrungen, der heute durch die Wissenschaft begegnet wird – solange

man hier nicht davon ausgeht, dass auch der „Glaube“ in ihre Erklärungsfähigkeit rückläufig ist. Nachfolgend wurden entsprechende Bedürfnisse ebenfalls durch Rückgriffe auf frühere Formen der Religiosität sowie durch weltlichen Ersatz in Ideologien und Heldenverehrung zu befriedigen versucht. Alle Formen sind bis heute präsent. Während zumeist auf verschiedene Formen der Verehrung von zeitgenössischen „Ersatzheiligen“ aus der Unterhaltungsbranche (vgl. etwa Paech 2006, Harzheim 2009), für eine baukulturelle Teilöffentlichkeit aber z. B. auch von einem „architektonischen Reliquienkult“ (Hollenstein 2009), der sich in der Verehrung bestimmter „Meister“ und ihrer Werke zeige, und der Herausbildung einer Star-Architektur verwiesen wird, erscheint hier vor allem der quasi eklektizistische Rückgriff auf frühere Kultformen bedeutsam. An dieser Stelle soll auch angemerkt werden, dass die für die heutige Zeit in vielen Gesellschaften beschreibbare Lücke insbesondere für die Transformationsstaaten Mittel- und Osteuropas besteht. Zu diesen zählen auch die neuen Bundesländer, da hier einerseits die im Westen über einen längeren Zeitraum gestreckten Modernisierungsprozesse wesentlich komprimierter stattgefunden haben, die sozialistische Ideologie als dominante „Ersatzreligion“ in kurzer Zeit „abhanden“ gekommen ist und die Gesellschaften – vielleicht mit Ausnahme Polens – schließlich als Folge des kommunistischen Einflusses stärker säkularisiert sind.

Neben einer durchaus feststellbaren Rückbesinnung auf Religiosität und Spiritualität (wenngleich in pluralistischer, individualisierter Form, die nicht nur in verschiedenen christlichen Glaubensauffassungen, sondern auch im „Import“ anderer Religionen zum Ausdruck kommt) werden innerhalb der Postmoderne verstärkt auch Forderungen nach einem Rückgriff auf frühere Formen von „Ersatzreligion“ erhoben, die nicht nur in einem konservativen Beharren auf die gerade vergangene und entwertete Epoche bestehen. Vielmehr werden im Sinne des Neokonservatismus insbesondere preußische Tugenden als verlorene Werte idealisiert, wie insgesamt das „Preußentum“ zumindest in einem Teil der Gesellschaft zum Vorbild erklärt wird und nationale oder lokalpatri-

otische Ideologien nach einer Zeit der Tabuisierung im Zuge ihrer nationalsozialistischen Verwendung wieder an Bedeutung gewinnen. Entsprechend sind auch innerhalb der Rekonstruktionsvorhaben eine Vielzahl von Gebäuden zu finden, die sich jeweils auf eine kulturelle oder auch ökonomische Blütephase beziehen, wie diese für die preußischen Gebiete für das 19. Jahrhundert und insbesondere das zweite deutsche Kaiserreich attestiert werden. Deutlich wird hier die Parallelität zum Rückgriff auf die „großen Werke der Vergangenheit“, wie sie innerhalb der nationalen Bewegungen des 19. Jahrhunderts beschrieben wurden, wenngleich sich die heutige „Vergangenheitssehnsucht“ (Assmann 2007) weniger auf bestimmte Geistesgrößen bezieht, als vielmehr auf eine allgemeine Größe abzielt. Entsprechend sind es weniger die Nationaldenkmale, die errichtet werden – wenngleich es auch diese wieder vermehrt gibt, wobei sie allerdings mit einer Vielzahl von Mahnmalen „gegen das Vergessen“ der historischen Abgründe konkurrieren müssen; vielmehr sind es die „unschuldigen“ Bauten und Räume der Vergangenheit, die quasi die Schauplätze der Historie bilden. Sie könnten damit eine ähnlich „greifbare“ Verbindung zur Geschichte und früheren Größe sein, wie die Reliquien die Gläubigen mit den Heiligen und ihren Taten verbanden. Ihnen kommt somit auch jene Vermittlungs- und damit auch Auswahlfunktion zu, die zuvor der Geschichtsschreibung als „Priestertum“ der Nationalgeschichte angesehen wurden. Während sich die Geschichtswissenschaften zunehmend kritisch mit der Vergangenheit auseinandersetzen und immer komplexere Erklärungen bieten, erscheinen die Bauwerke als individuelle Projektionsflächen der jeweiligen persönlichen Vergangenheitssehnsüchte und entsprechen damit auch eher den Vorstellungen einer individualisierten, pluralistischen Gesellschaft.

Wie für die Nationaldenkmale dargestellt, können Rekonstruktionen möglicherweise stärker noch als vorhandene Baudenkmale nicht nur der kultischen Vergegenwärtigung der Vergangenheit dienen, weil sie auch Anlass für Feiern und Ähnliches bieten, sondern auch eine – nicht unbedingt restaurative – „Erneuerung [und] Beschwörung der Zukunft“ (Angenendt

1994: 324) ermöglichen. Nur in wenigen Fällen scheinen Rekonstruktionen hingegen im Zusammenhang mit einer Rechristianisierung als direktem Rückgriff auf den religiösen Ursprung der „Ersatzheilig-tümer“ in Verbindung zu stehen, die dann mit der katholischen Strömung innerhalb der Romantik in Beziehung gesetzt werden könnte. Entsprechende Argumentationslinien sind allerdings zumindest für die Wiederaufbauvorhaben des Berliner Doms, der Dresdner Frauenkirche, der Potsdamer Garnisonskirche (hier aber deutlich in Verbindung mit national-religiösen Aspekten des Preußentums) und insbesondere für die Universitätskirche St. Pauli bekannt, wenngleich sie mit Ausnahme des Berliner Doms zunächst stets im Widerspruch zur (protestantischen) Amtskirche entstanden und innerhalb der christlichen Gemeinden kontrovers bewertet wurden. Dies lässt sich aber auch dadurch erklären, dass die (innere) Missionierung zwar im Protestantismus mittlerweile bedeutsamer erscheint, hier aber eher in so genannten „freien Gemeinden“ und zum Teil in bewusster Opposition zur Amtskirche stattfindet, die sich unter anderem auch in einer stärkeren Zeichenhaftigkeit ausdrückt. Interessanterweise sind bei der Wiedererrichtung jüdischer Gotteshäuser in aller Regel explizite Neubauten entstanden.

*Bezüge zur Rekonstruktionsdebatte 4:  
Bedeutung materieller Spuren, „heiliger  
Orte“ und Bilder*

Insbesondere die ethnologische Einordnung der Heiligenverehrung belegt, dass dem Menschen alles „heilig“ sein kann, sofern eine Besonderheit offensichtlich ist oder innerhalb einer kultischen Verehrung stilisiert bzw. beschworen wird (vgl. Angenendt 1994: 9). Zudem gibt es die Vorstellung, dass die Heiligkeit eines Objekts oder Wesens auf andere Objekte, Abbildungen und auch Orte übergehen kann. Während dies für Abbildungen stets strittig war und für die Ausprägung des westlichen Christentums zweimal (in der Trennung von der Ostkirche und in der Reformation, einschließlich entsprechender Tendenzen im Katholizismus) bedeutsam war, so ist trotz einer evangelischen Kritik an der Praxis der Wallfahrten und der reduzierten Bedeutung der Weihe protestantischer Got-

teshäuser die Bedeutung besonderer Orte zumindest im protestantisch bestimmten Volksglauben stets präsent geblieben, was sich auch in der Errichtung von Lutherdenkmälern u. ä. zeigt. Mit der Auflösung des gesellschaftlichen „Monopols“ der Kirchen zur Bestimmung von „Heiligkeit“ und der zumal im Protestantismus verstärkten Säkularisierung ist es zunehmend möglich, dass sich die – gleichwohl weiterhin christlich geprägte – Bevölkerung eigene, nicht-kirchliche „(Ersatz-) Heiligtümer“ sucht.

Wie für die Denkmalpflege die materielle Authentizität der Denkmale entscheidend ist, so gilt vielen Rekonstruktionsbefürwortern das Vorhandensein von Resten der Originalsubstanz, die dann dem Wiederaufbau als Spolien hinzugefügt werden können, als ein wesentliches Kriterium – ggf. auch nur als ein Argument – für die Möglichkeit der Rekonstruktion. Entsprechende Vorstellungen der Vervollständigung von Fragmenten sind bereits für die Romantik belegt – hier etwa Brentanos Vorstellung einer lückenlosen Rekonstruktion des Lebens Christi – wie sich im Reliquienkult insgesamt eine Vorstellung der symbolischen Aufladung materieller Spuren zeigt. Rekonstruktive Techniken wurden dabei ebenfalls insofern angewendet, als mit der Schaffung von Körperreliquaren die durch Leibteilung fehlenden Reliquienteile – allerdings in künstlerisch interpretierter Weise, die über die säkulare Ästhetisierung der Heiligenverehrung im 19. Jahrhundert oder die ästhetische Überformung von Denkmälern hinausgeht – ersetzt wurden. Die Kehrseite bestand in den zahlreichen Fälschungen bzw. Kopien – heute ein wesentliches Argument von Rekonstruktionskritikern gegen den Wiederaufbau.

Im Weiteren zeigt der Reliquienkult in besonderer Weise, dass es möglich ist, Objekte als Materialisierung einer Idee – hier der durch den Heiligen vermittelte Glaube bzw. die in ihm offenbar werdenden Werte und Handlungen, die den Virtus der Reliquie ermöglichen – anzusehen. Diese materialisierten Ideen können darüber hinaus eine der Idee bzw. dem Heiligen ähnliche Wirkung entfalten – der Virtus bewirkt Heilung und setzt sonstige heilende Kräfte frei. Gerade in der Auffas-

sung des frühen Mittelalters, aber auch in den späteren Wallfahrten zeigt sich, dass diese Kräfte an einen „heiligen Ort“ gebunden sind und dass dieser Ort darüber hinaus häufig mit einem Gebäude markiert wird. Diese Kirche oder Kapelle wurde entsprechend der Glaubensauffassungen zunächst zu Ehren des Heiligen errichtet. Zudem kann man annehmen, dass sie entsprechend der von Nipperdey (1968: 537–538) für die Nationaldenkmale formulierten Wirkung auch dazu diente, die Gläubigen in eine „andächtige“ Stimmung zu bringen und zugleich durch seinen Verweischarakter zumindest die Taten des Heiligen, wohl aber auch seine Größe und Bedeutung zu vermitteln und so den Glauben zu stärken. Insofern wirken diese Sakralbauten auch wie Reliquiare, wenngleich das eigentliche Reliquiar in der Regel erst in ihnen steht. In ähnlicher Weise können andere Gebäude, Profanbauten oder die ihn nahe stehenden evangelischen Kirchen ebenfalls als Verweise auf Ideen, Werte und Geschichten einer „Ersatzreligion“ dienen und Orte zu einem entsprechenden Verknüpfungspunkt werden. Letzteres erklärt dann auch, warum das Originalbauwerk nicht unbedingt bedeutend ist und auch ein anderes Gebäude diese Funktion erfüllen kann, gleichwohl ein zumindest im Erscheinungsbild ähnlicher Bau sicher geeignet ist, den transzendenten Verweischarakter zu betonen und eine größere Eindeutigkeit des Verweises zu erreichen.

Schließlich zeigt sich die Aufladung von Dingen mit einer über den bloßen Nutzwert hinausgehenden ideellen Bedeutung auch in der verschiedentlich erörterten (Ecker et al. 2001, Blom 2002, Theewen 1994, für Bezüge zur Architektur vgl. Nerdinger et al. 2008) Sammelleidenschaft, die zuweilen auch als säkularisierte Form des Reliquienkults – bzw. des dort zum Ausdruck kommenden Sammelns – verstanden wird. Dabei wird etwa in der Kritik Nietzsches an der historistischen Sammelleidenschaft als einer Kompensation eines Mangels an Lebenskraft (vgl. Safranski 2007: 284) auch deutlich, dass dem Sammeln durchaus auch gesellschaftliche Relevanz zugeschrieben wird und es auch in einer hier nicht weiter zu vertiefenden Verbindung zu den oben angeführten Formen der „Ersatzreligion“ steht. Schließlich

bestehen aber auch Interpretationen, die die Sammelleidenschaft nicht auf Museen und private Sammlungen beschränkt sehen wollen, sondern etwa auf die Ausstellung von Denkmälern, Bauwerken und Architekturen (Nerdinger 2008: 9–11) innerhalb des Stadtraums und Möglichkeiten ihrer musealen Inszenierung verweisen. Innerhalb eines solchen Verständnisses, das quasi die Stadt als „Setzkasten“ betrachtet, wären Rekonstruktionen die verlorenen Sammlerstücke, die der Sammlung zur Ergänzung hinzugefügt werden, ebenso wie Stararchitekturen als Neuerwerbungen hinzukommen. So wie sich etwa die Renaissancesfürsten Anregungen in anderen Hochkulturen und Regionen zur baulichen Ergänzung ihrer Städte und Parks holten, werden dem Stadtraum nun besondere „Schmuckstücke“ (von Saldern/Wagner-Kyora 2005) hinzugefügt. Da die Originale als Unikate unwiederbringlich verloren sind, muss sich der bürgerliche Sammler ebenso mit einem Imitat begnügen, wie der Monarch zumeist lediglich eine Kopie oder ein Zitat erhielt.

### 3.34 Erinnerungskultur und Geschichtsbilder im Wandel

Vielfach ist Rekonstruktionsbefürwortern vorgeworfen worden, mit ihren Bemühungen eine „Korrektur der Geschichte“ anzustreben. Gerade in Verbindung mit während des Zweiten Weltkriegs zerstörten Gebäuden und Denkmälern – wozu die meisten (geplanten) Wiederaufbauten in Deutschland zählen – wird schnell von einer versuchten Relativierung der Zerstörungswahrnehmung und der damit verbundenen Schuldzuschreibungen mittels baulicher Gestaltung gesprochen. Wo rekonstruiert würde, seien geschichtsrevisionistische Tendenzen, ob bewusst gewollt oder nur unbewusst in Kauf genommen, und damit eine Verfälschung des nationalen Gedächtnisses nicht weit (vgl. z. B. Hillmann 2008: 5). Trimborn (1995, 2001) stößt sich zumal am Wiederaufbau preußischer Herrscherdenkmäler, die seines Erachtens „für bestimmte (rückwärtsgewandte) Geisteshaltungen stehen“ (1995: 176) und deshalb als „steingewordener Ausdruck einer Idee“ (1995: 178) keinen Platz mehr in einer demokratischen Gesellschaft haben sollten und auf deren Aufbau nach 1945 im Sinne der Demokratie zunächst verzichtet

wurde. Er vermutet zwar keine explizite politisch-nationalistische Motivation hinter dem Wunsch nach Rekonstruktion, interpretiert ihn aber als eine Aussage über allgemeine politische Befindlichkeiten im wiedervereinigten Deutschland und als die wenig reflektierte „Forderung eines ‚Schlussstriches‘“ (2001: 93).

In Ergänzung dazu steht eine Annahme der kulturwissenschaftlichen Erinnerungs- bzw. Gedächtnistheorien, die Erinnern und Vergessen als zwei gleichsam bedeutende Seiten einer Medaille sehen. Durch individuelle wie durch kollektive Erinnerung finde immer eine kulturell bedingte Selektion und damit auch eine Anpassung der Vergangenheit an die Gegenwart statt. Dieser Vorgang sei nötig, damit das so entworfene Geschichtsbild überhaupt noch seinen Zweck – nämlich die Konstruktion einer gemeinsamen Identität auf Grundlage der gemeinsamen Vergangenheit – erfüllen könne. Denn: „Was der Mensch sei, das sagt ihm nur die Geschichte“ (Wilhelm Dilthey, zit. n. Gauger 2003: 13).

Verstärkt beschäftigen sich Kulturwissenschaftler erst seit einigen Jahrzehnten mit dem Thema Gedächtnis und seinen „kulturelle[n] – also soziale[n], historische[n], philosophische[n], künstlerische[n] usw. – Aspekte[n]“ (Pethes 2008: 9), was als Hinweis auf den Verlust von Selbstverständlichkeiten in den Überlieferungsverfahren der (westlichen) Kulturen gesehen wird (vgl. Pethes 2008: 60). Die Anfänge der Teildisziplin liegen jedoch bereits im ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhundert. Noch heute beziehen sich die meisten Ansätze auf die Gedanken ihres Begründers Maurice Halbwachs, der als erster auf die Einbettung des individuellen Gedächtnisses in das soziale Umfeld hinwies: Erinnerungen und Erfahrungen werden immer im gesellschaftlichen und historischen Kontext erlebt und interpretiert. Jede Erinnerung bekommt somit eine individuelle Bedeutung und trägt gleichzeitig auch zur Bildung von gesellschaftlichen Strukturen bei. Diese ändern sich wiederum mit der Ergänzung durch neue Ereignisse, so dass individuelle Erinnerungen und ihr sozialer Rahmen in einem ständigen Austausch stehen (vgl. Pethes 2008: 52–56). Dabei handelt es sich

jedoch nicht um die eine, so und nicht anders gemeinsam erinnerte Vergangenheit, sondern um eine Interpretation dieser, die diejenigen Entwicklungslinien besonders betont, „die am ehesten auf die aktuell gegebenen gesellschaftlichen Bedürfnisse oder ideologischen Ausrichtungen hinweisen“ (Pethes 2008: 57). Gemeinsames wird betont, Trennendes ausgeblendet und somit die Grundlage für eine kollektive Identität, ein kulturelles Selbstverständnis gelegt. Hier ist zu ergänzen, dass je nach Größe und Heterogenität der Gruppen natürlich nicht nur ein einziges, einheitliches Geschichtsbild entsteht – eine gewisse Bandbreite von Deutungen ist zumindest in demokratischen Gesellschaften üblich und erwünscht (vgl. Gauger 2003: 16, Kenneweg 2009: 25–27, Klein/Severin/Südkamp 2005: VII). Auch lässt sich die kollektive Erinnerung nur bis zu einem gewissen Grad beeinflussen, wenn sie sich nicht zu sehr von den Menschen entfernen soll (vgl. Nagel 2006: 7). Kenneweg (2009: 25) u. a. plädieren deshalb dafür, den Begriff Erinnerungskultur stets im Plural – also als „Erinnerungskulturen“ – zu gebrauchen.

Seit den 1990er Jahren haben sich besonders Aleida und Jan Assmann auf dem Gebiet der Gedächtnistheorien hervorgetan. Beide differenzieren das Konzept des kollektiven Gedächtnisses weiter aus: Ein Teil entsteht durch die unmittelbare Interaktion von Mitgliedern der Gesellschaft („biografische Erinnerungen“), erneuert sich größtenteils nach 80 bis 100 Jahren (bzw. drei Generationen) und hat so einen wesentlichen Anteil an Veränderungen in der Erinnerungskultur einer Gesellschaft. Somit entwickelt auch jede Generation „ihren eigenen Zugang zur Vergangenheit“ (Assmann 2007: 27). Bei Jan Assmann (1992) heißt dieser Teil kommunikatives Gedächtnis, bei Aleida Assmann (2007) soziales Gedächtnis. Es wird durch Zusammenleben und Austausch hervorgerufen und koordiniert und kombiniert individuelle Erinnerungen. Das kulturelle Gedächtnis (von beiden so bezeichnet) hingegen hat eine weniger beschränkte zeitliche Reichweite, da es personenunabhängig ist und durch Erinnerungsträger oder -medien gestützt wird. Dabei kann es sich um so genannte materiale Repräsentationen (Texte, Bilder, Denkmäler) oder symbolische Praktiken (Feste und Riten)

handeln (vgl. Assmann 2007: 23–35, Azaryahu 1988: 19, Pethes 2008: 59–64). Die Übergänge zwischen den Dimensionen (individuell/neuronal, kommunikativ/sozial, kulturell) sind fließend. In der Regel sind an einem Erinnerungsvorgang alle drei Dimensionen beteiligt, je nach Art der Erinnerungsleistung aber unterschiedlich stark. Der Kritik an dem Begriff des kollektiven Gedächtnisses wird entgegengesetzt, dass es natürlich nicht auf die gleiche Art und Weise bilden könne wie das individuelle Gedächtnis: „Institutionen und Körperschaften wie Kulturen, Nationen, Staaten, die Kirche oder eine Firma ‚haben‘ kein Gedächtnis, sie ‚machen‘ sich eines mithilfe memorialer Zeichen und Symbole. Mit diesem Gedächtnis ‚machen‘ sich Institutionen und Körperschaften zugleich eine Identität“ (Assmann 2007: 35). Diese Institutionen und Körperschaften bezeichnet Assmann (2007: 21) auch als „Wir-Gruppen“, deren Gedächtnisse sich in den Individuen, die in sie eingebunden sind, überschneiden. Jede Denkmalsetzung, so Trimborn (1995: 186), ist demnach auch „Sinnstiftung, Identifikationsangebot“.

Bemerkenswert an dem kulturellen Gedächtnis ist zudem die Tatsache, dass es die Gesamtheit der Erinnerungen der Wir-Gruppe nie objektiv darstellt, sondern nur diejenigen Ereignisse, die von der Gemeinschaft dauerhaft bewahrt werden wollen. Es stellt mithin nicht das „Vergangene [...] an sich [dar], sondern de[n] Entwurf der Vergangenheit, die eine Gemeinschaft sich geben will“ (Pethes 2008: 65). Diese Form der Selektion ist nötig, um überhaupt eine gemeinsame (bspw. nationale) Identität zu entwerfen und diese für die Gemeinschaft nachvollziehbar zu machen. Potenziell kann jeder Teil der Vergangenheit einfließen; als Filter dient „die Kultur“ im Sinne einer „Summe derjenigen Einrichtungen, deren Tradierung die Identität eines Kollektivs durch die Zeit herstellt“ (Pethes 2008: 71). Im Umkehrschluss bedeutet die Entscheidung *für* die Erinnerung an ein Ereignis auch immer die Entscheidung *gegen* die Erinnerung an ein anderes. Dabei gilt: „Hat man das Gedächtnis der Leute in der Hand, hat man auch ihre Entwicklung in der Hand“ (Foucault 2002: 796). Ebenso wie das individuelle Gedächtnis bewahrt auch das kulturelle nicht alle Erinnerungen einer Gesellschaft beliebig lange auf:

„Das Gedächtnis ist ja kein exakter Speicher, sondern ein dynamisches Organ der Anpassung an eine sich wandelnde Gegenwart und kann sich so auf immer Neues einstellen“ (Assmann 2007: 104). Eine Erinnerung wird z.B. solange weitergegeben, bis für neue Erinnerungen „Platz geschaffen“ werden muss und/oder sie dem Selbstbild der Gruppe nicht mehr entspricht. (Meist ist „Vergessen“ aber auch eher als „zeitweise Unzugänglichkeit“ zu betrachten, die Erinnerungen können unter bestimmten Umständen auch wieder an die Oberfläche gelangen, vgl. Assmann 2007: 55). Als solches ist das Vergessen einerseits als überlebensnotwendig, andererseits aber auch als gezielte Strategie zu verstehen, die eingesetzt werden kann, um unliebsame Teile der Vergangenheit auszublenden (vgl. Assmann 2007: 40–42, 51–61, Azaryahu 1988: 7–13, Gauger 2003: 19–29, Kenneweg 2009: 9, Speitkamp 1997: 5–6).

Lange Zeit wurden Geschichte und Gedächtnis deshalb als Gegensätze betrachtet: Die Geschichte sei objektiv, repräsentativ und universal, das Gedächtnis hingegen bestehe aus „Geschichten“ und sei auf das Selbstverständnis von Individuen bezogen. So versuchte sich die Geschichtswissenschaft als im 19. Jahrhundert entstandene akademische Disziplin von frühen Formen der Geschichtsschreibung abzugrenzen, die oftmals im Dienste eines politischen Herrschers oder einer Dynastie standen. Persönliche Erinnerungen werden deshalb erst seit etwa den 1980er Jahren wieder als Quellen in die Geschichtsforschung einbezogen. Besonders in Verbindung mit den Gräueltaten der Nazizeit und der immensen Vielfalt an Zeitzeugenberichten nähern sich die beiden Begriffe wieder an und werden als Ergänzung zueinander verstanden (vgl. Assmann 2007: 43–51). Mittlerweile wird die Tatsache, dass Bilder, Symbole und damit letztlich auch das Gedächtnis „gemacht“ sind, nicht mehr als problematisch bzw. als Beweis für ihre Fiktivität bewertet, da es eine gänzlich objektive Erinnerung nicht geben kann und sie durch Weitergabe und neue Rezeption automatisch verändert und auf Grundlage anderer gesellschaftlicher Bedingungen interpretiert wird (vgl. Assmann 2007: 30–31, 124).

Pethes (2008: 83–93) weist auf die strukturierende Bedeutung von Raum und Zeit für das kollektive Gedächtnis hin. Wichtige Erinnerungen würden mit Markierungen im Kalender und auf der Landkarte verknüpft, um sie mithilfe dieser später wieder abrufen zu können. Im Kontext des Forschungsprojekts ist primär die Rolle von Räumen und Orten von Interesse: Sie gelten als weitestgehend stabil und werden daher als Schauplätze der Vergangenheit angesehen, die auch noch für die Gegenwart bedeutsam sind. Jan Assmann führt 1992 den Begriff Mnemotop (= Gedächtnisort) ein, mit dem er Orte bezeichnet, die als Symbole der Gruppenidentität und Anhaltspunkte der Erinnerung dienen. Weiter schreibt er: „Das Gedächtnis braucht Orte, tendiert zur Verräumlichung“ (Assmann 1992: 35, zit. n. Pethes 2008: 89). Gestaltete Räume und Bauwerke stellen somit auch ein „Abbild von Vorstellungen der sie errichtenden Gesellschaft“ (Martini 2000a: 9) und „Zeugnisse der eigenen oder angeeigneten kollektiven Vergangenheit, des kulturellen Gedächtnisses, und damit Teil der eigenen Identität“ (Martini 2000b: 15) dar, sind Träger von Inhalten und Gedanken und stellen auf diese Weise Beziehungen zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft her. Sie machen eigene Erinnerungen abrufbar, Geschichte sinnlich erfahrbar und lenken dadurch das kollektive Gedächtnis (vgl. Assmann 2007: 218, Hornstein 1998: 284, Speitkamp 2001: 161). Da mit solchen Gedächtnisorten Namen, Geschichten und Schicksale eng verbunden sind, erfährt Aleida Assmann (2007: 218) sie gar als „ein geheimnisvolles Tor in eine andere Welt“. Besonders Städte sind durch ihre zumeist lange Siedlungskontinuität ein „einzigartiges Erinnerungsdepot, das in der Regel das Gedächtnis einer einzelnen Nation, Rasse, Sprache weit übersteigt“ (Bogdan Bogdanovic 1993: 22, zitiert nach Kenneweg 2009: 54).

Es lassen sich mit Bezug auf die Annahmer – zumindest relativen – Stabilität von Räumen, die sich auf Arbeiten von Halbwachs und Luhmann gründet (vgl. Kenneweg 2009: 38, Assmann 2007: 217–218) durchaus auch kritische Stimmen vernehmen: Pethes (2008: 92–92) betont die Auswirkungen des seit der Industrialisierung unablässigen und teilweise rapide vorstatten gehenden Wandel von Stadtbildern,

der zusammen mit dem Städtewachstum und der Zunahme von „Nicht-Orten“ des transitorischen Aufenthalts auch eine gewisse Orientierungslosigkeit hervorbringt, an der die moderne wie die postmoderne Stadtarchitektur ihren Anteil haben. Kenneweg (2009: 38) wendet zudem ein, dass Orte nicht nur Stabilität, sondern auch mutwillige Zerstörung und Verfall, also geschichtliche Brüche abbilden; als offensichtliches Beispiel führt sie den Bombenkrieg der Jahre 1943 bis 1945 an.

Siege und Niederlagen werden von jeher als zentrale historische Bezugspunkte angesehen, ebenso können beide – je nachdem, wie sie verarbeitet werden – zur Stärkung des nationalen Zusammenhalts und der gemeinsamen Identität herangezogen werden. Besonders schwere Niederlagen, denen im Regelfall auch erbitterte kriegerische Auseinandersetzungen vorausgehen, können aber auch nationale, also kollektive Traumata auslösen. Durch das gemeinsame Erleben des traumatischen Ereignisses werden auch die damit verbundenen Erinnerungen von allen oder zumindest den meisten Betroffenen unterdrückt; in der Psychologie nennt man diesen Vorgang Dissoziation. Es muss sich erst das gesellschaftliche und politische Umfeld ändern, in das die Traumatisierten eingebettet sind, damit ihre Erinnerungen in das soziale Gedächtnis übergehen können. Im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg taucht dieser Begriff in den Gedächtnistheorien immer wieder auf, meist in Verbindung mit den Begriffen Opfer und Täter (vgl. Assmann 2007: 64–72 und 93–98, Giesen 388–394). Von Opfern und Tätern (und nicht einfach Gegnern) wird dann gesprochen, wenn es sich um eine extrem asymmetrische Beziehung handelt, welche die Opfer nur noch aushalten können, sie den Tätern aber nichts mehr entgegenzusetzen haben. Traumata können bei beiden Gruppen auftreten. Der Begriff des Tätertraumas, das nach einer vernichtenden Niederlage auftritt, ist jedoch umstritten, da die Täter im Gegensatz zu den Opfern mit vollem Bewusstsein handeln, sich entscheiden können. Ihr Trauma – wie das der Deutschen direkt nach Ende des Zweiten Weltkriegs – besteht laut Aleida Assmann „in der schockartigen Konfrontation mit individueller Verantwortung und Gewissen“, „den ruckartig verschobenen



Rahmenbedingungen des Denkens, Wertens und Handelns“ und „im Bewusstsein einer dramatischen Beschämung durch einen totalen Gesichtsverlust“ (alle drei Zitate Assmann 2007: 97), das als Trauma der Schuld noch auf die nachfolgenden Generationen wirkt. Diesen Begriff benutzt Assmann, um den Unterschied zum „echten“ Trauma der Opfer herauszustellen. Auch die Symptome eines Schuldtraumas können wie bei einem echten Trauma erst nach Jahrzehnten auftreten, wenn sich das soziale und politische Klima in einer Weise gewandelt hat, dass die Erinnerung weniger schmerzhaft ist und nicht mehr tabuisiert wird.

In der neu gegründeten Bundesrepublik wurde das Trauma – in Ermangelung einer Alternative soll der Begriff hier auch für die Täterseite weiter Verwendung finden – zunächst beschwiegen (vgl. Assmann 2007: 98–103, Winter 1998: 39–40): Man beschäftigte sich mit dem Aufbau eines neuen Staates und richtete den Blick nach vorn. Dieses Schweigen ist von Hermann Lübbe als „notwendiges und produktives soziales Milieu“ (Assmann 2007: 101) bezeichnet worden, Hannah Arendt hingegen nannte es die „totale Komplizität“ (Assmann 2007: 102). Erst die Generation der Kinder von Tätern und Zeitzeugen konnte dieses Schweigen brechen, indem sie sich mit den Biographien ihrer Eltern beschäftigte – und deren Handlungen teilweise auch scharf kritisierte. Die Trauer, besonders um im Krieg gefallene Deutsche, war lange Zeit peinlich bis unmöglich. Peter Bürger erweitert den Mangel an Trauer auch auf die zerstörten Städte bzw. herausragende Gebäude. Den Mangel an Trauer deutet Assmann (2007: 109) selbst als ein „Symptom des Traumas“. Erst nach einer gewissen Zeit der Latenz, nach einem Bewusstseins- und Generationenwandel konnte hier eine Veränderung herbeigeführt werden (vgl. Assmann 2007: 112–118, Giesen 2005: 397–408, Klundt 2000: 9). In Deutschland erfolgt seit Mitte der 1980er Jahre (40 Jahre nach Kriegsende) und verstärkt seit Beginn des 21. Jahrhunderts ein Wandel im Hinblick auf die Erinnerung an Krieg und Zerstörung: Deutsche Opfer (des Bombenkriegs, der Vertreibung, von Vergewaltigungen ...) werden stärker in den Mittelpunkt gerückt, es wird stärker nachgefragt und diskutiert – „paradoxe-

weise zu einem Zeitpunkt, wo die Zeitzeugen sterben, die man darüber noch hätte ausfragen können“ (Assmann 2007: 184). Als Beleg wertet Assmann (2007: 184–188) auch die in der Nachkriegszeit nur sehr zögerlich stattgefunden literarische Aufarbeitung des Themas, die erst Ende der 1990er Jahre, kurz vor dem vollkommenen Verschwinden des sozialen Gedächtnisses dieser Zeit, mit u. a. Sebalds Poetikvorlesungen in Zürich (1997) und Grass' Novelle „Im Krebsgang“ (2000) einsetzte. Sebald etwa löste damit eine Diskussion über die Verarbeitung des Bombenkriegs aus, bei dem die menschlichen Opfer, aber auch den baulichen Verlusten und den damit verbundenen Identitätsbrüchen ein neuer Stellenwert eingeräumt werden sollte. Zahlreiche Publikationen wie Jörg Friedrichs „Der Brand“ (Friedrich 2002): und der Ergänzungsband „Brandstätten“ (Friedrich 2003): haben das Thema seither in eine breite Öffentlichkeit getragen.

Der Vorwurf an die deutsche Literatur lautet dabei, sie habe das wahre „Ausmaß der während der letzten Jahre des zweiten Weltkriegs erfolgten Verheerung der deutschen Städte“ (Sebald 1999: 11–12) wie ein „tabuisiertes Familiengeheimnis“ behandelt und verschwiegen. Noch schwerer sei es, „nachzudenken über das mit dieser Verheerung verbundene Grauen. ‚Die in der Geschichte bis dahin einzigartige Vernichtungsaktion‘ scheint kaum eine Schmerzensspur hinterlassen zu haben im kollektiven Bewusstsein.“ (ebd.)

Bald stellte sich allerdings heraus, dass der Bombenkrieg in der deutschen Nachkriegsliteratur durchaus thematisiert worden war. Besonders detailliert wurde dies durch den Spiegelredakteur Volker Hage (2003) nachgewiesen und dokumentiert. Nur war das Echo so bescheiden geblieben, dass die Erinnerung an diese Literatur geschwunden war. Waren die Gründe dafür in der Langzeitwirkung der Nazi-Propaganda zu suchen, die die wahren Ausmaße des Bombenkriegs gegen deutsche Städte bis zum Schluss leugnete“, oder war es die von Margarete und Alexander Mitscherlich diagnostizierte „Unfähigkeit zu Trauern“? Bis heute wird über diese Fragen spekuliert, aber ohne Ergebnis.

Etwa gleichzeitig mit der verstärkten Erinnerung an deutsche Kriegsoffer taucht

auch das Thema Wiederaufbau in Deutschland verstärkt auf. Ausgehend von der Annahme, dass zunächst das Schuldtrauma des Zweiten Weltkriegs überwunden und ein Wandel im Generationengedächtnis abgewartet werden musste, wurde also nach der These Assmanns auch erst Jahrzehnte nach der Zerstörung ein Gedenken an die „gebauten Opfer“ des Kriegs möglich. Anders als bei den menschlichen Opfern können diese jedoch – zumindest in Einzelfällen – wieder „zum Leben erweckt“ werden. Angesichts der wackeligen Grundlage, auf der diese Schlussfolgerungen angesichts der Resultate von Hage stehen, muss allerdings einschränkend darauf hingewiesen werden, dass sich das von Bürger und Assmann als ursächlich angesehene Schuldtrauma weniger auf die Verarbeitung etwa in der Literatur als die gesellschaftliche Wahrnehmungsfähigkeit und Resonanz der diesbezüglichen Auseinandersetzung beziehen kann.

Auch in Stettin/Szczecin beobachtet Kozinska (2005: 76) seit einigen Jahren den Wiederaufbau von Gebäuden der deutschen Tradition und wertet dies als „Symbol der neuen Zeit“, als Bedürfnis der jungen Generation, die ihre Stadt zwar nur als zu Polen zugehörig erlebt hat, das deutsche Erbe aber ganz selbstverständlich als Teil ihrer Identität versteht. Wenn demnach, wie Kenneweg (2009: 47) schreibt, „Raumdeutung und Vergangenheitsdeutung [...] also gewissermaßen zusammen[fallen]“, könnte die in Deutschland stattfindende „Rekonstruktionswelle“ analog als Ausdruck einer gewandelten Erinnerungskultur, eines weniger schuldbeladenen, eher unvoreingenommenen Umgangs mit den Orten der Vergangenheit interpretiert werden. Als solche tragen sie ein Stück zur „Reparatur“ der Identität bei, die sich nicht mehr nur auf das Stigma der „Täternation“ gründen will, sondern auch die Zeit davor und die Vielfalt der kulturellen Erinnerungen wieder zur Geltung kommen lassen möchte. Bezug nehmend auf das Eingangsbeispiel der preußischen Herrscherdenkmäler soll hier jedoch nicht unterstellt werden, dass bei den Wiederaufbaubemühungen zwangsläufig undemokratische Gedanken Pate stehen und bewusst an gesellschaftliche Strukturen und Werte aus dieser Zeit angeknüpft werden soll.

Dass es sich bei den Rekonstruktionen nicht um die tatsächlichen Bauwerke der jeweiligen Zeit handelt, ist dabei ein untergeordneter Aspekt: „Denkmäler und historische Artefakte, ob sie erbaut, restauriert oder an der Stelle, wo sie einst standen, neu geschaffen wurden, haben sich als anhaltende und greifbare Symbole für kulturelle Kontinuität und die historische Überlieferung innerhalb einer Geschichte erwiesen, die so oft als eine Reihe von Brüchen auftrat“ (Koszar 2000: 202).

### 3.4 Gesellschaftlicher Wandel

#### 3.41 Das „Scheitern der Moderne“ (aus Phase I)

Im durchgreifenden Strukturwandel von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft wird je nach Begriffsdefinition auch von dem Ende der modernen Epoche – oder doch zumindest vom Übergang in eine neue Phase der Moderne (etwa Beck 1986) – ausgegangen. Dabei wird allgemein die Notwendigkeit der Veränderung im technischen Fortschritt und in der gesellschaftlichen Entwicklung angesehen, die Modernisierungsleistung der vergangenen Jahrzehnte gewürdigt und allenfalls auf die nicht eingelösten „Versprechen der Moderne“ hingewiesen. Hingegen besteht in Architektur und Städtebau eine solch erhebliche Kritik an den Ergebnissen dieser Epoche, dass der Übergang zu nachmodernen Ausdrucksformen und Leitbildern hier vielfach aus dem „Scheitern der Moderne“ (etwa Stimmann 2006) heraus erklärt wird. Daher sieht zum Beispiel Pehnt (2008), dass die Architekturmoderne für negative lebensweltliche Folgen des gesamten Modernisierungsprozess verantwortlich gemacht wird. Wenngleich eine plakative begriffliche Zuspitzung auf ein vermeintliches „Scheitern“ der Moderne zu kurz greifen würde, soll der Begriff als zusammenfassende Formel für die aufkommende Kritik sowie die Ablösung und Ergänzung der Nachkriegsmoderne in Städtebau und Architektur mit aller Vorsicht weiter benutzt werden.

Das bauliche Erbe der Moderne prägt vielerorts das Stadtbild. Dies liegt einerseits bereits in der großen Menge an Bauwerken aus dieser Zeit begründet, die nicht

nur in Städten mit starker Kriegszerstörung entstanden sind. Andererseits wurde im Rahmen der Modernisierung durch die Einrichtung neuer Verkehrsstrassen, die weit gehende Funktionstrennung einschließlich fortschreitender City-Bildung und veränderte Nutzergewohnheiten das gesamte städtische Gefüge verändert. So sind es nicht nur die funktionalistischen Bauten der Nachkriegsmoderne, die häufig als Störstelle im Stadtbild wahrgenommen werden, sondern wird immer wieder auch die Qualität öffentlicher Räume kritisiert. Doch sind es lediglich einige Bauwerke und Ensembles, die mittlerweile Gegenstand eines eigenen – im Wesentlichen auf eine Fachöffentlichkeit beschränkten – Retro-Trends geworden sind.

So wird auch der Wunsch nach Wiederherstellung traditioneller Stadtbildelemente in Teilen mit der Kritik an der durch Städtebau und Architektur der Nachkriegsmoderne eingetretenen „Unwirtlichkeit“ (Mitscherlich 1965) der Städte begründet. (Vgl. etwa Nerdinger 2008: 19–20; Beyme 1989: 36–38) Dabei wurde bereits in frühen Phasen dieser kritischen Auseinandersetzung mit den Modernisierungsfolgen die „alte Stadt“, die der „modernen“ weichen müssen, als Maß angenommen und entwickelte sich daraus das erneuerte Leitbild einer „Europäischen Stadt“ (vgl. etwa Siebel 2004). Die Gleichsetzung städtebaulicher Struktur mit zum Teil auf die Wiederherstellung von Fassaden beschränkten Rekonstruktionen ist darin allerdings nicht vorgegeben, stellt jedoch eine gewissermaßen stimmige Fortsetzung dar – jedenfalls solange die Wiederherstellung schmucker Fassaden nicht die Rückkehr zu umfassenderen, städtebaulichen Strukturen ersetzt. Haubrich (2007; Zit. in Nerdinger 2008: 20) geht soweit, von einer allgemeinen Sehnsucht nach Baukunst zu sprechen, die von Architektur und Stadtplanung der Moderne nur durch „kühle[...] Rationalität oder oberflächliche[...] Effekthascherei“ beantwortet worden wäre. „Wären unsere wieder aufgebauten Innenstädte ein Wunder an Ästhetik und Sensibilität, würde sich kaum jemand für die einstigen Bauten der Feudalgesellschaft interessieren.“

Dabei sieht Sigel (2006: 20) bereits im Europäischen Denkmalschutzjahr von 1975

um Erhalt als auch Wiedergewinnung urbaner Identität, beförderte es doch einen breitenwirksamen Paradigmenwechsel, der nicht nur eine veränderte Sichtweise innerhalb der öffentlichen Auseinandersetzung um Stadt und Geschichte erbrachte, sondern ebenso zu einer veränderten Wertigkeit von Stadtgestaltung und -wahrnehmung gegenüber funktionalen Kriterien bedeutete. Sie hatten in der nun zu überwiegenden Teilen abgeschlossenen Phase des Nachkriegswiederaufbaus und der Stadtmodernisierung durch Schaffung leistungsfähiger Infrastrukturen hinten anstehen müssen. Die auf eine bestimmte Zeitschicht bezogen restaurierten Fassaden überdeckten die komplexe und vielschichtige historische Substanz (ebd.). Hier führte die Hinwendung zum geschichtlichen Erbe dabei bereits mit der Bedeutungszunahme des nun vermehrt auch städtebaulich ausgerichteten Denkmalschutz zu einer selektiven Geschichtsbetrachtung und Aufladung historischer Bauten als städtische Wahrzeichen, die nachfolgend zunehmend in moderner Imagepolitik vermarktet werden konnten (Vgl. von Saldern 2006: 32).

Dort, wo der Wunsch nach Wiederaufbau verlorener historischer Gebäudesubstanz realisiert wird, steht er daher auch in Zusammenhang mit einer neuen Hinwendung zu traditionellen Zentren und insbesondere der Innenstadt als Orte der Repräsentanz und Selbstdarstellung der Stadtgesellschaft, wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und touristischer Städtekonkurrenz. So ist die „Renaissance der Mitte“ nicht nur ein Gegenmittel zu den durch Suburbanisierung entstehenden Zersiedlungsproblem, sondern die vielleicht einzige (Sigel 2006: 19) Möglichkeit, regionale Eigenheit zu vermitteln. Solche Vorhaben sind entsprechend Teil einer auf Nutzung und Erleben hin orientierten Inszenierung eines städtischen Teilraums (vgl. Wilhelm 2005). Diese auf Außenwirksamkeit und Verwertungsinteressen gerichtete Reproduktion von „Urbanität“, die zwar Bilder, Bauten und städtebauliche Formationen der verloren gegangenen „Alten Stadt“ nutzt, im Ergebnis allerdings wenig mit der von vielen bürgerlichen Wiederaufbau-Initiativen propagierten Sehnsucht nach der Wieder-

herstellung der „Guten Stube“ und ihrer gebauten Geschichtlichkeit (vgl. Assmann 2005) zu tun hat, ist zwar entscheidend für die ökonomische Tragfähigkeit eines Wiederaufbau-Projektes, wird allerdings in lokalen Debatten selten vordergründig behandelt. Damit kommt es zu einer Situation, in der die Artikulation von – zumindest nach Ansicht von Kritikern (vgl. Trimborn 1995) – konservativ-restaurativen Gesellschaftsvorstellungen zur Durchsetzung einer primär marktorientierten Stadtproduktion dient.

### 3.42 Auf der Suche nach Identität und Distinktion

Das Thema der Identitätssuche taucht im Zusammenhang mit Rekonstruktion und der identitätsstiftenden Funktion von Orten immer wieder auf und verbindet auf gewisse Weise die verschiedenen Ansätze miteinander. Dabei hat die Frage nach persönlicher wie kollektiver Identität noch keine sehr lange Tradition, sondern beschäftigt besonders seit Beginn des 20. Jahrhunderts – als sich die Grenzen zwischen den sozialen Schichten immer mehr verwischen, der technologische Fortschritt zunehmend den Alltag bestimmte und ehemals universelle Werte mehr und mehr an Bedeutung verloren – weite Teile der Gesellschaft. Besonders in Zeiten des Umbruchs und der Unsicherheit wenden sich die Menschen der Erforschung der eigenen Innerlichkeit zu, die ihnen mehr Stabilität geben soll (vgl. Hettlage/Vogt 2000). Die funktionale und weltanschauliche Ausdifferenzierung und Fragmentierung der Gesellschaft stellt in diesem Zusammenhang sowohl die Voraussetzung für eine Auseinandersetzung mit der eigenen Identität dar als auch für die Orientierungslosigkeit, die viele angesichts der ungeheuren neuen Vielfalt an Möglichkeiten der Selbstbeschreibung überfiel und heute noch überfällt. Orte, zumal nach eigenen Vorstellungen mitgestaltete, bieten sich aufgrund ihrer relativen Stabilität und Langfristigkeit als Orientierungspunkte an.

Über eine genaue Definition des Begriffs Identität herrscht in den Sozialwissenschaften Uneinigkeit. In der Alltagssprache wird er häufig in Verbindung mit einem Verlust derselben gebraucht und steht

in Verbindung mit Selbstentfremdung und ganz allgemein einer Krise des Individuums (vgl. Abels 2006: 243). Konsens herrscht immerhin darüber, dass Identität als kommunikativer Prozess nur „in irgendeiner Art von Sozialität“ (Koenen 2000: 104) – also durch gegenseitige Anerkennung – entstehen kann. Beispielsweise wird in der Architektursoziologie gelegentlich die Meinung vertreten, die Objekte selbst besäßen eine eigene Identität. Unseres Erachtens konstituiert sich diese jedoch in Bezug auf Raum aus den personalen und kollektiven Identitäten derer, die den Raum nutzen und sich in ihm aufhalten. Sie schreiben ihm zunächst ein bestimmtes *Image* zu, mit dem sie sich wiederum identifizieren (oder eben nicht).

Nach Berger/Luckmann ist Identität somit eine Verbindungsstelle zwischen Individuum und Gesellschaft (vgl. Christmann 2003: 8). Gleichzeitig muss es aber auch ein „Außen“ geben, das den Gegensatz zur eigenen Identität bildet und diese durch Abgrenzung verfestigt. Denn erst wenn andere Optionen möglich sind, ergibt die Zuordnung zu einem Kollektiv überhaupt nur Sinn (vgl. Nassehi 2004: 31 f.). Das Individuum will sich also gleichzeitig einer Gruppe zuordnen, um eine positive soziale Identität aufzubauen, als auch gemeinsam mit dieser Gruppe von anderen absetzen. Durch Distinktion und den positiv ausfallenden Vergleich der eigenen mit einer anderen Gruppe (der sog. *In-Group* mit der *Out-Group*) wird die Identifikation mit der eigenen gefestigt (vgl. Zick 2008: 410).

Nachdem in der Moderne noch ein Identitätsbegriff vorherrschte, der auf Kontinuität und Linearität ausgerichtet war, wird mit der postmodernen Gesellschaft vielfach eine „Dezentrierung von Identitäten“ (Pott 2007: 28) assoziiert, im Zuge derer Eigen- und Fremdbilder aus mehreren Rollen und Fassetten der Persönlichkeit und Biographie zusammengesetzt und laufend verändert werden. Einige ehemals als unveränderlich und als stark prägend wahrgenommene Identitätsanker wie Beruf, nationale oder Geschlechtszugehörigkeit haben viel von ihrer Selbstverständlichkeit verloren. Identitäten werden nun zu einem instabilen, manchmal widersprüchlichen und selektiven Ganzen „zusammengebastelt“; je nach Situation und

individueller Präferenz werden unterschiedliche Aspekte in den Vordergrund gestellt. Biographische Ereignisse werden sogar in der Erinnerung oftmals so interpretiert, dass sie an den jeweils aktuellen Identitätsentwurf angepasst werden können (vgl. Abels 2006: 245, Bückmann 2007, Koenen 2000: 109, Nassehi 2004: 30, Pott 2007). In diesem Sinne ist die Bildung von Identität als eine soziale Entwurfsleistung zu betrachten, die eine aktive Herstellung und Aneignung – die bewusste oder unbewusste Identifizierung mit etwas oder jemandem – voraussetzt.

In diesem Konstruktionsprozess bedingen sich personale und kollektive Identität gegenseitig. Auch die Identität von Kollektiven entsteht erst dadurch, dass ihnen bestimmte Eigenschaften zugeschrieben werden und ändert sich dementsprechend auch je nach ihrer Zusammensetzung aus unterschiedlichen Individuen (vgl. Korfkamp 2006: 129ff.). Werden die zugeschriebenen Eigenschaften des Kollektivs von den Subjekten als positiv und vorbildlich empfunden, erbringen sie eine solche Identifizierungsleistung und konstruieren damit erst das Kollektiv sowie dessen und die persönliche Identität. In ihnen kann sich das verunsicherte Individuum „unberührt von den Wechselfällen des modernen Lebens aufgehoben fühlen“ (Korfkamp 2006: 71). Ausprägungen identitätsstiftender Kollektive können zum Beispiel Parteien Nationen oder Vereine sein. Aber auch verschiedene räumliche Ebenen können kollektiver Identifizierung dienen. Auf die Raumbezogenheit von Identitäten wird im Zuge des *spatial turns* in den vergangenen Jahrzehnten – zum Beispiel von Vertretern der Kulturgeographie – verstärkt hingewiesen. Der regionalen und lokalen (und damit auch der städtischen) Ebene wird besondere Bedeutung zugeschrieben. Orte werden dabei als Identitätsanker, „als wichtige *Medien* zur Herstellung, Verfestigung und Kontrolle, aber auch zur Veränderung von Identitäten“ (Pott 2007: 30, Hervorhebung im Original) interpretiert. Materielle und immaterielle Objektivierungen ergänzen sich zu einer spezifischen identitätsbildenden Stadtkultur, deren „Ursprung und Fundament“ (Assmann/Assmann 1993: 267, zitiert nach Christmann 2003) im gemeinsamen Erinnern liegt. Mit dem

Begriff materielle Objektivierungen ist hier die gestaltete Umwelt, also Bauwerke, Denkmäler und Infrastruktur, aber auch Gebrauchs- und Kunstgegenstände gemeint; immaterielle Objektivierungen beziehen sich auf kommunikatives Handeln innerhalb eines stadtbezogenen Diskurses. Institutionen des politischen, religiösen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens sind Hybridformen, die sowohl materielle als auch immaterielle Elemente beinhalten. Die verschiedenen Teile beziehen sich aufeinander und beeinflussen sich gegenseitig.

Stadtkultur entsteht somit als kollektives Gedächtnis im Sinne von auf die Vergangenheit bezogenen Wirklichkeitsdeutungen. Als solche entwickelt sie sich zwar historisch relativ stabil, ist aber immer auch abhängig davon, was die jeweiligen Stadtbewohnern für erinnerungs- oder überlieferungswürdig halten und was nicht und dementsprechend selektiv.

Auch zum Raum muss der Bezug also aktiv hergestellt werden, d.h. Identität entsteht erst durch den Willen zur Aneignung eines Ortes und der Identifizierung mit selbigem. Gerade die Bedeutung von stark symbolbehafteten Orten als Medium der Distinktion von anderen wie kulturellen Gedächtnisorten oder Repräsentationszentralen von Organisationen und Konzernen wird hervorgehoben (vgl. Pott 2007). Sie bilden als „Kerne des lokalen gesellschaftlichen Wissensvorrats“ (Christmann 2003: 13) die materielle Grundlage für die Herausbildung einer gemeinsamen städtischen Identität, der die Bewohner von ihnen positiv belegte Eigenschaften zuschreiben. Die Aspekte, die nicht dem aktuellen bzw. dem gewünschten Selbstbild entsprechen, werden (durch Abriss oder eben Nicht-Rekonstruktion) aus dem gemeinsamen Gedächtnis ausgeblendet.

Architektur und Design werden also wieder vermehrt als Mittel zur Selbststilisierung und damit auch Identitätsbildung wahrgenommen. Die Rekonstruktion historisch bedeutsamer Gebäude ermöglicht es nach dieser Argumentation, lokale Geschichte und damit einen Teil der lokalen Identität selektiv sichtbar zu machen und die städtischen Besonderheiten zu betonen. Dementsprechend ist auch die historische Authentizität nachrangig gegenüber

der Wirksamkeit für die Identitätsbildung der Stadtgesellschaft bzw. einzelner Kollektive und Individuen innerhalb dieser. Richter (2009) nennt diese Entwicklung das in der Postmoderne entstandene „doppelte Bedürfnis nach Distinktion“: Unter Individualisierungsdruck suchen die Stadtbewohner vermehrt nach ihrer persönlichen Identität. Aber auch die Städte empfinden im Zuge des globalen Standortwettbewerbs und der Konkurrenz um Einwohner immer stärker den Druck, sich von anderen absetzen zu müssen. Die Nachfrage nach unverwechselbaren, Einheimische wie Fremde gleichermaßen ansprechenden Stadtbildern, die der Stadt – und damit auch ihren Bewohnern – das erwünschte Image verleihen, steigt dementsprechend rapide an. Rekonstruktionen sind meist sowohl touristisch verwertbar als auch (stadt-)marketingtauglich und können darüber hinaus für den oder die Einzelne als Identitätsanker fungieren. Sowohl die Stadt als Ganzes als auch ihre Bewohner fühlen sich in ihrer Einzigartigkeit von anderen anerkannt und bekommen gleichzeitig die Möglichkeit, sich abzusetzen.

Prinzipiell könnte eine entsprechende Leistung natürlich auch durch zeitgenössische Bauwerke erzielt werden. Allerdings sind dabei zwei Einschränkungen zu beachten: Erstens werden diese stets als Ausdruck einer aktuellen Stadtgesellschaft angesehen und eignen sich selten für den Ausdruck von Geschichtlichkeit. Da aber gerade die Interpretation dessen, was Ausdruck aktueller Stadtgesellschaft ist und sein sollte, umstritten ist, setzt ein solches Bauwerk einen *common sense* über die „städtische“ kollektive Identität voraus, der selten gegeben ist. Rekonstruktionen stellen hingegen den Versuch dar, die Unsicherheit und Instabilität der Gegenwart durch ein Anknüpfen an die als sicher und stabil angenommene Vergangenheit zu überwinden. Zweitens besteht ein geringes Vertrauen in die Fähigkeit zeitgenössischer Architektur, die gewünschte Identitätsbildung zu bewirken. Gerade für diejenigen Teile der Gesellschaft, deren Unsicherheit empfinden und Verlangen nach universellen – und damit auch zeitlosen – Werten besonders hoch ist, stellen Rekonstruktionen im Gegensatz zu innovativen zeitgenössischen Lösungen eine

Strategie zur Risikovermeidung dar. Auf diesen letzten Aspekt ist unter dem Stichwort „Scheitern der Moderne“ bereits ausführlicher eingegangen worden.

### 3.43 Individualisierung und Differenzierung der Lebensstile

Individualisierung ist ein weiteres Schlagwort, ohne das beinahe keine zeitgenössische sozialwissenschaftliche Diskussion auskommt. Im gleichen Atemzug werden meist auch die Begriffe Wertewandel, Ausdifferenzierung und Polarisierung der Lebensstile genannt. Als dominante gesellschaftliche Strömung liegt der Prozess der Individualisierung auch weiteren in diesem Unterkapitel aufgeführten Tendenzen zugrunde und ist darüber hinaus eng mit dem bereits diskutierten Thema der Identitätssuche verknüpft.

Individualisierungsprozesse vollziehen sich bereits seit dem Beginn der Arbeitsteilung in der modernen Gesellschaft, haben allerdings mit der Industrialisierung und erneut nach dem Zweiten Weltkrieg noch entscheidend an Dynamik gewonnen. Die funktionale Spezialisierung gilt als Voraussetzung dafür, dass sich auch die Lebensentwürfe ausdifferenzieren begannen: Die Individuen waren zwar funktional stärker aufeinander angewiesen, gleichzeitig lockerten sich jedoch ihre sozialen Bindungen. Die Menschen wurden sich ihrer eigenen Individualität und ihrer Bedeutung für die Gesellschaft stärker bewusst und entwickelten daraus das Bedürfnis, ihre Einzigartigkeit auch den anderen gegenüber herauszustellen. Simmel (1890) nennt dies die Einbindung in „soziale Kreise“, deren Schneidung nie haargenau mit der einer anderen Person übereinstimmt. Mit der Anzahl der Kreise, in die ein Individuum eingebunden ist, erhöht sich entsprechend auch die Genauigkeit, mit der das Individuum bestimmt werden kann. Gleichzeitig sinkt aber auch die Bedeutung, die jeder einzelne Kreis für die Bestimmung – die Identität – eines Menschen hat.

Je heterogener eine Gruppe bzw. eine Gesellschaft wird, desto größer ist der Spielraum der Einzelnen, die eigene Individualität zu entwickeln und zu kultivieren. Simmel erklärt dies dadurch, dass die Individuen sich auch bis zu einem gewissen

Grad hinter ihrer gesellschaftlichen Rolle und Funktionalität verstecken können und sich Beziehungen zu anderen Menschen im Zuge dessen verschaffen. Daraufhin gehen die persönlichen Ansprüche aneinander sowie die gegenseitige Kontrolle zurück. Soziale Bindungen werden stärker aus gemeinsamen Interessen heraus aufgebaut und basieren weniger auf Herkunft oder Familienzugehörigkeit. Die individuelle Gestaltungs- und Entscheidungsfreiheit wächst durch die entstandene Sachlichkeit und Rationalisierung und erschließt völlig neue Optionen der Lebensführung (vgl. Abels 2006, Schimank 2004: 46 – 55). In dieser neuen Freiheit bleibt das Individuum aber gleichzeitig auch in gewisser Weise auf sich allein gestellt; die plötzliche Vielfalt der Optionen führt auch zu Unsicherheit, Entfremdung von sich und anderen und der Auflösung alter, das Leben strukturierender Ordnungen. Die „Multioptionsgesellschaft“ (Schimank 2004: 52), bedeutet für den Einzelnen auch eine Last, mit der er umzugehen lernen muss. Der Wunsch und die Suche nach neuen Orientierungsmustern und neuen persönlichen Bindungen, die höhere Stabilität und Sicherheit garantieren sollen, beginnen. Dabei steht das Individuum in einem stetigen Spannungsfeld von Selbststilisierung und Darstellung seiner Einzigartigkeit auf der einen Seite und dem Wunsch nach Zugehörigkeit zu einer Gruppe auf der anderen. Abhängig von „der Relevanz, dem sozialen Druck und den Möglichkeiten einer Situation“ steht manchmal der „Massenmensch“ und manchmal der „Individualist“ (Abels 2006: 155) im Vordergrund (vgl. Nollmann/Strasser 2004: 9–14).

Als eine Möglichkeit zur Herausstellung der Individualität, die einer permanenten Überanstrengung vorbeugt, sieht Bourdieu (1982) die Zuordnung zu einer sozialen Klasse und deren „feine Unterschiede“ – er unterscheidet zwischen herrschender Klasse, Mittelklasse und der bäuerlichen *classe populaire* – durch welche die Schemata des Denken und Handelns (der „Habitus“) bestimmt werden. Als Distinktionsmittel von den anderen Klassen dienen bei Bourdieu nicht wie bei Marx ausschließlich die Verfügbarkeit von Produktionsmitteln, sondern vor allem Geschmack und Lebensstil. Der Habitus der jeweiligen

Klasse bildet dabei einen kollektiven Rahmen, der den Individuen jedoch einen gewissen, akteursspezifisch genutzten Spielraum zur Ausbildung eines individuellen Geschmacks zugesteht (vgl. Abels 2006).

Den Geschmack der herrschenden Klasse nennt Bourdieu „legitim“, den der Mittelklasse „mittel“ oder „präventios“ und den der *classe populaire* „volkstümlich“ oder „barbarisch“. Besonders interessant im Zusammenhang mit Rekonstruktionen erscheint die Mittelklasse, deren Angehörige als Kleinbürger mit großen Geschmacksunsicherheiten charakterisiert werden. Als solche haben sie mühsam die Regeln des guten Geschmacks erlernt und kennen den „Kanon ernster und wertvoller Kultur“ (Abels 2006: 16), sie gehen aber im Gegensatz zu den Mitgliedern der herrschenden Klasse oftmals weniger mühe-los und natürlich mit diesem Wissen um. Innerhalb der Mittelklasse unterscheidet Bourdieu wiederum zwischen drei Untergruppen: den alten und neuen Autodidakten sowie den aufstrebenden Kleinbürgern. Die alten Autodidakten stehen besagtem Kanon völlig unkritisch und geradezu schwärmerisch gegenüber und legen beständig Zeugnis über ihre Kenntnisse ab. Die neuen Autodidakten hingegen grenzen sich gänzlich ehrfurchtslos so gut wie möglich von diesem alten Kanon ab und stilisieren sich selbst als Anhänger avantgardistischer oder gegen- bzw. subkultureller Strömungen. Die dritte und größte Gruppe wird von den so genannten aufstrebenden Kleinbürgern gebildet. Angehörige dieser Gruppe strengen sich an, um ihr Kleinbürgertum möglichst hinter sich zu lassen. Den „präventiosen“ Geschmack dieser Gruppe beschreibt Bourdieu wie folgt: „Bildungseifer als Prinzip, das je nach Vertrautheit mit der legitimen Kultur, d.h. je nach sozialer Herkunft und entsprechendem Bildungserwerb, unterschiedliche Formen annimmt: So investiert das aufsteigende Kleinbürgertum seinen hilflosen Eifer in Aneignungswissen und Gegenstände, die unter den legitimen die trivialeren darstellen – Besuch historischer Stätten und Schlösser (statt z.B. von Museen und Kunstsammlungen), Lektüre populärwissenschaftlicher und geschichtskundlicher Zeitschriften, Photographieren, Sammeln von Kenntnissen über Filme und Jazz – mit demselben bewundernswerten

Einsatz und Erfindungsreichtum, die es dafür aufwendet, „über seine Verhältnisse“ zu leben [...]“ (1982: 503).

Dieser sehr abwertend klingenden Beschreibung der Mittelklasse muss in dieser harten Form nicht zugestimmt werden. Ebenso lässt sich über Bourdieus Einteilung der Kunstformen in trivial und nicht trivial sicherlich debattieren. Eine Bewertung soll jedenfalls an dieser Stelle nicht stattfinden, sondern zunächst ausschließlich das Argument dargestellt werden. In jedem Fall ist die Mittelklasse diejenige Bevölkerungsschicht, die am stärksten an einer Abgrenzung über Geschmack und Interesse an kulturellen Themen interessiert ist. Denn durch ihren Status als Mitglieder der herrschenden Klasse haben diese ohnehin Mittel und Wege, ihre Individualität deutlich zu machen. Die *classe populaire* hingegen beurteilt die Dinge danach, „was man praktisch mit ihnen anfangen kann“ (Abels 2006: 220), nimmt also ihre Abgrenzung vermutlich über andere, funktionalere Mittel vor.

Leider gibt es über die Zugehörigkeit der Rekonstruktionsbefürworter zu einer oder gar allen Gruppen der Bourdieuschen Mittelklasse nur wenige gesicherte empirische Erkenntnisse, weshalb hier nur Vermutungen geäußert werden können.

Der hessische Landeskonservator Christoph Mohr (s. auch Kap. 6) stellt jedoch heraus, dass sich mittlerweile viele junge Gutverdienende, die z.B. im Managementbereich tätig sind, mit einer gewissen Anspruchshaltung („wir wollen jetzt aber eine schöne Altstadt“) für Rekonstruktionen einsetzen; eine Klientel, die man nach Bourdieus Argumentation – verallgemeinernd – als eine Bevölkerungsgruppe beschreiben könnte, die zwar über einen hohen formalen Bildungsgrad verfügt, der man aber pauschal wenig tiefer gehendes Interesse an Kunst und Kultur bzw. den dahinter liegenden Werten und Entstehungsprozessen attestiert und die in gewisser Weise der Gruppe der „aufstrebenden Kleinbürger“ zugeordnet werden kann. Ihr Engagement lässt sich als räumlicher Ausdruck ihres einerseits individualisierten und um Abgrenzung bemühten Schönheitsempfindens interpretieren. Unterstützt werden sie in ihren Bemühungen möglicherweise von einem Teil der – sich

selbst als avantgardistisch und die Argumente der Rekonstruktionsgegner als elitär erlebenden – neuen Autodidakten sowie einigen alten Autodidakten, die sich auf die architektonischen Stile besinnen, deren Formensprache sie als schön und wertvoll erlernt haben und auch als solche empfinden. Im Rückgriff auf Altbewährtes können sie sich (stil-)sicher fühlen und müssen sich nicht auf das „dünne Eis“ der Gegenwartsarchitektur begeben.

Eine aktuellere und detaillierte Variante der Bourdieuschen Klassen sind die Sozialen Milieus, in abgewandelter Form auch als Marketing-Instrument unter dem Namen Sinus-Milieus bekannt. In ihnen werden Menschen, die in ähnlichen Lebenswelten leben, in insgesamt zehn (Sinus-Milieus: elf) Gruppen eingeteilt. Die Charakterisierungen dieser Gruppen stellen die unterschiedlichen Alltagswirklichkeiten und damit ihre Sinnkonstitutionen differenziert dar. (Die zehn Milieus sind: Etabliertes Milieu, traditionelles bürgerliches Milieu, traditionelles Arbeitermilieu, traditionsloses Arbeitermilieu, aufstiegsorientiertes Milieu, modernes Arbeitermilieu, modernes bürgerliches Milieu, intellektuelles Milieu, hedonistisches Milieu, postmodernes Milieu. Zur genauen Charakterisierung vgl. z. B. SIGMA (2000).)

Auf den ersten Blick scheinen besonders das etablierte Milieu, das aufstiegsorientierte Milieu sowie das moderne bürgerliche Milieu Rekonstruktionen möglicherweise zugeneigt zu sein. Das etablierte Milieu wird als eher konservativ-traditionell und überdurchschnittlich gebildet charakterisiert und nimmt aktiv am kulturellen und gesellschaftlichen Leben teil. Das aufstiegsorientierte Milieu ist das in Deutschland zahlenmäßig stärkste. Das Erreichen eines hohen Lebensstandards und der Konsum von Luxusgütern werden in diesem Milieu als Zeichen von Erfolg bewertet. Das moderne bürgerliche Milieu hingegen besteht zu einem großen Teil aus jungen Familieneltern, die viel Wert auf Harmonie, Innerlichkeitswerte und soziale Beziehungen legen und ein starkes Sicherheitsdenken an den Tag legen (vgl. SIGMA 2000: 18 – 25).

Ein empirischer Zusammenhang zur Befürwortung von Rekonstruktionen konnte zwar noch nicht zweifelsfrei nachgewie-



sen werden, einige Indizien weisen jedoch darauf hin. Für die Studie „Lebenswelt und bürgerschaftliches Engagement“ des Sozialwissenschaftlichen Instituts für Gegenwartfragen in Mannheim wurden 21 verschiedene Engagementbereiche identifiziert. Zwar wird der Einsatz für Wiederaufbauvorhaben dort nicht explizit benannt, diese könnten jedoch zum Beispiel in den Bereichen „Fördervereine für Kunst, Kultur, Museen bzw. Stiftungen“ oder auch „Bürgerinitiative/Stadt-, Stadtteilinitiative, Bürgerbüro“ mit eingeschlossen sein. Die Mitglieder des etablierten Milieus engagieren sich idealtypisch nahezu selbstverständlich in fast allen Bereichen und sind in beiden gerade genannten überdurchschnittlich häufig aktiv. Das moderne bürgerliche Milieu ist im Bereich der Bürgerinitiativen leicht überdurchschnittlich engagiert und tut sich zudem bei im Bereich Kunst und Kultur deutlich hervor. Das aufstiegsorientierte Milieu hingegen scheint sich für keinen Engagementbereich begeistern zu können und ist überall unterdurchschnittlich vertreten. In beiden aufgeführten Bereichen ist allerdings ein großes Interesse von Seiten des intellektuellen Milieus (charakterisiert durch ein breites Altersspektrum, postmaterialistische Überzeugungen, Pflege von Solidar- und Gemeinschaftswerten, Ausübung sinnstiftender Tätigkeit in Beruf und Freizeit) zu verzeichnen (vgl. SIGMA 2000: 55–57). Auch hier müssten allerdings eventuelle Zusammenhänge tiefergehend untersucht werden, bevor aussagekräftige Äußerungen gemacht werden können.

Seit der Mitte des 20. Jahrhunderts ist die Individualisierung noch einmal radikaler geworden, vollzieht sich gemeinsam mit der (heutigen) Globalisierung, in erhöhter Geschwindigkeit und wird bereits als selbstverständlich angesehen. Beck nennt die sie gar einen neuen „Modus der Vergesellschaftung“ (1986: 205), in der das Individuum gleichzeitig auf sich gestellt und gesellschaftlich determiniert ist. Es trägt alleine die Verantwortung für die Entscheidungen, die es trifft, um den eigenen Lebenslauf zu inszenieren sowie für die Folgen, die aus dem eigenen Handeln entstehen; es trägt ein gewisses Risiko. Auch bei Beck steht somit die Entscheidung über einen bestimmten Lebensstil im Mittelpunkt des Individualisierungsprozesses.

Der Bau historisch anmutender Gebäude scheint mithin – zumindest in den Fällen, in denen eine moderne Bebauung eine tatsächliche Alternative gewesen wäre – auch ein Versuch der Risikominimierung zu sein, die Entscheidung für etwas Vertrautes und Bewährtes. Bei den neuen alten Gebäuden „weiß man, was man hat“ und muss sich nicht auf eine ungewohnte Ästhetik einlassen, an die man sich vielleicht erst nach Jahren oder nie gewöhnt. Bezogen auf die Pluralisierung der Lebensstile scheint sie eine Art Oppositionsreaktion gegen die einhergehende Pluralisierung der Stadtgestaltung durch Anknüpfen an frühere, heute als homogen wahrgenommene Stadtbilder zu sein.

Im Gegensatz zu dieser Vermutung steht die in Kapitel 6 ausgeführte These von Joachim Fischer. Dieser konstatiert, dass gerade die Wiederentdeckung der Städte und die daraus resultierende finanzielle und politische Übernahme von Verantwortung für Wiederaufbauten ein Eingehen von Risiken und ein Wahrnehmen individueller Freiheiten darstellt. Er sieht diese Entwicklung im Zusammenhang mit der mittelosteuropäischen Bürgerbewegung von 1989, die sich in den Städten formiert und die Risikobereitschaft der Bürgerinnen und Bürger geweckt habe.

Beide Erklärungsansätze, so widersprüchlich sie klingen mögen, haben durchaus ihre Berechtigung: Wie bereits zu Beginn des Kapitels angemerkt, sind die Motive der Rekonstruktionsbefürworter höchst divers und nicht nur in eine Richtung zu interpretieren – mit den Lebensstilen pluralisieren sich auch die Gründe für gesellschaftspolitisches Engagement.

### 3.44 Sehnsucht nach Heimat

Die Bedeutung des Heimatbegriffs hat sich seit seiner Entstehung mehrfach gewandelt. Er wird heute stark mit einer Gegenbewegung zum Prozess der Individualisierung und der Suche nach Identität in Verbindung gebracht. Positive Assoziationen sind das Gefühl von Sicherheit und Geborgenheit, zivilgesellschaftliches Engagement für Wohnumfeld und Naturschutz; auf der negativen Seite finden sich Anhaftungen von Rückwärtsgewandtheit, Enge und nostalgischer Spießigkeit (vgl. Korfkamp 2006, Tögel 2006: 46).

In vorindustrieller Zeit bezeichnete Heimat als rechtliche Kategorie den Besitz an Haus und Hof, wurde im 19. Jahrhundert verklärend als Synonym für natürliche Idylle und eine „ausgeglichene, schöne Spazierwelt“ (Korfkamp 2006: 40) gebraucht und schließlich von den Nationalsozialisten ideologisch instrumentalisiert, woraufhin der Begriff in der Nachkriegszeit lange nicht unvoreingenommen gebraucht werden konnte und auch heute noch entsprechend problematisiert bzw. abgelehnt wird. Generalisierend lässt sich sagen, dass die Sehnsucht nach Heimat immer dann erhöhte Bedeutung erlangte, wenn ein tief greifender und plötzlicher gesellschaftlicher Wandel den Menschen die Orientierung nahm und in ihnen das Bedürfnis nach Überschaubarkeit weckte. Im 19. und 20. Jahrhundert sorgten Industrialisierung, Kriege und erzwungene Migrationsbewegungen sowie die beginnende Individualisierung für unterschiedlich stark ausgeprägte Heimatlosigkeitsempfindungen, heute werden u. a. wirtschaftliche und kulturelle Globalisierungsprozesse und ein damit einhergehender gefühlter Verlust lokaler Einzigartigkeit als Grundlage für eine erneute Konjunktur gesehen (vgl. Kropp 2002: 141 ff.). Rekonstruktionen stellen dabei eine Möglichkeit dar, diesen als unangenehm empfundenen Entwicklungen aktiv etwas entgegen zu setzen und lokale, durch die Zerstörung von Gebäuden vermeintlich verloren gegangene Geschichte subjektiv wieder sichtbar und erlebbar zu machen.

Traditionell ist Heimat in Deutschland stark mit Bewahrung von Bräuchen, Ehrfurcht gegenüber der überlieferten Kultur und Natur und der Betonung lokaler Eigenheiten bei gleichzeitiger Ablehnung von Neuem und Fremdem verbunden. Bereits im 19. Jahrhundert wird der industriegesellschaftliche Modernisierungsprozess durch die Ausbildung eines subjektiven, sentimental und letztlich ideologischen Heimatbegriffs begleitet. Auch im Kaiserreich existierte schon eine gewisse Distanziertheit gegenüber den „stillosen“ zeitgenössischen Kulturerzeugnissen, die sich insbesondere auch gegen historistisches Bauen richtete und hier bis in die 1970er Jahre fortbestand. Bis vor dem Zweiten Weltkrieg haftete dem Begriff stets eine idealisierend auf die Vergangenheit ge-

richtete Sehnsuchthaltung an, die gesellschaftlichen Veränderungen generell skeptisch gegenüber stand, sich aber nicht mit konkreten positiven oder negativen Eigenschaften der jeweiligen Zeit auseinandersetzte. Vielmehr wurde der „Versuch [gemacht], dem *Neuen* das mutmaßlich bessere *Alte* gegenüberzustellen“ (Neumeyer 1992: 25, Hervorhebungen im Original). Das Bedürfnis nach Harmonie, Gemütlichkeit und Gemeinschaft wurde in den Vordergrund gestellt, auch um das Selbstbewusstsein des noch jungen Nationalstaats kulturell und emotional zu unterfüttern (vgl. Ditt 1990).

Durch die Nationalsozialisten als auf Schutz nach außen und Einigkeit nach innen zielendes Element ideologisch vereinnahmt und damit diskreditiert, hatte der Begriff Heimat im Nachkriegsdeutschland zunächst keinen Platz. Alle Bemühungen waren zudem auf den Wiederaufbau gerichtet, dessen nüchterne und klare architektonische Sprache Fortschritt und Modernität verhielt. Etwaiges Verlustempfinden wurde sich nicht eingestanden oder vor dem Hintergrund des dringend zu lösenden Wohnungsnotstands schlichtweg verdrängt (vgl. Vortrag Peter Bürger). Bereits in den 1950er Jahren kamen zwar die so genannten Heimatfilme in Mode, diese dienten jedoch vor allem als völlig unpolitische, klischierte „Fetteinreibung gegen den Weltfrost“ (Meckel 1980: 174, zit. nach Neumeyer 1992: 43) für einen vergleichsweise kleinen Teil der Bevölkerung – als Zielgruppe werden ältere Konsumentinnen mit geringer Schulbildung genannt – und ohne Bezug auf einen konkreten Raum. Auch die Heimatvertriebenen, die noch 1950 in Stuttgart die „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ inklusive der Forderung nach dem „Recht auf die Heimat“ (im Sinne der verloren gegangenen Heimat in den ehemaligen deutschen Ostgebieten, Hervorhebung im Original) verabschiedeten, integrierten sich nach und nach in die bundesdeutsche Gesellschaft und profitierten wie der Rest der Bevölkerung zusehends vom Wirtschaftswunder und dem allgemeinen materiellen Aufschwung. Heimat als Hoffnung gebendes Konzept trat angesichts der neuen Konsummöglichkeiten und des technischen Fortschritts in den Hintergrund, so dass man davon ausgehen kann, dass beim

Wiederaufbau nach dem Krieg zumindest für Teile der Bevölkerung tatsächlich der Wunsch nach Neuanfang und Fortschritt Vorrang vor der Wiederherstellung historischer Gebäude hatte (vgl. Korfkamp 2006, Neumeyer 1992).

Erst in den 1970er und besonders den 1980er Jahren entstand – parallel zum Aufkommen der ersten Wiederaufbauvorhaben neuen Typs – ein neuer, aufgeklärterer Heimatbegriff, der in enger Verbindung mit der Entstehung der neuen sozialen Bewegungen gesehen wird. Den Boden dafür bereitet hatte die 68er-Studentenbewegung, deren Vertreter allerdings den Terminus Heimat aufgrund ihrer grundsätzlichen Skepsis gegenüber den Werten der älteren Generation nie gebrauchten. Eine Kombination aus dem neu erwachenden Wunsch nach Heimat und der Unzufriedenheit mit den herrschenden Verhältnissen – nicht nur, aber auch in Bezug auf Architektur und Stadtgestalt – brachte eine Welle des Engagements in bis dato ungekannten Ausmaß ins Rollen, im Zuge derer erstmals Aktivitäten zur bewussten Verschönerung der Heimat unternommen wurden und sich auch die Rekonstruktions-Initiativen vermehrt über Zulauf freuen konnten.

Mit dem Aufkommen der Öko-Bewegung kam es Anfang der 1980er Jahre zu einer neuerlichen Besinnung auf die Region und ihre jeweiligen Besonderheiten und Traditionen. Heimat wurde wieder stärker auf das Bewusstmachen der eigenen Wohnumgebung bezogen und als identitätsstiftend wahrgenommen. Die Suche nach einem „guten Leben“ wurde als Antwort auf die schnelllebige, technisierte Wegwerfgesellschaft und im Widerstand zur „Kolonialisierung der Lebenswelt“ (Habermas 1981) verstanden (vgl. Korfkamp 2006, Lipp 1990). Gleichzeitig entstand Kritik an der wenig sinnlichen Nachkriegsarchitektur; die viel zitierte „Unwirtlichkeit der Städte“, die Mitscherlich bereits 1965 beklagt hatte, wurde von weiten Teilen der Gesellschaft als Arroganz der Architekten und Planer und als eine Geringschätzung ihrer Bedürfnisse wahrgenommen.

Lipp (1990: 176) beschreibt diese Entwicklung wie folgt:

„Hatte Modernisierung im ersten Entwicklungsschub bedeutet, dass das Dasein aus

den beschränkten, herkunftigen Verhältnissen, in denen es stand, forciert ‚herausgerissen‘ wurde – hinein in eine forteilende, zukunftsgewisse ‚Zeit‘, angesiedelt aber im ‚Nirgendwo‘ –, so tritt sie in ihrer zweiten Phase als Vorgang auf, der den Zeitablauf nicht nur verlangsamt – und anknüpft wieder ans Alte, die Geschichte – sondern zurückführt auf ‚Raum‘.“

Erst jetzt wurde man sich den Ausmaßen des Verlustes an historischer Bausubstanz wirklich gewahr und konnte diesen betrauern – die Rückbesinnung auf die Heimat bedurfte erst der Erkenntnis, dass es sie in diesem Sinne nicht mehr gab. Der neuen Architektur wurde die Symbolqualität abgesprochen. Ohne diesen essenziellen Bestandteil der gebauten Umwelt werde es den Bewohnern unmöglich gemacht, sich in ihr zu orientieren, sich mit ihr zu identifizieren und sie in der Konsequenz als Heimat anzuerkennen (vgl. Kähler 1981, zit. nach Novy 1990: 405). Der Wunsch nach einer vertrauten, persönlich gestalteten und nicht nur rein funktionalen Kriterien entsprechenden Umgebung entstand also und führte zu einer neuen, offenen Betrachtungsweise von „Heimat als *Aneignung* und *Umbau*“ gemeinsam mit anderen, als *selbst mitgeschaffene kleine Welt*, die Verhaltenssicherheit gibt, als *menschlich gestaltete Umwelt*“ (Bausinger 1990: 88, Hervorhebungen im Original). In einem solchen Verständnis von Heimat wird diese also nicht mehr konsumiert, sondern aktiv produziert. Erst durch die bewusste Aneignung des Raums wird dieser zum persönlich erlebten und gelebten. Damit bezieht sich der Begriff erstmals nicht mehr ausschließlich auf den – zufälligen – Ort der Geburt und des Aufwachsens; Heimat kann vielmehr auch in einer späteren Lebensphase erneut oder gar erstmals gefunden werden. Gerade für Zugezogene ist die Auseinandersetzung mit der Geschichtlichkeit eines Ortes und deren architektonischen Zeugnissen oft der Schlüssel dazu, einen eigenen Ortsbezug zu entwickeln und dort Heimatgefühle zu entwickeln.

In den 1990er Jahren und bis heute sind weitere Aspekte in den Vordergrund getreten, deren gesellschaftliche Auswirkungen bereits ausführlich diskutiert worden sind: Die Globalisierung, obwohl kein

neues Phänomen, schreitet in einer Geschwindigkeit voran, die viele Menschen ratlos und orientierungslos macht. Wachsender Mobilitätsdruck schürt die Angst vor Gemeinschaftsverlust und trägt zur Auflösung von Herkunftsbindungen bei. Bekannte Orientierungsmuster (z.B. Geschlechterrollen, Vorhersehbarkeit von Biographien, Erwünschtheit von Lebensstilen) lösen sich auf und lassen die Gesellschaft bei einer „kollektiven Sinnsuche“ (Korfkamp 2006) zurück. Vor allem in Ostdeutschland haben zudem die „Wende“ und die damit zusammenhängenden radikalen Veränderungen in so gut wie allen Lebensbereichen große Verunsicherung und ein Gefühl des Verlusts ausgelöst. Dennoch sind in den neuen Bundesländern seit den 1990er Jahren nur einige „Hot Spots“ (im Wesentlichen Dresden, Berlin und Potsdam) entstanden, in denen die im Sozialismus zerstörten oder verfallenen Gebäude teilweise wieder hergestellt werden (vgl. Bossle 1990, Hüppauf 2007, Lipp 1990, Piepmeier 1990, Wendland 2002: 183).

Sehnsucht nach Heimat kann somit als Kompensation von Unsicherheit, als die auf die Zukunft gerichtete Erschaffung einer „Besänftigungslandschaft“ (Bausinger 1990: 76) interpretiert werden, in der das Verlorene inszeniert wird. Damit wird Heimat einerseits zur Utopie, andererseits aber auch kommerziell sehr gut verwertbar – und zwar als Bestandteil der Kulturindustrie, in der Heimatlieder und die Darstellung alten Brauchtums einen ähnlichen Zweck wie die rekonstruierten „Fachwerkhäuschen [...] vom Fließband“ (Bausinger 1990: 84) erfüllen (wenn auch für unterschiedliche Zielgruppen).

Es sei allerdings darauf verwiesen, dass Heimat als sozialwissenschaftlicher Schlüsselbegriff, wie er seit einigen Jahren gebraucht wird, pluralistischer geworden ist und nicht mehr zwingend als antimodern verstanden werden muss. Heimatverbundenheit stellt auch zumeist keine Gegenstrategie zur Globalisierung dar, sondern vielmehr eine Komplexität reduzierende Ergänzung – teilweise erzwungen gerade der globale Wettbewerb Hinwendungen zu lokalen Besonderheiten und Heimatverbundenheit als Distinktionsmittel (Stichwort Glokalisierung). Bossle nennt die Heimat eine „Grundbefindlich-

keit im Herzen der Menschen“ (1990: 133), wobei sie sich aber längst nicht mehr nur auf einen Ort und schon gar nicht allein auf den Herkunftsort beziehen muss. Auch ortspolygame Menschen können eine oder mehrere Heimaten haben, die nebeneinander stehen oder nacheinander an verschiedenen Punkten der Biographie als solche anerkannt werden. Zu der Hinwendung zur Tradition und dem Bezug auf die Vergangenheit kommt eine aktive Mitarbeit an der zukünftigen Gestalt der heimatlichen Umgebung hinzu. Dabei ist Heimat nur noch eines von mehreren identitätsstiftenden Elementen des postmodernen Menschen und als solches weniger exklusiv geworden (vgl. Korfkamp 2006, Neumeyer 1992).

### 3.45 Konservativismus und Leitkultur (aus Phase 1)

Die gesellschaftliche Globalisierung führt zum verstärkten Import kulturwirtschaftlicher Güter. Dieser wird umso deutlicher, je mehr ein erweiterter Kulturbegriff auch Konsumgegenstände und „Lebensweisen“ mit einschließt, bei dem Kritiker von einer (De-)Formation des lokalen und regionalen kulturellen Ausdrucks ausgehen. Kulturpolitik hat sich damit auseinanderzusetzen. Die traditionellen Institutionen der Kulturpolitik und zivilgesellschaftliche Organisationen beachten jedoch in der Regel nicht mit der Überprägung von „Lebensweise“ und Konsum auseinander, sondern setzen sich vor allem mit den ökonomischen Auswirkungen von drohenden Mittelkürzungen sowie mit den Chancen der Kulturproduktion auseinander. Entsprechend wird hier die „Bedrohung“ einer globalen Homogenisierung und Standardisierung weit weniger wahrgenommen und stattdessen häufig von einer Neuentdeckung des Lokalen in der „Glokalisierung“ ausgegangen (Fuchs 2003).

In der Architektur als Kulturprodukt mit Nutzwert sind die internationalen und interlokalen Angleichungstendenzen weit stärker zu spüren als in anderen Kunst-richtungen, in denen das Internationale eher als Einfluss oder Ergänzung angesehen werden kann. Der Weltmarkt der Star-Architekturen ist hingegen von einer kleinen Zahl international agierender Architekturbüros geprägt, die abgesehen von

Grundstücksgrenzen und Bauvorschriften in der Regel wenig auf die jeweiligen lokalen Besonderheiten eingehen.

Entsprechend scheint die Architektur in Form der Rekonstruktionen in besonderer Art anfällig für den Wunsch nach einer – zumeist national, seltener regional oder gar europäisch geprägten – „Leitkultur“ (Tibi 1998). Dabei wurde diese Leitkultur häufig auf eine Integrationsforderung an Zuwanderer reduziert und teilweise entgegen Tibis Definition einer Kombination der modernen Werte „Demokratie, Laizismus, Aufklärung, Menschenrechte und Zivilgesellschaft“ (ebd.: 154) zumeist mit traditionellen bzw. wertkonservativen Vorstellungen in Verbindung gebracht, die auch einem Wunsch nach Vertrautheit angesichts der Auflösung des Nationalen entspringen. Allerdings formulierte Nolte (2004) auch den Ansatz einer nach innen wirkenden „bürgerlichen Leitkultur“, an der sich das „Prekariat“ orientieren solle. Während den gelegentlich aufkommenden Diskussionen zur Leitkultur auf nationaler Ebene wegen ihrer Verbindungen zu dem in der Bundesrepublik weiterhin weitgehend abgelehnten patriotischen oder nationalistischen Denken zumeist ein schnelles Ende beschert ist (Arning 2006), haben weder „Lokalpatriotismus“ noch die Rückkehr zu traditionellem Bauen bzw. historischen Bauten dieses Problem und können demnach ihren Beitrag zur Leitkultur liefern. Sie können in Zeiten zunehmender Unübersichtlichkeit eine positive Projektionsfläche für die Suche nach einer die Gesellschaft einenden Leitkultur sein. Ungeklärt ist, inwiefern auch zeitgenössische Bauten diesem Anspruch gerecht werden können. Während Göttlich/Winter (2004: 83) etwa den Potsdamer Platz als „Kristallisationspunkt eines neuen Nationalstolzes“ bezeichnen, widerspricht Hanika (2002; zit. in Makropoulos 2004: 159) entschieden, in dem er ihm jegliche Aufenthaltqualität abspricht.

### 3.46 Erlebnisgesellschaft

Bereits 1992 hat Gerhard Schulze seine viel beachtete „Kultursoziologie der Gegenwart“ vorgelegt, in der er eine Charakterisierung der „Erlebnisgesellschaft“ in Deutschland im ausgehenden 20. Jahrhundert vornimmt. 17 Jahre später ist zwar

auch das „Ende der Erlebnisgesellschaft“ bereits mehrfach diagnostiziert worden (vgl. Opaschowski 2006); trotzdem wirken seine Diagnosen noch in weiten Teilen aktuell und werden nach wie vor aufgegriffen. Im folgenden Abschnitt soll herausgearbeitet werden, inwiefern Rekonstruktionen als Teilphänomen einer Gesellschaft gelten können, in der vor allem die Erfüllung von Erlebnisbedürfnissen im Vordergrund steht. Weiterhin wird diskutiert, in welchen der fünf von Schulze ausgemachten sozialen Milieus, die sich durch spezifische alltagsästhetische und erlebnisbezogene Vorlieben auszeichnen („Erlebnismilieus“), wohl mit einer Unterstützung der „Rekonstruktionswelle“ zu rechnen ist.

Schulze geht davon aus, dass sich aufgrund des hohen Wohlstandsniveaus in der Bundesrepublik die Basismotivation für die Handlungen der Menschen nicht mehr auf die Beseitigung eines Mangels, auf das *Überleben* zurückführen lässt. Diese sei vielmehr vorrangig an der Gestaltung eines subjektiv als schön und aufregend empfundenen Lebens, also am Erleben orientiert. Die Devise „Erlebe dein Leben!“ erhebt Schulze zur wichtigsten Maxime in der Erlebnisgesellschaft (1992: 59). Erlebnisse definiert er dabei als „psychophysische Konstruktionen, die sich nicht durch Gegenstände substituieren oder an Dienstleistungsunternehmen delegieren lassen“ – sie haben also sowohl eine sinnlich wahrnehmbare, außersubjektive als auch eine innerliche Komponente und müssen vom Individuum selbst erlebt werden (Schulze 1992: 14, vgl. auch Opaschowski 2000). Entscheidend für das tatsächliche Erleben sind dabei nur in relativ geringem Maße die äußeren Umstände, in denen sich die Menschen befinden und die sie bis zu einem gewissen Punkt auch in ihrem Sinne manipulieren können, sondern auch die innere Einstellung zu eben diesen Umständen. Das Erlebnis läuft nämlich im Rahmen einer Situation *in den Menschen selbst* und sehr individuell ausgeprägt ab. Hervorgerufen werden kann es durch alle möglichen Dinge, denen der Mensch „Zeichen zuordnet“ – sie also mit kultureller Bedeutung auflädt und so vornehmlich über ihren Erlebniswert definiert. Dabei kann es sich um „Texte, Geräusche, Personen, Skulpturen,

Gemälde, Bauwerke, Denkmäler, Handlungen, Mimik, Gebärden, Parkanlagen – Objekte, Situationen und Ereignisse aller Art“ handeln (Schulze 1992: 94–95). Ihnen wird im Moment des Erlebnisses eine Bedeutung zugeschrieben, die über den eigentlichen Gegenstand hinausgeht. Diese Zuschreibung ist deshalb möglich, weil in der Erlebnisgesellschaft das Alltagsleben und somit auch alltägliche Gegenstände zunehmend ästhetisiert, also nicht mehr vornehmlich über ihre Funktion, sondern ihre subjektiv empfundene „Schönheit“ und Fähigkeit, Informationen über den Besitzer zu kommunizieren, wahrgenommen werden: Man möchte nicht mehr nur essen, sondern „gut“ essen, nicht mehr nur wohnen, sondern „stilvoll“ wohnen; und man möchte, dass die Außenwelt dies mitbekommt. (Schulze 1992: 424–426, vgl. auch Wynne 2001: 293).

Auch für die nachmoderne Stadtentwicklungspolitik spielt diese Ausdifferenzierung von Bedürfnissen eine Rolle. Die Innenstädte werden zunehmend als „Gesamterlebnis“ wahrgenommen, in denen sich kulturelle und wirtschaftliche Funktionen konzentrieren, und in denen durch vielfältige und intensive Nutzung Urbanität und metropolitanes Flair generiert werden sollen (vgl. Altrock 2005: 349–357). Somit unterliegen auch die Wahrnehmung des Stadtraums und die Ansprüche an seine Aufenthaltsqualität einem Wandel: Es sollen nicht mehr nur Funktionen, sondern auch psychologische Bedürfnisse erfüllt werden (vgl. Häußermann 1994: 76). Nach dieser Logik können auch Rekonstruktionen das Rahmen gebende Element für ein Erlebnis darstellen. Am deutlichsten ist dies sicher dort, wo Menschen, die ein Bauwerk vor dessen Zerstörung – mittlerweile allerdings meist in ihrer Kindheit oder gar nur durch mediale Überlieferung – erlebt haben, dessen Wiederherstellung wünschen. Indirekt funktioniert dies allerdings auch durch das Erleben einer „Intaktheit“ historischer Bausubstanz oder auch nur eines historisch anmutenden, tatsächlich aber modernisierten oder überprägten Raumes andernorts, wie dies etwa durch den zunehmenden Städtetourismus katalysiert wird. Es lässt sich weiterhin interpretieren, dass moderne, rein nach funktionalen Gesichtspunkten konzipierte Bauten für bestimmte Personen-

gruppen keinen ausreichenden Erlebniswert aufweisen und deshalb abgelehnt werden. Im Unterschied zu anderen Epochen (z.B. Gründerzeit oder Jugendstil), in denen – hätte es den Ausdruck damals schon gegeben – Gebäude mit Erlebniswert gebaut wurden, handelt es sich heute nicht mehr nur um das Anliegen eines kleinen Teils der Gesellschaft. Durch den Übergang von einer Mangel- in eine Überflusgesellschaft verfügen mehr Menschen denn je die erforderliche Zeit, einen gewissen Bildungsgrad und ausreichende ökonomische Ressourcen, um sich in gesellschaftspolitische und kulturelle Debatten einzubringen. Zudem wird das Bedürfnis nach Gebäuden mit Erlebniswert durch relativ neue Phänomene wie die massenmediale Überlieferung von Bildern und Nachrichten noch angeheizt. (Dieser Aspekt wird im Teilkapitel „Mediengesellschaft“ ausführlicher behandelt.) Schulze verweist zudem explizit auf die Vergänglichkeit von Erlebnisgütern, denen durch ständige Produktverbesserungen bereits bei ihrer Einführung das „Stigma des Veraltens“ (1992: 63) anhaftet. Gebäuden, zumal nach traditionellen Vorbildern gestalteten, haftet in diesem Zusammenhang noch eine beruhigende Beständigkeit und Zeitlosigkeit an, die diesen Mechanismus (vorübergehend?) außer Kraft setzen kann.

Welche Art von Situation für wen auch wirklich zum Erlebnis wird, hängt vor allem mit den individuellen Erlebnisbedürfnissen zusammen. Diese sind wiederum abhängig von der jeweiligen ästhetischen Sozialisation, von Alter und Reifegrad einer Person, ihrem Bildungshintergrund sowie von „elementare[n] kulturgeschichtliche[n] Erfahrungen in Lebensphasen besonderer Prägsamkeit“ (Schulze 1992: 23, vgl. auch Müller/Hennings 1998: 10). Obwohl sich die Gesellschaft im Zuge der Individualisierung und Pluralisierung der Lebensstile stark ausdifferenziert, geht Schulze jedoch nicht von einem Verlust der Großgruppen-gesellschaft aus, da die Mehrheit der Menschen nach wie vor einem bestimmten sozialen Milieu – eben einer Großgruppe – zuzuordnen ist. Unter anderem die angesprochenen Faktoren konstituieren fünf von ihm identifizierte „Erlebnismilieus“ mit sehr unterschiedlichen so genannten „Erlebnisrationalitäten“, die aber alle durch ihre innenorientierte, auf das schö-

ne Erleben und den Konsum immer neuer statusträchtiger Güter abzielende Idee von der Gestaltung eines interessanten Lebens ausgerichtet sind. Erlebnisorientierung bezeichnet bei Schulze (1992: 40–42) die „Systematisierung der Erlebnisorientierung“. Zu diesem Zweck stellt ein Mensch Situationen her, die möglichst gesichert ein Erlebnis herbeiführen, und manipuliert zudem sein eigenes Innenleben, um die subjektive Verarbeitung zu gewährleisten. Diese Erlebnisabsicht ist die Voraussetzung dafür, dass eine Situation subjektiv überhaupt als Erlebnis erfahren wird. Die Erlebnisorientierung wird – bei aller Individualität und Vielfalt – also zum „universellen Grundmuster der Beziehung von Mensch und Welt“ (Schulze 1992: 36, vgl. auch Müller-Schneider 2000).

Die Tatsache, dass die Subjekte kaum noch unter existenziellen Mängeln leiden und über kaum begrenzte Möglichkeiten verfügen, führt allerdings nicht dazu, dass sie nun gar keine Bedürfnisse mehr verspüren. Vielmehr geraten sie von einer „Pauperismuskrise“ in eine „Sinnkrise“ (Schulze 1992: 55), die stark verunsichernd auf sie wirkt. Konnte früher noch die Diskrepanz zwischen Möglichkeiten und Bedürfnissen identitätsstiftend und sinngebend wirken, so wirkt die Erlebnisgesellschaft die unangenehme Frage danach auf, welche der vielen Möglichkeiten im Leben eigentlich genutzt werden sollen, um welche Art von Identität hervorzubringen. Neue Vergemeinschaftungsformen – zum Beispiel Erlebnisse – ersetzen zunehmend die traditionellen (vgl. Bittner 2001b: 16). Diese Prämisse Schulzes ist vielfach kritisiert worden: So könne es sich bei der Erlebnisgesellschaft in Zeiten von Massenarbeitslosigkeit und einer sich ständig verbreiternden Einkommensschere zwischen Arm und Reich nur um eine „oberflächliche Zeitgeistblüte[...] [handeln], die allenfalls für wohlfahrtsstaatliche Gesellschaften der 1980er Jahre eine gewisse Berechtigung“ (Hillebrandt/Kneer/Kraemer 1998: 8) habe. Alheit (1995) spricht gar von Zynismus. Schulze selbst räumt ein, dass Mangel und durch Arbeitslosigkeit erzwungene Freizeit als ebenfalls wichtige Tendenzen neben der Wohlstandsgesellschaft stehen – eine Tatsache, die heute ebenso gültig scheint wie zu Beginn der 1990er Jahre. Müller-Schneider (1998: 137–

138) geht davon aus, dass moderne Gesellschaften trotz dieser Widersprüche aber immer noch subjektzentriert organisiert sind und das Innenleben weiterhin das „Zentrum der Wirklichkeitserfahrung“ (1998: 138) ist. Materielle Knappheit ist selten existenzgefährdend. Das Wählen zwischen mehreren Optionen, die wünschenswerte Selbstzustände herbeiführen soll, ist in unserem Alltag so stark verankert, dass er die Hauptthese Schulzes weiterhin als gültig ansieht.

Über die oben beschriebene Ästhetisierung des Alltagslebens kristallisieren sich nach Schulze Stile (er bezeichnet sie als „alltagsästhetische Schemata“) heraus, die wiederum zur Herausbildung einer Form von nachtraditionalen Gemeinschaften, der genannten Erlebnismilieus, beitragen (vgl. Müller-Schneider 1998: 140, Schulze 1992). Die Individuen ordnen sich einem dieser Milieus zu und nehmen darüber ihre Identitätsbildung vor. Dadurch, dass in allen Erlebnismilieus bestimmte Geschmacksmuster akzeptiert und verbreitet sind, helfen sie den Individuen, ihre Umwelt zu strukturieren und erleichtern ihnen die Entscheidung, welches Erlebnisangebot aus der dargebotenen Fülle wohl das angemessene für sie und ihr Erlebnisbedürfnis ist (vgl. Schulze 1992: 431–436). Im Unterschied zu Bourdieus Klassen stehen die Erlebnismilieus jedoch horizontal nebeneinander und nehmen kaum Bezug aufeinander, ein „Oben“ oder „Unten“ ist nicht mehr eindeutig feststellbar. Zwar spielt auch für Schulze die Distinktion von den anderen Milieus eine Rolle. Im Vordergrund steht jedoch nicht die Abgrenzung, sondern die Herbeiführung von Genuss (vgl. Henning/Müller 1998: 16, Schulze 1992: 167). Auch diese These ist in die Kritik geraten: So sei der Lebensstil doch noch stark an den sozialen Rang, das jeweilige ökonomische und kulturelle Kapital und vor allem das Bildungsniveau eines Subjekts gebunden (vgl. z. B. Neckel 1998: 206, Kraemer 1998: 103–104). Dieser Einwand ist sicher nicht von der Hand zu weisen. Von Bedeutung für das Verständnis im Zusammenhang mit dem Forschungsprojekt ist aber vor allem die Annahme, dass – anders als bei Bourdieu – die Hochkultur nicht mehr die einzig legitime darstellt, die sich von den anderen unterscheiden möchte. Vielmehr möchten *alle* Milieus

ihre Geschmacksschemata nach außen hin darstellen und sich dadurch abgrenzen. Die genannten Faktoren haben somit ihre Milieu begründende Funktion nicht verloren, die Ausstrahlung eines Milieus auf die anderen ist jedoch begrenzt – sie beziehen sich einfach nicht mehr auf einander (vgl. Kraemer 1998: 112–117).

Insgesamt fünf Erlebnismilieus werden voneinander abgegrenzt: Niveaumilieu, Harmoniemilieu, Integrationsmilieu, Selbstverwirklichungsmilieu und Unterhaltungsmilieu. Unterschiede bestehen vor allem hinsichtlich des Alters und des Bildungsstands, aber auch Familienstand, Haushaltsstruktur, Arbeitsplatzmerkmale und Wohnsituation spielen eine Rolle (vgl. Schulze 1992: 278–333). Das *Niveaumilieu* ist dabei geprägt durch ältere Menschen mit höherer Bildung, die mit dezentem, aber konventioneller Eleganz auftreten, nicht selten auch öffentlich ihr kulturelles Interesse konzentriert sich auf den anerkannten Kanon der Hochkultur, alles Praktische, Triviale oder Unruhige wird abgelehnt. Ebenso wenig können sie materiellen Nachbildungen (etwa von Stilmöbeln) oder Kitsch etwas abgewinnen, geschweige denn sich für moderne Formen der Unterhaltung begeistern. Ihr Genussstreben ist kontemplativ und auf die Erfahrung von Perfektion ausgerichtet. Die einzige Gemeinsamkeit von Niveaumilieu und Harmoniemilieu ist das zumeist gehobene Alter ihrer Mitglieder. Im *Harmoniemilieu* herrscht jedoch eine tendenzielle Neigung zum Rückzug auf sicheres Terrain, also zumeist in die Geborgenheit der eigenen vier Wände vor. Diese wird gerne auch verschwenderisch nach der Devise „viel ist schön“ (Schulze 1992: 293) dekoriert. Die Außenwelt wird als potenziell bedrohlich erlebt, weshalb die Mitglieder dieses Milieus nach Harmonie (auch ästhetischer) streben und Neues oder gar Avantgardistisches nach Möglichkeit meiden. Entsprechend selten engagieren sie sich politisch oder sind bereit dazu, sich aufzulehnen. Das *Integrationsmilieu* steht in jeder Hinsicht zwischen Niveau- und Harmoniemilieu und kombiniert viele, zunächst gegensätzlich erscheinende Stilelemente. Primär setzt es sich zusammen aus mittleren Angestellten und Beamten, die gerne in Vereinen aktiv sind, sich von alternativen sozialen Bewegungen aber stark distanzieren,

die in der Zeitung sowohl Kleinanzeigen als auch den Politikteil ausführlich lesen und die sowohl leichte Unterhaltungsmusik mögen als auch in die Oper gehen. Ihr Streben richtet sich auf Konformität und Anti-Exzentrik, was auch dazu führt, dass sie sich politisch leicht unterordnen. Das erste jüngere Milieu nennt Schulze das *Selbstverwirklichungsmilieu*. Durch seine hohe Mobilität und den Drang nach außen dominiert es die öffentliche Wahrnehmung. Zumeist handelt es sich bei seinen Mitgliedern um Studierende oder junge Leute am Beginn ihrer Berufskarriere mit relativ hohem Bildungshintergrund. Oftmals findet sich hier der Ausgangspunkt von politischen Bewegungen, worin sich die Lust dieses Milieus an der Provokation widerspiegelt. Beruf und Geld dienen der Selbstverwirklichung, nicht umgekehrt. Jüngere Personen mit niedrigem Schulabschluss bilden schließlich das *Unterhaltungsmilieu*. Dessen Mitglieder kopieren teils den Stil des Selbstverwirklichungsmilieus (z. B. in der Mode), teils des Harmoniemilieus (z. B. bei der Inneneinrichtung). Sie suchen nach Erfahrungen mit starkem Erlebnisreiz, die wenig eigene Erlebniskompetenz voraussetzen (Fußballspiele, Spielhallen, Volksfeste...). Wie ihre Eltern, die zumeist dem Harmoniemilieu angehören, sind sie wenig politisch interessiert, bekunden aber eine gewisse Nähe zu den neuen sozialen Bewegungen als Ausdruck ihrer Jugendlichkeit.

Nach dieser Beschreibung stellen sich mehrere Milieus als potenziell wiederaufbauaffin dar, wenn auch in unterschiedlichem Maße. Auch hier sind in Ermangelung empirischer Daten nur vorsichtige Interpretationen möglich: Die Mitglieder des Niveaumilieus sind zwar negativ gegenüber Nachbildungen eingestellt, gleichzeitig verachten sie aber auch alles Moderne und rein Funktionale. Hinzu kommt ihr Streben nach Perfektion und ständiger Verbesserung der ästhetischen Qualitäten ihrer Umgebung und somit vielleicht auch des Stadtbildes ihrer Heimatstadt. Da sie zudem besonders häufig politisch und/oder gesellschaftlich aktiv sind und es gewohnt sind, öffentlich aufzutreten, ist es möglich, dass Wiederaufbauinitiativen zumindest einige Engagierte aus diesem Milieu rekrutieren – je nachdem, ob diese das Moderne oder das Nachgebildete als unangenehm



mer bewerten. Genau umgekehrt verhält es sich in Bezug auf das Harmoniemilieu: In dessen Suche nach Geborgenheit und Gemütlichkeit in der Alltagsästhetik würde das Befürworten von Rekonstruktionen gut hineinpassen. Auch die Mitglieder dieses Milieus hüten sich vor zu avantgardistischen Stileinflüssen, vornehmlich weil sie ihnen unheimlich sind. Andererseits sind sie auch diejenigen, die öffentlich am wenigsten wahrgenommen werden, da sie sich politisch passiv verhalten. Auf dem Weg in ihr privates Paradies möchten sie sich nicht auflehnen oder Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Es ist zu vermuten, dass es sich bei dieser Gruppe nicht um diejenigen handelt, die Wiederaufbauinitiativen ins Leben rufen, vielleicht schalten sich aber einige später im Prozess ein und unterstützen das Ansinnen. Das Integrationsmilieu steht auch hier zwischen den Extremen der beiden erstgenannten. Die Argumente der Rekonstruktionsbefürworter könnten bei Angehörigen dieses Milieus deshalb auf besonders fruchtbaren Boden fallen: Sie interessieren sich ebenso wie die Angehörigen des Niveau-milieus für Kultur und Geschichte, haben aber vielleicht nicht deren absoluten Authentizitätsanspruch. Sie sind zudem lokal verbunden und überdurchschnittlich häufig in Vereinen aktiv, was Wiederaufbauinitiativen einschließen könnte. Im Selbstverwirklichungsmilieu spielt politisches und gesellschaftliches Engagement ebenso eine große Rolle. Die Mitglieder sind stark überzeugt davon, durch eigenes Aktiv-Werden etwas verändern zu können. Meist werden neue Themen in der Gesellschaft von ihnen zuerst aufgegriffen, was einen Erklärungsansatz für die relativ hohe Zahl von jungen Leuten auf Seiten der Rekonstruktionsbefürworter darstellen könnte. Zudem sind sie diejenigen, die die Stadt und ihre Angebote besonders intensiv nutzen und deshalb wahrscheinlich das höchste Interesse an einer attraktiven Gestaltung haben. Ihre Neigung zur Opposition – die sich auch auf stadtgestalterische Themen richten kann – sowie ihre ständige Suche nach Abwechslung könnten dazu beitragen, dass auch sie sich für Wiederaufbauten einsetzen. Das Unterhaltungsmilieu schließlich beweist zwar eine gewisse Sympathie für politische Bewegungen und auch weniger Bereitschaft

zur Unterordnung als das Harmoniemilieu, gleichzeitig legt es aber auch ein insgesamt geringes Interesse an öffentlichen Angelegenheiten oder an der Nutzung des öffentlichen Raums an den Tag. Auch die Beschreibung ihrer Präferenzen in Bezug auf Alltagsästhetik lässt kein Interesse an Architektur oder (Kultur-)Geschichte erkennen. Zudem ist ihr Geschmack eindeutig auf moderne Produkte gerichtet. Einzig ihr Wunsch nach Abwechslung und Stimulation könnte mit einer Unterstützung von Rekonstruktionen vereinbar sein, wenn die Mitglieder des Unterhaltungsmilieus auch sicher nicht in der ersten Reihe zu finden sind.

Somit entwirft Schulze das Bild einer Gesellschaft, die sich in ihren strukturbildenden Merkmalen stark von der Nachkriegsgesellschaft der 1950er und frühen 1960er Jahre in Deutschland unterscheidet. Die vormalig bestehende dichotomische Einteilung von Geschmacksmustern in stilvoll und stillos hat sich weitgehend aufgelöst, und die Hochkultur hat viel von ihrem Nimbus eingebüßt. Die frei zur Verfügung stehende Zeit hat gegenüber der Arbeitszeit an Bedeutung gewonnen, und ihr werden zunehmend identitätsstiftende Funktionen zugesprochen. Auch die ökonomischen Ressourcen, die für Freizeitvergnügen aufgewandt werden können, sind stark gestiegen (vgl. Müller/Hennings 1998: 11, Luger 1994: 44). Damit entsteht eine neue Erlebnissnachfrage, die sich nicht mehr nur auf den Feierabend konzentriert, sondern den ganzen Tag besteht: Auch ständige Stadtbewohner verhalten sich in ihren Heimatstädten immer mehr wie Touristen, die „etwas geboten“ bekommen möchten. Dank zunehmender Verwischung von Arbeits- und Freizeit und einem sich ständig erhöhenden Anteil an hoch spezialisierten, „kreativen“ Dienstleistungsberufen ohne zwingende Arbeitsplatzbindung haben sie zudem sehr viel stärker als früher die Möglichkeit zur flexiblen Nutzung des bestehenden Angebots. Letzteres ist jedoch längst zu einer Selbstverständlichkeit geworden und der Wunsch, es zu nutzen nicht mehr so brennend wie noch bei der Herausbildung der Erlebnisgesellschaft bzw. des innenorientierten Konsums (vgl. Florida 2004, 2005, Müller-Schneider 1998: 141–151, Schulze 1992: 531–543). Schulze vergleicht das Er-

lebnisangebot – obwohl es sich beständig erweitert und erneuert – vielmehr mit einem „bequeme[n] Sofa, an das man sich gewöhnt hat“ (1992: 543).

Die gesellschaftlichen Veränderungen schlagen sich auch in einem Wandel des städtischen Erscheinungsbilds nieder. Für Beck (1994: 41) ist Architektur sogar die „räumliche Manifestation von Gesellschaft“: Der Wunsch nach Identität und nach einem positiven Image wirkt auf die Stadtgestaltung (vgl. auch Herterich 1987: 212, Krämer-Badoni 1987: 167). Die Innenstädte werden zu „Schaufenstern der Stadt“ (Funke/Schroer 1998: 228) herausgeputzt. Es ist zu einer Strategie im Standardrepertoire der Stadtpolitik geworden, sich durch „Festivalisierung“, also mithilfe der Durchführung großer Events ins Gespräch zu bringen (vgl. Frank/ Roth 2000, Luger 1994: 14, Siebel 1994). Gebhardt/ Hitzler/Pfadenhauer bezeichnen Events als das „Versprechen eines ‚totalen Erlebnisses‘“ (2000: 10), das sowohl sinnlich als auch intellektuell erfahrbar wird, die Routine des Alltags durchbricht und zudem vergemeinschaftend wirkt (vgl. auch Hitzler 2000: 402). Dabei ist das Neue an ihnen nicht das Zusammenkommen vieler Menschen zu einem sozialen Anlass, sondern vielmehr ihr primäres Ziel der Herstellung eines Gemeinschaftsgefühls, einer kollektiven Identität. Gleichzeitig sind Events eine Möglichkeit zur Selbstinszenierung des sie in Anspruch nehmenden Individuums, das entscheiden kann, bei welchen Events es „gesehen werden“ und auf die Suche nach Gleichgesinnten gehen will (vgl. Frank/Roth 2000: 203, Willems 2000: 51–55). Events werden dabei als eine Art von inszenierter Erlebniswelt beschrieben, die unterschiedliche Ausprägungen annehmen kann. Architektur und Stadtgestaltung spielen bei dieser Form von Inszenierung eine große Rolle und können zuweilen sogar als das Event selbst gelten (vgl. Klingmann 2001: 325). Die Stadt wird als Gesamtkunstwerk wahrgenommen und – von Touristen wie von Einheimischen – vor allem ihres Erlebniswerts wegen aufgesucht (vgl. Bittner 2001: 14, Zametzer 1994: 121). Kritiker sprechen von einer Disneyfizierung der Städte, im Zuge derer nur noch auf die Erlebnis- und Konsumwünsche der kaufkräftigen Stadtnutzer eingegangen würde. Durch einen Mix

aus ästhetischer Formulierung und der Vermittlung von Geborgenheit durch Anknüpfen an lokale gestalterische Traditionen fühlen sich die Kunden ganz „zuhause“ und können sich ohne Ablenkung dem Konsum widmen. Dabei wird die Geschichte des Ortes zwar aufgegriffen, aber sehr selektiv wiedergegeben. Ziel ist es, einheimische Identität und Kommerz zu verknüpfen (vgl. Hannigan 2001: 137, Krämer-Badoni 1987: 170, Opaschowski 2009, Roost 2000: 9–11, 93–96, s. auch Kapitel zu „Wandel der Erinnerungskultur“).

Klassischerweise denkt man bei dieser Art der disneyfizierten, erlebnisorientierten Urbanität sofort an Themenparks oder Urban Entertainment Centers. Aber auch Rekonstruktionen können u. U. ähnliche Merkmale haben. Ulrich Kerkhoff bezeichnet Rekonstruktionen in seinem Einführungsbeitrag zum Symposium „Nachdenken über Denkmalpflege“ gar als das „kulturelle Event schlechthin“. Es werden nur die gewollten, „pittoresken“ Teile der Geschichte erzählt; erlaubt ist alles, was den Konsumenten Anklang findet. Auch Trimborn spricht mit Bezug auf wiederhergestellte Denkmäler von „Disneyland“ (2001: 110) und nennt „Rekonstruktionen und Re-Inszenierungen“ in einem Atemzug (2001: 102). In den USA, dem Ursprungsland der Disneyfizierung, wohnt derzeit die erste in Suburbia erwachsen gewordene Generation in traditionell gestalteten Kleinstadt-Nachbildungen (z. B. Celebration in Florida) – die „echten“ amerikanischen Kleinstädte kennen sie jedoch meistens nicht aus eigener Anschauung (vgl. Roost 2000: 100). Auch in Deutschland spielt für die (vornehmlich, aber nicht nur) jungen Leute, die ganz selbstverständlich mit Malls, Vergnügungsparks und ähnlichen Inszenierungen umgehen, die Authentizität eines Ortes oder eines Gebäudes eine zunehmend untergeordnete Rolle. Die „Simulation“ (Ronneberger 2001: 90) löst in den Rezipienten eine Emotion, ein Erlebnis aus. Für sie ist die Unterscheidung zwischen Original und Duplikat nicht mehr relevant, also sind sie bereit dazu, den Ort als Original wahrzunehmen (vgl. Opaschowski 2000a, s. auch den Abschnitt zu „Original und Fälschung“). In der Literatur wird diese Art von Architektur als „künstliche Paradiese“ oder „verführerische Kulisse“ (beide Zitate Breu-

er 1998: 213 bzw. 215) bezeichnet, „die sich vorbehaltlos an den durch die Massenmedien geformten Sehgewohnheiten orientiert“ (Franck 2001: 224). Ihren Befürwortern wird eine fehlende Sensibilität für die Geschichte unterstellt, und die Gebäude selbst werden als ein „ästhetischer Ausdruck für ein Bewusstsein [gewertet], das mit den Problemen von gestern nichts mehr zu tun haben will [...] und mit gebauten Witzchen den urbanen Flaneur erheitert“ (Häußermann/Siebel 1986: 106–107, zit. nach Luger 1994: 32).

Auch wenn man sich diesen missbilligenden Bewertungen nicht vorbehaltlos anschließen möchte, bleibt festzuhalten, dass rekonstruierten Gebäuden nach den obigen Ausführungen ein gewisser Erleb-

niswert für ihre Befürwortern zuzusprechen ist. Wenn die Reaktion auf einen materiellen Überfluss sich tatsächlich in einer Sinnkrise äußert, die weite Teile der Gesellschaft erfasst, können Wiederaufbauten wohl für einige Menschen zum Wiederfinden einer verlorenen Identität beitragen. Die verschiedenen Erlebnismilieus sind dabei von jeweils für sie logisch erscheinenden Motivkomplexen getragen. Daraus entstehende Tendenzen in der Stadtentwicklungspolitik wie Eventisierung oder Disneyifizierung und die Identitätssuche der Stadtbewohnern bedingen sich dabei gegenseitig und können einen nicht geringen Anteil an der Umsetzung von Wiederaufbauten haben.

## 4 Wiederaufbauprozesse: Zentrale Einflussfaktoren

### 4.1 Vorläuferprozesse und ihre Wirkungen

In den 1980er Jahren trugen dann verschiedene Veränderungen zu einer Phase eines erneuten Interesses Rekonstruktionsvorhaben, das letztlich sich bis heute eher verstärkt hat, gleichwohl aber seit 1990 in sich so stark gewandelt hat, dass eine Subsumierung als wenig sinnvoll erscheint. In den 1980er erholte sich die Wirtschaft von der Rezession der 1970er Jahre, womit in dieser Zeit geplante, aber nicht realisierbare Vorhaben in Angriff genommen werden konnte. Damit bestand auch erst jetzt die Möglichkeit mit entsprechenden Maßnahmen in einer antimodernen Haltung auf die Kritik an Architektur und Städtebau der Nachkriegsmoderne zu reagieren und „unsere Städte“ entsprechend des Aufrufs des Deutschen Städtebautags von 1971 zu „retten“. In Architektur findet die Postmoderne, die auch im Neubau nicht an Zitate spart und sich der Nüchternheit ihrer Vorgänger zu entledigen versucht, ihren Höhepunkt. Schließlich setzt sich mit dem konservativen Regierungswechsel in Bonn auch eine neue Erinnerungs- und Geschichtspolitik ein (vgl. Falser 2008: 308).

Innerhalb dieser Konstellation erfahren auch zuvor verhinderte und bislang verwehrt Rekonstruktionswünsche eine neuerliche Stärkung. Entsprechend der schon im Denkmalschutzjahr von 1975, das unter dem bemerkenswerten Motto „Eine Zukunft für unsere Vergangenheit“ stattfand, proklamierten „ästhetischen Konsumierbarkeit“ (Vgl. Falser 2008: 305) der hier kaum als komplexes gesellschaftliches Konstrukt verstandenen Städte wurde werden sie damit auch von vielen gesellschaftlichen Ansprüchen befreit, die insbesondere im Nachkriegswiederaufbau bestimmend waren.

Zentrale Projekte dieser Zeit sind die Römerberg-Ostzeile und die Alte Oper in Frankfurt am Main sowie der Hildesheimer Marktplatz mit dem Knochenhaueramtshaus. Alle drei sind Wendepunkte gegenüber den Planungen des Nachkriegswiederaufbaus. So hatte der Frankfurter Oberbürgermeister noch 1963 den Abriss der Überreste der Alten Oper gefordert und sich daraufhin den Spitznamen „Dynamit Rudi“ eingehandelt. Trotz einer seit 1953 bestehenden Bürgerinitiative „Rettet das Opernhaus“ wurde ein entsprechender Beschluss erst Ende der 1970er Jahre gefasst. (Setzepfand 2002) Nahezu parallel wurde die östliche Häuserzeile Platzes vor dem Römer zwischen 1981 bis 1984 errichtet, deren Fassaden eine Nachbildung historischer Vorbilder aus der Frankfurter Altstadt darstellen. Die modernen Nachkriegsbauten hatten bereits Ende der 1960er Jahre für den U-Bahnbau abgerissen werden müssen. Die Idee zur Restaurationskulisse hatte ausgerechnet „Dynamit-Rudi“ im Denkmalschutzjahr 1975 lanciert, umgesetzt wurde sie allerdings erst als mit Walter Wallmann eine konservative Stadtregierung die Macht im gegenüberliegenden Römer errang (von Beyme 1992: 207; In: von Beyme et al. 1992). In Hildesheim hingegen wurden moderne Gebäude (Sparkasse, Hotel „Rose“) der originalgetreuen Wiedererrichtung von Gebäuden und Fassaden an dem nach dem Krieg auch in seiner städtebaulichen Dimension veränderten Marktplatz geop-

Abbildung 8  
Römerberg-Ostzeile, Frankfurt am Main



Quelle: boreritos/CC by-sa

fert. Die Herstellung der alten Platzkanten wurde sukzessive zwischen 1980 und 1989 vorgenommen und konnte dabei anders als etwa bei der Alten Oper nicht auf eine lange Tradition einer bürgerlichen Wiederaufbau-Initiative verweisen. (Falser 2008: 309–310)

Insbesondere die Römerberg-Ostzeile wurde in der kulturwissenschaftlichen und architekturkritischen Diskussion äußerst reserviert aufgenommen. Allerdings kann davon ausgegangen werden, dass sie für den Imagewandel des ehemaligen „Krankfurt“ unter Walter Wallmann eine Schlüsselfunktion einnahm. Zu der von Wallmann durchgesetzten Strategie gehörte mit dem Bau des Museumsufers südlich des Mains und der Schirn-Kunsthalle eine deutliche kulturelle Aufwertung der für ihre Auseinandersetzung um das Westend und wegen ihrer kriegszerstörten Innenstadt trotz wirtschaftlichen Erfolgs mit einem schlechten Image versehenen Stadt, die dadurch auch an touristischer Bedeutung gewann. In diesem Zusammenhang hat die Wiederaufbaumaßnahme zwar keineswegs eindeutig den Boden für weitere vergleichbare Vorhaben bereitet – die Schirn selbst war ja ihrerseits architektonisch nicht unumstritten, setzte aber mit einer zurückhaltend postmodernen Architektur auf eine damals anerkannte Strömung und einen Entwurf von Bangert/Jansen/Scholz/Schultes, die bis heute großen Erfolg besitzen.

Es ist also genau zu analysieren, wie die frühen spektakulären Wiederaufbauvorhaben der 1980er Jahre den Boden für die derzeitige Rekonstruktionswelle bereitet haben. Angesichts der Rezeption der damaligen Bauten lässt sich vor allem eine intensiviertere Thematisierung feststellen – die Kontrahenten gehen gewissermaßen in Stellung. So formiert sich um die Römerberg-Ostzeile die Kritik aus der Architektenschaft und teilweise der Denkmalpflege, die in der Auseinandersetzung und unter Einbeziehung von Schlüsselwerken der Architekturkritik zur Postmoderne (Jencks 1977, Venturi/Scott-Brown/Izenour 1972) die Ablehnung entfunktionalisierter Form sieht, auf die Spitze getrieben im aus der Geschichte gerissenen Kompletztat der Rekonstruktion. Ein Teil der Nichtfachleute kann im Wiederaufbau

Abbildung 9  
Knochenhaueramtshaus, Hildesheim



Quelle: idensof/CC by-sa

ein Anknüpfen an idyllische und durch die Nachkriegsmoderne nicht neu belebte historische Stadtbilder erkennen. Sie sieht für ihn in der hochkarätigen handwerklichen Ausführung etwa von Teilen des Knochenhaueramtshauses den Nachweis erbracht, dass ein Wiederaufbau weder technologisch noch gestalterisch verlogen im Sinne des Fassadismus sein muss, wenn sich hinter der Fassade sich kein moderner Stahlbetonbau findet, die Materialien und Bautechnologien sich mit wirtschaftlich vertretbarem Aufwand wiederbeleben lassen und zudem die differenzierte Ausgestaltung kunsthistorisch oder regional-kulturell bedeutsamer Details mehr zu bieten scheint als das elitiäre Reduktionsversprechen der Moderne. Indem sich die Argumente schärfen, ist aber noch nicht unbedingt lokal eine Verstetigung von Wiederaufbautendenzen zu erkennen. Ansatzweise beginnt ein gewisser „Gewöhnungseffekt“ (Bartetzko 24.09.2009) zu wirken, der aber noch kaum auf Stadtpolitiker, Architekten und Denkmalpfleger übergreift. In den wenigsten Städten bildet sich eine gewisse Kontinuität heraus, in vielen dagegen werden später verlorene hochrangige Einzelgebäude zum Gegenstand von Rekonstruktionsbemühungen, wobei lokale Faktoren und der wiedervereinigungsbedingte nachholende Wiederaufbau Auslöser sind und schließlich die mediale Inszenierung des Schlossprojekts

in Berlin und vor allem der Frauenkirche in Dresden zu Anknüpfungspunkten für Nachahmerprojekte und Nachahmerargumente werden.

## 4.2 Katalytische und prozessbestimmende Faktoren

Im Folgenden sollen Faktoren diskutiert werden, die das Aufkommen von Rekonstruktionsdebatten in den letzten Jahren unterstützen. Sie knüpfen an gesellschaftliche Veränderungstendenzen an, die am ehesten mit politikwissenschaftlichen Erklärungsansätzen zu fassen sind. Dabei soll es aber zunächst lediglich um solche Faktoren gehen, die unabhängig von einer Feinanalyse einzelner Entscheidungsprozesse günstige Rahmenbedingungen für derartige Debatten schaffen. Ziel des folgenden Abschnitts ist es also, Hinweise darauf zu geben, warum in den letzten Jahren eine Rekonstruktionsdebatte überhaupt auf lokaler Ebene eine realistische Chance hatte, auf breiter Front Fuß zu fassen und wahrgenommen zu werden. Erklärungsansätze dahingehend, wie die hier geschilderten Faktoren im Detail im Zusammenspiel mit anderen lokalen Rahmenbedingungen an der Diskussion über oder der Durchsetzung von Rekonstruktionsvorhaben mitwirken, sollen der Analyse der Fallstudien im folgenden Kapitel vorbehalten bleiben.

### 4.21 Stärkung der Zivilgesellschaft und des bürgerschaftlichen Engagements

In der westlichen Welt haben Institutionen des bürgerschaftlichen Engagements seit den 1970er Jahren stark an Einfluss auf politische Entscheidungen gewonnen. Besonders in Deutschland fand – mit der Studierendenbewegung der späten 1960er Jahre als Katalysator – eine weit reichende Modernisierung und Politisierung der Gesellschaft statt, im Zuge derer sich eine Vielzahl basisdemokratischer Bewegungen und Organisationen gründete. Auch Parteien, Gewerkschaften und andere Großorganisationen erlebten damals ein immenses Mitgliederwachstum (vgl. Faulenbach 2003, Grunenberg 2003: 67–68). Diese Zeit bezeichnet Faulenbach als „zweite Phase der Demokratiegründung“ (2003: 61) in der noch jungen Bundesrepublik, in der

sich eine „mündige Gesellschaft“ (Faulenbach 2003: 57) herauszubilden begann. In diesem Abschnitt soll dargelegt werden, in welcher Weise sich die Ausweitung des bürgerschaftlichen Engagements auf die Entstehung von Wiederaufbau-Initiativen ausgewirkt haben kann und welche Motive den Handlungen der Akteure möglicherweise zugrunde liegen.

Ebenfalls in den 1970er Jahren wurden auch die seitdem häufig gebrauchten Begriffe Zivilgesellschaft und zivilgesellschaftliches Engagement (oft und auch hier synonym verwandt: Bürgergesellschaft/ bürgerschaftliches oder bürgerschaftliches Engagement) populär. Trotzdem ist es bis heute nicht gelungen, allgemeingültige Definitionen zu etablieren (vgl. Thierse 2003: 91). Nach Martin und Sylvia Greiffenhagen handelt es sich bei der „demokratische[n], diskutierende[n] und partizipierende[n] Zivilgesellschaft“ (1999: o. S.) um das Idealbild einer politischen Kultur, das in verschiedenen Staaten unterschiedlich weit verfehlt wird. Sie zeichnet sich durch ein besonders ausgewogenes Verhältnis von Staat, Markt, bürgerlicher Öffentlichkeit und bürgerlicher Privatheit aus. Obwohl nie ganz aus dem Blickfeld der Politikwissenschaften verschwunden, erlebte die Forschung um bürgerschaftliches Engagement nach der Einsetzung einer Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages im Jahr 1999 einen vorläufigen Höhepunkt (vgl. exemplarisch Gensicke 1999: 73–74). Auf dem engagierten Bürger bzw. der engagierten Bürgerin lasten vielfältige und sich stetig erweiternde Hoffnungen – nicht zuletzt die, sie könnten in Zeiten chronisch knapper öffentlicher Kassen und im Zuge eines fortschreitenden Rückzug des Staates dessen vormalige Aufgaben teilweise übernehmen und gleichzeitig eine befürchtete gesellschaftliche Erosion im Sinne des von Putnam (2000) für die Vereinigten Staaten konstatierten „Bowling Alone“ verhindern (vgl. Gensicke/Picot/Geiss 2006: 35, Roth 2003: 19). Robert Putnam hatte im Jahr 2000 mit einer Publikation Aufsehen erregt, in der er u. a. am Beispiel der sinkenden Mitgliedszahlen in Bowlingligen – bei gleichzeitigem Anstieg von Menschen, die alleine zum Bowling gehen – starken Rückgang des zivilgesellschaftlichen Engagements und des Sozialkapitals in den

Vereinigten Staaten insgesamt festgemacht hatte. Die Studie wurde über Fachkreise hinaus – auch kritisch – rezipiert und hat besonders in den USA und in geringerem Maße auch in Europa eine anhaltende Debatte über die Zukunft der Bürgergesellschaft angeregt.

Dabei ist ebenfalls nicht eindeutig geklärt, welche Aktivitäten nun genau unter den Begriff bürgerschaftliches Engagement fallen und ob beispielsweise einer Mitgliedschaft im Fußballverein der gleiche „zivilgesellschaftliche Wert“ zugeschrieben werden sollte wie der Pflege von Kranken oder der Leitung einer kommunal organisierten Umweltschutzgruppe. Für Roth setzt sich bürgerschaftliches Engagement aus einer Vielzahl von Aspekten und alltäglichen Praxen zusammen, deren Gemeinsamkeit es ist, die „demokratische Qualität einer Gesellschaft“ (2003: 22) zu erhöhen. Dazu gehören z. B. „Vertrauensbeweis, Zivilcourage, soziales Kapital, politische Initiative, Einbindung in soziale Netze, gegenseitige Hilfe in Nachbarschaften, Selbsthilfe oder ehrenamtliches Engagement“ (Roth 2003: 22). Im Gegensatz zum Freiwilligensurvey der Bundesregierung schließt diese Definition auch Aktivitäten ein, die nicht zwingend institutionell gebunden sind. Dort sind folgende Leitlinien festgelegt, denen bürgerschaftliches Engagement entsprechen soll: Es umfasst alle Bereiche, in denen „freiwillig, nicht auf materiellen Gewinn gerichtet [und] gemeinwohlorientiert“ gearbeitet wird, die „öffentlich bzw. im öffentlichen Raum statt [finden] und [...] in der Regel gemeinschaftlich bzw. kooperativ ausgeübt“ werden (Gensicke/Picot/Geiss 2006: 34). Corsten/Kauppert/Rosa (2008: 12–13) erweitern diesen Katalog noch um die Kriterien Konstanz und Erwartbarkeit, um einmalige Einsätze wie z. B. in der Katastrophenhilfe auszuschließen.

Im Zuge der Individualisierung (vgl. Kap. 3.43) wird nicht nur eine zunehmende gesellschaftliche Verunsicherung, sondern immer wieder auch ein rapider Werte- und Solidaritätsverfall einhergehend mit sinkenden Mitgliederzahlen in sozialen und politischen Organisationen beklagt. Sozialforscher stellen bei genauerem Hinsehen jedoch überwiegend einen Wertewandel (im Gegensatz zu *-verfall*) fest: Zwar

verlieren mit Fleiß und Ordnungsliebe verknüpfte Werte an Bedeutung, andere – z. B. Toleranz, Bereitschaft zum unbezahlten Engagement und zur Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung – werden jedoch immer wichtiger (vgl. Klages 1999: 1–6). So stimmten im Jahr 2000 zwei Drittel der Befragten der folgenden Aussage zu: „Ob ich mich hier im Lande wohl fühle oder nicht, dafür bin ich auch selbst verantwortlich“ (vgl. SIGMA 2000: 29). Dabei ist es sicherlich zutreffend, dass besonders die Volksparteien und andere Großorganisationen des „alten Ehrenamts“ (Dörner/Vogt 2008: 38) wie Gewerkschaften und Kirchen an Mitgliedern und damit auch an Einfluss verloren haben und noch verlieren (vgl. REMID 2009, Süddeutsche Zeitung 2008, Tenbrock 2003). Die Engagementquote liegt in Deutschland jedoch seit Jahren konstant bzw. sogar leicht steigend bei einem guten Drittel der Bevölkerung (2004 waren es 38 Prozent der über 15-Jährigen). Ein weiteres Drittel interessiert sich dafür, in naher Zukunft ein solches Engagement aufzunehmen. Der ehemalige baden-württembergische Sozialminister Repnik nennt bürgerschaftliches Engagement gar „Teil einer zeitgemäßen Lebensweise“ (SIGMA 2000: Vorwort). Besonders bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist das Engagement sowie das noch brachliegende Potenzial sehr hoch (vgl. Gensicke/Picot/Geiss 2006: 13–17).

Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass das ungezwungene, das informelle Engagement immer stärker nachgefragt wird: Engagement ja, langfristige Mitgliedschaften eher nein. Selbst wenn die Engagierten sich oft über Jahre hinweg für eine Sache einsetzen bzw. für eine Organisation arbeiten, genießen sie dennoch die lockeren Strukturen dieser Art der posttraditionalen Vergemeinschaftung, die ihnen die Möglichkeit geben, jederzeit „Nein“ zu sagen und sich anderweitig zu orientieren (vgl. Dörner/Vogt 2008: 154–156). Gesellschaftspolitische Aktivitäten finden also immer öfter im Rahmen des „neuen Ehrenamts“ statt, das sich durch Selbstorganisation und Projektorientiertheit auszeichnet. Weiterhin werden so genannte „Themenanwälte“ (Anheier 2001: 5), also Organisationen, die sich für ein konkretes Thema (z. B. Umweltschutz, globale Gerechtigkeit) stark machen, attraktivi-

ver. Durch diese veränderten Formen und Strukturen ist ein Ende der Verpflichtung abzusehen und vor allem steht ein greifbares Ergebnis am krönenden Abschluss: die „Früchte“ der freiwilligen Arbeit werden sichtbar (vgl. Dörner/Vogt 2008: 38). Der oder die altruistisch „Dienende“ ist somit ein Auslaufmodell; im Vordergrund stehen – bei der Jugend ebenso wie bei den älteren Freiwilligen – vielmehr ein gewisser Unterhaltungswert sowie die Möglichkeit zur Mitgestaltung der eigenen Lebenswelt. (vgl. Dörner/Vogt 2008: 38, Klages 1999: 12, Roth 2003: 24).

In diesem Zusammenhang hat sich das Bedürfnis nach Mitsprache über Dinge, welche die Menschen direkt betreffen, und insbesondere die Mitgestaltung des eigenen Wohnumfelds stark erhöht (vgl. Gensicke/Picot/Geiss 2006: 27, Klages 1999: 3, SIGMA: 6). Gerade Themen der Stadt(teil)entwicklung – und somit auch Wiederaufbauvorhaben – rufen oft großes Interesse hervor. In vielen Fällen übernehmen aktive Bürger die Initiative für Wiederaufbauvorhaben, leisten Lobbyarbeit, sammeln Spenden und tragen auf vielfältige andere Weise zu ihrer Wahrnehmung in der Stadtöffentlichkeit bis hin zur Umsetzung bei. Wagner-Kyora (2004: 90) bezeichnet lokale Wiederaufbau-Vereine gar als ein „ideales Betätigungsfeld von Partizipation“. Am klar festgesetzten Ende des Projekts steht etwas „zum Anfassen“, nämlich die Errichtung eines „besonderen Schmuckstücks“ für die Stadt (von Saldern/Wagner-Kyora 2005: 47). René Seyfarth (2009, vgl. Kap. 3.5) nennt das Bedürfnis, das hinter dieser Entwicklung steht, die „Machbarkeit von Welt“. Auf die Frage, warum sich gerade viele junge Leute, die oft einen verlorenen Originalbau gar nicht aus eigener Anschauung kennen, für Rekonstruktionen einsetzen, erläutert er deren pragmatische Einstellung zu bürgerschaftlichem Engagement: Die Lösung vieler gesellschaftlicher Probleme wie z.B. Arbeitslosigkeit oder Rechtsextremismus sei eben nicht innerhalb einiger Monate oder Jahre zu erreichen, sondern ist wesentlich langfristiger angelegt. Der Einsatz für Rekonstruktionen kann seiner Meinung nach als ein Ersatz für die Lösung dieser ungleich komplexeren Probleme gesehen werden. Gleichzeitig, so die These Seyfarths, werden dadurch aber auch andere

gesellschaftliche Diskurse verunmöglicht oder wenigstens überlagert. Die Rekonstruktions-Befürworter bezeichnet er daher auch als „Pragmatiker“, denen es auf eine materielle Umsetzung von Symbolen ankommt, die Gegner hingegen als „Idealisten“, da für sie die historische „Wahrheit“ im Vordergrund steht.

In welchem Maße diese These nun zutrifft oder nicht, ist bislang leider nur sehr eingeschränkt empirisch überprüft worden. Da das langfristige, „alte Ehrenamt“ jedenfalls nicht vollends verschwunden ist und weiterhin neben dem „neuen“ existiert – schließlich engagiert sich immer noch eine beträchtliche Anzahl von Menschen z.B. gegen Rechtsextremismus – differenzieren sich Engagementformen. Fest steht weiterhin, dass sich die individuellen Motive der Bürger für ihr Engagement in allen Bereichen in den letzten beiden Jahrzehnten gewandelt haben. Dabei ist eine deutliche Verschiebung von dem Bedürfnis, einen Dienst für das Gemeinwohl zu leisten, hin zur Betonung von Selbstverwirklichung und -entfaltung festzustellen, wobei bei allen altruistisch-gemeinnützigen neben egoistisch-nutzenorientierten Motiven stehen. Dörner/Vogt (2008: 112–146) identifizieren acht Motivmuster, in die sich die von ihnen befragten Akteure einordnen lassen: Eher ältere Engagierte sind öfter als junge noch aus christlicher Nächstenliebe zivilgesellschaftlich aktiv. Sie sind dankbar, selbst ein erfülltes Leben geführt zu haben bzw. noch zu führen, wollen an die Gesellschaft „etwas zurückgeben“ oder agieren aus einem Schuldgefühl heraus. Auch bei republikanisch (abgeleitet aus dem „republikanischen“ Politikverständnis dieser Bürger, die ihre Anliegen zur *res publica* machen – Solidarität wird als vergemeinschaftendes Element gesehen) orientierten Engagierten steht das Gefühl der Pflicht im Vordergrund, allerdings eher aus einem politischen Interesse heraus. Sie sind oft langfristig engagiert und sehen sich als ein Sprachrohr für allgemeine Interessen. Für sie ist die Kommune als die kleinste politische Einheit der Ort, an dem sie ansetzen. Ein drittes Motivmuster wird als „Lokalpatriotismus und wohlverstandenes Eigeninteresse“ (Dörner/Vogt 2008: 120) bezeichnet. Lokalpatrioten sind emotional stark an ihre heimatliche Stadt gebunden und wollen gezielt dazu beitra-



gen, sie für ihre Einwohnern – und damit auch für sich selbst und ihre Familien – attraktiver zu machen. Das vierte genannte Motiv, Materialismus, ist das am schwierigsten zu erfassende, da es von den Engagierten selbst als illegitim empfunden wird. Damit ist keine direkte finanzielle Vergütung des Engagements gemeint, sondern eher kleine Vergünstigungen, die dieses mit sich bringt (private Nutzung von Ausstattung, kleine Geschenke, Einbindung in ein Netzwerk von potenziellen Umzugshelfer ...). Auch die Anhäufung von kulturellem, sozialem und symbolischem Kapital spielt eine Rolle: Kulturelles Kapital (Bildung und Qualifikationsgewinne) wird durch die Lernerfahrung erworben, die mit dem Engagement verbunden ist. Man übt beispielsweise öffentliches Auftreten und Verhandlungsführung oder erlernt spezielle handwerkliche Fertigkeiten. Gerade für Jüngere kann zivilgesellschaftliches Engagement eine Rolle bei der Studienplatzvergabe oder der Arbeitsplatzsuche spielen. Soziales Kapital (soziale Kontakte und Geselligkeit) ist für die Akteure in zweierlei Hinsicht bedeutsam: Zunächst pflegen sie eine ganze Reihe von nützlichen Kontakten, die sie für andere – private und berufliche – Zusammenhänge aktivieren können. Im Gegensatz zu den materiellen Gewinnen sind diese Gewinne jedoch nicht berechenbar, sondern ergeben sich mehr oder weniger zufällig. Zum anderen genießen die Freiwilligen aber auch die Geselligkeit und das Zusammensein an sich. Der Erwerb symbolischen Kapitals (Anerkennung und Prominenz) schließlich manifestiert sich in der sozialen Anerkennung, die ein erfolgreich durchgeführtes Projekt mit sich bringt und der Würdigung von außen, die das Selbstwertgefühl steigert. Das achte Motivmuster wird als Spaß und Selbstverwirklichung beschrieben: Die Freiwilligen wollen interessante Leute treffen, eine eigenverantwortliche Tätigkeit ausüben und dabei Spaß haben.

Ohne empirische Daten ist es schwierig, eine Aussage über die Einordnung von Rekonstruktionsbefürwortern in diese Motivmuster zu machen. Da die individuellen Hintergründe mindestens so vielfältig sind wie die Engagementformen, sind in gewisser Weise wahrscheinlich alle hier aufgeführten Motive auch im Kontext von

Rekonstruktionen zutreffend, einige Zusammenhänge lassen sich aber deutlicher als andere aus der Literatur oder aufgrund von Erfahrungswerten herleiten: Christliche Motive spielen sicherlich zumindest bei Sakralbauten eine Rolle, wofür u. a. die Dresdner Frauenkirche als Beispiel steht. In der republikanischen Politiktradition (zweites Motivmuster) steht das engagierte Individuum im Mittelpunkt, welches das Gemeinwohl über den persönlichen Nutzen stellt. Heutzutage gehen kollektiver und persönlicher Nutzen zwar meist Hand in Hand. Zentral ist hier aber die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung (vgl. Dörner/Vogt 2008: 39–40) für ganz unterschiedliche Anliegen. In ihrer Funktion als Sprachrohr weisen die „republikanischen“ Freiwilligen auf „alternative Lösungen [hin] und bereicher[n] so das Spektrum des Sagbaren im politischen Feld, durch das wiederum das Spektrum des Machbaren bestimmt wird“ (Dörner/Vogt 2008: 31). Dies gilt auch für Belange der Stadtpolitik und Stadtentwicklung und besonders für das in Deutschland lange tabuisierte Thema des Wiederaufbaus. Wagner-Kyora (2004) begreift zudem die damit befassten Engagierten als diejenigen, die der Empörung gegenüber einer technokratischen, auf Expertenwissen basierenden Stadtentwicklungspolitik stellvertretend Ausdruck verleihen. Zudem haben als dritte Motivgruppe die Lokalpatrioten ein gesteigertes Interesse daran, sich für Rekonstruktionen einzusetzen – zumindest, wenn sie sich durch sie eine Attraktivitätssteigerung für ihre Heimatstadt erhoffen. Die drei Kapitalarten sind hier sicher alle relevant, besonders aber das symbolische. Hier sei auf die obigen Ausführungen zu Identität und Distinktion verwiesen: Besonders die sinnlich anschaulichen Projekte wie ein fertiger Wiederaufbau geben den Akteuren die Möglichkeit zur Selbstinszenierung und akkumulieren gleichzeitig symbolisches Kapital für die ganze Stadt. An dieser Stelle sei auf die in den betreffenden Abschnitten diskutierten sozial- und kulturwissenschaftlichen Hintergründe (z. B. „Heimat“, „Erlebnisgesellschaft“, „Nostalgie“) verwiesen, die deutliche Hinweise darauf geben, wieso sich das Engagement der Menschen eher auf die Rekonstruktion verlorener Gebäude denn

auf andere stadtbildprägende Aktivitäten konzentriert.

Eine besondere Spielart des – stets auch finanziellen – zivilgesellschaftlichen Engagements für den Wiederaufbau verlorener Bausubstanz ist das Mäzenatentum. Während die Pflege von Kunst und Kultur in der BRD zumindest bis in die 1980er Jahre hinein als Aufgabe des Staates galt und nur am Rande privaten Initiativen überlassen wurde, wurden mit dem Wandel des demokratischen Sozialstaates und einer Rückkehr subsidiärer Aufgabenwahrnehmung auch kulturelle Leistungen wieder vermehrt durch private Akteure übernommen (vgl. Lohmann 2003, Fuchs 2003). Allein in den Jahren 2000 bis 2005 wurden rund 4.800 Stiftungen neu gegründet (vgl. Maecenata Instiut 2006). Dabei hat eine wachsende Zahl von Stiftungen die Aufgabe des privaten Mäzenatentums unter Aufsicht des Staates übernommen („institutionelles Mäzenatentum“). Wenngleich das Mäzenatentum weiterhin einen geringen Anteil an der Kulturförderung hat (1994 in der BRD gerade vier Prozent), ist der im 19. Jahrhundert entstandene Mythos des Mäzens als „Idealtypus des idealistischen und selbstlosen Gönners“ dennoch nicht verschwunden. Da bei dieser Art der Förderung in der Regel auch eine gewisse Erfolgsorientierung der Spender bezeichnend ist, sieht Frey (1998: 26; vgl. auch 24–26) „nicht de[n] ‚selbstlos[n]‘, sondern de[n] in diesem Sinn ‚interessierte[n]‘ Mäzen“, der „sein Augenmerk auf die Tradierung und gegebenenfalls auf die Modernisierung kultureller Wertmuster als grundlegende Bedingungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens“ richte.

Entsprechend ist zwischen einer Vielzahl von Kleinspenden, die durchaus den Willen und das Engagement eines bedeutenden Teils der Bevölkerung repräsentieren, und einzelnen Großspendern zu unterscheiden, deren Mäzenatentum nicht wie in anderen Künsten dem Künstler zu Gute kommt, sondern sich stadtbildprägend auswirken soll. Letzteres muss nicht mit einem entsprechenden Mehrheitswillen einhergehen, kann aber als Argument meinungsbildend wirken. Sie können in diesem Sinne auch Ausdruck des Gestaltungswillens und des Willens der Spender sein, ein imposantes, Zeiten überdauerndes Denkmal zu hin-

terlassen, obwohl deren Selbstdarstellung eher davon spricht, „etwas zurückgeben“ zu wollen (vgl. Otto o.J.).

Neben solchen persönlichen Motiven weist Wagner-Kyora (2006) allerdings auch nach, dass hinter den Bürgerinitiativen häufig mächtige Lobbygruppen standen. Durchsetzungsfähig werden die Initiativen ohnehin nur dadurch, dass sie sich in quer durch die politischen Fraktionen entstehenden Diskurskoalitionen organisieren, auf die oben bereits hingewiesen wurde (Hajer 1995). In diesem Zusammenhang spielt die Besetzung des öffentlichen Diskurses mit langfristig mobilisierenden Argumenten eine besondere Rolle. Sie kann dazu führen, dass auch politische Schlüsselpersonen sich auf die Seite der Befürworter schlagen, gerade wenn sie vorher keine explizite Meinung vertreten haben und diese erst in der aufkommenden Auseinandersetzung schärfen. Zwar ist in einigen eher politisierten Prozessen die Befürworterschaft von Rekonstruktionen deutlich im Lager von CDU und FDP zu finden, doch gilt dies nicht durchweg, gerade wenn sich auf kommunaler Ebene andere Koalitionen bilden oder Rekonstruktionsprojekte aus allen Lagern verstreute Anhänger finden.

#### 4.22 Experten-Laien-Kommunikation

Die politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um Wiederaufbauvorhaben spiegeln auch das Verhältnis und die Kommunikation von Experten und Laien wider. Während Initiativen für originalgetreue Rekonstruktionen zumeist von Laien ausgehen (seien es Bürgerinitiativen, Stadtpolitiker oder Unternehmer), sind es immer wieder Teile der Architektenschaft, des Kulturjournalismus und der institutionalisierten Denkmalpflege, die aus ihrem fachlichen Zugang heraus kritische Positionen formulieren.

Die Unterscheidung dieser beiden Akteursgruppen erscheint dabei für Ablauf und Ergebnisse politischer Entscheidungsprozesse innerhalb einer demokratischen Gesellschaft – zumal auf lokaler Ebene – insgesamt von großer Bedeutung. Nach einer Phase, in der die aufgeklärte moderne Gesellschaft sich in ihren demokratischen Entscheidungen vom Expertenrat leiten ließ, hat sich auch aus der fundamentalen

Kritik der späten 1960er und frühen 1970er Jahre heraus eine postmoderne, emanzipierte Gesellschaft entwickelt, in den in zivilgesellschaftlichen Gruppen organisierte bzw. mit politischen Ämtern betraute Laien Expertenmeinungen grundsätzlich skeptisch entgegen treten. Dabei ist es zu einer Aufwertung der Position des Laien durch partizipative Elemente einerseits und einen zunehmenden Populismus politischer Rhetorik andererseits gekommen. Dabei wird teilweise gar mit scheinbaren Gleichsetzungen der Sachkunde der Bürgerinnen und Bürger mit der Fachkunde des Experten argumentiert (etwa als „Experten für ihre eigene Lebenswelt“; vgl. Rambow 2000: 1), während Fachwissen entweder aus einer anti-elitären Haltung heraus abgelehnt oder durch aufgeklärte Teile der Zivilgesellschaft zunehmend hinterfragt und mit politischen Interessen in Verbindung gebracht wird.

Diese Entwicklung ist im Zusammenhang mit der gebauten Umwelt in besonderem Maße gegeben. Fragen der Nutzbarkeit, vor allem aber auch der Ästhetik bieten zum einen ein im Vergleich zu anderen kommunalen Aufgaben niederschwelliges Angebot zur individuellen wie gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung auch unabhängig von der Expertendiskussion bieten. Zum anderen besteht hier traditionell eine erhöhte Bereitschaft der Verwaltung, Politik und Fachwelt, die Bürger an ihren Entscheidungen zu beteiligen. So haben partizipative Elemente hier auch eine feste (gesetzliche) Verankerung innerhalb der Entscheidungsprozesse. Nach einer Phase der kritischen Auseinandersetzung mit den baulich-räumlichen Ergebnissen des Nachkriegswiederaufbaus und der gleichzeitigen Modernisierung der Städte (insbesondere Ausbau und Individualisierung der Verkehrssysteme) und der daraufhin verstärkten Überwachung und Einmischung in Planungsverfahren hat sich das „nützliche Korrektiv“ (Decker 2006) einer solchen Begleitung der durch Experten unterstützten Entscheidungen soweit emanzipiert, dass die Bürger nunmehr aktiv an der Gestaltung der gebauten Umwelt teilhaben wollen. Das Anliegen der Bürgerinitiativen zum Wiederaufbau zerstörter Bauwerke geht dabei häufig über die aus der Kritik am Bestand erwachsene Forderung nach Anpassung oder eine Be-

teiligung an der Entscheidung als Sachkundige und Betroffene hinaus. Vielmehr sind die Bürger hier diejenigen, die einen zumeist sehr konkreten Vorschlag im Sinne einer baulichen Lösung präsentieren.

Damit weicht die Experten-Laien-Kommunikation hier von der gängigen Struktur ab, in der das Expertenwissen durch den Laien abgefragt wird, um selbstverantwortlich informierte Entscheidungen treffen zu können. (Bromme/Rambow 2001) Experten treten dabei in politischen Konflikten zumeist entweder als (potentielle, vermutete) Ursache oder möglicher Problemlöser auf. (Peters 1994) In Wiederaufbaudebatten hingegen wird zwar zum Teil das vermeintliche frühere Versagen der an der Stadtproduktion beteiligten Fachleute als Ausgangspunkt genommen. Den Architekten und Denkmalpflegern kommt aber häufig die Aufgabe zu, Probleme der beabsichtigten Vorhaben überhaupt erst zu artikulieren. Damit werden sie vor allem als Vertreter einer (fachlichen) Meinung gegebenenfalls sogar als Gegner wahrgenommen, und ihre Kommunikation stellt eher den Versuch einer pädagogischen Überzeugungsarbeit dar, als dies gewöhnlich in der Experten-Laien-Kommunikation üblich ist (vgl. Bromme/Rambow 2001). Andererseits werden unkritische oder konstruktiv mitwirkende Experten wie gemeinhin üblich zur Überzeugung eingesetzt, was in der Auseinandersetzung stets zu einer ideologie-kritischen Bewertung anstelle einer Überprüfung des spezifischen Wahrheitsgehalts führt (vgl. Peters 1994).

Durch die bürgerliche Eigeninitiative erhalten Wiederaufbauvorhaben und die mit ihnen verbunden politischen Diskurse notwendigerweise populistische Züge, zumindest im Sinne einer emanzipativen Demokratisierung eines teils der Bevölkerung, häufig allerdings auch im Sinne einer hierauf reagierenden Herrschaftstechnik. (Vgl. Meyer 2006: 81) Innerhalb der Wiederaufbau-Initiativen gebärdet sich „das Volk selbst populistisch“ (Roellecke 2003: 56), in dem es eine gegen die als elitär und intellektuell empfunden Expertenposition (vgl. Pretting 2005: 143) zeitgenössischer Architektur und für eine an einem behaupteten ästhetischen Empfinden der Mehrheit argumentiert und den hierin gesehenen Bedarf der „kleinen Leute“ nach

einer bestimmten Qualität der gebauten Umwelt gegen die „Großen“ der städtischen Politik und Verwaltung sowie der Immobilienindustrie verteidigt. Dies führt häufig auch zu einem entsprechenden Populismus der politischen Kommunikation der Befürworter rekonstruktiver Praktiken, „die auf Kosten der sachlichen Notwendigkeiten um Zustimmung der Bürger wirbt.“ (Roellecke 2003: 60). Die Auseinandersetzung um zeitgenössische Architektur ist insofern geeignet für populistische Tendenzen, als hierfür „vor allem Modernisierungsprobleme, die auf kulturellem, sozialem oder ökonomischem Gebiet Bedrohungsängste, Entwurzelungserfahrungen, Unsicherheiten und Ängste“ (Meyer 2006: 82) auslösen, als Ursache angesehen werden. Auf die in der gebauten Umwelt in besonderem Maße wahrnehmbaren Veränderungen erscheint eine Rückkehr zu traditionellen Bauformen, gesteigert in der Wiederherstellung einer früheren baulichen Situation als eine sicherheitsorientierte Strategie.

Schließt sich ein Teil der Herrschenden dieser Argumentation an, so kann dies aus der eigenen laienhaften Meinung erwachsen, stellt aber unter Umständen auch eine wiederum populistische Strategie des Machterhalts dar. Allerdings wird auch darauf hingewiesen, dass es eines bestimmten politischen Rahmens bedarf, damit populistische Tendenzen wirksam werden können. (Meyer 2006: 82) Innerhalb der Neuen Politischen Ökonomie (NPÖ) wird durch die Reduktion von Problemlösungen auf einfache Alternativen von einer Tendenz von führenden Parteipolitikern zur gesellschaftlichen „Mitte“ ausgegangen (Medianwählermodell). Damit „liegt doch der Ursprung des strukturellen Populismus bereits im Kern der modernen Demokratie [... und] gehören populistische Mechanismen und Techniken zum Alltag demokratischer Politik“ (Pretting 2005: 143), kommt doch „die Demokratie nicht ohne die kritische Beteiligung und ohne das aktive politische Engagement der Bürger aus.“ (Wehner 1997)

#### 4.23 Populismus

Innerhalb der Politikwissenschaften wird davon ausgegangen, dass es innerhalb der vergangenen rund drei Jahrzehnte auch

in Europa (Priester 2007: 8–9) zu einer Zunahme populistischer Tendenzen innerhalb politischer Prozesse gekommen ist – und damit relativ gleichzeitig mit der hier betrachteten Rekonstruktionswelle. Daher soll an dieser Stelle untersucht werden, inwieweit diese Tendenzen innerhalb der Rekonstruktionsdebatte erkennbar werden und ob sie möglicherweise Auswirkungen auf die (lokalen) Debatten um Wiederaufbauvorhaben hatten. Da der Populismus-Begriff jenseits seiner journalistischen oder politisch-rhetorischen Verwendung in den vergangenen Jahren wissenschaftlich weiterentwickelt und aufgeweitet wurde, soll im Folgenden zunächst ein Überblick über wesentliche Teile der aktuellen Populismusforschung gegeben werden, die zum Teil auch in ihrer Widersprüchlichkeit dargestellt werden soll. Daran anschließend sollen vier Thesen über den möglichen Zusammenhang dieser Erkenntnisse mit dem innerhalb dieser Arbeit untersuchten Phänomen der Rekonstruktion formuliert und ansatzweise diskutiert werden. Dabei soll überprüft werden, inwieweit einerseits ein spezieller Inhalt – die Vorstellung architektonischer und städtebaulicher Rekonstruktion – und andererseits verschiedene Formen der politischen Durchsetzung und Willensbildung sowie zivilgesellschaftlichen Engagements mit populistischen Tendenzen in Verbindung gebracht werden. Dies birgt die Schwierigkeit, dass unter diesen erweiterten Begriff dann auch solche Teile des etablierten politischen Systems zu fassen sind, die einen solchen „Vorwurf“ entschieden zurückweisen würden. Schließlich ist in der nicht-wissenschaftlichen Verwendung von einer durchgehend negativen Wortbedeutung auszugehen (Rensmann 2006: 59), die sich letztlich in der Auffassung zusammenbringen lässt, „Populisten [seien] gewissermaßen die Schmutzkinder unter den Politikern“ (Priester 2007: 7). Zudem sind sich einige Akteure möglicherweise nicht einmal des politischen Aspekts ihrer Handlungen bewusst.

Zunächst einmal unabhängig von dieser populären Verwendung geht die Forschung heute davon aus, dass sich viele unterschiedliche Bewegungen, Parteien, Führer und Regime unter dem Begriff des Populismus fassen lassen (Spier 2006: 33), die in der Regel über ihren Rekurs auf das

„einfache Volk“ im Gegensatz zu einer „korrupten Elite“ definieren lassen. Dabei wird mittlerweile des Öfteren davon ausgegangen, dass es sich beim Populismus um eine eigenständige, gleichwohl „dünne“ Ideologie (Rensmann 2006: 76) handelt und wird vermehrt auch auf wenn nicht positive, so doch auf das gesamte politische System bezogene Aspekte dieser Tendenzen verwiesen – hierauf soll später noch dezidiert eingegangen werden. So schwierig sich der Begriff für die wissenschaftliche Analyse zumal zeitgenössischer Phänomene darstellt, so wenig hilfreich erscheint es, ihn zu vermeiden oder als nicht operationalisierbar zu erachten (vgl. Dézé 2004, Minkenberg 2000), da auch in demokratischen Systemen vermehrt Tendenzen und Akteure etwa innerhalb des Parteiensystems zu verzeichnen sind, „die nicht einfach der ‚extremen‘ oder ‚radikale‘ Rechten zuzuordnen sind oder sich dieser Zuordnung zum klar verfassungs- und demokratiefeindlichen Extremismus sogar deutlich entziehen“ (Rensmann 2006: 59–60), wohl aber unter einen – zumindest erweiterten – Begriff des Populismus greifbar erscheinen.

Mit der Zunahme populistischer Tendenzen in Europa und vor allem durch anhaltende Wahlerfolge populistischer Parteien kam es zu einer erheblich verstärkten Beforschung von Phänomen und Ursachen ab Ende der 1990er Jahre. Innerhalb der Politikwissenschaften wurde dies häufig im Rahmen von länderbezogenen Fallstudien in Zusammenhang mit bzw. unter dem Begriff der Extremismusforschung betrieben. Dabei konnte auf bewährte Konzepte der Parteisystemforschung zurückgegriffen werden. Dadurch, dass extremistische Parteien in einigen Ländern (insbesondere Italien, Österreich, Niederlande) keine Randerscheinungen blieben und teilweise sogar in Regierungsverantwortung kamen, wurde die Forschungsperspektive vielerorts erweitert. So wurden nun einerseits ideologische Inhalte, andererseits aber auch das Verhältnis von Populismus und Demokratie (Taguieff 2002, Mény/Surel 2002, Hermet 2001, Taggart 2000) untersucht. Dabei fand eine Ergänzung um Befunde etwa aus der Sozialpsychologie und den Sprachwissenschaften statt. Durch die Analyse der Beziehung zu Grundlagen demokratischer Systeme (Mény/Surel

2002) wurde die Vorstellung eines schleichend populistischen Systemwandels des Parteienstaates deutlich (vgl. insg. Decker 2006: 10–11,25). In den neuesten Untersuchungen wird zudem erkannt, dass populistische Tendenzen auch ohne eine allzu starke Verbindung zu manifesten oder latenten Einstellungssyndromen wie Fremdenfeindlichkeit, Rassismus etc. oder einen „populistischen Politikstil“ funktionieren (Priester 2007: 9). Bei Priester (2007) geht dies im Widerspruch zur bisherigen Populismusforschung soweit, den Populismusbegriff ein Stückweit von der wortgeschichtlichen Fixierung auf das „Volk“ zu lösen: Im Sinne Lipsets (1967) Analyse eines „Extremismus der Mitte“ geht sie davon aus, dass sich durch postmoderne Zeitströmungen und die (neo-)liberalen Vorstellungen der jüngeren Vergangenheit auch populistische Agitation verstärkt an die gesellschaftliche Mitte und nicht länger an die unteren Schichten richte.

#### *Begriffsbestimmung*

Die meisten Autorinnen und Autoren scheuen vor einer Definition des Begriffs Populismus zurück, da er als zu komplex, kontextabhängig und veränderlich für eine knappe Definition gilt (Meyer 2006: 81). Mudde (2004: 543; Hervorhebung im Original) bietet folgende Definition an: „I define populism as *an ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic groups, 'the pure people' versus 'the corrupt elite', and which argues that politics should be an expression of the volonté générale* (general will) *of the people.*“ Wenngleich selten explizit als Definition angeführt, verbindet der von Mudde hervorgehobene Kern verschiedene Teilphänomene unter dem gemeinsamen Oberbegriff Populismus. Ein wesentlicher Teil ist für Priester (2007: 8) auf die Polarisierung zwischen Volk und Elite als Grundmerkmal des Populismus, während Decker (2006: 12) in der Begriffsverwendung einen Fokus auf dem Bezug zum einfachen „Volk“ und eine Kritik am „Establishment“ sieht, die damit in klarer Opposition zueinander stehen. Er verweist zudem darauf, dass mit dem „Volk“ die „kleinen Leute“ gemeint sind, deren Wohl zugunsten einer Elite eingeschränkt wird, und dass diese Elite sowohl politisch als auch sozial oder ökonomisch bestimmt sein kann.

Etwas anders sieht etwa Spier (2006: 37) das universelle Merkmal in populistischen Handlungsweisen in einer Ansprache des „Volkes“ bzw. des „kleinen Manns auf der Straße“ als homogene Masse, das verstärkt werde durch das Feindbild der „korrupten Elite“. Auch Meyer (2006: 81) sieht das „Volk“ stärker im Zentrum des Populismusbegriffs als die Polarität zwischen Volk und Elite. Im Mittelpunkt ständen dessen Angst und Misstrauen gegen „die da oben“. Allerdings erweitert Meyer hier den Begriff des Volkes, wenn er darin Unter- und Mittelschicht zusammenfasst, womit er ein Stück weit Priesters (2007) Fokussierung auf die Mitte der Gesellschaft vorwegnimmt. Verstärkt wird diese Polarisierung bzw. Fixierung auf „die kleinen Leute“ durch eine von den Autoren als „romantisch“ bezeichnete Überhöhung des Volkes. Innerhalb populistischer Rhetorik werden dem Volk positive Eigenschaften wie einfach, ehrlich, vernünftig, hart arbeitend oder grundanständig zugeschrieben, die einer „korrupten Elite“ verloren gegangen seien (Spier 2006: 37). Decker (2006: 12; vgl. Canovan 1981: 290) erweitert dies, indem er in diese „Romantisierung“ auch frühere Zustände einbezieht wie etwa das Ideal „einer gewachsenen und überschaubaren Gemeinschaft, die vom Staat gegen Übergriffe geschützt wird“.

Neben dieser inhaltlichen Begriffsbestimmung bestehen aber auch solche, die Populismus anhand der diskursiven Form populistischer Personen und Gruppen her bestimmen wollen. Dann wird ein übergreifendes Merkmal des Populismus etwa in charismatischen Führerfiguren als Vertretern des Volkes gesehen (Spier 2006: 37–38). Inzwischen hat sich offenbar die Auffassung durchgesetzt, dass populistische Tendenzen sich am besten in einer Verbindung von Form und Inhalt charakterisieren lassen. (Meyer 2006: 81) So stehen sowohl die Technik der Ansprache und Überzeugung als auch Aufbau und Funktionsweise einer populistischen Gruppe in (zumindest scheinbarem) Einklang mit deren Inhalten (vgl. Decker 2006: 11). Für Rensmann (2006: 76–77) spiegelt sich diese Verbindung „in der Berufung auf plebiszitäre, anti-konstitutionelle Politikformen, die der Parteiendemokratie und ihrer überkommenen Formen der Interessenvermittlung normativ entgegen gestellt

werden“, wider. Meyer (2006: 81) sieht hier den Populismus nicht nur als eine soziale Protestbewegung gegen entfremdete Herrschaft, sondern auch als eine Herrschaftstechnik. Eine populistische Strategie setze auf Einfachschemata und die Zuspitzung oder Entdifferenzierung in einem Freund-Feind-Schema, während verständigungsorientierte Kommunikationsformen abgebrochen würden. Zudem würden populäre Vorurteile verschärft und komplexe Lösungen und Kompromisse als korrupt verdächtigt. Gleichzeitig verweist er explizit darauf, dass der Populismus in jeder Form ohne konstruktives „Handlungsprogramm“ auskomme.

Da nachfolgend Verbindungen mit der zeitgenössischen Rekonstruktionswelle untersucht werden sollen, soll nachfolgend etwas vertieft auf die weiterführende Populismustheorie von Priester (2007) eingegangen werden, die davon ausgeht, dass der heutige Populismus auch den teilweise in den obigen Kapiteln dargestellten gesellschaftlichen Wandel inkorporiert hat. Durch höhere Bildungsabschlüsse, Emanzipationsbewegungen und Modernisierung sei spätestens heute weniger das „Volk“ bzw. die Unterschicht als vielmehr der „mündige[...], kalkulierende[...] Bürger“ und somit die gesellschaftliche Mitte der Bezugsrahmen für populistisches Handeln. Wenn er den Interessen dieser Personengruppe folgt, könne der zeitgenössische Populismus auch als Auseinandersetzung zwischen dem Staatssektor und der emanzipierten (Klein-)Bürgertum als neues Feld sozialer Auseinandersetzungen verstanden werden. „Populismus ist, zugespitzt formuliert, die Revolte gegen den modernen Staat“ (auch i. F. Priester 2007: 10), der sich als intervenierender, expertengeleiteter, technokratisch-steuernder und planender Staat gebärde. Der Populismus sei somit „eine Volksvariante des konservativen ‚Denkstils‘“ nach Karl Mannheim und „angesiedelt im Dreieck von Anarchismus, Liberalismus und Konservatismus“. Damit widerspricht sie indirekt auch Decker (2006: 26–27), der mit Verweis auf Rosenberger (2001: 106–107; vgl. auch Rensmann 2006: 77) „den Populismus als eine im Kern anti-liberale Ideologie“ bezeichnet hatte. Unterstützung erhält sie hingegen von de Bryn (2003) und Lootsma (2008), die beide auch dem Wir-

ken des Markts bzw. politischem Handeln, das die Marktkräfte stützt, populistische Züge zuschreiben. So erkennt de Bryn in der Liberalisierung des Konsums eine Spielart des Populismus, während Lootsma aufgrund seines eigenen disziplinären Hintergrunds die Freiheit zu bauen, wie und was man wolle – und somit das private Eigentum gestalten zu können –, den „Kern aller populistischen Argumente“ nennt. Er bezieht sich dabei auf Franks (2001; vgl. Esch 2001) Vorstellung eines Marktpopulismus, aber auch auf die Politik Pim Fortuyns in den Niederlanden. Letzterer hatte in seinem „Programm“ das „menschliche Maß als Prüfstein für den öffentlichen Bereich“ (Fortuyn 2002) vorgeschlagen. Das Paradoxe am Marktpopulismus sei jedoch, dass „seine Kritik an der vermeintlich dominierenden Elite des Wohlfahrtsstaates [...] nicht dem Volk [dienen], sondern einer anderen, neuen Elite“ (Lootsma 2008). Diese Elite bediene den populistischen Markt mit ihren Produkten – etwa Einfamilienhäusern im traditionellen Stil – und schlage Profit aus der Schaffung eines auf das verfügbare Angebot an Produkten ausgerichteten populären Geschmacks. Der Erfolg dieser Elite sei in diesem Sinne nur im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Wirkungen wohlfahrtsstaatlicher Ansätze und der Politik des Dritten Weges zu verstehen.

#### *Populismus als Ideologie und immanenter Bestandteil demokratischer Systeme*

In Betonung der inhaltlichen Aspekte populistischer Tendenzen gehen einige Autorinnen und Autoren so weit, im Populismus eine eigenständige Ideologie zu sehen. So sieht Rensmann (2006: 76) den Populismus als eine „dünne“ Ideologie, deren Kern die – moralisch aufgeladene – Polarität von „gutem Volk“ und „korrupter“ Elite bilde. Ohne direkte Bezugnahme auf den Begriff der Ideologie bestätigt dies auch Priester (2007: 9–10) mit ihrem Hinweis darauf, dass der Populismus „eine durchaus konsistente, wenn auch ambivalente und wenig ausgearbeitete Philosophie mit klar identifizierbaren gesellschafts- und staatstheoretischen Vorstellungen“ besitze. Die Ideologie des Populismus kann laut Rensmann (2006: 76) in Verbindung zu anderen, stärker ausdifferenzierten politischen Ideologien stehen. Populisten

setzen in der politischen Auseinandersetzungen typischerweise bestimmte Stilmittel ein, die häufig bewusst öffentliche Aufmerksamkeit erregen und sich dabei auf populäre Denkweisen und Erklärungsmuster beziehen (Verschwörungsdenken, polarisierende Argumente und Tabubrüche, Ausgrenzung von Minderheiten, Schüren fremdenfeindlicher Ressentiments sowie personalisierte Kritik an wirtschaftlichen Eliten und Intellektuellen; vgl. Spier 2006: 38).

Durch die ideologische Dimension des Populismus machen sich auch etablierte Parteien und sonstige Gruppen innerhalb der repräsentativen Demokratie zunehmend populistische Züge zueigen, die lange Zeit eher marginalisiert waren (Mudde 2004; vgl. Rensmann 2006: 60). Wenngleich Populisten durch ihre „Berufung auf plebiszitäre, anti-konstitutionelle Politikformen [...] der Parteiendemokratie“ bewusst entgegenstehen (Rensmann 2006: 76–77), sind populistische Elemente in die politische Rhetorik und Ideologie insgesamt eingeflossen. Aus einem anti-parteienstaatlichen Protestphänomen hat sich so im Zuge des Parteienwettbewerbs ein Gestaltwandel der demokratischen Politik insgesamt ergeben. Durch diese „plebiszitäre Transformation“ des politischen Prozesses kommt es zu einer verstärkten direkten Interaktion zwischen „Volk“ und Regierung und zu einer Abschwächung der Vermittlerrolle von Parteien und Parlamenten als Institutionen der repräsentativen Demokratie (Decker 2006: 24–26). Dieser Wandel der etablierten politischen Organisationen wurde durch populistische Neugründungen zusätzlich vorangetrieben. „In Populismus machen“ (Decker 2006: 26) kann sich auch für die internen Organisationsstrukturen von Parteien lohnen, wenn diese ihre Basis durch eine Abkehr von langfristigen Parteibindungen zu verbreitern suchen. Diese Tendenz wird auch als „eingebauter“ Populismus bezeichnet (Decker 2006).

#### *Gründe für (aktuelle) populistische Tendenzen*

Anlass für den Boom in der Populismusforschung der vergangenen Jahre ist wie bereits erwähnt das verstärkte Aufkommen populistischer Tendenzen und Parteien in vielen verschiedenen politischen

Systemen sowohl West- wie auch Osteuropas. Rensmann (2006: 77) verweist zudem auf mehrere für das politische System gefährliche Aspekte. So könne Populismus in Extremismus umschlagen, da er die freiheitliche Demokratie auf die anti-pluralistische Souveränität eines vermeintlich homogenen „Volkswillens“ reduziere. Damit richte er sich nicht nur gegen horizontale wie vertikale Gewaltenteilung, sondern auch gegen die liberal-universalistische Begründung moderner Verfassungsstaatlichkeit. Der Populismus sei in diesem Sinne eine „Anti-Establishment“-Ideologie, die sich in der Regel reformerisch gegen den liberalen Konstitutionalismus richte.

Neben der Verlagerung von Regierungsmacht auf überstaatliche Einheiten und dem daraus folgenden weit verbreiteten Gefühl der Einflusslosigkeit in der Bevölkerung (Rensmann 2006: 77) werden die in den letzten Jahrzehnten zum Dauerphänomen in Massendemokratien gewordenen Modernisierungskrisen als tiefere Ursache für populistische Tendenzen angesehen (vgl. auch i. F. Meyer 2006: 81). Die mit ihnen einhergehende Verunsicherung der Bevölkerung bringt demnach Unzufriedenheit und Protest hervor, die wiederum die Voraussetzung für eine populistische Mobilisierung darstellen. Für orientierungslose und sozial isolierte Modernisierungsverlierer wirke die populistische Bezugnahme auf das „Volk“ als „romantischer“ Balsam und schaffe so ein Zugehörigkeitsgefühl (Spier 2006: 33–37). Jedoch können kulturelle, soziale oder ökonomische Bedrohungsängste, Entwurzelungserfahrungen und Unsicherheiten lediglich einen Katalysator für populistische Tendenzen darstellen. In „populistischen Momenten“ (Goodwyn 1976; vgl. Spier 2006: 56) werden Modernisierungsverlierer zwar eher politisch heimatlos und für Populismus empfänglich, es bedarf aber weiterhin eines speziellen politischen Rahmens, „der durch einen kulturell-institutionellen Anknüpfungspunkt bestimmte Reaktionsmuster nahe legt“ (Meyer 2006: 81).

Die aktuellen populistischen Tendenzen sind somit auch als Reaktion auf die Undurchschaubarkeit und Komplexität des politischen Entscheidungsprozesses und die damit verbundene Entwertung der

verfassungsmäßigen Institutionen zu verstehen (Decker 2006: 25–26). Der Populismus wirkt attraktiv, weil er zwar den Eindruck von transparenten Entscheidungen vermittelt, die komplexe demokratische Wirklichkeit allerdings zunehmend anders aussieht (Canovan 2002). Bei engeren politischen Handlungsspielräumen müssen sich die Parteien auf eine Unterscheidbarkeit in Details oder eine gezielte „Depolitisation“ durch symbolische Handlungen oder eine Personalisierung der Politik und die rhetorischen Herstellung eines Bezugs zum Volk verlegen. Innerhalb der Mediengesellschaft (vgl. 4.2.4) ist dabei die zweite Alternative in der Regel die attraktivere. Meyer (2006: 81) sieht in der „durch die Logik der Massenmedien forcierte[n] politische[n] Kommunikationskultur der modernen Mediendemokratien“ sogar einen ausschlaggebenden Faktor für den Aufstieg des Populismus. Auch die mediale Orientierung am Massengeschmack arbeite dem Populismus in die Hände.

Für die in ihrer Theorie anders interpretierten populistischen Tendenzen führt Priester (2007: 8–9) jedoch auch abweichende Ursachen an: Die Entstehung neuer Governanceformen im Zuge der Krisen von Wohlfahrtsstaat und Fordismus führt hierbei zu einer Einbeziehung von privaten Unternehmen und der Zivilgesellschaft in gesellschaftliche Entscheidungsprozesse. Vor dem Hintergrund des in der Krise des Fordismus bedeutender gewordenen unabhängigen Mittelstands sowie postmodernen Zeitströmungen wie Dezentrierung, Pluralisierung und normativer Antistaatlichkeit erleben auch populistisch-plebiszitäre Mitwirkungsformen tendenziell einen Aufstieg, da sie lokal angepasste Formen der politischen Selbstregulierung erlauben, wo nationalstaatliche Lösungen an ihre Grenzen stoßen.

#### *Populismus, Architektur und räumliche Entwicklung*

Schon Tocqueville stellte fest: „Legitim erscheint in der Demokratie, wenn sie die Kultur ergreift, nur noch das was mehrheitsfähig ist“ (zit. in: Meyer 2006: 90; vgl. ebd.: 90–91). Eben dies scheint auch für die Baukultur zu gelten, zumal wenn zutrifft, was Lootsma (2008) aus dem Blickwinkel des Architekten feststellt: dass Architektur



und Stadtplanung Lieblingsthemen populistischer Politiker seien. Während Populismusvorwürfe in der Architektur zumeist darauf abzielen, ein Architektin appelliere an das vermeintliche Schönheitsgefühl der Menschen (vgl. die Einleitung zu de Bruyn 2003), geht Lootsma (2008) allerdings davon aus, dass es dabei weniger um Architekturstile als um die Freiheiten des Bauherren gehe. Populistische Politik spreche im Kern davon, dem Bauherrn das Recht einzuräumen zu bauen, was er wolle, um sein Eigentum frei gestalten zu können. Damit werden zumindest zwei mögliche dezidierte Verbindungen von Architektur – im Weiteren aber auch von Städtebau und räumlicher Entwicklung – und populistischen Tendenzen der Gesellschaft beschrieben: einerseits die Orientierung des Baugeschehens am (ästhetischen) Massengeschmack im Sinne einer Populärkultur, andererseits eine stärker der Populismusauffassung Priesters (2007) entsprechende Verschränkung von postmoderner, zum Teil historisierender Architektur und anti-modernen Haltungen des Liberalismus. Schließlich sind Architektur und Städtebau durch öffentliches Bauwesen und (lokal-)staatliche Planung in erheblichem Maße von politischen Entscheidungen abhängig, die den beschriebenen populistischen Tendenzen unterliegen. Daraus folgt, dass sie sowohl bauliche Symbole und damit Medien eines populistischen Politikstils sein können und als symbolische Handlung dienen können, wie sie auch zum Inhalt populistischer Politik werden, die für oder gegen ein bestimmtes Bauwerk, eine Planung oder Gestaltung agitiert. Dies betrifft zunächst öffentliche Bauten, dann aber durch Planungshoheit und Genehmigungstätigkeit auch privatfinanziertes Bauen. Von besonderer Bedeutung für die Rekonstruktionsdebatte sind Fälle, in den „das Volk“ im Sinne einer zivilgesellschaftlichen Organisation und Spendenfinanzierung zum Bauherrn wird. Allerdings soll auf diesen Komplex ausführlich erst im Zusammenhang mit den Wiederaufbauvorhaben erläutert werden.

Anders als viele andere Architekturtheoretiker kritisiert de Bruyn (2003) die zunehmende Popularisierung der Architektur nicht, sondern erhofft sich darin eine „frische, modernen Lebensformen entspringende Quelle der ästhetischen Vor-

stellungskraft“. Allerdings verweist er darauf, dass die Architekten der Moderne sich entschieden gegen eine populistische Orientierung am Volkswillen ausgesprochen hätten und stattdessen im krassen Kontrast gar auf die Erschaffung eines „neuen Menschen“ als Bewohner und Nutzer ihrer Gebäude gesetzt hätten. Dabei habe schon Otto Wagner 1896 auf die Diskrepanz zwischen Experten- und Massengeschmack als dem gesellschaftlichen Konflikt zwischen Stil und Mode verwiesen und anstelle einer Erziehung der Allgemeinheit eine Orientierung an deren „Feingefühl“ für Mode gefordert. Den damaligen Jugendstil wertet er als Vorboten des Pop und gewissermaßen populistischen Rekurs auf die Volkstümlichkeit. De Bruyn sieht dies als Vorgriff auf die Partizipationsdebatte der 1970er Jahre. Die damals aufkommende Forderung nach Partizipation und „Entmachtung des Expertengeschmacks zugunsten der ästhetischen ‚Vorlieben wirtschaftlich eingeschränkter Gruppen‘“ (Denise Scott Brown 1971) habe gegen moderne Architekten durchgesetzt werden müssen.

Hierin deutet sich das wesentliche Argument Lootsmas (2008) bereits an, dass Postmoderne und populistische Rhetorik verschmelzen. Der Populismus profitiere teilweise von der (architektonischen) Postmoderne, und seine Ergebnisse könnten daher sowohl postmodern – und damit zeitgenössisch – oder historisierend sein. So erkennt er auch die moderne Großwohnsiedlung als „gemeinsames Feindbild“ beider Strömungen, die sich beide gegen die Moderne richteten: entweder als Architektur in entfremdetster Form oder als Zeichen staatlichen Bauens. Entsprechend seiner weitgehenden Gleichsetzung von Populismus und Liberalisierung ist seine Bewertung dieser Entwicklung weit negativer als die de Bruyns (2003). Dieser sieht im „Pop [...] die Demokratisierung des Konsums: Der Käufer soll Mitspracherecht erhalten in der Gestaltung einer Lebenswelt, die im Ganzen Warencharakter annimmt. Er amputiert bloß den pädagogischen Zeigefinger der Lebensreformer, der im expandierenden Reich des Konsums nichts mehr zu melden hat.“ Dahingegen spricht Lootsma (2008) von einem Marktpopulismus, der letztlich einer kleinen Finanzelite diene und auch von ihr er-

zeugt werde. Der Konsument wolle, „was auch immer die Lifestyle-Magazine in diesem Jahr gerade propagieren“. Für die Niederlande sieht er einen daraus erwachsenen Boom traditioneller Bauformen, die in der Liberalisierung des Baugeschehens und Ideenlosigkeit der lokalstaatlichen Planung begründet liege. Während international die zeitgenössische niederländische Architektur hoch geschätzt sei, gebe es dort mittlerweile eine „Architekturverdrossenheit“. Da aber nur wenige Produzenten entsprechende Gebäude lieferten, sei eine Angebotsökonomie entstanden, „die sich nur andeutungsweise das Mäntelchen des Retro-Stils umgehängt hat“.

#### *Populismus und Rekonstruktion*

Ausgehend von dieser Beschreibung aktueller wie allgemeiner populistischer Tendenzen in der Gesellschaft soll nachfolgend versucht werden, mögliche Verbindungen zu der hier betrachteten Rekonstruktionswelle zu untersuchen, die zeitlich weitgehend parallel mit der aktuellen Form des europäischen Populismus in der Bundesrepublik entstanden ist. Hierbei sollen vier Thesen überprüft werden:

- Rekonstruktionsbefürworter bedienen sich populistischer Argumente. Sie bedienen sich damit der vorhandenen populistischen Ideologie und verbreiten diese.
- Der „eingebaute“ Populismus der bundesrepublikanischen Parteiendemokratie unterstützt das Aufkommen und die Durchsetzung von Rekonstruktionswünschen, da Wiederaufbauvorhaben als symbolische Handlungen funktionieren.
- Ist das populistisch-plebiszitäre Demokratiekonzept innerhalb einer Stadtgesellschaft hinreichend stark vertreten, so begünstigt dies die erfolgreiche Durchsetzung von Wiederaufbauvorhaben.
- Die Rekonstruktionswelle ist politischer Inhalt einer eigenständigen populistischen Bewegung.

#### *Populistische Argumente in Wiederaufbau-Prozessen*

An dieser Stelle soll vor allem untersucht werden, ob sich innerhalb der Argumente

von Rekonstruktionsbefürworter populistische Inhalte nachweisen lassen. Weniger geht es darum, die Form der Auseinandersetzung auf populistische Tendenzen hin zu überprüfen.

Ein wesentlicher Argumentationsstrang von Rekonstruktionsbefürworter, der sich in vielen Wiederaufbauvorhaben wieder findet, wendet sich gegen eine den Bürger oktroyierte Vorstellung vom Bauen (vgl. etwa Mäckler zit. in BMVBS 2009: 36, Battis zit. in BMVBS 2009: 43). Verallgemeinernd wird dem „Volk“ eine homogene Vorstellung von „Schönheit“ zugesprochen, die ihm von einer elitären Gruppe von Architekturschaffenden bzw. Bestandswahrer vorenthalten wird. Damit wird dem „Volk“ auch eine Fähigkeit zugestanden, die die des Experten übersteigt: Anstelle üblicher „romantischer“ Überhöhung“ wird ihm das bessere Geschmacksurteil zugeschrieben. Das populistische Argument kann zunächst nur dort bestehen, wo es gegen ein in seiner Architektursprache einer Elite zuzuschreibendes Gebäude gerichtet ist, also sowohl einen zeitgenössischen, als „hässlich“ erachteten Neubau oder ein vorhandenes Gebäude, deren Denkmalwert von der Allgemeinheit nicht erkannt wird bzw. aus Gründen der historischen Einordnung abgelehnt wird. Hier ist die Gegnerschaft zu einer vorherrschenden Meinung als Kernelement des Populismus deutlich erkennbar. Im Weiteren ist es aber auch möglich, in Rekonstruktionsdebatten, die ohne Gegnerschaft zu einem konkreten „modernen“ Gebäude oder einer entsprechenden Planung auskommen müssen, populistische Argumente auszumachen, da hier etwa allgemein von den durch die moderne Planung entstandenen „Wunden“ gesprochen wird, die durch das Vorhaben „geheilt“ werden sollen (etwa die „Wunde Dresden“, die durch die Rekonstruktion von Frauenkirche und Neumarkt geschlossen werden soll; vgl. das entsprechende Kapitel). Ganz allgemein ist auch eine Tendenz zu einer Orientierung demokratischer Entscheidungen allein am Mehrheitswillen festzustellen, während konstitutionelle Politikformen, die in ihrem Entscheidungsprozess auch Experten- und Mindermeinung integrieren, als vom Volkswillen „entfremdet“ dargestellt werden (vgl. Battis zit. in BMVBS 2009: 41). Folgt man dem von Priester (2007) formu-

lierten Populismusbegriff, der den Liberalismus einbezieht und von einem erweiterten Volksbegriff der besitzenden, unabhängigen „Mitte“ ausgeht, so könnte in der Verteidigung der „Freiheit zu bauen, was man will“, tatsächlich ein populistisches Argument gesehen werden. Diese Freiheit bestünde dann auch darin, sich gegen alle Argumente von Denkmalschützer, Historiker, Architekten und sonstigen Experten das gewollte „Schmuckstück“, etwa ein zu rekonstruierendes Gebäude, leisten zu dürfen.

Allerdings wendet sich diese Argumentation in der Regel weniger gegen ein konkretes „die da oben“, sondern ganz wesentlich gegen Architekten und Planern als maßgebliche Vertreter der „vorherrschenden“ Meinung. Den Politikern, die häufig ebenfalls der früheren Stadtzerstörung oder heutigen -verschandelung beschuldigt werden, wird hingegen weniger eine Absicht unterstellt. Vielmehr werden sie als den Architekten und Planern hörig dargestellt oder ihnen ein Unterlassen ihrer Sorgfaltspflicht gegenüber der gebauten Umwelt und den darin lebenden Menschen vorgeworfen. Damit fehlt zumindest auf den ersten Blick eine verschwörungstheoretische Vermengung von Akteuren und undifferenzierter Elitenbegriff, wie er für populistische Argumentationen typisch ist. Deutlich wird dies auch in manchen ostdeutschen Diskussionen über die Schuld für die mutwillige Zerstörung von relativ gering beschädigte Baudenkmalen innerhalb des SED-Regimes, die eine sehr differenzierte Aufarbeitung der „Schuldfrage“ versuchen (vgl. dazu Kap. 5). Dies würde dafür sprechen, dass es sich hier nicht um eine generell populistische Argumentation handelt, sondern eine, die sich auf einen bestimmten Themenbereich beschränkt – nämlich die Architektur, ggf. die Stadtentwicklung oder Kultur. Es würde sich somit um eine architektur-, ggf. auch allgemein kulturpopulistische Tendenz handeln, die innerhalb der Rekonstruktionsbewegung besteht und die entsprechend innerhalb ihrer Argumentation für den Wiederaufbau verlorener Bauten formuliert oder wiedergegeben wird. Die anti-modernen, gegen eine Elitenarchitektur gerichteten Argumente der Rekonstruktionswelle stünden dann in direkter Beziehung zu populären Einflüssen

auf die Architektur, wie sie etwa de Bruyn (2003) recht unkritisch beschreibt: Die Architekten/-innen sollen sich in ihren Werken verstärkt am Modebewusstsein der Allgemeinheit orientieren und deren Wünsche als Konsumenten im Sinne einer stärker partizipativen – also letztlich stärker plebiszitären – Architekturauffassung berücksichtigen. Allerdings würde diese Einschätzung zum einen davon ausgehen, dass Architekturschaffende tatsächlich über hinreichende Möglichkeiten verfügen, die Gestaltung der baulichen Realität alleine zu bestimmen. Tatsächlich kann man davon ausgehen, dass „der Architekt“ oder „der Planer“ bzw. ihre Berufsstände, gegen die von den Befürwortern traditioneller Architektur wie baulicher Rekonstruktion argumentiert wird, häufig auch als Stellvertreter oder gar als Sündenböcke für eine komplexe Gruppe von unterschiedlichen Personen dienen, die an der konkreten, auch gestalterisch-architektonischen Ausprägung des Baugeschehens beteiligt sind und insgesamt einer gesellschaftlichen Elite zuzuordnen sind. Diese – möglicherweise auch unbewusste – Verkürzung stellt wiederum ein Indiz für die Übernahme weiterer Teile einer populistischen Ideologie dar. Zum anderen ist auf die gesellschaftliche Einbettung des Baugeschehens zu verweisen, Kern einer Kritik an postmodernen Architekten und der von de Bruyn (2003) geforderten partizipativen Architektur (vgl. Lootsma 2008). Im Sinne eines gesellschaftspolitischen Verständnisses von Architektur ist ein geplanter Bau in zeitgenössischem Gewand immer auch Ausdruck der gesellschaftlichen Verhältnisse. Er repräsentiert – zumal im Falle der in der Regel besonderen Bauten, an denen sich solche Debatten entspinnen – Macht und Einfluss, die, folgt man populistischen Argumenten, exklusiv einer Elite zur Verfügung stünden und gegen den Mehrheitswillen eingesetzt würden. Insofern sind Rekonstruktionsdebatten häufig auch Diskussionen, die stellvertretend für stadtentwicklungspolitische Auseinandersetzungen (oder auch parallel zu ihnen) geführt werden.

Für die Gesamtheit der unterschiedlichen Wiederaufbauvorhaben lässt sich somit der These einer generell populistischen Argumentation nicht notwendigerweise folgen. Für einzelne Beispiele wahrscheinliche

allgemein-populistische Tendenzen müssten diese zunächst nachgewiesen werden, was an dieser Stelle nicht möglich ist. Ansätze zu einer architekturpopulistischen Argumentation scheinen allerdings in allen bislang untersuchten Rekonstruktionsdebatten gegeben und haben in der Regel einen erheblichen Stellenwert. In vielen Fällen ist darüber hinaus aufgrund einer stark verkürzten Darstellung des Bau- und Planungsprozesses zumindest davon auszugehen, dass durch die Rekonstruktionsbefürworter eine populistische Argumentation stattfindet. Ob sich die „Populisten“ über den populistischen Gehalt ihrer Argumentationsweise im Klaren sind, muss im Einzelfall geklärt werden. Für die weitere Untersuchung der These wäre es somit erforderlich, verschiedene Gruppen von Rekonstruktionsbefürwortern insbesondere mit Blick auf ihre Zugehörigkeit zu bestimmten Milieus bzw. Eliten zu untersuchen. Dies kann in den innerhalb dieses Forschungsvorhabens betrachteten Fallstudien nur in Ansätzen geschehen. Zudem wäre genauer nach den Anlässen für die Rekonstruktionsdebatte zu unterscheiden. Hier ist danach zu fragen, ob die Planung oder Existenz „elitärer“ Bauwerke Voraussetzung für das Aufkommen populistischer Argumente ist.

#### *„Eingebauter“ Populismus und Rekonstruktion*

Die von Decker (2006) und anderen vorgebrachten Indizien für eine zunehmende Popularisierung der demokratischen Institutionen erscheinen hinreichend belegt, um sie an dieser Stelle zum Anlass zur Frage danach zu nehmen, in welcher Weise diese Popularisierung auf die lokalen Rekonstruktionsdebatten wirkt.

Zunächst einmal wird dem politischen System im Rahmen der Populismusdebatte eine zunehmende Orientierung am – wie auch immer nachgewiesenen – populären Mehrheitswillen auch gegen – möglicherweise „unbequeme“ – Expertenmeinungen attestiert. Innerhalb lokaler Rekonstruktionsdebatten findet diese Tendenz ihre Entsprechung in der – zumindest medial vermittelten – Feststellung bzw. Behauptung, der Wiederaufbau sei der Wille einer Mehrheit der Stadtbevölkerung, die zum Teil auch durch mehr oder

weniger repräsentative Umfragen und Abstimmungen gestützt werden (vgl. Kap. 5.2.). Damit scheint es möglich, den institutionalisierten Vorgang der Abwägung unterschiedlicher Interessen innerhalb der Bevölkerung sowie weiterer Belange zu schwächen und anstelle eines langwierigen Verfahrens zur Offenlegung und Aushandlung dieser Interessen de facto eine einfache Mehrheitsentscheidung zu setzen. Tatsächlich findet man unter Rekonstruktionsbefürwortern Unverständnis für langatmige politische Aushandlungsprozesse. Das verbindet sie etwa mit Bauherren und Investoren. Dadurch, dass innerhalb der Gesellschaft populistische Inhalte eine breite Basis und tiefe Verwurzelung besitzen, fallen entsprechende Argumente auf fruchtbaren Boden. Nicht wenige Befürworter des Wiederaufbaus eines verlorenen Baudenkmals schotteten sich gegen die Auseinandersetzung mit den Argumenten von Widersachern ab. Sind sie gezwungen, in einen Aushandlungsprozess zu treten, besteht für sie das Risiko, dass sie die Durchsetzung des Wiederaufbaus als „Maximallösung“, für die sie stehen, zugunsten von Kompromissen aufgeben müssen. Zur Durchsetzung einer Maximallösung kann es einfacher sein, glaubhaft zu machen, man hätte eine breite Mehrheit organisiert und hinter sich gebracht. Dabei kommt ihnen wie allen anderen reformerischen Kräften zugute, dass sich wesentliche Teile der Gesellschaft nicht an demokratischen Entscheidungsprozessen beteiligen und daher bereits eine „einfache Mehrheit“ gegenüber einer „schweigenden Masse“ mit unbekannter oder indifferenter Haltung ausreicht, um gegenüber politischen Entscheidungsträgern eine starke Position zu behaupten. Da größere Bauvorhaben nur selten ein für Kommunalwahlen relevantes politisches Gewicht erlangen, kann eine Strategie aufgehen, die darauf setzt, eine parlamentarische Mehrheit für ein Vorhaben auch unter Vernachlässigung von Expertenmeinungen unter Berufung auf eine vermeintliche Unterstützung in der Bevölkerung ohne eingehende öffentliche politische Auseinandersetzung zu organisieren.

Im Zusammenhang mit den – unabhängig vom Populismus – tendenziell abnehmenden Handlungsspielräumen politischer Institutionen spricht Decker (2006: 26–27)

zudem von der Notwendigkeit der Parteien, innerhalb des politischen Wettbewerbs durch symbolische Handlungen oder Personalisierung der Politik Handlungsfähigkeit zu suggerieren und Aufmerksamkeit sowie Sympathie zu erlangen. Eine vergleichbare Situation wird auch in der Kommunalpolitik immer wieder konstatiert und vor allem von den hier agierenden Entscheidungsträgern empfunden. Gerade eine Strategie symbolischen Handelns kann sich auch der Wiederaufbauvorhaben bedienen. Sind etwa aufgrund mangelnder Ressourcen oder Durchsetzungskraft politische Probleme nicht zu bewältigen, können symbolische Handlungen zur Profilierung im Parteienwettbewerb genutzt werden. (vgl. Edelman 2005) Im Falle von Wiederaufbauvorhaben ist die symbolische Handlung der Rekonstruktion eines Einzelgebäudes ggf. Ensembles darüber hinaus geeignet, als stellvertretend für die Bewältigung der umfassenden Modernisierungsfehler innerhalb des Städtebaus wahrgenommen zu werden bzw. den Wunsch nach einer weitgehenden Wiederherstellung eines mittlerweile häufig verkörpertem früheren Zustandes – ggf. auch der „guten alten Zeit“ insgesamt – symbolisch zu befriedigen.

Schließlich sei auch darauf verwiesen, dass populistische Tendenzen offenbar nicht auf die Politik im engeren Sinne begrenzt sind, sondern auch in Fachkreisen und Fachdebatten erkennbar werden. In diesem Zusammenhang sei hier auf die Debatten innerhalb der Denkmalpflege verwiesen, die innerhalb des Kapitels 3.2 anhand der Symposienreihe „Nachdenken über Denkmalpflege“ wiedergegeben werden. Dabei scheint ein wesentliches Argument in den Diskussionen über die Bemessung des Denkmalwerts und die Ästhetisierung der Denkmale ein populistisches: Die Idee eines unveränderten, konservierten Denkmals aus materieller Substanz sei eine Expertenvorstellung und der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt – ja, von dieser nicht nachvollziehbar. Kerkhoff (2007) stellt hierzu fest, dass das eigentliche Objekt der Denkmalpflege, „das authentische, das alte, auch das hässliche Denkmal“, von Politik und Gesellschaft nicht verlangt werde, während „das Schöne, Hübsche der totalsanierten Bauten [...] heute eigentlich niemanden wirk-

lich“ störe. Entsprechend sieht er drei allesamt „menschliche“ Funktionsprinzipien der Rekonstruktion: Reparaturreflex, Freude und Intention. Ein fachlicher – letztlich also elitärer – Widerspruch gegen Wiederaufbauvorhaben gerate dahingegen notwendigerweise in Argumentationsnot. Die Denkmalpflege könne es sich nicht länger leisten, sich auf Vorstellungen und Gesetze der 1970er Jahre zu berufen. Denn: Eine Denkmalpflege, die ihren eigenen Idealen verfallen sei und nicht der Gesellschaft nach deren Wünschen diene, laufe Gefahr, nicht länger akzeptiert zu werden (vgl. Rüschi 2001, Brandt 2002).

#### *Populistisch-plebiszitäres Demokratiekonzept auf der lokalen Ebene und Rekonstruktion*

Auf nationalstaatlicher Ebene kann bislang trotz aller populistischen Tendenzen von einem Fortbestand des repräsentativ-parlamentarischen Demokratiekonzepts ausgegangen werden. Auf lokaler Ebene kann es allerdings zu einer deutlicheren Verlagerung hin zu einem (stärker) populistisch-plebiszitären Demokratiekonzept kommen. Zum einen sind dort plebiszitäre Elemente stärker verankert und wurden in den vergangenen Jahrzehnten in verschiedenen Bundesländern noch weiter gestärkt. Zum anderen besteht aber auch prinzipiell eine größere „Volksnähe“ der Entscheidungsträger durch persönliche Kontakte, eine geringere Bedeutung der Parteien und einen geringeren Professionalisierungsgrad der lokalen Politik. Eine populistische Romantisierung „einer gewachsenen und überschaubaren Gemeinschaft“ (Decker 2006: 12) fällt vor diesem Hintergrund offenbar auf der lokalen Ebene noch auf fruchtbareren Boden als auf der staatlichen Ebene. Diese größere Volksnähe bietet in Verbindung mit dem Aufkommen neuer Governance-Modelle, die insbesondere innerhalb städtischer Strukturen von Bedeutung sind und die Demokratie zu einer „Volksherrschaft“ mit tendenziell populistischen Zügen weiterzuentwickeln scheinen (Priester 2007), mit den vielfältigen neuen Formen von Bürger- und Akteursbeteiligung Arenen, innerhalb derer Rekonstruktionsbefürworter jenseits eines repräsentativen Parlaments ihre Vorhaben zwar nicht durchsetzen, wohl aber

ins Gespräch bringen und bewerben können.

Allerdings vermutet Decker (2006: 27), dass die plebiszitären Formen, solange sie innerhalb des politischen Systems integriert sind, ein geeignetes Mittel zur Eindämmung populistischer Tendenzen sein könnten, da ungezähmte plebiszitäre Auswüchse institutionell eingebunden und damit begrenzt würden. Tatsächlich sind auch keinerlei Rekonstruktionsvorhaben bekannt, die auf dem Wege plebiszitär-demokratischer Partizipationsformen durchgesetzt worden wären. Alle weiteren populistischen Tendenzen auf der lokalen Ebene und deren Wirkmächtigkeit hinsichtlich der erfolgreichen Realisierung von Rekonstruktionsvorhaben oder der Strukturierung von Wiederaufbaubatten erscheinen durch die vorangegangene These des „eingebauten“ Populismus besser erklärbar.

*Die Rekonstruktionswelle als „populistische Bewegung“*

In Fortführung der vorangegangenen Thesen stellt sich die Frage, inwieweit die Rekonstruktionswelle selbst eine populistische Bewegung darstellt. Dem ist allerdings zum gegenwärtigen Zeitpunkt aus verschiedenen Gründen zu widersprechen:

- Bislang ist keine ausreichende Breitenwirkung erkennbar. Mit rund einhundert mehr oder weniger erfolgreichen Vorhaben innerhalb eines Zeitraums von über dreißig Jahren erscheint die Rekonstruktionswelle trotz eindrucksvoller publizistischer Wirkung und baulicher Ergebnisse deutlich zu klein, als dass von einer bundesweiten Bewegung gesprochen werden könnte. Zu hinterfragen und genauer zu analysieren wäre, ob dies möglicherweise innerhalb der „Hotspots“ der Rekonstruktionswelle auf lokaler Ebene der Fall ist. Dafür sprechen würden etwa die hohe Breitenwirkung, die die Bürgerinitiative für den Wiederaufbau der Alten Oper in Frankfurt seinerzeit erreicht hat, oder auch entsprechende Effekte des Frauenkirchen-Wiederaufbaus in Dresden. Allerdings scheint für beide Fälle die Dauerhaftigkeit, die zeitgenössischen Populismen etwa innerhalb vieler europäischer Par-

teiensysteme vergönnt ist, nicht gegeben zu sein. Vor diesem Hintergrund könnten Wiederaufbauvorhaben als vorübergehende Anknüpfungspunkte für latent vorhandene populistische Strömungen angesehen werden.

- Es ist keinerlei Führerpersönlichkeit (vgl. Spier 2006: 37–38) erkennbar, die sich an die Spitze dieser Bewegung stellen würde. Ob ohne eine solche Galionsfigur in Zeiten der Mediendemokratie (Meyer 2006) eine populistische Bewegung erfolgreich ist, muss bezweifelt werden. Allenfalls wäre – in einer noch weiter zu untersuchenden Abwandlung der Erkenntnisse über populistische Bewegungen – vorstellbar, dass diese Persönlichkeit durch eine andere Identifikationsfigur ersetzt werden könnte oder ein Leitbau und Symbol für die Machbarkeit und Realität von Rekonstruktion wie die Frauenkirche in Dresden die Rolle einer solchen Führerpersönlichkeit übernehmen könnte.
- Anders als in anderen europäischen Ländern scheint ein über die – letztlich wenigen – Rekonstruktionsvorhaben hinausgehender politischer Inhalt nicht vorhanden zu sein, der populistischen Bewegungen von Politikwissenschaftlern zugeschrieben wird. Hierzulande besteht weder eine mit Ländern wie Großbritannien (vgl. oben) oder den Niederlanden (Lootsma 2008) vergleichbare Bewegung für Retro-Architektur, noch wird städtebauliche Sanierung und der Umgang mit den Folgen städtischer Modernisierung momentan auf lokaler oder nationaler Ebene in besonderem Maße thematisiert. Wo diese Themen aufkommen, werden sie zudem eher von den innerhalb der Rekonstruktionsvorhaben kritisierten Eliten aufgegriffen, etwa bei der Frage der Reurbanisierung, der Baukultur etc.

Folgt man hingegen Priesters (2007) These von einer postmodernen, populistischen „Revolte gegen Moderne“, zu der sicherlich auch der „Aufschrei“ (Mäckler zit. in BMVBS 2009: 36) nach Wiederaufbau zu rechnen wäre, so ist die Rekonstruktionsbewegung ebenfalls keine eigenständige populistische Bewegung. Stattdessen wäre die Rekonstruktionswelle lediglich ein Schauplatz oder auch Ausdruck einer

allgemeineren populistischen Bewegung, die sich gegen die wohlfahrtstaatliche Moderne insgesamt einschließlich ihrer baulichen Hinterlassenschaften richtet. Dies entspräche dann auch der Vorstellung vom Populismus als einer „dünnen“ Ideologie, die sich anderer Ideologien bedient (hier nämlich einer konservativen Vorstellung von Stadt und Architektur).

#### 4.24 Mediengesellschaft

In der Politikwissenschaft wird derzeit von einer gesteigerten Rolle der Medien innerhalb demokratischer Entscheidungsprozesse ausgegangen, die zum Teil zur Annahme eines Wandels von einer Parteiendemokratie in eine „Mediendemokratie“ (Meyer 2001, 2002) führt. „Die Regeln der medialen Politikdarstellung – unterhaltsam, dramatisierend, personalisiert und mit Drang zum Bild, allesamt der Darstellungskunst des Theaters entlehnt – greifen in zunehmendem Maße und mit beträchtlichen Folgen auf das politische Geschehen selbst über. Die Selektion spektakulärer Ereignisse, die effektsichere Inszenierung der Profis, die weite Teile des Mediensystems bestimmen, regieren zunehmend auch die Politik.“ (Meyer 2001: 7) Dieser Wandel als Teil einer allgemeinen Medialisierung der Gesellschaft (Jarren 2001) beeinflusst auch die politischen Entscheidungsprozesse über potentielle Wiederaufbauvorhaben.

Wiederaufbauvorhaben besitzen in ihrer Vorbereitung, Durchführung und im fertig gestellten Zustand einen beträchtlichen medialen Wert als Nachricht, Bild und Symbol. Bei Anwendung der aufeinander abgestimmten Kriterien von Selektions- und Präsentationslogik zur Verwertung in den Massenmedien, stellen sich die Rekonstruktionen als attraktiv dar, da sie zum einen durch ihren Ereignischarakter und ihre weiterhin vergleichsweise hohe Besonderheit einen hohen Nachrichtenwert (vgl. Luhmann 1996), und durch die gegebenen Inszenierungsmöglichkeiten einschließlich Dramatisierung (Geschichte der Zerstörung) und Personifikation (Spender) auch ein anhaltendes Publikumsinteresse sicherstellen (vgl. Schulz 1976). Durchaus im Gegensatz zu den häufig fachlich begründeten Argumenten von Wiederaufbaukritikern und

vor allem zu komplexeren Alternativlösungen, den es häufig zudem an einer Visualisierung mangelt, entsprechen Rekonstruktionsvorhaben und viele Argumente ihrer Unterstützer zudem dem Wunsch nach kurzen, prägnanten Aussagen (Vgl. Pretting 2005: 143), der insbesondere für audio-visuelle Präsentation, aber auch den Einsatz plakativer Werbemedien bedeutsam ist.

Da visuelle Medien in der menschlichen Wahrnehmung eine herausgehobene Stellung einnehmen, hat mit der Fortentwicklung der technischen Möglichkeiten die Bildhaftigkeit der Massenmedien zugenommen. Wenngleich die symbolische Stadtpolitik durch erzeugte Bilder an sich keine Neuigkeit darstellt, wurde sie durch die Medialisierung intensiviert (von Saldern 2006) und stellen ein wesentliches Kriterium für die Bewertung im Städteettbewerb dar, sind sie doch im Vergleich zu anderen Alleinstellungsmerkmalen wesentlich prägnanter und einfacher vermittelbar. „Nachdem der gegenwartsdeutende und zukunftsweisende Fortschrittsglaube abhanden gekommen war, wurde und wird vermehrt auf Oberflächenwirkung und Kulissenflair gesetzt, wozu sich die Wiederherstellung von Gebäuden aus längst vergangenen Zeiten offensichtlich besonders gut eignet. Dahinter stehen oftmals ökonomische Verwertungsinteressen und Verteilungskämpfe im härter gewordenen Städteettbewerb.“ (Ebd.: 32) In seiner Bildkritik beschreibt Pörksen (1997) zudem die verschwimmende Grenze von Image und der „Sache selbst“. Dem ist allerdings entgegenzuhalten, dass diese identitätsprägen-

#### Abbildung 10

Attrappe des Berliner Stadtschlusses als besondere Form medialer Präsentation



Quelle: Robert Schediwy/CC by-sa

de Bildhaftigkeit durchaus auch für Ruinen gilt (vgl. Wagner-Kyora 2004: 89).

Neben dieser gesteigerten Nachfrage der Medienschaffenden nach Ereignissen, Nachrichten und Bildern, die ihnen eine Verwertung ermöglichen, besteht auch auf der Anbieterseite der politisch handelnden – bzw. letztlich aller in einem öffentlichen Wettbewerb stehenden, einschließlich der Städte – ein Drang zur „Selbstmedialisierung“, die aus einer Abhängigkeit von der medialen Präsenz für den eigenen Erfolg resultiert. (Meyer/Ontrup 1998) Meyer (2002: 12) sieht in dieser eigenständigen Inszenierung gar einen Ideologieersatz nach dem Wegfall der Systemkonkurrenz. Er beschreibt mit Event-Politik (Scheinereignisse), Image-Projektion und Scheinhandlung drei wesentliche Strategien, die letztlich mit der höfischen Öffentlichkeit und herrschaftlichen Selbstdarstellung vor-demokratischer Gesellschaften vergleichbar seien (Schicha 1999). Entsprechend können Wiederaufbauvorhaben zum einen Teil solcher Inszenierungsstrategien der Städte oder städtischen Eliten bilden, die als Inhalt dann auch ein bestimmtes Geschichtsbild vermitteln sollen.

Da die mediale Vermittlung den Unterschied zwischen Original und „Fälschung“ bzw. Rekonstruktion weiter unschärfer werden lässt und zumeist ein Großteil des „Publikums“ einer Wiederherstellung diese (zunächst) nur medial vermittelt erlebt, verliert die Originalität eines Gebäudes gegenüber seiner (zumal indirekten, auf das optische reduzierten) Wirkung. Entsprechend der Unterscheidungsschwierigkeiten zwischen inszeniertem politischem Theater und realer Auseinandersetzung (Meyer 2002: 12–13) werden dieses für Wiederherstellungen ohnehin bestehende Problem in der medialen Präsentation noch verstärkt, wenngleich hier andererseits auch eine erweiterte Möglichkeit besteht, zusätzliche Inhalte zu transportieren.

Wiederaufbauten stellen im Prinzip in sich selbst Massenmedien dar, die die ursprüngliche Wirkung eines verlorenen Gebäudes und seine Geschichtlichkeit vermitteln können, sofern dies durch ermöglicht wird. Am deutlichsten ist diese Wesensart sicher bei musealen Nachbauten (wie etwa steinzeitlichen Siedlungen oder dem Globe Theatre in London) er-

kennbar. Doch wird sie auch für andere Rekonstruktionen behauptet und insbesondere als Argument gegen eine behauptete Geschichtsfälschung angeführt. Insofern ließe sich zur Auswirkung des „Mediums“ Rekonstruktion auf die Wahrnehmung von Geschichte in ähnlicher Weise reagieren wie auf die der Kolonisierung der Politik durch die Massenmedien. Meyer (2002: 7) sieht hier nicht die puristisch-elitäre Abneigung gegen die populär-kulturellen Künste im Vordergrund. Er fragt vielmehr, ob die mediale Vermittlung noch hinreichende Informationen zum tatsächlichen politischen Geschehen (jenseits des für die Medien inszenierten Theaters) biete.

#### **4.3 Erwartungen an Rekonstruktionen und deren potenzielle Funktionen**

Als einen zusätzlichen Versuch der Systematisierung des aktuellen Rekonstruktionsgeschehens in der Bundesrepublik Deutschland soll im Folgenden eine Gliederung der an die wiederhergestellten Bauten und Räume gerichteten Hoffnungen hinsichtlich ihrer Wirksamkeit und Funktionalität erstellt werden. Dies erfolgt auch im Sinne der These Seyfarths (vgl. Kapitel 6), der den Akteuren der Rekonstruktionsbewegung Pragmatismus unterstellt und ihre Bemühungen für Wiederaufbauten als ein eindeutig zielgerichtetes, zweckbestimmtes Handeln begreift. Der These soll hier zunächst versuchsweise gefolgt werden. Ausgehend von der Identifikation und Beschreibung von Funktionen, die innerhalb von lokalen Rekonstruktionsdebatten wie auch im bundesweiten Diskurs als Motivationen für Wiederaufbauvorhaben genannt werden, soll analysiert werden, welche Argumente für bzw. gegen die Fähigkeit von Rekonstruktionen sprechen, diese Funktionen auch tatsächlich wahrzunehmen. Daraus ergibt sich letztlich auch die Möglichkeit einer ersten Überprüfung von Seyfarths These: Erscheint die überwiegende Zahl der genannten potentiellen Funktionen als nicht realisierbar, so erscheint letztlich auch der Pragmatismus ihrer Verfechter fraglich.

Da davon ausgegangen wird, dass in den meisten Fällen eine eindeutige Klärung der tatsächlichen Fähigkeit – noch dazu über



die große Bandbreite verschiedener Strategien in sehr unterschiedlich gelagerten Situationen – an dieser Stelle nicht möglich sein wird, sollen zudem erste Überlegungen darüber angestellt werden, unter welchen Bedingungen von einem entsprechenden Potenzial ausgegangen werden kann. Die Überprüfungen werden dabei zum Teil nur exemplarisch geführt werden können, so dass eine fundiertere, allgemeine Einschätzung, bzw. die Übertragbarkeit auf weitere Wiederaufbauvorhaben nur sehr bedingt möglich ist. An dieser Stelle muss auch darauf verzichtet werden, zu überprüfen, inwieweit das Entstehen (ernsthafter) Rekonstruktionsbemühungen und ihre erfolgreiche Durchsetzung von der Fähigkeit abhängen, die jeweils beabsichtigten Funktionen tatsächlich zu erfüllen. Hierfür wäre eine weitaus tiefer gehende empirische Untersuchung erforderlich.

Die nachfolgend genannten potenziellen Funktionen von Wiederaufbauvorhaben wurden im Zuge des Forschungsvorhabens innerhalb unterschiedlicher Debatten identifiziert und werden daher nicht einzeln belegt. Es wird nicht davon ausgegangen, dass sämtliche Funktionen explizit oder implizit in allen Debatten um Wiederaufbauvorhaben eine Rolle spielen oder als Begründung angeführt werden. Dennoch soll nicht der Versuch unternommen werden, die Häufigkeit der Verwendung zu überprüfen, da auch dies umfangreiche empirische Untersuchungen erfordern würde. In einer hier probeweise eingeführten Typologisierung werden (primär) ästhetische, stadtstrukturelle, (stadt-)historische, gesellschaftliche und ökonomische Funktionen unterschieden. Es wird davon ausgegangen, dass es möglich ist, lokale Rekonstruktionsdebatten nach der Dominanz einzelner bzw. der Kombination mehrerer potentieller Funktionen in der Argumentation von Befürwortern und Gegnern zu unterscheiden.

Im Folgenden werden lediglich Funktionen betrachtet, die dem Bauwerk und seiner Architektur zugeschrieben werden, während solche, die sich aus der Nutzung heraus begründen, nicht aufgeführt werden. Wenngleich hier nicht einer Beliebigkeit von Gebäudenutzung und -hülle das Wort geredet werden soll, ist doch davon auszugehen, dass die wenigsten für ihre

funktionsfähige Nutzung eine bestimmte Architektur benötigen. Entsprechend sind nur wenige Beispiele bekannt, in denen die Nutzung ein zentrales Argument für einen Wiederaufbau gewesen ist (vgl. etwa die Fallstudie zur Paulinerkirche, die allerdings letztlich auch nicht erfolgreich im Sinne der geforderten originalgetreuen Rekonstruktion verlief; 5.2). Es sei allerdings darauf hingewiesen, dass die Nutzung häufig als ein zentrales Gegenargument angeführt wird, weil sie zunächst unklar (etwa Berliner Stadtschloss), nicht erforderlich (Wiederaufbau von Kirchen in Ostdeutschland) oder nicht dem Bautyp adäquat möglich (vordemokratische Herrschaftsbauten) sind.

#### 4.31 Ästhetische Funktionen

Als primär ästhetische Funktionen werden hier solche gefasst, bei denen es wesentlich um einen bestimmten visuellen Eindruck geht. Dabei zeigt allerdings bereits die folgende Übersicht, dass davon ausgegangen wird, dass die Ästhetik stets Ausdruck weitergehender sozialpsychologischer Motive und letzten Endes auch gesellschaftlicher Ansichten, Ziele und Interessen ist:

- Schaffung eines individuell als „schön“ empfundenen Stadtbildes oder einer als „gemütlich“ angesehenen Situation, auch als Mittel der Selbststilisierung und Distinktion
- Abwehr einer als befremdend empfundenen Austauschbarkeit zeitgenössischen Bauens
- Ablehnung bzw. Revision der Zeugnisse der architektonischen (Nachkriegs-)Moderne.

Die Abgrenzung zu den weiter unten aufgeführten gesellschaftlichen Funktionen besteht darin, dass dort die gesellschaftliche Wirkung explizit angeführt wird und somit stets bewusst ist, während hier sich das Argument ästhetischer Begrifflichkeiten bedient und in der Regel auch den verwendenden Akteuren die sozialpsychologische bzw. gesellschaftliche Dimension nicht bewusst ist.

#### *„Schönheit“ und „Gemütlichkeit“ zur Selbststilisierung und Distinktion*

Die nur scheinbar banalste Funktion, die Wiederaufbauvorhaben argumentativ zu-

geschrieben wird, ist die, ein „schönes“ Gebäude, einen visuell anregenden Stadtraum oder eine „gemütliche“ Atmosphäre zu erzeugen. „Schönheit“ und „Gemütlichkeit“ besitzen dabei in der Regel auch eine vergleichende Dimension: Nicht nur „unser Dorf soll schöner werden“, auch die eigene Stadt, zumal ihre „gute Stube“ soll mindestens ebenso schön sein wie in der Nachbarstadt, in Urlaubsorten und Tourismusdestinationen (man beachte das insgesamt gestiegene Reiseverhalten und insbesondere die Zunahme des Städtetourismus) oder in sonstigen „Referenzstädten“ –, vor allem aber soll es genauso schön werden, wie es entsprechend der heute fast nur noch medialen Vermittlung nach früher – also vor der Zerstörung – einmal war. Schließlich ist besondere Schönheit auch ein Auswahlkriterium für Wiederaufbauvorhaben. Dies kann mit einem Argument besonderer kunsthistorischer Bedeutung einhergehen – wie etwa in Wesel, wo es sich einst um das „schönste Rathaus am Niederrhein“ (Bürgerinitiative Historisches Rathaus Wesel 2008) gehandelt haben soll, oder bei verschiedenen, von der historischen Bedeutung zunächst gleichwertigen Gebäuden geschehen (vgl. die Leitbautenstrategie am Dresdner Neumarkt oder die Auswahl von zu rekonstruierenden Altstadt Häusern im Frankfurter Dom-Römer-Areal).

Seine Komplexität bezieht die Schönheitsfunktion einerseits durch die sozialpsychologische Erkenntnis, dass „Schönheit“ von einzelnen Individuen und Gruppen stets in Abhängigkeit von psychogenetisch bzw. gesellschaftlich geprägten Wertvorstellungen definiert wird und somit niemals als absolute Kategorie begriffen werden kann. Andererseits führt die Überlagerung mit dem Begriff der Ästhetik als philosophische Disziplin dazu, dass Schönheit oftmals nicht als Eigenschaft der Objekte, sondern als rationale Wertung betrachtet und dabei wie etwa in Kants Kritik der Urteilskraft als „interesseloses Wohlgefallen“ jenseits dem Wohlgefallen am Guten oder Angenehmen besteht. Daraus entsteht schließlich auch eine kritische Haltung zu Schönheit durch die Kunst, die sich spätestens seit der Moderne vom „Schöngemachten“, „Geschmeichelten“ und „Unwahren“ emanzipiert hat. In ähnlicher Weise könnte auch

auf die Schwierigkeit des Begriffs der „Gemütlichkeit“ eingegangen werden (vgl. etwa Akbar 16.10.2008 in BMVBS 2009). An dieser Stelle ist insofern eine Begrenzung erforderlich, als das Verlangen nach „Schönheit“ oder „Gemütlichkeit“, das im Zusammenhang mit Wiederaufbauvorhaben von einer Bevölkerungsgruppe geäußert wird und zu dessen Erfüllung die Rekonstruktion eines verlorenen Bauwerks beitragen soll, unabhängig von einer harten Definition dieser Begriffe besteht und entsprechend einer umgangssprachlichen Verwendung im Sinne von angenehm, ansprechend, anziehend oder dekorativ bzw. behaglich, heimelig und idyllisch zu verstehen ist. Gleichwohl bestehen innerhalb lokaler Debatten auch Versuche, dieses individuelle Schönheitsempfinden zu verallgemeinern oder durch objektive Bauwerkeigenschaften, etwa eine bessere Einfügung in den baulichen Bestand, eine größere Heterogenität und Komplexität der Fassadengestaltung oder die Verwendung wertvoller Materialien zu begründen.

Damit stellt sich an dieser Stelle insbesondere die Frage, warum ausgerechnet Rekonstruktionen als rückwärts gewandte Bilder von einem Teil der Bevölkerung als „schön“ angesehen werden, obwohl sie gerade nicht dem „Glanz der Wahrheit“ entsprechen, als dessen Ausdruck in der klassischen Philosophie Schönheit galt. Mit Verweis auf die vorangegangenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen lassen sich dafür verschiedene, miteinander verknüpfte Erklärungen anführen:

- Die durch den Individualisierungstrend voran getriebene Fragmentierung der Gesellschaft ermöglicht eine individuelle Entscheidung von Personen und Gruppen darüber, was sie als „schön“ betrachten. Damit ist ganz grundsätzlich auch der Rückgriff auf vergangene Formen und Schönheitsvorstellungen möglich. Dabei gewinnt Rekonstruktion nicht nur aufgrund der visuellen Attraktivität für unterschiedliche Milieus bzw. Geschmacksgruppen an Bedeutung, sondern kann nicht zuletzt aufgrund des prozessualen Charakters zugleich auch als ein „Event schlechthin“ (Kerkhoff 2008) innerhalb der Erlebnisgesellschaft angesehen werden. Hierin deutet sich bereits an, dass die ästhetische Funktion der „Schönheit“ auch

Anteile einer gesellschaftlichen Funktion besitzt bzw. mit diesen verknüpft ist, indem die zunächst als allgemein-gültig verstandene „Stadtbildverschönerung“ auch als Aneignung des städtischen Raums durch eine bestimmte Geschmacksgruppe wirkt.

- Dabei emanzipiert sich auch ein populärer Begriff von „Schönheit“ und kann nunmehr innerhalb der gesellschaftlichen Auseinandersetzung als gleichberechtigt gegenüber der durch die Elitekultur vorgenommenen Abwertung als „Kitsch“ angesehen werden. Dies erodiert die Elitekultur zudem in einer Weise, dass ehemals „kitschige“ Dinge heute neben der Hochkultur stehen bzw. durch ironischen Gebrauch von dieser integriert wurden.
- Durch das Aufkommen und die Ausweitung des Bürgertums im Sinne einer Verallgemeinerung von materiellem Wohlstand, können die wesentlichen Grundbedürfnisse als befriedigt gelten, sind Gebrauchsgegenstände zu Distinktionsmitteln geworden und haben kulturelle Güter und Erlebnisse an Bedeutung gewonnen. Dadurch, dass die kapitalistische Massengesellschaft diese kulturellen Bedürfnisse zunächst vor allem durch Kopien, Miniaturen und Repliken zu befriedigen suchte, aber keine Form- und Stilsicherheit vermitteln konnte, besteht auf dem nunmehr erreichten Wohlstandsniveau zum einen eine gesteigerte Nachfrage nach Besonderheit und Originalität und zeigt sich zum anderen das Verhältnis von Echtem und Nachgemachtem verwischt.
- So, wie der „schöne“ Kitsch als „Balsam für die Seele“ dient, ist Heimat als Komplexität reduzierender Ort der „Gemütlichkeit“ in der zunehmend mobilen Gesellschaft bedeutender geworden. Individuen und Bevölkerungssteile entscheiden dabei ebenso eigenständig über ihre Auffassung von „Gemütlichkeit“, wie dies oben für „Schönheit“ ausgeführt wurde. Hinzu kommt, dass Heimat zwar weiterhin aus nostalgischen Gefühlen und Kindheitserinnerungen gespeist sein kann, dies aber etwa durch Migration und Ortspolygamie nicht länger zwingend erforderlich ist. So wird die (neue) Heimat heute bewusst an-

geeignet und sind mehrere, wechselnde Heimaten möglich. So, wie Einrichtungs- und Dekorationsgegenstände an gesellschaftlicher Bedeutung gewonnen haben, um den eigenen Status innerhalb der Gesellschaft zu verdeutlichen und zugleich um in einer zunächst fremden Umgebung „heimisch“ zu werden, besteht dieses Verlangen abhängig von persönlichen Möglich- und Fähigkeiten auch für das erweiterte Umfeld und die städtische Umwelt. Durch soziales, kulturelles oder politisches Engagement versuchen Zugezogene, entweder sich bewusst von der alteingesessenen Bevölkerung abzuheben oder eine stärkere Verwurzelung und Integration zu erreichen. Dabei wirken sie auch gestaltend auf ihre Umwelt ein und orientieren sich dabei an ihren in früheren Heimaten gemachten Erfahrungen und dort entwickelten Geschmacksurteilen.

- Durch die Individualisierung besteht aber auch ein Bedürfnis nach Absetzung, hier also letztlich nach der Durchsetzung des eigenen Schönheitsempfindens gegenüber dem anderer bzw. anderer Gruppen. Als eine Fortsetzung dieses Distinktionsverhaltens kann man zudem auch die – zumindest innerhalb der Argumentation behauptete – Notwendigkeit von Stadtgesellschaften ansehen, sich innerhalb des Städtewettbewerbs von konkurrierenden Standorten und Destinationen abzugrenzen und dies etwa durch die Herstellung von Alleinstellungsmerkmalen zu verwirklichen (vgl. Richter 2009).

Die bewusste „Stadtbildverschönerung“ als wesentliche Funktion vieler Rekonstruktionsvorhaben kann somit wohl gelingen, aber nur innerhalb der begriffsimmanenten Grenzen. Da es sich um ein individuelles bzw. kollektives Geschmacksurteil handelt, wird auch zunächst lediglich das Schönheitsempfinden derjenigen Individuen und Gruppen befriedigt, die durch ihre Geschmacksvorlieben entsprechend ausgerichtet sind und somit in der Regel innerhalb des Wiederaufbauvorhabens auf Seiten der Rekonstruktionsbefürworter zu finden sein werden. Hierfür ist zudem eine Umsetzung erforderlich, die ihren Ansprüchen und Vorstellungen entspricht. Darüber hinaus ist aber auch denkbar, dass sich weitere Menschen durch Gewöhnung

dem Geschmacksurteil anschließen, bzw. dass sich ihr Schönheitsempfinden in einer Weise ändert, dass das wiederhergestellte Bauwerk nunmehr auch für sie als Beitrag zur Stadtverschönerung funktioniert. Neben einer nicht erwartungsgemäßen Ausführung des Vorhabens kann auch die Wirkung innerhalb des umgebenden Stadtraums dazu führen, dass das rekonstruierte Einzelgebäude oder Ensemble seine Funktion als „Schönheitslieferant“ nicht erfüllen kann. So ist die Wirkung des Bauwerks in der Regel räumlich stark beschränkt und kann die Nebenwirkung hervorbringen, dass die dem im Rekonstruktionswunsch zum Ausdruck gebrachten Schönheitsideal nicht entsprechende weitere Umgebung in noch verstärktem Maße als „hässlich“ wahrgenommen wird. Damit wäre es auch möglich, dass der erhoffte Effekt für das Wohlbefinden gänzlich aufgehoben wird. Wesentlicher Faktor für eine erfolgreiche Stadtverschönerung scheint insofern, mit der Rekonstruktion nicht Einzelbauwerke, sondern Räume zu schaffen, die ein gruppenspezifisches Schönheitsempfinden ermöglichen. Dies muss nicht zwingend durch weitere Rekonstruktionen oder den Bau historisierender Gebäude im direkten Umfeld eines Wiederaufbaus unterstützt werden, sondern kann in der Regel durch angemessene Proportionen und Gestaltung sowie eine herausragende Stellung des rekonstruierten Gebäudes gegenüber der Umgebung insbesondere hinsichtlich der gestalterischen Ausformung erreicht werden.

*Abwehr zeitgenössischen Bauens/Revision der Nachkriegsmoderne*

Entsprechend der angedeuteten vergleichenden Dimension des Schönheitsbegriffs ist häufig festzustellen, dass sich das Argument der Schönheit von Rekonstruktionen ganz wesentlich als eine Ablehnung eines als „hässlich“ empfundenen Bestandes oder eines entsprechenden Vorschlages für eine Neubebauung darstellt. Dann steht weniger die Schönheit des alten Gebäudes im Vordergrund, sondern das verlorene Bauwerk wird von den entsprechenden Individuen vor allem als bessere – weil „schönere“ – Alternative wahrgenommen. Für viele Laien ist dabei der Unterschied zwischen einer modernen Architektur und einem zeitgenössischen, möglicherweise

nicht einem modernen Stil entsprechenden Gebäude allenfalls graduell. Der wesentliche Unterschied zwischen der Abwehr eines Neubaus und der Revision einer bestehenden Situation ist die Bewertungsgrundlage. Die Bewertung des zerstörten und ggf. zu rekonstruierenden Gebäudes fußt stets auf einer eigenen oder (medial) vermittelten Erfahrung. Die Ablehnung einer vorhandenen Bebauung geht stets von der eigenen Erfahrung aus, wobei Veränderungsmöglichkeiten häufig nicht berücksichtigt werden. Für einen Neubau liegen solche Erfahrungen nicht vor, wodurch die Bewertung lediglich auf aus Entwurfszeichnungen gewonnenen Erwartungen beruht. Darin wird auch noch einmal deutlich, wie stark ästhetische Urteile einerseits von individuellen Erfahrungen, andererseits aber auch von intellektuellen Fähigkeiten wie etwa gesellschaftlicher Kontextualisierung oder kunsthistorischer Einordnung abhängen. Dies gilt nicht nur für elitäre Kunstvorstellungen, sondern mindestens ebenso stark für populäre Geschmacksurteile, wenn etwa selbst herausragende architektonische Leistungen der Nachkriegsmoderne als schlichte Hinterlassenschaften einer Notzeit (z. B. Fernmeldehochhaus an der Stelle des Thurn-und-Taxis-Palais in Frankfurt a. M.; vgl. Kap. 5.3) verstanden werden oder sich die Ablehnung zeitgenössischen Bauens mit einer Kritik an Investorenarchitektur paart (BMVBS 2009: 46–51, vgl. hierzu auch den Fall des Braunschweiger Residenzschlosses).

In verstärktem Maße muss hier auf die gleichsam homöopathische Wirkung des Wiederaufbauvorhabens gegenüber dem umfangreichen modernen Gebäudebestand und der umfassenden zeitgenössischen Bautätigkeit sowie der Prägung der gesamten Stadtgestalt durch die Modernisierungsanstrengungen des 20. Jahrhunderts (insbesondere die dominierende Wirkung von Verkehrs- und sonstigen Infrastrukturbauten) hingewiesen werden. Allerdings eröffnet sich auch eine weitere Möglichkeit, wie die ästhetische Funktion bei Akzeptanz einer begrenzten Wirksamkeit erfüllt werden kann: Ähnlich der im Nachkriegswiederaufbau teilweise auch durch Rekonstruktionen und Translokationen entstandenen „Geschichtsinself“ dienen räumlich relativ stark begrenzte Orte als Projektions-

fläche für Wünsche und Sehnsüchte nach der „schönen Stadt“. Sie lassen den entsprechend gestimmten Betrachter den „hässlichen“ Rest der Stadt zumindest während seines Aufenthalts in der Geschichtsisel vergessen oder bieten Identifikations- und Erlebnisorte an, die den „hässlichen Rest“ weniger dominant und damit leichter erträglich werden lassen.

#### 4.32 Stadtstrukturelle Funktion

In den Ausführungen zur ästhetischen Funktion der Überwindung von hier zunächst gestalterischen Defiziten der Nachkriegsmoderne deutet sich bereits an, dass das entsprechende Argument in unterschiedlichem Maße zu einer Debatte um stadtstrukturelle Funktionen von Architektur und Städtebau der Moderne und Nachmoderne erweitert wird. Innerhalb dieses Argumentationsstranges wird der Rekonstruktionswunsch direkt zurückgeführt auf die bereits seit den 1960er Jahren bestehende Stadtkritik, wie sie etwa in den Werken Jane Jacobs' oder Alexander Mitscherlichs (1965) Beschreibung der „Unwirtlichkeit unserer Städte“ zum Ausdruck kommt und die sich seit den 1970er Jahren vor allem mit der Forderung nach einem behutsamen Umgang mit dem Bestand und einem verstärkten Engagement im Bereich des nun auch städtebaulichen Denkmalschutzes zeigt. Wohl nicht zufällig entstanden zu dieser Zeit auch die ersten Überlegungen zu Wiederaufbauvorhaben der gegenwärtigen Rekonstruktionswelle. Wesentliche Kritikpunkte sind die fehlende Orientierung der Gebäude an der Straße, die Aufhebung der eindeutigen Trennung von öffentlichen und privaten Flächen, die Zusammenfassung vormals kleinteiliger Parzellen sowie der Überschreitung früherer Höhenbegrenzungen, aber auch die Nicht-Beachtung der Geschichtlichkeit als wesentlichen Elementen der Europäischen Stadt. Zumindest die städtebaulichen Prinzipien der „vormodernen“ Städte sind unter diesem Begriff mittlerweile auch zum planerischen Leitbild geworden, ohne dass seine Verfechter notwendigerweise zugleich Rekonstruktionen oder auch nur traditionelle Architektur befürworten würden. Ein wesentliches gemeinsames Argument ist dabei die langfristige, modenunabhängige Erprobung

und Bewährung des früheren Stadtgrundrisses.

Ganz offensichtlich kann einem einzelnen Gebäude oder Ensemble nicht die Funktion zufallen, die gesamte Stadtstruktur zu reparieren, und nur selten kann man davon ausgehen, dass davon eine solche Wirkung für einen wesentlichen Stadtbereich ausgeht (vgl. etwa die Diskussion um die städtebauliche Funktion des Berliner Stadtschlusses). In der Regel ist zudem nicht erkennbar, warum die Funktion nicht ebenso gut (oder schlecht) von einem dem früheren Stadtgrundriss folgenden Neubau im Sinne einer „Kritischen Rekonstruktion“ zufallen sollte, die von den meisten Rekonstruktionsbefürwortern ganz im Gegensatz zu vielen der oben angeführten Verfechtern des Leitbilds der „Europäischen Stadt“ abgelehnt wird. Insofern mag die Zuschreibung einer stadtstrukturellen Funktion entweder der Hoffnung auf eine Fortführung in weiteren Wiederaufbauvorhaben entspringen, die in der Summe dann tatsächlich eine solche Funktion erfüllen könnten, oder als eine symbolische Handlung begriffen werden, die als Zeichen für eine insgesamt veränderte städtebauliche Haltung und daraus resultierende mittel- bis langfristige stadtstrukturelle Veränderungen interpretiert werden könnte. In beiden Fällen wäre dann die eigentliche Funktion des Wiederaufbauvorhabens jedoch keine direkt stadtstrukturelle und würde diese lediglich als – letztlich allenfalls mittelbar zutreffendes – Argument verwendet. Weiterhin zeigt sich allerdings – etwa im Fall des Potsdamer und ansatzweise des Berliner Stadtschlusses –, dass stadtstrukturelle Ziele in Verbindung mit einem prominenten Wiederaufbauvorhaben leichter vermittelbar scheinen, so dass Wiederaufbauvorhaben auch dazu genutzt werden, planerischen Überlegungen zur Überwindung eines stadtstrukturellen Defizits stärkeren Nachdruck zu verleihen. Umgekehrt werden stadtstrukturelle Argumente dazu genutzt, Wiederaufbauvorhaben durchzusetzen. Welches Ziel dabei jeweils für die Durchsetzung des anderen Ziels eingesetzt wird, muss im Einzelnen analysiert werden.

### 4.33 (Stadt-)historische Funktionen

Auch die stadtgeschichtlichen Funktionen sind häufig mit gesellschaftlichen Funktionen verbunden, insbesondere solchen der Aushandlung bzw. Festlegung der Geschichtswahrnehmung (siehe Kap. 4.34). Entsprechend steht an dieser Stelle weniger die Vermittlung einer bestimmten Geschichte im Mittelpunkt. Vielmehr wird offenbar erwartet, dass die gebaute Umwelt – auf verschiedene Weisen – stärkere Bezüge zu historischen Spuren der Stadtentwicklung herstellt und deutlich macht. Damit geht es letztlich indirekt um eine ähnliche Funktion, wie sie in Denkmalschutz und Kunsthandel der „Alterswert“ erfüllt – wenngleich dieser für die damit begründeten Rekonstruktionen lediglich ideell, scheinbar visuell und nicht materiell in Anspruch genommen werden kann. Hier sollen drei unterschiedliche derartige Funktionen unterschieden werden:

- die Herstellung historischer Bezüge und die Anknüpfung städtischer Entwicklung an die Geschichte,
- das Anknüpfen an lokale Bautraditionen sowie
- das Anknüpfen an frühere Bautechniken und -materialien.

#### *Herstellung historischer Bezüge*

Der Alterswert wird zunächst vielmals in den Bauwerken insgesamt gesehen. Die Gebäude dienen demnach wie originale Baudenkmale der Erinnerung, als Merkmale für die (lokale) Vergangenheit, im Weiteren als Anknüpfungspunkt für Geschichtsvermittlung und damit letztlich als ein Angebot zur individuellen Identitätsbildung durch die Aneignung der lokalen Geschichte. Die – echten oder nachempfundenen – baulichen „Geschichtsspuren“ dienen innerhalb der weiterentwickelten, modernisierten Stadt, indem sie die Vorstellungskraft der Betrachter anregen und bei ihnen Fragen nach der Geschichte des Ortes erzeugen. Besonders deutlich tritt diese Vorstellung in zwei Äußerungen Christoph Mäcklers (zit. in BMVBS 2009: 53) zu Tage: „Ich bin jemand, der [...] sich oft überlegt, was an dem Ort, an dem ich gerade bin, alles stattgefunden hat, wer alles an diesem Ort gewesen ist. Wenn ich in eine alte romanische Kirche gehe und

mir überlege, wann welche Gesellschaften diesen Raum belebt haben, so ist das etwas, das mich trägt.“ Diese Wirkung schreibt er am Beispiel des Frankfurter Goethe Hauses auch Rekonstruktionen zu: „Wenn Sie heute dort hingehen, dann sehen Sie die Geschichte der Jugend Goethes. Sie erleben die Räume und Atmosphäre in diesem Haus. Sie sind nicht etwa in einem Fünfziger-Jahre-Haus“ (Mäckler zit. in BMVBS 2009: 37). Mit den in aller Regel prominent situierten und auffälligen Gebäuden soll also Geschichte in betonter Weise sichtbar gemacht werden. Insofern gleichen sie in ihrer Funktion musealen Rekonstruktionen (vgl. Pehnt 2008), haben aber für ihre Verfechter den Vorteil, dass sie maßstabs- und ortsgleich ausgeführt werden und damit zusätzliche Möglichkeiten der Bezugnahme bieten. Dabei verbindet sich die Argumentation über die baulich-räumliche Vermittlung von der „Historizität“ von Stadt und Raum als wesentlichem Bestandteil des *genius loci* häufig mit solchen über die Vorzüge eines Festhaltens an tradierten, „gewachsenen“ städtischen Strukturen, wie sie bereits als Argument bei der zuvor beschriebenen stadtstrukturellen Funktion angeführt werden.

Dem Argument eines Funktionierens von Rekonstruktionen als historischem Bezug – auch wenn ggf. mehrere Jahrzehnte zwischen Zerstörung des Originals und Wiederaufbau liegen und der Bauplatz und sein städtebaulicher Kontext sich seitdem zum Teil umfassend weiterentwickelt haben – liegt eine Abwertung der Idee der Authentizität und eine gesteigerte Signifikanz der optischen Wirkung sowie der das Werk prägenden Idee zugrunde. Die „Software“ ist in diesem zumeist populären Urteil gewissermaßen wichtiger als die „Hardware“. Hierin manifestiert sich ein umfassender gesellschaftlicher Wandel, der u. a. mit den Begriffen der Erlebnis-, Wissens- und Mediengesellschaft zu beschreiben versucht wird. Durch die gesteigerte Bedeutung des Erlebnisses und die Ähnlichkeit des visuellen Erlebens eines „echten“ und eines nachgebauten Denkmals wird praktisch eine Gleichsetzung der Wirkung möglich. Auch in früheren Epochen wäre ein solches Vorgehen denkbar gewesen, hätte allerdings vermutlich eine wesentlich geringere Wirkung erzielt. Durch den Übergang von der Industrie- zur Wis-

sensgesellschaft (Bell 1973, Böhme/Stehr 1986, Heidenreich 2003) sind immaterielle Werte insgesamt wichtiger geworden, was etwa auch im Denkmalschutz mit den Anstrengungen der UNESCO zur Bewahrung der „Meisterwerke des mündlichen und immateriellen Erbes der Menschheit“ zum Ausdruck kommt. Zu solchen Werken können nach der Argumentation mancher Rekonstruktionsbefürworter dann auch die Baupläne bedeutender Bauwerke oder Architekten gehören. Ihrer Bewahrung kann dann auch eine erneute „Materialisierung“ durch Rekonstruktion dienen. Entsprechend wird in mehreren Wiederaufbaudebatten auf das Vorhandensein alter Pläne verwiesen. Die Medialisierung vieler Sinneseindrücke, die Echtheit der sinnlichen Erfahrung insbesondere durch die Allgegenwart bewegter Bilder verstärkt zusätzlich die Abwertung in einem ursprünglicheren Sinn „echter“ Erlebnisse. Damit diese gesellschaftlichen Trends die Geschichtsvermittlung von Rekonstruktionen vor Ort tatsächlich ermöglichen können, ist allerdings eine wesentliche zusätzliche Voraussetzung erforderlich: Das gesellschaftliche Klima muss die Erinnerung an den rekonstruierten Ort und damit an die Umstände seiner Zerstörung auch zulassen. Wenn diese im Rahmen eines traumatischen, beschämenden Ereignisses stattgefunden hat – in vielen Fällen wird der Zweite Weltkrieg, die damit verbundenen Bombardierungen und die letztendliche Niederlage des nationalsozialistischen Deutschlands genannt – dauert es meist Jahrzehnte, bis das Thema Wiederaufbau zur Sprache kommt. Mit dem Wandel des Generationengedächtnisses nach 80 bis 100 Jahren verändert sich auch der gesellschaftliche Bezug zu den Umständen der Zerstörung. Die jüngeren Generationen können unbefangener fordern, dass auch die Erinnerung an vorhergehende Epochen baulich dargestellt wird. „Perfekt“ wird die „Täuschung“, die von Rekonstruktionen in diesem Sinne letztlich ausgeht, dann, wenn so wesentliche Teile der Bevölkerung nach relativ kurzer Zeit den Zustand vor dem Wiederaufbau aus dem Bewusstsein verlieren.

Sofern es um einen entsprechend ungezielten, nicht-selektiven Geschichtsverweis geht, ist eine solche Wirkung durch Rekonstruktionen möglich, wenn sie hin-

reichend originaltreu erfolgen und ggf. sogar eine Wiederherstellung von Gebrauchs- und Alterungsspuren einbeziehen, so dass Laien gewissermaßen ein altes Gebäude erleben. Im Vergleich zu anderen Formen der musealen oder medialen Geschichtsvermittlung kann die Wirkung sogar stärker sein. Damit ist allerdings zunächst nur eine sehr banale Form der Überlieferung gelungen: der Hinweis, dass es an dieser Stelle einmal Gebäude gab, die so ähnlich aussahen und dass der Ort insgesamt über eine Historie verfügt, die mindestens so alt ist, wie der Baustil es der kundigen Betrachterin zeigt. Für alle darüber hinaus gehenden Bezüge zur Stadthistorie, geschichtlichen Erzählungen und Erläuterungen sowie erinnerungskulturellen Leistungen sind weitergehende Vermittlungsstrategien erforderlich, die durch Rekonstruktionen je nach Ausführung, vor allem aber je nach Vermittlungsinhalt bestärkt oder geschwächt werden können. Stark verallgemeinernd kann davon ausgegangen werden, dass die Vermittlung von Ereignissen und historischen Zusammenhängen, die sich auf die Existenz des Bauwerks und seinen historischen Kontext beziehen, vereinfacht wird: Erschwert wird hingegen der Verweis auf die Zerstörung und die Weiterentwicklung des Ortes zwischen Zerstörung und Wiederaufbau, so lange hierfür nicht entsprechend deutliche Hinweise auf die Zeitgenossenschaft des Bauwerks vorgesehen werden.

#### *Anknüpfen an lokale Bautraditionen*

Ein weiteres, allerdings eher untergeordnetes Argument ist die Fortführung bzw. Betonung lokaler Bautraditionen durch Wiederaufbauvorhaben. Die Wiederherstellung von Gebäuden aus einer Zeit, in der zumindest nach dieser Argumentation eine größere Eigenständigkeit und Ortsbezogenheit bestanden habe, könne diese insgesamt erhalten bzw. wiederbeleben. Rekonstruktionen werden damit in direkte Verbindung mit traditionsorientiertem Bauen gestellt. In der Regel wird darin auch eine Form des Widerstands gegen internationale Angleichungstendenzen der modernen und zeitgenössischen Architektur gesehen, die zur Monotonie und „Austauschbarkeit“ von Städten und insbesondere ihrer Zentren geführt habe.

Im Zuge der Globalisierung, der wesentliche Teile der vorhandenen Angleichungstendenzen zuzuschreiben sind, kommt es sowohl zu Gegenbewegungen, die kulturelle Unterschiede zwischen Nationen und Regionen hervorheben oder zumindest erhalten wollen, als auch zu einem allgemeinen Bedeutungszuwachs der lokalen Ebenen, da ihr eine Vermittlungsfunktion zwischen globalen Trends und den weiterhin mehr oder weniger stark lokal verorteten und beheimateten Menschen zugeschrieben wird (Glokalisierung). Gleichzeitig stehen die Städte auch zunehmend in einem Wettbewerb, in dem ortstypische Alleinstellungsmerkmale als weiche Standortvorteile angesehen werden (siehe Kap. 4.35). Hier bieten Rekonstruktionen sicher eine „verlässliche“ Alternative zum „Erwerb“ zeitgenössischer „Stararchitekturen“, die einerseits keine Garantie einer dauerhaften Funktionalität als örtliche Besonderheit bieten und andererseits durch die Internationalität der „Lieferanten“ auch nur selten ortsspezifisch wirken. Wiederaufgebaut werden allerdings seltener Bauwerke, die tatsächlich innerhalb einer lokalen Bautradition entstanden sind, als vielmehr frühe europäische Stararchitekturen oder lokale Ausprägungen zu ihrer Zeit europaweit verbreiteter Bautrends, wie sie etwa in Renaissance, Barock und Klassizismus bestanden.

#### *Anknüpfen an frühere Bautechniken und -materialien*

In Begründung und Funktionsweise weitgehend analog zu den vorangegangenen Ausführungen wird Rekonstruktionen auch die Funktion zugeschrieben, dass sie in ihrem Herstellungsprozess heute nicht mehr verwendete Bautechniken und Materialien zum Einsatz kommen ließen und dadurch insbesondere handwerkliche Techniken und Kunstfertigkeiten erhielten, die ansonsten keine Anwendung mehr fänden und deren Verlust durch Vergessen drohte. Ähnlich wie dies auch für alte Sprachen, alte Nutzierrassen, Nutzpflanzenarten und Ähnliches bekannt ist, wird hierin ein Teil des immateriellen Erbes gesehen, für dessen Bewahrung, Anwendung und zum Teil Wiederfindung sich die Wiederherstellung verlorener Bauten eigne. Gewöhnliche Restaurationsarbeiten würden hierfür nicht ausreichen. Zum Teil werden

Erkenntnisgewinn und Verwertbarkeit für die gegenwärtige Bauforschung erwartet. Wenngleich in einigen Debatten (etwa Frauenkirche Dresden, Knochenhaueramtshaus Hildesheim) prominent vertreten, wird die Funktion allerdings außer bei musealen Rekonstruktionen nie als alleiniges Argument angeführt.

#### **4.34 Gesellschaftliche Funktionen**

Bauen ist stets gesellschaftlich relevant, da im Bauen gesellschaftliche Zustände, Ansprüche und Ziele bewusst oder unbewusst zum Ausdruck kommen. Für Rekonstruktionen scheint dies in besonderer Form zu gelten, da ihnen direkt gesellschaftliche Funktionen zugeschrieben werden und insbesondere über diesen potentiellen Nutzen eine zumeist erhebliche politisch-gesellschaftliche Kontroverse entsteht (deren eigene, ebenfalls vorhandene gesellschaftliche Funktion an dieser Stelle nicht näher untersucht werden soll). Ganz wesentlich wird den Wiederaufbauvorhaben von ihren Befürworter die Funktion einer Stärkung, Prägung oder gar Initiierung städtischer Identität bzw. ein Identifikationspotenzial für die städtische Bevölkerung zugeschrieben. Die Befürworter gehen weiter davon aus, dass durch Rekonstruktionen Geschichtsvermittlung und historisches Erinnern innerhalb der Stadtgesellschaft gefördert würden und sehen insofern eine prägende Wirkung auf die Geschichtswahrnehmung und das kollektive Gedächtnis. Eher von Rekonstruktionskritikern wird angeführt, dass diese Funktion einer Selektion eines bewusst gewählten Geschichtsbildes diene – zumal dann, wenn sich dadurch in gesteigerter Form die Wahrnehmung der Zerstörung und die damit verbundene Schuldzuschreibung bei in der Regel kriegszerstörten Gebäuden verwische. Daran schließt sich die ebenfalls von Kritikern befürchtete Förderung einer Restauration von historischen Gesellschaftsmustern und Werten durch Rekonstruktionen an.

#### *Identität und Identifikation*

Eines der wohl bedeutendsten Argumente, das für die Wiedererrichtung verlorener Bauten und Räume angeführt wird, ist sicher die Stärkung, Prägung oder gar Initiierung „städtischer Identität“. Damit ist



in der Regel einerseits ein Identifikationspotenzial für die städtische Bevölkerung und kollektive Identitätsbildung der Stadtgesellschaft gemeint, andererseits eine auf Vermarktung nach innen und außen ausgerichtete Imagebildung, die hier vor allem als ökonomische Funktion aufgefasst werden soll (siehe Kap. 4.35). Die zunehmend pluralisierte und fragmentierte Stadtgesellschaft, die nicht in der Lage ist, eine prägende gemeinsame Identität zu entwickeln, wird von denjenigen, die eine Identitätsbildung als Argument anführen, als Manko, wenn nicht gar als Unannehmlichkeit oder Bedrohung empfunden. Gegebenenfalls werden daraus auch weitere Ableitungen hinsichtlich eines fehlenden gesellschaftlichen Zusammenhalts auf das Fehlen oder die Schwäche der kollektiven Identität bzw. die geringe Identifikation des Einzelnen mit der Stadtgesellschaft vorgenommen. Insofern werden Rekonstruktionen aus mehrerer Hinsicht als geeignete Maßnahmen zur Identitätssteigerung angeführt. Zunächst durch den bereits angeführten Geschichts- und Ortsbezug: Es scheint erstens einfacher, ehemals bestehende Bezüge wiederherzustellen, als gänzlich neue zu (er-)finden. Zweitens gelten Bauwerke neben lokalen Ereignissen, Brauchtum und Erzählungen sowie den damit jeweils verbundenen gesellschaftlichen Diskursen durch ihre Zeichenhaftigkeit und teilweise hohe Symbolkraft insgesamt als Mittel zur Identifikation mit der Stadt. Drittens können sie im Sinne von Wahrzeichen sicher auch der Distinktion und Unterscheidbarkeit von anderen Städten dienen. Schließlich bietet aber auch die Ereignishaftigkeit und die gemeinschaftliche Anstrengung, die ein Wiederaufbauvorhaben darstellt, ein gutes Identifikationspotenzial. Im Gegensatz zu einem zeitgenössischen Bauwerk wird von Befürwortern häufig davon ausgegangen, dass keine gänzlich neue Identifikationsleistung erforderlich ist, sondern dass hier vormals vorhandene Bezüge ebenso einfach wiederhergestellt werden könnten, wie die Rekonstruktion des Gebäudes als technisch machbar angesehen wird. Damit ein Neubau als Ausdruck einer kollektiven Identität angesehen werden kann, müsste nach dieser Auffassung zunächst ein gesellschaftlicher *common sense* bestehen, der in einem langwierigen Prozess

ausgehandelt werden müsste und der auch zu empfindlichen Kompromissen seitens des Milieus der Rekonstruktionsbefürworter führen könnte. Im konservativen Bezug auf eine trotz Zerstörung als bestehend angesehene Geschichtlichkeit können, so die Einschätzung, hingegen die Unsicherheit und Instabilität der Gegenwart durch ein Anknüpfen an die als sicher und stabil angenommene Vergangenheit überwunden werden.

Innerhalb der Argumentation, die einer Rekonstruktion eine identitätsbildende Funktion zuweist, wird zumeist übersehen, dass eben die beschriebene gesellschaftliche Fragmentierung und Individualisierung dazu führt, dass nicht nur ein momentaner Mangel an Identifikation mit der Stadt besteht, sondern dass auch die Identitätsbildung erschwert ist. Da der Raum selber keine Identität besitzt, kann er sie im Wortsinne auch nicht stiften. Allerdings können sich Einzelne wie auch Gruppen in ihrer insgesamt komplexen Identitätskonstruktion auf den Raum beziehen. Hier besitzt zumindest die lokale Ebene das höchste Identifikationspotenzial. Ein (ggf. rekonstruiertes) Gebäude kann dabei langfristig als Identitätsanker oder Medium dienen. Es kann Menschen und Bewohnergruppen in Bürgerinitiativen etc. zusammenführen und dadurch vergemeinschaftend wirken, gleichzeitig aber auch den Geschmacks- und Lebensstilgruppen Gelegenheit bieten, sich durch Zustimmung bzw. Ablehnung voneinander abzusetzen. Dabei stellt ein solches Gebäude jedoch nur einen Baustein der raumbezogenen Identität neben vielen dar und ist kaum als ausschlaggebende Bedingung anzusehen. Es reicht also nicht, ein spektakuläres Bauwerk mit erheblicher Außenwirkung zu errichten, um eine Identifikation mit dem Wohnort auszulösen. Es ist gut denkbar, dass ein herausragendes Gebäude, auf das die Bewohner stolz sind und das sie ästhetisch ansprechend finden, die lokale Bindung verstärkt, wenn diese zumindest in Ansätzen bereits vorhanden ist. Gerade jemand, der sich vielleicht selbst im Wiederaufbauprozess engagiert hat, wird einen Teil seiner Identität sicherlich aus der Verwirklichung seines Anliegens – gut sichtbar und baulich „verewigt“ in dem rekonstruierten Gebäude – beziehen. Je nach Strukturierung und

Konflikthaftigkeit eines Wiederaufbauprozesses birgt ein solches Vorhaben aber im Extremfall auch die Gefahr einer stärkeren Fragmentierung der Stadtgesellschaft (von Saldern/Wagner-Kyora 2005).

Dies alles bedeutet allerdings nicht, dass das eigentliche Vorhaben der Rekonstruktionsbefürworter, nämlich die Stärkung der Identifikation und der Identitätsbildung für sie selber, nicht funktionieren würde: Sie können ihre eigene Identität als Teil der Gruppe der Wiederaufbau-Unterstützer stabilisieren und ihren Platz innerhalb der Stadtgesellschaft finden bzw. festigen. Da Wiederaufbauvorhaben bislang in der Regel – wenn auch erst nach einem langen, zum Teil mit Rückschlägen verbundenem Zeitraum – zu einem für die Befürworter zumindest befriedigendem Ergebnis führen, wird ihnen in der Regel darüber hinaus Anerkennung zuteil. Je stärker das eigene Engagement bzw. die Identifizierung mit der engagierten Gruppe, desto stärker wirkt das wieder errichtete Objekt dabei auch als Distinktionsmittel gegenüber den kritischen oder weniger engagierten Teilen der Stadtgesellschaft.

Um zumindest für einen über die Engagierten hinaus reichenden Teil der Stadtgesellschaft eine identifikationsstärkende Funktion zu besitzen, erscheinen insbesondere hinsichtlich des politischen Prozesses zum Wiederaufbau mehrere, häufig nur bedingt beeinflussbare Punkte hilfreich: zum einen ein breiter bürgerschaftlicher Diskurs, der durchaus kontrovers geführt werden kann, am Ende aber in einer gemeinsam getragenen Entscheidung endet. Auch eine Durchsetzung gegen äußere Vorbehalte oder Partikularinteressen (z.B. Investoren) kann hier helfen. Zum anderen die Auswahl eines Gebäudes bzw. Ortes mit herausragender, möglichst positiver Bedeutung für die Stadtgeschichte. Negativ können hingegen Gebäude wirken, die entweder zeitweise eine mehrheitlich als negativ angesehene Symbolkraft oder Nutzung aufwiesen (etwa die mit einer NS-Vergangenheit „belasteten“ Braunschweiger Beispiele) oder Bauwerke, deren besondere Bedeutung im Wesentlichen nur für eine Minderheit erkennbar ist (etwa die Leipziger Paulinerkirche). Besonders „konsensfeindlich“ erscheint es, wenn für den Wiederaufbau bestehende Gebäude,

die zumindest von Teilen der Bevölkerung akzeptiert bzw. positiv aufgefasst werden, abgerissen werden (siehe die Auseinandersetzungen um den Palast der Republik am Standort des Berliner Stadtschlosses). Schließlich ist auch eine allgemein zugängliche, als positiv anerkannte Nutzung förderlich für die Identifikationsleistung, die das Gebäude zu erbringen vermag.

#### *Prägung der Geschichtswahrnehmung und Erinnerungskultur*

Wie gezeigt, werden Rekonstruktionen innerhalb der lokalen Debatten verschiedene (stadt-)historische Funktionen zugeschrieben, die aus Sicht der Befürworter zudem einen positiven Einfluss auf die Geschichtswahrnehmung innerhalb der Stadtgesellschaft haben können. Hierin wird ein Geschichtsverständnis deutlich, das entweder davon ausgeht, dass es der jeweils aktuellen Generation zusteht, die Geschichtswahrnehmung zu selektieren und zu prägen; oder es behauptet, die enormen und damit als ahistorisch empfundenen Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegszeit hätten die Geschichte in einer Weise überprägt, die einer *damnatio memoriae* gleichkomme und die ein Wiederanknüpfen an die Zeit davor legitimiere – wenn nicht sogar erforderlich mache, da ansonsten wichtige geschichtliche Zeugnisse für immer für die Nachwelt verloren wären. Diese Geschichtsauffassung wird in zweierlei Hinsicht kritisch reflektiert: Einerseits wird in Frage gestellt, ob es überhaupt legitim ist, Geschichte durch bauliche Erinnerungsangebote zu produzieren bzw. hierfür die Mittel der „Geschichtsfälschung“ – gemeint ist damit gleichermaßen das Vergessenmachen der Zerstörung wie die Herstellung einer täuschend „echten“ Nachbildung – einzusetzen. Andererseits wird die vorgenommene Selektion kritisiert – generell aufgrund der bewussten Entscheidung einer Nivellierung der Zerstörungswahrnehmung (einschließlich der damit ggf. verbundenen Schuldzuschreibung) und in vielen Einzelfällen wegen der damit wiederhergestellten Bezüge zu einer vordemokratischen Vergangenheit (siehe hierzu den nachfolgenden Abschnitt zur Restauration historischer Gesellschaftsmuster).

Die Breite von unterschiedlichen mit Wiederaufbauvorhaben beabsichtigten Funktionen und der daran geäußerten Kritik zeigt, dass dieser Punkt an dieser Stelle kaum umfassend behandelt werden kann. Stattdessen soll hier versucht werden zu erläutern, warum die Auseinandersetzung um diese potentielle Funktion – und dass Wiederaufbauten je nach Ausführung und gewählter Wiederaufbaustrategie in der Lage sind, die Geschichtswahrnehmung in ganz unterschiedlicher Weise zu beeinflussen, davon soll an dieser Stelle ausgegangen werden – in fast allen Rekonstruktionsdebatten einen so wesentlichen Stellenwert einnimmt. Diskutiert wird dabei vor allem zweierlei: der Inhalt der Geschichtswahrnehmung und die kulturelle Form der Erinnerung.

Die gesellschaftliche wie individuelle Geschichtswahrnehmung erfolgt immer selektiv aus den zur Verfügung stehenden Quellen, unter Beachtung der zur Verfügung stehenden Fähigkeiten ihrer Auswertung und schließlich unter Einsatz einer Interpretationsleistung, die den gesellschaftlichen Kontext der jeweiligen Jetztzeit mit einschließt. Die Antwort darauf, wer entscheidet, was erinnert und was vergessen wird, folgt im Wesentlichen den jeweiligen Macht- bzw. Governancessstrukturen, die auch für andere gesellschaftliche Entscheidungs- bzw. Aushandlungsprozesse gelten. Hinzu kommt allerdings, dass jedes Gesellschaftsmitglied zugleich auch Quelle der historischen Erinnerung und Träger eines Teils des kollektiven bzw. kommunikativen oder kulturellen Gedächtnisses ist und selber einen permanenten, kaum bewusst verlaufenden Selektionsprozess dahingehend durchläuft, welche Erfahrungen erinnert und welche vergessen werden. Hier ist sowohl auf intra- wie intergenerative Unterschiede hinzuweisen. Für die Kriegs- und Nachkriegsgenerationen ist die Erinnerung an die Zerstörung maßgeblich mit einem sehr unterschiedlich und häufig nur sehr unzureichend oder verspätet aufgearbeiteten Trauma verbunden, das aus der eigenen Opferrolle während der Bombardierung, insbesondere aber auch der später eingestandenen (individuellen oder kollektiv verstandenen) Täterschaft resultiert. In den nachfolgenden Generationen sind dann sowohl ein Wunsch nach Auf-

arbeitung wie auch nach Unbefangenheit und Normalisierung festzustellen. Schon durch diese unterschiedlichen Ansätze wird die über die Nachkriegsjahrzehnte relativ stabile und homogene Geschichtswahrnehmung aus gesellschaftlicher Tabuisierung und institutionalisierter Erinnerung mehr und mehr durch kontroverse Ansätze abgelöst.

Innerhalb einer entsprechend heterogenen Geschichtswahrnehmung ergibt sich zwangsläufig ein komplexer Diskurs um die Form der Aufarbeitung und der darin zum Ausdruck gebrachten Erinnerungskultur. Dabei geht es neben kulturellen Fragen des Ausdrucks, der Haltung, Gestik und Gestaltung ganz wesentlich auch um den gesellschaftlichen wie individuellen Nutzen, der von einer in einer bestimmten Weise institutionalisierten, normierten, tradierten oder auch baulich-räumlich manifestierten Erinnerung ausgeht – etwa hinsichtlich der immer noch vorhandenen Traumata. Besonders deutlich zeigt sich dies neben der Rekonstruktionsdebatte sicherlich bei bewusst „geschichtspolitischen“ Diskursen wie etwa dem Streit um das Holocaust-Mahnmal. Für die hier wesentliche baulich-räumliche Vermittlung von Erinnerung gelten zudem sämtliche Konfliktpotenziale, die für Stadtproduktion und ihre gestalterische Konkretisierung hinsichtlich sozialer, ökonomischer, ökologischer und kultureller Wirkungen gelten und die das Bauen und Planen – zumal im innerstädtischen Bereich – stets begleiten. Entsprechend gibt es hier auch erhebliche Vorbehalte, die Geschichtlichkeit von Ort und Raum als beachtlichen Belang jenseits des ohnehin schon häufig problematisierten Denkmalschutzes anzuerkennen. Dabei findet bei der Stadtproduktion ein permanenter Umgang mit Geschichte und Erinnerungsangeboten statt. Die Aspekte, die nicht dem aktuellen bzw. dem gewünschten Selbstbild entsprechen, werden (durch Abriss oder eben Nicht-Rekonstruktion) aus dem gemeinsamen Gedächtnis ausgeblendet. Dabei hat diese Kontrolle über die Geschichtswahrnehmung eine systemstabilisierende Wirkung, die vielleicht am deutlichsten in den Anfangsworten von George Orwells Roman „1984“ zum Ausdruck kommt: „Wer die Vergangenheit beherrscht, beherrscht die Zukunft. Wer die Gegenwart beherrscht, be-

herrscht die Vergangenheit.“ Somit ist die Debatte um die Wahrnehmung und „Produktion“ von Geschichte auch eine Auseinandersetzung um Gegenwart und Zukunft.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die von Bürger (2008; in BMVBS 2009: 22–29) geschilderte persönliche Ver-lusterfahrung, die er beim Besuch der wiederaufgebauten Dresdner Frauenkirche erlebte. Hierin zeigt sich, dass – zumindest je nach persönlicher Disposition – eine Rekonstruktion, der doch gemeinhin eher die Funktion eines Ausgleichs des Verlustes und damit letztlich einer Nivellierung der mit den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs eingetretenen kollektiven Ver-lusterfahrung zugeschrieben wird, auch in der Lage sein kann, eine gänzlich andere Erinnerung zu ermöglichen. Die Wiederherstellung würde dann nicht notwendigerweise an das Verlorene anknüpfen, sondern könnte vielmehr ein geschichtliches Zeugnis von Krieg und Zerstörung sein. Die wiederaufgebaute Frauenkirche scheint zumindest für Bürger eine entsprechende Wirkung zu entfalten, die womöglich sogar stärker ist als die ihrer zu eben diesem Mahnmal erklärten Ruine. Es ist allerdings zu vermuten, dass es für diese Wirkung zumindest einer hinreichenden Geschichtskennntnis und eines Wissen um die Rekonstruktion, wahrscheinlich aber auch einer eigenen Verlust- bzw. Kriegserfahrung bedarf.

#### *Restauration historischer Gesellschaftsmuster und Werte*

Während die Kritik an Wiederaufbauvorhaben in der Regel davon ausgeht, dass viele der bereits beschriebenen Funktionen zumal durch einzelne, innerhalb eines vollständig veränderten städtebaulichen und gesellschaftlichen Kontext errichtete Bauwerke nicht zu erzielen seien, erheben manche Kritiker den Vorwurf, die Wiederherstellungen würden errichtet, um gleichsam auch die alten Zustände, insbesondere die frühere gesellschaftliche Ordnung der häufig aus dem Kaiserreich oder einer früheren monarchischen Epoche stammenden Gebäude wieder zu erlangen – ja, quasi mit dem Bauwerk zu rekonstruieren. In dieser Allgemeinheit und Umfänglichkeit erscheint

ein entsprechendes Funktionieren aufgrund einer ausschließlich baulich-räumlichen Rekonstruktion allerdings unwahrscheinlich. Deshalb ist davon auszugehen, dass es in der Regel weniger ein Argument der Kritiker selber ist, als vielmehr eines, das ihnen von Befürwortern in den häufig mit erheblicher Schärfe geführten lokalen Debatten unterstellt wird, eben weil es sich einfach widerlegen lässt. Was die Kritiker jedoch vielfach tatsächlich anführen ist, dass im Wunsch nach Rekonstruktion der *Wille* zur Restauration, die Rückwärtsgewandtheit der Befürworter oder die Bereitschaft zum leichtfertigen Umgang mit einem Symbol für die zuletzt von Wilhelm II. verkörperte und damit auch mit deutlich negativen Assoziationen zu verbindende Hohenzollerndynastie zum Ausdruck kämen, obwohl beiden Gruppen die Unmöglichkeit einer tatsächlich restaurativen Funktion von Wiederaufbauvorhaben bewusst ist.

Wenngleich etwa mit dem Berliner Schloss nicht Preußen zu altem Glanz auferstehen wird, so ist in diesem Zusammenhang doch auf zwei Punkte hinzuweisen, die in abgeschwächter Weise eine Entsprechung der restaurativen Funktion darstellen. Zum einen wird innerhalb gesellschaftlicher Diskurse immer wieder das Fehlen oder auch – in einem stärker rückwärts gewandten Verständnis – der Verlust gesellschaftlicher Grundwerte bemängelt. Solche Grundwerte werden dann häufig in der Vergangenheit gesucht und bei einer entsprechenden Geschichtswahrnehmung auch gefunden: Je nach eigenem Werteverständnis werden darunter unter anderem der christliche Glaube und daraus abgeleitete Sozialpraktiken oder eine Orientierung anhand der so genannten Sekundärtugenden verstanden, die häufig zudem mit dem Preußentum verbunden werden. Für beide Wertkategorien bieten sich Gebäude (Kirchen und preußische Staatsbauten, die beide unter den Wiederaufbauvorhaben seit 1975 relativ häufig vertreten sind) an, die zwar nicht direkt die Durchsetzung entsprechender Werte fördern, aber ein Symbol für ihre Wiederkehr sein können. Eine solche Funktion wird dann teilweise auch von Rekonstruktionsbefürwortern als Argument angeführt (vgl. etwa die Potsdamer Debatten – insbesondere die um die Garnisonskirche). Die Dres-

der Frauenkirche zeigt zudem, dass ein Kirchenbau auch heute noch zum Kirchenbesuch animieren, wenngleich nicht unbedingt missionieren kann (vgl. Stötzner 28.8.2009). Zum anderen wurde innerhalb der Auseinandersetzung mit der innerhalb der Bevölkerung anzutreffenden nostalgischen Grundstimmung (vgl. den entsprechenden Abschnitt in Kapitel 3) auch auf die gesellschaftliche Bedeutung als Flucht in Einfachheit und Beschaulichkeit sowie in einfachere und übersichtlichere Gesellschaftsstrukturen hingewiesen. Zusätzliche Relevanz erhalten solche tendenziell restauratorische Funktionen dadurch, dass sie nicht nur als Symbol für die Gegenwart wirken, sondern entsprechend der zuvor beschriebenen Funktion auch auf die Geschichtswahrnehmung Einfluss nehmen und durch die Selektion wohlgefälliger und besonders prunkvoller Gebäude die Bewertung der Vergangenheit als „guter alter Zeit“ und somit auch die Sehnsucht nach ihr verstärken.

#### 4.35 Ökonomische Funktionen

Schließlich können für Wiederaufbauvorhaben noch zwei ökonomische Funktionen festgestellt werden, mit denen für ihre Durchführung argumentiert wird. Wenngleich innerhalb öffentlicher Diskussionen zumeist ein volkswirtschaftlicher Nutzen dargestellt wird, beinhalten diese Aspekte vor allem betriebswirtschaftliche Überlegungen, wenngleich diese auch teilweise überbetrieblich, etwa für Einzelhändler und Gastwirte eines Standorts oder das „Unternehmen Stadt“ angeführt werden. Im Wesentlichen geht es dabei um zwei Aspekte:

- die Aufwertung des städtischen Images zum Zwecke der touristischen Vermarktung und der Stärkung innerhalb des Städtewettbewerbs;
- direkte ökonomische Verwertungsinteressen durch Produktion eines „besonderen Ortes“, indirekt auch die dadurch eintretende Wertsteigerung in dessen Umfeld.

Beide Funktionen werden auch rein betriebswirtschaftlich betrachtet von Unternehmen beachtet, die mehr oder weniger selbstständig Wiederaufbauvorhaben durchführen. Wenngleich es sich hier bislang nur um wenige Beispiele handelt, so

sollen sie an dieser Stelle dennoch mit berücksichtigt werden, da sie auch zum Verständnis einer ökonomischen Sichtweise städtischer Prozesse beitragen können. Da bei der Betrachtung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen in Kapitel 3 keine primär ökonomischen Dispositionen oder Veränderungen betrachtet wurden und eine – sicherlich sinnvolle – Betrachtung wirtschaftlicher Aspekte von Wiederaufbauvorhaben hier nicht Untersuchungsgegenstand war, sollen sich die nachfolgenden Ausführungen auf einige wenige Hinweise beschränken.

#### *Imageverbesserung*

Auch als Folge eines Wandels zu einer Erlebnisgesellschaft, vor allem aber durch den gestiegenen materiellen Wohlstand, hat in den vergangenen Jahrzehnten der Städtetourismus erheblich an Bedeutung zugenommen, so dass er für viele Städte zu einem wichtigen Wirtschaftszweig geworden ist. Dabei zählen zum Städtetourismus nicht nur private Kurz- und Veranstaltungsreisen, sondern auch der Tagungs- und Messtourismus sowie andere Geschäftsreisen, die nicht ausschließlich einem geschäftlichen Termin dienen, sondern touristische Anteile besitzen. Entsprechend erhoffen sich viele Städte von einer hohen touristischen Attraktivität auch bessere Standortbedingungen als Austragungsort für die verschiedensten Arten geschäftlicher und kultureller Veranstaltungen sowie eine Verbesserung der so genannten „weichen“ Standortfaktoren, die schließlich auch bei der Ansiedlung von Unternehmen – zumal für Leitungsfunktionen und sonstige Dienstleistungen, deren Personal gehobene Ansprüche an den Arbeits- bzw. Wohnort – von Bedeutung sind. Da diese Unternehmen und Arbeitsplätze begrenzt zur Verfügung stehen, vor allem aber, weil die meisten Städte aus finanziellen Gründen und wegen bestehender Arbeitsplatzknappheit auf den Zuzug von Unternehmen und auf Investitionen hoffen, kommt es zudem zu einem Wettbewerb zwischen den Großstädten, aufgrund der jahrzehntelangen Abwanderung von nicht zuletzt fiskalisch interessanten Bevölkerungsteilen ins städtische Umland auch zwischen der Kernstadt und den umliegenden Gemeinden.

Innerhalb einer solchen Situation kann auch Architektur als ein Mittel eingesetzt werden, um eine zusätzliche Attraktion und gleichzeitig ein (zusätzliches) städtisches Wahrzeichen zu schaffen, das im Sinne eines Alleinstellungsmerkmals die Unterscheidbarkeit gegenüber anderen Städten erhöht. Rekonstruktionen bergen hier den Vorteil gegenüber zeitgenössischer Architektur, dass ihr Wert innerhalb des Wettbewerbs bereits feststeht: Die kunsthistorische oder geschichtliche Bedeutung des alten Gebäudes ist belegt, die Einzigartigkeit zumindest innerhalb eines gewissen Umkreises kann in der Regel als gesichert angenommen werden und der Bau eines ähnlichen Gebäudes der gleichen Architektin wird ausgeschlossen. Zudem sind – sofern die Rekonstruktion denn innerhalb von Plänen und planerischen Konzepten entschieden würde – auch verschiedene Strategien möglich: die Stärkung einer bestehenden Besonderheit, wie es etwa in der Barockstadt Dresden geschehen ist, oder auch die Vervollständigung einer „Sammlung“ von Gebäuden, deren Vorlagen aus verschiedenen Epochen und geschichtlichen Kontexten stammen, wie dies wohl am ehesten in Frankfurt am Main der Fall ist (beachtlich auch, dass die Rekonstruktion des Thurn- und-Taxis-Palais offenbar tatsächlich durch planerische Überlegungen der öffentlichen Hand mit ins Gespräch gebracht worden ist, vgl. die Fallstudie). Eine präzise und zielgruppengenaue Auswahl eines Projekts erscheint bei zeitgenössischen Bauten – zumal, wenn noch keine Entwürfe vorliegen und bei der Umsetzung immer noch mit Veränderungen zu rechnen ist – nicht in gleicher Weise möglich.

Wenngleich die vorangegangene Erläuterung rational erscheint, ist darauf zu verweisen, dass eine strategische Auswahl in dem Sinne in den wenigsten Fällen bewusst stattfindet, da die meisten Wiederaufbauvorhaben auf unterschiedlichen Formen bürgerschaftlichen Engagements beruhen und innerhalb einer häufig langwierigen Debatte ausgehandelt werden, ohne dass andere Rekonstruktionsvorhaben zur Auswahl stünden. An dieser Stelle wird davon ausgegangen, dass die Auswahl unbewusst erfolgt und sich der hier aktive Teil der Stadtgesellschaft, unterstützt durch lokale Experten wie etwa Hei-

matkundler u.ä., das passende Gebäude nach bestimmten Kriterien wie empfundene Schönheit, bauhistorische und ursprüngliche denkmalpflegerische Bedeutung, prägnanter Standort, Notwendigkeit der Stadtreparatur im Umfeld usw. „ausucht“. Die Positionierung und Nutzung für eine Attraktivierung im Städtewettbewerb ist für Richter (2009) der zweite Teil der „doppelten Distinktion“, bei der sich zunächst ein Teil der Bevölkerung innerhalb der Stadtgesellschaft abzusetzen versucht, um gleichzeitig aber auch die Stadt insgesamt hervorzuheben. Auf die Ereignishaftigkeit von Rekonstruktionsprozessen wurde zudem bereits mehrfach verwiesen.

#### *Verwertungsinteressen*

Während die Imageverbesserung letztlich gesamtstädtisch wirken soll und entsprechend diffus ist – was ihren Nachweis deutlich erschwert – können mit einem Wiederaufbauvorhaben jedoch auch direkte ökonomische Verwertungsinteressen verbunden sein, die dann allenfalls mittelbar auch gesamtstädtische bzw. quartiersbezogene Auswirkungen besitzen. Gemäß dem bislang üblichen Fall, dass das wiederaufgebaute Bauwerk zu einer städtischen Attraktion wird, die zumindest die ohnehin vorhandenen Touristen anzieht, wird das direkte Umfeld des Gebäudes – je nach Bautyp und Nutzung auch das Gebäude selber – zumindest für touristisch orientierte Gewerbetreibende aufgewertet. Somit sollte sich, zumal, wenn die städtebauliche Wirkung nicht deutlich begrenzt ist, für den Nahbereich insgesamt eine Wertsteigerung der Immobilien ergeben. Damit kann ein Wiederaufbauvorhaben zu einem lukrativen Geschäft werden – gerade dann, wenn es von anderen oder der Öffentlichen Hand finanziert wird und der nutznießende Gewerbetreibende oder die profitierende Immobilienbesitzerin die Investition nicht selber tätigen muss. Dies scheint sich bislang nur in den wenigsten Fällen zu rentieren, sofern nicht eine deutliche Adressbildung und Repräsentanz gewünscht ist (Bertelsmann in Berlin) oder der Investor davon ausgehen muss, ohne Rekonstruktion den Standort nicht entwickeln zu können (ECE in Braunschweig, MAB in Frankfurt a.M.; vgl. Kap. 5.4).

## 5 Fallstudien

Ausgehend von der Auftragsbeschreibung mussten die Fallbeispiele geeignet sein, aktuelle Beispiele und Trends, das Scheitern von Rekonstruktionsvorhaben oder den Bezug von Identität und Architekturqualität exemplarisch zu beleuchten. Entsprechend wurde anhand nachfolgender Kriterien eine Auswahl der vertieft zu untersuchenden Fälle aufgestellt:

- Da der politisch-gesellschaftliche Prozess, innerhalb dessen das Wiederaufbauvorhaben (WAV) formuliert, diskutiert, beschlossen oder verworfen und schließlich ggf. durchgeführt und rezipiert wird, als Schwerpunkt der Untersuchung festgelegt wurde, war es erforderlich, unterschiedliche Eigenschaften der Prozesse (soweit vorab bekannt bzw. erwartet) zu berücksichtigen. Zu diesen prozessualen Eigenschaften zählt die Intensität des öffentlichen Interesses, die Bandbreite verschiedener disziplinärer und persönlicher Interessen an der (Nicht-)Durchführung des WAV, die Konflikthaftigkeit bzw. Konsensualität und damit auch das Vorhandensein unterschiedlicher Koalitionen, der Bedarf und das Maß des Einsatzes von Vermittlungsansätzen zwischen diesen Positionen.
- Um hinreichende Aussagen über den Prozess treffen zu können, ist ein fortgeschrittener Verfahrensstand in allen Fällen erforderlich. Dies bedeutet in letzter Konsequenz eine abschließende legitimierte Entscheidung über die Durchführung des WAV. Im Falle einer positiven Entscheidung erscheint zumindest der Beginn der Baumaßnahme – idealerweise deren Abschluss – wünschenswert.
- Trotz der gewünschten Aktualität erscheint zumindest eine gewisse Bandbreite innerhalb des Zeitraums und damit Kontexts, innerhalb dessen die Diskussion um das WAV geführt wurde, zielführend.
- Um überprüfen zu können, inwieweit die Art des Rekonstruktionsvorhabens den politisch-gesellschaftlichen Prozess seiner Verhandlung beeinflusst, soll eine möglichst hohe Bandbreite unterschiedlicher Wiederaufbautypen innerhalb

der Auswahl vorhanden sein. Da die begrenzte Zahl der Fallstudien wird hier die Möglichkeit einer Verallgemeinerung einschränkt, erscheint es wichtig, dass die Typenauswahl zumindest innerhalb eines Teils der zu untersuchenden Prozesse diskutiert wurde.

- Ebenso wird eine Breite innerhalb des zur Rekonstruktion vorgesehenen Gebäudetyps angestrebt, da insbesondere für Sakral- und Herrschaftsbauten von einer besonderen Bedeutung der (vormaligen) Nutzung ausgegangen werden kann.
- Die besondere Aufmerksamkeit, die dem Wirken lokaler Bürgerinitiativen gewidmet werden soll, macht die Existenz solcher Gruppen – bestenfalls auch auf der Seite der WAV-Gegner bzw. Kritiker – zu einem Auswahlkriterium.
- Ein besonderer Aspekt ist die Möglichkeit, einen Aspekt des aktuellen Rekonstruktionstrends exemplarisch vertieft zu betrachten.

Schließlich ist Zugänglichkeit von Quellen entscheidend für den Untersuchungserfolg. Hierzu zählen insbesondere Beschlussfassungen und Protokolle städtischer Gremien, Selbstdarstellungen und Veröffentlichungen zivilgesellschaftlicher Organisationen, Parteien und Unternehmen, Medienberichte sowie wissenschaftliche Publikationen als Sekundärquellen, aber auch die Möglichkeit, mit Akteuren und Beobachtern des Verfahrens Interviews zu führen.

Aufgrund der Vorkenntnisse aus der Zusammenstellung von Wiederaufbauvorhaben in Deutschland seit 1975 während der ersten Untersuchungsphase wurden zunächst sechs potenzielle Fallstudien ausgewählt und anhand der Kriterien überprüft:

- Alte Waage Braunschweig
- Marktplatz Nordseite Mainz
- Paulinerkirche bzw. „Paulinum“ Leipzig
- Rathaus Wesel
- Thurn-und-Taxis-Palais Frankfurt a. M.
- Unteres Tor Neumarkt i. d. Oberpfalz

Dabei stellte sich die Quellenlage insbesondere bei den älteren Beispielen als wesentliches Auswahlkriterium heraus. Für die Beispiele Marktplatz Nordseite Mainz und Unteres Tor Neumarkt i. d. Oberpfalz konnte eine erste Recherche keine ausreichende Datenlage liefern, die eine erfolgreiche Bearbeitung gewährleisten könnte. Entsprechend wurden sie ausgesondert. Für den Fall der Alten Waage Braunschweig besteht zwar eine recht umfassende Literaturlage und sind auch zusätzliche Aufzeichnungen vorhanden, jedoch konnte nicht sichergestellt werden, dass wesentliche Akteure der lokalen Diskussion verfügbar sind.

Die wesentlichen weiteren Kriterien betreffen weniger das einzelne Vorhaben, als vielmehr die Zusammenstellung des Fallstudienatzes. Dieser kann aufgrund der relativ geringen Zahl von vier Fallstudien, die innerhalb des Bearbeitungsumfangs vereinbart wurden, zwar nicht alle Aspekte abdecken, sollte aber doch eine möglichst hohe Heterogenität gewährleisten. Zur Komplettierung der Fallstudienauswahl wurde daher das Beispiel des Dresdener Neumarkts hinzugenommen, um einerseits auch ein Städtebauliches Ensemble untersuchen zu können und über die dort vorgesehenen „Leitbauten“ auch den Typ der originalgetreuen Rekonstruktionen abzudecken. Die zur weiteren Bearbeitung vorgesehenen Fallstudien sind somit:

- Neumarkt Dresden
- Paulinerkirche bzw. „Paulinum“ Leipzig
- Rathaus Wesel
- Thurn-und-Taxis-Palais Frankfurt a. M.

Damit wurden mehrere innerhalb der Auftragsbeschreibung genannten Fallbeispiele nicht berücksichtigt: Das Berliner Humboldtforum wird stattdessen innerhalb der Analyse aktueller Fachdebatten behandelt, da es bis auf die neuesten Entwicklungen als weitgehend aufgearbeitet gelten kann. Der Fall des Bonner Metropol erscheint thematisch zu wenig exemplarisch für die Frage der Wiederaufbauvorhaben, da es hier ganz wesentlich um Bestandserhalt geht. Die angesprochenen Fragen des Bezugs von Identität und architektonischer Qualität scheinen an den gewählten Beispielen ebenso diskutabel wie an den in

der Auftragsbeschreibung beispielhaft genannten Fällen.

## 5.1 Neumarkt Dresden

### 5.11 Vorgeschichte

#### *Baugeschichte*

Das als Neumarkt bezeichnete Gebiet um die Frauenkirche zwischen Schlossstraße, Wilsdruffer Straße, Tzschirner Straße und Brühlscher Terrasse an der Elbseite zählt zu den ältesten Siedlungskernen im Dresdener Stadtzentrum. Der Stadtraum gilt als historische Keimzelle und ist eng verknüpft mit der Stadtentwicklungsgeschichte. Die Entstehung basierte auf einem Jahrhunderte währenden Prozess, bis sich dieser zu einem geschlossenen Platz- und Raumgefüge entwickelt hat. Besonders markante Phasen wurden in der Renaissance, im Barock und im 19. Jahrhundert erreicht. Den stärksten Eindruck hat die Epoche des Barock mit der Frauenkirche, den Palaisbauten des Adels, den barocken Straßenensembles mit seinen Bürgerhäusern und der endgültigen Ausformung des Neumarktes als harmonisches, einheitliches räumliches Gesamtgefüge hinterlassen. Diese prägte das städtebauliche und architektonische Gesicht bis zu seiner Zerstörung in der Endphase des Zweiten Weltkriegs.

Die Ursprünge des Neumarkts gehen auf eine frühmittelalterliche slawische Siedlung zurück. Der Siedlungskern entwickelte sich aufgrund der topographisch günstigen Lage auf hochwasserfreien Gelände an einem Flussübergang der Elbe am Mittelpunkt wichtiger Handelsstraßen. Mit dem Bau der Marienkirche „Unserer lieben Frau“ und einem Marktplatz gewann der Ort rasch an Bedeutung. Die Frauenkirche blieb bis zur Reformation die Hauptpfarrkirche Dresdens. In der zweiten Hälfte des 12. Jahrhundert entstand südwestlich ein weiterer Siedlungskern. Mit Vergabe des Stadtrechts Anfang des 13. Jahrhunderts entstand auf Basis des Stapelrechts dort die Rechtsstadt Dresden mit Marktplatz um die Kreuzkirche. Später begann der Bau der Stadtmauer zwischen der neuen Kernstadt und der außerhalb liegenden Frauenvorstadt (Donath 2006: 18, Hertzog et al. 2005: 8). Die Stadt innerhalb

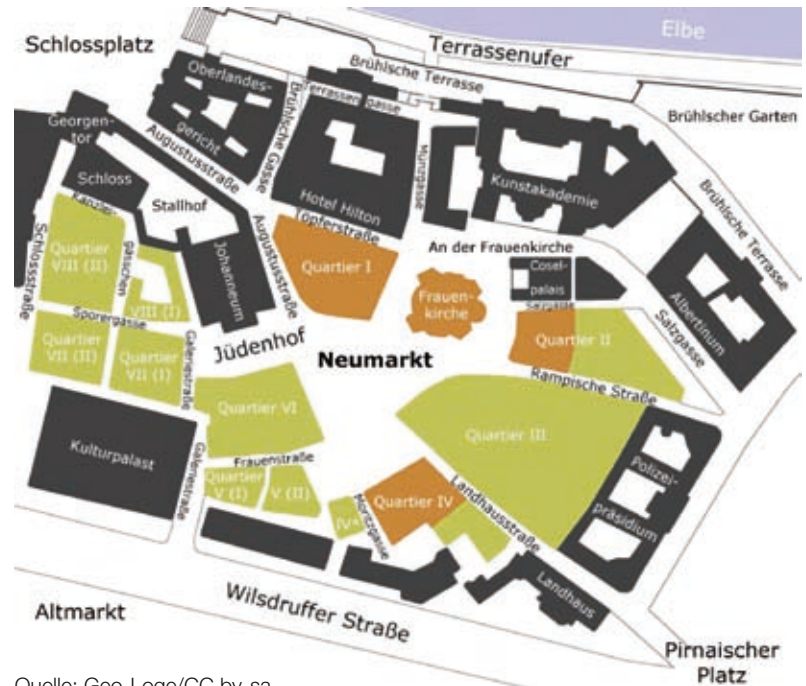


der Stadtmauer entwickelte sich um den als rechteckig angelegten Altmarkt mit regelmäßigem Wegenetz um die Hauptachsen Schlossstraße und Wilsdruffer Straße. Außerhalb der Stadtmauer am Neumarkt entstanden Straßen mit unregelmäßigem Verlauf, die sich an den Gegebenheiten des Ortes orientierten und aus den verschiedensten Richtungen auf Marktplatz und Kirche mit dem Frauentor zuliefen. Dieses Straßengefüge bestand in ihrem mittelalterlichen Verlauf bis 1945 und ist bis heute im Stadtgrundriss zu erkennen (Stadt Dresden: Neumarkt Dresden – Eine Ausstellung des Stadtplanungsamtes: o. S., Hertzog et al. 2005: 8).

Die mittelalterliche Frauenvorstadt wurde vorwiegend von Fischern, Handwerkern, Ackerbürgern und Gewerbetreibenden bewohnt. Ende des 14. Jahrhunderts siedelte sich aufgrund eines Privilegs des Landesherrn die jüdische Bevölkerung an, die den Jüdenhof begründete. Die mittelalterliche Bebauung wird entsprechend des geringen Wohlstands bis ins 15. Jahrhundert hinein als äußerst schlicht beschrieben. Die giebelständigen Bauten wiesen einen einfachen Grundriss auf und wurden zum Teil bis in das 18. Jahrhundert beibehalten (Hertzog et al. 2005: 9, Stadt Dresden: Neumarkt Dresden – Eine Ausstellung des Stadtplanungsamtes: o. S.).

Im ersten Drittel des 16. Jahrhundert wurde die Stadtmauer durch Festungsmauern ersetzt. In diesem Zuge wurde die bis dahin außerhalb liegende Frauenvorstadt mit dem Vorgängerbau der späteren Frauenkirche in den Festungsring einbezogen. Die trennende mittelalterliche Mauer zwischen Kernstadt- und Vorstadt wurde erst mit dem erneuten Ausbau der Befestigungsanlagen abgebrochen. Der Neumarkt erhielt als Pendant zum Altmarkt die Funktion eines Handelsplatzes für Holz und Getreide (Donath 2006: 25, Hertzog et al. 2005: 10). In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts begann nach der Schließung der mittelalterlichen Stadtmauer der repräsentative Ausbau. Anstelle der Stadtmauer errichteten Hof und Bürgerschaft den Stallhof (heute Johanneum) nach den Plänen Hans Irschers sowie das Gewandhaus von Paul Buchner, das nach seiner Errichtung den westlichen Abschluss des Jüdenhofes bildete. Beide Renaissance-

Abbildung 11  
Übersicht über Straßen und Quartiere des Dresdener Neumarkts



Quelle: Geo-Loge/CC by-sa

großbauten markierten die Ostkante des Neumarkts. Am nordöstlichen Rand des Viertels entstand das Zeughaus (heutiger Standort des Albertinums) als vierflügeliger Renaissancebau. Wirtschaftliche und politische Veränderungen führten zu einem Wandel des bürgerlichen Bauwesens. Der Erlass einer Bauordnung durch Herzog Albrecht nach dem Stadtbrand von 1491 beeinflusste das Stadtbild erheblich. Die ärmliche, mittelalterliche Bebauung wurde ab dem Beginn des 17. Jahrhunderts durch steinerne Bürger- und Beamtenhäuser ersetzt, die wohlhabende Handwerker, Kaufleute sowie Bedienstete des kurfürstlichen Hofes am Neumarkt errichteten und bewohnten. Typisches Merkmal der Renaissancehäuser waren die hohen, reich geschmückten Giebel. Allerdings bildete die Bebauung keine heterogene städtebauliche Einheit. Kirchliche und kurfürstliche Großbauten mischten sich mit bürgerlichen Häusern, die aus Bauten unterschiedlichster Stockwerk- und Traufhöhen bestanden sowie eine Formvielfalt aus Erkern, Giebeln, Portalen und Maleisen aufwiesen. Der Neumarkt selber als ein im Grundriss unregelmäßig geformter Platz verfiel in kleine heterogene Einheiten, u. a. den Jüdenhof. Durch die höfischen und städtischen Bauten wurde das Frauenkirchenviertel aufgewertet und ver-

wandelte sich in ein angesehenes Stadtquartier (Hertzog et al. 2005: 12, Donath 2006: 27 ff., Gesellschaft Historischer Neumarkt 2000: 4).

Im 18. Jahrhundert, unter der Regentschaft von Friedrich August I. (August der Starke) sowie seines Sohnes und Nachfolgers Friedrich August II., erhielt Dresden sein barockes Antlitz. Dem Aufstieg zur Haupt- und Residenzstadt europäischen Formats entsprechend sollte die Stadt modernisiert und ein repräsentatives Aussehen erhalten, die eine rege Bautätigkeit nach sich zog. Nach Paul (1997: 14) ist August der Starke im Geschichtsbewusstsein der Stadt fast zum Synonym für Dresden geworden. Als Ausdruck dieser Bestrebungen begannen 1715 Planungen zur Umgestaltung des Neumarkts. Durch Gebäudeabriss und barocke Neubauung sollte der Platz in einen annähernd regelmäßigen, trapezförmigen Platz umgeformt werden. Lediglich zwei Solitäre des letztendlich niemals vollendeten Umgestaltungskonzeptes wurden realisiert. Im Jahre 1715 errichtete Johann Rudolph Fäsch an der Westseite des Platzes die Hauptwache parallel zum Gewandhaus als zweigeschossigen Bau. Der Renaissancebau des kurfürstlichen Stallgebäudes wurde in zwei Umbauphasen barockisiert. Fürstenhoff stockte 1722–1731 das Gebäude um ein Stockwerk auf und versah es mit einem Walmdach, Dreiecksgiebeln und einer „Englischen Treppe“. Der Umbau zur Gemädegalerie erfolgte durch Knöffel zwischen 1744 und 1746. Er gliederte das Gebäude durch Rundbogenfenster, aufgeputzte Spiegelfelder und Lisenen. Mit dem barocken Neubau der Frauenkirche als Nachfolgebau der romanischen Frauenkirche erhielt der Neumarkt seinen geistigen und städtebaulichen Mittelpunkt. Der von Ratsbaumeister Georg Bähr zwischen 1726 und 1743 als monumentaler Zentral- und Kuppelbau auf einem quadratischen Grundriss von 45m x 45m errichtete Sakralbau wurde zum späteren Wahrzeichen und Synonym des Dresdener Barock. Im Gegensatz zu den anderen Gebäuden war sie kein Bauvorhaben des Hofes, sondern der Bürgerschaft, die ihrem protestantischen Glauben bildlichen Ausdruck verleihen wollte (Hertzog et al. 2005: 14 f., Donath 2006: 48 f., Stadt Dresden: Neumarkt Dresden – Eine Ausstellung des Stadtplanungsamtes: o. S.).

Zwar war der steinerne Kuppelbau ein Projekt der bürgerlichen Stadt, aber vom Hof gefordert und gefördert (Paul 1997: 15).

Die räumliche Nähe zum Schloss bewirkte eine enorme Anziehungskraft auf die adlige Hofgesellschaft aus, das zu diesem Zeitpunkt ohnehin aber auch schon als bevorzugte Wohngegend wohlhabender Bürgern galt. Ein regelrechter Bauboom setzte zu Beginn des 17. Jahrhunderts am Neumarkt ein. Er führte zu einer Umgestaltung des gesamten Stadtviertels und zog die Errichtung einer großen Anzahl baukünstlerisch bedeutender Bauten nach sich. Die bürgerlichen Renaissancebauten des 16. und 17. Jahrhunderts wurden durch barocke Wohnhäuser mit aufwendigem Fassadenschmuck im Barockdekor ersetzt. Als prägnantes Beispiel hierfür gilt nach Hertzog (2005: 14) das gesamte Ensemble der Rampischen Straße. Die typischen barocken Bürgerhäuser waren Hofhäuser, in deren Vorderhäusern die herrschaftlichen Wohnräume untergebracht waren sowie Seiten- und Hintergebäude, in der die Wohnungen der Bediensteten lagen. Die Gebäude umschlossen einen engen Innenhof. Als vorherrschende Dachform galten hoch aufragende Mansarddächer. Die neu errichteten bürgerlichen Bauten standen unter dem baukünstlerischen Einfluss höfischer und adliger Architektursprache mit Architekten wie Pöppelmann, Starcke, Naumann und Knöffel, aber auch bürgerlichen Baumeistern wie George Haase, die diesen Baustil nachahmten. Die schmalen Häuser auf den mittelalterlichen Parzellen erhielten barocke Fassaden und gebrochene Mansarddächer. Inmitten der bürgerlichen Barockwohnhäuser entstanden als temporäre Wohnsitze für die höfische Gesellschaft großzügige Adelspalais, wie etwa das Kurländer Palais, das Palais Hoym oder das Taschenbergpalais. Auf der Grundlage der ersten strengen Bauordnungen sollte das Quartier im Sinne des Barocks zu einem einheitlichen städtebaulichen und architektonischen Ensemble geformt werden. Sie zielten auf einheitliche Trauf- und Firsthöhen, Fassadengliederung, Dachform, Baumaterial und Farbgebung ab. Darüber hinaus wurden feuerfeste steinerne Treppen vorgeschrieben. An markanten Eck- und Kreuzungspunkten sollte der Fassadenschmuck akzentuiert werden. Ein ausgewogenes

Verhältnis zwischen Einzelgebäude und Platz- und Freiräumen wurde als notwendig erachtet (Hertzog et al. 2005: 14 ff., Donath 2006: 40).

Die Stadtansichten des Malers Bellotto vor dem Ausbruch des Siebenjährigen Krieges zeigen den Neumarkt als ein gewachsenes, heterogenes Ensemble aus einer Mischung von Renaissance- und Barockbauten. Die Gemälde Bellottos prägen bis heute das Bild vom Neumarkt. Während des Siebenjährigen Krieges (1756 bis 1763) wurde das Quartier von preußischen Truppen durch Artilleriebeschuss stark zerstört. Der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts erfolgte auf der traditionellen Parzellenstruktur in den schlichten, maßvollen Architekturformen des Dresdener Spätbarocks. Die Renaissancegebäude verschwanden. Die Vorschriften der Bauordnungen ermöglichten erst jetzt eine einheitliche, aber innerhalb der Einheit doch vielfältige Bebauung mit bürgerlichen Wohnhäusern (Hertzog et al. 2005: 19). Der architektonische Geschmack hatte sich inzwischen geändert. Statt üppiger barocker Dekorationen wollte man nun einfache Linien und klare Proportionen (Paul 1997: 16). Die Neubauten der Bürgerhäuser entstanden als schlichte Putzbauten mit ausgewogen gegliederten, sparsam dekorierten Fassaden und Mansarddächern. Zwar waren einzelne Gebäude durch Formen und Gestaltungselemente des feineren Dekorationsstils des Rokoko und Klassizismus beeinflusst, der barocke Grundtenor blieb dennoch vorherrschend. Die Bauten dieses nach 1760 entstandenen schlichten, aber noblen Stils wurden in Dresden abfällig als „Dresdener Hungerstil“ bezeichnet. Zu den wichtigsten größeren Neubauten aus dieser Epoche zählte der große, würfelförmige Block des Coselpalais. Das als Adelswohnsitz genutzte Palais entstand als Verbindung zweier zerstörter Gebäude, denen eine Hauptfassade vorgeblendet wurde sowie vor gelagerten niedrigeren Seitenflügeln. Die Ostseite des Platzes erfuhr damit eine repräsentative Umgestaltung und eine klare Platzkante. Das Raumbild und Platzgefüge veränderte sich in dieser Epoche nicht nur durch die Neubauten, sondern auch durch zwei entscheidende städtebauliche Eingriffe, die den Abbruch von zwei städtebaulich dominanten Großbau-

ten zur Folge hatte. Die Ruine der Hauptwache wurde 1766 abgebrochen, da sie die Sicht auf die Frauenkirche verdeckte. Als wichtigste städtebauliche Konsequenz wurde der beherrschende Monumentalbau besser in Szene gesetzt, da Platz und Kirche nun zu einer städtebaulichen Einheit verschmolzen. Durch die Verbindung von Hauptplatz und Kirchplatz war der Neumarkt als großzügige, in sich geschlossene Platzanlage erlebbar. Als weiteres Gebäude wurde das im Krieg gering zerstörte, aber auffällige Alte Gewandhaus 1791 abgetragen, um das Gebäude durch die neue Hauptwache als profanes Bauwerk und eine Garnisonskirche als Sakralbauwerk mit damals modernen Bauten zu errichten. Die Planungen hierfür gingen auf Vorschläge Pöppelmanns von 1731 zurück. Zur erneuten Bebauung kam es in Folge der Napoleonischen Kriege nicht. Die Fläche wurde dem Platz zugeschlagen. Die Platzfront rückte nun um die gesamte Gebäudetiefe zurück und erhielt somit auch an seiner Westseite eine neue, klar definierte Platzkante (Hertzog et al. 2005: 22 ff., Donath 2006: 78, Stadt Dresden: Neumarkt Dresden – Eine Ausstellung des Stadtplanungsamtes: o. S.). 1814 entstand am Elbufer die Brühlsche Terrasse als angelegte Freitreppe auf der ehemaligen fürstlichen Gartenanlage des Fürsten Repnin-Wolkonski. Vom so genannten „Balkon Europas“ genossen seit der Romantik viele Menschen den weiträumigen Blick über den Fluss (Paul 1997: 17). Insgesamt hatte der Neumarkt im späten 18. Jahrhundert durch die in sich geschlossene Platzgestalt und die umgebene Bebauung sein endgültiges Raumgefüge im Sinne eines harmonischen, barocken Gesamtkunstwerks europäischen Ranges erreicht. Mit Ausnahme von wenigen Veränderungen im 19. Jahrhundert blieb das Raumgefüge bis zum Zweiten Weltkrieg erhalten (Hertzog et al. 2005: 22 ff., Donath 2006: 78, Stadt Dresden: Neumarkt Dresden – Eine Ausstellung des Stadtplanungsamtes: o. S.).

Im frühen 19. Jahrhundert begann sich die Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur im Neumarktgebiet stark zu verändern. In die Erdgeschosszonen zogen kleingewerbliche Nutzungen, Gastronomie und Läden ein. Das Quartier entwickelte sich aufgrund seiner zentralen Lage zum bevorzugten Hotelstandort mit einem regen kulturel-

len und musikalischen Leben. Begünstigt durch den Anstieg des Fremdenverkehrs und dem gleichzeitigen Wegzug von Adligen und Hofbeamten wurden Bürgerhäuser und Palais zu vornehmen Hotels umgewandelt. Bekannte Beispiele hierfür sind etwa die Hotels „Stadt Berlin“, „British Hotel“ oder das „Hotel de Saxe“. Die Festsäle wurden für kulturelle Veranstaltungen genutzt. Berühmte Persönlichkeiten besuchten den Neumarkt (u. a. Frédéric Chopin, Fjodor Dostojewski, Ludwig Richter, Karl Marx). In dieser Zeitphase erlangte der Neumarkt außerdem seine Bedeutung als Festplatz Dresdens und Bühne städtischen, gesellschaftlichen Lebens. In der Errichtung des Denkmals für König Friedrich August II. 1867 und des Lutherdenkmals 1885 kam das bürgerliche Selbstbewusstsein zum Ausdruck. In den Folgejahrzehnten nahm die Bedeutung des Quartiers als attraktiver Geschäfts- und Gewerbestandort immer mehr zu. Dies hatte zur Folge, dass die gewerbliche Nutzung sich auch vertikal in die oberen Geschosse ausbreitete. Parallel dazu galt das Quartier nicht mehr als gehobener Wohnstandort. Vor allem das einkommensstärkere Bürgertum, das in den großen repräsentativ ausgestatteten Vorderhauswohnungen lebte, verließ das Neumarktgebiet und zog in Villenviertel außerhalb des Stadtkerns. Arbeiter und Angestellte zogen in die Seitenflügel und Hinterhäuser der teilweise schon heruntergekommenen Hofanlagen (Donath 2006: 78 ff., Stadt Dresden: Neumarkt Dresden – Eine Ausstellung des Stadtplanungsamtes: o. S.). Während die Neubautätigkeit stagnierte, prägten zahlreiche Umbaumaßnahmen das Baugeschehen: Aufstockungen, überdimensionierte Ladeneinbauten und Fassadenveränderungen im Neobarockstil zerstörten das Raumgefüge des Platzes.

Im Zuge der Industrialisierung hatte sich die vornehme Haupt- und Residenzstadt zu einer Industriestadt gewandelt. Nach der Eröffnung der ersten Eisenbahnlinie 1839 begann vor allem westlich des Stadtkerns die Ansiedlung von ausgedehnten Industrieanlagen entlang der Schienestrecke und der Elbhäfen. Während der Wachstumsjahre der Gründerzeit erfolgte der Bau des Hauptbahnhofes (1898) und des Neustädter Bahnhofs (1901) als weiterer Fernbahnhof. Die bauliche Struk-

tur des Stadtkerns erfuhr mit dem Durchbruch einer Querverbindung 1885 – 1888 einschneidende bauliche Veränderungen. Während der Neumarkt nördlich dieser Achse in seiner baulichen Substanz unverändert blieb, führte die Intensivierung südlich davon zu einer regen Neubautätigkeit. Die neu angelegte Prager Straße entwickelte sich zu einer eleganten Geschäftsstraße. Im 20. Jahrhundert, insbesondere zwischen den beiden Weltkriegen, stagnierte die Bautätigkeit in Dresden (Paul 1997: 22). Der Neumarkt als innerstädtisches Quartier hatte inzwischen an Bedeutung als attraktiver Geschäfts- und Gewerbestandort und Schauplatz gesellschaftlichen Lebens verloren. Die Bausubstanz verfiel zunehmend, weshalb in den 1930er Jahren die Stadtverwaltung eine Sanierung des Quartiers als Reaktion auf städtebauliche Missstände in Betracht zog. 1936 führte wurden in der Salzgasse aufgrund der vorherrschenden städtebaulichen Missstände erste Sanierungen durchgeführt, bei der alte Bausubstanz aus dem 16. Jahrhundert abgerissen und durch einen größeren Wohnblock ersetzt wurde. Der Zweite Weltkrieg verhinderte eine weitere Umsetzung der Planungen (Donath 2006: 99 f.).

### *Zerstörung*

Das Flächenbombardement vom 13. und 14. Februar 1945 hat die Innenstadt Dresdens sowie das Neumarktquartier in wesentlichen Teilen zerstört. Die ausgebrannte Frauenkirche brach schließlich in sich zusammen. Von einem Großteil der Gebäude blieben nur noch Fragmente übrig. Das ehemalige Platzgefüge war nicht mehr erkennbar. Nur wenige Gebäude überstanden den Angriff weniger unbeschadet. Zu ihnen zählten das Johanneum am Judenhof, Teile des Landhauses, die Torhäuser des Coselpalais sowie das Kurländer Palais. Auch die Bauten an der Brühlschen Terrasse und die bürgerlichen Barockbauten an der östlichen Rampischen Straße wiesen im Vergleich zu den anderen Gebäuden einen geringeren Zerstörungsgrad auf (Donath 2006: 101). Die Phase der Enttrümmerung begann 1945 im Anschluss an die Zerstörung. Ein wichtiger Aspekt war die Sicherung der Ruinen und Bergung sowie Inventarisierung wertvoller Fassadenfragmente von zerstörten Gebäu-

den, um die sich bis 1948 sich Bürger und der damalige Stadtkonservator Hans Nadler bemühten. Nadler sprach in diesem Zusammenhang von der „Verteidigung der Reste“. Weiterhin sorgte er dafür, die zugeordneten und nummerierten Fundstücke an sicheren Orten einzulagern und Abtransporte der Trümmer zu verhindern (Pohlack 2008: 34). Bereits 1949 sprach er sich für den Erhalt des historischen Stadtgrundrisses und der Rekonstruktion der barocken Frauenkirche unter der Verwendung der erhalten gebliebenen Sandsteinteile analog zur Zwingersanierung aus, stieß jedoch auf den Widerstand der damaligen SED-Führung (Donath 2006: 101, Pohlack 2008: 34). Der Kunsthistoriker Jürgen Paul (1997: 24) geht davon aus, dass der nachfolgende Wiederaufbau „[...] das Ergebnis eines langen, widersprüchlichen Prozesses immer wieder wechselnder, oft genug verfehlter Planungen und deren meist nur fragmentarischer Ausführung“ ist. Er führt an, dass ungeachtet der Zerstörungen „[...] noch genug an beschädigten Bauten und wiederaufbaufähigen Ruinen geblieben war, um die bedeutenden und stadtbildprägenden Zeichen wiederherzustellen, um – mit notwendigen Korrekturen – den Grundriss erhalten, um der Stadt, ihrem historischen Kern, in ihren zentralen Bereichen und in den Wohngebieten ihre städtebauliche Struktur, ihre räumlichen Proportionen und ihren Baucharakter bewahren zu können“.

In den ersten Jahren nach Kriegsende sind Planvorstellungen für den Wiederaufbau entwickelt worden. Unter der Leitung von Stadtbaurat Conert entstand 1945 der „Große Dresdener Aufbauplan“, der 1946 durch den Stadtrat bestätigt wurde. Diese erste Planung Conerts sah einen Wiederaufbau über historischen Stadtgrundriss vor, der bis 1949 noch „alternativlos“ blieb. Bereits 1949 wurde dieses Planungsziel zu Gunsten eines von Mart Stam (Rektor der Kunsthochschule) verfassten radikaleren Entwurfsansatzes fallengelassen, der dann in der zweiten Fassung des Entwicklungsplans festgeschrieben wurde (Schwarzbach 2000: 18). Die Wiederaufbauplanung der kommunistischen Führung in den frühen 1950er Jahren war von der Prämisse der Umgestaltung Dresdens zu einer sozialistischen Großstadt im Stil der Moderne anstelle der „feudalistischen

Stadt“ geleitet. 1952 erfolgte der Befehl, nach den von der Regierung erlassenen Direktiven auf dem Altstadtgebiet ein sozialistisches Stadtzentrum mit einem zentralen Kundgebungs- und Aufmarschplatz, einer Magistrale und einem Turmgebäude nach Moskauer Vorbild zu bauen (Paul 1997: 24). Bei der Grundsteinlegung am Altmarkt verkündete Walter Ulbricht 1953: „Das neue Dresden wird „[...] durch sein architektonisches Bild den historischen Sieg der Arbeiterklasse über die kapitalistische Weltordnung widerspiegeln“ (Gesellschaft Historischer Neumarkt Dresden 2000: 7). Es folgte der unter dem damaligen Bürgermeister Walter Weidauer vehement vorangetriebene Flächenabbruch, der in den 1950er und 1960er Jahren in weiten Teilen der Innenstadt einen Wiederaufbau nach sozialistischem Muster ermöglichen sollte, aber nur wenig Rücksicht auf die überlieferten Stadtstrukturen nahm. Weidauer ging aufgrund seiner Äußerungen, „die grausigen Spuren des Krieges“ sowie die baulichen Zeugnisse „jahrhundertelanger Ausbeutung“ beseitigen zu wollen, und der anschließenden Umsetzung in die Tat als „Wiesen-Walter“ in die Stadtgeschichte Dresdens ein (Donath 2006: 103). Die aus dieser Zeit stammenden Bilder von Schafen, die auf der großen Brachfläche des Neumarkts inmitten des leer geräumten historischen Stadtzentrums vor dem Trümmerhaufen der Frauenkirche grasen, wirkten noch lange Zeit in den Köpfen der Bevölkerung nach (Kulke 29.08.2009). Die Flächenenttrümmerung wurde 1951 mit der Verfüllung der verbliebenen Kelleranlagen abgeschlossen (Schwarzbach 2000: 18).

Der Neumarktbereich spielte in den Planungen zunächst eine untergeordnete Rolle. Sie konzentrierten sich auf den Altmarkt, der entsprechend Walter Ulbrichts Verkündung ab 1953 auf verändertem Platzgrundriss wiederaufgebaut wurde. Grundlage für alle Planungen bildeten das 1950 erlassene Wiederaufbaugesetz sowie die 1951 erlassenen 16 Grundsätze zum Städtebau im Sinne des stalinistischen Kulturprogramms der damaligen UdSSR, der für Städtebau und Architektur einen das „Nationale Kulturerbe“ fortführenden Baustil vorschrieb (Paul 1997: 25). Das Wiederaufbaugesetz ermöglichte die Durchsetzung der Flächenenttrümmerung, indem

private Initiativen verhindert und Grundeigentum enteignet werden konnte. Sie führte, wie bereits erläutert, zu einer radikalen Beräumung des Ruinenfelds. Im Ergebnis entstand zunächst am Altmarkt eine Dresdener Barockmotive zitierende Randbebauung. Dem Aufbrechen des historischen Stadtgrundrisses am Altmarkt folgte der Bereich der Wilsdruffer Straße, die nach ihrem Ausbau und der Umbenennung zur Ernst-Thälmann-Straße als neue Ost-West-Erschließungsstraße sowie Demonstrations- und Aufmarschmagistrale fungierte (vgl. Landeshauptstadt Dresden 2008: 19, Schwarzbach 2000: 18, Donath 2006: 104). Das geplante Turmgebäude wurde nach erbitterten Auseinandersetzungen nicht errichtet, an seiner Stelle trat der spätere Flachbau des Kulturpalastes (Paul 1997: 25). Im Nachhinein wertet die Gesellschaft Historischer Neumarkt Dresden e.V. (2000: 7) den „politischen Ehrgeiz, aus Dresden eine sozialistische Großstadt zu machen“ als einen glücklichen Umstand, der das Areal um die Frauenkirche mit einer Nachkriegsbebauung verschont hat. Gleichwohl hebt der Verein deutlich hervor, dass durch den „Verzicht auf die Wiederherstellung des Altmarktes zu Gunsten einer Neukonzeption“ und durch das „Auslöschen der gewachsenen Strukturen“ weder am Altmarkt noch am Neumarkt kein neues Stadtzentrum entstehen konnte (ebd.: 8).

Ein 1950 durchgeführter städtebaulicher Wettbewerb für das Neumarktgebiet war von „luftkriegssicherer“ Blockrandbebauung und großen öffentlichen Freiflächen geprägt. Die Idee, den Neumarkt zu rekonstruieren, wurde bis auf Ausnahme weniger historischer Bauten aufgegeben. Dieser sollte nach Aufhebung des historischen Stadtgrundrisses mit modernen Wohnblöcken wiederbebauet werden. Der Siegerentwurf aus dem Wettbewerb zu einem „Haus der Kultur“, der ein monumentales Hochhaus als „sozialistische Höhendominante“ als Abtrennung zwischen Alt- und Neumarkt vorsah, sprengte schließlich die historischen städtebaulichen Strukturen, wurde jedoch nicht realisiert (Schwarzbach 2000: 18). Der Tod Stalins 1953 markierte eine Abkehr von der stalinistischen Architekturrichtung. 1955 stand nach der Baukonferenz als neue Doktrin nach sowjetischem Vorbild die Rationalisierung

und Industrialisierung des Bauens im Städtebau und in der Architektur im Vordergrund. In diesem Sinne waren der Vorrang für den Industrie- und Wohnungsbau, die Anwendung industrieller Baumethoden und eine großzügige Verkehrserschließung Grundprinzipien (Schwarzbach 2000: 18, Donath 2006: 105). Die Nordseite der Wilsdruffer Straße wurde mit Wohnblöcken im sachlichen Stil der „Frankfurter Moderne“ besetzt. Für den „Kulturpalast“ setzte sich die moderne Konzeption von Leopold Weil in Form eines kompakten, flachen Baukörpers durch. Mit dem 1969 vollendeten Bau als räumlicher Abschluss des Platzes geriet der inzwischen großflächig abgeräumte und als Parkplatzfläche genutzte Neumarkt in eine Hinterhofsituation und verödete. Bereits 1956 waren im Nachgang zur Flächenenttrümmerung die wiederaufbaufähigen Ruinen der Bürgerhäuser an der Rampischen Straße gesprengt worden. Für viele Bürger stellte das Bild der politisch gewollten Zerstörung einen großen Verlust dar, obwohl es ihnen zuvor gelungen war, die Hinterlassenschaften der einstigen Bürger- und Residenzstadt zu bewahren (Kulke 29.08.2009). Die Ruine der Frauenkirche wurde 1966 als begrüntes Mahnmal gegen den Krieg belassen und nicht beseitigt. Einige größere Bauten wurden wiederaufgebaut und mit kulturellen Nutzungen belegt: Zu diesen zählte das Johanneum, das 1956 als Verkehrsmuseum wiedereröffnet wurde, das Albertinum sowie das 1965 wieder aufgebaute Landhaus. Die Ruinen des Kurländer Palais blieben ebenso erhalten wie die Torbauten des Coselpalais. Das wenig beschädigte Polizeipräsidium erhielt 1977 einen raumabschließenden, stufenförmigen Anbau in Plattenbauweise.

In den Jahren 1971–1990 stellte das Wohnungsbauprogramm die Typenprojektion in industrieller Bauweise in den Mittelpunkt, in dessen Phase vor allem Großwohnsiedlungen am Stadtrand entstanden. Die Chancen, die Stadtmitte qualitativ hochwertig zu bebauen, schwanden zunächst bis auf wenige Ausnahmen. Als ersten Hoffnungsschimmer zu damaliger Zeit werten Schwarzbach (2008) und Donath (2006) vor allem die von den innerstädtischen Rekonstruktionsvorhaben der Semperoper von 1977 und den bereits erwähnten rekonstruierten Torbauten des

Coselpalais von 1976 ausgehenden Signale aus, die auf Bestreben des Dresdener Denkmalpflegeamtes wiederaufgebaut wurden (Schwarzbach 2000: 18 f., Donath 2006: 104 f.).

#### *Frühere Auseinandersetzungen um Erhalt/Wiederherstellung*

Die Zerstörung des Neumarkts im Zweiten Weltkrieg, die so bezeichnete „Zweite Zerstörung“ in den 1950er und 1960er Jahren (vgl. Landeshauptstadt Dresden 2008: 19, Donath 2006: 103) und das anschließende Nicht-Bebauen des Neumarktareals führte zu einem Entstehen eines städtebaulichen Vakuums. Zeitlich parallel zu den Zerstörungswellen begann ein langjähriges Ringen um die Wiederbebauung. Von Anfang an ging es dabei um die Frage nach Orientierung am historischen Vorbild oder einer baulich modernen Überprägung. Diese wurde in den Jahrzehnten der Nachkriegszeit mehrfach Gegenstand von kontroversen, teils widersprüchlich geführten Diskussionen und Auseinandersetzungen, die vor allem von den Vertretern der verschiedenen Fachdisziplinen (Stadtplaner, Architekten, Denkmalpfleger) und mit starker ideologisch motivierter Einflussnahme der Entscheidungsträger der Politik geführt wurde. So waren es vor allem wenige einzelne Denkmalpfleger wie etwa Hans Nadler, die sich im Rahmen ihrer fachlichen Möglichkeiten für einen originalgetreuen Wiederaufbau einsetzten. Zwar finden sich Hinweise auf schwelende Rekonstruktionswünsche seitens der Bevölkerung vor 1989, deren Ursprung sicherlich auf das zivilgesellschaftliche Engagement aus der Phase der Enttrümmerung und auf die Verlusterfahrung der ersten und zweiten Zerstörung des Neumarktviertels zurückzuführen ist (vgl. dazu vorheriger Abschnitt). Nach der Auswertung der vorliegenden schriftlichen Dokumentationen geht hervor, dass dieses nicht in entsprechende weitere Bestrebungen, Auseinandersetzungen oder gar Widerstand mündeten. Ein wirklicher Umschwung hat erst im Zuge nach der Deutschen Wiedervereinigung stattgefunden. Im Folgenden wird die jüngere Planungsgeschichte des Neumarktareals seit dem Zweiten Weltkrieg ab 1980 dargestellt, da sich eine Art Rückkehr und Hinwendung zu den historischen Wurzeln abzeichnete. Sie dient der Einord-

nung und zum besseren Verständnis des späteren Planungsprozesses unter veränderten politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen, der unmittelbar nach der Deutschen Wiedervereinigung einsetzte bzw. an diese Epoche der Planungsprozesse anknüpfte.

Nach mehrmaligen städtebaulichen Paradigmenwechseln wurde erst gegen Ende der 1970er Jahre nach einem Kurswechsel in der Baupolitik der DDR der gewachsene, historische Stadtgrundriss als wiederzugewinnendes Planungsziel definiert. Die deutlich unterschiedlichen städtebaulichen Modellvorstellungen aus den Nachkriegsjahrzehnten wurden letztlich, bis auf das Areal des späteren Hotels Dresdener Hof, bis zur politischen Wende 1990 nicht umgesetzt. Der Neumarkt bestand weiterhin als innerstädtische Brachfläche im Stadtzentrum. Einige der aus der Zeitphase der 1980er Jahre hervorgegangenen Prinzipien für den Wiederaufbau haben in den Grundzügen allerdings nachfolgende Planungen und auch Wiederaufbaudebatten beeinflusst.

In mehreren Veröffentlichungen wird auf die erhebliche Bedeutung der bereits in den 1970er Jahren entwickelten Idee des „Leitbautenkonzepts“ Hans Nadlers hingewiesen, obwohl diese zu dem Zeitpunkt ihrer Entstehung nicht ausreichte, um einen originalgetreuen Wiederaufbau bei den politischen Entscheidungsträgern durchzusetzen (Paul 2008: 6, Donath 2008: 106, Menting: 24 f.). Der inzwischen zum sächsischen Landeskonservator ernannte Denkmalpfleger schlug eine exemplarische und vollständige Rekonstruktion von 20 gut dokumentierten, architektonisch bedeutendsten Bürgerhäusern vor, die er als „Leitbauten“ bezeichnete. Damit wollte er verhindern, dass das ehemalige Altstadtgebiet um die Ruine der Frauenkirche, dessen Wiederaufbau zu dieser Zeit noch nicht in der Diskussion stand, mit standardisierten Gebäuden in Plattenbauweise gefüllt wird. Die Leitbauten sollten hinsichtlich der Gebäudegröße und Fassadengliederung für eine künftige Neubebauung maßstabsetzend sein (Paul 2008: 6). Nadler war zu diesem Zeitpunkt ohnehin zu einer wichtigen Figur des Dresdener Wiederaufbaus avanciert, da er sich als maßgeblicher Initiator gegen den Wi-

derstand der SED-Führung konsequent für die im Krieg beschädigten Baudenkmäler einsetzte. Ihm gelang die Rettung oder zumindest die vorläufige Sicherung einiger wiederaufbaufähiger Ruinen (u. a. Residenzschloss, Semperoper, Frauenkirche), indem er sie für neue „gesellschaftliche Nutzungen“ vorschlug (Kulke 29.08.2009, Donath 2006: 103). Menting (2009: 24) interpretiert die Einführung des Prinzips Leitbau dahingehend, dass sie spätere Planungsstrategien und auch Kontroversen der Nachwendezeit (unabhängig von ihren heutigen baulich-räumlichen Ergebnissen) maßgeblich beeinflusst hat (vgl. dazu auch Paul 2008: 6 ff.). Sie verweist auf den Bedeutungswandel des Begriffs, der sich angesichts veränderter gesellschaftlicher und planerischer Verhältnisse verändert hat. Ursprünglich in einem anderen politischen System eingeführt, verstand er sich als Gegenbegriff und Gegenbewegung zur staatlich verordneten Planung. Nach seiner allmählichen Etablierung wurde der Begriff im Kontext der in der Zeit nach der politischen Wende geführten Wiederaufbaudebatte nach Menting mehr zu einer „Legitimierung einer bestimmten Planungsstrategie“ und als „vermeintliches Qualitätskriterium, mit dem die Wiederbebauung des historischen Neumarkts gelingen könnte“ benutzt (Menting 2008: 24).

Ein 1981 durchgeführtes Städtebausymposium zum „Rekonstruktionsgebiet Neumarkt“, veranstaltet durch den Bund der Architekten der DDR, des Stadtrates und der Technischen Universität Dresden, führte zu neuen Gestaltungsansätzen und brachte die Fachdiskussion erneut in Gang (Wachtel 1982). Begünstigend für einen Wiederaufbau auf historischem Stadtgrundriss kam in dieser Phase der Faktor hinzu, dass die Parteiführung der SED inzwischen die Bedeutung des lange verpönten Kulturerbes für die entwickelte „sozialistische Gesellschaft erkannt hatte“ (Donath 2006: 106). Der verloren gegangene historische Stadtgrundriss wurde nun als Besonderheit des Ortes hervorgehoben, die Rekonstruktion von historisch bedeutender Gebäude und Ensembles und eine harmonische Einordnung der Neubauten als Ziel definiert. Die Aufgabenstellung des Wettbewerbs zum Wiederaufbau des historischen Stadtzentrums fand in den Beschlüssen des IX. Parteitag der SED mit

der „[...] Pflege und Wahrung unseres kulturellen Erbes und für die Entwicklung der sozialistischen Nationalkultur“ ihre Entsprechung. Die wiederaufbaufähigen und bereits teilrekonstruierten Gebäude wurden nun als „[...] kulturhistorisch wertvolle Bauten im Zentrum der Stadt Dresden“ erklärt (Bund der Architekten der DDR 1981: 3). Für den Wiederaufbau wurden in Erwägung gezogen: Kurländer Palais, Schloss, Taschenbergpalais, Landtagsgebäude, Sächsischer Kunstverein aus Mitteln des Wohnungsbaus. Als weitere Gebäude sollten einbezogen werden: Nordseite der Rampischen Straße, Hotel Stadt Rom, Regimentshaus, British Hotel, Palais Hoym, Palais de Saxe und Dinglingerhaus. Die Mehrheit der Wettbewerbsbeiträge nahm den historischen Stadtgrundriss in seinen annähernden Proportionen wieder auf, so auch der Siegerentwurf von Heinz Schwarzbach, der eine moderne Blockrandbebauung in industrieller Bauweise entwarf, in die einzelne zu rekonstruierende Gebäude eingebettet werden sollten. Ebenso ging der Entwurf von dem Fernziel der Wiedererrichtung der Frauenkirche aus. Als ein weiteres Resultat ging die aktuell immer noch umstrittene Idee hervor, am Ort der Hauptwache und des Alten Gewandhauses einen Neubau zu errichten (Schwarzbach 2000: 20, Pohlack 2008: 34, vgl. dazu auch Bund der Architekten der DDR 1981: 3 f., ebd.: 81). 1982 wurde auf der Basis der Wettbewerbsergebnisse ein Acht-Punkte-Leitbild erarbeitet. Schwarzbach (2000: 20) interpretiert das Leitbild als die grundlegende Basis für die Prinzipien des späteren städtebaulich-gestalterischen Konzeptes, das Mitte der 1990er Jahre entwickelt wurde. Unter anderem wurde in ihm eine kleinteilige Nutzungsmischung, die Maßstäblichkeit der Gebäude, die Bedeutung des historischen Stadtgrundrisses, die Funktion der historisch bedeutsamen Gebäude im Sinne Nadlers, die Verwendung von Materialien sowie die Fassadengestaltung formuliert.

Innerhalb der DDR-Stadtentwicklung wurde in den 1980er Jahren der Innenstadt als Wohnort mehr Gewicht beigemessen. Die Planungsansätze des Entwurfsseminars wurden 1983 für die Brachfläche an der Brühlschen Gasse nördlich der Frauenkirche und 1989 für das gesamte Quartier in zwei weiteren Architektenwettbe-



werben vertieft. Der 1983er-Wettbewerb brachte den zwischen 1987 und 1990 realisierten Hotelkomplex Dresdener Hof (heute Hilton Hotel) hervor, der in postmoderner Architektursprache errichtet wurde. Die städtebauliche Einordnung folgte im Wesentlichen den historischen Straßenfronten, griff jedoch die historische Parzellenstruktur nicht auf. Die vorgesehene originalgetreue Rekonstruktion des Ehrlichschen Hauses als Leitbau und der Vorschlag der Denkmalpflege, die Fassaden dem Bau anzupassen, wurde aus Kostengründen verworfen (Schwarzbach 2000: 21, Donath 2006: 109). In den Wettbewerbsergebnissen von 1989 stand eine historisierende Wiederherstellung des Neumarktquartiers auf Grundlage eines modifizierten Wohnungstypenbaus mit einer Sonderfassade zur Diskussion, von denen aber nur einige in unmittelbarer Nähe zum Hotelkomplex in Plattenbauweise realisiert wurde. Insgesamt traf die Ausstellung der Wettbewerbsergebnisse bei der Dresdener Bevölkerung auf große Resonanz, da diese darauf abzielten, das Gebiet in äußerer städtebaulicher Gestalt wiederzuerrichten. Insbesondere der 3. Preis von Prof. Wagner mit einem weitgehend historischen Wiederaufbau und der Integration von Leitbauten wurde zum Favoriten der Bevölkerung (Schwarzbach 2000: 21, Kulke 29.08.2009). Im Rückblick wertet Kulke die breite Zustimmung zu diesem Konzept als ein Signal für einen sich abzeichnenden „Stimmungsumschwung“ innerhalb der Bevölkerung und letztendlich auch als Anzeichen dafür, dass diese mit ihrer Hoffnung des Wiederaufbaus des verlorenen Stadtzentrums „endlich Ernst genommen wurde“ (Kulke 29.08.2009). Die ambitionierten städtebaulichen Planungen für das restliche Neumarktareal wurden in den letzten Jahren vor der politischen Wende aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Situation nicht umgesetzt.

An dieser Stelle soll schlaglichtartig auf die Wiederaufbaubestrebungen für die Frauenkirche eingegangen werden, die sich im Endstadium der DDR in der Stadtgesellschaft herausbildete und als späterer Impulsgeber, Motor und Katalysator zur Bebauung des Stadtquartiers angesehen werden kann.

Die als Mahnmal gegen den Krieg belassene Frauenkirchenruine, die für viele zu diesem Zeitpunkt das Sinnbild für das untergegangene, alte Dresden darstellte, entwickelte sich in den 1980er Jahren zu einem Gedenkort der unabhängigen Friedensbewegung. Vor dem Mahnmal wurden ab 1982 Gedenkgottesdienste und kleinere Demonstrationen abgehalten, zu denen Dresdener Christen aufgerufen hatten. Versuche der DDR-Behörden, diese Treffen zu unterbinden, hatten kaum Erfolg. Am 19.12.1989 rückten Kirche und Umfeld in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit, als Bundeskanzler Helmut Kohl Dresden besuchte. Bei seiner Rede vor der Ruine wurde er von etwa 100 000 Menschen empfangen, die für eine rasche Wiedervereinigung demonstrierten. Nach Donath (2006: 112) hatte die Dresdener Bevölkerung somit auch Anteil an der friedlichen Revolution in der DDR. Das Ereignis motivierte den Bundeskanzler, zusammen mit anderen Persönlichkeiten aus dem In- und Ausland öffentlich für den Wiederaufbau der Kirche einzutreten. Für Kohl selber stand die Kirche symbolisch für das Zusammenwachsen Deutschlands (Donath 2006: ebd., <http://www.frauenkirche-dresden.de/buergerbewegung.html>). Im Herbst 1989 entstand noch kurz vor der Wiedervereinigung aus einer Bürgerinitiative heraus die Idee zum rein spendenfinanzierten Wiederaufbau der Kirche, der ab 1990 durch den Verein „Gesellschaft zur Förderung des Wiederaufbaus der Frauenkirche Deutschland e. V.“ weiter initiiert und vorangetrieben wurde (Donath 2006: 115, vgl. <http://www.frauenkirche-dresden.de/buergerbewegung.html>). Sie mündeten in den „Ruf aus Dresden“ vom 12.02.1990, den der Pfarrer Karl-Ludwig Hoch zusammen mit prominenten Dresdener Bürgern formulierte und mit ihm als Idee für den Wiederaufbau und gleichzeitigem Spendenaufruf in die Öffentlichkeit trat. Der Kunstwissenschaftler Matthias Donath geht davon aus, dass mit dem Ruf aus Dresden und das mit ihm verbundene lang ersehnte Ziel eines Wiederaufbaus der Frauenkirche für die Bevölkerung ein hoffnungsvoller Neubeginn bevorstand. Die Frauenkirche war Sinnbild für das alte Dresden, das weder durch die Kriegseinwirkungen noch durch die Jahre der SED-Herrschaft untergegangen war. Der Ruf aus Dresden sprach

aus, was sich viele Bürger jahrelang insgeheim wünschten (Donath 2006: 115). Die schließlich umgesetzte Rekonstruktion der Frauenkirche erfolgte denn auch mit großer Zustimmung der Dresdener Bevölkerung und erlangte überregionale Signalwirkung.

### 5.12 Politisch-gesellschaftlicher Prozess

#### Anlass

Erst mit der Wiedervereinigung Deutschlands als wichtiges Signal und dem 1990 erfolgten Ruf aus Dresden für den Wiederaufbau der Frauenkirche (Kulke 29.08.2009), eröffneten sich erneut die Chancen für eine Wiederbebauung des Neumarktareals. Dabei stand zunächst die Rekonstruktion der Frauenkirche im Fokus der öffentlichen (und medialen) Aufmerksamkeit.

Interessant scheint hierbei der Aspekt, dass die Wiederaufbauüberlegungen der Zeit vor 1989 sowie der Beginn erster informeller Planungsprozesse kurz nach der Wiedervereinigung, die sich mit dem städtebaulichen Umfeld der Frauenkirche beschäftigten, dagegen zunächst in den Hintergrund traten (Kulke 29.08.2009, vgl. Donath 2006: 115). Kulke und Donath ge-

hen jedoch davon aus, dass der erneute Stimmungsumschwung in der Dresdener Bevölkerung und der entscheidende Impuls zum Wiederaufbau des Neumarktquartiers mit dem Entschluss, die Frauenkirche zu rekonstruieren, eingesetzt haben.

#### Akteure/Zielgruppen

Am Prozess der Wiederbebauung waren zahlreiche Akteure mit unterschiedlich starkem Einfluss beteiligt. Zu ihnen zählen vor allem:

- Die Landeshauptstadt Dresden und ihr Umfeld: Stadtplanungsamt, Liegenschaftsamt, Gestaltungskommission, Stadtpolitik, wechselnde Baubürgermeister (Jörn Walter, Günter Just, Herbert Feßenmeyer)
- Der Freistaat Sachsen: Landesamt für Archäologie, vertreten durch die Landesarchäologin Judith Oexle (bis September 2006) und Thomas Westphalen; sowie das Landesamt für Denkmalpflege, vertreten durch die Landeskonservatorin Rosemarie Pohlack sowie auf der Seite der Bauherren der Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement
- Die Gruppe der Architekten
- Die Gruppe der Investoren
- Die Gesellschaft Historischer Neumarkt Dresden e.V.

In die vielschichtigen Prozesse sind die genannten Akteure auf vielfältige Weisen einbezogen. Auf der Seite der Landeshauptstadt ist von Interesse, dass über Planung und Baugenehmigung die Projekte zwar rechtlich abgesichert werden, aber im Vorfeld informelle Verfahren verantwortlich für die Einzelentscheidungen sind. Damit ist der direkte Einfluss des Stadtrats selbst als vergleichsweise gering einzuschätzen. Er hat aber über die Debatten und Beschlüsse zu städtebaulich-gestalterischem Konzept und Planungsleitbild Innenstadt indirekten Einfluss auf die Verfahren. Dem Baubürgermeister wiederum muss eine zentrale Rolle nicht nur in den Verhandlungen über die Projekte, sondern darüber hinaus auch indirekt zugeschrieben werden, etwa weil er die Mitglieder der Gestaltungskommission vorschlägt, die vom Stadtrat bestätigt werden. Der

Abbildung 12  
Die Frauenkirche und die fertiggestellten Quartiere I und II



Quelle: Ronny Kreutel/gemeinfrei

Einfluss des Landes ist im Hinblick auf die Keller, die vom Landesamt für Archäologie zur Abräumung freigegeben worden sind, in einem Teilbereich entscheidend, ansonsten aber eher über die Rolle des Landes als Grundeigentümer gegeben. Die organisierte Architektenschaft nimmt tendenziell eher eine reservierte Haltung gegenüber Wiederaufbauvorhaben oder teilweise sogar einer kritischen Rekonstruktion ein. Im Rahmen ihrer Funktion als Jurymitglied, Wettbewerbsteilnehmer oder Mitwirkender an Gutachterverfahren und ähnlichem haben die Architekten über die Jahre mit ihren Entwürfen daran mitgewirkt, die Möglichkeiten einer zeitgenössischen Ergänzung von Leitbauten auszuloten. Ihre Rolle ist dabei aber begrenzt, da sie nicht als eindeutig wahrnehmbare Stimme für eine bestimmte Position wahrnehmbar sind. Indirekt beeinflussen sie sehr wohl den impliziten Konsens dessen, was im Zusammenspiel von Alt und Neu als notwendige oder verträgliche Ergänzungen verstanden werden sollte. Ihre Vorschläge werden aber, und das ist eine Besonderheit des Dresdener Falls, in praktisch jedem Einzelfall intensiv von der Stadtöffentlichkeit und insbesondere durch die Rekonstruktionsbefürworter der Gesellschaft Historischer Neumarkt e.V. diskutiert und kritisiert. Dieser Initiative kommt eine wesentliche Rolle in der Auseinandersetzung zu. Sie trägt durch die Debatte darüber, wie das Zusammenspiel von Leitbauten und zeitgenössischen Bauten organisiert werden sollte, wesentlich zu einer intensiven Diskussion auch am und im Detail bei. Die Investoren wiederum haben inzwischen die Prominenz des Neumarkts in der Stadt erkannt und zeigen daher relativ großes Interesse an den Grundstücken, so dass es möglich geworden ist, sie auf ein recht strenges städtebaulich-gestalterisches Rahmenwerk zu verpflichten. Nichtsdestoweniger sind sie in der Lage, durch Verweis auf die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Investition öffentliche Akteure zu deutlichen Zugeständnissen zu bewegen, was die Frage des Erhalts von baulichen Resten und die Ausgestaltung des Nutzungskonzepts anbetrifft. Wie in anderen Städten auch, zeigt sich dabei, dass der Wunsch der öffentlichen Hand nach einer klein parzellierten Bebauungsstruktur nur eingeschränkt er-

reicht wird – woran die Stadt über die Instrumente der Grundstücksvergabe und der Festlegung planerischer Vorgaben ihren Anteil hat.

#### *Verlauf*

Der folgende zeitliche Überblick skizziert grob die wichtigsten Stationen der jüngeren Planungsgeschichte des Stadtquartiers bis zum heutigen Zeitpunkt. Angefangen mit den ersten informellen innerstädtischen Stadtentwicklungsstrategien der Nachwendezeit folgten immer enger umrissene räumliche Fokussierungen zum Umgang mit dem Stadtquartier und einzelner Baublöcke bis hinunter auf die Ebene der einzelnen Gebäude. Innerhalb der Stadterneuerung ist das Stadtquartier im Bund-Länder-Programm „Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen“ aufgenommen, um mit Hilfe von Städtebaufördermitteln einzelne Erneuerungsmaßnahmen zu realisieren. Im Zusammen- und Wechselspiel mit den politisch-gesellschaftlichen Prozessen, die in die Planung einfließen und diese beeinflusst(en), bereiteten die Stadtentwicklungsstrategien letztendlich die maßgeblichen Projektentscheidungen, die den baulichen Realisierungen vorausgingen. Sowohl der Planungs- und Diskussions- als auch der Entscheidungsprozess gelten bis heute als noch nicht abgeschlossen und werden permanent weitergeführt.

Der erste west-östliche Architektenworkshop zum Gesamtkunstwerk Dresden 1990 sowie der Architektentag 1991 akzeptierten im Ergebnis den bisherigen Planungsstand aus den 1980er Jahren und empfahlen, wegen des anstehenden Entwicklungsdrucks nach der Wiedervereinigung Deutschlands die Investitionen in das Stadtzentrum umzulenken und dort mit hoher Qualität zu bauen (Schwarzbach 2000: 21). Das Planungsleitbild Innenstadt von 1991 übernahm diesen Arbeitsstand und damit den akzeptierten Konsens, den Stadtraum auf historischem Stadtgrundriss wiederherzustellen. Damit war das städtebauliche Grundgerüst zu diesem Zeitpunkt bereits vorgegeben. Die Frage nach dem „Wie“ im Sinne einer geeigneten Architektursprache war zu diesem Zeitpunkt aber noch offen (vgl. Paul 2008: 6, Feßenmeyer 2008: 16). Das überarbeitete Planungsleitbild Innenstadt von

1994, das vor dem Hintergrund des erwarteten ökonomischen Entwicklungsdrucks auf die Innenstadt ab Anfang der 1990er Jahre entstand, diskutierte mögliche Wiederaufbaustrategien für die bürgerlichen Bauten. Im Zuge des Wiederaufbaus der Frauenkirche als berühmtes historisches Baudenkmal sollte in Anlehnung an die historische Situation eine kleinteilige und vielgestaltige neue Bebauung angestrebt werden, um die Maßstäblichkeit des monumentalen Sakralbauwerks mit der umgebenden bürgerlichen Bebauung wiederherzustellen. Zentrale Kriterien der Bebauung auf historischem Grundriss waren entweder eine Rekonstruktion im historischen Stil oder als „bessere Alternative“ eine Bebauung in moderner Architektursprache. Das Leitbild hob jedoch hervor, dass diese hohe Qualitätsansprüche erfordere, um eine öffentliche Akzeptanz zu erreichen (Paul 2008: 6, nach Landeshauptstadt Dresden 1994). Der Rückblick auf das damalige Planungsleitbild von 1994 verdeutlicht den damaligen hohen Stellenwert innerhalb der Stadtentwicklung, der dem Wiederaufbau des verlorenen historischen Stadtzentrums beigemessen wurde. Intention des Planungsleitbildes war, „die räumliche Leere in der Dresdener Innenstadt zu überwinden und an die historische Stadtbaukunst anzuknüpfen“ (vgl. Landeshauptstadt Dresden 2008: 21).

In den Nachfolgejahren wurden die eher strategisch ausgerichteten Leitbilder in weiteren Schritten bis hin auf die räumliche Ebene von acht einzelnen Baublöcken (die so bezeichneten „Quartiere“) präzisiert und konkretisiert, wobei die Auseinandersetzung mit den städtebaulichen, architektonischen und denkmalpflegerischen Aspekten der Wiederbebauung immer mehr in den Fokus rückte. Nach der Erarbeitung einer Gestaltungssatzung und eines Rahmenplans 1995 mit dem Ziel der Weiterentwicklung der Leitbautenidee mündeten diese schließlich in den Beschluss des Stadtrates über ein städtebaulich-gestalterisches Konzept, das im Juni 1996 vom Stadtrat gebilligt wurde. Die Gestaltungssatzung wurde nie beschlossen, so dass das städtebaulich-gestalterische Konzept vor allem als Selbstbindung der Stadt und grobe Orientierung für Außenstehende verstanden werden kann. Kulke (29.08.2009) vermutet, dass damit die

Investoren nicht zu stark gebunden werden sollten, da noch keine Klarheit darüber herrschte, ob in einem überschaubaren Zeitraum überhaupt Investitionen zu erwarten waren.

Ebenfalls 1996 nahm die Gestaltungskommission „Kulturhistorisches Zentrum Neumarkt“ ihre Arbeit auf mit dem Ziel, Baurecht nach § 34 BauGB oder aber durch vorhabenbezogene Bebauungspläne der Stadt mit den Bauherren nach vorheriger Beratung über die Projekte herzustellen. Zuvor hatte bereits im Februar 1992 die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Dresden per Beschluss ihre Zustimmung zum Wiederaufbau der Frauenkirche erteilt. Die Baumaßnahmen begannen dort nach der Phase der archäologischen Enttrümmerung im Mai 1994.

Eine modifizierte Fassung des städtebaulich-gestalterischen Konzepts, in die Forderungen und Vorschläge der inzwischen 1999 gegründeten Bürgerinitiative „Gesellschaft Historischer Neumarkt Dresden e. V.“ (GHND) einfließen, erfolgte mit der Aufnahme weiterer Leitbauten im Januar 2002 durch einen Stadtratsbeschluss. Parallel dazu war zwischen 1998 und 2000 als erste Teilrekonstruktion am Neumarkt das Coselpalais entstanden. Der Beginn der Neumarktbebauung im Jahr 2000 mit Tiefgarage und Hotel de Saxe löste zunächst viel Widerstand und intensive Diskussionen mit der Architektenschaft und der Denkmalpflege aus. Ein nächster wichtiger Schritt stellte das vom Stadtplanungsamt initiierte und bewusst der späteren Realisierungsphase vorangestellte „Atelier Neumarkt“ im Herbst 2000 dar, das die öffentliche Meinung stark polarisierte. Es diente zur Klärung der Fragestellung, wie sich zeitgenössische Architektur in die historische Situation einfügen und die im städtebaulich-gestalterischen Konzept vorgesehenen Leitbauten unterstützen kann. Gleichzeitig sollten städtebaulich-funktionale Vorschläge zu Formen von zeitgemäßem Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und Freizeitnutzungen gefunden werden.

Seit 2001 wurden durch das Landesamt für Archäologie Grabungen auf den ersten Baufeldern durchgeführt. Nach dem Abschluss der Untersuchungen stieß die 2002 getroffene Entscheidung der Landesarchäologin Judith Oexle, die noch vorhan-

denen Kellerreste als nicht denkmalwürdig einzustufen, so dass sie infolgedessen abgetragen wurden, auf öffentliche Kritik. Im Rahmen der Stadterneuerung leitete der Stadtrat per Beschluss im Februar 2002 die Vorbereitenden Untersuchungen für den Neumarkt ein. Das Gebiet wurde in das Bund-Länder-Programm „Städtebauliche Erneuerung“ aufgenommen und im November 2002 als Sanierungsgebiet im vereinfachten Verfahren förmlich festgesetzt. Damit war die Voraussetzung für den Einsatz von Städtebaufördermitteln zur Erreichung der Erneuerungsziele, die vor allem Erschließungs- und Gestaltungsmaßnahmen für den öffentlichen Raum umfassten (u. a. für eine öffentliche mehrgeschossige Tiefgarage unter dem Platzbereich), für einen Bewilligungszeitraum von 15 Jahren gegeben. Im September 2002 setzte die GHND ein Bürgerbegehren für den historischen Wiederaufbau in Gang, dessen Stimmen von etwa 63.300 wahlberechtigten Dresdenern im April 2003 bei der Stadtverwaltung eingereicht wurden. Das Bürgerbegehren wurde allerdings im Herbst 2003 von der Stadtverwaltung für ungültig erklärt. Die Debatte um den Erhalt der im Boden lagernden Befunde wiederholte sich, nachdem 2003 durch erneute archäologische Grabungen auf dem Areal der geplanten Tiefgarage Reste der mittelalterlichen Stadtbefestigung gefunden wurden, aber auch diese aus wirtschaftlichen Erwägungen beseitigt wurden. Die Eröffnung der Tiefgarage erfolgte im September 2004. Im Oktober 2005 wurde die wiedererrichtete Frauenkirche nach einer festlichen Weihe der Öffentlichkeit übergeben (vgl. Stadt Dresden: Neumarkt Dresden – Eine Ausstellung des Stadtplanungsamtes: o. S., Donath 2006: 115 – 127).

Seit dem Jahr 2002 wurden sowohl von der Stadt Dresden als auch durch private Investoren verstärkt verschiedene wettbewerbliche Verfahren zur architektonisch-gestalterischen Auseinandersetzung von zeitgenössischer Architektur mit dem historischen Kontext durchgeführt. Sie dienen zur Qualitätssicherung aufgrund der durch das städtebaulich-gestalterische Konzept formulierten hohen Qualitätsansprüche an Gebäude, die nicht als Leitbauten vorgesehen waren. Zwischen 2002 und 2008 wurden innerhalb dieser Verfahren für alle acht Quartiere sechs Realisie-

rungswettbewerbe (Quartier 1, 2, 4, 5, 8), neun Fassadenwettbewerbe (Quartier 4, 8), und zwei städtische Werkstattverfahren (Quartier 7) durchgeführt. Die Entwürfe brachten eine Vielfalt von möglichen Lösungsmöglichkeiten hervor (vgl. Stadt Dresden: Neumarkt Dresden – Eine Ausstellung des Stadtplanungsamtes: o. S.).

Torsten Kulke (29.08.2009) geht davon aus, dass der Wiederaufbau des Neumarkts bis heute etwa zur Hälfte realisiert wurde. Den Auftakt zum Baugeschehen markierte der zwischen 2004 bis 2006 realisierte Wiederaufbau des kleinteilig strukturierten „Quartiers an der Frauenkirche“ (Quartier 1) mit 17 historischen Parzellengrundstücken, auf denen neun getrennt erschlossene Gebäude auf Grundlage eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans errichtet wurden. Das „Weigelsche Haus“ wurde als Leitbau in der Kubatur einschließlich der Herstellung des Innenhofes aufgenommen. Für alle restlichen Gebäude ohne Leitfassaden wurden Realisierungswettbewerbe durchgeführt. Mit der Fertigstellung des Quartiers 1 wurde der erste Baublock am Neumarkt westlich der Frauenkirche vollendet. Im südlich an das Coselpalais angrenzenden Quartier 2 wurde das Baugeschehen durch die Errichtung eines Gebäudekomplexes mit mehreren Erschließungskernen und zwei Innenhöfen, sechs Leitfassaden und zwei modern gestalteten Fassaden geprägt, der zwischen 2004 und 2007 auf Grundlage eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans errichtet wurde. Es entstand eine kleinteilige Nutzungsmischung aus Gewerbeflächen in den Erdgeschosszonen sowie Büros und einem kleinen Hotel in den Obergeschossen. In einem weiteren Teilbereich des Quartiers baut der Investor der „INNSIDE Dresdner Hotel Gesellschaft“ bis Ende 2009 neben einem Hotel mehrere Wohn- und Geschäftsgebäude unter Einbeziehung eines Leitbaus (Rampische Straße 19 mit Erhaltung der historischen Kelleranlagen) sowie einer Leitfassade (Rampische Straße 9). Mehrere Bauvorhaben als Wohn- und Geschäftsgebäude stehen in diesem Bereich noch aus, u. a. ein Wohn- und Geschäftsgebäude auf sechs historischen Parzellen (Rampische Straße 23–27) mit drei Leitfassaden, ein Leitbau als Kopfbau am östlichen Ende des Quartiers sowie ein Gebäude auf einem Grundstück, das von

der GHND erworben wurde und vom Verein für eine Fassadenrekonstruktion vorgesehen ist.

Im in drei Teilbereiche zerfallenden Quartier 3 südöstlich der Frauenkirche entstanden zwischen 2006 und 2008 sieben Gebäude. Auf zwei historischen Parzellen entstanden für die Stiftung Augustiner-Bräu München der Leitbau und die Leitfassade An der Frauenkirche 16/17. Ein weiterer Teilbereich wurde von der Baywobau nach dem Verkauf durch einen privaten Eigentümer erworben. Nach vorangegangenen archäologischen Untersuchungen entstanden fünf getrennt erschlossene Gebäude mit fünf Leitfassaden. Fünf weitere Fassaden wurden in zeitgemäßer Architektursprache errichtet. Auf einem Teilbereich, u. a. mit dem Leitbau des Palais Hoym, stehen die Grundstücke derzeit zur Disposition durch den Eigentümer Freistaat Sachsen (SIB). Im sich südwestlich anschließenden Quartier 4 entstand bis 2006 das Hotel de Saxe (bzw. Hotel Steigenberger) mit mehreren Leitfassaden auf fünf historischen Flurstücken. Nach der Veräußerung des Grundstücks an einen Schweizer Investor sieht dieser die Wiedererrichtung des British Hotel als Leitbau mit Ferienwohnungen und Geschäften im Erdgeschoss vor. In den Neubau werden nach archäologischen Grabungen gefundene Reste des historischen Kellergewölbes integriert sowie erhaltene Spolien der Originalfassade bei der Wiedererrichtung des Gebäudes verwendet. Aufgrund der stadtgeschichtlichen Bedeutung des British Hotel hat der Stadtrat im Oktober 2008 eine Gestaltungssatzung beschlossen. Die restlichen Grundstücke des Quartiers 4 werden durch die Landeshauptstadt Dresden derzeit zum Verkauf ausgeschrieben.

Das den Eingang zum Neumarkt bildende Quartier 5 an der Schnittstelle zwischen Altmarkt und Neumarkt sowie dem westlich angrenzenden Kulturpalast zerfällt in zwei Teilbereiche: Das städtebaulich-gestalterische Konzept sieht für den westlichen Teilbereich Neubauten mit einer Mischung aus Geschäften, Büros und Wohnungen vor. Nach der Veräußerung des Grundstücks an einen Investor im Frühjahr 2008 hat dieser einen städtebaulichen Realisierungswettbe-

werb durchgeführt. Im östlichen Teilbereich wurden bis 2008 mit dem Heinrich-Schütz-Haus und dem Köhlerschen Haus zwei Leitbauten errichtet. Auch hier erfolgte im Frühjahr 2008 die Veräußerung des Grundstücks durch die Landeshauptstadt Dresden. Auf Grundlage eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans konnte Ende 2008 eine Seniorenwohnsiedlung fertig gestellt werden. Vorhandene Originalfragmente wurden in den Renaissance-Erker des Heinrich-Schütz-Hauses und in das Portal des Köhlerschen Hauses wieder integriert. Die Leitbauten wurden auf historischer Grundrissstruktur errichtet, wobei Reste der Kelleranlagen und der mittelalterlichen Stadtmauer gesichert wurden. Verschiedene Varianten für den modernen Ergänzungsbau der Seniorenwohnanlage auf dem südlichen Eckgrundstück zu den Wohnblöcken an der Wilsdruffer Straße wurden intensiv diskutiert.

Die vorgesehene Wiederbebauung für das Quartier 6 löste die aktuell am schärfsten und kontroversesten geführte Diskussion im Neumarktgebiet aus. Im südlich vom Johanneum und im Blickbezug zur Frauenkirche liegenden Areal stand bis zu seinem Abriss 1791 der Renaissancebau des Alten Gewandhauses, der nach der Auffassung der mittelalterlichen Stadtbefestigung die raumbildende Platzkante des Neumarkts markierte. Anknüpfend an die frühere Nutzung als öffentliches Gebäude hatte das städtebaulich-gestalterische Konzept für diese Fläche eine kulturelle Nutzung vorgeschlagen. Im restlichen Quartier ist nach dem städtebaulich-gestalterischen Konzept eine Mischnutzung geplant. Mit dem Dinglingerhaus und dem Regimentshaus ist, neben anderen Gebäuden, die Wiedererrichtung von zwei Leitbauten mit einer weitestgehenden Erhaltung der Kelleranlagen geplant. Aufgrund eines Stadtratsbeschlusses von 2002 wurde Frühjahr 2007 durch die Objektgesellschaft Quartier 6 als privater Investor in Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt Dresden ein baulicher Realisierungswettbewerb zum Neubau des Gewandhauses mit der zukünftigen Nutzung als privates Sammlermuseum ausgelobt. Insgesamt 38 nationale und internationale Architekturbüros reichten ihre Entwürfe ein, von denen die Jury fünf Preisträger auswählte. Die Wettbewerbsergebnisse

fürten zu einer öffentlichen Diskussion, in der deutlich wurde, dass die Frage des Stadtbildes und der damit verbundenen Architektursprache über die vorgesehene Nutzung gestellt werden muss. Im Nachzug zu den Diskussionen und dem Widerstand der Rekonstruktionsbefürworter beschloss der Dresdener Stadtrat im Frühjahr 2008 eine vorläufige Zurückstellung der Bebauung für die nächsten zehn Jahre, eine Einbeziehung der dort noch vorhandenen Reste der mittelalterlichen Befestigungsanlagen, einen Verzicht auf eine private Investition für eine öffentlich zugängliche kulturelle Einrichtung sowie eine Herrichtung als Freifläche.

Ein nach Aufstellungsbeschluss vom Mai 2006 eingeleitetes Bebauungsplanverfahren für das Quartier 6 soll die zukünftige Bebauung prüfen. Die Quartiere 7 und 8 liegen im westlichen Bereich des Neumarkts zwischen dem Kanzleihaus und Stallhof im Norden, dem Johanneum im Nordosten, dem Kulturplast im Süden sowie dem Residenzschloss im Westen. Insgesamt bestehen vier Teilbereiche. Im Quartier 7 sind drei bürgerliche Leitbauten aus unterschiedlichen Stilepochen (Früh- und Hochbarock, Rokoko) vorgesehen. Ein 2006 durchgeführtes städtebauliches Werkstattverfahren diente zur Klärung der Neubebauung der Flächen. Der Freistaat Sachsen veräußerte das zweigeteilte Quartier 8 an einen privaten Investor, der den Bau eines Hotels im westlichen Bereich gegenüber dem Schloss plant. Der Wiederaufbau des Quartiers beinhaltet die Rekonstruktion eines Leitbaus sowie fünf Leitfassaden. Der Investor hat für Gebäude, die keine Leitbauten sind, Fassadenwettbewerbe durchgeführt. Für den westlichen Teilbereich sind unter Beibehaltung der historischen Parzellierung kleine Läden, Galerien und Gastronomiebereiche vorgesehen. Für ein modernes Gebäude im rückwärtigen Bereich fand im April 2008 ein Realisierungswettbewerb des Investors statt (vgl. Stadt Dresden: Neumarkt Dresden – Eine Ausstellung des Stadtplanungsamtes: o. S.; [http://www.dresden.de/08/01/brennpunkte/c\\_031.php](http://www.dresden.de/08/01/brennpunkte/c_031.php))

Weiterhin geplant ist der Bau einer internationalen Schule im westlichen Teil des Quartiers 5, der direkt an den Kulturpalast angrenzt. Ein Investorenwettbewerb mit

sieben Architekturbüros sollte eine Orientierung an den Zielvorgaben des städtebaulich-gestalterischen Konzepts bringen. Aus Sicht der GHND ist dies allerdings nicht gelungen (Kulke 29.08.2009).

#### *Instrumente der Durchsetzung/ Kompromissfindung*

Da die Entwicklung im Wesentlichen über das städtebaulich-gestalterischen Konzept und die darauf aufsattelnden Wettbewerbe zu Einzelvorhaben gesteuert wird, manifestieren sich die großen Konflikte auch in den Überarbeitungsschritten zum übergreifenden Konzept (Zahl der Leitbauten, Umgang mit dem Bestand), während in den Wettbewerben insbesondere die Form der Neubauten festgelegt wird. Sowohl hierbei als auch in den Beiträgen der Gestaltungskommission werden die Entscheidungen mit starkem fachlichem Einfluss gefällt, so dass sich die GHND und andere engagierte Bürger bei Veröffentlichung eines Ergebnisses in den Prozess einschalten. Während die GHND auch über ihre Beratung der Investoren bei Rekonstruktionsvorhaben mitwirkt, kann davon ausgegangen werden, dass die Wettbewerbsverfahren immer wieder Konflikte produzieren, weil sie tendenziell zeitgenössische Gestaltungselemente in der Architektur prämiieren. Die danach auftretenden Konflikte mit der Öffentlichkeit sind dann insofern problematisch, als Siegerentwürfe in einem Wettbewerb eine gewisse Legitimation durch das Verfahren besitzen, so dass nachträglich eine Veränderung des Entwurfs zur Beilegung öffentlicher Streitigkeiten schwer möglich und verfahrensmäßig gar nicht vorgesehen ist. Es ist deshalb vielleicht auch kein Zufall, dass es im Fall des Konflikts um die Wiederbebauung des Gewandhaus-Grundstücks trotz relativ eindeutig scheinendem Jury-Votum zum Wettbewerb offenbar keine sinnvolle Form der Kompromissfindung geben konnte, außer eben ein Moratorium für die Bebauung des Grundstücks zu verhängen. Dies war aber wohl nur deswegen möglich, weil Investoreninteressen einer Bebauung des städtischen Grundstücks nicht entgegenstanden und der Widerstand auch hochrangige Kreise wie etwa Heinrich Magirius sowie ganze Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung umfasste (vgl.

markt-dresden.de/Presse/offener-brief-zum-gewandhaus-wettbewerb.html).

#### *Rolle der Bevölkerung*

Die starke Bedeutung der GHND als Bürgerinitiative überstrahlt die Rolle weiterer Bürger. Die kontroverse Auseinandersetzung, die auch im Stadtrat geführt wird, greift auf vielfältige Stimmen aus der Bevölkerung zurück, die im politischen Prozess und auf anderen Wegen erkennbar werden. Auffällig ist allerdings, dass nur in einigen ausgewählten Fällen die nicht organisierte Bevölkerung von den Akteuren für eine Positionsbestimmung herangezogen wird.

Dies ist etwa im Bürgerbegehren der Fall, das durch die Mobilisierung von Zehntausenden ein bedeutendes Ereignis im Planungsverfahren darstellt. Wenngleich es formal für ungültig erklärt wurde – wohl auch wegen der befürchteten Bindungswirkung für die Stadt –, kann davon ausgegangen werden, dass es die Stimmung in der Politik deutlich mit beeinflusst hat.

Als einen weiteren Fall ist die Abstimmung über die Wiederbebauung des Gewandhausgrundstücks zu nennen, die von der Bürgerfraktion Dresden organisiert und über die Sächsische Zeitung verbreitet wurde ([www.buergerfraktion-dresden.de/stadtentwicklung/der-neumarkt/kein-gewandhaus.html](http://www.buergerfraktion-dresden.de/stadtentwicklung/der-neumarkt/kein-gewandhaus.html), [www.buergerfraktion-dresden.de/stadtentwicklung/der-neumarkt/gewandhaus...kommentar.html](http://www.buergerfraktion-dresden.de/stadtentwicklung/der-neumarkt/gewandhaus...kommentar.html)) und immerhin mehrere Tausend zur Mitwirkung bewegt hat – mit eindeutigem Resultat gegen die Gewandhausbebauung. Auch hier kann davon ausgegangen werden, dass die vermittelte Stimmung für die Politik mit handlungsleitend gewesen ist.

Ähnlich wirksame Anlässe bieten gut besuchte Bürgerversammlungen in Planungsverfahren, die immer wieder stattgefunden haben. Im Zusammenhang ergibt sich ein deutlicher Einfluss von Stimmungen auf das Verfahren, die über die Bürger vermittelt werden. Betrachtet man die Aktivitäten von GHND und Bürgerfraktion, kann davon ausgegangen werden, dass Bevölkerungsmeinung und organisierte Meinung einiger Initiativen sich zwar nicht zwangsläufig in Übereinstimmung befinden, aber dennoch durch populistische

Einbeziehung der Bevölkerung der Planungsprozess immer wieder wirkungsvoll beeinflusst werden konnte (vgl. dazu auch die Position von Paul 2007, die unten im Rahmen einer Diskussion vermittelnder Argumente präsentiert wird).

#### *Rolle der Medien und medialer Strategien*

Die Medien stellen auch in Dresden einen wichtigen Spiegel von Stimmungen dar, die in der Bevölkerung vorherrschen. Anlässlich der Frauenkirchenrekonstruktion haben regionale wie überregionale Medien Dresden eine erhebliche Aufmerksamkeit geschenkt, die insbesondere die mobilisierungsfähigen Akteure – hier also eher die GHND als die Architektenschaft, die überdies über keine so erfolgreich populär in den Medien vermarktete Erfolgsgeschichte wie die Frauenkirche verfügte – ausnutzen konnte. Die Verbindung von technologischer Faszination (computergestützte Zusammensetzung von noch vorhandenen Steinblöcken aus der Ruine), bürgerlichem Ausdruck von Identitätsstiftung (Engagement für die Kirche, Gedenkgottesdienste usw.) und Stabilisierung von Mythen (zerstörtes und wiedererstandenes Elbflorenz) haben sich hervorragend geeignet, eine populäre Geschichte auch in Fernsehberichten zu erzählen, deren Impetus stark popularisierend-vereinfachend war und die Notwendigkeit zu Reflexion und Hinterfragung von problematischen Positionen zu Einzelbauten am Neumarkt tendenziell verringert hat. In den Printmedien ist trotz überregionaler Kritik (vgl. dazu die Ausführungen zu generischen und fachlichen Argumenten unten) dadurch der Neumarkt-Wiederbebauung ein so hohes Maß an Aufmerksamkeit gesichert worden, dass es für die GHND möglich war, auch Detailpositionen und Detailkritik wirkungsvoll öffentlich zu thematisieren, ohne dass dafür eine gezielte Kampagne der Zeitungen selbst erforderlich geworden wäre. Die geschickte Vermarktungskampagne der GHND über Internet, Informationspavillon, öffentliche Diskussionen, Bücher und Buchbeiträge und andere Aktivitäten konnte erfolgreich an dieser Konstellation anknüpfen und damit die eigenen Anliegen ständig in die öffentliche Debatte einspeisen. Auf diese Weise ist die Stadt dazu gezwungen gewesen, sich mit den betreffenden Argu-



menten immer wieder auseinanderzusetzen, während sich etwa die gegnerischen Positionen von Architekten auf einige wenige allgemeine Stellungnahmen und wenige Veranstaltungen wie etwa der der Sächsischen Akademie beschränkt oder der Architektenkammer zum Gewandhaus haben (vgl. [www.buergerfraktion-dresden.de/stadtentwicklung/der-neumarkt/offener-brief.html](http://www.buergerfraktion-dresden.de/stadtentwicklung/der-neumarkt/offener-brief.html)). Dadurch ist zwar nicht die Dominanz der Architektenschaft in den fachlichen Entscheidungsgremien gebrochen worden, doch gelang es zumindest, die Leitbautendiskussion erfolgreich zu beeinflussen und die Durchsetzbarkeit moderner Architektur am Neumarkt deutlich zu erschweren.

#### *Rolle übergeordneter staatlicher Ebenen*

Der Einsatz von Städtebaufördermitteln steht im unmittelbaren Zusammenhang mit dem angestrebten Wiederaufbau des Quartiers um den Neumarkt. Bei den öffentlichen Investitionen geht es jedoch weniger um die Gewährung von Zuschüssen für die Wiederherstellung einzelner Gebäude, zu denen die Rekonstruktionsvorhaben zumeist privater Bauherren zählen würden. Vielmehr zielt die Sanierungsstrategie darauf ab, über öffentliche Investitionen zunächst die Attraktivität zu steigern, die private Investitionen nach sich ziehen soll. Ähnliche Sanierungsstrategien sind auch aus anderen Sanierungsvorhaben bekannt. Die Städtebaufördermittel dienen somit überhaupt als Impulsgeber und wesentliche Voraussetzung für die Wiederherstellung des „verlorenen“ Quartiers und einer Reurbanisierung.

2002 wurde der Neumarkt durch Beschluss des Stadtrates in das Bund-Länder-Programm „Städtebauliche Erneuerung“ als Sanierungsgebiet förmlich festgelegt und im vereinfachten Verfahren aufgenommen. Damit war die Voraussetzung für den Einsatz von Städtebaufördermitteln gegeben. Der Finanzierungsrahmen für zehn Jahre beträgt 37,5 Millionen Euro, die jeweils zu einem Drittel durch den Bund, dem Freistaat Sachsen sowie die Landeshauptstadt Dresden getragen werden. Mit rund 17 Millionen Euro entfiel der Schwerpunkt auf die Ordnungsmaßnahmen mit der Erneuerung der technischen Ver- und Entsorgungsstruktur, die

Erneuerung der Straßen, Wege und Plätze sowie dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur mit Verkehrsberuhigung. Zu den größten Projekten zählt der Bau einer zentralen Tiefgarage mit 396 Stellplätzen unter dem Neumarkt, der die Situation des ruhenden Verkehrs verbessert. Bei der Neugestaltung der öffentlichen Freiräume wurde auf die Berücksichtigung historischer Raumstrukturen, Blickbezügen und Elemente in unmittelbarer räumlicher Nähe zum wieder aufgebauten Solitär der Frauenkirche geachtet. Die hochwertige Gestaltung der öffentlichen Freiräume erfolgte unter Bezugnahme auf den historischen Kontext. Auf eine barrierefreie Ausführung mit Zurücknahme von Höhensprüngen wurde ebenso Wert gelegt. Der Einsatz der Städtebaufördermittel (in unbekannter Höhe) ermöglichte die Sanierung des Landhauses als Barocker Palaisbau. Anschließend konnte im Gebäude nach seiner Eröffnung 2005 die Städte Galerie Dresden als öffentliche/kulturelle Nutzung untergebracht werden. Bisher ist nichts über den Einsatz von Städtebaufördermitteln bekannt, die zur Rekonstruktion der Fassaden von Leitbauten eingesetzt wurden (Landeshauptstadt Dresden 2005: o. S).

#### **5.13 Argumente/ Entscheidungsgrundlagen**

##### *Architektonische bzw. städtebauliche Vorschläge zum Umgang mit Ort, Raum und Bauwerk*

Auf die unterschiedlichen Planungsüberlegungen zum Neumarkt seit der Zerstörung wurde bereits im Abschnitt „Verlauf“ eingegangen. Für die weitere Diskussion der Argumente und die Analyse ihres Einflusses auf das Planungsgeschehen soll im Folgenden lediglich nochmals vertiefend und kommentierend auf die Vorschläge, die seit dem Planungsleitbild Innenstadt 1994 entstanden sind, eingegangen werden.

Das Planungsleitbild Innenstadt 1994 kann als erste konkretere Festlegung auf eine Wiederbebauung des Neumarkts angesehen werden (Paul 2007, Landeshauptstadt Dresden 2008: 20f). Die dort vom Beschluss für einen Wiederaufbau der Frauenkirche und der Erwartung eines hohen Investitionsdrucks geprägten Überlegungen zum Neumarkt sehen zunächst eine Art kritischer Rekonstruktion vor:

„Der Beschluss, die Frauenkirche wieder aufzubauen, legt es nahe, für den gesamten Bereich ringsum den historischen Grundriss des Neumarktes zu Grunde zu legen. [...] Zu diskutieren ist, ob auch die bürgerlichen Bauten des Neumarkts völlig im historischen Stil rekonstruiert werden sollten oder ob es richtiger wäre, zwar den historischen Grundriss beizubehalten, aber mit moderner Architektur zu bebauen. Das setzt aber eine hohe Qualität der Architektur voraus, um akzeptabel zu sein. In jedem Falle ist es anzustreben, dass die neue Bebauung ähnlich kleinteilig und vielgestaltig wird, wie es die historische war, damit die Maßstäblichkeit zwischen der Monumentalität der wieder aufgebauten Frauenkirche und der sie umgebenden bürgerlichen Bebauung wiederhergestellt wird.“ (Landeshauptstadt Dresden 1994, zitiert in Paul 2007: 2).

Auffällig an dem im Anschluss erarbeiteten städtebaulich-gestalterischen Konzept von 1996 ist die mit ca. 20 geringe Zahl der Leitbauten. Hierin drückt sich das Zustandekommen des Gestaltungskonzepts aus fachlichen Überlegungen aus, für das die aus acht von der Architektenkammer ausgesuchten Architekten bestehende Planungsgruppe Neumarkt verantwortlich zeichnet, die vom Stadtplanungsamt eingesetzt worden war und die neben einer relativ kleinteiligen Nutzungsmischung für einen Abriss der Bauten an der Wilsdruffer Straße plädierte. Mit dem städtebaulich-gestalterischen Konzept war jedenfalls die Grundlage für die Wiederbebauung gelegt, wenngleich die Auseinandersetzung um den Anbau an das Coselpalais zeigt, dass die Frage der Leitbauten als wesentliches Thema sowohl hinsichtlich Zahl (später wieder erhöht) als auch Ausführung (später gerade im Hinblick auf Zusammenwirken zwischen Fassade und Grundriss praktisch nie realisiert) noch nicht im Mindesten konsensual geklärt war.

Die Überlegungen des „Atelier Neumarkt“ zu den Gebäuden zwischen den Leitbauten aus dem Jahr 2000, die hier für mehr Klarheit sorgen sollten, waren dazu geeignet, die Möglichkeiten zeitgenössischer Architektur im Kontext auszuloten. In ihnen spiegelte sich ein breites Repertoire von Strategien, die bei den Rekonstruktionsbefürwortern eher auf Ablehnung

stoßen und neben der lapidaren Feststellung, dass zeitgenössische Bauten die maßstabsbildenden Leitbauten unterstützen können, mit den Strategien „Bewusste Adaption“, „Moderne Interpretation“, „Zeitgemäße Nutzung“, „Kreative Angebote“ und „Visionäre Konzepte“ keine klare Festlegung bringen konnten. Damit kann ihnen nur eine geringe Wirkung in der weiteren Entwicklung attestiert werden.

Die Aktualisierung des städtebaulich-gestalterischen Leitbilds aus dem Jahr 2002 schreibt wesentliche Elemente des nachmodernen Städtebaus bis hin zu einer intensiven Nutzungsmischung und einem signifikanten Wohnanteil sowie detaillierten Gestaltungsvorgaben für die Einpassung moderner Architektur in die Umgebung der Leitbauten fest. Über die Kleinteiligkeit der Vergabe von Grundstücken will es diese Ziele einigermaßen zuverlässig verfolgen. Die Kleinteiligkeit soll über eine weitgehende Orientierung an den historischen Parzellenstrukturen erreicht werden, während teilweise extrem kleinteilige Gestaltungssatzungen (vgl. etwa die Satzung für das British Hotel oder das Palais Hoym vom 23.10.2008, die lediglich die Flurstücke Landhausstraße 6–8 bzw. 11 betreffen).

Das Konzept bekennt sich ausdrücklich zu den gängigen Rekonstruktionsprinzipien, die etwa Wolfgang Pehnt wohl am prominentesten auf den Punkt gebracht hat. Das Leitbild dreht sie allerdings um, indem es implizit eine Rekonstruktion fordert, wenn die Voraussetzungen vorliegen, und so eine erhöhte Zahl von Leitbauten rechtfertigt:

„Die räumlichen Dimensionen der Plätze, Straßen und Gassen sind wieder sichtbar zu machen. Das bedingt [...] die Aufnahme des Stadtgrundrisses vor der Zerstörung 1945 mit der Übernahme der Baufluchten, soweit das noch möglich ist, und der Wiederherstellung der Bauflucht des alten Gewandhauses, [...] die weitgehende Aufnahme der alten Parzellenstruktur, soweit dazu rechtliche Voraussetzungen bestehen, [...] die Wiederaufnahme von gut dokumentierten [...] Gebäude [...] als Leitbauten sowie der dokumentierten Fassaden [...]. Der Grad der Rekonstruktion ist abzuleiten aus der Vollständigkeit vorhan-

dener Dokumentationen.“ (Landeshauptstadt Dresden 2002).

Das überarbeitete Planungsleitbild aus dem Jahr 2008 geht wesentlich sensibler mit den sich überlagernden Spuren der baulichen Geschichte um als noch die auf einer weitgehenden Rekonstruktion des Stadtgrundrisses aufbauenden Vorstellungen des Leitbilds aus dem Jahr 1994, das von einem Abriss der Bauten an der Nordseite der Wilsdruffer Straße ausgegangen war, und kann sich dabei auf die geringere Investitionsdynamik als Anfang der 1990er Jahre angenommen stützen:

„Vorrangiges Ziel der städtebaulichen Entwicklung bleibt die ‚Stadtwerdung der Innenstadt‘. Zur Erreichung dieses Ziels kann jedoch nicht mehr – wie 1994/1999 angenommen – auf ein erhebliches Neubauvolumen gesetzt werden. Daher sollen die Zahl bebaubarer Flächen sowie die möglichen Dichten und Bauhöhen reduziert werden. [...] Die wiederzugewinnende Urbanität der Innenstadt muss sich [...] auch aus dem Bestand heraus entwickeln. Qualitätvolle Bauten aus der Zeit nach 1945 kommt somit ebenso große Bedeutung zu wie Gebäuden aus der Vorkriegszeit oder den verbliebenen Elementen des historischen Stadtgrundrisses.“ (Landeshauptstadt Dresden 2008: 56)

„Mit dem Ziel der Ablesbarkeit und Schichtung der Stadtgeschichte ist ein respektvolles Gegenüber von historischer und historisierender Bebauung, von ‚Alt und Neu‘ zu gewährleisten. Dies bedingt auch den Erhalt von Wilsdruffer Straße und Kulturpalast in ihrer heutigen Dimension und Form.“ (Landeshauptstadt Dresden 2008: 60)

Insgesamt hat sich damit inzwischen eine stadtplanerisch-architektonische Fachposition durchgesetzt, die zwar durch die Leitbauten stark historisch akzentuiert wird, aber ein sinnfälliges Nebeneinander von Alt und Neu postuliert und die Qualität des öffentlichen Raums in den Mittelpunkt stellt – dabei aber infolge der ersten Baumaßnahmen am Südrand des Neumarkts ein schwieriges Nebeneinander nicht miteinander verträglicher Strukturen geerbt hat:

„Dresdens Geschichte stellt den Anspruch, den außergewöhnlichen historischen Mo-

numenten und sorgfältig rekonstruierten Leitbauten architektonisch anspruchsvolle Neubauten an die Seite zu stellen, die kulturell deutlich erkennbar im Heute verankert sind. [...] Für die Wilsdruffer Straße ergibt sich mit dem langfristigen Erhalt der Wohnbebauung an der Nordseite eine Abfolge von verengten und aufgeweiteten Bereichen [...]“ (Landeshauptstadt Dresden 2008: 60f).

Es ist allerdings im Rückblick unklar, wie weit dieser Sinneswandel tatsächlich ein Ergebnis der Debatten darstellt und welchen Einfluss darauf die Entscheidung der Wohnungsbaugesellschaft WOBA hatte, die Bauten an der Wilsdruffer Straße im Jahr 2002 zu sanieren. Interessant im Zusammenhang mit der Bewertung des Stadtbilds und des Neumarkts durch die Dresdener Fachleute dürfte in diesem Zusammenhang die Position Jürgen Paul (2007: 3) sein, der sich letztlich durch seine Wortwahl implizit als einer der anerkanntesten lokalen Kunsthistoriker auf die Seite der radikaleren Wiederaufbaubefürworter stellt: „Letztlich wurde der Abbruch für unvermeidlich angesehen. Im Jahre 2002 hat dann die Stadt über die WOBA durch Sanierung der beiden Zeilen die Blockade aber auf unabsehbare Zeit perpetuiert.“

#### *(Angeführte) Argumente für einen Wiederaufbau*

Die Argumente für einen Wiederaufbau leiten sich aus einer Kritik an der architektonisch-städtebaulichen Moderne ab. Kernargument ist die These, die Gegenwartsarchitektur habe keine Überzeugungskraft. Die Moderne habe beim Wiederaufbau kriegszerstörter Städte in den meisten Fällen versagt. Ihr sei es nicht gelungen, Qualitäten eines gewachsenen Stadtgefüges zurück zu gewinnen. Dabei sei der menschliche Maßstab verloren gegangen. Am Dresdener Neumarkt bestehe die Chance, ein Stück Identität zu gewinnen, um die viele andere Städte Dresden beneiden würden. Identität bedeute, die einzigartige Geschichte des Ortes aufzunehmen und fortzuschreiben, und das alte Stadt- und Straßenbild wiederherzustellen (Donath 2006: 120)

Die GHND als Wortführerin der Wiederaufbau-Befürworter will die Gestaltung nicht allein den Stadtplanern überlassen,

sondern im Namen der Dresdener Bevölkerung selbst mitreden. Dabei geht es ihr darum, eine Wiederherstellung des Neumarkts nach historischen Maßgaben und in diesem Zusammenhang eine Totalrekonstruktion der Leitbauten durchzusetzen. Die dazwischen einzufügenden Füllbauten sollen „dem Ort angemessen“ gestaltet sein. Sehr deutlich bringt diese Position die Selbstdarstellung des Vereins und eine Aussage seines stellvertretenden Vorsitzenden zum Ausdruck:

„Für viele von uns verbindet sich mit der nun fertig gestellten Frauenkirche die Hoffnung, dass auch der umgebende Neumarkt in seinem historischen Bild und als harmonische, städtebauliche Einheit wiederhergestellt wird. Unsere Gesellschaft ‚Historischer Neumarkt Dresden e.V.‘ tritt dafür ein, den Neumarkt so weit wie möglich mit seinen kunst- und kulturgeschichtlich wertvollen Bauten wiederherzustellen. In Anbetracht vieler gesichtslos funktionaler Neubauten im Dresdner Zentrum sehen wir allein darin die letzte Chance, dieser Stadt ihre alte Identität und zugleich ein bürgerfreundliches Zentrum zurückzugeben.“ (www.neumarkt-dresden.de, Zugriff 04.11.2009).

„Die umfassende Rekonstruktion des gesamten Ensembles ist die beste und einzig zufrieden stellende Lösung. Wenn eine vollständige Fassadenrekonstruktion nicht möglich ist, dann sollen die Häuser eher eine traditionelle Gliederung mit hochrechteckigen Fenstern und ziegelgedeckten Mansarddächern erhalten – ohne Stahl und Glasvorhangfassaden, ohne Beton und andere modische Materialien der modernen Architektur.“ (Torsten Kulke zit. nach Donath 2006: 117)

Offensichtlich bestehen im Vorbild der Frauenkirch-Rekonstruktion, dem hohen Zerstörungsgrad Dresdens und dem daraus abgeleiteten Identitätsverlust sowie dem Verweis auf die kunstgeschichtliche Bedeutung der verlorenen Bauten – und damit indirekt auf den Mythos vom untergegangenen Elbflorenz – wesentliche unterstützende Momente in einer Argumentation, die angesichts des Ziels, einen ganzen Stadtteil zu reparieren, an der allgemeinen Kritik an der städtebaulich-architektonischen Moderne anknüpfen kann.

Eine solche stadtgestalterische Argumentation, die im Rahmen des kontextuellen Bauens in Altstädten sehr üblich ist und an eine gängige Praxis anknüpft (vgl. den Hinweis Kulkes auf die hochrechteckigen Fenster usw.) und „nachmodern“ auch durch ihren Bezug zu der in den Kelleranlagen noch nachvollziehbaren Parzellenstrukturen ist, aber eigentlich mit denkmalpflegerischen Überlegungen wenig zu tun hat, wird interessanterweise an einigen wenigen Stellen mit solchen verzahnt, wenn es um die direkte Erhaltung der archäologisch ergrabener Keller geht. Hier geht die Position der GHND teilweise weiter als die der Denkmalpflege, so dass man den Versuch einer Wiederherstellung des stadträumlichen Zustands von 1945 mit Gebäudefronten und Parzellenstruktur – der im Übrigen an einigen Stellen auch zu Konflikten mit späteren Änderungen der Struktur wie etwa am Kulturpalast oder der Wilsdruffer Straße führt – im Wesentlichen eine Verknüpfung von stadtbildorientierten mit erinnerungskulturellen Motiven – Anknüpfung an die kulturhistorische Bedeutung des Bereichs, der zumindest „gefühl“ seine alte Bedeutung wieder erlangt und so als würdige Kulisse für die kunsthandwerklich hochkarätigen Wiederaufbaumaßnahmen in der Innenstadt dienen soll. Die Argumentation ist in diesem Sinne stringent, wenngleich sie sich unterschiedlicher Quellen bedient und zunächst einer explizit nicht-fachlichen Haltung entspringt – obwohl die GHND sehr sachkundig im Hinblick auf die Geschichte des Orts ist und dies auch prominent auf ihrem Website zum Ausdruck bringt: „Den Investoren und der Stadtverwaltung stellen wir unser kunst- und kulturhistorisches Wissen über das Neumarktgebiet zum großen Teil kostenfrei zur Verfügung. Wir bieten dazu entsprechende Beratungen in Einzelgesprächen mit unseren Historikern und Architekten an.“ (www.neumarkt-dresden.de, Zugriff 04.11.2009) Die betreffende Vorgehensweise ist stark verwandt mit der der umfassend faktenkundigen Mitglieder des Fördervereins Berliner Schloss e.V. Wenngleich die GHND dieses Wissen in Verhandlungen mit Investoren praktisch einzusetzen versucht, handelt es sich im Wesentlichen um ein vergangenheitsbezogenes Wissen, das einen ähnlichen Ausgangspunkt wie das der

Denkmalpflege hat, aber von anderen axiomatischen Voraussetzungen ausgeht. Der Kern des Unterschieds liegt in einer fundamental anderen Bedeutungszuschreibung des Authentizitätskonzepts und der Verweis auf die Rolle von Identitätsstiftung durch Wiederherstellung eines historischen städtebaulichen Zustands – wenngleich es auch Stimmen gibt, die in anderen Bauten den Anknüpfungspunkt für ihre Identität sehen wie etwa dem Kulturpalast aus DDR-Zeiten, der südwestlich des Platzes liegt und die Wiederbebauungsmöglichkeit deutlich mitbestimmt.

Auf eine weitere Facette von Authentizität und Identitätsstiftung ist hier hinzuweisen, die von den Rekonstruktionsbefürwortern in die Diskussion gebracht wird, nämlich die Rolle der baulichen Hülle als stabilisierender Erinnerungsanker für die historische Bedeutung des Orts und seiner Teilorte. Dies wird in der Stellungnahme Hans-Joachim Neidhardts (2007) besonders gut deutlich:

„Denn dieser halbe km<sup>2</sup> städtischen Bodens mit dem berühmten Kuppelbau als Zentrum war einst ein weltbekanntes Platzensemble gewesen, architektonisch geprägt im 18. Jahrhundert und schwer von Geschichte. Der einzig vernünftige Weg, das wieder neu im Bewusstsein der Dresdner zu verankern, ist auch der gewagteste: Die wissenschaftliche Rekonstruktion. Denn wie anders sollten wir überzeugend das Gedenken wach halten an die Ereignisse, die der Platz im Laufe der Jahrhunderte gesehen hat, an alle die Berühmtheiten, die hier gelebt oder als Besucher für einige Zeit geweiht haben? Wo sollten wir in Zukunft uns erinnern an den Kurfürstlichen Kanzler Nikolaus Krell, den Komponisten Heinrich Schütz, den Maler Adam Friedrich Oeser, den Archäologen Johann Joachim Winckelmann, den Oberhofkapellmeister Johann Gottlieb Naumann, den Goldschmied Johann Melchior Dinglinger und den russischen Fürsten Putjatin, die alle am Neumarkt wohnten und an Arthur Schopenhauer, der auf der Schlossstrasse logierte? Wie gut, dass es die Salomonis-Apotheke wieder gibt, die durch den Mineralwassererfinder August Struve und seinen Prinzipal Theodor Fontane berühmt wurde. Im ehemals Hoymischen Palais gab es seit 1820 den Geselligkeits- und Musik-

verein ‚Harmonie‘, in dem Carl Maria von Weber und Gottfried Semper ein und ausgingen. Ein anderer Mittelpunkt für musikalische Aufführungen war der Festsaal im Hôtel de Saxe. Hier wie auch im Hotel Stadt Rom, im Hotel Stadt Berlin und dem British Hotel stiegen prominente Dresdenbesucher wie Frederic Chopin, Fjodor Dostojewski und Karl Marx ab. Wie könnten wir den genius loci dieses Ortes besser beschwören, als mit den wiederaufgebauten Häusern und Palais, in denen dieser Geist einst zu Hause war? Niemand glaubt wohl im Ernst, dass ein um die Frauenkirche herumgebautes ‚Klein-Rotterdam‘ das geeignete Denkmal für die Fülle geschichtlicher Assoziationen sein könnte. Die im Stadtrat sitzenden Parteien als Vertreter der Bürgerschaft haben das inzwischen längst erkannt und den Entscheidungsträgern zur richtigen Weichenstellung verholfen.“

Diese Position richtet sich in ihrer Forderung nach geradezu beliebiger Wiederherstellung verlorener Orte mit historischer Bedeutung in geradezu dramatischer Weise gegen den denkmalpflegerischen und kulturhistorischen Mainstream – vertreten seinerseits von einem Kunsthistoriker, der sich auf den Mythos Dresden bezieht und dazu den Mythos einer „wissenschaftlichen Rekonstruktion“ beschwört. Längst haben museumspädagogische wie kritische geschichtswissenschaftliche Zugänge vielfältige Praxen der Erinnerung an die Bedeutungsaufladung von Orten entwickelt. Erstaunlich ist am Dresdener Fall nicht, dass eine solche Position von Einzelpersonen vertreten, sondern dass offenbar im Umfeld eines zumindest breiten Kreises Gleichgesinnter eine derartige Position öffentlich mit einem derart kategorischen Alleingültigkeitsanspruch formuliert wird.

Mit dem Aufgreifen des Leitbautenkonzepts Hans Nadlers wiederum trat der Kreis der Befürworter (Einzelpersonen, Gesellschaft Historischer Neumarkt Dresden e. V.) schon seit Beginn der 1990er Jahre und bis heute in den Diskussions- und Planungsprozess um das Stadtquartier ein. Damit wurde kontinuierlich das Ziel verfolgt, die Anzahl der der zu konstruierenden Leitbauten im Diskussions- und Planungsprozess zu erhöhen. 1992 verwies Heinrich Magirius, der bereits den Wie-

deraufbau der Frauenkirche befürwortet hatte, auf die gute Dokumentationslage für den rekonstruierenden Wiederaufbau hin. Eine Übereinstimmung der äußeren Fassade mit der inneren Grundriss- und Baustruktur entschärfe den späteren Vorwurf der Erschaffung eines „Disneylands“. Als Negativ-Beispiele führt er den Römer in Frankfurt am Main sowie den Markt in Hildesheim an (Jürgen Paul zit. in Magirus 1992: 73). Obwohl also das Leitbautenkonzept von außen eher als vermittelnde Argumentationslinie angesehen werden kann, wird es im Rahmen der komplexeren stadtbildorientierten Argumentation des GHND als argumentatives Versatzstück für die Erhöhung der Zahl der Leitbauten und damit für Wiederaufbaumaßnahmen verwendet.

*(Angeführte) Argumente gegen einen Wiederaufbau*

Den Befürwortern stehen die relativ allgemein gültigen Argumente gegen einen möglichst originalgetreuen Wiederaufbau gegenüber. Sie heben darauf ab, dass ein Wiederaufbau in jeder Form als „Geschichtsfälschung“ abzulehnen sei. Die Gegenwartsarchitektur sei die einzig denkbare Antwort auf die Anforderungen unserer Zeit. In Dresden existiert ein angeblicher „Kulissenwahn“. Allein die Moderne des 20. Jahrhunderts habe den „Fluch der Vergangenheit“ aufgebrochen (Donath 2006: 120).

In der Gegenüberstellung wird noch einmal das diametral andere Authentizitätsverständnis deutlich. So finden sich denn auch in einer bewertenden Analyse der Wiederaufbaupläne implizit die wesentlichen Argumente von Architekten, Architekturkritikern und Denkmalpflegern, die sich gegen einen Wiederaufbau aussprechen. So weist Andreas Ruby (2000) auf das – bekannte – Argument hin, der Wiederaufbau greife beliebige Zustände aus der „lebendigen Sequenz ihrer Geschichte“ heraus und erkläre sie zum „eigentlichen Wesen“ Dresdens, insbesondere die Barockzeit, deren Bauten durch Canaletto verewigt wurden. Der von Ruby aufgeworfene Disneyland-Vergleich wird aber vor Ort mit Hinweis darauf, „dass Disneyland eine ortlose, klischeehafte Erfindung“ sei, während am Neumarkt versucht wür-

de, einen „authentischen historischen Ort als gebautes Bild“ zurückzugewinnen zu können, vom Kunsthistoriker Jürgen Paul (2007) zurückgewiesen.

Auch der Architekt Thomas Will kritisiert den Wiederaufbau für seine Hoffnung darauf, „verlorene Kulturdenkmäler kraft moderner Wissenschaft und Technik weitgehend ebenbürtig reproduzieren zu können.“ Er reiht sich damit in die Kritik an dem ausgehöhlten Authentizitätsbegriff ein und begreift die Wiederaufbaumaßnahmen lediglich als „Bildschmuck“.

In eine ähnliche Richtung gehen auch andere, nicht zuletzt auch auswärtige, Beobachter wie Wolfgang Kil (2006), Ulrich Brinkmann (2006) oder Roman Hollenstein (2002). So überzeugend ihre Kritik an dem überzogenen Anspruch der GHND scheint, die die Rekonstruktion von immer mehr Leitbauten fordere und dabei die historische Vielschichtigkeit des Vorkriegszustands zugunsten eines Kunstprodukts opfere, so konventionell wirkt deren Argumentation. Kil etwa weist gerade noch auf das Gegenbeispiel des im Sinne denkmalpflegerischer Prinzipien sanierten ehemals teilzerstörten Lipsiusbaus hin, inzwischen Sitz der Kunsthalle, kann aber in seiner bekannten kulturkritischen Diktion offenbar nur die Position der Rekonstruktionskritiker stabilisieren, ohne irgendeinen wesentlichen zusätzlichen Impuls zu geben, der die konkrete Auseinandersetzung um den Neumarkt voranbringen würde, wo ja gerade keine zu sichernden Spuren, sondern eine weitgehend leere Fläche zur Wiederbebauung ansteht. Allerdings mag die Mobilisierung vergleichbarer Stimmen dazu beigetragen haben, dass inzwischen auch Nachkriegsbauten wie der Kulturpalast als erhaltenswert gelten dürfen. Brinkmann entlarvt mit scharfem Architekturkritikerblick die Konzeption einzelner Quartiere und weist dabei insbesondere darauf hin, dass bereits 1945 nicht mehr bestehende Gebäude (Hotel de Saxe) wiedererrichtet würden, die Nutzflächenmaximierung einer konsequenten Rekonstruktion im Wege stehe und neue Technologien einer echten barocken Fassadengestaltung widersprüchen. Seine deutlichen Hinweise auf die Leistungsfähigkeit zeitgenössischer Architektur im Neumarktbereich mag wiederum zusam-

men mit der Gestaltungskommission eine wichtige Unterstützung für die vermittelnde Position der Stadtverwaltung gewesen sein.

Interessant an der Konstellation in Dresden ist also offenbar die breite Bewegung innerhalb der ansonsten wiederaufbaukritischen Professionen wie der Kunstgeschichte und Denkmalpflege, die sich für einen Wiederaufbau erwärmen können. Sie stützen sich auf die Nadlersche Tradition, die wiederum ohne die Kontinuität des Wiederaufbaudenkens nach dem Krieg und den Verweis auf den barocken Dresden-Mythos keine so große Plausibilität erlangen würde. Die durchaus kritischen Stimmen, die es auch in Dresden gibt, können sich vor diesem Hintergrund offenbar zu keiner schlagkräftigen Bewegung formen, wenngleich sie maßgeblich für den Alltag der Nicht-Leitbauten werden, die in moderat zeitgenössischen Formen errichtet werden.

*(Angeführte) Argumente für vermittelnde Varianten*

Geht man davon aus, dass die Extremposition der GHND nicht fordert, sämtliche historischen Gebäude am Neumarkt zu rekonstruieren, sondern vor allem eine besonders hohe Zahl von Leitbauten mit teilhistorischem Innenleben, Sicherung der Keller und gestalterisch hochwertigen und aus deren Verständnis mit den Leitbauten harmonisierenden Neubaufassaden an den übrigen Gebäuden, kann man den sich abzeichnenden Weg der Stadt als vermittelnde Variante begreifen, wenngleich in der Öffentlichkeit die dorthin führenden Argumente aus Wettbewerben und der Anwendung des städtebaulich-gestalterischen Konzepts weniger prominent sind. Die hinter der zeitgenössischen Ausführung von Neubauten außerhalb der Leitbautenkulisse, dem Verzicht auf die Keller und der geringeren Zahl von Leitbauten stehenden Kräfte können eher als Ausfluss von Vermittlungsprozessen als eine Umsetzung von Argumenten für vermittelnde Varianten verstanden werden. Gleichwohl stehen implizit hinter diesem Weg weniger rigide Vorstellungen von der gestalterischen Bindung der Architekten und Investoren an die historischen Vorgängerbauten angesichts der untergebrachten zeitgenös-

schen Nutzungen, dem Versuch, Investoren zu gewinnen und einer Vorstellung davon, welchen Spielraum architektonische Gestaltung in einem Umfeld wie dem Neumarkt besitzen sollte.

Als originär vermittelnde Argumentationsweise, die eher interpretativ-erklärend denn handlungsleitend ist, kann die Position von Donath (2006: 120) verstanden werden, der ein anderes Verständnis von Gegenwartsarchitektur in einem seiner Auffassung nach zu wenig berücksichtigten Eingehen auf die gegenwärtigen Bedürfnisse der Stadtbewohner sieht und dazu die zwanglose Bereitschaft eines (unbekannten) Vereinsmitglieds anführt, historische Fassaden mit modernen funktionalen Gebäudegrundrissen zu kombinieren:

„Warum immer unbedingt auf das Schöne in der Architektur verzichten? Nur weil uns, vom Modernismus angetrieben, Architekten und Stadtplaner das einreden wollen? Wir Bürger wollen in einer schönen Stadt leben. Was ist also schlimm daran, ein modernes Gebäude hinter eine historisierende Fassade zu stellen? Wir empfinden nun einmal Fassadengestaltungen der vergangenen Jahrhunderte als ansehnlich. Das können moderne Glas- und Betonklötze in dieser Art niemals aufwiegen.“ (in Donath 2006: 120)

Interessant für das Verständnis der Situation vor Ort ist die – allerdings erst ex post – bewusst vermittelnde Position von Jürgen Paul (2007: 3 ff.):

„Daraus ist ein Konsens entstanden, der, so emotional geladen wie er ist, – genau wie beim Berliner Schloss – nicht mehr aufzulösen ist, und diesen Konsens muss man respektieren, jedenfalls als Faktum akzeptieren, egal ob man ihn mitträgt oder nicht. Es hat auch keinen Sinn, immer wieder die kulturphilosophische Grundsatzfrage stellen, ob das, was da am Neumarkt gewollt wird, kulturell legitim sei oder nicht. Die, die es tun, berufen sich dabei auf ein fundamentalistisches, normativ gesetztes Axiom der moralischen Pflicht der Einheit von Zivilisation und Kultur, von zivilisatorischem Status und kulturellem Bewusstsein, kultureller Identifikation und ihrer Darstellung gemäß dem Diktum, dass jede Zeit ihren zivilisatorischen Fortschritt habe, aus dem sie sich ihre eigene kultu-

relle Selbstdarstellung schaffen soll und muss. [...] Der so gerne gezogene kritisch-abfällige Vergleich mit Disneyland bringt nichts. Gewiss, das hat etwas miteinander zu tun. Aber es bedeutet keine Wertung. Disneyland gilt verlogen, als unmoralische kulturelle Verführung. Verführen kann man jemand nur zu etwas, was dieser gern möchte. Disneyland ist eine Geschmacksfrage, keine moralische Frage. Und der Unterschied zwischen Disneyland (oder einem historischen Themenpark) und dem Dresdner Neumarkt ist, dass Disneyland eine ortlose, klischeehafte Erfindung ist, während am Neumarkt versucht wird, einen authentischen historischen Ort als gebautes Bild zurück zu gewinnen.“

#### *Bedeutung von Fachargumenten*

Die regionale Architektenschaft stellt sich moderat gegen Rekonstruktionen. In einer Stellungnahme übernimmt der BDA Sachsen die Pehntschen Kriterien für die Vertretbarkeit von Wiederaufbauten. Grundsätzlich spricht er sich deutlich für zeitgenössische und gegen „pseudohistorische“ Architektur aus. Stärker ins Detail geht er aber nicht (BDA Sachsen 2007). Die Positionierung macht die Haltung der Architektenschaft deutlich, die nahe an der auch anderswo bekannten Position ist und dabei auch kritische Rekonstruktionen des Stadtgrundrisses immer wieder mit einer gewissen Skepsis aufnimmt. Sie findet neben den öffentlichen Stellungnahmen der Berufsgruppen auch Eingang in Wettbewerbs- und Gutachterverfahrensentwürfe sowie Gestaltungskommissionspositionen wie die von Johanne Nalbach:

„Am Neumarkt sollen die Leitbauten möglichst originalgetreu errichtet werden, aber nur, wenn es dafür ausreichend Vorlagen gibt. Wo das nicht möglich ist, sollte gute zeitlose Architektur die Lücken füllen, erläuterte Johanne Nalbach. Historisierende Häuser hält sie für verlogen. Das Spiel zwischen moderner und historischer Architektur funktioniert überall in der Welt. Die Dresdner sollten den Fachleuten vertrauen, die Jahrzehnte ihre Augen geschult haben.“ (Sächsische Zeitung vom 28.03.2009).

Obwohl die Architekten in der Neumarkt-Debatte selten lautstark auftreten und einzelne von ihnen immer wieder ein-

mal gegen ein modern gestaltetes Bauwerk Stellung beziehen oder sich gar stärker für die Leitbauten ins Zeug legen, bilden sie den stabilen Kern einer fachlichen Argumentation für zeitgenössische Architektur sowie deren Ausgestaltung, Beurteilung und Kontextualisierung, ohne den der Konflikt über Einzelbauten vermutlich mit dem Gegenspieler GHND nicht immer wieder so scharf ausgetragen würde. Dabei kann im Handeln der Architekten keine wesentliche Abweichung vom auch anderswo vertretenen *common sense* beobachtet werden, so dass die Haltung aus fachlicher Sicht völlig plausibel erscheint. Angesichts der aber viel stärker mobilisierten und organisierten Gegnerschaft, die zudem viel stärker als anderswo in die Denkmalpflegeprofession hineinreicht und kunsthistorisch argumentationsfähig ist, werden aber die sich im Wesentlichen in Entwürfen, auswärtigen kritischen Stellungnahmen am Rekonstruktionsgeschehen insgesamt und nicht öffentlichen Bewertungen in Fachgremien äußernden Argumente auch viel stärker hinterfragt und in Kompromisse gezwungen als anderswo. Dies hat auch damit zu tun, dass derart viele Einzelvorhaben unter dem Rubrum Wiederaufbau Neumarkt geführt werden, so dass sich die rekonstruktionsfreundlichen Gegner zeitgenössischer Architektur am Neumarkt sehr oft zu Wort melden, was anderswo nicht der Fall ist, wo kein gesamtes Stadtquartier zum Gegenstand eines Wiederaufbauverfahrens wird.

#### *Bedeutung von Identifikation und Vermarktung*

Die Vermarktung des Neumarkts bildet lediglich ein untergeordnetes Argument in der Wiederaufbau-Debatte, wenn gleich der Neumarkt mit der Frauenkirche zur touristischen Attraktion und der Wiederaufbau zum vermarktbareren Event geworden ist. Dagegen ist die Identifikation ganz wesentlich. Sie hat bereits in der Frauenkirchen-Debatte eine zentrale Rolle gespielt, wird jetzt implizit dafür bemüht, dass die Frauenkirche ein angemessenes Umfeld benötige, und schwingt ständig mit, wenn es um den Mythos von Dresden, die Betroffenheit durch die Kriegszerstörung und die Möglichkeit der Wiederherstellung einer identitätsstiften-



den Innenstadt geht. Diesbezügliche Argumentationsfiguren finden sich auch außerhalb der GHND und der Befürworter im engeren Sinn. Der Sonderfall, dass es sich beim Neumarkt um ein Stadtquartier und nicht einen Einzelbau handelt, führt dazu, dass der Bezugsrahmen der Identitätsdebatte immer wieder gewechselt werden kann: Mal geht es um die Wiedergewinnung eines bedeutenden Stadtraums, mal um die historischen Leitbauten. Das macht die Diskussion flexibel und erlaubt es der Stadt und den Architekten, auch im Nebeneinander von historisierender und zeitgenössischer Architektur Identitätsangebote zu suchen und zu formulieren, die sich dann in den unterschiedlichen Gestaltungs- und Nutzungsvorgaben für die Quartiere manifestieren. Sie sind nicht immer erfolgreich, wie sich an der Ablehnung von bestimmten Bauten, der Ausführung von Details und der Anmutung der baulichen Ergebnisse (vgl. etwa die Diskussion um das Glasdach in Quartier 1) sowie an der Nutzbarkeit der geschaffenen Angebote für die Bevölkerung vor Ort oder Touristen ablesen lässt. Die Identifikationsfrage wird durch die anhaltende Debatte immer wieder angeheizt und umgreift auch die Kontroverse um Nachkriegsarchitektur – insbesondere den Kulturpalast –, so dass allein das Bewusstsein und der Streit über einen wichtigen Ort in der Stadt zusätzliches Identifikationspotential schafft. Es darf aber auch nicht vernachlässigt werden, dass die geschürten hohen Erwartungen an mit historischem Grundriss errichteten Leitbauten beinahe nur enttäuscht werden können und sich hieraus im Zusammenspiel mit der zeitgenössischen Architektur insgesamt Schwierigkeiten für die Aneignung des Bereichs ergeben – zu stark droht er, von den Rekonstruktionsbefürwortern als „billige Investorenarchitektur“, von den Gegnern als „Kunstprodukt“ abgestempelt zu werden. Trotz der Intensität der Debatte ist also noch gar nicht abzusehen, wie stark die identitätsstiftende Bedeutung des Neumarkts einmal sein kann. Vergleicht man die Diskussion allerdings mit der um den Altmarkt vor einigen Jahren, dann ist die Neumarktdebatte als eine einzuschätzen, die wesentlich näher an und mit der Bevölkerung – ja, vielleicht sogar den Architekten vor Ort – geführt wird.

#### *Bedeutung von Bautyp und Symbolik*

Die Unterscheidung der Gebäudetypen findet sich indirekt in der Leitbautenstrategie wieder. Neben dem eindeutig dominierenden Projekt der Frauenkirche hat das städtebauliche Ensemble eine geringere Bedeutung und Symbolik. Die Wiedergewinnung des Stadtraums steht im Mittelpunkt der Diskussion, wobei die Leitbauten die historische Bedeutung des Bereichs symbolisch wieder herstellen sollen. Bei der Planung zu den einzelnen Quartieren fällt auf, wie stark die historische Orientierung prägend ist und wie stark dabei auch die symbolische Bedeutung des Gesamtensembles Neumarkts im Sinne einer Wiederherstellung des Stadtgrundrisses ist, wenn man die rücksichtslosen Anschlüsse der südlichen Quartiere an das Nachkriegsensemble an der Wilsdruffer Straße und den Kulturpalast sowie die Negierung von deren eigenen Freiraumqualitäten und städtebaulichen Ensemblequalitäten betrachtet. Dies geht so weit, dass der dem städtebaulich-gestalterischen Konzept von Anfang 2002 zugrunde liegende Plan – inzwischen durch die letzte Version des Planungsleitbilds in Frage gestellt – für die Wiederbebauung des Neumarkts als zukünftige Option eine Wiederherstellung der Quartiere 4 und 5 bis zur Wilsdruffer Straße (mögliche zukünftige Baulinie) – und damit bereits städtebaulich außerhalb des engeren Neumarkt-Zusammenhangs – beinhaltete, die nur bei einem Abriss der im Geist des Städtebaus der Stalin-Ära errichteten stalinistischen Nachkriegsbauten möglich würde. Für das Quartier, das derzeit vom Kulturpalast eingenommen wird, war bereits eine Baulinie eingezeichnet, die diesen ebenfalls negierte. Die Ensemble-Logik, obgleich weniger stark für den Mythos Dresden im Sinne der Canaletto-Gemälde und der betreffenden Stadtsilhouette weniger zentral, gewinnt durch die städtebaulich-gestalterische Planung eine vermeintliche zusätzliche Plausibilität, die nicht zuletzt symbolischer Natur ist.

#### *Bedeutung des Vorhabens innerhalb der Kommunalpolitik*

Die parteipolitische Auseinandersetzung im Stadtrat spielt keine dominierende Rolle für die Wiederbebauung des Neumarkts. Dass die Auseinandersetzungen zum Teil

von der Opposition dazu genutzt werden, die Politik des Baubürgermeisters zu diskreditieren oder sich gegenseitig an Details zu profilieren, zeigt die Geschichte der Interventionen im Stadtrat. Beispielhaft seien die Kritik der Bündnisgrünen an der Bebauung im Quartier 2 ([www.neumarkt-dresden.de/quartier2-1.html](http://www.neumarkt-dresden.de/quartier2-1.html)), die Frage des umstrittenen Gewandhauses genannt, wo die SPD einen Bürgerentscheid fordert und dabei auf Widerstand stößt, aber inhaltliche Unterstützung zunächst von Bürgerfraktion und FDP erhält (die Komplexität der Auseinandersetzung zwischen Parteien kann hier nicht annähernd nachgezeichnet werden, vgl. etwa Alexe 2007, Buhl 2007, Kaufmann 2007, [www.neumarkt-dresden.de/gewandhaus.html](http://www.neumarkt-dresden.de/gewandhaus.html)). Aufschlussreich für die Reichweite der parteipolitischen Positionen ist auch die Tatsache, dass die CDU für den Bau einer Tiefgarage unter dem Platz eintritt und dabei die Beseitigung der alten Befestigungsanlagen in Kauf nimmt, um eine Attraktivität für Investoren und Besucher aus ihrer Sicht zu gewährleisten ([www.dresden-cdu.de/archiv/themen/0307/04.htm](http://www.dresden-cdu.de/archiv/themen/0307/04.htm)). Insgesamt kann festgehalten werden, dass die Fraktionen mit Politikern in tragenden Rollen (z. B. dem Baubürgermeister), die politische Vorentscheidungen verantworten, sich vorsichtiger gegenüber Kritik aus GHND und von Bürgern verhalten und erst nachvollziehend auf deutliche Stimmungslagen in der Bevölkerung eingehen, während kleinere Fraktionen sich teilweise vehement auch gegen die Stadtverwaltung zu profilieren versuchen. Aus den Fraktionen kommt dabei immer auch Kritik an der schwer zu kontrollierenden Arbeit der Gestaltungskommission. Hieraus lässt sich ableiten, dass sich der Stadtrat als Gremium von fachübergreifend tätigen Politikern bei Detailfragen gegen die fachliche Position von Architekten stellt, eine Tendenz, die auch anderswo, etwa beim Berliner Stadtschloss und der diesbezüglichen Diskussion im Bundestag, immer wieder zu beobachten ist. Sie deutet darauf hin, dass die Prominenz des Themas Rekonstruktion zu einer Entfachlichung von Debatten führt, wenn die starke Mobilisierungskraft, die dem Thema innewohnt, Akteure auf den Plan ruft, die sonst vergleichbare Gestaltungsthemen mit wesentlich geringerer Detailschärfe disku-

tieren und entscheiden. Besonders aufschlussreich ist hier die Zwischenbilanz der FDP-Fraktion im Dresdener Stadtrat, die keineswegs allein typisch für die politische Richtung ist, sondern den tendenziellen Grundkonflikt zwischen Fachleuten und Politikern auf den Punkt bringt (zuletzt ihr zum Zeitpunkt der Stellungnahme bereits aufgrund politischer Skandale suspendierter Oberbürgermeister offenbar das Gewandhaus-Grundstück einem Investor versprochen hatte, dann aber vehement gegen die Bebauung als solche eintrat, vgl. Holland 2008):

„Die Faszination die der Neumarkt auf Dresdner, genau wie auf die Gäste unserer Stadt ausübt, resultiert auch daraus, dass hier offenbar die Reise in eine Zeit gelingt, in der nicht Stilbruch, Geschwindigkeit und Aggressionen die Architektur prägten, sondern Harmonie und künstlerische Filigranität der Fassaden, Giebel und Dächer. Touristen, die den Dresdner Neumarkt besuchen, kommen nicht hierher, um Meisterwerke der Moderne zu sehen. Wer den Neumarkt besichtigt, sucht vielmehr die Reise in die Vergangenheit. Auch wenn der geballte Sachverstand der Fachwelt immer wieder dagegen Sturm läuft und die Kritiker bisweilen mit Spott und Häme reagieren. Wir haben einen Anspruch, ja ein Grundrecht darauf, die Dinge, die wir sehen, schön zu finden, auch wenn wir kein Studium der Architektur oder Kunstgeschichte absolviert haben. Der Dresdner Neumarkt ist ein Traum den wir uns gerade erfüllen. Klar ist, dass es dabei von Anfang an Kompromisse gegeben hat und auch weiterhin geben wird. Doch was bis jetzt entstanden ist, kann sich sehen lassen. Und das Ergebnis, da besteht überhaupt kein Zweifel, ist in erster Linie auch dem beharrlichen Wirken der Gesellschaft Historischer Neumarkt Dresden e.V. zu verdanken. Unsere Erfahrungen der letzten Jahre zeigen sehr deutlich, dass ein stetes Misstrauen gegenüber Stadtplanungsamt und Gestaltungskommission durchaus angebracht ist. Während beim Gewandhausneubau, nicht zuletzt auch Dank der rechtzeitigen und massiven Intervention seitens der FDP das Schlimmste verhindert werden konnte und mit dem jetzt in greifbare Nähe gerückten Elimeyerschen Ladeneinbau Gottfried Sempers aus der ‚Beinahekatastrophe‘ ein Glücks-

fall geworden ist, zeigte der Hotelneubau in der Rampischen Straße 9–21 einmal mehr die Grenzen der demokratischen Kontrolle der Stadtverwaltung auf. Rechtlich argumentiert die Stadtverwaltung hier zwar insoweit völlig korrekt, als bei Bauvorhaben auf Grundlage von § 34 BauGB in der Tat nur sehr begrenzte Möglichkeiten der Einflussnahme auf den Bauherrn bestehen. Ungeachtet dessen ist es jedoch schwer vorstellbar, dass Investoren auf Wünsche und Ratschläge der Stadt nur mit Ablehnung reagieren. Für die grundsätzliche Bereitschaft auf Seiten des Investors spricht in diesem konkreten Fall, dass der nunmehr vorliegende Entwurf offensichtlich ebenfalls mehrfach überarbeitet wurde. Das grundsätzliche Problem ist also ein völlig anderes: Ganz offensichtlich verfolgt die sogenannte ‚Gestaltungskommission‘ andere städtebauliche Ziele als die Dresdner Bürgerinnen und Bürger und weiß sich dabei in trauter Einigkeit mit dem Stadtplanungsamt. Wir haben überhaupt kein Verständnis dafür, dass genau dieselben Ämter, die den Neumarkt einerseits mit rigiden Bestimmungen überziehen, jede Sitzgelegenheit, jede Kübelpflanze, ja selbst Pferdedroschken mit Wiener Flair verbieten wollen; Tempo-Fritz, Weihnachtmarkt Münzgasse und kleine Läden lieber Nutzungskonzepten und Satzungen opfern, andererseits überhaupt kein Problem damit haben, das Ensemble des Neumarktes durch Bausünden dauerhaft zu schädigen.“ ([www.fdp-fraktion-dresden.de/positionen-269.html](http://www.fdp-fraktion-dresden.de/positionen-269.html))

### *Konfliktlinien*

Der Hauptkonflikt um die Art und Weise des Wiederaufbaus bzw. die Zahl der zu rekonstruierenden Bauten wird im Wesentlichen an den Einzelquartieren und Einzelbauten ausgetragen. Die zuvor festgelegten städtebaulichen und gestalterischen Leitlinien, die oben in der Diskussion des Prozessverlaufs angesprochen worden sind, haben einen vergleichsweise stabilen Rahmen geschaffen, der aber immer wieder an einzelnen herausragenden Einzelvorhaben im Detail in Frage gestellt wird. Die wesentliche Konfliktarena ist mithin die Auseinandersetzung um Leitbauten und Leitfassaden, die von Anfang an bis heute angehalten hat. Darüber hinaus lassen sich weitere Konflikte wie

die um Parzellierung und Umgang mit archäologischen Funden nennen.

Der im März 1999 Verein Gesellschaft Historischer Neumarkt Dresden e.V. konnte nach zahlreichen Diskussionen mit Vertretern der Politik, der Denkmalpflege und der Architektenschaft eine Aufnahme von etwa 60 gut dokumentierten Leitbauten und Leitfassaden in das städtebaulich-gestalterische Konzept von 1996 erreichen. Die modifizierte Fassung wurde durch den Stadtrat im Januar 2002 beschlossen und schürte eine große Erwartungshaltung (Pohlack 2008: 36). Im weiteren Verlauf wurde diese „Maximalvariante“ des Rekonstruktionsgeschehens allmählich wieder über die Einzelvorhaben reduziert.

Im Umgang mit den Einzelvorhaben stellte sich heraus, dass die Gestaltungskommission sehr einflussreich war, die Öffentlichkeit die getroffenen Entscheidungen aber nicht immer nachvollziehen konnte. Transparenz über die Entscheidungshintergründe wurde nicht geschaffen. Dadurch wurde für die GHND die Legitimation der ohne Rückendeckung in der Bevölkerung entscheidenden Gestaltungskommission in Frage gestellt. Selbst die Stadtverordneten und die Stadtverwaltung monierten offenbar die Beschneidung ihrer Einflussmöglichkeiten (Kulke 29.08.2009).

Hieraus entstand im Jahr 2000 die Idee zum Bürgerbegehren „Ja! Zum historischen Neumarkt“, das auf ein starkes Bekenntnis zum historischen Wiederaufbau, jedoch nicht auf eine Komplettrekonstruktion abzielte. Es forderte eine rechtliche Festsetzung von etwa 60 Leitbauten mitsamt einer denkmalpflegerischen Qualitätskontrolle mit dem Ziel, einen möglichst großen Schutz und Einbezug der historischen Kellerreste, den Verzicht auf den Neubau des Gewandhauses sowie eine Gestaltungssatzung für die Neubauten zu erreichen. Trotz des rechtlichen Scheiterns konnte die GHND im Nachgang die folgende Regelung mit der Stadt und dem Landesamt für Denkmalpflege erreichen: Benötigen die Bauherren Beratung, steht sowohl ein Referent des Landesamts für Denkmalpflege als auch ein durch den Verein partiell finanzierter Ansprechpartner zur Verfügung. Dabei werden Unterlagen des Vereins zu den einzelnen Ge-

bäuden ausgewertet und zur Verfügung gestellt (Pohlack 2008: 36).

Die Aufgabe und der Abbruch der noch erhaltenen originalen Kelleranlagen und der Reste der mittelalterlichen Befestigungsanlage stellten angesichts der großen Erwartungshaltungen in der Bürgerschaft einen grundlegenden Einschnitt und Anlass zur Kritik am Vorgehen der Stadt und der Landesarchäologin dar, die zum Zeitpunkt die Keller schon aufgelassen hatte (Pohlack 2008: 36). Die nach 1945 im Zuge der Flächenenttrümmerung nicht beseitigten und zugeschütteten Kelleranlagen stellten für sie die bewahrten Wurzeln als letzte Teile originaler Stadtgeschichte im Bereich der Bürgerhäuser dar. Die Keller waren nicht unter Denkmalschutz gestanden, so dass ein Erhalt durch einen Bauherren nur auf freiwilliger Basis erfolgen sollte.

Doch trotz der von der GHND erzielten Erfolge und der Anpassungen planerischer Vorentscheidungen kommt es auch weiterhin zu Detailkonflikten, deren Ursprung in der schweren Vereinbarkeit der komplexen Ansprüche an den Ort liegen. An der Diskussion über das Hotel Stadt Rom zeigt sich etwa, das in unmittelbarer Nähe der Wilsdruffer Straße und damit auch in einem geringen Abstand zu benachbarten Quartieren errichtet werden soll, dass im Rahmen der allmählichen Wiederbebauung des Neumarkt-Umfelds immer mehr praktische Nutzererwägungen eine Rolle spielen. So befürchten die Betreiber der Heinrich-Schütz-Residenz eine Verschattung ihrer teuren Seniorenwohnanlage. Befremdlich mutet dabei an, dass der Betreiber behauptet, als er das Grundstück erworben habe, sei vom Bau des Hotels Stadt Rom noch keine Rede gewesen (Klemm 2009). Offenbar herrscht trotz eindeutiger GHND-Position keineswegs ein unumstrittener Konsens unter den Akteuren darüber, dass mit der Wiederbebauung eine innerstädtische Dichte erreicht wird, die heute nicht überall selbstverständlich ist.

#### **5.14 Rolle lokaler Bürgerinitiativen/ Rolle der lokalen Bürgerinitiative**

##### *Formen zivilgesellschaftlichen Engagements*

Erste Ansätze zivilgesellschaftlichen Engagements setzten bereits kurz nach der

Zerstörung des Neumarkts ein. Am Neumarkt bemühten sich zwischen 1946 und 1948 engagierte Dresdener Bürger zusammen mit Denkmalpflegern (u.a. Hans Nadler) um die Sicherung wichtiger, wiederaufbaufähiger Ruinen. Diese umfasste neben dem Sakralbau der Frauenkirche, den barocken Herrschaftsbauten (Kurländer Palais, Coselpalais, Landhaus, Johanneum) auch barocke Bürgerhäuser, unter anderem Reste des barocken Ensembles von Bürgerhäusern an der Rampischen Straße. Im Wettlauf mit der Flächenenttrümmerung gelang die Bergung von Fassadenfragmenten von etwa 20 vollständig zerstörten Gebäuden. Die Abbruchmaßnahmen der gesicherten Reste, die eigentlich für einen Wiederaufbau vorgesehen waren, setzten diesem Engagement ein vorzeitiges Ende (Pohlack 2008: 34, Hertzog et al. 2005: 8). Bis kurz vor der Wiedervereinigung Deutschlands sind abgesehen vom zivilgesellschaftlichen Engagement für den Wiederaufbau der Frauenkirche keine weiteren Aktivitäten oder Widerstand für das Neumarktgebiet bekannt. Insgesamt setzte nach 1990 im Kontext zu den sich ändernden politisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ein erstarkendes Interesse und Engagement zunächst für den Wiederaufbau der Kirche ein, das in entsprechende Aktivitäten mündete.

Die Bürgerinitiative, die sich eine Vereinsform gegeben hat, wirbt in ihrer Selbstdarstellung damit, dass sie Investoren ihr Know-how zur Verfügung stellt und sich durch ihre Beratungstätigkeit im Rahmen der Bauvorhaben von Investoren in die Leitbautendiskussion einmischt. Dieses Engagement geht so weit, dass die Initiative sogar ein eigenes Referenzprojekt für einen Leitbau umsetzt. Sie organisiert regelmäßig Veranstaltungen, die auch über die Wiederaufbauproblematik in Dresden hinaus informieren. Darüber hinaus verfügt sie über ein weites Spektrum von Aktivitäten. Informationsvermittlung wird über Veröffentlichungen, Vorträgen, Symposien und Führungen betrieben. Als Dienstleistungen werden Fotografien, Pläne, Fragmente, wissenschaftliche Bearbeitungen und baupraktischen Informationen bereitgestellt. Der Verein betreibt einen Informationspavillon mit einem Modell des historischen Neumarkts. Einfluss auf die stadtplanerischen Entscheidungsprozesse

se versucht die GHND über die offiziellen Planverfahren und die Wettbewerbe der Stadt zu erzielen, die immer wieder zu strittigen Positionen führen. Vielleicht eine der spektakulärsten Aktivitäten stellte das Bürgerbegehren aus dem Jahr 2002 dar, das allerdings aus formalen Gründen von der Stadt Dresden gestoppt wurde. Ungeachtet dessen ist das bürgerschaftliche Engagement nicht zuletzt über das Medieninteresse an Dresden weithin bekannt geworden. Die GHND funktioniert so als Multiplikator für das bürgerschaftliche Engagement.

Über die GHND hinaus gibt es auch weitere Vereine und Stiftungen, die sich mit dem Neumarkt Dresden beschäftigen (Vision of Europe, Friends of Dresden, Max-Kade-Stiftung).

#### *Entstehen, Ursachen und Beweggründe der Bürgerinitiative(n)*

Die Dresdener Gesellschaft Historischer Neumarkt Dresden e.V. gründete sich im Frühjahr 1999 aus einem Kreis von Architekten, Denkmalpflegern, Kunsthistorikern, Juristen und anderen interessierten Bürgern. Ihnen gemeinsam ist die Auffassung, dass die Frauenkirche als städtebauliches Umfeld das Ensemble eines weitgehend rekonstruierten Neumarktareals bedarf. Der Verein sah sich insbesondere in den Anfangsjahren als ergänzende Interessenvertretung zur „Gesellschaft zur Förderung des Wiederaufbaus der Dresdener Frauenkirche e.V. (Gesellschaft Historischer Neumarkt Dresden e.V. 2000: 3). Anlass für die Gründung war die Rekonstruktion des Coselpalais', das den Beginn des Wiederaufbaus am Neumarkt markierte. Diese Rekonstruktion wurde von der Öffentlichkeit mit großer Aufmerksamkeit begleitet und löste vielfältige Reaktionen aus. Wegen der durch die bisher erreichten Bauqualität anderer Wiederaufbauvorhaben Dresdens wie Johanneum, Zwinger, Hofkirche, und Semperoper hoch geschraubten Erwartungen war offenbar die Enttäuschung für die Vertreter einer historischen Wiederherstellung groß, als nach dem in der Nähe durch den so genannten Advanta-Riegel hinter dem Taschenbergpalais entstandenen Kontrast nun trotz der historisch wieder errichteten Fassade des Coselpalais mit dem dahinter

errichteten Neuen Palais auch dort ein Anbau in moderner Formensprache errichtet wurde (Donath 2006: 117). Mit seiner Gründung wollte die GHND nun die offizielle Stadtplanung kritisch begleiten und für ein eindeutiger historisches Stadtbild eintreten.

#### *Erweiterte Wertvorstellungen und Zielsetzungen*

Auffällig an der GHND ist das explizite Eintreten gegen „gründerzeitliche Entstellungen“ und Wiederherstellung des „wertvolle[n] Platzbild[es] um 1800“ (Satzung der GHND). Auf der anderen Seite tritt die GHND nicht grundsätzlich gegen moderne Architektur ein, sondern tut das begrenzt für den Neumarkt.

#### *Bedeutung realisierter Wiederaufbauvorhaben*

Die vor der Deutschen Wiedervereinigung realisierten Wiederaufbauvorhaben Dresdens sind für die GHND von zentraler Bedeutung und werden kontinuierlich als Positiv-Beispiele angeführt. Ebenso wird auf andere aus Vereinssicht erfolgreich durchgeführten Rekonstruktionsvorhaben innerhalb Deutschlands und im europäischen Ausland verwiesen. Auf der Internetseite des Vereins sowie in der vom Verein herausgegebenen Vereinszeitung sowie Broschüren wird kontinuierlich und sehr ausführlich auf diese Beispiele verwiesen.

In der Phase kurz nach der Deutschen Wiedervereinigung nennt Glaser (2000: 24) vor allem vier Monumente im zerstörten Stadtzentrum, die für eine „kulturbewusste“ Dresdener Öffentlichkeit von Belang waren. Um deren Wiederaufbau wurde nach erfolgter Sicherung der Ruinen gerungen. Zu diesen zählten der Zwinger, die Oper, das Residenzschloss und die Frauenkirche. Kulke (29.08.2009) weist außerdem darauf hin, welche Rolle die Dresdener Denkmalpflege im Engagement gegen die SED-Führung und ihre in der Nachkriegszeit dominierende Abrisspolitik hatte (Palais Bürgerwiese, Villa Rosa, Rampische Straße) und wie die Semperoper als Schlüsselbau für eine Wende in der offiziellen Politik weg von weiteren Abrissen beschädigter Bausubstanz angesehen werden kann.

Es kann davon ausgegangen werden, dass die relativ große Dichte der wiedererrichteten hochrangigen Gebäude, der mediale wie identitätsstiftende Erfolg des Frauenkirchen-Projekts und die lange, ja seit dem Zweiten Weltkrieg praktisch nicht unterbrochene Tradition des Leitbauteansatzes zu einer gewissen Selbstverständlichkeit in der Argumentation für Wiederaufbauprojekte geführt hat, die anderswo selten ist (aber ebenfalls dann wahrscheinlicher ist, wenn über Jahrzehnte eine zwanglose Kontinuität der Debatte über Wiederaufbauprojekte bestanden hat). Von Bedeutung sind dabei auch Zwischennutzungen, die für Ruinen gefunden wurden und diese vor einem vollständigen Abriss bewahrt haben.

*Verhältnis zu Denkmalschutz, Heimatkunde, Traditionspflege und politischen Parteien*

Die GHND agiert unabhängig von Denkmalschutz und politischen Parteien. Sie steht in enger argumentativer Verbindung zu den Wiederaufbau-Befürwortern der Frauenkirche. Die immer wieder deutlich werdende Bezugnahme auf die Bedeutung des zerstörten Neumarkt-Ensembles und die dazu herangezogenen kunstgeschichtlichen Informationen betrachten die weniger bedeutenden Gebäude und die nach 1800 erfolgten Überprägungen der Struktur des Bereichs nicht oder bezeichnen diese als Entstellungen. Ähnlich verhält sie sich zu den Nachkriegsbauten an der Wilsdruffer Straße. Daraus wird deutlich, dass die GHND eine selektive, an einem bestimmten Bild des glanzvollen Dresdens in der Barockzeit interessierte Argumentation pflegt. Sie stellt sich damit eher in eine heimatkundliche Tradition, als dass sie sich an den Raum zeitlich umfassend und reflektierend kunstgeschichtlich annähern würde.

*Verhältnis zu moderner Architektur und gesellschaftlicher Modernisierung*

Obwohl die GHND immer wieder betont, dass sie nicht grundsätzlich gegen moderne Architektur ist, stellt sie die Ergebnisse der Wettbewerbsverfahren immer wieder in Frage, obwohl diese innerhalb der Fachwelt als anerkannte Mechanismen zur Auswahl der geeignetsten Entwurfsalternative gelten können. Hieraus

werden sowohl die Grenzen von Wettbewerbsverfahren im Hinblick auf eine Integration unterschiedlicher Positionen deutlich als auch die Unfähigkeit der Initiative, die formale Entscheidungsautonomie der fachlichen Autoritäten zu erschüttern. Dies gelingt ihr nur bisweilen nach einer Entscheidung, so dass sie sich selbst weiterhin als ausgegrenzt vom eigentlichen Entscheidungsprozess sieht. In der Position zur Wiederherstellung eines Zustands von um 1800 liegt eine Haltung zur gesellschaftlichen Entwicklung zugrunde, die sich zwar auf einen kunsthistorisch bedeutungsvollen Zustand beruft, die allerdings angesichts der Vielschichtigkeit der Entwicklung seit damals auch in Dresden und auch am Neumarkt höchst fragwürdig erscheint. Die ins Feld geführten Argumente verfangen nur dann, wenn man den Schönheitsbegriff der Initiative, der beispielsweise den Historismus als Entstellungen des Platzes begreift, als verbindlich begreift. Dies darf mit guten Gründen abgelehnt werden. Selbst wenn man nicht so weit gehen möchte, die maßstäblich problematischen Produkte der Nachkriegsmoderne wie den Kulturpalast als integrierbar und weiterentwicklungsfähig in der Stadtstruktur anzusehen, lässt sich die Berufung auf den vergangenen Mythos von Dresden in unterschiedlichster Hinsicht als ahistorisch verstehen. Dies haben die Kritiker des Wiederaufbaus vielfach nachgewiesen. Nichtsdestoweniger ist der oben zitierte Hinweis von Jürgen Paul darauf nachvollziehbar, dass eine kulturphilosophische Infragestellung der Berechtigung des Vorgehens am Neumarkt unter starker Einflussnahme des GHND angewendet müßig sei.

*Milieuzugehörigkeit*

Die Mitglieder des GHND gehören unterschiedlichen Berufsgruppen an. Auffällig sind die engagierten Personen aus künstlerischen oder kunstnahen Berufen, die bestätigen, dass der Verein über ein hohes Sozialkapital und eine hohe kunsthistorisch-architektonische Kompetenz verfügt. Dies drückt sich in der differenzierten Argumentation in Stellungnahmen usw. immer wieder aus. Weiterhin ist interessant, dass etwa ein Drittel der etwa 700 Mitglieder aus der Bundesrepublik, aber nicht aus der Region Dresden stammt (www.neu-

markt-dresden.de/ghnd-aktuell.html, Zugriff 04.11.2009).

#### *Wertewandel und Lernprozesse im Prozessverlauf*

Die wesentlichen Weiterentwicklungen haben sich auch im Engagement der GHND hinsichtlich der Stellungnahme zu Details ergeben. Zusehends war die Initiative dazu gezwungen, sich mit den Resultaten des Planungs- und Entwicklungsprozesses auseinanderzusetzen und dabei auch zur Kenntnis nehmen zu müssen, dass die Entscheidungen jeweils eine gewisse Form des Kompromisses zwischen Extrempositionen reflektieren. Dies gilt insbesondere für die unvollständige Realisierung des Leitbautenansatzes, die Entfernung der Keller, die Stabilisierung der Nachkriegsbebauung im Süden und die Umsetzung unterschiedlich interessanter zeitgenössischer Architektur sowie unterschiedlich stark grundstücksübergreifender Nutzungskonzepte von Investoren. Parallel dazu hat die GHND die Zahl der Leitfassaden erhöhen können. Ein echter Wertewandel in ihren Positionen ist nicht erkennbar, doch die Stellungnahmen zu den genannten Bauvorhaben machen deutlich, dass sich die GHND über den Prozess der Etablierung einerseits zusehends routinierter argumentativ einbringt – ohne dass sie jeweils eine argumentative Hegemonie erlangen würde, wie die Protokolle von Anhörungen deutlich machen. Andererseits hat die Initiative sich darauf eingelassen, neben ihrer zunehmend abstumpfenden Fundamentalkritik an den unechten Leitbauten an jedem Quartier bestimmte Einzelforderungen geltend zu machen und teilweise auch durchzusetzen. Die wesentliche Weiterentwicklung zeigt sich dabei im Vergleich der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Bürgerbegehren und der Gewandhausdebatte. Während ersteres noch scharf zurückgewiesen wird, gelingt der Initiative bei letzterer ein Teilerfolg, der aber auch damit zu tun hat, dass hier keine Schlüsselpositionen der öffentlichen Hand bei der Bebaubarkeit privater Grundstücke angetastet werden.

## 5.15 Ergebnisse

### *Baulich-räumliche Ergebnisse*

Wenngleich die Entwicklung am Neumarkt noch bei weitem nicht abgeschlossen ist, nimmt die am Stadtgrundriss der Vorkriegszeit orientierte stadträumliche Struktur allmählich Gestalt an. Damit wird erstmals nach Jahrzehnten in dem schwer zerstörten und außer wegen der Mahnmalfunktion der Frauenkirche kaum sinnvoll nutzbaren Innenstadtbereich eine umfassende Stadtreparatur erkennbar, die außer durch ihre Einzelbauten auch durch ihre stadträumliche Vernetzung in die Umgebung zu würdigen ist – bei allen Problemen, die der Anschluss an das Ensemble an der Wilsdruffer Straße aufwirft (vgl. auch Klemm 2009).

Fragt man sich, inwieweit die städtebaulich-gestalterischen Konzepte die Entwicklung steuern konnten, kann die Wiederaufnahme der historischen Straßenführung und Platzaufteilung mit zahlreichen Leitfassaden und zurückhaltender, angepasster Architektur an den übrigen Gebäuden bislang als zumindest in Grundzügen umgesetzt angesehen werden. Das hindert etwa die GHND nicht daran, die Reduzierung der Zahl der Leitbauten, die Beschränkung auf Leitfassaden, den Ver-

**Abbildung 13**  
Luftbild des Neumarkts (2005)



Quelle: Henry Muehlpfordt/CC by-sa

zicht auf eine deutlichere Korrespondenz zwischen äußeren Fassaden und innerer Struktur wie beispielsweise Treppenhäusern und die Detailausführung der Fassaden mit heutigen handwerklichen und baulichen Methoden als Wirkungsschwäche der gestalterischen Vorgaben aufzufassen (Kulke 29.08.2009). Lediglich in den wenigsten Fällen sei die Umsetzung gelungen, so etwa am Schützhaus mit seinem Erker, dem Kanzleihaus oder dem British Hotel. Auch Investoren selbst achten aber inzwischen auf historische Merkmale.

Aus der Sicht weniger historisierend gesinnter Architekten und Planer wiederum wird immer wieder Kritik an der Künstlichkeit der Anmutung einzelner Gebäude sowie der nur in der Fassadengliederung, nicht aber der inneren Aufteilung bestimmter Quartiere laut. Hier wird insbesondere das Quartier 1 als verkapptes Shopping Center gebrandmarkt. Der ehemalige Baubürgermeister Just hält den Bereich aufgrund seiner Materialien (Glasdach) und den Ausblick auf triste Rückfassaden für „die schlechteste Einkaufspassage“ der Stadt. Weiterhin wird die Ausdehnung der Hotelnutzung des Hotel de Saxe über den ganzen Block und die Privatisierung der Hoffbereiche kritisiert. Durch Auswahl der richtigen Investoren und eine veränderte Vergabepolitik solle eine kleinteiligere Bebauungsstruktur realisiert werden (vgl. Dresdner Neueste Nachrichten, 24.10.2006).

Damit wird das bisher erreichte Ergebnis erwartungsgemäß unterschiedlich bewertet. Angesichts der großen öffentlichen Aufmerksamkeit und der Detailverliebtheit der lokalen Diskussionskultur beziehen sich die unterschiedlichen Positionen demgemäß auch auf Ansprüche der Akteure und Beobachter, die an vielen kleinen Stellen nicht durchgesetzt werden konnten. Dahinter droht bisweilen, eine echte städtebauliche Gesamtbewertung aus dem Blick zu geraten. Hier wurde eingangs bereits auf die Stadtreparatur- und Vernetzungsfunktion hingewiesen, die zwar nicht auf die Rekonstruktion von Leitbauten angewiesen gewesen wäre. Nichtsdestoweniger ist diese Strategie durchaus in der Lage, zumindest eine historische Anmutung und einen entsprechenden Kontext für Frauenkirche und Schloss herzu-

stellen, die offenbar für die große Mehrzeit der Akteure vor Ort eine immense Bedeutung hat – angesichts der Zerstörungfolgen selbst dann verständlich, wenn man die betreffende Auffassung nicht teilt. Die offene Situation an der Wilsdruffer Straße mit einem Planungsleitbild, das eine respektvolle Verbindung von „Alt und Neu“ fordert, und einem Wiederaufbauplan, das auf der anderen Seite deren harte Konfrontation heraufbeschwört, drohen diesen Stadtreparaturerfolg zu relativieren, wenn Stadtreparatur nur auf Kosten weiterer Zerstörung städtebaulicher Zerstörung zu haben sein sollte und sich damit ihrer eigenen Legitimation im Sinne des bekannten Kriteriums namhafter Fachleute wie Wolfgang Pehnt berauben würde, Wiederaufbaumaßnahmen seien – neben anderen Kriterien – höchstens dann vertretbar, wenn ihr Schauplatz keine gänzlich neue städtebaulich-architektonische Prägung durch spätere Epochen erhalten habe.

#### *Entwicklung der politischen Kultur und des zivilgesellschaftlichen Engagements*

Am Neumarkt Dresden hat sich ein intensives zivilgesellschaftliches Engagement niedergeschlagen, das den Entwicklungsprozess aktiv und wachsam begleitet hat. Die GHND hat sich dabei natürlich lange nicht in allen Punkten durchgesetzt, aber dennoch eine sehr stetige Vereinsarbeit gemacht (Kulke 29.08.2009). Wie immer man zu den Ergebnissen und den einzelnen Entscheidungsprozessen steht, lässt sich doch konstatieren, dass der hohe planerische Aufwand, die Vielzahl von Diskussionen und die von der Gesamtstrategie bis zu den Einzelbauten und Details geführten Diskussionen in der Stadt in ihrer Intensität eine Ausnahme sind.

Diese Erfolge schlagen sich auch in Auszeichnungen nieder, die dem Wiederaufbau zuteil wurden. So erhielt Dresden 2008 den Europäischen Architekturpreis der Philippe Rotthier Stiftung in Brüssel in der Kategorie beste Rekonstruktion eines Stadtviertels und wurde dabei offenbar unter 200 Bewerbern einstimmig ausgewählt (Klemm/Schade 2008). Den Preis konnte Torsten Kulke von der GHND in Empfang nehmen. Wenngleich anhand der in den anderen Kategorien vergebenen Preise davon ausgegangen werden kann,



dass die belgische Architekturstiftung eine eindeutige Vorliebe für traditionalistische Projekte hat (vgl. [www.dresden.de/de/02/035/01/2008/10/pm\\_058.php](http://www.dresden.de/de/02/035/01/2008/10/pm_058.php), [www.fondationpourlarchitecture.be/prix/prix.html](http://www.fondationpourlarchitecture.be/prix/prix.html), Zugriff 04.11.2009), berücksichtigen ihre Auswahlkriterien auch weitergehende Stadtentwicklungskriterien wie das der Nutzungsmischung (Klemm/Schade 2008).

Im Jahr 2009 erhielt die GHND auf Bewerbung der Stadt hin eine Auszeichnung im Wettbewerb „Stadt Bauen. Stadt Leben“ im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik des Bundesbauministeriums für „ihren engagierten Beitrag in der Debatte um die Neugestaltung des zerstörten Zentrums von Dresden. Die Gesellschaft Dresdener und auswärtiger Bürger setzt sich seit zehn Jahren nachdrücklich und streitbar für eine möglichst detailgetreue Rekonstruktion der historischen Bebauung in dem Quartier rings um die Frauenkirche ein. Dabei wendet sich die Initiative gleichermaßen gegen vergrößernde Nachahmungen verlorener Architekturen wie gegen zeitgenössische Gestaltungsansätze, was in der Jury zu lebhaften Auseinandersetzungen geführt hat. Gewürdigt wird jedoch der Umstand, dass das Engagement der Bürgergruppe in ein eigenes Bauprojekt mündet – die Rekonstruktion des Hauses Rampische Str. 29 – bei dem die selbst gestellten Ziele beispielhaft realisiert werden sollen. Ausgezeichnet wird ein durchaus emotionaler Beitrag zu einer der wichtigsten und lebhaftesten städtebaulichen Debatten der Gegenwart, der Diskussion um die Wiedergewinnung der historischen Zentren unserer Städte, ein Prozess, der ohne eine breite Beteiligung der Bürger keinen Erfolg haben kann.“ (vgl. Bundesministerium für Verkehr, Bauen und Stadtentwicklung 2009).

Hierin drückt sich die hohe überregionale Anerkennung wohl am deutlichsten aus. Allerdings schätzt die GHND selbst die hohe politische Kultur in Dresden als weniger selbstverständlich ein. Eine Einflussnahme auf die Prozesse über die Öffentlichkeit, den Stadtrat und die Verortung von Vereinsmitgliedern in wichtigen Schaltstellen der Verwaltung sei erforderlich, da wegen der „festgefahrenen Strukturen“ der Verwaltung ein derartiges Er-

gebnis ansonsten nicht erzielt werden könne (Kulke 29.08.2009).

#### *Lokale Identifikation*

Obgleich die Leitbautenstrategie in Dresden selbst grundsätzlich weitgehend unumstritten ist, zeichnet sich ab, dass der Platz vor allem von Touristen angenommen wird, weniger aber von der Bevölkerung (Kulke 29.08.2009). Das mag auch mit der Lage und dem Umfeld zu tun haben, das vor allem eine Konzentration von Sehenswürdigkeiten und weniger zentrale Funktionen für die Einwohner oder Wohnungen für die allgemeine Bevölkerung aufweist. Damit reduzieren sich die Anlässe für einen Besuch des Platzes deutlich. Vermutlich wird der Gottesdienstbesuch in der Frauenkirche eine gewisse Rolle auch für einen ausgewählten Kreis der Einheimischen besitzen, doch ist der gerade nicht auf die Wiederaufbauaktivitäten am Platz selbst zurückzuführen. Eine Veränderung könnte sich wohl ergeben, wenn mit der allmählichen Fertigstellung weiterer Quartiere das Angebot an gastronomischen Einrichtungen und Wohnungen erhöht, so dass auch etwas Einzelhandel für den täglichen Bedarf hinzutritt. Große zentrale Einzelhandelsangebote in der Innenstadt befinden sich weiter westlich und südlich, so dass die Konkurrenz für ein Massenpublikum im Einzelhandel zu groß ist und derzeit vor allem hochpreisige Angebote bestehen. Bisherige Versuche etwa des Dresdener Citymanagement, die Einheimischen mehr in das Gebiet zu locken, sind allerdings nicht von großen Erfolgen gekrönt gewesen. Nichtsdestoweniger kann davon ausgegangen werden, dass die Wiedergewinnung des Platzes als städtischer Raum allmählich eine größere Erlebbarkeit der ehemaligen Altstadt mit sich bringt, die auch von den Einwohnern der Stadt zumindest registriert wird.

#### *(Touristische) Vermarktung*

Die Bedeutung des Neumarktareals sowie generell des Themas Wiederaufbau für die touristische Vermarktung der Stadt Dresden ist als sehr hoch einzuschätzen. Aufschlussreich hierfür erscheint in der medialen Präsenz das Angebot auf den Internetseiten der Dresden Tourismus GmbH (vgl. <http://www.dres->

den.de/dtg/index.php). In der Selbstdarstellung wird insbesondere die traditionsreiche Architekturgeschichte und die mit ihr verbundenen stadtbildprägenden, barocken Baudenkmäler und Ensembles, wie Frauenkirche, Semperoper und Residenzschloss sowie zahlreiche Kultureinrichtungen im Stadtzentrum verwiesen. In diesem Kontext wird der Neumarkt bereits vor seiner endgültigen Fertigstellung, allerdings in einem Atemzug mit der monumentalen, Frauenkirche mit ihrem Symbolcharakter, als bedeutende Sehenswürdigkeit der Altstadt eingestuft. Ebenso wird das Themenfeld Architektur „Im Wandel der Zeit“ als spezielles Angebot aufgegriffen, vorgestellt und anschaulich vermittelt. Die Integration in die touristische Präsentation bedient dabei gleichermaßen die Segmente des (allgemeinen) Städtetourismus wie auch des Architektortourismus. Aus diesem Selbstverständnis heraus dient die hervorgehobene Bedeutung der historischen Bauwerke der Vermarktung Dresdens „nach außen“ hin als Kulturstadt europäischen Ranges, um auswärtige Besucher als Zielgruppe anzusprechen. Festgemacht wird diese Vermarktungsstrategie anhand der Revitalisierung des historischen Zentrums, u. a. der Altstadt, die trotz der erlittenen Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg ihre Ensembles bewahrt oder durch den Wiederaufbau zurück gewonnen hat. Interessant ist der Aspekt, dass im Kontext mit dem Themenfeld Architektur das aktuelle Nebeneinander von Wiedergewinnung der verlorenen Bausubstanz durch Rekonstruktionsprojekte, dem Erbe sozialistisch geprägten Städtebaus und der Neubebauung mit moderner, zeitgenössischer Architektur nicht als Widerspruch angesehen, sondern als Ausdruck für die hohe Qualität der Dresdener Baukultur dargestellt wird. In diesem Sinne wird dieses Verhältnis als „Spannungsfeld zwischen High Tech und Barock“ beschrieben (vgl. <http://www.dresden.de/dtg/de/sehenswuerdigkeiten/architektur.php>).

## 5.2 Universitätskirche St. Pauli Leipzig

„Mein Haus soll ein Bethaus heißen, ihr aber habt eine Mördergrube daraus gemacht“ (Mt 21: 13). Zu diesem Bibelwort

predigte Martin Luther 1545 und weihte damit die Leipziger Paulinerkirche als protestantische Universitätskirche. Die damals – einen Vorgängerbau eingeschlossen – bereits dreihundert Jahre alte Kirche diente nachfolgend nicht nur als Gottesdienstraum, sondern auch für musikalische und universitäre Veranstaltungen und war zeitweise auch die Aula der Hochschule. Ihre Geschichte endete am 30. Mai 1968, als das Gebäude, das den Zweiten Weltkrieg nahezu unbeschadet überstanden hatte, gesprengt wurde. Stadtverwaltung, Staats- und Parteiführung und Universitätsleitung, sie alle hatten die Kirche innerhalb ihrer Aufbauplanungen zunehmend in Frage gestellt, während die Bevölkerung nicht gewillt oder in der Lage war zu protestieren. Dies taten insbesondere einige christliche Studierende, denen die Kirche nicht nur Gottesdienstraum, sondern zugleich ein Ort politischer Freiheit geworden war. Ihr Widerstand kulminierte, als es längst zu spät war: Am 20. Juni 1968 entrollten sie während des Internationalen Bachwettbewerbs ein Plakat, auf dem „Wir fordern Wiederaufbau“ zu lesen war. Es folgten Verhaftungen und Repression, für einen Studierenden gar die Ausbürgerung. Die mutwillige Zerstörung der Kirche wurde fortan in der DDR tabuisiert, nur unter christlichen Studierenden wurde sie forterzählt. Im Umfeld der von Leipzig ausgehenden friedlichen Revolution der Jahre 1989/90 aber wurde sie bald für zumindest einen Teil der Bevölkerung – darunter viele, die bereits 1968 von der Sprengung persönlich betroffen waren – zum Symbol für die staatliche Willkür und Kultur-Barbarei des Regimes. Bald gründete sich eine Bürgerinitiative, dann ein Paulinerverein, die den alten Plakatspruch aufgriffen und zu ihrem Fernziel erklärten. Gedenken wollten sie ansonsten, dem Gebäude und dem Widerstand sowie den nicht wenigen Reste der Kirche, kulturhistorisch wertvolle Holz- und Stein epitaphie, die man vor der Sprengung eilig hatte retten können. Dem Gedächtnis verwehrten sich weder Stadt noch Universität, das Fernziel allerdings stieß hier wie bei der Landesregierung auf wenig Gegenliebe, wengleich der Innenstadtcampus, von dem die Kirche und das Augusteum genannte Hauptgebäude der wesentliche Teil gewesen waren und an deren Stelle in

den 1970er Jahren mittlerweile als recht unbrauchbar geltende Universitätsgebäude entstanden waren, bald zu einem von vielen Themen der Stadt- und Universitätsentwicklung wurde. Ein Ideenwettbewerb befasste sich 1994 mit dem Augustusplatz, zu dem sich die einstige Prunkfassade der Universität orientierte, 2001/02 folgte ein Realisierungswettbewerb für die Umgestaltung und nur teilweise Neubebauung des Campus – ein Wiederaufbau wurde jeweils durch die Auslobung ausgeschlossen. Die Position des so genannten Paulinervereins verbesserte sich dann jedoch erheblich: Die Dresdner Frauenkirche schritt als positives Beispiel voran, die dortige Landesregierung wechselte und zwei „Freunde Dresdens“, insbesondere der Nobelpreisträger Günter Blobel, entdeckten das Leipziger Vorhaben für sich und unterstützten den bislang wenig professionellen Verein mit Rat, Tat und Geld. Zudem schien die Bevölkerung wenig Gefallen am modernen, wenngleich Elementen der Geschichtsvermittlung versehenen Siegerentwurf zu finden, der zudem nur einen zweiten Preis erhalten hatte. Anfang 2003 dann scherte die Landesregierung aus ihrer Vereinbarung mit der Universität und dem Bund mit der Stadt aus und stellte den Wiederaufbau in Aussicht. Es kam zum Eklat, der Oberbürgermeister sprach vom „schwarzen Tag“, das Rektorat trat zurück und die Bevölkerung schien nun auf ihrer Seite. Unter dem Druck, der nicht zuletzt auch von der bereits 2009 anstehenden 600-Jahrfeier der Universität ausging, einigte man sich auf einen neuen Wettbewerb. Eine Rekonstruktion war wieder ausgeschlossen, doch deutliche Anlehnung am Vorkriegsbau nunmehr ausdrücklich gewünscht. Als die Vereinsvertreterin in der Jury die Beiträge vor dem Eintritt in die zweite Wettbewerbsphase veröffentlichte, kam es zum Volks- und damit zum Gottesurteil, das schließlich auch vom Preisgericht besiegt und von allen – einschließlich dem mittlerweile zum Vereinsvorsitzenden gekürten Blobel – bejubelt wurde. Der Niederländer van Egeraat schien mit seiner Mischung aus betont zeitgenössischem Material und Funktionalität sowie deutlichen Anlehnungen an Kubatur und gotischem Stil der verlorenen Kirche einen salomonischen Vorschlag unterbreitet zu haben. Doch auch dieser

Heilsbringer vermochte trotz aller Flexibilität nicht, über das Meer der verschiedenen Ansprüche zu gehen. Neue Konflikte um Nutzung, Namen und Innenraumgestaltung wogten hoch und wurden trotz weiterer Kompromissversuche wesentlich zu Gunsten der aktuellen Ansprüche der Universität und gegen den auch hier traditionsorientierten Paulinerverein entschieden: Die in der Architektur zur Kathedrale überhöhte Kirche, sie sollte vor allem Aula sein.

Dies ist ein mögliches Narrativen, das die Fallstudie der Leipziger Universitätskirche St. Pauli – zumeist kurz als Paulinerkirche bezeichnet – in erster Näherung beschreiben und den in vielen Punkten ungewöhnlichen Verlauf erklären kann, ohne dabei beständig den Vergleich zu einem – letztlich fiktiven – „Regelfall“ anzustellen oder dem Vergleich mit den übrigen untersuchten Fallstudien vorzugreifen. Andere Erzählstränge, die zum Teil von Prozessbeteiligten vorgetragen oder der Sekundärliteratur entnommen, zum Teil innerhalb der Analyse entstanden sind und den hoch komplexen Prozess jeweils ebenfalls nur verkürzt und auf die eine oder andere Weise wertend wiedergeben können, aber gleichwohl einbezogen werden müssen, sind:

- die Geschichte einer fast 600-jährigen Universität, die sich in einem schwierigen überaus Umstrukturierungs- und Wiederaufbauprozess und unter den Voraussetzungen eines zumindest nationalen Wettbewerbs zukunftsorientiert neu positionieren muss und sich dabei plötzlich lokalen Forderungen nach Aufarbeitung einer wenig vermarktungsfreundlichen Vergangenheit gegenübergestellt sieht;
- ein Teil der Biografie eines genialen Architekten, dem es von außen kommend gelingt, trotz einer Fülle vorliegender Entwürfe und denkbar ungünstiger Rahmenbedingungen eine gänzlich eigenständige Interpretation des Ortes zu entwickeln und damit zugleich die viele unterschiedliche Vorstellungen zu vereinen versteht, sich selber aber nicht vor dem Ruin retten kann;
- die langwierige Aushandlung eines Kompromisses zwischen zunächst auf die Durchsetzung eigener, zum Teil sach-

fremder Interessen orientierten Akteure innerhalb einer im Wesentlichen unstrukturierten Arena;

- der Wunsch der Mächtigen in Stadt und Land, an prominenter Stelle in der Stadt ein Bauwerk zu errichten und sich damit beim an dem Bau zunächst wenig interessierten, jedoch grundsätzlich kritischen Volke beliebt zu machen;
- die Beschreibung eines komplexen Abwägungsprozesses zwischen konfligierenden Raumnutzungen, Ansprüchen, Deutungen und Aneignungen ohne die Anwendung eines entsprechenden planerischen Instrumentariums, zumal auch der Stellenwert von Religion in einer säkularen Stadt zum Abwägungsmaterial zählte;
- eine Erzählung von der Bürgerstadt Leipzig, die sich mit beständigem Blick auf die höfische Landeshauptstadt Dresden ein dortiges Vorbild in einem für sie typischen stadtgesellschaftlichen Diskurs zu Eigen macht und dadurch etwas Eigenständiges erzeugt.

Nicht – oder wenn, dann doch nur sehr begrenzt – geeignet scheint das Fallbeispiel hingegen für die Beschreibung des Konflikts zwischen zeitgenössischer Architektur und traditionsorientiertem Bauen. Die eigentliche Konfliktlinie besteht nämlich gerade nicht in der Interpretation oder Bewertung der Geschichte, womit sich Leipzig durchaus von anderen Rekonstruktionsdebatten unterscheidet, wo durchaus um Verständnis für moderne Stadtentwürfe geworben wird oder – im Falle einer direkten Kriegszerstörung – eine historische Bewertung tabuisiert oder zumindest vermieden wird. Vielmehr bestehen konträre Auffassungen darüber, ob aus dem vergangenen Unrecht ein Anspruch auf „Wiedergutmachung“ erwächst und ob eine Rekonstruktion oder der Nicht-Wiederaufbau das geeignete Mittel zur Erinnerung an die Zerstörung ist. Wohl auch deshalb ist das Ergebnis ein anderes: „Eine neoexpressionistische Dachlandschaft, in die sich eine Reminiszenz an den Giebel der Paulinerkirche einfügt. So beispielsweise wäre eine ernsthafte Erinnerung möglich – fern jener Rekonstruktionsmanie, welche derzeit in Deutschland grassiert.“ (Hubertus Adam, Neue Züricher Zeitung 20.2.2004, zit. in Engmann 2008: 85)

Im Folgenden werden die Begriffe Paulinerkirche und Universitätskirche synonym verwendet, obgleich die innerhalb der Debatte kontroverse Verwendung bekannt ist.

## 5.21 Vorgeschichte

### *Baugeschichte*

Die Geschichte der Paulinerkirche ist fest verwurzelt in der Geschichte der Stadt Leipzig. Innerhalb des ab 1229 gebauten Dominikanerklosters wurde 1240 – nur 75 Jahre nach Verleihung der Stadtrechte – eine dreischiffige, flach gedeckte Klosterkirche errichtet. Trotz mehrfacher, umfangreicher Umbauten wurde dieser Grundriss prinzipiell beibehalten. Sie wurde dem Apostel Paulus geweiht, der Name „St. Pauli“ ist dennoch erst ab 1372 nachgewiesen. Der Leipziger Dominikanerorden gewährte 1409 hussitischen Lehrkräfte und Studenten aus Prag Unterkunft, die daraufhin die Universität Leipzig als zweite innerhalb des deutschen Reiches (nach Heidelberg) gründeten. Die Paulinerkirche wurde fortan auch für akademische Akte genutzt und diente als Begräbnisstätte der Universitätsprofessoren. Ende des 15. Jahrhunderts wurden die Seitenschiffe erhöht und die Kirche mit einem Deckengewölbe versehen, um bereits zwischen 1519 und 1521 durch einen Neubau in spätgotischer Hallenform ersetzt zu werden. Im Zuge der Reformation sollte das Kloster geschliffen werden, der Rektor konnte jedoch eine Schenkung an die Universität erreichen, was dazu führte, dass die Kirche von 1539 bis zur Weihe als protestantische Universitätskirche durch Martin Luther vor allem als Aula genutzt wurde. Seit 1545 fand dann zumeist eine gemischte Nutzung für akademische Gottesdienste, Feiern, Konzerte, Promotionen (religiös und weltlich) statt. Bis 1839 wurde das Augusteum nach Plänen Karl Friedrich Schinkels als Hauptgebäude der Universität errichtet und erhielt die Kirche eine passende Ostfassade im klassizistischen Stil. Bereits Ende des 19. Jahrhunderts wurden die Fassaden beider Gebäude durch Arwed Rossbach historistisch überprägt: Während das Augusteum im Neorenaissance-Stil umgebaut wurde, wurde die Platzseite der Universitätskirche neogotisch gestaltet. Auch der spätgotisch erhaltene Innenraum wur-

de um neogotische Ausmalungen ergänzt. Bereits zu Anfang des 19. Jahrhundert war eine barocke Kanzel und doppelgeschossige Empore eingefügt worden. In dieser Form blieb die Kirche bis zu den Kriegseinwirkungen ab 1943 nahezu unverändert. (vgl. insg. Richter 2009, Koch/Koch 2006: 15–17)

Entsprechend ist von einem erheblichen Denkmalwert der Universitätskirche St. Pauli vor ihrer Zerstörung auszugehen, der letztlich auch als Argument für die Wiederherstellung angeführt wird. Einerseits besaß sie historischen Zeugniswert als letztes erhaltenes Gebäude aus der Gründungszeit der Universität (selbst, wenn man erst den Neubau von 1521 heranziehen wollte) und Wirkungsstätte Luthers, aber auch anderer deutscher Geistesgrößen wie Bach, Leibniz, Goethe, Schumann, Mendelssohn-Bartholdy, Wagner und Heisenberg (vgl. Koch/Koch 2006: 17). Andererseits war auch der baukünstlerische Wert insbesondere der reichen Innenausstattung (zahlreiche Grabmale, Epitaphe, Skulpturen, des Schnitzaltars und der Orgel) als hoch einzuschätzen, wenngleich die letzte Fassade als Bauwerk des Historismus sicher erst ab den 1970er Jahren eine denkmalpflegerische Wertschätzung erreicht hätte.

### Zerstörung

Durch die Kriegshandlungen des Zweiten Weltkriegs wurde die Paulinerkirche nur kaum beschädigt, was wesentlich mit dem Einsatz eines Theologieprofessors und seinen Helfern begründet wird, die in Bombennächten Brandwache hielten. Das benachbarte Augusteum hingegen wurde wie viele weitere Gebäude am Augustusplatz schwer beschädigt und brannte teilweise aus. Dennoch wurde es direkt nach dem Krieg in Teilen instand gesetzt, damit die Universität ihren Lehrbetrieb wieder aufnehmen konnte. Ziel war zunächst die vollständige Wiederherstellung. Die Universitätskirche diente ab 1943 als Ausweichquartier für die katholische Propsteigemeinde, was 1946 durch einen Mietvertrag noch einmal bestätigt wurde. (Koch/Koch 2006: 17–18; Vgl. Richter 2009) Die Entwicklungen, die 23 Jahre nach Kriegsende dennoch zur Sprengung der Kirche führten, sind zwar in einer Reihe von

Abbildung 14  
Augusteum und Universitätskirche St. Pauli um 1890



Quelle: gemeinfrei

Veröffentlichungen beschrieben worden, doch sind sie zum Teil widersprüchlich und überlagern sich historische Fakten mit mündlichen Überlieferungen, die eher eine Legendenbildung vermuten lassen. Dabei ist allerdings auch zu vermuten, dass die Reduktion historischer Beziehungen auch in der noch immer nicht abgeschlossenen Auseinandersetzung um die Schuldfrage dienlich erscheint und dass es verschiedentlich darum geht, die Sprengung als anti-christlichen Akt des sozialistischen Regimes darzustellen. Dabei weist bereits Löffler (1993) auf die frühzeitigen Impulse hin, die aus der Universität heraus auf einen Abriss abzielten. Bis heute findet eine ausführliche Auseinandersetzung um die Schuldfrage statt (Richter 2009), die insbesondere für die verbliebenen „Widerständler“ bzw. die Beteiligten an der nachträglichen Protestaktion weiterhin von zentraler Bedeutung ist. (Vgl. Koch/Koch 2006: 9)

Die Paulinerkirche scheint dabei zunächst wenig beachtet worden zu sein, stand doch das Augusteum als Hauptgebäude der Universität im Zentrum der Überlegungen. Nachdem es zunächst notdürftig hergerichtet worden war, wurde Mitte der 1950er Jahre über eine vollständige Verlagerung des Universitätsstandorts nachgedacht. Entsprechende Überlegungen hatten in Leipzig bereits seit 1910 bestanden, als die Universität fünfzig Hektar Land in Probstheida zum Bau einer Universitätsstadt erworben hatte. Nun wurden stattdessen ab spätestens 1950 Pläne für eine Universitätsviertel zwischen Bayerischem Bahnhof und Technischer Messe aufgestellt, so dass der Ver-

waltungsdirektor 1955 formulierte: „Außerdem liegt die Zukunft der Universität im Süden Leipzigs, und auf das Augusteum wird durch die Universität keinen Wert gelegt.“ (Zit. in Löffler 1993: 23) Gleichzeitig weist Richter (2009) darauf hin, dass bereits 1953 sowohl Universität als auch Augustusplatz nach Karl Marx umbenannt wurden, worin er einen Beleg dafür sieht, dass ihnen eine bedeutsame Rolle bei der Durchsetzung der sozialistischen Idee zugeschrieben wurde. Da aus Kostengründen eine baldige Verlegung nicht in Aussicht stand und andererseits 1959 der 50. Jahrestag der Universitätsgründung in einem repräsentativen Gebäude gefeiert werden sollte, wurde insbesondere von der Stadtverwaltung auch eine Wiederherstellung des Augusteums immer wieder ins Auge gefasst. Gegenüber der zuständigen Parteikommission bezeichnet der Universitätsrektor das Augusteum allerdings als Problem, das besser durch einen Neubau gelöst werden solle. Zudem hatte Staats- und Parteichef Walter Ulbricht bereits 1958 auf dem SED-Parteitag verkündet, der Karl-Marx-Platz solle „ein neues Gesicht“ erhalten, und wurden entsprechende Pläne innerhalb des Politbüros vorbereitet. Dennoch wurde hier 1959 zunächst beschlossen, das Augusteum zu erhalten und die Kirche auf einen rückwärtigen Standort zu versetzen. Erst als sich die Universität dem widersetzte, keine Mittel für den Wiederaufbau des Augusteums bereitstellte und eigene Pläne für eine zweckmäßige Bebauung – allerdings noch einschließlich einer versetzten Universitätskirche – erstellte, schwenkten auch die von Ulbricht bereits zuvor wegen ihrer zaghaften Neuplanung des Zentrums kritisierte Stadtverwaltung und das Politbüro um: Ende 1960 beschloss der Stadtrat schließlich den Abriss sowohl von Augusteum als auch Paulinerkirche. Den Grund hierfür sieht Löffler (1993: 36) letztlich in den hohen Kosten für die Wiederherstellung bzw. auch Verschiebung der Bestandsgebäude und widerspricht damit durchaus auch der von ihr eingangs zitierten Elisabeth Hüttner, nach deren Meinung die Konzeption der sozialistischen Stadt ursächlich für den Abriss von Kirche und Augusteum war. (Insg. Löffler 1993: 19–36, Koch/Koch 2006: 18–26)

Von da an wurde an dem grundsätzlichen Beschluss festgehalten, wenngleich die

Neuplanung des Bereichs noch einige Zeit in Anspruch nahm. Wie beim Aufbau des Stadtzentrums insgesamt kam es auch hier zu erheblichen Verzögerungen. Nachdem zunächst das Jahr 1965 für den Abschluss der Baumaßnahmen avisiert worden war, wurde 1961 vom Politbüro beschlossen, das Projekt 1962/63 zu beginnen und 1966 abzuschließen. Als der Stadtrat jedoch 1962 über den Bebauungsplan für die Innenstadt bis 1965 befand, fehlt die Westseite des Karl-Marx-Platzes. 1963 wird dann die „Enttrümmerung“ des Universitätsstandorts und die Neubebauung einschließlich Hochhaus für die Jahre 1965 bis 1970 festgelegt, obwohl insbesondere SED-Bezirkssekretär Paul Fröhlich immer wieder auf einen früheren Sprengtermin drängt, so dass ein solcher gar dementiert werden muss (LVZ 13.2.1964). 1967 beschließt dann der Stadtrat ein Abbruchkonzept und das Politbüro die Auslobung eines Architekturwettbewerbs, der Ende März 1969 entschieden wird. Der einzige Beitrag, der eine Integration der Paulinerkirche vorsieht, wird nicht mit einem Preis ausgezeichnet, während eine Kombination aus zweitem und drittem Preis zur Bebauung vorgeschlagen wird. Dennoch werden auch innerhalb dieser Phase mehrfach Überlegungen zum Erhalt von Kirche und bzw. oder Augusteum angestellt, so etwa in Verbindungen mit Politbüro-Planungen für ein Haus der Kultur oder noch im Oktober 1965, wo drei Varianten für die Campusbebauung diskutiert werden, einschließlich einer unter Einbeziehung von Paulinerkirche und Teilen des Universitätsgebäudes. Schließlich wird gar als Argument für den Bau eines Hochhauses angeführt, ein Verzicht könne den Abriss der Altsubstanz fragwürdig machen. Schließlich stimmte auch die Universitätsleitung dem Bebauungsplan für den Innenstadtcampus zu, der eine andere Bebauung an Stelle der Kirche und damit letztlich ihren Abriss vorsah. Selbst der Dekan der Theologischen Fakultät enthielt sich lediglich der Stimme, um nicht „als Störenfried zu gelten“ (Koch/Koch 2006: 9). Am 30. Mai 1968 wurde schließlich die Universitätskirche St. Pauli gesprengt. (Vgl. insg. Löffler 1993: 226–230)

Richter (2009) weist auf die erhebliche Bedeutung hin, die der Neubebauung von der Parteiführung beigemessen wurde:

Zum einen prägte das Ensemble den Karl-Marx-Platz, ideell sollte die Universität als eine der wichtigsten Bildungseinrichtungen des Landes eine wesentliche Funktion bei der Eliteausbildung des neuen Staates erhalten und die Architektur diese Aufgabe widerspiegeln, „den Aufbruch in eine ‚Glück verheißende Zukunft‘ symbolisieren“. Er zitiert einen nicht-öffentlichen Vortrag Fröhlichs, indem er gut eine Woche vor der Sprengung den Entwurf für den neuen Universitätskomplex und sein gesellschaftliches Transformationspotenzial (Delitz 2006) priest:

„So etwas ist einmalig Genossen, städtebaulich, architektonisch, künstlerisch. ... Es sind neue Kunstwerke, die wir hier schaffen. Das ist die größte humanistische Tat der Arbeiter- und Bauern-Macht. Der Bau einer solchen Universität ist die größte humanistische Tat der Deutschen Demokratischen Republik, weil darin Wissenschaftler ausgebildet werden für die Mehrung des Nationaleinkommens, für den ersten sozialistischen Staat in Deutschland.“ (Fröhlich, 22.5.1968; zit. in Richter 2009)

Entsprechend bewertet er die eindeutige Positionierung von Stadt und Universität als „Schützenhilfe“ gegenüber kirchlichen und denkmalpflegerischen Widerständen, die nach seinem Dafürhalten dazu geführt haben, dass sich die DDR-Regierung lange Zeit vor einem Abriss und Neuaufbau scheute.

Mit dem Bild der politisch gewollten Zerstörung ist für Kowa (2009: 7) sowohl die Erinnerung an die Schändung der Stadt als auch die „Schmach, der Obrigkeit nicht getrotzt zu haben, wie das in Dresden beim Residenzschloss der Fall gewesen war“, verbunden. Offenbar gereichte dieser Erinnerungskomplex jedoch – anders als bei der Dresdner Frauenkirche – nicht dazu, eine originalgetreue Wiederherstellung Jahrzehnte nach der Zerstörung innerhalb der Entscheidungsträger als auch der Bevölkerung durchzusetzen. An dieser Interpretation interessant ist auch der Hinweis auf die Städtekonkurrenz zu Dresden. Während die Bürgerinnen und Bürger der einstigen Residenzstadt deren Hinterlassenschaften wahren konnten, gelang dies der ausgerechnet Bürgerstadt Leipzig mit ihrer Referenz an ihre Vergangenheit als

Geistesstadt, in der Religion und Wissenschaft zeitweise (Häuser 10.9.2009) durchaus verbunden waren, nicht. Kaum mehr nachzuvollziehen ist wohl, inwieweit diese Unfähigkeit auch darin begründet gelegen haben mag, dass ein nicht mehr nutzbarer Herrschaftssitz für das SED-Regime letztlich weniger problematisch war als der Verweis auf die christliche Tradition einer nunmehr reformierten Hochschule. Kowa (2009: 7) geht davon aus, dass sich mit der Zerstörung nur die Erinnerung an das Kirchenäußere, insbesondere die platzbeherrschende Ostfassade von Arwed Rossbach (1897), erhalten hat, die ihrerseits bereits kaum Bezug mehr zu dem weitgehend aus dem 13. Jahrhundert stammenden Inneren hatte, und argumentiert damit implizit gegen die Vorstellung des Paulinervereins für eine Wiederherstellung der Fassade.

#### *Frühere Auseinandersetzungen um Erhalt/Wiederherstellung*

Wenngleich letztlich nicht erfolgreich, erscheint die Einschätzung, die Leipziger Bevölkerung habe „der Obrigkeit nicht getrotzt“ (Kowa 2009: 7), zumindest nicht vollständig zutreffend. Vielmehr sind relativ umfangreiche Protestaktionen vor und nach der Sprengung dokumentiert, gleichzeitig war der Vollzug von erheblichen staatlichen, sich zum Teil anti-klerikal gebärdenden Legitimationsbemühungen und Repressionen begleitet. Inwieweit allerdings Berichte über einen starken Widerstand der Bevölkerung tatsächlich zutreffen, ist heute kaum überprüfbar. So ist es durchaus möglich, „dass Teile der Bevölkerung einen in die Zukunft weisenden Neubau dem Erhalt der historischen Substanz vorzogen“ (Richter 2009; vgl. Engmann 2008: 6) Koch/Koch (2006: 27–61; vgl. insg. auch Koch 2000, 2008) beschreiben insbesondere den studentischen Widerstand bzw. Protest in einiger Detailliertheit, während unklar ist, in welchem Umfang sich auch Nicht-Universitätsangehörige an den nach dem Beschluss am 23. Mai 1968 täglich stattfindenden Versammlungen beteiligten. Obgleich von einem vollständig friedlichen Protest berichtet wird, kam es wiederholt zu Festnahmen und zum Teil ausführlichen Verhören. Ihren Höhepunkt erreichte die Opposition gegen den Kirchenabriss erst drei Wochen nach der Sprengung, als fünf Physikstu-

denten mit Verbindung zu den Studierendengemeinden das Abschlusskonzert der dritten Internationalen Bachkonzerte zum Protest nutzten. Mittels eines automatischen Mechanismus entrollten sie über der Bühne ein Plakat, das mit „Wir fordern Wiederaufbau!“ beschriftet war und bis heute vom Paulinerverein und mittlerweile von Pro Paulinerkirche e.V. ähnlich einem Logo geführt wird. Von diesen ersten Wiederaufbaubefürwortern wurde letztlich nur Dietrich Koch verurteilt und später in den Westen abgeschoben; die übrigen Mitglieder des „AK Universitätskirche und Demokratische Aktion“ wurden bis 1976 weiter beobachtet und waren in dieser Zeit insbesondere in der evangelischen und katholischen Studentengemeinde aktiv, wo sie in Verbindung zum Protest gegen die Stellung der Kirche in der neuen DDR-Verfassung standen. 1976 vermerkte das Ministerium für Staatssicherheit dann die Zerschlagung der „aktiven staatsfeindlichen Gruppierung“. Spätestens nach der Wende traten mehrere Aktivisten wieder für ihr Ansinnen ein, so dass auch die Erinnerung an diese „spektakulärste, erfolgreichste und wohl auch bedeutendste Aktion studentischen Gruppenwiderstands 1968 in der DDR“ (Hartmut Zwahr; zit. auf dem Buchrücken von Koch 2008) wieder auflebte.

Für die weitere DDR-Zeit wird nicht selten von einer Tabuisierung der Sprengung (Engmann 2008: 5) und sogar von der Nicht-Erwähnung der vormaligen Bebauung (Topfstedt 2000: 329) berichtet. Engmann (2008: 5) verweist allerdings auch auf stadtgeschichtliche Literatur aus den 1980er Jahren, in der bereits „ein gewisses Bedauern, dass zumindest die gotische Kirche damals ‚leider‘ nicht in den Neubaukomplex mit einbezogen wurde“, zum Ausdruck gebracht worden sei. Aus eigener Erinnerung schildert er auch den Umgang mit dem Andenken an das zerstörte Bauwerk im Schulunterricht der späten 1980er Jahre und dass die „Brisanz in der jüngeren Geschichte dieser Kirche“ allen bewusst gewesen sei, folglich auch die Geschichte der Sprengung durchaus Teil der *oral history* der Leipziger war. Heymann (26.8.2009) berichtet, dass eine solche Weitergabe vor allem innerhalb der Studentengemeinde stattgefunden habe, wo zudem eine gewisse – wohl eher ironische

– Legendenbildung betrieben wurde, indem erzählt wurde, der wellige Innenhof des Campus sei die „Rache der PK“, deren Fundamente sich senkten. Offiziell sei hingegen lediglich darauf verwiesen worden, dass es einen Vorgängerbau gab, dass dann aber Platz gemacht wurde für ein „tolles neues Gebäude“.

Unklar ist, in welchem Umfang es bereits vor 1989 Rekonstruktionswünsche gab und diese in irgendeiner Weise in entsprechende Bestrebungen mündeten. Wolff (10.9.2009) geht davon aus, dass es ohne Weiteres möglich sei, dass für die heutigen „Pauliner“ – obgleich häufig Zeugen und Betroffene der Sprengung und nicht selten Mitglieder des „Widerstands“ (Stötzner 28.8.2009) – durch die Wende nicht nur ein Möglichkeitsfenster, sondern überhaupt erst der Wunsch entstanden sei. Dafür spricht auch, dass Stötzner (28.8.2009) berichtet, im Herbst 1989 in einer Diskussionsrunde lediglich die Idee einer „Gedächtniskapelle“ geäußert zu haben.

## 5.22 Politisch-gesellschaftlicher Prozess

### Anlass

Richter (2009) geht davon aus, dass nach 1990 „plötzlich“ eine neue Diskussion über die „Gestaltung des wichtigsten Platzes in Leipzig“ bzw. den Wiederaufbau der zerstörten Bauwerke entstanden sei. Tatsächlich ist über den Ursprung der Diskussion um eine Rekonstruktion der Paulinerkirche wohl auch deshalb recht wenig bekannt, weil dieses Vorhaben zunächst mit sehr wenig Nachdruck verfolgt und selbst von den späteren Hauptverfechtern lediglich als „Fernziel“ in die Satzung des am 15. Januar 1992 gegründeten Paulinervereins aufgenommen wurde. Wesentlich wichtiger erschien zunächst die Erinnerung an die Sprengung und das damit verbundene DDR-Unrecht (Stötzner 28.8.2009) innerhalb der „großen[n] öffentliche[n] Abrechnung mit den Fehlleistungen des SED-Regimes“ (Topfstedt 2000: 329). Zerstörung und Widerstand sind mehrfach in den Bürgerforen der Wendezeit thematisiert worden.

Der Paulinerverein geht auch dem Namen nach auf die bereits im Herbst 1990 gegründete „Bürgerinitiative zum Wie-



deraufbau von Universitätskirche und Augusteum in Leipzig“ zurück. Deren Hauptinitiatoren waren Joachim Busse, ein pensionierter Studienrat aus Osterode im Harz, und eine Leipzigerin, die eine Veröffentlichung Busses zum Thema aufgegriffen hatte und ein Treffen arrangiert hatte (Stötzner 28.8.2008). Topfstedt (2000: 329) geht davon aus, dass die wesentliche Anregung zu der Initiative von Gründung des Förderkreises für den Wiederaufbau der Dresdener Frauenkirche im Februar 1990 ausging.

Wesentliches Argument war zunächst, dass in der Paulinerkirche ein „Sinnbild des inneren, geistigen Widerstands in Leipzig“ gesehen wurde, wie es ein erster Rundbrief Busses (1990; zit. in Topfstedt 2000: 329) formuliert:

„Der Wiederaufbau der Kirche wäre nicht nur die Heilung einer baulichen Wunde im Stadtkörper, sondern würde dazu beitragen, den Leipziger Bürgern ein Stück ihrer angeblich verloren gegangenen Identität wieder zurückzugewinnen und wäre ein symbolischer Akt des Dankes für Mut und Beharrlichkeit bei der Durchsetzung ihrer politischen Forderungen im Herbst 89.“ (Topfstedt 2000: 329 mit Verweis auf Busse 1990)

War Busse (1990) noch bereit „aus praktischen Gründen“ (Topfstedt 2000: 329) auch einen anderen Standort zu akzeptieren – genannt wird der der ehemaligen Johanniskirche oder das direkt angrenzende Eckgrundstück von Augustusplatz und Grimmaischer Straße (ehemals Café Felsche) –, so stellte für den Verein ab 1992 zunächst die Wiederherstellung der alten Front zum Augustusplatz einschließlich des Augusteums die wesentliche Forderung dar, zumal zu diesem Zeitpunkt auch der benachbarte „MDR-Würfel“ noch nicht gebaut war. Das Vorhaben wurde primär als ein architektonisch-städtebauliches begriffen, während man sich deutlich nicht als „Kirchenbauverein“ verstand. (Stötzner 28.8.2009)

Ein zweiter Anlass ist allerdings auch darin zu sehen, dass in den 1990er Jahren der Gebäudebestand des Innenstadtcampus der Universität mehr und mehr zur Disposition gestellt wurde. Wenngleich Heymann (26.8.2008) davon ausgeht, dass die unzureichende Qualität der Gebäude lan-

ge bekannt war, so wurde noch in der Auslobung des 2001/2002 durchgeführten Realisierungswettbewerbs von Erhalt und Sanierung des Universitätshauptgebäudes ausgegangen. Von erheblicher Bedeutung dafür, dass der Freistaat Sachsen letztlich erheblichen Eingriffen in den Bestand zustimmte, waren die 600-Jahrfeier der Universität im Jahr 2009 (vgl. Gormsen 10.9.2009), das Bedürfnis der Universität nach dem Repräsentationsraum einer Aula (vgl. Häuser 10.9.2009) und auch das Betreiben des Paulinervereins (vgl. Stötzner etwa 28.8.2009, Heymann 26.8.2009).

#### *Akteure/Zielgruppen*

Als wesentliche Akteure innerhalb der nahezu zwanzig Jahre andauernden Diskussion um den Wiederaufbau der Paulinerkirche und seine konkrete Ausgestaltungen sollen nachfolgend beschrieben werden (vgl. ganz überwiegend auch [www.paulinum-glaswand.de](http://www.paulinum-glaswand.de)):

- die Universität Leipzig, zumeist vertreten durch ihre Rektoren Volker Bigl (1997 bis 2003) sowie Franz Häuser (seit 2003); als weitere Teile der Alma Mater Lipsiensis treten insbesondere in der Diskussion seit 2004 die theologische Fakultät, die beiden Studierendengemeinden, Kustos Rudolf Hiller von Gaertringen und Universitätsmusikdirektor David Timm, seltener die Studierendenschaft vertreten durch den StudentInnenRat in Erscheinung;
- der Freistaat Sachsen, insbesondere die Staatsministerien für Wissenschaft und Kunst sowie für Finanzen, die Baukommission sowie der landeseigene Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement als bauausführendes Unternehmen;
- der Architekt Erick van Egeraat sowie das Büro behet + bondzio (Münster);
- die Stadt Leipzig, vertreten durch die Oberbürgermeister sowie Stadtbauräte sowie die im Stadtrat vertretenen Fraktionen von SPD, CDU, FDP/Bürgerliste, Bündnis 90/Die Grünen sowie der DVU;
- die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsen sowie verschiedene kirchliche Personen, die Katholische Kirche hingegen nur in anekdotischer Erwähnung.

An dieser Stelle nur kurz vorgestellt werden sollen die zivilgesellschaftlichen Akteure, die im Weiteren noch ausführlich betrachtet werden sollen:

- maßgeblich der Paulinerverein – Bürgerinitiative zum Wiederaufbau von Universitätskirche und Augusteum in Leipzig e.V. sowie in besonderer Form einzelne Vereinmitglieder,
- dessen „Abspaltung“ Pro Universitätskirche e.V.,
- das Aktionsbündnis neue Universitätskirche St. Pauli,
- die Stiftung Universitätskirche St. Pauli zu Leipzig
- sowie als einzige institutionalisierte „Gegenöffentlichkeit“ die Bürgerinitiative „Für eine weltoffene, weltliche und autonome Universität Leipzig“.

Wenngleich zumindest der Leipziger Volkszeitung (LVZ) und der Leipziger Bildzeitung zum Teil eine aktive Rolle zugeschrieben wird, die über die von Berichterstattung, Diskussion und Meinungsbildung hinausgeht (vgl. Quester 25.8.2009), soll auf diese Rolle nicht an dieser Stelle eingegangen werden, sondern wird lediglich auf den entsprechenden Abschnitt zur Rolle der Medien und medialer Strategien verwiesen. Zudem gab es an verschiedenen Stellen Initiativen und Aktionen von Personen und Gruppen, die an dieser Stelle nicht in Gänze erfasst und beschrieben werden können. In anderen Rekonstruktionsdebatten maßgeblich beteiligte Akteure wie die (verfasste) Architektenschaft oder der institutionalisierte Denkmalschutz waren innerhalb der Auseinandersetzung um den Wiederaufbau der Paulinerkirche weitgehend abwesend, wenngleich einzelne handelnde Personen auch diesen Gruppen zuzuordnen sind.

Die Universität als bisherige und zukünftige Nutzerin von Gelände und Gebäuden hat eben diese Position in der gesamten Debatte hervorgehoben und stets eine hohe Funktionalität der Gebäude für die ihnen von ihr zugeschriebenen Zwecke eingefordert. Von wesentlicher Bedeutung für das Wiederaufbauvorhaben war dabei der Bedarf für eine Aula, auf die die Universität seit der Beseitigung von Paulinerkirche und Augusteum hatte verzichten

müssen (vgl. insg. Häuser 10.9.2009). Weiterhin wünschte die Universität ein repräsentatives Gebäude und eine entsprechende Front zum Augustusplatz. Zu den geplanten Funktionen gehörte dabei allenfalls in geringem Umfang eine religiöse Nutzung, so dass die Universität nach Erzielung des baulichen Kompromisses durch den Entwurf van Egeraats den Konflikt mit ihren Nutzungsvorstellungen eher weiter forciert hat und nicht gewillt erschien, hier Kompromisse einzugehen. Dies ist teilweise auch auf die fehlenden Erfahrungen im Umgang mit einer Aula zurückzuführen. Frühzeitig wurde zudem eine deutliche Position gegenüber Vorstellungen einer originalgetreuen Rekonstruktion bezogen, wie sie vor allem für die ehemalige Universitätskirche, zumindest nominell auch für das Augusteum bestanden, die nur zum Teil aus den funktionalen Überlegungen herrührt. Gormsen (10.9.2009) geht hier – wie auch bei der Stadt Leipzig – von der Einflussnahme von Architekturschaffenden aus. Gleichwohl hat sich die Universität, sobald sie dazu durch den Beschluss zur Umgestaltung des Innenstadtcampus in der Lage war, dazu bekannt, baulich an die eigene Geschichte und die frühere Universitätskirche erinnern zu wollen – wenngleich sie der architektonischen bzw. baukünstlerischen Ausgestaltung dieser Erinnerung weitgehend emotionslos entgegenstand.

Insgesamt ist festzustellen, dass sich die Universität sowohl baulich als auch strukturell seit der politischen Wende in einem umfangreichen Umbauprozess befindet, der zudem im Kontext eines zunehmenden Wettbewerbs in Forschung und Lehre sowie dem zusätzlichen, auch zeitlichen Druck eines bedeutenden Jubiläums stattfand. Erschwert wurde dieser Prozess zudem durch die „Altlast“ herausragender Bedeutung innerhalb des 1989/90 abgelösten Regimes sowie erhebliche juristische Auseinandersetzungen mit der Staatsregierung über Eigentumsfragen der Liegenschaften (vgl. Häuser 10.9.2009). Aufgrund der Eigenständigkeit universitärer Entscheidungen in Verantwortung vor mehreren Zehntausend Universitätsangehörigen, der letztlich geringen Bedeutung des Einzelbauwerks der Paulinerkirche angesichts eines wesentlich größeren Gesamtbauvolumens sowie der gemessen an der Be-

deutung des Baus für zumindest einen Teil der Stadtgesellschaft geringen Dialogbereitschaft und Transparenz kann das Auftreten der Universität in weiten Teilen des Prozesses mit dem eines privatwirtschaftlichen Investors verglichen werden (vgl. Gormsen 10.9.2009). Dies hat zu erheblicher Kritik und Verwerfungen geführt (vgl. insb. Wolff 10.9.2009). Ein wesentlicher Unterschied zu einem Investor besteht sicher darin, dass sich die Entscheidungsbefugnisse auf Universität und Freistaat verteilen und so durch Ausnutzung des bestehenden Konflikts zwischen den beiden Akteuren erhebliche Veränderungen auch gegen die Vorstellungen und Interessen der Universität möglich waren.

Prominent vertreten wurde sie innerhalb der gesamten Debatte durch die jeweils amtierenden Rektoren, Volker Bigl (1997 bis 2003) und Franz Häuser (seit 2003). Dies führte insbesondere außeruniversitär zu Fehlinterpretationen bis hin zu unterstellten Alleingängen oder gutsherrlichem Auftreten (vgl. Universität Leipzig 2008: 3). Als stärkste persönliche Identifikation mit den Aufgaben der Universitätsleitung kann sicher der Rücktritt Bigls und der drei Prorektoren im April 2003 gelten. Während dies in der Öffentlichkeit mit der sachlichen Entscheidung des Landes verbunden wurde, einem Wiederaufbau nicht länger entgegen zu stehen, so war der Entschluss wohl wesentlich in der Treuwidrigkeit der Regierung gegenüber der Universität und ihrem Rektorat begründet (Häuser 10.9.2009). Das Land hatte nicht nur in die Autonomie der Hochschule eingegriffen, sondern war von der innerhalb eines Rechtsstreits über die Konsequenzen des Einheitsvertrags für die universitären Liegenschaften erzielten Einigung abgewichen. In einem Vergleich war unter anderem festgehalten worden, dass der Freistaat die Universität bei ihren Neubauplänen unterstützen würde. Das öffentliche Missverständnis führte jedoch im Rahmen von Solidaritätsbekundungen auch zu verstärkten Bekenntnissen gegen einen originalgetreuen Wiederaufbau (LVZ 31.1.2003; vgl. Universität Leipzig 2008: 10). Unterstützt wurde der Rektor in seinen Neubaubestrebungen jeweils durch den akademischen Senat, den StudentInnenrat sowie die Baukommission der Hochschule (im Falle der Glaswand zudem von Kunst-

kommission und Orgelkommission). Die inneruniversitäre Opposition bestand hingegen lange Zeit lediglich aus Einzelpersonen, was sich erst durch die Auseinandersetzung um die Glaswand änderte.

Nun meldeten sich auch die Institutionen des Universitätsmusikdirektors, der durch die Glaswand die Nutzbarkeit der Aula beeinträchtigt sieht, und die Theologische Fakultät als zukünftigen Hauptnutzerin des „Andachtsraums“ zu Wort, die eine durch die Wettbewerbsauslobung verabredete „Nutzung als Kirche und Aula“ forderte. Zu ihrer Haltung im eigentlichen Konflikt um den Wiederaufbau war auch die Fakultät so wenig beteiligt gewesen, dass der Vorsitzende des Paulinervereins heute kritisiert, sie seien „selbst mit einer Betstube in der Besenkammer“ (Stötzner 28.8.2009) zufrieden gewesen. Selbst die Studentengemeinden stellten lediglich sehr moderate Forderungen zur vor allem offeneren Nutzung der Räumlichkeiten. In einer „Erklärung christlicher Studentinnen und Studenten“ stellen diese „mit unterschiedlichen Meinungen zu Namensgebung und Raumteiler [...] einen breiten Konsens zur zukünftigen Nutzung fest“ ([www.esg-leipzig.de](http://www.esg-leipzig.de)).

Von Seiten des Freistaats Sachsen sind die Staatsministerien für Wissenschaft und Kunst und für Finanzen als Bauherr sowie der Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement (SIB) als bauausführendes Unternehmen in das Bauvorhaben involviert. Die drei Institutionen besetzen auch die Baukommission, die auch als Beschlussgremium für Baupläne fungiert. Der Freistaat Sachsen stellt sich als ein relativ unbeständiger Akteur dar, der in einem entscheidenden Moment eine Kehrtwende in der Positionierung hinsichtlich Neu- oder Wiederaufbau vollzogen hat. Diese veränderte Positionierung lässt sich wesentlich mit dem Wechsel in der Spitze der Landesregierung nach dem altersbedingten Rücktritt von Ministerpräsident Kurt Biedenkopf, möglicherweise aber auch mit der nahezu gleichzeitigen Zunahme von zivilgesellschaftlichen Initiativen für einen Wiederaufbau erklären (Stötzner 28.8.2009). Biedenkopf, der kurze Zeit selber Professor an der Universität Leipzig war, bevor er Ministerpräsident wurde, hatte die Hochschule in ihrer

ablehnenden Haltung unterstützt. Unter seinem Nachfolger Georg Milbradt kam es 2003 hingegen zu einer Unterstützung der Wiederaufbaubestrebungen und zu einem entsprechenden Beschluss hinsichtlich der Campusplanungen, der letztlich zum Rücktritt des Rektorats führte. Beachtlich hinsichtlich der Rolle des Freistaats ist allerdings auch, dass er in erheblichem Umfang zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt hat, um den Bau entsprechend den Wettbewerbsergebnissen zu verwirklichen – der vierte Bauabschnitt aus Paulinum und neuem Augusteum kostet 76 Millionen Euro ([www.uni-leipzig.de](http://www.uni-leipzig.de); vgl. hierzu kritisch Quester 25.8.2008).

Öffentlich kaum aktiv in Erscheinung getreten sind die beauftragten Architekten für den Campusneubau – weder die im ersten Wettbewerb erfolgreichen, aber im Qualifizierungsverfahren unterlegenen Behet und Bondzio, noch der Sieger des zweiten Wettbewerbs, Erick van Egeraat. Beide Büros beweisen erhebliche Flexibilität hinsichtlich der Überarbeitungswünsche von Universität und Freistaat sowie – wenngleich für sie nicht in gleichem Maße relevant – öffentlich geäußerten Wünschen. So äußerten die im ersten Campuswettbewerb zweitplatzierten Behet und Bondzio bei einer kontroversen öffentlichen Diskussion ihrer Arbeit „aufgeschlossenen gegenüber der Forderung, dass der Erinnerungsgedanke noch einer deutlichen Vertiefung bedürfe“ (LVZ 7.8.2002) und scheinen sich auch nicht wesentlich gegen den als Qualifizierungsverfahren ausgeschriebenen zweiten Wettbewerb verwehrt zu haben, in dem sie schließlich gegen van Egeraat unterlagen. Dieser war bereits innerhalb des diskursiven Teils des zweistufigen Verfahrens stets bemüht, die Jury davon zu überzeugen, dass er zu erheblichen Änderungen bereit sei (Häuser 10.9.2009). In der weiteren Diskussion erschien er teilweise als Moderator zwischen den erheblich widersprüchlichen Anforderungen der übrigen Akteure und brachte insbesondere im ersten Jahr nach dem Wettbewerb mehrfach deutlich veränderte Entwürfe des Innenraums in die Debatte ein (vgl. etwa Koch/Koch 2006: 75–81). So sieht er auch das Bauwerk als einen „perfekte[n] Kompromiss“ (zit. in LVZ 10.4.2008). Obgleich er dabei sowohl in Fragen der Materialität als auch des Grundrisses hohe Fle-

xibilität zeigte und mehrfach durch recht waghalsige Vorschläge – zu nennen insbesondere die Lichtsäulen, aber auch die nun gebauten hängenden Säulen und die Glaswand – auffiel, so beharrte er in einigen Punkten auf seinem ursprünglichen Entwurf und versucht diesen nun nach Pleite (LVZ 26.1.2009) und Kündigung (LVZ 18.2.2009) in mehreren Fällen auch gerichtlich durchzusetzen (Gormsen, Häuser 10.9.2009, vgl. LVZ 4.5.2009, 15.9.2009., 23./24.9.2009). Gleichwohl kündigte er an, auch weiterhin konstruktiv mitwirken zu wollen, sei das Paulinum „doch sein Baby“ (zit. in LVZ 4.9.2009).

Die Rolle der Stadt Leipzig wird unterschiedlich bewertet, wobei Einigkeit darüber herrscht, dass sie sie weitgehend unauffällig, d.h. eher innerhalb von Verhandlungen als innerhalb öffentlicher Debatten ausgefüllt hat. Die Wiederaufbaubefürworter kritisieren die Stadt für ihre Passivität; sie habe nicht als Meinungsbündlerin oder Ombudsmann fungiert (Heymann 26.8.2009), zumal sich der Oberbürgermeister und die SPD-Fraktion als damals stärkste Kraft im Stadtrat eindeutig für einen Neubau positioniert haben. Hier ist allerdings auch die verstärkende Wirkung des Vertrauensbruchs durch die Landesregierung (s.o.) zu beachten. Quester (25.8.2009) weist allerdings darauf hin, dass die Stadt innerhalb ihrer Planungshoheit und ihrer Mitarbeit an den Wettbewerbsverfahren ihre Interessen an der Umgestaltung des Innenstadtcampus stets habe durchsetzen können, wenngleich dies öffentlich wenig beachtet worden sei. Eigene Aktivitäten hat die Stadt – bzw. ihr erster Stadtbaurat nach 1990, Gormsen (10.9.2009) – hinsichtlich des Augustusplatzes unternommen. Hier wurde bereits 1994 ein Ideenwettbewerb zur Gestaltung ausgeschrieben, der zum Teil als ein erster Campus-Wettbewerb missverstanden wurde. Das Ergebnis entstand allerdings unter dem Eindruck, dass die bisherige Universitätsgebäude erhalten bleiben würden, so dass verschiedene Aufbauten nun die freie Sicht auf Paulinum und neues Augusteum verstellen und Überlegungen zu einer neuerlichen Umgestaltung bestehen (Heymann 26.8.2009). Mit unterschiedlichem Ziel und Engagement haben sich die übrigen Stadtratsfraktionen mit dem Thema auseinandergesetzt, wobei insgesamt

nicht von einem vertieften Interesse – verglichen mit anderen Bau- und Planungsvorhaben – ausgegangen werden kann. Die CDU sowie die FDP/Bürgerfraktion haben sich nach dem aus ihrer Sicht nicht erfolgreichen ersten Realisierungswettbewerb für einen Wiederaufbau „als Maximalforderung“ (Heymann 26.8.2009 für die CDU) ausgesprochen, was Grünen-Stadtrat Quester (25.8.2009) noch heute als parteipolitische Strategie auffasst, wie auch seine Partei es damals mit einem Populismus-Vorwurf quittierte (LVZ 1.2.2002). Allerdings war es dem Paulinerverein, in dem zudem mehrere CDU-Fraktionsmitglieder Mitglied sind, auf diese Weise auch möglich, über die Kontakte zu Landespartei und Staatsregierung auf den Freistaat einzuwirken, was gemeinsam mit dem Engagement Blobels zu dessen Meinungswandel führte (Heymann 26.8.2009, Stötzner 28.8.2009). Im Übrigen scheinen die Kontakte allerdings nicht ausreichend für eine dauerhafte Zusammenarbeit von CDU und Paulinerverein gewesen zu sein, zeigt sich Stötzner (28.8.2009) doch enttäuscht über die Arbeit im Stadtrat. Hier habe ein einzelner SPD-Vertreter, der im Widerspruch zu seiner Fraktion agiere, und insbesondere der Vertreter der DSU mehr bewirkt. Für die Unterstellung eines weitgehend machtpolitisch bzw. populistisch motivierten Vorgehens der CDU spricht auch, dass sie sich nach Veröffentlichung des zweiten Wettbewerbsergebnisses und dem Bürgervotum für van Egeraat für diese Lösung ausgesprochen hat (vgl. Heymann 26.8.2009). Lediglich durch Erzählungen Stötzners (28.8.2009) belegt ist die Anekdote, dass der Oberbürgermeister Tiefensee zu seiner Amtszeit nach einem Besuch der rekonstruierten Moskauer Erlöserkathedrale versucht habe, den damaligen Rektor der Universität Bigl von einem originalgetreuen Wiederaufbau zu überzeugen, hiermit allerdings gescheitert sei. Auch insgesamt habe er zu zurückhaltend agiert, während Stötzner unbestätigte Aussagen der Landesregierung heranzieht, Tiefensee hätte lediglich den Wiederaufbauwunsch äußern müssen, um ihn erfüllt zu bekommen.

Da es sich bei dem Wiederaufbauvorhaben um eine ehemalige Kirche handelt, wurde der Fall der Paulinerkirche auch ausgewählt, um die Rolle der Kirche sowie ver-

schiedener kirchlicher Akteure genauer zu untersuchen. Es stellte sich die Frage, inwiefern die Positionierung der Kirche und religiöse Motive innerhalb der Entscheidungsfindung von Bedeutung waren. Im Zwischenbericht wurde zudem danach gefragt, wie die positive Haltung der Kirche im Leipziger Fall im Kontrast zu der häufig festzustellenden Ablehnung des Wiederaufbaus von Kirchen andernorts zu erklären sei. Insbesondere hinsichtlich der zweiten Frage ist an dieser Stelle eine Korrektur erforderlich. Weder die Leipziger Kirchen noch die Evangelisch-Lutherische Landeskirche oder das Bistum Dresden-Meißen haben über lange Zeit überhaupt Anteil an der Debatte genommen. Auch waren religiöse Motive über weite Teile der Diskussion nicht wesentlich präsent, obwohl sie für den individuellen Wunsch vieler Befürworter von vorne herein bedeutend waren (Stötzner 26.8.2009) und ihnen nun zum Teil eine versuchte „Christianisierung“ vorgeworfen wird (Schroth/Tesch 26.8.2009) – ein Vorwurf, der 2003 bereits in Richtung der Landesregierung ausgesprochen wurde (vgl. Koch/Koch 2006: 12). Das geringe Engagement der Institution Kirche wird auch damit begründet, dass St. Pauli als Universitätskirche niemals in ihrem Besitz war und damit auch nach der politischen Wende keinerlei Handlungserfordernis entstand (Stötzner 28.8.2009, Wolff 10.9.2009). Offenbar wurde die Kirche zunächst auch vom Paulinerverein nicht als möglicher Verbündeter betrachtet, zumal die Landeskirche auch im Fall der Dresdner Frauenkirche zunächst deutlich zurückhaltend, ja eher ablehnend reagiert hatte. Vergrößert wurde die Distanz zwischen Verein und der Kirche einschließlich der Theologischen Fakultät offenbar dadurch, dass mit Jutta Schrödl eine „rote Socke“ (Stötzner 28.8.2009) im Vorstand des Paulinervereins aktiv war, die bis zur Wende Aussichten auf einen Marxismus-Leninismus-Lehrstuhl an der Universität hatte. Eher eine Anekdote ist die von der LVZ am 18.3.2003 vermeldete Unterstützung des Vatikans für das Wiederaufbauvorhaben: Der damalige Pauliner-Vorsitzende Blobel hatte Kardinal Ratzinger in einem anderen Zusammenhang getroffen und kurz auf die Paulinerkirche angesprochen (Häuser 10.9.2009). Gleichwohl gab es aber zeitweise ein Interesse

innerhalb der katholischen Gemeinde in Leipzig, anstelle eines notwendigen Neubaus andernorts die Universitätskirche zu ihrer Pfarrkirche zu machen.

Zwei Dinge änderten dann die Haltung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche grundlegend: Zum einen fokussierte sich die Diskussion, wie sie vom Paulinerverein und zunehmend auch anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen (s.u.) geführt wurde, nach dem Sieg van Egeraats und dem damit erzielten Konsens über die architektonische Hülle auf die Innenraumgestaltung und -nutzung. Zum anderen wurde ebenfalls 2004 ein neuer Landesbischof Jochen Bohl eingeführt und dieser vom ebenfalls neuen Paulinervorsitzenden Stötzner (28.8.2009) relativ bald für die verbliebenen Forderungen des Vereins gewonnen. Innerhalb des weiteren Streits um die Innenraumgestaltung und Nutzung formulierte er scharfe Kritik an der Universitätsleitung und der von ihr vorgesehenen Trennung in Aula und Andachtsraum. ([www.evls.de](http://www.evls.de)) Aktivster oder doch zumindest streitbarster Kirchenvertreter ist seitdem der Pfarrer der Thomaskirche Christian Wolff (10.9.2009), der mit bewusster Polemik und provokativen Aktionen für ein deutlicheres „Bekenntnis der Universität zu ihrer Geschichte“ durch Absicherung der „historischen Dreifachnutzung“ aus Kirche, Aula und musikalischem Veranstaltungsraum eintritt (vgl. hierzu Häuser 10.9.2009, der diese nur für vierzig bis sechzig Jahre belegt sieht), allgemein aber auch für eine universitäre „Bildung, die ohne Wertvermittlung nicht auskommt“ (Wolff zit. In LVZ 30.8.2008). Anlass für sein Engagement ist dabei die Aussage der Universität, keine Kirche, sondern eine Aula zu bauen. Wolff gehört auch zu den Initiatoren des Aktionsbündnisses „Neue Universitätskirche St. Pauli“, dessen Forderungen Wolff zum Reformationstag 2008 als „5 Leipziger Thesen“ an den Bauzaun des Paulinums geschlagen hat. Dabei geht es um die Dreifachnutzung, den Namen „Universitätskirche St. Pauli“, die Verhinderung der Glaswand und die Aufstellung von Altar und Kanzel der alten Kirche. Schließlich besteht seitens der Kirche das Angebot zur Restaurierung und Aufstellung der Barockkanzel und ist weiterhin der Verbleib des vor der Sprengung geretteten Altars der Paulinerkirche fraglich,

der noch bis mindestens 2013 in der Thomaskirche steht. Mittlerweile wurde durch ein Rechtsgutachten festgestellt, dass die Kirche vor der Sprengung nicht entwidmet wurde und das neue Bauwerk als gewidmet gelten kann. Stötzner (28.8.2009) geht daher davon aus, dass es zu einem Staatsvertrag zwischen Freistaat und Landeskirche kommen wird, um die Nutzung zu regeln.

Die wesentlichen Akteure, die sich für einen Wiederaufbau der Paulinerkirche und damit in der Regel auch für eine Wiederaufnahme der gemischten kirchlich-säkularen Nutzung aussprachen, waren zivilgesellschaftlich organisiert. Hauptorgan der Befürworter war der „Paulinerverein“ („Bürgerinitiative zum Wiederaufbau von Universitätskirche und Augusteum in Leipzig e.V.“), der – entstanden aus der gleichnamigen Bürgerinitiative (s.o.) – bereits ab 1992 in Erscheinung trat und der im Wesentlichen im Abschnitt über die Rolle lokaler Bürgerinitiativen untersucht werden wird. Der Paulinerverein war lange Zeit der einzige institutionalisierte Akteur, der sich neben verschiedenen Aktionen von (prominenten) Einzelaktionen für einen Wiederaufbau stark machte. Bemerkenswert ist, dass der Verein eine große Meinungspluralität besitzt und sich daher nie definitiv auf eine Form des Wiederaufbaus festgelegt hat – wenngleich bei einer Mitgliederbefragung eine Mehrheit für einen originalgetreuen Wiederaufbau votierte (Stötzner 28.8.2009). Dadurch gab es zumindest für den Vorstand stets einen gewissen Handlungsspielraum für eine Kompromissfindung, andererseits aber keine einfach vermittelbare Vision (vgl. Heymann 26.8.2009). Nach vereinsinternen, allerdings maßgeblich personellen Querelen entstand 2006 der Verein „Pro Universitätskirche e.V.“. Wenngleich sich aus dem Debattenverlauf vermuten ließe, dass sich hier vor allem jene „Pauliner“ versammelten, denen die Linie des Paulinervereins nicht deutlich genug den Neubau als Kirche und als Gedenkstätte für die Opfer der sozialistischen Diktatur herausstellte, so erscheint dies als nicht zutreffend (vgl. Stötzner 28.8.2009). Auch weitere Initiativgründungen erfolgten erst nachdem die Hauptauseinandersetzung durch den Wettbewerb „befriedet“ schien: Im Jahr 2008 wurde ein Aktions-

bündnis „Neue Universitätskirche St. Pauli“ gebildet, das sich gegen den Bau einer Glaswand zwischen Aula und Chorraum aussprach und dem auch verschiedene Kirchengemeinden angehören, sowie eine Stiftung „Universitätskirche St. Pauli zu Leipzig“ gegründet, die Ausstattung und Nutzung des Neubaus etwa durch Restaurierung der Barockkanzel und Übernahme von Betriebskosten fördern will, sich gleichzeitig aber auch gegen die Glaswand positionierte. In diesem Zusammenhang formierten sich außerdem die „Studentischen Mitglieder der Universitätsmusik“ sowie das Bacharchiv Leipzig als zukünftige konzertante Nutzer und eine Bürgerinitiative „Für eine weltoffene, weltliche und autonome Universität Leipzig“, die die Position der Universität unterstützt und sich „gegen die Umdeutung und Umnutzung des Paulinums zu einer Kirche“ ausspricht.

Obwohl die Rekonstruktionsbefürworter nie als eine breite Bürgerbewegung anzusehen waren (Wolff 10.9.2009) und sich – zumindest mittlerweile – auch selber als Minderheit betrachten (Stötzner 28.8.2009), fehlte lange Zeit eine bürgerschaftliche Gegenposition. Sporadisch gab es Äußerungen von Einzelpersonen und im Moment des Rücktritts des Universitätsrektors auch eine weitgehend aus der Hochschule heraus entstandene Initiativgruppe, doch zur Bildung einer Bürgerinitiative kam es erst, als innerhalb des Streits um die Glaswand der Ton schärfer wurde und Prof. Zöllner (Kunstgeschichte) um eine entsprechende Stimme aus der Leipziger Bevölkerung bat. Es fand sich spontan eine Gruppe zusammen, die sich als Bürgerinitiative „Für eine weltoffene, weltliche und autonome Universität Leipzig“ seitdem im Wesentlichen gegen einen wachsenden klerikalen Einfluss auf die Universität wehrt (vgl. Schroth/Tesch 26.8.2009).

### *Verlauf*

1990 kam es mehr zufällig zur Gründung einer Bürgerinitiative durch den Lehrer Joachim Busse aus Osterode am Harz, der zur Paulinerkirche veröffentlicht hatte, und eine Leipzigerin. Die Vereinsgründung erfolgte wenig später am 15. Januar 1992 durch ein knappes Dutzend Personen, denen es zu diesem Zeitpunkt insbesondere um die Wiedererrichtung der

Front zum Augustusplatz ging, bestehend aus Paulinerkirche und Augusteum. Entsprechend lautet der Name des Vereins bis heute „Paulinerverein – Bürgerinitiative zum Wiederaufbau von Universitätskirche und Augusteum in Leipzig e.V.“. (Stötzner 28.8.2009) Bis heute unverändert nennt die Vereinssatzung drei Ziele ([www.paulinerverein.de](http://www.paulinerverein.de); vgl. Stötzner 28.8.2009):

- Erinnerung an die Zerstörung der Bauwerke und deren Umstände
- Unterstützung der Restauration erhaltener Teile der Innenausstattung
- Wiederaufbau von Paulinerkirche und Augusteum „als Fernziel“

Darin deutet sich an, dass die Vereinsmitglieder zu diesem Zeitpunkt nicht mit einer baldigen Realisierung ihres Rekonstruktionswunsches rechneten. Stötzner (28.8.2009) geht zudem davon aus, dass sie sich nicht als „Kirchenbauverein“ sahen und den Wiederaufbau vielmehr als eine architektonisch-gestalterische Aufgabe ansahen.

Neben eigener Publikationstätigkeit und Veranstaltungen etwa zum 25. Jahrestag der Sprengung konnte der Verein sein Anliegen insbesondere dadurch öffentlich vertreten, dass innerhalb der Diskussion um die Leipziger (Innen-)Stadtentwicklung, die sich nach der politischen Wende aufgrund des erheblichen Modernisierungs- und Anpassungsbedarfs stellte, auch das städtebauliche Umfeld der beiden Gebäude ins Blickfeld rückte. Ein wesentlicher Punkt war ein von Stadt, Land und Verein 1994 veranstalteter Ideenwettbewerb zur Neugestaltung des Augustusplatzes, bei dem die Teilnehmer auch aufgefordert waren, Vorschläge zur städtebaulichen Weiterentwicklung der Platzkanten einschließlich des Innenstadt-campus zu erarbeiten. Wenngleich eine Möglichkeit zur Präsentation des Anliegens und mitfinanziert, war ein originalgetreuer Wiederaufbau durch die Auslobung ausgeschlossen und wurde auch nur von wenigen teilnehmenden Architekten vorgeschlagen. In ihrer Schilderung des Diskussionsverlaufs bezeichnen Dietrich und Eckhard Koch (2006: 9) die Auseinandersetzung ab Mitte der 1990er Jahre als einen „Kulturkampf“. In den folgenden Jahren und insbesondere im Umfeld

des 30. Jahrestags der Sprengung forderte der Paulinerverein weiterhin öffentlich einen Wiederaufbau und verdeutlichte sein Anliegen unter anderem mit der Errichtung einer Kunstinstallation, die vor dem Universitätsgebäude den Kirchgiebel aus Stahlträgern nachbildete. Trotz Unterstützung durch eine Werbekampagne von Mitteldeutschem Rundfunk und Bild Leipzig führte dies weder zu einem breiten öffentlichen Interesse noch zu einer politischen Fürsprache. Früh sprachen sich in öffentlichen Podiumsdiskussionen neben Architekten und Denkmalpflegern auch Vertreter der Stadtverwaltung und der Universität sowie der Kirche gegen einen Wiederaufbau aus. Ein Arbeitskreis unter Leitung von Thomas Topfstedt (vgl. auch insg. dens. 2001), einem renommierten Leipziger Architekturhistoriker, entwickelte 1998 Leitvorstellungen zur Planung des Bereichs. Auch diese gehen nicht von einem Wiederaufbau aus, bedeuteten aber dennoch weiteren Antrieb für den Paulinerverein, da sich die Umbaupläne der Universität am innerstädtischen Standort konkretisierten und insbesondere im Hinblick auf die 600-Jahrfeier ihrer Gründung auch die Forderung nach einer repräsentativen Aula enthielten.

Ab Mitte 2001 verstärkten sich die Aktivitäten für einen Wiederaufbau der Paulinerkirche, nachdem es zu Anfang des Jahres zu erheblichen Auseinandersetzungen innerhalb des Vereins gekommen war und in der Öffentlichkeit der Eindruck entstand, es bestehe kein Interesse mehr an einem originalgetreuen Wiederaufbau ([www.paulinerverein.de](http://www.paulinerverein.de)). Zunächst unabhängig vom Verein kam es zu einer öffentlichen Fürsprache des Medizin-Nobelpreisträger Prof. Günter Blobel (New York) und Prof. Ludwig Güttlers (Dresden), der zeitweise Vorsitzender der Gesellschaft zur Förderung des Wiederaufbaus der Frauenkirche Dresden e. V. war. Daraus entstand der so genannte „Prominentenaufruf“, den zwei Vereinsmitglieder, Dr. Martin Helmstedt und Dr. Manfred Wurlitzer, privat initiierten. Ihm schlossen sich insgesamt 32 Personen an, darunter Günter Blobel, Ludwig Güttler, der Maler Wolfgang Mattheuer und die Grafikerin Ursula Mattheuer-Neustädt (beide Leipzig), der grüne Bundestagsabgeordnete Werner Schulz und Carl Friedrich von Weizsäcker sowie mehrere

Landtagsabgeordnete und Stadträte. Später im Jahr folgte ein Aufruf von 27 Nobelpreisträgern unter der Federführung von Günter Blobel, der 2002 zum Vorsitzenden des Paulinervereins gewählt wurde.

Im September 2001 wurde von der CDU-Landesregierung noch in Einklang mit der SPD-Rathauspitze und Universitätsleitung ein Realisierungswettbewerb für Um- und Neubau des gesamten Innenstadtcampus ausgeschrieben. Trotz mehrfacher Intervention des Paulinervereins und verschiedener Privatpersonen – etwa dem Aufruf der Nobelpreisträger am Tag der ersten Jurysitzung – wurde die Kernforderung des Prominentenaufrufs nach einer „Option des Wiederaufbaus“ ([www.paulinerverein.de](http://www.paulinerverein.de)) nicht in den Auslobungstext aufgenommen, der zudem erst mit der Veröffentlichung für den Verein zugänglich wurde. Innerhalb der Auslobung wurde auch ein architektonisch angemessener Umgang mit der jüngeren Geschichte des Ortes gefordert. Da gleichzeitig eine 600 Plätze fassende „Pauliner Aula“ als „geistiger Mittelpunkt“ der Universität gefordert wurde, schien eine Rekonstruktion zunächst nicht vorgesehen. Jedoch gab das Wettbewerbsergebnis – wohl unbeabsichtigt (Friedrich 2002) – diesen Bemühungen neuerlichen Auftrieb. Von den 27 Arbeiten, die von ursprünglich 130 in einer zweiten Phase überarbeitet wurden, setzte keine „alle Forderungen des Auslobers in höchster Qualität“ um, so dass kein erster Preis vergeben wurde. Obwohl sich die Fachpresse bemühte zu erklären, dass dadurch „weder das Verfahren noch die Lösungen in Frage gestellt“ (Friedrich 2002) seien und gerade der zweite Preis von Martin Behet und Roland Bondzio (Münster) als „zukunftsweisender Vorschlag“ gewürdigt worden sei, ermöglichte diese Jury-Entscheidung eine weit ungehemmtere öffentliche Kritik. Noch vor der Juryentscheidung hatte sich die Leipziger FDP für eine „Integration“ der Paulinerkirche in die Neubebauung ausgesprochen, einen „Nachbau“ allerdings abgelehnt. Stattdessen sollten „ihr altes Erscheinungsbild und die verbliebenen Bauelemente [...] in einen Neubau integriert werden“ (zit. in: LVZ vom 12.12.2001). Einen Monat später positionierte sich mit dem Vorstand des CDU-Stadtverbands erstmals ein politi-



sches Gremium in Leipzig deutlich für einen Wiederaufbau.

Im Januar 2003 kam es zum Bruch der Landesregierung mit Stadt und Universität. Gut ein halbes Jahr nach dem Ausscheiden von Ministerpräsident Biedenkopf, vor allem aber nach intensiven Gesprächen durch Blobel, unterstützte das Kabinett nun einen originalgetreuen Wiederaufbau der Paulinerkirche, was sofort zu heftigen Reaktionen in Leipzig führt: Am 30. Januar trat der Rektor der Universität, einen Tag später die Prorektoren zurück, da sie sich von der Regierung übergangen sahen. Leipzigs Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee (SPD) sprach angesichts der Kabinettsentscheidung von einem „schwarzen Tag“ für die Stadt, während der Landtagsabgeordnete Cornelius Weiss gar eine „Christianisierung auf kaltem Wege“ sah (vgl. Koch/Koch 2006: 12). In einem Schlichtungsgespräch zwischen Vertretern des Landes, der Stadt und der Universität wurde ein Kompromissvorschlag erarbeitet, der als Überarbeitung des preisgekrönten Wettbewerbsentwurfs ein an die Kirche erinnerndes Gebäude mit modern gestalteter Aula beinhaltete. Im Anschluss wurden auf unterschiedlichen Ebenen Befürworter und Gegner mobilisiert. Gerade in diesem entscheidenden Moment gab es erneut Differenzen innerhalb des Pauliner-Vorstandes, wobei eine Gruppe so weit ging, eine zeitgenössische Paulinerkirche zum Vereinsziel erklären zu wollen. Als schließlich die Universität im August 2003 erklärte, eine originalgetreue Wiederherstellung sei nach den Verhandlungen mit der Landesregierung ausgeschlossen, gab es durch den Vereinsvorstand keinerlei Stellungnahme (Koch/Koch 2006: 13). Schließlich einigten sich Land, Stadt und Universität auf ein Qualifizierungsverfahren, in dem aufbauend auf dem alten Ergebnis die Ausführung der Aula bzw. Kirche im Detail geklärt werden sollte. Sowohl eine Neuinterpretation als auch eine Orientierung am historischen Erscheinungsbild sollten zulässig sein.

Friedrich (2004) geht davon aus, dass der Wettbewerb unter dem Eindruck einer rekonstruktionsfreundlichen Stimmung in der Stadt stand und es deshalb innerhalb der zweiten Phase zu Überarbeitungen gekommen sei, um die „Entwürfe ein biss-

chen mehr ‚auf Kirche‘ [zu trimmen]“. Er kritisiert zudem die Zusammensetzung der Jury mit nur zwei freien Architekten und die Indiskretion durch die Vertreterin des Paulinervereins. Sie hatte die Ergebnisse der ersten Wettbewerbsphase mit samt Abbildungen an die Presse weitergeleitet, die daraufhin zu Abstimmungen aufrief. (Koch/Koch 2006: 13) Während die Bild auch einen originalgetreuen Wiederaufbau und den ausgeschiedenen Kollhoff-Entwurf zur Abstimmung stellte, ergab die Wahl der LVZ zwischen den vier in Überarbeitung befindlichen Beiträgen eine eindeutige Mehrheit für den betont zitierenden, zugleich aber auch eindeutig zeitgenössischen Entwurf des Niederländers Erick van Egeraat. Dies führte zu keinerlei Konsequenzen seitens des Auslobers, wohl aber zum Rücktritt einer Architektin und eines Architekten aus der Jury, die damit gegen den Bruch der Wettbewerbsregeln und die fehlende Resonanz des Veranstalters protestierten (Quester 25.8.2009). Der populäre Egeraat-Entwurf wurde, obwohl in der ersten Runde beinahe ausgeschieden, mit einer Mehrheit von zehn der 13 verbliebenen Jurymitglieder zum Sieger erklärt und die Auswahl von Presse und Politik als Durchbruch gefeiert, da er sowohl die Repräsentationsbedürfnisse der Universität als auch die Erinnerung an die Paulinerkirche berücksichtigte und dafür im äußeren wie inneren Erscheinungsbild starke Anleihen an der Kirche nahm. Die später vorgetragene Meinung, im Inneren habe Egeraat einen originalgetreuen Wiederaufbau vorgeschlagen, sind hingegen nicht richtig (vgl. Engmann 2008: 86), da hier insbesondere die Materialwahl nicht dem Original entsprach. Von der Architekturkritik wurde der Entwurf zum Teil als „Spektakel [...] mit eingebautem Verfallsdatum“ (Jaeger 2004) abgetan.

Für den Paulinerverein bedeutete der ungewollt erzielte Kompromiss erneute Schwierigkeiten hinsichtlich der eigenen Zielsetzung, konnten sich doch einige auch prominente (Vorstands-)Mitglieder sehr gut mit der gefundenen Lösung abfinden. So nannte der amtierende Vereinsvorsitzende die Dachlandschaft van Egeraats „spannender als die ursprüngliche Fassade Rossbachs“ (zit. in LVZ 26.3.2004 und 25.8.2004) und befand, der Verein habe „sein ‚Hauptziel‘ erreicht: eine go-

tische Halle in den historischen Ausmaßen der Paulinerkirche und mit dem sehr schönen Gewölbe der ehemaligen Paulinerkirche“ (zit. in Handelsblatt 30.12.2004). Das Ergebnis sei nur durch die Arbeit des Vereins zustande gekommen, „sonst hätte Leipzig noch einen zusätzlichen Betonklotz bekommen“ (ebd.). Ähnlich hatte sich auch die Vereinsprecherin Jutta Schrödl in der ersten Hälfte des Jahres 2004 geäußert. Auch durch weitere interne Querelen, die zur Annullierung einer Vorstandswahl durch das Amtsgericht führten (LVZ 18.8.2004), kam es zum Rücktritt Blobels vom Vereinsvorsitz und schließlich zum Austritt (LVZ 25.8.2004, Koch/Koch 2006: 13–14). Zwischenzeitlich hatte der Verein dadurch einen gerichtlich bestellten Vorstand (LVZ 4.10.2004).

Zwischen der Verkündung des Wettbewerbsergebnis und Baubeginn erfolgten durch Einwirken insbesondere der Universitätsleitung erhebliche Änderungen am ursprünglichen Entwurf des Innenraums, der zwar eine Aufweitung und Erhöhung, aber eine „Beibehaltung“ des gotischen Querschnitts des Hauptschiffs bei Verschmälerung der Seitenschiffe vorgesehen, jedoch entsprechend der historischen Vorlage sechs Säulenpaare geplant hatte. In einer Entscheidung, die sie selber mit finanziellen und praktischen Überlegungen begründete, im Paulinerverein allerdings als Affront gegen eine sakrale Raumgestaltung und somit eine „[...] Wiedergutmachung [im Inneren]“ (Koch/Koch 2006: 75) angesehen wurde, beschloss die Universität in Absprache mit dem Architekten, eine säulenfreie Aula zu bauen. Nach neuerlichem, den Verein offenbar erneut einenden Protest war es wiederum van Egeraat, der mit einem Kompromiss aufwartete: Statt steinerner Säulen wolle er sie aus „Porzellan, Glas und Licht“ (LVZ 23.9.2005) bauen, von der Decke hängend und mehrere Meter über dem Boden endend. Die Begeisterung über diesen Vorschlag war einseitig und kurz: Der Paulinerverein brachte über 1 000 Unterschriften für den ursprünglichen Entwurf zusammen und bekam Unterstützung durch die zuvor ausgetretenen Blobel und Schrödl. Die Baukommission der Universität der Universität entschied dann Ende Januar 2006 gegen die „modische Spielerei“ (LVZ 6.2.2006). Beschlossen wurde hingegen eine wiederum neue Vari-

ante: Statt sechs werden nun drei Säulenpaare vollständig und die drei mittleren in einer hängenden Version hergestellt. Dafür entsprechen nun der Grundriss und auch der Abstand der Säulenreihen dem Original. Als Kompromiss taugte diese Entscheidung freilich nicht mehr: „Der Siegentwurf versprach Frieden. Diesen Weg hat die Universität verlassen.“ (Paulinerverein 31.1.2006) Dazu tat auch die gleichzeitige Ankündigung ihr Übriges, Aula und Chorraum durch eine teilweise bewegliche Glaswand zu trennen. (Vgl. Universität Leipzig 1.2.2006)

Auch während der Bauphase des „Paulinum“ seit der Grundsteinlegung am 14. Juli 2005 und selbst nach dem Baubeginn Mitte 2007 blieb das Vorhaben konfliktreich. Wesentliche Auseinandersetzungen waren dabei:

- die Trennung des Innenraums in einen sakralen und einen profanen Teil mittels einer rund 630 000 Euro teuren, 16m hohen Plexiglaswand (Kowa 2009: 7),
- die Namensgebung „Paulinum“ durch die Universität, während der Paulinerverein auf „Universitätskirche St. Pauli“ bestand – die Bezeichnung, die nun für den Chorraum verwendet werden soll (Kowa 2009: 7),
- die Installation der alten Kanzel innerhalb des als Aula vorgesehenen Raums (Kowa 2009: 8), während die Universität sie lediglich im Chorraum anbringen will (Koch/Koch 2006: 79)

Damit hat sich der Kern der Auseinandersetzung wesentlich auf die Frage des Anteils der kirchlichen Nutzung und der Eindeutigkeit der religiösen Bedeutung des Gebäudes verlagert. Die Konflikte sind bis heute nicht vollständig ausgeräumt, wenn gleich der Baufortschritt – trotz Verzögerungen durch die von den Rekonstruktionsbefürwortern als „Geschenk Gottes“ gefeierte Insolvenz van Egeraats im Zuge der internationalen Finanzkrise – etwa durch Herstellung der Plexiglaswand die Bemühungen des Vereins erfolgloser werden lässt. Die zeitweise erhebliche Schärfe, die Ende 2008 zur Gründung einer Bürgerinitiative zur Unterstützung der auch persönlich stark angegriffenen Universitätsleitung führte, wurde durch einen unter der Leitung der Bundesanwältin Moni-

ka Harms erzielten Kompromiss deutlich reduziert. Zwar waren mit dem Paulinerverein, einem um den innerhalb der Auseinandersetzung zu einem wesentlichen Akteur für eine kirchliche Nutzung avancierten Pfarrer der Thomaskirche und der Bürgerinitiative wesentliche Konfliktparteien nicht an den Gesprächen beteiligt und erscheint auch die Einigung an vielen Stellen stark interpretationsbedürftig, doch scheint sich auch die Presse zum Schutz des Images von Universität und Stadt im Jubiläumsjahr mit eigenen Kommentierungen und dem Abdruck entsprechender Äußerungen zurückzuhalten.

#### *Instrumente der Durchsetzung/ Kompromissfindung*

Sowohl von Seiten der Befürworter als auch der Gegner eines Wiederaufbaus wurden entsprechend der zur Verfügung stehenden Mittel und innerhalb der auf beiden Seiten bestehenden Handlungsspielräume Instrumente der Durchsetzung, aber auch der Kompromissfindung genutzt. Insofern stellt sich die Leipziger Rekonstruktionsdebatte als bürgerschaftlicher Diskurs dar, der zwar häufig ungeordnet und polarisiert geführt wurde, letztlich aber ein bemerkenswertes Beispiel für einen Aushandlungsprozess ist, der zwar jenseits herkömmlicher demokratischer Planungs- und Entscheidungsstrukturen geführt wurde, im Ergebnis aber die Kräfteverhältnisse deutlich abbildet und zusätzlich Potential für nachträgliche Veränderungen beinhaltet.

Zunächst überwogen auf beiden Seiten Durchsetzungsinstrumente: Der Paulinerverein versuchte, durch Publikationen und Veranstaltungen einerseits an die Zerstörung von Kirche und Augusteum zu erinnern und dadurch andererseits eine Wiederherstellung anzumahnen bzw. eine Mehrheit für ihr Anliegen zu organisieren. Behindert wurde er dabei zunächst dadurch, dass der Vorschlag eines Wiederaufbaus ein unkonkretes Fernziel war (vgl. Stötzner 28.8.2009). Erst als Universität, Stadt und zu diesem Zeitpunkt auch noch der Freistaat ihrerseits die Vorstellung eines modernen Innenstadtcampus innerhalb des ersten Realisierungswettbewerbs durchzusetzen versuchten, konzentrierte er sich auf eine konkrete Verände-

rung der Auslobungsunterlagen (Gormsen 10.9.2009). Im Anschluss an den Wettbewerb zielten zumindest Stadt und Universität auf die Durchsetzung des allerdings nur mit einem zweiten Preis gewürdigten Siegerentwurfs, wobei aufgrund öffentlicher Kritik relativ schnell versucht wurde, historische Bezüge stärker zu integrieren (LVZ 7.8.2002). Dies ist allerdings ebenfalls eher als Mittel der Durchsetzung als der Kompromissfindung zu bewerten, zumal auch Veranstaltungen und Veröffentlichungen der Universität zum Thema kaum der Diskussion und vielmehr der Darstellung der eigenen Position dienten (vgl. Wolff 10.9.2009, 2.6.2008). Eine wirkliche Notwendigkeit zur Kompromissfindung entstand für Universität und Stadt erst, als das Land von der Haltung gegen Rekonstruktion zurückwich. Dieser Meinungswandel ist als Ergebnis einer Durchsetzungsstrategie des Paulinervereins anzusehen, die wesentlich durch die Person Günter Blobels umgesetzt wurde und einerseits aus einer Medienkampagne bestand, andererseits auf direkte Ansprache insbesondere der Landesregierung setzte.

Das maßgebliche Verfahren zur Kompromissfindung war dann der zweite Realisierungswettbewerb, der als Qualifizierungsverfahren zum ersten durchgeführt wurde. Schon das Zustandekommen des Wettbewerbs ist als Einigung zwischen Universität, Stadt und Freistaat anzusehen. Um das Wettbewerbsverfahren herum wurde über die üblichen Durchsetzungsstrategien versucht, auf die Auslobung einzuwirken. Überaus unüblich war dann allerdings die Störung des Wettbewerbsverfahrens durch das nicht-stimmberechtigte Jurymitglied des Paulinervereins, Jutta Schrödl. Diese sorgte innerhalb des zweistufigen Verfahrens für eine Veröffentlichung der Beiträge der ersten Phase in der LVZ, die zudem eine öffentliche Abstimmung organisierte, bei der der spätere Wettbewerbsieger deutlich am besten abschnitt. Was wohl zunächst als ein Mittel zur Durchsetzung einer originalgetreueren Rekonstruktion gedacht war, wirkte letztlich entscheidend daran mit, dass der Wettbewerb mit einem Kompromiss endete (Häuser 10.9.2009). Durch die Veröffentlichung und öffentliche Abstimmung konnten sich insbesondere die politischen Vertreter innerhalb der Jury ein Bild über die öffentliche

Wirkung ihrer Entscheidung machen und erhielten zudem durch den Rücktritt der Architekten Martha Döhler und Roland Quester die Mehrheit in der Jury. Schließlich wird auch davon ausgegangen, dass die in der LVZ-Umfrage unterlegenen Architekten anschließend ihre Entwürfe überarbeiteten und insbesondere stärker dem populären Wunsch nach einem Spitzgiebel angingen, was ihnen jedoch nur bedingt gelang. (Quester 25.8.2009, Stötzner 28.8.2009, Gormsen 10.9.2009) Zumindest für einen kurzen Moment erschien der Sieg van Egeraats tatsächlich als der „perfekte Kompromiss“ (van Egeraat zit. in LVZ 10.4.2004), als den ihn der Architekt selber bezeichnete und kann das Ergebnis als Erfolg eines – wenngleich im Verlauf unüblichen – Wettbewerbs angesehen werden. Dabei wurde allerdings nicht hinreichend vermittelt, dass Wettbewerbsentwürfe stets einer Überarbeitung bedürfen und bereits durch die Jury erhebliche Anmerkungen stattfanden. Dies erklärt in Teilen, warum nach dem vermeintlichen Kompromiss, der von allen Seiten bejubelt wurde – einschließlich des Paulinervereins, der sich darauf verständigte, gegen den Entwurf nicht vorgehen zu können (Stötzner 28.8.2009) –, recht bald wieder Konflikte und damit verbundene Durchsetzungsstrategien in der keineswegs beendeten Debatte auftauchten (vgl. Häuser 10.9.2008). Zudem wurde in die wenigen veröffentlichten Wettbewerbsabbildungen durch den Verein eine Rekonstruktion des Innenraums interpretiert, die vom Architekten so nie vorgesehen war (vgl. Stötzner 28.8.2009). Die Diskussion wurde in dieser zweiten Phase schärfer, noch weniger sachlich, nahm zum Teil polemische bis persönlich verletzende Züge an (vgl. u. a. Schroth/Tesch 26.8.2009) und verlagerte sich weg von Fragen der baulichen Gestaltung hin zu Fragen der Nutzung und Symbolik (vgl. Wolff 10.9.2009).

Während Heymann (26.8.2009) kritisiert, dass die Stadt ihrer potentiellen Rolle als Vermittlerin oder Ombudsmann nicht nachgekommen sei, fand ein tatsächlicher Vermittlungsversuch erst Ende 2008 statt, als sich die Bundesanwältin Monika Harms, als ehemalige Leipzigerin mit dem Thema vertraut und der Stadt verbunden, einschaltete. Durch ihre Vermittlung konnten zumindest die meisten Kontro-

versen zwischen Universität, Stadt, Freistaat und Landeskirche beigelegt werden (Harms 15.12.2008, LVZ 16.12.2009) und zudem eine Befriedung der öffentlichen Diskussion durchgesetzt werden (Schroth/Tesch 26.8.2009, Stötzner 28.8.2009). Allerdings wurde mit dem Paulinerverein ein wesentlicher Akteur erst gar nicht eingeladen und erkennt dieser die gefundene Einigung nicht an (Stötzner 28.8.2009), zumal unterschiedliche Interpretationen bestehen. So wird etwa der Name „Paulinum – Aula Universitätskirche St. Pauli“ zwar das offizielle Schild zieren, ansonsten allerdings von der Universität nicht verwendet (Stötzner 28.8.2009). Die Universität hat im Harms-Papier zwar einer kirchlichen Nutzung zu den „üblichen Zeiten“ zugestimmt, sieht nun aber wieder Probleme mit der innerhalb kirchlicher Kreise präferierten allsonntäglichen Nutzung um 11 Uhr (Häuser 10.9.2009).

#### *Rolle der Bevölkerung*

Zumindest nach außen erscheint das Schicksal von Augusteum und vor allem Kirche als ein in der Leipziger Bevölkerung „bis heute hoch emotionalisiertes Thema“ (Friedrich 2002). Anders als bei vielen anderen zeitgenössischen Wiederaufbauvorhaben besteht innerhalb der Leipziger Bevölkerung noch eine relativ große Gruppe von Menschen, die die Zerstörung des Gebäudes aktiv miterlebt hat, da diese nicht bereits im Zweiten Weltkrieg oder in unmittelbarer Folge, sondern erst 1968 erfolgte. Eine tatsächliche Beziehung hatten allerdings schon damals nur kirchliche Kreise innerhalb der Universität, die relativ kleine katholische Innenstadtgemeinde sowie möglicherweise Teile des regimekritischen Bürgertums, das den Bau als Ort des freien Worts kennen lernte (vgl. Stötzner 28.8.2009). Daraus erklärt sich, warum trotz einer emotionalen, medienwirksamen Debatte von dem Wiederaufbauvorhaben keine Breitenwirkung ausging, die Bevölkerung sich lediglich sporadisch interessierte und zumindest heute auch Pauliner-Vorsitzender Stötzner (28.8.2009) davon ausgeht, eine Minderheit – als Christen in einer mehrheitlich nicht-christlichen Stadt – zu repräsentieren.

Dies war nicht immer so. Verschiedene Umfrage- bzw. Abstimmungsergebnis-

se geben zwar ein uneindeutiges Bild wieder, die darin angedeuteten Trends scheinen aber gut zu sonstigen Interpretationen des Prozessverlaufs zu passen. Eine erste Telefonumfrage Mitte 2001 bringt eine knappe Mehrheit (52 Prozent zu 48 Prozent für einen originalgetreuen Wiederaufbau (LVZ 12.7.2001). In einer zweiten Telefonumfrage (LVZ 8.8.2002) sind aber nur ein Drittel dafür (34 Prozent zu 66 Prozent). In einer Befragung des Instituts für Marktforschung Leipzig spricht sich im Jahr 2002 nur eine Minderheit (39 Prozent bei 56 Prozent Gegnern) für einen Wiederaufbau aus. Interessanterweise sind vor allem jüngere Befragte mehrheitlich für den Wiederaufbau (Leipziger Volkszeitung vom 05.11.2002). Anfang 2003 stellen sich sogar über 76 Prozent der Befragten gegen einen Kabinettsbeschluss des Landes Sachsen zum Wiederaufbau (LVZ 31.1.2003, Universität Leipzig 2008: 10). Nach der Veröffentlichung der Beiträge des zweiten Wettbewerbs Anfang 2004 führen gleich drei Medien unterschiedlich gelagerte Umfragen durch. Bei einer Anrufaktion der Bild-Zeitung am 13.2.2004 findet sich eine 89-Prozent-Mehrheit für einen Wiederaufbau der Paulinerkirche, von der 59,5 Prozent zudem auch das Augusteum wiedererrichtet sehen wollen. Es folgen die Entwürfe von Kollhoff (29,5 Prozent), der zu diesem Zeitpunkt bereits ausgeschieden war, und erst mit deutlichem Abstand der van Egeraats (7,4 Prozent). Wesentlich stärker war allerdings die Wirkung einer Online-Abstimmung der LVZ am 12.2.2004, bei der sich die Leser nur zwischen den vier Entwürfen entscheiden konnten, die in die zweite Runde gekommen waren. Immerhin 37 Prozent votierten daher noch für keinen der vier, fast die Hälfte, 47 Prozent, allerdings für Egeraats mit entsprechend großem Vorsprung vor Merz (6,5 Prozent), Behet + Bondzio (5,5 Prozent) und Kulka (2 Prozent). Gerade die LVZ-Abstimmung verstärkt den oben bereits erwähnten Vorwurf eines fingierten Volkstotums, das wenn nicht mit Wissen der Jury, so doch mit dem Wohlwollen der Staatsregierung durchgeführt wurde (Stötzner 28.8.2009, Gormsen 10.9.2009, Häuser 10.9.2009). Stötzner (28.8.2009) weist darauf hin, dass in TED-Umfragen zur Glaswand sich jeweils deutliche Mehrheiten von rund siebenzig Prozent gegen die Glaswand und damit

für die Position des Vereins ausgesprochen hätten (vgl. LVZ 13.10.2008).

Interessant auch das Ergebnis einer Online-Abstimmung des MDR: Danach stimmten 84 Prozent der Teilnehmer für eine stärkere Beteiligung der Leipziger Bürger an der Entscheidung über die bauliche Gestaltung des Innenstadtcampus. (vgl. insg. [www.paulinerkirche.de](http://www.paulinerkirche.de)) Allerdings zeigt sich insgesamt, dass die Leipziger tatsächlich nur dann beteiligten, wenn sie – etwa durch die Presse – dazu aufgefordert wurden (Heymann 26.8.2009).

Ausführlich beschäftigt sich Richter (2009) mit der Haltung der Bevölkerung zum Wiederaufbau der Paulinerkirche. Er geht davon aus, dass die Leipziger zunächst ein relativ geringes Interesse an der „Erinnerung an ihr kulturelles Erbe“, wie er es nennt, hatten. Trotz – bzw. möglicherweise auch wegen – des erheblichen medialen Interesses und des Einsatzes „auswärtiger Eliten“ könne die Leipziger Wiederaufbauinitiative nicht als Massenveranstaltung angesehen werden. Im Gegensatz zum Frauenkirchenverein mit 3 800 Mitgliedern zählte der Paulinerverein 1995 lediglich zweihundert – nach Angaben Stötzners (28.8.2009) drei- und in der Hochphase der Auseinandersetzung vierhundert. Verschiedene Umfragen zur Thematik stellen für ihn eher die schwankende Haltung als eine tatsächliche „Rückbesinnung der Leipziger auf ihre kulturellen Wurzeln“ dar. Da er in anderen Zusammenhängen sehr wohl einen starken Lokalpatriotismus der Leipziger festgestellt hat, geht Richter (2009) davon aus, dass der Wiederaufbau der Paulinerkirche für viele Bewohner nicht automatisch als ein lokalpatriotischer Akt gesehen wurde. Er führt dafür mehrere Erklärungen an:

- In einer zu achtzig Prozent nicht-religiösen Stadt sei der Wert einer Kirche relativ gering, zumal wenn diese „zwanzig Jahre komplett aus dem Stadtbild verschwunden“ gewesen sei.
- Der für die Wiederherstellung notwendige Abriss der DDR-Architektur würde als reaktionärer Akt und Entwertung der DDR-Geschichte wahrgenommen.
- Die externe Unterstützung durch Prominente und Auswärtige – wenngleich nicht genannt, wohl auch der Landes-

regierung – habe „den Widerstand der Leipziger Bevölkerung“ herausgefordert, „die traditionell allergisch auf obrigkeitliche Weisungen“ reagiere.

- Zur lokalen Identität der Leipziger gehöre „eine gewisse progressive Haltung [...], die Neuem vergleichsweise offen gegenüber steht“.

Von anderen Kommentatoren wird allerdings die Rolle der Meinung der Bevölkerung weit geringer eingeschätzt und der Kompromiss zwischen Landesregierung und Universitätsleitung als bedeutender angesehen (etwa Quester 25.8.2009). Auch die Rolle Blobels und anderer Prominenter wird differenzierter betrachtet: Das Interesse von außen sei von vielen Leipziger zwar befremdlich, aber durchaus auch als schmeichelnd empfunden worden (Heymann 26.8.2009), obwohl Blobel als Person ebenso schwierig wie schillernd in der Stadt aufgetreten sei und damit dem Paulinerverein nicht nur geholfen hat (vgl. Stötzner 28.8.2009, Gormsen 10.9.2009).

#### *Rolle der Medien und medialer Strategien*

Über die Rolle der Medien innerhalb des Wiederaufbauvorhabens bestehen von Seiten der handelnden Akteure unterschiedliche Einschätzungen. Spricht Quester (25.8.2009) von einer Kampagne und tendenziösen Berichterstattung zu Gunsten der Paulinerkirche, beschwert sich Stötzner (28.8.2009) über die „Hofberichterstattung“ des LVZ-Chefreporters. Wenngleich ohne eine intensive Analyse eine endgültige Beurteilung ausbleiben muss – zumal etwa Heymann (26.8.2009) davon ausgeht, dass ausgewogen berichtet, wohl aber die Polemik und Schärfe der Debatte übermittelt worden sei –, soll hier davon ausgegangen werden, dass zumindest drei Phasen unterschieden werden können:

- die Frühphase des Paulinervereins,
- die „Ära Blobel“ und
- der weitere Debattenverlauf seit seinem Ausscheiden bzw. der Verlagerung der Diskussion nach dem Sieg van Egeraats im zweiten Wettbewerb.

Möglicherweise ist mit dem Ende des Schlichtungsverfahrens durch Harms Ende 2008 und dem gleichzeitigen Beginn des Jubiläumsjahres eine weitere Pha-

se begonnen worden (vgl. Schroth/Tesch 26.8.2009).

Dem Paulinerverein ist von Anfang an eine umfassende Berichterstattung in den wesentlichen Leipziger Medien – LVZ, Bild Leipzig und Mitteldeutscher Rundfunk (MDR) – zu Teil geworden. Richter (2009) geht davon aus, dass zumindest die Leipziger Ausgabe der Bild-Zeitung und der MDR, dessen Intendant Vereinsmitglied ist (Stötzner 28.9.2009), die Forderung der Pauliner medial unterstützten. So produzierte etwa der MDR mehrere umfangreiche Fernsehbeiträge zum Thema (Stötzner 28.9.2009), wenngleich der diesbezügliche Höhepunkt – die Produktion eines Tatorts, dessen Handlung mit der Sprengung verbunden ist – erst Ende 2009 ausgestrahlt wird (LVZ 10.3.2009). Dabei war deren mediale Strategie zunächst wenig ausgefeilt. Sie bekamen „kein Bein auf die Erde“ (Stötzner 28.8.2009), was auch nicht weiter erforderlich war, da das Wiederaufbauvorhaben zunächst nur als Fernziel bestand (s.o.). Die Veröffentlichungstätigkeit wie Denkschriften u.ä. war teilweise selbstbezogen und wenig plakativ. Zudem stand das Erinnern an die Zerstörung im Vordergrund und war dies stets auch mit der Frage nach der Schuld – einschließlich der Anteile der letztlich zu überzeugenden Akteure Stadt, Universität und Bevölkerung – verbunden. Dies änderte sich ebenso, wie durch den Beitritt Blobels und seine baldige Wahl zum Vereinsvorsitzenden nunmehr eine Führungspersönlichkeit vorhanden war, die schon aufgrund ihres Ansehens für erhebliche, auch mediale Triebkraft sorgte (Stötzner 28.8.2009). Mit seiner und Güttlers Erfahrung aus dem zu diesem Zeitpunkt schon weit fortgeschrittenen Dresdner Wiederaufbauvorhaben der Frauenkirche schienen sie eine ähnlich groß angelegte Medienkampagne in Leipzig wiederholen zu wollen, um auch hier die Entscheidungsträger zu überzeugen und – bundesweit bzw. auch international – Spender anzuwerben. Dazu gehörte neben direkten Kontakten und häufigeren Auftritten in den Leipziger und sächsischen Medien auch eine deutliche Ausweitung der Berichterstattung auf die – zumeist konservative – bundesweite Presse. Quester (25.8.2009) nennt etwa die „Schimpftiraden“ Guratzsch' (2001, 2002a, 2002b, 2003) in der Welt. Diese sind aller-

dings in Leipzig nicht nur positiv wahrgenommen worden (Richter 2009, vgl. Heymann 26.8.2009), und selbst prinzipielle Unterstützer der Vereinsziele kritisieren, dass er – und mit ihm der Verein – verkannt habe, dass die Paulinerkirche zwar erhebliche lokale, aber eben nicht die vergleichbare kulturhistorische oder symbolische Bedeutung im In- und Ausland habe (Gormsen 10.9.2009). Die Medien allerdings reagierten positiv auf Blobel, und dadurch stiegen auch die Popularität des Vorhabens und die Mitgliedszahlen des Vereins.

Mit dem Ausstieg Blobels und den zunehmenden internen Kontroversen nahm das öffentliche Bild des Vereins Schaden. In Erinnerung vieler Bürger geblieben sei etwa die LVZ-Überschrift „Pauliner streiten sich mal wieder“ (LVZ 2.6.2005), so Stötzner (28.8.2009). Zudem setzte sich auch in der Presse das positive Ansehen des Entwurfs von van Egeraat fest. Zumindest in der Bild-Zeitung führt dies zudem zu einer zum Teil scharfen Auseinandersetzung mit Veränderungen an dessen ursprünglichen Vorstellungen – insbesondere die Glaswand sorgte hier noch einmal für große Überschriften. Insbesondere Schroth/Tesch (26.8.2009) berichten, dass dahingegen die LVZ seit der Einigung unter Harms „brav“ sei und stattdessen in Vorbereitung auf das Jubiläum fast ausschließlich positiv über die Universität berichte, um deren Ansehen nicht zu schädigen.

#### *Rolle übergeordneter staatlicher Ebenen*

Als Bauherr und Eigentümer des bauausführenden Unternehmens (SIB) war der Freistaat Sachsen maßgeblich an der Debatte und dem Wiederaufbauvorhaben selber beteiligt. Von besonderer Bedeutung ist, dass die Universität als Landesinstitution trotz der Hochschulautonomie auch über das Bauvorhaben hinaus in seiner Mittelausstattung und sonstigen Entwicklung in Abhängigkeit vom Land steht und parallel zur Diskussion um die Paulinerkirche auch weitere Konflikte bestanden. So ging es neben der Neuausrichtung ihres Profils nach der politischen Wende (Heymann 26.8.2009, Schroth/Tesch 26.8.2009, vgl. Wolff 10.9.2009) auch um eine unterschiedliche Ausrichtung des Vertrags zur deutschen Einheit darüber, ob die univer-

sitär genutzten Grundstücke Eigentum des Freistaats oder der Universität seien. In einem Vergleich wurden der Universität die Flächen innerhalb des Innenstadtrings zugesprochen, zu denen vor allem auch der Campus am Augustusplatz zählt – das Universitätshochhaus als die wohl wertvollste Immobilie war zu diesem Zeitpunkt allerdings bereits durch das Land veräußert worden. Innerhalb des Protokolls zum Vergleich sicherte das Land zudem die Unterstützung der Hochschule bei deren Neubauplänen zu, eine Zusage, die seitens der Universitätsleitung Anfang 2002 als gebrochen angesehen wurde, als das Land sich für einen Wiederaufbau aussprach. Dieses „treuwidrige Verhalten“ (Häuser 10.9.2009) führte nicht nur zum Rücktritt des Rektors, sondern auch zum Kompromiss eines weiteren qualifizierenden Wettbewerbsverfahrens und damit letztlich zu dem nun gebauten und veränderten Entwurf von Egeraats. Schließlich spielten Wirtschaftlichkeitsüberlegungen des Finanzministeriums trotz der durch die Auswahl Egeraats enorm gesteigerten Kosten (vgl. Quester 25.8.2009) und auch die sonstigen Vorstellungen der Landesregierung eine wesentliche Rolle bei der Überarbeitung der Pläne. Heymann (26.8.2009) geht davon aus, dass diese bedeutende Rolle des Freistaates in der Leipziger Bevölkerung auch verstanden worden und daher die Auswirkungen für das politische Klima in Leipzig begrenzt geblieben seien. Weiterhin unklar ist trotz erheblicher Hinweise in diese Richtung (Stötzner 28.8.2009, Gormsen 10.9.2009, Häuser 10.9.2009), inwieweit die Vertreter des Freistaates innerhalb der Wettbewerbsjury zur vorzeitigen Veröffentlichung der Beiträge durch die Vertreterin des Paulinervereins beigetragen haben.

Das Land finanziert den Gesamtumbau des Innenstadtcampus bestehend aus vier Bauabschnitten mit einem Gesamtbauvolumen von mittlerweile 170 Millionen Euro (LVZ 10.7.2008), in denen auch der Bau des Paulinums enthalten ist. Dies ist insofern nicht unwichtig, als ein wesentliches Argument von Gegnern sowohl des Wiederaufbaus als auch einer deutlich kirchlich geprägten Nutzung, aber auch der Kulturstaatsminister Rösler (vgl. Stötzner 28.8.2009) die Trennung von Kirche und Staat als wesentliches konstitutio-

nelles Prinzip der Bundesrepublik anführen und darauf verweisen, der Staat dürfe nicht – noch dazu aus Mitteln des Hochschulbaus – die Errichtung einer Kirche finanzieren (Schroth/Tesch 26.8.2009).

Heymann (26.8.2009) führt zudem an, die Landesregierung habe durch die Profilbildung der Universität mit Schwerpunkt auf geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Fächern auch dazu beigetragen, hier eine kritische, „linke“ Studierendenschaft und einen entsprechenden Lehrkörper (vgl. auch Stötzner 28.8.2009, der hier von westdeutschen Alt-68ern spricht) versammelt, die sich in der Debatte erwartungsgemäß positioniert hätten.

### 5.23 Argumente/ Entscheidungsgrundlagen

#### *Architektonische bzw. städtebauliche Vorschläge zum Umgang mit Ort, Raum und Bauwerk*

Sowohl für den unmittelbaren Standort der ehemaligen Universitätskirche als auch für Innenstadtcampus und Augustusplatz als ihrem direkten städtebaulichen Umfeld wurden letztlich seit der Kriegszerstörung, von der zwar die Kirche selbst weitgehend verschont blieb, aber bereits das angrenzende Augustinum wesentlich stärker betroffen war, vielfältige städtebauliche und architektonische Entwürfe erarbeitet. An dieser Stelle soll lediglich auf die drei wesentlichen Quellen aus der Zeit seit der politischen Wende eingegangen werden. Hinweise zu den unterschiedlichen Vorstellungen, die in den 1950er und 1960er Jahren entwickelt wurden, finden sich insbesondere bei Engmann (2008: 11–35). Seit 1990 dienten insbesondere drei Wettbewerbsverfahren der planerischen und gestalterischen Auseinandersetzung mit dem Ort:

- Der Ideenwettbewerb Augustusplatz diente 1994 vor allem der Gestaltung des Augustusplatzes. Gleichzeitig wurden aber auch Vorschläge für die umgebende Bebauung entwickelt.
- Der Architekturwettbewerb für den Innenstadtcampus wurde 2001/2002 durchgeführt. Er diente dem Um- und Neubau der Universitätsgebäude und stand damit unter dem Vorbehalt, dass wesentliche Bestandteile nicht zur Dis-

position standen, darunter auch das Universitätsgebäude am Augustusplatz.

- Als „Qualifizierungsstufe“ zu diesem Wettbewerb wurde 2003 ein weiterer zweistufiger Architekturwettbewerb ausgeschrieben, in dem die dem Augustusplatz zugewandten Teile des Campus zur Bearbeitung ausgelobt wurden. Die Auslobung war ein Kompromiss, der nach der Positionsänderung der Landesregierung und dem Rücktritt des Rektors eine gemeinsame Linie ermöglichen sollte, die letztlich in einer Betonung der historischen Bezüge bei Ausschluss eines originalgetreuen Wiederaufbaus bestand.

Allein innerhalb dieser drei Verfahren wurden 277 Entwürfe und Varianten erarbeitet, so dass von einem großen Umfang unterschiedlicher Lösungsvorschläge für die komplexe bauliche, stadträumliche und erinnerungskulturelle Aufgabe ausgegangen werden kann. Im Folgenden können lediglich einige der Ergebnisse kurz vorgestellt werden.

Auf Initiative des Stadtbaurats Gormsen (10.9.2009, vgl. auch insg. Engmann 2008: 47–54) wurde im Juni 1993 von der Stadtverordnetenversammlung die Auslobung eines Ideenwettbewerbs für den Augustusplatz ausgeschrieben. Anlass war neben der mangelhaften Gestaltung und Nutzung als Parkplatz insbesondere der Bau einer Tiefgarage unter dem nördlichen Platzteil. Die Jury wurde durch Stadträte, Vertreter des Landes, der Universität sowie des Paulinervereins, der sich neben Stadt und Freistaat auch an den Kosten des Verfahrens beteiligte, besetzt. Engmann (2008: 47) vermerkt, dass er dennoch keinen wesentlichen Einfluss auf den Auslobungstext hatte, der Vorschläge zum Abriss bestehender Universitätsgebäude stark begrenzte, worauf insbesondere das Land aus finanziellen Erwägungen gedrängt hatte. Schließlich wurden 116 Entwürfe eingereicht, von denen lediglich sieben einen Wiederaufbau der Paulinerkirche, zehn weitere einen Neubau in der Kubatur der ehemaligen Kirche vorsahen. So verlagerte der Siegerentwurf von Determann und Martienssen (Hannover) die Erinnerungsfunktion vollständig ins Gebäudeinnere, ohne dass dies im städtebaulichen Wettbewerb konkretisiert würde – „etwas



wenig“ (N.N. 1994), wie das Preisgericht bemerkte. Die wesentliche städtebauliche Veränderung des Campus bestand in einem hervorgeschobenen Würfel an der Stelle des ehemaligen Café Felsche. Auch in den Arbeiten auf den Plätzen zwei bis vier waren keine wesentlichen Beiträge zu einer geschichtsbezogenen Gestaltung des Universitätsgeländes enthalten, der fünfte Preis von Burgstaller und Kluska (München) hingegen bezog sich baulich sowohl auf das Augusteum als auch auf die Paulinerkirche. Der Entwurf sah ein Gebäude in der Kubatur und mit einer deutlichen gestalterischen Reminiszenz an die ehemalige Universitätskirche an ihrem früheren Standort vor, wofür erhebliche Eingriffe in das bestehende Gebäude notwendig geworden wären, das zudem an der Ecke neben dem Henselmann-Bau zu einem weiteren Hochhaus aufgestockt werden und einen wieder errichteten Teil des Schinkelportal als Eingang erhalten sollte – noch heute wird auf der Homepage des Paulinervereins prominent darauf verwiesen ([www.paulinerverein.de](http://www.paulinerverein.de)). Ein weiterer, im ersten Rundgang ausgeschiedener Entwurf des Büros Formella (Hamburg) sah vor, einem Neubau auf dem Grundstück des ehemaligen Cafés Felsche die Roßbach-Fassade der Kirche vorzustellen und den Spitzgiebel mit einem Glockenturm zu versehen. Zudem sollte das vollständige Schinkelportal vor einer in geschwungener Geste neu errichteten und dem alten Gebäude vorgeblendeten Fassade errichtet werden. Gormsen (10.9.2009) berichtet zudem von einem Entwurf, der dem bestehenden Gebäude eine bedruckte Glasfassade als Schaukasten für Reste der früheren Gebäude und einen zeitgenössisch gestalteten Spitzgiebel vorsetzen wollte (Gerber Architekten, Dortmund).

Im September 2001 wurde nach einigem Vorlauf vom Freistaat Sachsen (2001) ein „einstufige[r], EU-offene[r] Realisierungswettbewerb in zwei Phasen zur Neu- und Umgestaltung des innerstädtischen Universitätskomplexes am Augustusplatz der Universität Leipzig“ ausgelobt, wobei Engmann (2008: 64–65; vgl. insg. 64–71) bemängelt, dass weder Paulinerverein noch Öffentlichkeit in das Verfahren nach den Grundsätzen und Richtlinien für Architekturwettbewerbe angemessen beteiligt wurden. Dem Verein wurde allerdings

zumindest die Position eines von sieben „sachverständigen Beratern“ gewährt, womit er formal etwa dem Denkmalschutz- und Stadtplanungsamt gleichgestellt war. Auch lokale Architekten waren kaum in der Jury vertreten. Wesentliche Teile des Gebäudebestands, insbesondere der an den Augustusplatz angrenzende Gebäuderiegel, sollten im Wesentlichen erhalten werden, so dass der Schwerpunkt des Wettbewerbs an der jenseitigen, an die Innenstadt anschließenden Bebauung gesehen wurde. Gleichwohl war eine „Neugestaltung des Erscheinungsbildes des Hauptgebäudes zum Augustusplatz [...] ausdrücklich erwünscht“ (Freistaat Sachsen 2001) und sollte eine „Pauliner-Aula“ am Standort der ehemaligen Universitätskirche vorgesehen werden. Die vollständige Größe konnte aber aufgrund des zu erhaltenden Teils des Universitätsgebäudes nicht wieder hergestellt werden. Unter den 130 eingereichten Arbeiten wurden im Dezember 2001 27 zur Weiterbearbeitung ausgewählt, im Mai 2002 wurde schließlich das Wettbewerbsergebnis präsentiert. Dabei wurden verschiedene „Kompromisse“ zwischen zeitgenössischer Architektur und der Verwendung städtebaulicher oder architektonischer Elemente der zerstörten Paulinerkirche eingegangen. Sie bedienen sich dabei des klassischen Repertoires architektonischer Erinnerungskultur. So setzt der zweitplatzierte Entwurf – ein erster Preis wurde aufgrund wesentlicher Defizite in allen Beiträgen zur Lösung der äußerst komplexen Aufgabe nicht vergeben – von Behet und Bondzio (Münster) einen von der Jury als „überzeugender Beitrag“ bezeichneten Nachfolgebau ähnlichen Inhalts an die gleiche Stelle, der aufgrund seiner kubischen Form in Presse und Bevölkerung schnell den Spitznamen „Gas-herd“ bekam. Kowa (2009: 7) schreibt dem Entwurf von Behet und Bondzio aus dem Jahr 2002, der in einem „Aufschrei der Empörung“ untergegangen sei, „durchaus poetische Kraft“ zu, da er „bei aller Abstraktion erkennbar als wachgerufene Erinnerung an das Verlorene“ bleibe, doch bemerkt er zugleich, dass „bei der unterschweligen Stimmung in der Stadt“ der „sehr viel illustrativere[.]“ Vorschlag van Egeraats wesentlich durchsetzungsstärker war. An anderer Stelle wird auch darauf verwiesen, dass der Entwurf von Be-

het und Bondzio in seiner kubischen Form viele Leipziger an das kurz zuvor gebaute und zumeist negativ besprochene Museum der bildenden Künste auf dem Sachsenplatz erinnert habe (Koch/Koch 2006: 13). Die Drittplatzierten Sprengler und Wiescholek (Hamburg) hingegen ließen an der Stelle der Paulinerkirche eine Leerstelle, die als überdachter Hof ausgebildet wird. Auf seinem Boden sollte der Grundriss nachgezeichnet und die transparente Fassade mit Abbildern des Kircheninnenraums bedruckt werden, in die auch erhaltene Originale hätten eingefügt werden könnten. Drei weitere Arbeiten erhielten fünfte Preise: Haslob, Kruse und Partner (Hamburg) schlugen eine Neuorientierung zur Grimmaischen Straße vor und schrieben einem zentralen „Universitätsturm“ die Gedenkfunktion für die Paulinerkirche zu. Sebastian Franzius (Hamburg) schlug wiederum eine eigenständige Aula am Standort der Kirche vor, gestaltete sie allerdings weitgehend ohne Reminiscenz an den Vorgängerbau. Helge Bofinger (Wiesbaden) schließlich orientierte sich in seinem Entwurf an der Kubatur der Paulinerkirche einschließlich Spitzdach, gestaltete aber insbesondere die Fassade eigenständig und ohne weitere Verweise auf das 1968 zerstörte Gebäude. Kommentatoren verwiesen insbesondere auf die schwierigen Rahmenbedingungen und forderten eine Weiterentwicklung im Disput. „Lassen Sie uns streiten!“ formulierte etwa der als Sachpreisrichter an der Entscheidung beteiligte Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee.

Wie beschrieben führte der Streit um den nur mit dem zweiten Preis gewürdigten Siegerentwurf zu einem zweiten Realisierungswettbewerb der nach Verhandlungen zwischen Stadt, Universität und Land schließlich im August 2003 ausgeschrieben wurde. Da der Entwurf von Behet und Bondzio weiterhin als Grundlage dienen sollte und die rechtliche Grundlage der Wettbewerbsgrundsätze nicht verlassen werden sollte, wurde ein in Umfang und Aufgabe beschränktes Qualifizierungsverfahren durchgeführt. Neben den fünf prämierten Büros des Realisierungswettbewerbs wurden von Freistaat, Universität und Stadt jeweils zwei weitere Büros ausgewählt, so dass schließlich elf zur Teilnahme eingeladen wurden. Die Einladung

van Egeraats wurde dabei von Prof. Pahl, dem Lehrstuhlinhaber für „Gestalterisches Entwerfen“ an der Universität Leipzig vorgeschlagen (Gormsen 10.9.2009). Die Aufgabe wurde auf die Grundstücke des ehemaligen Cafés Felsche und den – nun vollständigen – Standort der ehemaligen Kirche beschränkt. Zudem wurde das bestehende Hauptgebäude am Augustusplatz nur insoweit zur Disposition gestellt, „als es für den Entwurf an dem Standort der Paulinerkirche nötig ist“ (Freistaat Sachsen 2003, zit. in Engmann 2008: 78, vgl. insg. 77–90) und ansonsten ein Umbau gefordert – was der schließlich zum Sieger gekürte Entwurf sehr großzügig als Neubau auslegte. In der Auslobung wurde ein breites Spektrum gestalterischer Lösungen bis hin zur „Orientierung am historischen Erscheinungsbild“ (Freistaat Sachsen 2003, zit. in Engmann 2008: 78) ermöglicht, ein tatsächlich originalgetreuer, freistehender Wiederaufbau der Kirche allerdings durch die funktionale Anforderung einer barrierefreien Vernetzung der Einzelgebäude in den Obergeschossen ausgeschlossen. Von den zehn abgegebenen Entwürfen – der geladene Frank O. Gehry (Los Angeles) verzichtete – wurden vier zur weiteren Bearbeitung in einer zweiten Phase ausgewählt, darunter neben einem grundlegend überarbeiteten Entwurf von Behet und Bondzio und dem beinahe ausgeschiedenen van Egeraat auch Vorschläge von Hans-Günter Merz (Stuttgart) und Peter Kulka (Dresden). Ausgeschieden war hingegen auch der Entwurf von Hand Kollhoff (Berlin), der eine originalgetreue Rekonstruktion der Paulinerkirche durch ein Universitätsgebäude mit historisierender Fassade und ein 22-geschossiges Hochhaus auf der Grundfläche des Café Felsche rahmte. Alle übrigen Entwürfe schlugen verschiedene zeitgenössische Varianten mit unterschiedlichen Anleihen der Ursprungsbebauung vor. Die ausgeschiedenen Storch, Ehlers und Partner (Hannover) etwa schnitten in das bestehende Hauptgebäude eine offene Passage, in denen sie die Säulen und Gewölbedecke der Paulinerkirche an ihren Originalstandorten, aber in moderner Materialität anbringen wollten. Durch die Überarbeitung näherten sich die vier Arbeiten weiter der Anmutung der Paulinerkirche an – Kulka versah seine zunächst als Flachbau vorgesehe-

ne Aula noch mit einem Spitzdach, womit er auf dem zweiten Platz landete. Bei dem schließlich viertplatzierten Merz war hingegen weiterhin eine Betonung eigenständiger Architektur erkennbar, indem er den Giebel asymmetrisch verzerrte. Nur Behet und Bondzio blieben bei einer kubischen Form, sahen für das Innere allerdings eine Negativ-Form der Außenhülle der zerstörten Kirche vor, die im Dunkeln durch die Glasfassade scheinen sollte.

Innerhalb von Tagespresse und (politischen) Stellungnahmen wurde das Wettbewerbsergebnis durchaus positiv beschrieben, wenngleich die Bewertungen im Detail recht breit gefächert sind und etwa von „genialer Wurf“ bis „verträglicher Kompromiss“ reichen (vgl. Friedrich 2004). Für einen Großteil der Wiederaufbaubefürworter tragfähig wird der Entwurf von Egeraats durch die geschickte und vielfältige Zitation des Vorgängers, die auch unterschiedliche Bedürfnisse nach geschichtlicher Referenz befriedigt. „Wer eine Kirche sehen will, sieht eine Kirche, wer eine Aula sehen will, sieht eine Aula“ (van Egeraat; zit. in Kowa 2009: 8). So wird einerseits die äußere Kubatur des Vorbilds wiederhergestellt. Die Überhöhung ist dabei eine offenbar konsensfähige Antwort auf funktionale Vorgaben der Universität. Wesentlich schwieriger gestaltete sich hingegen die entwurfliche Aushandlung eines Kompromisses für den Innenraum: Der Architekt war hier in seinem Wettbewerbsbeitrag den Forderungen nach Wiederherstellung soweit gefolgt, dass der Konflikt zwischen – im Wesentlichen – Universitätsleitung und Paulinerverein um die vorangetriebene Abschwächung die Kontroverse um den Wiederaufbau in bekannter Schärfe verlängerte. Von der Universität vorgegebene finanzielle, vor allem aber funktionale Erwägungen wurden dabei sogar in Abrede gestellt und vor allem ein weiterer Affront gegen einen sakralen Duktus hinein interpretiert. Zwar wurde aus Stein modernes Baumaterial, doch „Maßwerkfenster, Bündelpfeiler und Netzgewölbe lassen St. Pauli mit allem gotischen Vokabular aufleben“, so dass Kowa (2009: 8) selbst in der abgeschwächten Variante wenn nicht eine Rekonstruktion „so doch ein Abbild“ sieht. Wohl auch durch die Verknüpfung mit der Diskussion um die Trennung von Chorraum und Aula wurden die für die Raum-

wirkung wenig bedeutsamen Änderungen in Materialität und die Reduzierung auf drei vollständige Säulenpaare (die übrigen drei werden von der Decke bis fünf Meter über dem Boden hängen) von den verbliebenen Akteuren des Paulinervereins nicht akzeptiert, obwohl gleichzeitig der zunächst erweiterte Raum auf seine ursprüngliche Umgrenzung reduziert wurde. Interessanterweise war die Aufweitung sogar begrüßt worden. In der Fachpresse wurden sowohl der Siegerentwurf als auch die Alternativen unterschiedlich bewertet. Friedrich sieht in van Egeraats „pseudo-expressionistische[m] Komplex“ neben Opern- und Gewandhaus eine „weitere architektonische Skurrilität“ für den Augustusplatz, bei der der Architekt für die Innenraumgestaltung „richtig in die Baugeschichtskiste gegriffen“ habe, um darüber fünf weitere Geschosse „zu stapeln“. Gerade letztere Lösung wird sehr positiv bewertet (Mende 2004). Unter den übrigen Beiträgen sieht Friedrich (2004) „keine zwingende Alternative“, zumal er davon ausgeht, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur Lösung der unlösbaren Aufgabe, einen säkularen Bau, „dem etwas Sakrales anhaftet und der an die sinnlose Zerstörung des Vorgängerbau erinnert, ohne diesen jedoch zu imitieren“, ihre eigenständigen Entwürfe der ersten Phase zu sehr überarbeitet hätten. Kowa (2009: 7) kann zumindest der neuen Fassung des Siegerentwurfs aus dem Jahr 2002 positives abgewinnen und bescheinigt der Lösung eines „Negativ-Abdruck[s] des Kirchenraums mitsamt seinem Spitzdach“ eine „durchaus poetische Kraft“.

#### *(Angeführte) Argumente für einen Wiederaufbau*

Die Wiederaufbaubefürworter verfügen insgesamt betrachtet über keine stringente bzw. einheitliche Argumentation. So wurden von unterschiedlichen Personen aus dem Paulinerverein und seinem Umkreis verschiedene, zum Teil sogar widersprüchliche Punkte vorgetragen – wobei die Widersprüchlichkeit eher erst in dem Moment einsetzt, in dem eine vollständige Rekonstruktion als nicht mehr erreichbar eingeschätzt wird und die Umsetzung verschiedener Teilaspekte als besonders wichtig angesehen wird. Die Vielfalt der Argumente bedeutete aber schon in der

vorangegangenen Diskussion, dass die Position des Paulinervereins als komplex wahrgenommen wurde und dadurch medial schwierig zu vermitteln war (vgl. Heymann 26.8.2009).

So kommt es, dass die Hauptbeweggründe und damit eigentlichen Kernargumente der im Paulinerverein versammelten früheren Nutzer der Universitätskirche nirgends so deutlich formuliert werden, wie der derzeitige Pauliner-Vorsitzende Stötzner (28.8.2009) dies im Interview tut: Als Christen in einer nicht-christlichen Stadt sei man eine Minderheit und dennoch fordere man die Wiederherstellung des Baus, der ihnen bis zur mutwilligen Zerstörung als wesentlicher Identifikationsort – nämlich als geistliches und politisches Zentrum und „Ort des freien Worts“ in Zeiten der Diktatur – gedient habe. Nach der Sprengung sei auch ein wesentlicher Teil des vom SED-Regime als Widerstand wahrgenommenen bürgerlichen Lebens, das zuvor in der Kirche beheimatet gewesen sei, zerstört worden. Wegen dieser immensen Bedeutung dürfe es auch eine Rekonstruktion sein. Die angeführten Argumente allerdings waren – angefangen von dem Beharren auf eine in Umfragen belegte Mehrheit innerhalb der Bevölkerung – stets andere. Als wesentliche Argumente nennt Stötzner (28.8.2009) zwar auch den kirchlich-theologischen Aspekt des Wiederaufbaus eines zerstörten „Tempels“ (mit Verweis auf das Alte Testament), doch verweist er auch darauf, dass sich die Pauliner in der Anfangsphase nicht als „Kirchenbauverein“ betrachtet hätten. Dies scheint erst in der Debatte um die Nutzung, die Innenraumgestaltung und insbesondere den von der Universität vorgesehenen Raumteiler wirklich deutlich zu werden. Die Besonderheit der Universitätskirche, die wesentliche Bedeutung der theologischen Fakultät in der Hochschulgeschichte, aber auch die Bedeutung für den „Widerstand“ gegen den SED-Staat werden auch allenfalls erwähnt, während vor allem angeführt wird, die Sprengung sei ein „politischer Willkürakt des SED-Regimes und bleibe ständiger Ausdruck kommunistischer Barbarei“ (CDU Leipzig 14.1.2002, vgl. LVZ 15.1.2002), der mit der Rekonstruktion „wiedergutmacht“ werden müsse. Stärker als bei anderen Wiederaufbauvorhaben werden der

Akt der Zerstörung selbst und sein Kontext zu einem Argument der Wiederaufbaubefürworter. Koch und Koch (2006: 15) schrecken hier auch nicht davor zurück, die Sprengung der Paulinerkirche als den „Höhepunkt kultureller Säuberungen unter dem SED-Regime der Ära Walter Ulbricht“ zu bezeichnen und mit der Zerstörung der quasi nachträglich anerkannten UNESCO-Welterbestätte im afghanischen Bamiyan-Tal durch die Taliban 2001 zu vergleichen. Daran schließt sich das Argument der „Normalität“ von Rekonstruktion an, da für Afghanistan davon ausgegangen wird, dass eine Wiederherstellung die vorherrschende Meinung in internationalen Fachkreisen sei. Die UNESCO begründete die Aufnahme in die Welterbeliste mit der Hoffnung, „dass [sic] sich Handlungen extremer Intoleranz wie die vorsätzliche Zerstörung der Buddha-Statuen niemals wiederholen“ (ebd.). Implizit wird damit auch ausgedrückt, dass auch die Leipziger Universitätskirche als ein solches Symbol dienen könne. Umgekehrt sei ein Unterlassen eines Wiederaufbaus eine Wiederholung oder zumindest Bestätigung der Ulbricht zugeschriebenen Zerstörung (vgl. CDU Leipzig 14.1.2002). Ebenfalls häufig wird die Bedeutung, der kulturhistorische Wert und das Alter der gesprengten Kirche angeführt, die in ihren Grundzügen nahezu 700 Jahre der Leipziger Stadtentwicklung mit geprägt habe. Dies wird zwar an den erhaltenen Teilen der Innenausstattung und einigen Steinen der Roßbachfassade dokumentiert, seltener genannt wird aber das – z. B. in der Auseinandersetzung um den Wiederaufbau des Frankfurter Goethehauses in den 1950er Jahren wesentliche – Argument, dass immerhin achtzig Prozent der Ausstattung der Kirche noch vorhanden sind und einen angemessenen Platz brauchen. Wesentlich häufiger hingegen wird der kulturgeschichtliche, insbesondere musikgeschichtliche Aspekt benannt: Die Paulinerkirche habe eine große Bedeutung für die „Musikstadt Leipzig“, da Bach, Mendelssohn-Bartholdy, der hier auch zur Trauerfeier aufgebahrt war, Reger und weitere Größen der Musikgeschichte hier gewirkt haben. Hier verbindet sich die Begründung des Rekonstruktionswunsches mit der historischen Bedeutung des Originalbauwerks mit dem Argument der touristischen Vermarktung: Leip-

zig wolle sich als Musikstadt darstellen, doch seien z.B. kaum originale Bachstätten vorhanden. Eine in dieser Form seltene Verkehrung des üblichen Arguments der touristischen Attraktivität formuliert der damalige Pauliner-Vorsitzende Blobel, als er von der Leipziger Volkszeitung (23.4.2003) angesprochen auf die Entscheidung des Nationalen Olympischen Komitees für Leipzig als Kandidat für die Spiele im Jahr 2012 sagte, dass im Falle eines Zuschlags „der Augustusplatz so gestaltet sein [müsse], dass er wieder der schönste Platz von Leipzig und dessen Highlight die wieder errichtete Paulinerkirche ist“. Damit wird eine (potenziell) bestehende touristische Attraktivität als Anlass für eine Stadtverschönerung ausgegeben. Wiederum weniger prominent war das Argument der anstehenden Feierlichkeiten zum fünfhundertsten Jahrestag der Reformation im Jahr 2017. Mit der wieder aufgebauten, einst von Luther geweihten Universitätskirche, hätte sich Leipzig auch in diesem Kontext präsentieren können. Allerdings sei bereits der Tourismusverein hiervon nicht zu überzeugen gewesen (Stötzner 28.8.2009). Deutlich wird in diesem Zusammenhang auch die Bedeutung einer möglichst großen Nähe zum Original für die touristische Vermittlung: In einer neuen Aula sei einem ausländischen Tourist nicht vermittelbar, dass hier Luther gepredigt habe oder Bachs Motette uraufgeführt worden sei.

Einige dieser Argumente werden im Aufruf der 27 Nobelpreisträger staatstragend überprägt, wenn hier formuliert wird: „Der Beschluss, den Wiederaufbau der Kirche im Wettbewerb auszuschließen, ist eine nationale Schande.“ (www.paulinerverein.de) Während eine Nicht-Rekonstruktion „die Kulturbarbarei Ulbrichts“ sanktioniere und den „heroische[n] Widerstand vieler Leipziger“ ignoriere, könne die wiederaufgebaute Kirche eine Gedenkstätte für den studentischen Widerstand in den 1950er Jahren, die Opfer des 17. Juni und die friedliche Revolution 1989 werden.

Zum Teil werden sehr persönliche Argumente angeführt, die auch eine deutlich andere Qualität besitzen als die Schilderung persönlicher Erlebnisse in anderen Wiederaufbauvorhaben. Die Sprengung der Paulinerkirche liegt gerade gut vierzig

und keine 65 Jahre zurück, womit auch damalige Akteure noch heute an der Diskussion teilnehmen. Dies gilt insbesondere für Mitglieder des studentischen Widerstands, für die es nicht nur um die Aufarbeitung eines Stücks DDR-Vergangenheit geht, sondern auch um Entschädigung für persönlich erlittenes Unrecht, zum Teil – wohl in Unkenntnis der geschichtswissenschaftlichen Begrenzung auf (jüdische) Opfer des Nationalsozialismus – als „Wiedergutmachung“ bezeichnet. Außergewöhnlich deutlich wird die persönliche Konnotation der öffentlichen Auseinandersetzung, wenn Eckhard Koch im Vorwort der 2006 erschienen Denkschrift zur Diskussion um die Paulinerkirche schreibt: „Wir müssen uns der Entscheidung fügen, aber wir können sie nicht akzeptieren. Das ist nicht nur eine Frage der Satzung, sondern auch eine der Selbstachtung und Glaubwürdigkeit.“ (Koch/Koch 2006: 9) Dass er im Weiteren für diese Haltung den gleichen Respekt der Universitätsleitung einfordert, die der SED-Bezirksstaatssekretär der Enthaltung des Theologie-Dekans gegen die Zerstörung der Kirche gezollt hat, unterstreicht das Maß der persönlichen Betroffenheit.

Schließlich wurde in jedem Stadium die technische Machbarkeit angeführt – sowohl der vollständigen Rekonstruktion als auch der weiterhin möglichen originalgetreuen Innenraumgestaltung. Selbst eine Demontage von „Gips und Plaste“ (Stötzner 28.8.2009) der derzeit vorgesehenen Pfeiler und Decken zu einem späteren Zeitpunkt sei möglich. Immer wieder verwiesen wird dabei auf die Möglichkeit des Wiederaufbaus der Dresdener Frauenkirche und ihres erheblichen Erfolgs.

#### *(Angeführte) Argumente gegen einen Wiederaufbau*

Auch für die Position der Wiederaufbaugegner ist keine einheitliche und durchgängige Argumentationslinie festzustellen, was sich hier allerdings auch aus einer durch das Fehlen einer entsprechenden Initiative gegebenen Vielstimmigkeit ergibt. Gleichwohl sind aus unterschiedlichsten Quellen wie offiziellen Stellungnahmen, Reden und Diskussionsbeiträgen sowie schriftlichen Kommentaren diverse Argumente bekannt. Aufgrund der daraus

entstehenden Unübersichtlichkeit soll im Folgenden wesentlich auf die Darstellung „gegnerischer“ Argumente von Koch/Koch (2006: 127–172) zurückgegriffen werden, die dort der Widerrede gilt. Auf diese „Kritik an der Kritik“ soll hier allerdings kaum eingegangen werden. Zusätzliche Punkte werden hingegen insbesondere aus den Interviews mit Schroth/Tesch (26.8.2009) und Häuser (10.9.2009) zusammengetragen. Insgesamt bestehen dabei wesentliche Überschneidungen mit den Argumenten für vermittelnde Varianten, da mit der Opposition zur Rekonstruktion nie eine Ablehnung eines auch baulichen Erinnerung an die gesprengte Paulinerkirche einherging (vgl. Quester 25.8.2009). Dabei erscheint zumindest im Rückblick ein Teil der Argumentation weniger von einer dezidierten Auseinandersetzung oder fundierten Kritik getragen, als vielmehr beständig eine Rekonstruktion per se und weitgehend unbegründet abgelehnt wurde. Damit scheinen die Wiederaufbaugegner aus den Verwaltungsspitzen von Universität und Stadt zumindest in der frühen Phase davon ausgegangen zu sein, dass ein Wiederaufbau ein Tabu sei, dessen Bruch sozusagen unter Aufgeklärten ausgeschlossen sei, womit die Ablehnung keiner Begründung bedürfe (vgl. Gormsen 10.9.2009, Häuser 10.9.2009).

Als wesentliche Punkte der Argumentation gegen einen originalgetreuen Wiederaufbau führen Koch/Koch 2006: 127–172 an – größtenteils auch aus anderen lokalen Rekonstruktionsdebatten bekannt:

- Die allgemeine Kritik am Umgang mit den vorhandenen baulich-räumlichen Zeugnissen der Geschichte wird erwähnt, wenngleich die konkreten Universitätsbauten – mit Ausnahme des Karl-Marx-Reliefs (vgl. LVZ 20.2.2009) – offenbar niemals zum Gegenstand von Erhaltungswünschen wurden. Den Rekonstruktionsbefürworter wurde dabei ein ähnlicher Umgang mit der Geschichte – nämlich das „Ungeschehen machen“ oder auch der Restauration – vorgeworfen wie den einstigen Sprengern. (Marek 2003, vgl. Koch/Koch 2006: 136). Es entstehe bewusst „kein Sühnebau, der die schmerzliche Wunde der Sprengung von 1968 wettmachen will.“ (Universität Leipzig 2008: 1)
- Mit dem Wiederaufbau würde eine wichtige Trauerarbeit über den historischen Verlust der Kirche verhindert und zeige sich damit zugleich eine „Unfähigkeit zu trauern“ (Marek 2003, vgl. Koch/Koch 2006: 137).
- Das gewünschte Ergebnis aber sei selbst bei technisch perfekter Ausführung nicht zu erreichen, zumal sich der städtebauliche Kontext verändert habe, damit werde letztlich nur die zeitgenössische Befindlichkeit dokumentiert und verstärkt (Marek 2003, vgl. Koch/Koch 2006: 137).
- Anstelle einer rückwärtsgewandten Architektur müsse in den Bauten die Zeitgenossenschaft des Bauwerks abzulesen sein (vgl. Koch/Koch 2006: 144–154).
- Damit verbunden sind auch Vorstellungen der Universität, sich als fortschrittliche Reformuniversität zu profilieren. „In der architektonischen Außendarstellung zeigt sich immer auch, wie der ideale Kern der Universität verstanden wird“ (Stekeler-Weithofer 2003: 46, vgl. Koch/Koch 2006: 144–155), und dieser habe sich seit dem Kirchenbau mehrfach gewandelt. „Maßstab für die Entscheidung der Universität muss ihre Rolle und Funktion in Gegenwart und Zukunft sein, nicht die Erinnerung an eine böse Vergangenheit. [...] In Gegenwart und Zukunft ist die Universität eine durchaus weltliche Institution [...]. Das sollte auch in [...] der Aula ausgedrückt werden.“ (Hinrich Lehmann-Grube; zit. in Universität Leipzig 2008: 2)
- Die fehlende materielle Authentizität des Bauwerk, die mit „aggressiven“ (Koch/Koch 2006: 127) Begrifflichkeiten wie „Fälschung“, „Fake“, „Disneyland“ oder „Fetisch“ zum Ausdruck gebracht wird, begründen die Gegner mit denkmalpflegerischen Kriterien.
- Ebenso wird das Fehlen ruinöser Reste der Originalbausubstanz am Ort angeführt, die als Anknüpfungspunkt für einen Wiederaufbau dienen könnten (vgl. Koch/Koch 2006: 130–131).
- Schließlich wird die Notwendigkeit eines Kirchenbaus innerhalb einer Stadt mit einem christlichen Bevölkerungsanteil von unter zwanzig Prozent und an einer Universität, an der nur fünf Pro-

zent der Studierenden einer Konfession angehören, in Zweifel gezogen – zumal ein entsprechender Bau aus staatlichen Mitteln nicht möglich sei (Schroth/Tesch 26.8.2009, Häuser 10.9.2009, vgl. Wolff 10.9.2009, Koch/Koch 2006: 155–162). Entsprechend wurde etwa der Wiederaufbaubeschluss der Landesregierung als „Zwangschristianisierung“ interpretiert. Die Argumentation hat sich insgesamt mit der Auseinandersetzung um den Innenraum des „Paulinums“ zuspitzt. So wendet sich die neu entstandene „Bürgerinitiative pro Uni“ gegen eine aus ihrer Sicht übermächtige kirchliche Nutzung, Symbolik und Aneignung, die einer „weltoffenen, weltlichen“ und religionsungebundenen Nutzung entgegenstehe.

Das maßgebliche Argument für die Universität war allerdings ein gänzlich anderes, das auch von den Rekonstruktionsbefürworter lange Zeit kaum ausreichend beachtet wurde: Sie wollte vor allem die Funktionalität des Gebäudes gewahrt wissen. Diese besteht in einer Aula, die in den Gebäudezusammenhang des Innenstadtcampus integriert sein soll, und der alle weiteren Funktionen, sei es die Erinnerung an die Geschichte, die repräsentative Wirkung oder auch die kirchliche Nutzung, nachgeordnet sind. (vgl. Häuser 10.9.2009) „Es entsteht hier eine Universitätsaula, die an die Paulinerkirche erinnern soll – keine Paulinerkirche, die an eine Universitätsaula erinnert.“ (Benedict Rehbein; zit. in Universität Leipzig 2008: 2) Das wesentliche Argument der Landesregierung war hingegen, solange sie sich gegen den Wiederaufbau stellte, das fiskalische: Sie wollte die Kosten der Campus-Umgestaltung minimieren und forderte daher in allen Wettbewerben den Erhalt eines möglichst großen – wenn auch von Mal zu Mal kleiner werdenden – Teils des Gebäudebestandes.

Im Zusammenhang mit der Aufkündigung der Absprachen zum Neubau einer Universitätsaula durch die Landesregierung Anfang 2003 und der ohne weitere Absprache gefällten Entscheidung für einen Wiederaufbau wurde als wesentliches Argument die Autonomie der Hochschule und der Verbleib von Entscheidungskompetenz in der Stadt Leipzig angeführt.

#### *(Angeführte) Argumente für vermittelnde Varianten*

Es gehört zu den Besonderheiten des Leipziger Falles, dass sich innerhalb der Gruppe der Wiederaufbaueegner keine Stimmen finden lassen, die eine bauliche Erinnerung an die verlorene Paulinerkirche ablehnen würden. So ist hier das ste-te Bemühen erkennbar, durch diverse architektonische Mittel eine Vermittlung zum Vorgängerbau herzustellen. Insofern sind viele der Pro- und Contra-Argumente gleichzeitig auch als Argumente für vermittelnde Varianten bzw. in der Aushandlung über die konkrete Bebauung zu verstehen und sind die verschiedenen Wettbewerbsbeiträge und sonstigen Vorschläge auch als ein Prozess der Suche nach dem „richtigen“ Maß der Vermittlung deutbar. Letztlich wird diese grundsätzlich hohe Kompromissbereitschaft innerhalb des Diskurses um die Neubebauung am Ort der ehemaligen Universitätskirche noch verstärkt durch die Meinungsvielfalt innerhalb des Lagers der Wiederaufbaubefürworter bzw. des Paulinervereins. Andererseits erscheint als wesentliches Argument für die Einigung auf eine Kompromisslinie die Machbarkeit: Der Paulinerverein hat immer wieder einsehen müssen, dass ein originalgetreuer Wiederaufbau nicht durchzusetzen war. Dies führte angefangen vom damaligen Vereinsvorsitzenden Behrends, der bereits 2001 einen originalgetreuen Wiederaufbau als „nicht realistisch“ (LVZ 17.7.2001) bezeichnet hatte, über Blobels „euphorische“ Zustimmung zum van Egeraat-Entwurf, bis zur Einsicht des heutigen Vorsitzenden Stötzner (28.8.2009), dass sich an der äußeren Gestalt des Gebäudes nichts ändern werde, aber immer wieder auch zu unterschiedlichen Kompromissvorschlägen, die häufig in Teilrekonstruktionen (vgl. Koch/Koch 2006: 173) bestanden. Andererseits war auch die Universität stets darum bemüht, möglichst bald von der Entscheidungsfindung zur Umsetzung überzugehen, da einerseits an der Bebauung auf dem Grundstück der ehemaligen Paulinerkirche auch der Umbau der sonstigen Gebäude des Innenstadtcampus hing und andererseits das Universitätsjubiläum als fixes Datum zusätzlichen Zeitdruck bedeutete (vgl. Häuser 10.9.2009).

### *Bedeutung von Fachargumenten*

Im gesamten Wiederaufbauverfahren haben Fachargumente nahezu keine Rolle gespielt. In der Regel wird dies auf die emotional geführte Diskussion zurückgeführt (etwa Lars-Christian Horn; zit. in Universität Leipzig 2008: 2, Heymann 26.8.2009). Quester (25.8.2009) verweist allerdings zu Recht auch darauf, dass das Vorhaben nie Teil eines öffentlichen Verfahrens gewesen sei, in dem dann eine Beteiligung von Experten zumindest in der Form von Trägern öffentlicher Belange erforderlich gewesen wäre.

Zudem sind Akteure aus wesentlichen Fachgruppen kaum eigenständig aktiv geworden. So hat sich der in Leipzig ohnehin relativ schwach vertretene Denkmalschutz auf die Position zurückgezogen, dass er nicht betroffen sei, da das Denkmal 1968 zerstört worden sei (Gormsen 10.9.2009), und hat der mittlerweile pensionierte Landeskonservator Margirius in einigen Punkten eher den Paulinerverein unterstützt (Stötzner 28.8.2009). Der verbandliche Denkmalschutz sah seine Aufgabe insbesondere in der finanziellen Unterstützung der Restaurierung der erhaltenen Originale (Gormsen 10.9.2009). Noch weniger in Erscheinung getreten sind Architekten bzw. ihre verfassten Vereine und Verbände. Selbst die erheblichen Eingriffe in die Regeln des Wettbewerbswesens durch Veröffentlichung von Wettbewerbsbeiträgen aus dem laufenden Verfahren führten lediglich zum Ausstieg zweier Architekten aus der Jury (vgl. Quester 25.8.2009), während der erwartungsgemäße „Aufschrei“ ausblieb.

Verschiedentlich haben allerdings Historiker und Kunsthistoriker zu unterschiedlichen Aspekten der Rekonstruktionsdebatte Stellung genommen. Ihre Beiträge dienten aber im Wesentlichen als Argumentationspool für die konträren Positionen, die historische Fakten immer wieder zu Anforderungen für gegenwärtige Handlungen uminterpretierten. Bemerkenswert ist insgesamt, wie stark die Diskussion dennoch auf die Frage eines „richtigen“ Umgangs mit dem Ort und seiner Geschichte fokussierte und dabei zum Teil pseudo-wissenschaftliche Züge annahm (vgl. hierzu insbesondere die „Wi-

derlegung“ von Gegnerargumenten durch Koch/Koch 2006: 125–171).

Im Rahmen der nachgelagerten Auseinandersetzung um die Glaswand zwischen Chor und Aula wurde ein Zielkonflikt zwischen unterschiedlichen fachplanerischen Ansprüchen deutlich: Während der Universitätskustos Rudolf Hiller die Trennwand als einzige Möglichkeit ansah, im Chor ein kontrolliertes Raumklima für die dort präsentierten Originalfragmente zu schaffen, kritisiert der Musikdirektor David Timm die Beeinträchtigung der Akustik. (Kowa 2009: 8)

### *Bedeutung von Identifikation und Vermarktung*

Identifikations- und Vermarktungsaspekte standen zunächst nicht im Fokus der Argumentation der Wiederaufbaubefürworter, gewannen aber über den Prozessverlauf deutlich an Bedeutung. So wurde etwa im Rahmen der Olympiabewerbung Leipzigs auf die „große Anziehungskraft für das begleitende Kulturprogramm“ verwiesen, die von der Paulinerkirche ausgehe ([www.paulinerkirche.de/archiv03.htm](http://www.paulinerkirche.de/archiv03.htm)). Gleichwohl ist davon auszugehen, dass es den Mitgliedern des Paulinervereins lediglich in so weit um ein Identifikationspotenzial einer rekonstruierten Universitätskirche ging, als ihre persönliche Identifikation mit dem Original betroffen war. Entsprechende Argumente, die innerhalb der Debatte angeführt wurden, können also eher als (zusätzliche) Legitimation eines zumeist recht individuellen, biografisch bedingten Wunsches angesehen werden. Insofern erscheinen viele Argumente hinsichtlich der Identifikationsleistung eines Wiederaufbaus als ein Verallgemeinerungsanspruch der persönlichen Beziehung zum Original. So wird der Universitätskirche eine erhebliche stadt-, universitäts- und kulturhistorische sowie zeitgeschichtliche Bedeutung zugeschrieben, die ein Identifikationspotenzial für die gesamte Bevölkerung bedeuten sollen (vgl. Quester 25.8.2009), obwohl etwa Richter (2009) davon ausgeht, dass eine Kirche in Leipzig nicht als Identifikationsort geeignet ist (s.u.). Ebenso wurden die (touristischen) Vermarktungspotenziale eines (zumindest in Teilen bzw. im Inneren) rekonstruierten Gebäudes erst spät in die Diskussion eingeführt.



So erscheint die Argumentation Stötzners (28.8.2009), als einzige von Luther geweihte Universitätskirche hätte ein dem Original stärker nachempfunderer Bau Chancen als touristische Destination zum anstehenden fünfhundertsten Jahrestag der Reformation, bzw. des Thesenanschlags im Jahr 2017 und wäre wichtig für die Profilierung Leipzigs als Musikstadt (Wirkungsstädte Bachs, Mendelsohn-Bartholdys, Regers und anderer), in der Diskussion kaum präsent.

Umgekehrt ist davon auszugehen, dass die Universität sich von einer Umgestaltung ihres Innenstadtcampus erhebliche Identifikations- und Vermarktungseffekte insbesondere auch hinsichtlich des sechshundertsten Jubiläums im Jahr 2009 versprochen hat und auch aus diesen Gründen eine originalgetreue Rekonstruktion ablehnte. Was Befürworter wie ein Widerspruch erscheinen mag, löst sich dadurch auf, dass es für die Universität bei aller Betonung ihrer Geschichte und ihrer historischen Relevanz als zweitälteste Universitätsgründung Deutschlands darum gehen muss, sich mit ihren heutigen Leitvorstellungen und zeitgenössischen Kompetenzen in einem teilweise hoch kompetitiven Wettbewerb zu positionieren (vgl. Häuser 10.9.2009). Hier erscheinen offenbar ein zeitgenössischer Bau und ein entsprechendes Interieur erfolgversprechender. Ebenso scheint die Identifikation der heutigen Universitätsangehörigen mit der Hochschule in solchen Räumlichkeiten eher möglich. Das Argument der Nachfrage der Hochschule nach repräsentativen Gebäuden und insbesondere einer entsprechenden Aula scheint von der Staatsregierung zumindest ab dem Zeitpunkt vollständig akzeptiert und übernommen worden zu sein, als ihr – Gormsen (10.9.2009) zufolge pikanterweise auf einer Veranstaltung des Paulinervereins – bewusst wurde, dass im Jahr 2009 das Jubiläum anstehen würde. Entsprechend wichtig war sowohl der Hochschule als auch dem Freistaat die Baufertigstellung bis zu diesem Ereignis. Häuser (10.9.2009) gibt an, aus diesem Grund von einer Weiterverfolgung der Regelwidrigkeiten innerhalb des zweiten Wettbewerbs abgesehen zu haben.

### *Bedeutung von Bautyp und Symbolik*

Über die längste Zeit schien zumindest in der öffentlichen Debatte der Bautyp Kirche und seine Symbolik kaum von Bedeutung. Selbst der sich für den Wiederaufbau engagierende Paulinerverein sah sich nicht als „Kirchenbauverein“ (Stötzner 28.8.2009) und forderte – wenngleich nicht mit der gleichen Vehemenz, was aber wohl eher auf den früheren Zerstörungszeitpunkt zurückzuführen ist – auch die Wiedererrichtung des Augusteums. So geht auch Richter (2009) davon aus, dass in einer zu achtzig Prozent nicht-religiösen Stadt der Wert einer Kirche relativ gering sei, zumal wenn diese „zwanzig Jahre komplett aus dem Stadtbild verschwunden“ gewesen sei. Im Hinblick auf die Diskussion, die sich seit Anfang 2004, als zunächst die Wettbewerbsentwürfe veröffentlicht wurden und dann van Egeraat innerhalb der Konkurrenz als Sieger hervorging, muss dieser Einschätzung hier deutlich widersprochen werden.

Stötzner (28.8.2009) geht davon aus, dass das wesentliche „Argument“ für van Egeraat in der öffentlichen Abstimmung die optische Wirkung war, die den ehemaligen Sakralbau nicht nur nachempfendet, sondern sogar überhöht und damit innerhalb des Ensembles, zu dem auch das ehemalige Universitätshochhaus und mehrere Großbauten gehören, entsprechend seiner früheren städtebaulichen Wirkung hervorhebt. Für die Universität als Hauptnutzerin scheint diese Wirkung zumindest im Inneren zum Problem zu werden, da sie einerseits Nutzungsansprüche zu implizieren scheint, andererseits die Aula wohl – trotz Abstrichen gegenüber dem ursprünglichen Entwurf und den Forderungen der Pauliner und Personen aus kirchlichen Kreisen – eine Prägung erhält, die zumindest in Mitteleuropa aufgrund ihrer gotischen Säulen und Raumhöhe deutlich mit einer Kirche assoziiert werden könnte. Quester (25.8.2009) geht davon aus, dass ein originalgetreuer Wiederaufbau nur als Kirche nutzbar gewesen wäre. Entsprechend formierte sich auch innerhalb der Aushandlung der konkreten Innenraumgestaltung und angesichts des Wunsches nach der zusätzlichen Platzierung christlicher Ornamente erstmalig bürgerschaftlicher Widerstand, der sich für eine „weltli-

che, weltoffene“ Universität ausspricht (vgl. Schroth/Tesch 26.8.2009). Wenngleich sich die entsprechende Bürgerinitiative nicht an architektonischen Auseinandersetzungen beteiligen möchte, erscheint doch auch ihren Vertretern der Auslöser der Diskussion darin zu liegen, dass das Gebäude „aussieht wie eine Kirche“. Die Vorstellung, vor einem Altar oder gar von oder neben einer Kanzel eine nicht-christliche Veranstaltung, wie einen Kongress oder Vortrag abzuhalten, führt zu einer Ablehnung bzw. auch zum Wunsch nach einer baulichen Trennung zwischen dann stärker säkularer Aula und einem Chorraum, der durch die Versammlung der Überreste der alten Kirche unterscheidbar wird.

Gleichzeitig ist die Paulinerkirche allerdings zumindest für einige auch Symbol für den – zum Teil selber miterlebten und mitgestalteten – Widerstand gegen die willkürliche Sprengung von Kirche und Augusteum durch das DDR-Regime. Da die Kirche auch als „Ort des freien Worts in Zeiten der Diktatur“ (Stötzner 28.8.2009) erinnert wird und ihrer Sprengung zur Niederschlagung von Kritikern gedient habe, wird sie als allgemeines Symbol des Widerstands verstanden, zumal sowohl die Stadtgesellschaft Leipzigs als auch die Kirchen in erheblichem Maße zur friedlichen Revolution des Jahres 1989/90 beigetragen haben (vgl. Wolff 10.9.2009). Offenbar ist diese Symbolik allerdings in Leipzig nicht allgemein vermittelbar bzw. wird davon ausgegangen, dass sie weiterhin die Opposition von in Entscheidungsfunktion verbliebenen Akteuren des SED-Regimes hervorrufen (vgl. Stötzner 28.8.2009). Heymann (26.8.2009) geht allerdings von einer entsprechenden touristischen Präsentierbarkeit aus.

#### *Bedeutung des Vorhabens innerhalb der Kommunalpolitik und Universitätsentwicklung*

Trotz der umfassenden, lang anhaltenden, politisch kontroversen und zum Teil emotional geführten Debatte wird allgemein davon ausgegangen, dass das Wiederaufbauvorhaben von relativ geringer Bedeutung für die Stadtentwicklung und Kommunalpolitik war (vgl. Quester 25.8.2009, Heymann 26.8.2009, Gormsen 10.9.2009). Davon zeugt auch die geringe Anzahl von Anlässen, zu denen das Projekt im Stadtrat

diskutiert wurde. Wenngleich Heymann (26.8.2009) dies kritisiert und eine stärkere Mittlerrolle der Stadt einfordert, ist darauf zu verweisen, dass auch die CDU-Fraktion sich im Wesentlichen außerhalb des Stadtparlaments mit dem Thema befasst (vgl. Stötzner 28.8.2009) und etwa Kontakte zur Landesregierung hergestellt hat (vgl. Heymann 26.8.2009). Dies bestätigt ein Stück weit den von Quester (25.8.2009) formulierten Eindruck, dass es der CDU hierbei weniger um eine stadtpolitische Sachentscheidung ging, sondern sie sich vielmehr in der Öffentlichkeit gegenüber der politischen Konkurrenz hervortun und dem populären Oberbürgermeister schaden wollte. Insofern kann auch für Leipzig eine Kopplung der Wiederaufbaudebatte mit anderen stadtentwicklungspolitischen Themen bzw. eine Verwendung als Ablenkungs- oder Legitimationsstrategie ausgeschlossen werden, zumal die Debatte auch niemals hinreichende Bedeutung innerhalb der Bevölkerung erlangte und nicht von einem Treiber der Stadtentwicklung initiiert wurde (vgl. Quester 25.8.2009). Selbst eine Kopplung mit Fragen des Denkmalschutzes (Gormsen 10.9.2009) oder des Umgangs mit dem gründerzeitlichen Bestand (Schroth/Tesch 26.8.2009) fand nicht statt, obwohl die vorgeschlagene Roßbach-Fassade als Zeitgenosse dieser Bauten anzusehen ist. Zusammenhänge werden lediglich zur Neugestaltung des unmittelbar angrenzenden Augustusplatzes gesehen, um die nach einer Veränderung Mitte der 1990er Jahre nun erneut gestritten werden wird, um ggf. auf die deutlich repräsentativere Fassade der Universität zu reagieren (vgl. Quester 25.8.2009, Heymann 26.8.2009, Gormsen 10.9.2009).

Im Gegensatz zu anderen Vorhaben erscheint es an dieser Stelle auch geboten, zusätzlich die Bedeutung innerhalb der Universitätsentwicklung zu betrachten. Auch hier ist allerdings nur bedingt von bewussten Verbindungen auszugehen, da auch für die Universität das Gebäude letztlich nur einen kleinen – wenn auch wichtigen und viel beachteten Teil – ihrer baulichen wie auch allgemeinen Umstrukturierung seit 1990 ausmacht. Trotz einer großen Einigkeit zwischen Universitätsleitung und Studierendenvertretern in der Rekonstruktionsfrage wurden universitäre Diskussionen um die Profilbil-

dung kontrovers geführt (Häuser 10.9.2009, vgl. Schroth/Tesch 26.8.2009). Auswirkungen auf die politische Kultur innerhalb der Hochschule sind nicht nachgewiesen, wenngleich zumindest für die Zeiten erheblicher äußerer Anfeindungen durchaus von einem verstärkten Zusammenhalt der Universitätsangehörigen ausgegangen werden kann und die relativ zurückhaltende Unterstützung des Rektors etwa durch den akademischen Senat auch ein Zeichen für dessen geringen Rückhalt (vgl. Gormsen 10.9.2009) in anderen Fragen sein kann. Dies bedeutet allerdings nicht, dass nicht Verbindungen zwischen der universitären Profilbildung bzw. der Suche danach und ihrem Ausdruck in der Architektur gesehen werden können, wie insbesondere die überaus kritischen Hinweise Wolffs (10.9.2009) zeigen. Ihm fehlen an der Universität wesentliche Aspekte der gesellschaftlichen Bildung sowie der Wissenschafts- und Lehrethik. Er bemängelt zudem, dass dahingehende Kritik von außen nicht erwünscht sei. Dies führt er auch auf die fehlende Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte zurück, die – für ihn – wiederum in der weitgehenden Ablehnung einer kirchlichen Nutzung sowie baulicher Hinweise auf diesen Teil der universitären Tradition zum Ausdruck kommt.

#### *Zwischenfazit: Konfliktlinien*

Schmidt-Lux (2009) geht davon aus, dass der Bau des Paulinums bzw. des Innenstadtcampus der Universität Anlass für das Manifestwerden mehrerer zunächst nicht spezifisch mit dem Vorhaben verbundener Konflikte ist. So unterscheidet er drei teilweise miteinander verbundene Konfliktlinien:

- Umgang mit DDR-Erbe (politisch-erinnernd)
- Nutzung (Aula oder Kirche)
- Ästhetik (Wiederaufbau ja oder nein und wie?)

Diese sollen im Folgenden dargestellt, diskutiert und ergänzt werden. Dabei soll auch untersucht werden, inwieweit sich das Verhältnis der Leipziger Stadtgesellschaft (einschließlich der in ihr beheimateten Universität) zum Freistaat Sachsen wie auch insgesamt zu „äußerer Einmi-

schung“ als eine weitere Konfliktlinie betrachten lässt.

Es besteht in Leipzig ein sehr weit reichender Konsens darüber, dass die Sprengung ein Akt staatlicher Willkür und Unrecht war. Tesch/Schroth (26.8.2009) sehen den Unterschied darin, dass einige darin einen „Akt der Barbarei“ sehen, während er für andere ein historischer Fakt ist. Der wesentliche Dissens ist allerdings der über die Bedeutung dieses historischen Unrechts für das Handeln und den Umgang mit dem Ort in der Gegenwart, also die Frage, ob und, wenn ja, welche baulichen und funktionalen Anforderungen aus diesem Unrecht heute entstehen. Dies führt auch dazu, dass seitens einiger Wiederaufbaubefürworter die Ernsthaftigkeit des Unrechtsempfindens bei den Wiederaufbauegnern und damit das Bestehen dieses Konsenses angezweifelt wird (vgl. Koch/Koch 2006: 155). Die eigentliche Konfliktlinie allerdings besteht eben nicht in der Interpretation oder Bewertung der Geschichte. Während die verschiedenen Wettbewerbe eine Vielzahl möglicher Formen architektonischer Erinnerungskultur erbracht haben und die Gegner somit belegt sehen, dass ein Neubau zum „Sühnebau“ werden kann, bleibt den Aufbaubefürwortern nur das Argument, die Nicht-Wiederherstellung sei ein „später Sieg der SED“. Letzteres trägt schon deshalb kaum, weil zumindest für die Öffentlichkeit nicht deutlich wird, wer heute einen solchen Sieg „feiern“ solle (wenngleich es entsprechende Unterstellungen gibt; vgl. Koch 2000, [www.verhoer.de](http://www.verhoer.de), auch Stötzner 28.8.2009).

Schmidt-Lux (2009) beschreibt eine zweite Konfliktlinie zwischen zwei konträren Nutzungsvorstellungen von Kirche oder Universitätsaula, die auch bauliche bzw. gestalterische Ausprägungen gefunden hätten und schließlich in den Kompromiss der Doppelnutzung in zwei getrennten Räumen und dem neutralen Begriff „Paulinum“ gemündet seien. Zum einen gibt es deutliche Indizien, die die Kompromiss-These in Frage stellen, zum anderen lässt sich der Konflikt weiter verallgemeinern auf das Verhältnis von Stadtgesellschaft und Religion. Wie viele Gebiete innerhalb der neuen Bundesländer ist die Stadt Leipzig auch aufgrund der antireligiösen Ten-

denzen des sozialistischen Regimes in einem noch stärkeren Maße säkularisiert und spielen christliche Religion und Kirche innerhalb Stadtgesellschaft noch marginalisiertere Rolle, als dies für vergleichbare Städte in Westdeutschland gelten würde. Dadurch stellt sich zum einen die Bedarfsfrage für eine neue Kirche (wenn gleich als Universitätskirche zunächst nicht Teil des Kirchspiels) anders dar und besteht offenbar auch in den Verwaltungsspitzen von Stadt und Universität eine grundsätzlich ambivalente oder gar ablehnende Haltung gegenüber kirchlichen Belangen. In öffentlichen Äußerungen von Privatpersonen, aber auch solchen der Bürgerinitiative „Für eine weltoffene, weltliche und autonome Universität Leipzig“ werden diese zuweilen sogar als „ideologisch“ bezeichnet bzw. verwahrt man sich gegen eine „ideologische Vereinnahmung“ ([www.buerger-pro-uni.de](http://www.buerger-pro-uni.de)). Entsprechend sehen Schroth/Tesch (26.8.2009) das langwierige Verfahren lediglich als einen Weg, die Errichtung einer Kirche mit Mitteln des Hochschulbaus durchzusetzen. Der wohl deutlichste Ausdruck dieser Haltung findet sich im Ausdruck der „kalten Christianisierung“, der nach der Entscheidung zum Wiederaufbau durch die Landesregierung vom SPD-Landtagsabgeordneten Cornelius Weiss geprägt wurde (vgl. Koch/Koch 2006: 12). Auch wird es als das (alleinige) Recht des Bauherrn – der Universität – angesehen, über die Nutzung zu entscheiden. (Schmidt-Lux 2009) Andererseits konnten die christlichen Kirchen und kirchliche Kreise sich in der Leipziger Diaspora offenbar relativ gut als Gemeinschaft organisieren und vernetzen, die sich auch des Öfteren politisch äußerte. Nicht vergessen werden soll hier, dass die christlichen Kirchen und religiöse Gruppen in Leipzig mehr noch als in der übrigen DDR einen wesentlichen Beitrag zur politischen Wende der Jahre 1989/90 geleistet haben (vgl. Wolff 10.9.2009). Daraus ist wohl auch ein ausreichendes Selbstbewusstsein erwachsen, um die Forderung nach einem neuen Kirchenbau innerhalb der Stadt Leipzig bzw. einer Universitätskirche für die Universität zu erheben. Hinzu kommen entsprechende Fakultäten und Studierendengemeinden als potentielle Nutzer. Hauptargument der Befürworter einer neuen Universitätskirche ist

die diesbezügliche Tradition der Leipziger Universität bis zur Sprengung der Kirche 1968. Die hierin gesehene Verbindung von Wissenschaft und Religion habe sich überaus positiv auf die Entwicklung der Universität ausgewirkt und stände Weltoffenheit und Autonomie nicht entgegen – im Gegenteil: Die Freiheit der Wissenschaft sei ebenso ein Kennzeichen demokratischer Gesellschaften wie die Religionsfreiheit. Dem allerdings wird weiterhin die veränderte Bedeutung der Theologie an der sich grundlegend reformierenden Universität entgegen gehalten.

In der ästhetischen Auseinandersetzung zwischen moderner und traditioneller Architektur sieht Schmidt-Lux (2009) zu Recht eine weniger prominente Konfliktlinie. Während diese Kontroverse in anderen Wiederaufbauvorhaben zumindest zentral behandelt wird und in der Lage ist, andere Konflikte zu überdecken, scheint es, dass diese Diskussion in Leipzig zumindest zunächst kaum geführt wurde und eigentlich erst in den vergangenen Jahren seit der Entscheidung für den Entwurf von Egeraats wichtiger geworden ist. Dies mag vor allem darin begründet liegen, dass die Positionen weit weniger gegensätzlich ausgeprägt sind und damit nicht in voller Härte aufeinander prallen. So weist Schmidt-Lux (2009) insbesondere darauf hin, dass niemals eine strikt moderne Gegenposition formuliert worden sei – obgleich der Entwurf von Behet und Bondzio auch aufgrund der Assoziation mit dem „Bildwürfel“ durchaus als solche verstanden wurde. Richtig ist allerdings, dass die Position zeitgenössischer Architektur stets deren Vermittlungspotenzial betonte und um historischen Bezug bemüht war, während sie die moderne DDR-Architektur des Bestandes ebenfalls ablehnte. Ein Erhalt scheint – mit Ausnahme des nicht zur Disposition gestellten Henselmann-Hochhauses (City-Hochhaus) – niemals gefordert worden zu sein. Die einzige Auseinandersetzung dieser Art wurde um das am Universitätsgebäude an exakt der Stelle, an der in der Westfassade der Paulinerkirche das Kreuz zu sehen war, befestigte Karl-Marx-Relief geführt. Dabei wurden sämtliche Positionen von Erhalt an gleicher Stelle, Translokation, Integration in ein kritisches Mahnmal und Zerstörung vorgetragen. Schmidt-Lux (2009) sieht in

eben diesem Unterschied, dass keine explizit ahistorische Position vertreten wurde, den wesentlichen Grund für den Erfolg der Wiederaufbaugesegner in Leipzig. Andererseits muss aber auch darauf verwiesen werden, dass für Teile der Wiederaufbaubefürworter die traditionelle Ästhetik nicht das wesentliche Argument war, sondern allenfalls als Träger der Erinnerung etc. angesehen wurde, und auch hier zumindest innerhalb einer Teilgruppe eine Aufgeschlossenheit gegenüber zeitgenössischem Bauen bestand.

Leipzig hat sich als Bürgerstadt stets gegenüber äußerer Einmischung, insbesondere solcher von den in Dresden ansässigen Fürsten verwahrt – eine Tradition, die möglicherweise auch nach einem halben Jahrhundert totalitärer Staatsmacht dazu führte, dass hier ein wesentlicher Ausgangspunkt der friedlichen Revolution in der DDR war. Bei der Sprengung der Paulinerkirche war dies – brisanterweise im Gegensatz zum Residenzschloss in der Untertanenstadt Dresden – anders (vgl. Kowa 2009: 7): Der im Wesentlichen universitäre Widerstand gegen die Zerstörung eines Gebäudes der nicht unbedingt in die Stadt integrierten und keinesfalls so obrigkeitsresistenten, erst „braunen“ und dann „roten“ Universität reichte nicht, um die Zerstörung zu verhindern. Obwohl nach 1990 parteipolitisch unterschiedlich orientiert, schien im Falle der Paulinerkirche zunächst kein Unterschied zwischen der SPD-Regierten Stadt Leipzig und der in ihrer geisteswissenschaftlichen Orientierung ebenfalls eher „links“ stehenden (Heymann 26.8.2009) Universität und der konservativen Staatsregierung zu bestehen. Dies änderte sich, als zum einen mit dem Rücktritt Biedenkopfs auch die zuständigen Minister ausgewechselt wurden und zum anderen das bislang von Leipziger Bürger relativ unprofessionell betriebene Wiederaufbauvorhaben von Außen zusätzliche Unterstützung fand – vor allem durch den bald zum Vorsitzenden gekürten New Yorker Günter Blobel. Diese Konstellation führte, nachdem sich zunächst die konservativen Fraktionen im Leipziger Stadtrat der Forderung nach Wiederaufbau angeschlossen hatten, zu erheblichen Zerwürfnissen vor allem zwischen Universitätsleitung und Freistaat, die trotz Rektoratsrücktritts allerdings keineswegs zur

Durchsetzung der – immerhin mit der Finanzhoheit verbundenen – Regierungslinie führten. Einerseits solidarisierten sich die Leipziger in Umfragen mit „ihrer“ Universität und gegen die Regierung, andererseits wurde auch das Engagement Blobels trotz medialer Unterstützung nicht nur positiv aufgefasst. Schließlich einigte man sich auf einen neuerlichen Wettbewerb, der von vorneherein auf eine Kompromissfindung zugeschnitten war, den originalgetreuen Wiederaufbau ausschloss und schließlich durch ein „Volksurteil“ wesentlich mit entschieden wurde. Die Leipziger Bürger haben sich so, wenn gleich nie „ordentlich“ beteiligt, sowohl gegen die Einmischung der Landesregierung und unangemessen ausgeweitete Rekonstruktionswünsche gewehrt als auch den Wunsch von Stadtoberhaupt und Universität nach einer ihnen zu modernen Lösung abwehren können.

Angesichts der vielfältigen, sich überlagernden Konfliktlinien erscheinen Interpretationen nahe liegend, die das Ergebnis des Prozesses als einen politischen Kompromiss sehen, der weniger aus der Sache heraus als vielmehr aus den Handlungen der verschiedenen Akteure und insbesondere der Landesregierung zu verstehen ist (vgl. Quester 25.8.2009). Das beinahe Salomonische an der letztlichen Entscheidung könnte allerdings sein, dass alle ohne Gesichtverlust aus der Auseinandersetzung hervorgehen können und insbesondere der Paulinerverein sich die Qualitätssteigerung sowie die sakrale Geste anrechnen lassen kann (vgl. Stötzner 28.8.2009). Problematisch an der Entscheidung bleibt allerdings die erhebliche Kostensteigerung für die öffentliche Hand, ein Punkt, der aufgrund des zumindest zeitweise umjubilten Ergebnisses selten genannt wird (Quester 25.8.2009).

## 5.24 Rolle lokaler Bürgerinitiativen

### *Formen zivilgesellschaftlichen Engagements*

Zentrale Form des bürgerschaftlichen Engagements ist die der vereinsmäßig organisierten Bürgerinitiative. Der Paulinerverein nimmt eine so herausragende Stellung innerhalb der Leipziger Debatte ein, dass die nachfolgenden Abschnitte fast ausschließlich dessen Struktur, Aktivitäten

und Ansichten in ihrer Entwicklung betrachten sollen. Eine ähnlich intensive Betrachtung weiterer zivilgesellschaftlicher Akteure würde demgegenüber eine Aufwertung ihrer überaus beschränkten Rolle innerhalb der Diskussion und ihrer ebenso bescheidenen Bedeutung für die nachfolgend betrachteten Ergebnisse bedeuten. Dies gilt vor allem auch deshalb, weil sich die Auswertung des Fallbeispiels insgesamt auf das eigentliche Wiederaufbauvorhaben und dessen – je nach Bewertung mehr oder weniger deutliches – Scheitern konzentriert und die Debatte um Details der Innenraumgestaltung, in der andere Akteure wesentlich stärker hinzugekommen sind, als nachgelagert betrachtet.

Eine gewisse Dopplung des bürgerschaftlichen Engagements innerhalb des Paulinervereins ist 2006 durch die Gründung des sehr kleinen Vereins Pro Universitätskirche e.V. entstanden, der sich aus Mitgliedern des Paulinervereins zusammensetzt, die sich hier in der vereinsinternen personellen Auseinandersetzung um gewisse inhaltliche Punkte (Vorschlag zu Rekonstruktion der Roßbach-Fassade am Bau von van Egeraat; Koch/Koch 2006: 108–117, vgl. Stötzner 28.8.2009) nicht durchsetzen konnten. Wenngleich die wesentlichen Betreiber des Vereins, die Gebrüder Koch, zu den Wortführern innerhalb des Wiederaufbauvorhabens zählten und bereits vor der Vereinsgründung als Einzelpersonen in verschiedener Weise aktiv waren (s.u.), hat Pro Universitätskirche e.V. den weiteren Debattenverlauf nicht wesentlich mitbestimmt. Als Ergänzung zum Paulinerverein ist hingegen die „Stiftung Universitätskirche St. Pauli zu Leipzig“ anzusehen. Auch sie hat erhebliche personelle Überschneidungen mit den Paulinern, ihre Arbeitsweise ist allerdings eine deutlich andere, geht es doch maßgeblich um die Finanzierung der Restauration der erhaltenen Innenausstattung der alten Paulinerkirche, um die kirchliche und musikalische Nutzung des Neubaus und die Erinnerung an Sprengung und Widerstand. Dabei bemüht sich die Stiftung um Zusammenarbeit mit der Universität und beteiligt sich daher trotz gleicher Zielsetzung kaum an den vom Paulinerverein weiterhin geführten Auseinandersetzungen ([www.stiftung-universitaetskirche.de](http://www.stiftung-universitaetskirche.de); vgl. Stötzner 28.8.2009).

Als weiterhin bedeutende Form des zivilgesellschaftlichen Engagements ist sicher auch auf das Wirken von Einzelpersonen hinzuweisen, die zwar häufig mit dem Paulinerverein in Zusammenhang standen, aber dennoch eigenständig aktiv wurden. Maßgeblich sind hier insbesondere die Initiativen von Dr. Martin Helmstedt und Dr. Manfred Wurlitzer sowie Günter Blobel zu nennen, die im Wesentlichen darin bestanden, Prominente – im Falle Blobels Nobelpreisträger – als Unterstützer des Vorhabens zu gewinnen und dadurch die öffentliche Meinung zu beeinflussen sowie die Entscheidungsträger zu beeindrucken. Ebenfalls als persönliches Engagement zu werten ist die Tätigkeit von Dietrich und Eckhard Koch, die selbst in ihrer aktiven Zeit innerhalb des Paulinervereins – zumindest Eckhard Koch war auch im Vorstand – eigene Publikationen (Denkschriften bzw. Koch/Koch 2006) und eine Vielzahl an Briefen und Diskussionsbeiträgen lieferten. Wieland Zumpe, der Betreiber von [www.paulinerkirche.org](http://www.paulinerkirche.org), gilt als einer der profundesten Kenner der Materie und hat verschiedene Computermodelle und Simulationen entwickelt. Trotz dieser Kompetenz erscheint er vor allem als Einzelkämpfer, was auch auf sein kompromissloses Verfechten eines originalgetreuen Wiederaufbaus und seine Opposition gegen den Entwurf von Egeraats zurückzuführen ist (vgl. Stötzner 28.8.2009). Weiterhin gab und gibt es viele Fürsprecher des Wiederaufbauvorhabens, die weniger in der Öffentlichkeit als vielmehr ihre Kreise und Netzwerke für eine Unterstützung nutzten. So verfügt der Paulinerverein über eine Prominentenliste mit laut Aussage Stötzners (28.8.2009) sehr klangvollen, vielfältigen Namen. Angeregt durch den emeritierten Theologie-Professor Hauffe besteht zudem ein Freundeskreis aus Sympathisanten, die nicht Mitglieder des Vereins geworden sind. Die „Freunde der Universitätskirche“ waren etwa aktiv bei der Unterschriftensammlung. In diesem Zusammenhang auch zu nennen ist Thomaskirchen-Pfarrer Christian Wolff, der sich nach anfänglicher Kritik am Vorhaben des Paulinervereins zuletzt als einer der deutlichsten Streiter innerhalb der Auseinandersetzung mit der Universität nach dem Wettbewerbsieg von Egeraats entwickelt hat und Mit-

begründer des seit 14.8.2008 bestehenden, losen Aktionsbündnisses „Neue Universitätskirche St. Pauli“ ist. Gründungsmitglieder sind der Vorsitzende des Paulinervereins Ulrich Stötzner, der Leiter der Volkshochschule, Rolf Sprink, Thomaskirchenpfarrer Christian Wolff, die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen in Leipzig, Regina Schild, Landesdirektionspräsident Walter Christian Steinbach, der Direktor des Zeitgeschichtlichen Forums, Rainer Eckert, und Superintendent Martin Henker. (LVZ 15.8.2008) Den Aufruf zu dem vom Aktionsbündnis getragenen Thesenanschlag Wolffs haben zudem auch der Pauliner-Vorsitzende Stötzner, der SPD-Bundestagsabgeordnete Weißgerber und ein Professor am Institut für Kulturwissenschaften der Universität Leipzig unterzeichnet.

Eine bürgerschaftliche Gegenposition zu den Rekonstruktionsbefürworter war lange Zeit nicht vorhanden. Diese Rolle wurde weitgehend alleine von Universität und Stadt – bis zu deren Einlenken auch von der Landesregierung – vertreten. Nur sporadisch gab es Äußerungen von Einzelpersonen etwa in Leserbriefen und im Moment des Rücktritts des Universitätsrektors auch eine weitgehend aus der Hochschule heraus entstandene Initiativgruppe (Quester 25.8.2009). Zur Bildung einer Bürgerinitiative kam es hingegen erst, als innerhalb des Streits um die Glaswand der Ton schärfer wurde und Prof. Zöllner (Kunstgeschichte) um eine entsprechende Stimme aus der Leipziger Bevölkerung bat. In der Folge bildete sich Ende 2008 die Bürgerinitiative „Für eine weltoffene, weltliche und autonome Universität Leipzig“, die allerdings weniger das Wiederaufbauvorhaben als architektonische Aufgabe kritisch begleitet – diese Debatte war zum Zeitpunkt ihrer Gründung ja bereits beendet – sondern sich im Wesentlichen gegen einen wachsenden klerikalen Einfluss auf die Universität wehrt. Während sie sich selber als überparteilich und überkonfessionell sieht (Schroth/Tesch 26.8.2009), wird sie von ihren Widersachern als der Linken nahe stehend und anti-religiös aufgefasst. Die BI arbeitet ganz im Gegensatz zum Paulinerverein ohne institutionalisierte Struktur in Form eines Vorstandes oder Sprechergremiums, allerdings wird Johannes Schroth nach außen als Sprecher

wahrgenommen und fungiert Joachim Tesch als Verantwortlicher für die interne Kommunikation. Daher besteht auch die gemeinsame Position der BI nur aus der knappen Gründungserklärung und wird über alle Aktionen und Verlautbarungen im Konsens unter den Aktiven (Initiativgruppe) entschieden, bei Bedarf gibt es Vollversammlungen.

### **Entstehen, Ursachen und Beweggründe der Bürgerinitiative(n)**

Nachdem bereits während der politischen Wende – etwa auf Bürgerforen – die Erinnerung an die Universitätskirche und ihre willkürliche Zerstörung aufkam, bildete sich im Herbst 1990 auch angeregt durch die Gründung des Förderkreises für den Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche (Topfstedt 2000: 329) zunächst eine „Bürgerinitiative zum Wiederaufbau von Universitätskirche und Augusteum in Leipzig“, aus der sich dann der gleichnamige Verein entwickelte. Der am 15.1.1992 gegründete „Paulinerverein – Bürgerinitiative zum Wiederaufbau von Universitätskirche und Augusteum in Leipzig e.V.“ nennt in seiner Satzung (Fassung vom 23.9.2003; www.paulinerverein.de) folgende Ziele:

#### „§ 2 Zweck und Aufgaben

Zweck und Aufgabe des Vereins ist es, die Erinnerung an den barbarischen Willkürakt der Zerstörung von Universitätskirche und Augusteum in der Bevölkerung zu bewahren, die Universität Leipzig bei der Erhaltung und Pflege der erhaltenen Kunstwerke aus der Pauliner-Universitätskirche zu unterstützen und konsequent als (Fern-)ziel die Wiedererrichtung der beiden geschichtsträchtigen Gebäude vorzubereiten. Diese Gebäude sollen wieder wie früher für kirchliche und musikalische Zwecke sowie für Lehr- und Verwaltungszwecke der Universität Leipzig genutzt werden.“

Zentraler Beweggrund für das Engagement für eine Wiederherstellung der Paulinerkirche – und zunächst auch des Augusteums, auch wenn dies in der nachfolgenden Diskussion eine immer geringere Rolle spielt – ist also die Erinnerung an den Akt der Zerstörung, den viele Vereinsmitglieder persönlich miterlebt haben und gegen den sie in verschiedenem Um-

fang opponierten (vgl. Stötzner 28.8.2009). Zudem ist das Gebäude mit bestimmten Funktionen besetzt und wird nicht lediglich die Rekonstruktion einer baulichen Hülle gefordert. Dabei erscheint der Verein als eine Art Sammelbecken unterschiedlicher Auffassungen und Zielsetzungen (vgl. Heymann 26.8.2009). So wurde weder in der Satzung noch an irgendeinem anderen Punkt jemals ein interner Konsens darüber erzielt, ob ein (möglichst) originalgetreuer Wiederaufbau angestrebt wird oder nicht. Zwar gab es einmal ein entsprechendes Ergebnis einer Mitgliederversammlung (Stötzner 28.8.2009) und wurde Gormsen (10.9.2009, vgl. 30.3.2003. Koch/Koch 2006: 64–66) von Blobel öffentlich heftig angegangen, als er die Möglichkeit eines erinnernden Baus ansprach, doch wurde dies letztlich in öffentlichen Verlautbarungen stets offen gehalten. Auch die Bedeutung der Nutzung wird unterschiedlich bewertet. Während zu Beginn die architektonische Aufgabe im Vordergrund stand und sich der Verein sogar dagegen verwahrte ein „Kirchenbauverein“ zu sein (vgl. Stötzner 28.8.2009), hat sich im weiteren Debattenverlauf gezeigt, wie wesentlich für zumindest für einige Vereinsmitglieder die Nutzung als Kirche ist. Entsprechend kann neben dem Wunsch, das Gebäude wiederaufzubauen, für einige Rekonstruktionsbefürworter auch von einer religiös motivierten Absicht ausgegangen werden, die in der stark säkularisierten Stadt Leipzig zum Teil als missionarisch kritisiert wurde (vgl. den Christianisierungsvorwurf von Weiss; Koch/Koch 2006: 12, Schroth/Tesch 26.8.2009). Ein weiterer insgesamt wichtiger, zumindest für einen Teil des Vereins elementarer Grund lag von vorneherein darin, „an den Widerstand dagegen und an die Opfer zu erinnern“, wie es mittlerweile in der Satzung des 2006 gegründeten Verein Pro Universitätskirche e.V. heißt. Die Forderung nach einer öffentlichen Erinnerung der häufig persönlichen Erinnerung der Fordernden führt zudem zu einer Sichtweise, in der die Rekonstruktion als eine – tatsächlich in offensichtlicher Unkenntnis der üblichen Wortverwendung auch so bezeichnete – „Wiedergutmachung“ des „auf Betreiben der Universität und auf Geheiß der SED begangenen Willkürakt[s]“ – mög-

licherweise aber auch des persönlich erlittenen Unrechts – erscheint.

#### *Innere Struktur der Bürgerinitiative/ Zusammenarbeit*

Die Bürgerinitiative ist seit 1992 als eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein organisiert und besitzt auch eine typische Vereinsstruktur und Vereinsmentalität. Der siebenköpfige Vorstand wird für die Dauer von zwei Jahren durch die Mitgliederversammlung gewählt und führt die Geschäfte des Vereins selbstständig und vertritt ihn nach außen, wobei er lediglich an die Satzung und Beschlüsse der Mitgliederversammlung gebunden ist. ([www.paulinerverein.de](http://www.paulinerverein.de)) Durch die bereits beschriebene Beschreibung von Aufgaben und Zielen kommt ihm dabei ein deutlicher Interpretationsfreiraum zu.

Über einen wesentlichen Zeitraum hat der Verein seine Ziele in gemäßigttem Stil und Tempo, aber mit auch mit hoher Stabilität verfolgt. Dies änderte sich wesentlich mit dem Einstieg Günter Blobels und insbesondere seiner Wahl zum Vorsitzenden Anfang 2002. Wohl auch bedingt durch seinen auswärtigen Wohnsitz und Tätigkeit in New York hatte er mit den gewöhnlichen Vereinsprozeduren wenig im Sinn und führte und repräsentierte den Verein eigenmächtig und wenig umsichtig hinsichtlich der Befindlichkeiten des Vorstands, von Mitgliedern und gesellschaftlichen Partnern einschließlich der Staatsregierung. Zudem mangelte es ihm an Sachkenntnis und Wissen um Personen und Befindlichkeiten in Leipzig (vgl. auch Gormsen 10.9.2009). Dennoch wurde er von den Vereinsmitgliedern positiv als Hoffnungsträger aufgenommen, hatte der Verein doch zuvor „kein Bein auf die Erde“ (vgl. insg. Stötzner 28.8.2009) bekommen. Durch ihn wuchsen auch die Mitgliederzahlen sprunghaft an und stiegen von rund 350 auf über 400 (z. Zt. auch bedingt durch Sterbefälle nur noch circa 320). Um in Leipzig handlungsfähig zu sein, benötigte er die Unterstützung seiner Stellvertreterin und Vertrauten Jutta Schrödl, die u. a. auch zwischen 2003 und 2004 als beratendes Mitglied den Verein im zweiten Wettbewerb vertrat und hier für den Eklat durch die Veröffentlichung von Wettbewerbsbeiträgen sorgte. Zudem war sie



sowohl im Verein als auch in Universität und Stadtgesellschaft insofern eine fragwürdige Vertreterin, als sie als zumindest ehemals stramme Verfechterin des DDR-Regimes galt und insofern etwa von der Theologischen Fakultät eher als Vertreterin der Sprenger der Universitätskirche denn der Wiederaufbaubefürworter wahrgenommen wurde.

Mit ihrer Person ist auch der erste von zwei wesentlichen Konflikten innerhalb des Vereins verbunden, die den Verein nach innen und außen schwächten. Der Konflikt um Schrödl trat kurz vor dem Ende des Wettbewerbsverfahrens am 23. März 2004 im Verein offen zu Tage. Bereits am 6. März tagte die Mitgliederversammlung, um den Vorstand neu zu wählen. Blobel wurde wiedergewählt und auch Schrödl erhielt in der Abstimmung laut Auszählungsergebnis eine Stimme Mehrheit. Dietrich und Eckhard Koch sowie ein weiteres Vereinsmitglied fochten die Wahl als Fälschung an und erhielten schließlich Mitte August 2004 recht (LVZ 18.8.2004). Das Amtsgericht Leipzig verfügte eine Neuwahl des gesamten Vorstands, was den Verein letztlich für ein halbes Jahr handlungsunfähig machte. Zudem stand Blobel nach dieser Zeit nicht mehr als Vorsitzender zur Verfügung, auch Schrödl verzichtete auf eine erneute Kandidatur. Auch der zweite Konflikt wurde letztlich juristisch entschieden und maßgeblich durch die Gebrüder Koch bestimmt. Dietrich Koch hatte nach Blobel Vorsitzender des Vereins werden wollen, unterlag in der Wahl allerdings gegen Stötzner. Dies führte zu einer von letzterem als „Demontage“ und „öffentliche Diffamierung“ bezeichneten Kampagne gegen den gewählten Vereinsvorsitzenden, die schließlich durch den Ausschluss von sowohl Dietrich als auch Eckhard Koch beendet werden sollte, wogegen diese wiederum klagten und recht bekamen. Nach dem Gerichtsurteil blieben sie im Verein, verhalten sich seitdem allerdings ruhig. Allerdings wurde von ihnen auch der Verein Pro Universitätskirche gegründet. Beide Konflikte haben erhebliches öffentliches Aufsehen erzeugt und dem Vereinsimage dauerhaft geschadet, wenngleich sich der Vorstand seitdem um Schadensbegrenzung bemüht (Stötzner 28.8.2009). Die internen Kontroversen haben zudem jeweils zu absoluten Unzeiten stattgefunden,

zu denen der Verein seine Aufmerksamkeit auf andere Dinge hätte richten müssen. Auch bedeuteten diese Zerreißproben letztlich auch häufige personelle Veränderungen im Vorstand, was die Wirkung des Vereins zusätzlich hemmte (vgl. Heymann 26.8.2009).

Wenngleich diese Auseinandersetzungen jeweils als personell bezeichnet werden können, so ist dennoch festzustellen, dass innerhalb des Paulinervereins von Anfang an heterogene Zielvorstellungen bestanden, die dazu führten, dass Konfliktlinien, die zunächst außerhalb des Vereins verliefen, quasi inkorporiert wurden. So mag der Kern des zweiten beschriebenen Konflikts in der persönlichen Kränkung durch die Nichtwahl begründet sein. Festzuhalten ist aber auch, dass Dietrich und Eckhard Koch, letzterer zu diesem Zeitpunkt stellvertretender Vorsitzender, auch eigene Vorstellungen über die Fortführung der Vereinsziele und dazu schon vor der Gründung „ihres“ Vereins eine Denkschrift verfasst hatten, die „keine offizielle Publikation“ (Koch/Koch 2006: 10) war und den Anspruch formulierte, „die divergierenden Vorstellungen“ – originalgetreuer Wiederaufbau und Akzeptanz des Siegerentwurfs – zu „versöhnen“. Gelingen sollte dies einerseits durch Beibehaltung des ursprünglichen Entwurfs für den Innenraum und andererseits durch die Integration eines originalgetreuen Nachbaus der Roßbach-Fassade. (Koch/Koch 2006: 10) Damit stellt sich die Veröffentlichung, die sich ansonsten sehr intensiv auch mit Argumenten der Wiederaufbaugegner auseinandersetzt, vor allem in Vorwort und Einleitung zunächst als eine Abrechnung mit internen Widersachern bzw. einen eindringlichen Appell an den Vorstand dar, weiterhin die in ihren Augen satzungsgemäßen Ziele zu verfolgen. Der relativ schnelle Schwenk weg von Rekonstruktionsforderungen hin zur Unterstützung und Verteidigung des van-Egeraat-Entwurfs wurde noch von Blobel als Vorsitzendem gemeinsam mit dem Vorstand vollführt (vgl. insbesondere das Statement des Verein zur Juryentscheidung vom 24.03.2004; [www.paulinerverein.de](http://www.paulinerverein.de)). Hatte sich die Mitgliederversammlung gut zwei Wochen vor der Wahl noch für den ausgeschiedenen Kollhoff-Entwurf mit wiederaufgebauter Kirche entschieden (Pressemitteilung des Paulinerver-

eins vom 6. März 2004; [www.paulinerverein.de](http://www.paulinerverein.de)), so zeigte sich Blobel kurz nach der Juryentscheidung „begeistert“ von der Lösung und würdigte insbesondere den Fassadenentwurf als „genial“ ([www.paulinerverein.de](http://www.paulinerverein.de))

#### *Aktivitäten*

Der Paulinerverein war in vielfältiger Weise aktiv, wobei eine deutliche Konjunktur zu verzeichnen und mittlerweile abnehmende Tendenz ist. Wesentliche Aktionsformen, derer sich der Verein bediente, sind Veranstaltungen, Ausstellungen, Unterschriftensammlungen, Protestkundgebungen, Pressearbeit und eigene Publikationstätigkeit sowie verschiedene Formen der direkten Ansprache von Entscheidungsträgern. Außer der Teilnahme an der Wettbewerbsjury in den Jahren 2003 und 2004 ist relativ wenig über ein direkte, konstruktive Mitwirkung am Baugeschehen bekannt, wenngleich der Verein im Vorfeld der beiden Wettbewerbe an den Ausschreibungen insofern mitwirkte, als er Veränderungen der Auslobung durchsetzte (Gormsen 10.9.2009). Im Jahr 2000 war der damaligen Vorsitzende Behrendt zudem Mitglied einer hochschulinternen Arbeitsgruppe zum „neuen geistigen Zentrum für die Universität“ (LVZ 23.11.2000). Häuser (10.9.2009) berichtet allerdings für seine Amtszeit ab 2003, dass direkte Gespräche mit der Hochschulleitung trotz Einladung aus unterschiedlichen Gründen zwar nicht abgelehnt wurden, aber letztlich auch nicht zustande gekommen sind.

Sowohl bei eigenen Veranstaltungen wie auch bei solchen, die von anderen Akteuren der Stadtgesellschaft organisiert wurden, wurde das Anliegen des Vereins vorgestellt und diskutiert. Zudem war die satzungsgemäße Aufgabe des Erinnerns ein wesentlicher, in der Anfangszeit möglicherweise sogar der dominante Inhalt von sowohl Veranstaltungen – jährlich, vor allem aber zu den „runden“ Jubiläen wurden Gedenkveranstaltungen organisiert – als auch Ausstellungen. Zu den Sonderformen der Ausstellung gehört einerseits die Installation einer Großplastik aus Stahlträgern, die 1998 zum 30. Jahrestag vor dem Universitätsgebäude aufgestellt wurde und den Spitzgiebel der Kirche nachzeichnete. Gleichzeitig wurde eine Reihe

Steinepitaphien der ehemaligen Kirche im Innenhof und in der Passage der Universität ausgestellt (Engmann 2008: 58–60). Zu den weiteren Veranstaltungsformen gehörten auch klassische Konzerte, die auch zur Spendensammlung genutzt wurden. Dabei hatten die Veranstaltungen durchaus großen Zuspruch. Stötzner (28.8.2009) führt hier insbesondere die drei Veranstaltungen zum vierzigsten Jahrestag (Gottesdienst, Kundgebung, Konzert) an, die am selben Tag jeweils über 1 000 Menschen versammelten. Bereits der Ideenwettbewerb zur Umgestaltung des Augustusplatz, der zunächst gar nicht auf den Campus abzielte (Gormsen 10.9.2009), wurde vom Paulinerverein dazu genutzt, eigene Entwürfe zu erarbeiten und so die Vorstellungen einer rekonstruierten Universitätskirche zu konkretisieren ([www.paulinerkirche.de](http://www.paulinerkirche.de)).

Zumindest ab 2000 ist eine rege Pressearbeit auch durch die vereinseigene Homepage belegt, die selber eine wesentliche und umfangreiche Informations-, Agitations- und Dokumentationsplattform darstellt. Da der Intendant des MDR Mitglied ist, wurden auch mehrere Fernsehberichte angefertigt. Zudem wurden bildliche Darstellungen – zunächst vom Äußeren der Kirche, im weiteren Debattenverlauf auch vom Inneren – produziert, um die Vorstellungen des Vereins zu illustrieren. (vgl. Stötzner 28.8.2009) Publiziert wurden mehrere Hefte, Denkschriften und Broschüren. Hinzu kommen die Veröffentlichungen von Dietrich Koch (2000, 2008) zum Protest gegen die Sprengung sowie der Brüder Koch (2006), die einen Überblick über Zerstörung, Widerstand und Wiederaufbaudebatte gibt. Mehrfach wurden eigene architektonische Entwürfe in Auftrag gegeben und präsentiert, zumindest einmal auch ein Schülerwettbewerb veranstaltet (Vgl. Koch/Koch 2006: 11, [www.paulinerverein.de](http://www.paulinerverein.de)). Offenbar konnte allerdings keiner dieser Versuche, z. B. auch funktionale Anforderungen der Universität zu berücksichtigen, langfristige Wirkung erzielen.

Inbesondere in der „Ära Blobel“, aber auch in der Zeit vor dem ersten Wettbewerb, als man sich letztlich vergeblich darum bemühte, in den Unterlagen die Option eines originalgetreuen Wiederaufbaus zu

ermöglichen, wurden auch „diplomatische“ (Stötzner 28.8.2009) Wege gesucht, im direkten Kontakt mit Entscheidungsträgern Einfluss zu nehmen. Neben Blobel haben auch weitere Vorstandsmitglieder und Personen aus dem Umfeld des Vereins und der Leipziger CDU briefliche und sonstige Kontakte zu verantwortlichen Personen des Wettbewerbs und Personen des öffentlichen Lebens aufgenommen. Zudem wurden zu verschiedenen Zeiten Unterschriften für den jeweils aktuellen Anlass (etwa Zulässigkeit des Wiederaufbaus im Wettbewerb, Glaswand) geworben.

Durch sein Engagement gelang es dem Paulinerverein, einen Status zu erreichen, durch den im Jahr 2004 eine Vertreterin zur Beratung in die Wettbewerbsjury aufgenommen wurde. Während der Verein ansonsten nicht unbedingt zu spektakulären Aktionen oder gar zivilem Ungehorsam neigt, wurde das geordnete Verfahren des Architekturwettbewerbs durch gezielte Indiskretion massiv gestört. (Vgl. Friedrich 2004)

#### *Bedeutung realisierter Wiederaufbauvorhaben*

Aufgrund der räumlichen Nähe, ihrer insgesamt herausgehobenen Bedeutung und der besonderen Beziehung der beiden sächsischen Städte Leipzig und Dresden ist der Frauenkirchen-Wiederaufbau von zentraler Bedeutung für die Debatte um die Rekonstruktion der Paulinerkirche und wird von Befürwortern wie Gegnern beständig als Parallele angeführt (vgl. Quester 25.8.2009, Heymann 26.8.2009, Stötzner 28.8.2009, Gormsen 10.9.2009). Topfstedt (2000: 329) geht sogar davon aus, dass erst das Vorbild des Dresdner Förderkreises zu der Idee einer entsprechenden Initiative in Leipzig geführt habe. Ganz persönlich berichtet Stötzner (28.8.2009), dass, obwohl er eine ähnliche Idee bereits im Herbst 1989 geäußert habe, erst der erkennbare Fortschritt des Dresdner Wiederaufbauvorhabens für ihn die Realisierbarkeit einer Rekonstruktion der Universitätskirche gezeigt habe und er erst in diesem Moment Vereinsmitglied geworden sei. Hingegen ist Gormsen (10.9.2009) der einzige, der auch andere Vorhaben bzw. realisierte Objekte nennt, so sei er zu Beginn der Debatte zum Beispiel nach Hildesheim gereist und

habe hier Passanten befragt. Deren positive Aufnahme der an sich zu kritisierenden Nachbildung habe ihn überzeugt, dass die Fassade für die Stadtbevölkerung wichtiger sei als das Innere. Gleichwohl war sein Vorschlag nicht der der originalgetreuen Rekonstruktion, sondern der Wiederaufnahme zentraler Teile der ehemaligen Kubatur. Der Vergleich zu Dresden, der innerhalb der geführten Interviews immer wieder spontan angestellt wurde, fällt unterschiedlich aus. Während Stötzner (28.8.2009) vor allem die Parallelen sieht und sich daher fragt, warum eine ähnliche Initiative dort funktionieren konnte, aber nicht in Leipzig, so weisen andere vor allem auf die Unterschiede hin.

Stötzner (28.8.2009) führt aus, dass in Dresden zunächst kein Interesse am Wiederaufbau der Frauenkirche bestanden habe, erst durch Sammlung von Spendengeldern – über deren Umfang in Leipzig allerdings außer der Millionenspende Blobels niemals berichtet wurde, laut Stötzner aber ähnlich habe laufen können – sei etwa der Bischof überzeugt worden (vgl. Wolff 10.9.2009). Quasi als nachträgliches Argument führt er an, dass die Frauenkirche zwar zunächst aus kirchlicher Sicht als nicht notwendig eingestuft worden sei, nun aber nicht nur voll sei, sondern auch anderen Kirchen volle Ränge beschere, da Touristen auf andere Gottesdienste ausweichen müssten.

Gormsen (10.9.2009; vgl. Heymann 28.8.2009) geht allerdings davon aus, dass das erheblich größere historische Unrecht der Universitätskirchensprengung diesem Wiederaufbauvorhaben größere Erfolgsaussichten beschieden hätte, während Heymann (26.8.2009) gerade die fehlende internationale Bedeutung nennt, die im Vergleich dazu das Symbol der kriegszerstörten Frauenkirche und der frühere barocke Zentralbau (vgl. Quester 25.8.2009) hatten und die auch zu einem erheblichen Spendenaufkommen in den Ländern der ehemaligen Kriegsgegner, insbesondere in Großbritannien und den USA, führten. Zusätzlich könnte hier die des Öfteren konstatierte Mitschuld der Leipziger Verwaltungsspitze, der Universität und der nicht hinreichend protestierenden Bevölkerung an der Zerstörung angeführt werden, die zwar zu einem „Sühnebau“ führen hätte

können, die in diesem Fall aber vermutlich eher dazu führte, dass – zumal aufgrund der geringeren zeitlichen Distanz – Teile der Stadtgesellschaft keine Erinnerung – oder zumindest keine allzu eindeutige – wünschten. Zudem weist Quester (25.8.2009) darauf hin, dass im Gegensatz zur Frauenkirche in Leipzig andere, sowohl stadt- wie kulturgeschichtlich wichtigere Sakralbauten existierten (etwa Nikolai- und Thomaskirche). Für Heymann (26.8.2009) fehlte zu dem eine klare, einfache und vermarktbarere Botschaft des Paulinervereins, der sich offenbar nicht auf einen originalgetreuen Wiederaufbau hätte einigen können, was auch an dem im Gegensatz zu Dresden fehlenden Originalmaterial gelegen habe. Schon deshalb, aber auch wegen der fehlenden (inter-)nationalen Bedeutung habe eine Medienkampagne für die Paulinerkirche nicht funktionieren können und wurde von Presse und Rundfunk auch nie versucht. Letzteres interpretiert Stötzner (28.8.2009) als fehlende mediale Unterstützung, die für den Erfolg in Dresden wesentlich gewesen sei.

Pragmatisch berichtet Stötzner (28.8.2009) von der Möglichkeit, in der Besucherschlange vor der Frauenkirche Unterschriften für den Wiederaufbau in Leipzig zu sammeln. Ebenfalls recht nüchtern bewertet Quester (25.8.2009) die größte Bedeutung der Frauenkirche hingegen darin, dass durch den dort bereits weitgehend beendeten Prozess Güttler und Blobel als prominente Fürsprecher gewonnen werden konnten bzw. sich in Leipzig ein weiteres Betätigungsfeld suchten (vgl. auch Heymann 26.8.2009). Während viele von diesem Engagement beeindruckt waren, führte letztere Interpretation dann auch zu einiger Skepsis innerhalb der öffentlichen Meinung Leipzigs, warum die beiden nun „die gesamte Republik mit Wiederaufbauten beglücken“ (Quester 25.8.2009) wollten. So sieht auch Heymann (26.8.2009; vgl. Gormsen 10.9.2009) einen wesentlichen Unterschied der beiden Prozesse darin, dass im höfischen Dresden üblicherweise eine kleine Gruppe bedeutender und finanzstarker Personen ausreiche, um ein Vorhaben durchzusetzen, während es in der Bürgerstadt Leipzig eines breiten zivilgesellschaftlichen Engagements bedürfe, um ein Vorhaben umzusetzen. Dies habe es in diesem Fall nicht gegeben. Ques-

ter (25.8.2009) verstärkte diesen Eindruck, wenn er ausführt, der Paulinerverein stelle nur einen überschaubaren Kreis von Leipziguern dar, der nie große öffentliche Relevanz hatte, bis das Thema durch die CDU politisch besetzt worden sei.

Die Unterschiede zwischen Leipzig und Dresden führen bei Heymann (26.8.2009), die sich eigentlich für einen Wiederaufbau ausgesprochen hat, dazu, dass sie mit dem nun nur erinnernden und nicht originalgetreu wiederaufgebauten Neubau durchaus zufrieden ist. Die Frauenkirche habe von ihrer Errichtung bis zur Zerstörung in der Form bestanden, in der sie nun wieder errichtet wurde. Zudem seien Reste am Ort verblieben. In Leipzig hingegen hätte die Auswahl zwischen mehreren Fassaden bestanden (vgl. Häuser 10.9.2009) und schon aufgrund der anderen Materialität und der Nachnutzung sei keine Ruine vorhanden gewesen. Entsprechend sei das Ergebnis, in dem das Symbol durchaus erkennbar sei, durchaus begrüßenswert.

#### *Milieuzugehörigkeit*

Dieser und die nächsten Abschnitte speisen sich ganz wesentlich aus den Aussagen des Vereinsvorsitzenden Ulrich Stötzner (28.8.2009), da einerseits durch andere Quellen und die übrigen Interviewpartner zum Teil bemerkenswert wenig zu erfahren war und andererseits eine intensivere Untersuchung, etwa eine Befragung, nicht möglich erschien. Gleichzeitig erscheinen die Aussagen Stötzners als sehr markant und ist – bei allen generellen Vorbehalten gegen eine rein subjektive Wahrnehmung einer einzelnen Person – nicht davon auszugehen, dass diese bewusst verändert bzw. beschönigt sind. Zudem verfügt Stötzner über sehr gute Kenntnisse zumindest über den aktiven oder im Kontakt stehenden Teil der Vereinsmitglieder.

Der Verein rekrutiert sich bis heute zum Großteil aus Personen, die die Paulinerkirche bewusst erlebt und genutzt haben, häufig zumindest am Rande mit dem Protest gegen die Sprengung assoziiert waren und eine persönliche Erinnerung an die Zerstörung haben (vgl. Quester 25.8.2009). Laut Stötzner (28.8.2009) sind unter ihnen „nicht wenige“, die „wegen der Paulinerkirche“, also aufgrund von diversen Formen des – zum Teil auch nur vermeintlichen

(vgl. Koch/Koch 2006: 32–34) – Protestes zumindest vorübergehend in Gewahrsam genommen wurden. Obwohl sich die Bürgerinitiative von Anfang an die Forderung des Protestplakates von 1968 – „Wir fordern Wiederaufbau“ – und der damaligen Grafik bediente, waren diese persönlich Betroffenen allerdings nicht die Initiatoren, sondern sind erst im Laufe der ersten Vereinsjahre hinzu gestoßen – Stötzner selber sogar erst um das Jahr 2002. Mittlerweile sind viele der Inhaftierten Ehrenmitglieder.

Dies bedeutet, dass der Altersdurchschnitt im Verein relativ hoch ist – Stötzner selber war zum Zeitpunkt der Sprengung dreißig. Dadurch, dass es sich um eine Universitätskirche handelte und zudem aufgrund des Krieges von einer häufig späten Studiumsaufnahme ausgegangen werden kann, dürfte es kaum Personen geben, die unter zwanzig waren, als das Gebäude zerstört wurde und trotzdem eine ausreichend starke Verknüpfung von Gebäude und eigener Biographie besitzen. Es gibt sehr wenig Jüngere, diese sind sehr vereinzelt hinzugekommen und sind auch kaum aktiv, nur einer war zeitweise im Vorstand.

Koch/Koch (2006: 129) verweisen mit Gu ratsch (2003) zudem auf den relativ hohen Anteil von Naturwissenschaftlern innerhalb des Vereins, den sie mit deren Suche „nach dem ewig Gültigen“, dem naturgesetzlichen erklären.

#### *Erweiterte Wertvorstellungen und Zielsetzungen*

Durch die Verbindung mit der Kirche ergibt sich zudem, dass die Vereinsmitglieder ganz überwiegend protestantische Christen sind, zum Teil aber auch Katholiken, die wegen der Kriegszerstörung ihrer Pfarrkirche bis 1968 ständige Gäste in der Kirche waren, oder Musikinteressierte, die die Universitätskirche vorwiegend zu Konzerten aufgesucht haben. Die meisten sind zudem Akademiker mit Verbindung zur Leipziger Universität, was sich auch an der Form der Auseinandersetzung und Argumentationsweise zeigt. Die Argumentation belegt zudem ein stark ausgeprägtes Rechts- und Unrechtsbefinden, das auch Vorstellungen von einer „Wiedergutmachung“ beinhaltet.

#### *Verhältnis zu Denkmalschutz, Heimatkunde, Traditionspflege und politischen Parteien*

Während andere Befragte hier keine Pauschalisierung vornehmen wollen (Heymann 26.8.2009) oder als unmöglich erachten (Schroth/Tesch 26.8.2009), geht Stötzner (28.8.2009) davon aus, dass seine Mitglieder mehrheitlich als politisch konservativ – teils sogar als rechtskonservativ – einzuordnen seien. Dies würde allerdings nur zum Teil auch der Unterstützung durch politische Parteien und deren Mitglieder entsprechen. Trotz ablehnender Haltung der Leipziger SPD gebe es auch hier Unterstützer und Mitglieder, unter anderem der ehemalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse oder der Bundestagsabgeordnete Weißgerber. In der CDU seien dagegen nur die Staatsminister Christine Clauß (Sozialministerin seit 2008, Stadträtin in Leipzig) und der Staatsminister Stefan Farth (Kultusminister 2004–2008) tatsächlich für die Sache aktiv geworden. Am stärksten aktiv im Stadtrat war hingegen der Vertreter der DSU. Dies wird offenbar nicht weiter kritisch gesehen.

Zum Denkmalschutz bestehen personelle Verbindungen. Eine langjährige Mitstreiterin, die bereits in ihrem Studium mit Aufnahmen der Paulinerkirche betraut war, Elisabeth Hüttner (vgl. Hüttner 1993, Löffler 1993: 19–36; vgl. insg. Stötzner 28.8.2009), war im sächsischen Landesdenkmalamt, dessen ehemaliger Leiter, Heinrich Margirius, war mit dem Paulinerverein verbunden. Seit dessen Pensionierung ist das Verhältnis jedoch schwieriger geworden. Die neue Leitung vertritt offenbar weit stärker die Auffassung, dass die Materialität für den Denkmal entscheidend sei und sieht entsprechend die Paulinerkirche nicht als ihre Aufgabe an. Damit sei zwar Unterstützung verloren gegangen – etwa auch beim Schutz des erhaltenen Inventars –, aber kein Konflikt entstanden, so Stötzner (28.8.2009). Ärgerlich sei allerdings, dass die Baugrube nicht archäologisch untersucht, sondern nur eine Notaufnahme durchgeführt wurde. Eine Verbindung zu den im Zusammenhang mit dem Stadtumbau geführten Diskussionen um den Bestandserhalt, wie sie etwa auch durch Engmann (2008) nahe gelegt wird, ist in Ansätzen bzw. in Form einzelner Personen gegeben (Stötzner 28.8.2009).

*Verhältnis zu moderner Architektur und gesellschaftlicher Modernisierung*

Das Verhältnis der Pauliner zur modernen bzw. zeitgenössischen Architektur – sofern überhaupt pauschal zu beurteilen – erscheint durchaus differenziert. Zum einen führt Stötzner (28.8.2009) aus, es bestünde schon „die Neigung zum Erhalt von allem, was erhaltbar ist“ sowie zu traditionellen Bauformen. So werde sowohl die Architektur der Karl-Marx-Universität als auch der van-Egeraat-Bau als „beschämend“ kritisiert. Zudem führt er – wie im Übrigen auch Koch/Koch (2006: 72), die im Entwurf van Egeraats dagegen eine „Erlösung“ sehen – das Bildermuseum als schlechtes Beispiel zeitgenössischer Architektur an, das zu starken öffentlichen Protesten geführt habe. Allerdings zeigt er auch, dass, wenngleich „man“ die DDR-Architektur „nicht geliebt“ habe, sich dennoch etwa durch die guten Kunsterlebnisse in Gewandhaus und Oper für diese Gebäude einiges relativiert habe.

Deutlich wird das Verhältnis zur Architektur aber auch in der massiven Störung des Wettbewerbsverfahrens durch die mehrfach erwähnte gezielte Indiskretion, obwohl der Verein ansonsten nicht unbedingt zu spektakulären Aktionen oder gar zivilem Ungehorsam neigte. Dies ist durchaus als ein Ausdruck einer ablehnenden Haltung gegenüber der Architektenschaft deutbar, da ausgerechnet die Grundsätze des Wettbewerbswesens bewusst missachtet werden und dies sogar mit einigem zeitlichen Abstand noch als Einsatz für eine „wünschenswerte Transparenz“ des Verfahrens bewertet wird (Koch/Koch 2006: 13). Zumindest offenbart es ein populistisches Verständnis von Architektur als einer Kunstform, die sich am populären Geschmack und einer – per TED durchgeführten – Volksabstimmung orientieren soll.

Diese Haltung zur modernen Architektur gilt allerdings nicht für alle an der Auseinandersetzung – mittlerweile – auf der Seite der Rekonstruktionsbefürworter Beteiligten. So freut sich etwa Wolff (10.9.2009) über jedes moderne Gebäude, das in Leipzig entstehe, und ist auch von der Architektur van Egeraats begeistert. Seine Kritik bzw. sein Anliegen reduziert sich insofern deutlich auf die inhaltliche Frage der

kirchlichen Nutzung und der Anknüpfung an die Geschichte der Universität, die dann allerdings auch ihren Ausdruck in der Aufstellung der geretteten Kunstgegenstände einschließlich Altar und Kanzel in einem ungeteilten Kirchenschiff finden müsse.

Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auch auf die Auseinandersetzung um das Marx-Relief, das den DDR-Universitätsbau gerade an der Stelle zierte, an der zuvor das Kreuz der Paulinerkirche war (vgl. Wolff 10.9.2009). Hier zeigt sich, dass der Erhaltungswunsch vieler Wiederaufbaubefürworter dort seine Grenze hat, wo es um aus politischen Gründen abgelehnte oder nicht gewollte Architektur geht (vgl. etwa Heymann 26.8.2009). Allerdings ist auch hier auf verschiedene vermittelnde Positionen (etwa den Vorschlag der Kombination mit der zum dreißigsten Jahrestag errichteten Stahl-Installation; vgl. LVZ 20.2.2009, vgl. auch Wolff 10.9.2009) hinzuweisen.

*Wertewandel und Lernprozesse im Prozessverlauf*

Ob ein tatsächlicher Wertewandel des Paulinervereins und – mehr noch – seiner Mitglieder innerhalb des nun beinahe zwanzig Jahre andauernden Prozesses tatsächlich stattgefunden hat, ist insofern schwer zu ermitteln, als sich zwar diesbezügliche Aussagen mehrfach auch gravierend geändert haben, zugleich aber hier zumindest teilweise von strategischen Entscheidungen ausgegangen werden kann, bzw. die Verlagerung der Betonung unterschiedlicher Vereinsziele zu unterschiedlichen Zeiten möglicherweise weniger durch einen Wertewandel oder Lernprozess entstanden sind, als vielmehr dem sich wandelnden Kontext innerhalb der Debatte angepasst wurden. Insofern sollen im Folgenden vor allem Veränderungen in der Argumentation dargestellt werden.

War zunächst die Forderung nach Wiederaufbau des Augusteums gleichberechtigt innerhalb des Namens der Bürgerinitiative und innerhalb der Vereinssatzung, so wurde schon recht bald die Forderung nach Wiederaufbau der Paulinerkirche deutlich dominanter. Während es in der architektonisch-städtebaulich geprägten Anfangsphase letztlich um die Front zum Auguste-

tusplatz ging (Stötzner 28.8.2009), wurde etwa von Koch/Koch (2006: 173–176) selbst bei der Fassadengestaltung nur noch die Roßbachfront der Paulinerkirche gefordert. Zumindest in der Außenwirkung ist davon auszugehen, dass das Universitätsgebäude nicht mehr als Gegenstand der Debatte wahrgenommen wurde (vgl. Heymann 26.8.2009). Obwohl man hierin einen Kompromiss sehen kann oder eine Aufgabe einer Position, um das Ziel des Kirchenaufbaus zu erreichen, was „offiziell“ erst nach dem Wettbewerbsergebnis 2004 geschehen ist (Stötzner 28.8.2009), so ist doch auch darauf zu verweisen, dass zumindest von den nunmehr verbliebenen Vereinsmitgliedern kaum eines noch aktive Erinnerungen mit dem unzerstörten, nutzbaren Augusteum verbinden dürfte, da es – anders als die Kirche – im Krieg erheblich zerstört und zwischen 1944 und 1968 nicht genutzt wurde (Stötzner 28.8.2009). Heute gibt es weiterhin Bestrebungen, den Trümmerberg zu öffnen und nach den dort vermuteten erheblichen Kunstschätzen des Augusteums zu suchen.

Es ist davon auszugehen, dass der Paulinerverein zumindest ab 2004 zunehmend von der Vorstellung eines originalgetreuen Wiederaufbaus abrückte, wenngleich sich eine erhebliche Zahl der Mitglieder von Anfang an mit einer anderen Form des „Wiederaufbaus“ begnügt hat, die Satzung dies offen lässt und dies auch öffentlich nur selten präzisiert wurde (vgl. Heymann 26.8.2009). Dadurch, dass von den Gegnern eines originalgetreuen Wiederaufbaus immer wieder architektonische Vorschläge unterbreitet wurden, die zunehmend dem Bedürfnis nach Erinnerung und Repräsentanz des verlorenen Bauwerks gerecht wurden, konnten mehrfach auch prominente Vereins- bzw. Vorstandsmitglieder davon überzeugt werden, dass wesentliche Ziele des Vereins auch durch zeitgenössische Architektur erreicht werden können bzw. dass dies ein letztlich befriedigendes Ergebnis der eigenen Bemühungen sein könne. Während sich entsprechende Äußerungen des Vereinsvorsitzenden 2000 (LVZ 20.10.2000, 23.11.2000) noch entweder als „feindliche Übernahme“ (Koch/Koch 2006: 11) ansehen oder mit einer unzureichenden Zielformulierung in der Anfangsphase erklären lassen, ist die Begeisterung Günter Blobels für den Entwurf von

van Egeraat ein überaus bemerkenswertes Beispiel für einen Wertewandel oder eine strategische Neuorientierung. Blobel hatte zunächst die Motorfunktion und dann den Vereinsvorsitz gerade in dem Moment übernommen, nachdem es vor dem ersten Realisierungswettbewerb zum Eklat innerhalb des Vereins gekommen war. So ist seine Formulierung des Aufrufs vom 9. Juli 2001 durchaus deutlich, wenn eine „wiederaufgebaute Paulinerkirche in der architektonischen Gestalt vor der Zerstörung“ gefordert wird. Zu beachten ist hier zudem seine scharfe Ablehnung von Gormsens (10.9.2009) zuerst 2002 geäußertem Vorschlag eines zeitgenössischen „Giebels mit Steildach“ (LVZ 30.12.2002, Gormsen 2003). Interessant ist weiterhin das Verhalten im Umfeld des zweiten Realisierungswettbewerbs: Wurde zunächst versucht, die Entwürfe gegen das Bild des Originals zu stellen (Aktion der Bild-Zeitung am 13.2.2004), legte man sich noch kurz vor der Jury-Entscheidung auf den Kollhoff-Entwurf fest (Pressemitteilung vom 6.3.2004), um dann relativ schnell den Egeraat-Entwurf als eigenen Erfolg anzusehen (vgl. undatiertes Statement zur Juryentscheidung) und schließlich den Wettbewerbsbeitrag gegen nachträgliche Veränderungen zu verteidigen und ihn dabei gar im eigenen Sinne hinsichtlich eines angeblich originalgetreuen Innenraums umzuinterpretieren (vgl. Stötzner 28.8.2009).

Offenbar war dieser Lernprozess – auch wenn er womöglich nur strategisch begründet ist – jeweils nur einigen Mitgliedern vorbehalten, während andere den Verein mit jeder entsprechenden Entscheidung verlassen haben. Es scheint, dass einerseits diejenigen stärker daran partizipierten, die aufgrund ihrer Vorstandsarbeit intensiver in Information und Diskussion der Gegenvorschläge eingebunden waren, und andererseits starke biografische Verknüpfungen oder religiöse Bindungen eine Annahme zeitgenössischer Entwürfe erschwerten. In besonderem Maße mag dies für die Brüder Koch gelten, für die das zentrale Argument für den Wiederaufbau eine „Wiedergutmachung“ des – auch persönlich erfahrenen – Unrechts der Kirchenspaltung war: Dietrich Koch war 1968 als einziger Beteiligter an der Plakataktion verurteilt und nach vierjähriger Haft in die BRD ausgebürgert worden. In ihrer schon

während der Bauzeit des „Paulinums“ veröffentlichten Denkschrift erkennen sie zwar das faktische Ergebnis an, doch hoffen sie, dass „der Wiederaufbau [...] möglicherweise späteren Zeiten vorbehalten [bleibe], wenn die Universität und die Stadt Leipzig unbefangener mit der historischen Schuld umgehen“ (Koch/Koch 2006: 9). Entsprechend sei es Aufgabe des Vereins, dieses Fernziel auf Basis des Entwurfs weiter zu verfolgen (gemeint ist zunächst die Integration der Roßbach-Fassade). Verpflichtet sehen sie sich hier dem Vorbild des 1968 amtierenden Dekans der theologischen Fakultät Ernst-Heinz Amberg, der angesichts der Sprengung sagte: „Wir haben eine Kirche verloren, wir können nicht die Achtung vor uns selbst verlieren.“ Entsprechend dürfe man heute „nicht mit den Siegern jubeln und den Entwurf [...] van Egeraats zur Erfüllung unseres Ziels erklären. Wir müssen uns der Entscheidung fügen, aber wir können sie nicht akzeptieren. Das ist nicht nur eine Frage der Satzung, sondern auch eine der Selbstachtung und Glaubwürdigkeit.“ Sofern dies als Vorwurf gegen den Pauliner-Vorstand anzusehen ist, scheint er allerdings eher in einer Nuance zu bestehen: Auch hier hofft man weiterhin auf Nachbesserungen, wenngleich man sich realistischer Weise allerdings auf das Innere beschränkt: Gerade, weil die Innenraumverkleidung lediglich aus „Gips und Plaste“ (Stötzner 28.8.2009) bestehe, wäre eine Umwandlung jederzeit möglich, durch die Bauverzögerungen hofft man sogar weiterhin auf eine baldige Abänderung oder zumindest einen Baustopp.

In der Reduzierung der Wiederaufbau-Forderung auf das Innere des Paulinums ist allerdings auch ein mehr oder weniger bewusst durchgeführter Wandel der Betonung der kirchlichen Nutzung enthalten, der im Laufe der Auseinandersetzung nach der Findung des architektonischen Kompromisses zunehmend an Bedeutung gewonnen hat. Dies ist für weite Teile des Paulinervereins allerdings weniger als Wertewandel zu verstehen als vielmehr der mühsame Lernprozess, dass, obwohl man im Baulichen viele Forderungen durchgesetzt hat, die von Anfang an intendierte, aber selten ausdrücklich geforderte Nutzung noch lange nicht erfüllt sein muss.

Die Wahrnehmung des Prozesses durch den Verein, wie sie im Interview durch Stötzner (28.8.2009) vermittelt wurde, ist auch insgesamt die des beständigen Eingehens von Kompromissen und des beständigen Zurückweichens von an sich für wichtig befundenen Positionen, ohne dass dies zu hinreichendem Respekt oder der Würdigung durch Einbeziehung geführt hätte (vgl. aber auch Häusers (10.9.2009) Aussage, dass entsprechende Versuche scheiterten). Dass er dennoch weitermacht, begründet er damit, Visionär zu sein, da er im Leben erfahren habe, „dass sich Dinge über Nacht ändern“. So sei ihnen etwa die van-Egeraat-Insolvenz „vom Himmel geschickt“ worden.

#### *Wahrnehmung der Bürgerinitiative(n) durch weitere Akteure und Öffentlichkeit*

Für die Außenwirkung der Bürgerinitiative ist eine deutliche Konjunktur auszumachen, die im Wesentlichen mit ihrer Aktivität, aber auch ihrer Geschlossenheit im Auftreten einhergeht. Dies bedeutet letztlich, dass unter der durchaus autoritären Führung Blobels, trotz dessen bereits erwähnter negativen Begleiterscheinungen, von der stärksten Wahrnehmung des Vereins ausgegangen werden kann. Bezeichnend ist etwa, dass Heymann (26.8.2009) sich lediglich an Blobel als Vertreter des Vereins erinnern kann.

Mittlerweile scheint der Ruf, auch wegen der internen Querelen, die jeweils nach außen getragen wurden, aber auch wegen der als leidig betrachteten Diskussion um Glaswand und Namen, ruiniert, wenngleich dem Verein ein erheblicher Anteil an dem baulichen Ergebnis zugeschrieben wird (etwa Quester 25.8.2009).

Im Jahr 2001 kam es offenbar zum Versuch einer „feindlichen Übernahme“ (vgl. auch i. F. Koch/Koch 2006: 9) des Paulinervereins. Dabei sprach sich einerseits der damalige Vereinsvorsitzende Behrends „satzungswidrig für eine moderne Aula statt für eine Kirche“ aus, andererseits trat der Universitätsrektor als erklärter Wiederaufbaugegner dem Verein bei. In diesem Akt zeigt sich zum einen die spätestens nach dem zweiten Architekturwettbewerb eklatant werdende Zerrissenheit des Vereins, zum anderen aber auch die große Bedeu-



tion, die ihm (dennoch) durch das gegenrassistische Lager zugeschrieben wurde.

### 5.25 Ergebnisse

Nach einer langen, kontroversen und häufig emotional geführten Debatte ist nicht von einer einhelligen Beurteilung der Ergebnisse durch die Akteure, die lokalen Medien und Fachpresse sowie Bevölkerung und Gäste auszugehen. Entsprechend dienen die nachfolgenden Ausführungen der Diskussion der verschiedenen Sichtweisen, sofern diese bekannt sind.

#### *Baulich-räumliche Ergebnisse*

Mit dem Neubau des Paulinums wird der Um- und Neubau des Innenstadtcampus der Universität Leipzig mit einem repräsentativen Gebäude abgeschlossen, das nicht nur den Zwecken der heutigen und zukünftigen Nutzung gerecht werden soll, sondern zudem als ein architektonisches Zeugnis einer engagierten Erinnerungskultur zu bewerten ist. Möglicherweise gerade weil das Gebäude eindeutig kein originalgetreuer Wiederaufbau ist, seine Zeitgenossenschaft deutlich zu erkennen gibt und den in ihm – zumindest weitgehend – verwirklichten Kompromiss zwischen radikal widerstreitenden Auffassungen zur baulich-räumlichen Geschichtsvermittlung sichtbar werden lässt, ist eine sehr eigenständige, kaum vergleichbare Architektur (Richter 2009) entstanden. Die Einschätzung der Universität Leipzig (2008: 1), das Gebäude werde „Architekturgeschichte schreiben“ darf zwar zumindest angezweifelt werden, dennoch kann die Architektur – soweit vor der Baufertigstellung erkennbar und allein vom optischen Eindruck bewertbar – als gelungen betrachtet werden. Zudem fügt es sich in Form und Ausdruck gut in das durch die Heterogenität der Architekturstile und die Dominanz verschiedener Großformen geprägte Ensemble des Augustusplatzes ein (vgl. Gormsen 10.9.2009). Die Überhöhung der Paulinerkirche durch die Dachlandschaft ermöglicht es dem Gebäude, auch neben dem Henselmann-Hochhaus als bedeutendes Bauwerk wahrgenommen zu werden (vgl. Stötzner 28.8.2009)

Bezweifelt werden darf angesichts von Entwurfszeichnungen und der bisherigen

Abbildung 15

Baustelle von neuem Augusteum, „Paulinum“ und ehemaligem Café Felsche im April 2009



Quelle: Dirk Goldhahn/CC by-sa

Wirkung des Gebäudes auch die Einschätzung des Architekten „Wer eine Kirche sehen will, sieht eine Kirche, wer eine Aula sehen will, sieht eine Aula“ (van Egeraat zit. in Kowa 2009: 8). Zu sehr sind zumindest in Mitteleuropa – anders vielleicht als im Angelsächsischen – die Anordnung und Form der Fenster im Spitzgiebel der Platzfassade und die gotischen Säulen in der dreischiffigen Halle mit christlichen Sakralbauten verknüpft, so dass bei den meisten Betrachtern das Bild einer Kirche überwiegen dürfte (vgl. etwa Qvester 25.8.2009). Ob darin allerdings eine Nutzung (Wolff 10.9.2009) oder ein historisches Zitat (Schroth/Tesch 26.8.2009) verweisen darauf, dass dem Architekten die gesellschaftliche Metapher in seinem Werk nicht bewusst ist; vgl. Richter 2009) zum Ausdruck kommt, ist eine Frage der Interpretation. Abzuwarten bleibt, wie es im Betrieb und durch klare Regelungen gelingen kann, die problematische Nutzungsvielfalt, die ein wesentliches Problem der Wettbewerbsaufgabe darstellte und van Egeraat nur teilweise lösen konnte, zu handhaben.

Der Bau kann im Kern als eine populäre, wenn nicht gar aufgrund des Auswahlprozesses populistische Architektur betrachtet werden. Dabei weist Richter (2009) zwar darauf hin, dass es ihm gelinge, sowohl Freunde traditionalistischer wie zeitgenössischer Architektur anzusprechen, doch gilt dies nur für diejenigen, die den Bau einerseits mit einem laienhaften Verständnis betrachten und andererseits nicht zu sehr für eine der beiden Lösungen eingetreten sind. So erklärt Stötzner (28.8.2009), dass der Bau schlicht als das

„kleinere Übel“ empfunden werde, und Schroth/Tesch (26.8.2009) verweisen auf die zurückhaltende Meinung vieler Leipziger Architekten. Für die im Streit möglicherweise gar nicht eindeutig positionierte Bevölkerung hingegen bietet der Bau nun in seiner Einzigartigkeit einen erheblichen Erlebniswert, der zudem – etwa durch die Organik der bewegten Dachlandschaften – den ästhetischen Geschmack vieler Menschen treffen mag. Er entspricht zudem dem populären Bedürfnis nach Distinktion (Richter 2009). Die öffentlich gewählten Entscheider – also Stadt und Land, nicht aber die Universität – haben den Entwurf entsprechend begrüßt, zumal er auch ihrem, von der Bevölkerung zum Teil mitgetragenen Repräsentationswillen entspricht. In gewisser Weise die Leidtragende dieser Entwicklung ist die Universität, die zunächst erhebliche Bedenken gegenüber der Nutzbarkeit hatte und diese nun zum Teil gegen den „Volkswillen“ (etwa repräsentiert in den Befragungen zur Glaswand, vgl. LVZ 13.10.2008) und entsprechend kompromissbereitere politische Verantwortliche durchsetzen musste.

Der langwierige Prozess um die architektonische Gestaltung des Innenstadtcampus kann insofern als ein umfassendes Entwurfsverfahren angesehen werden, dessen – zunächst wohl gar nicht erkennbares – Ziel darin bestand, die angemessene und populäre Form des Erinnerns mit den Mitteln der Architektur zu finden. Dabei wurde von den wesentlichen Entscheidungsträgern von Anfang an die vom Paulinerverein mehr oder weniger deutlich geforderte Rekonstruktion entschieden abgelehnt – mit Ausnahme der Landesregierung ab 2002, wobei auch sie letztlich der Wettbewerbsauslobung ohne originalgetreuen Wiederaufbau zustimmte. Insofern ging es ganz wesentlich darum auszuloten, welche zeitgenössische Architektursprache dem Ort und den von der Bevölkerung und den im Paulinerverein versammelten „Betroffenen“ gerecht werden kann. Dass letztlich nach einem sehr aufwendigen, konfliktreichen Verfahren etwas realisiert wird, das den bereits 2002 formulierten Vorstellungen Gormsens (LVZ 30.12.2002, vgl. Gormsen 2003, ders. 10.9.2009, Koch/Koch 2006: 64–66) in erheblichem Maße entspricht, ist aus dessen Sicht wesentlich damit zu begründen, dass für die Verfech-

ter einer zeitgenössischen Lösung lange Zeit die Gleichung „Moderne ist Flachdach“ galt, andererseits aber Flachdächer in der Bevölkerung – zumal nach der Diskussion um das Bildermuseum – nicht vermittelbar gewesen wären. Er verweist hier auf einen für ihn sehr guten Beitrag Bofingers zum ersten Realisierungswettbewerb, in dem dieser zum einen einen Spitzgiebel vorgesehen habe, zum anderen vor das damals noch nicht zum Abriss vorgesehene Universitätsgebäude eine bedruckte Glasfassade gestellt hatte, hinter die zudem erhaltene Fassadenreste angebracht worden wären. Hierfür erhielt er allerdings lediglich den fünften Platz.

#### *Entwicklung der politischen Kultur und des zivilgesellschaftlichen Engagements*

Trotz eher negativer Bewertung des Prozessverlaufs unter dem Gesichtspunkt der lokalpolitischen Kultur (vgl. nachstehend im Detail) erscheint ein längerfristiger diesbezüglicher Schaden relativ unwahrscheinlich, da das Wiederaufbauvorhaben für die Stadtpolitik als zu unbedeutend eingeschätzt wird und die Akteure, die sich etwa in ihrem zivilgesellschaftlichen Engagement behindert sehen, über einen zu geringen Rückhalt in der Stadtgesellschaft zu verfügen scheinen. Da mittlerweile (Anfang 2003) mit dem Bürgerverein Johanniskirchturm e.V. in der Stadt eine weitere Wiederaufbauinitiative entstanden ist ([www.johanniskirchturm.de](http://www.johanniskirchturm.de)), erscheint das Scheitern der Maximalforderung nach originalgetreuem Wiederaufbau und die anhaltende Nutzungsdiskussion zudem hier auch nicht abschreckend gewirkt haben.

Das Potenzial zu Schuldzuweisungen und Verbitterung ist in jedem Fall gegeben, doch scheint es im Wesentlichen nur einzelne Individuen zu treffen, aber nicht stadtdgesellschaftlich relevant zu sein. Dies ist insofern bemerkenswert, als in erheblichem Maße konstituierende Elemente des gesellschaftlichen Zusammenlebens übergegangen wurden: Von der „Treuwidrigkeit“ des Landes (Häuser 10.9.2009) über die unterschiedliche Interpretation des Harmskompromisses (vgl. Stötzner 28.8.2009) und die fehlende Beteiligung von Bürgern und Experten (Heymann 26.8.2009) bis hin zum Eindruck einer machtpolitisch

motivierten Okkupation von Sachthemen (Quester 25.8.2009) – all dies hätte zu erheblichen Verwerfungen führen können. Ein weiterer Grund, warum dies nicht geschehen ist, mag darin liegen, dass wesentliche Entscheidungen keine städtischen, sondern solche des Freistaates und der Universität waren (Heymann 26.8.2009) und dass andererseits in der Stadt wichtige Bündnisse wie das zwischen Universitäts- und Verwaltungsspitze eher gestärkt wurden. Zu den persönlichen Verlierern zählten sicher der zurückgetretene Universitätsrektor Bigl (Häuser 10.9.2009) und die aus der Jury unter Protest ausgeschiedenen Architekten (Quester 25.8.2009), aber auch diejenigen Rekonstruktionsbefürworter, die entweder eine stärkere Nähe zum Original für erforderlich gehalten haben oder denen eine kirchliche Nutzung wesentlich war.

Besonders bedeutsam ist das Ergebnis für die Arbeit des Paulinervereins. Durch die geringe Anerkennung der Arbeit sind das Engagement nach 17 Jahren zurückgegangen und viele Engagierte ermüdet. Stötzner (28.8.2009) bedauert, dass hier die Verwirklichung des Vorhabens nicht zu Eigenengagement und Identifikation geführt habe. Dafür fehlten der bewusste Durchbruch und der Aufruf zum gemeinsamen Anpacken. Trotz der Zustimmung zum Egeraat-Entwurf und obwohl er im Prinzip das Ziel des Vereins verwirklicht, habe dieser seitdem weiterhin in der Opposition bleiben müssen. Dies habe auch dazu geführt, dass auf der letzten Mitgliederversammlung vor zwei Jahren die Frage nach der Sinnfälligkeit der Vereinsarbeit gestellt wurde. Bereits als es 2005 zu den für den Verein nicht tragbaren Veränderungen des Egeraat-Entwurfs kam, wurde die Forderung nach Auflösung erhoben, dann allerdings mit deutlicher Mehrheit abgewendet. Allerdings ergebe sich für den Verein eine Notsituation, die auch zu Austritten führe. Allerdings ist das Engagement nicht vollkommen erloschen und kam auch aus dem Paulinervorstand heraus die Initiative für die Gründung der Stiftung als mögliche dauerhafte Nachfolge des Vereins, der als Aktionsform für eine begrenzte Zeit konzipiert war.

Schaden hat sicherlich auch das Wettbewerbswesen in der Architektur genommen,

weil zum einen der erste Realisierungswettbewerb, der ohnehin ohne ersten Preis endete, nicht zu einer entsprechenden Realisierung führte und somit die hier getroffene Entscheidung aufgebrochen wurde (vgl. Quester 25.8.2009). Stattdessen wurde für die – zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung (für die gengesätzliche Auffassung der Universität vgl. Häuser 10.9.2009) – wichtigsten Teile ein „Qualifizierungsverfahren“ durchgeführt, das letztlich als eigenständiger Wettbewerb anzusehen ist. Zum anderen aber insbesondere auch, weil innerhalb dieses zweiten Wettbewerbs die Richtlinien für Architekturwettbewerbe deutlich missachtet wurden, ohne dass das zu einer entsprechenden Reaktion seitens des Auslobers – also des Freistaats – geführt hätte, sondern sogar zum Teil davon ausgegangen wird, dass dieser von der Regelverletzung, wenn er sie nicht bewusst herbeigeführt oder wissentlich in Kauf genommen, so doch zumindest profitiert hat (vgl. Stötzner 28.8.2009, Gormsen 10.9.2009, Häuser 10.9.2009).

#### *Lokale Identifikation*

Engmann (2008: 5) geht davon aus, dass die DDR-Architektur des Universitätscampus' in der Bevölkerung niemals die verlorenen Gebäude habe ersetzen können, spricht von der „Wunde der Sprengung“, die „nie verheilt“ sei. Allerdings ist er auch bereit, dem Henselmann-Hochhaus einen gewissen Identifikationswert zuzuschreiben, da es einerseits die Silhouette der Stadt präge und dadurch zum Wahrzeichen geworden sei und andererseits von den Leipziguern die Spitznamen „Weisheitszahn“ und „Uni-Riese“ bekommen habe. Während diese Frage wenig Beachtung findet, sind die Einschätzungen über den architektonisch markanten Neubau kontrovers. Die Einschätzung, dass dies letztlich erst nach Baufertigstellung beurteilt werden kann (Quester 25.8.2009), ist sicher zum Teil richtig ist. An dieser Stelle soll allerdings die Auffassung vertreten werden, dass gerade die Kontroverse, der lange Konflikt und die – trotz unterschiedlicher Bewertung hinsichtlich Geschmack, Wirkung, entwerflicher Qualitäten etc. – Einzigartigkeit der gefundenen Lösung ein erhebliches Identifikationspotenzial bietet. Bestärkt wird diese Einschätzung durch

die im Bau und Prozess angelegten Angebote zur (stadt-)historischen Vermittlung (siehe Vermarktung).

So formuliert etwa Richter (2009), dass die Ablehnung des Wiederaufbaus innerhalb der Stadtgesellschaft gar als „ein Rückbesinnen auf eigene, eher progressive Werte verstanden“ und „die Ablehnung als ein Bemühen um Distinktion gegenüber von Außen herein getragenen Traditionalismus gelesen“ werden könnte, wobei der Universität die Rolle der standhaften Abwehr zukommen würde. Dies allerdings würde nicht nur davon ausgehen müssen, dass dem Paulinerverein keine Breitenwirkung gelungen ist, was sicher zutreffend ist (vgl. Wolff 10.9.2009), sondern ihm auch ein lokaler Rückhalt fehlt. Letzteres ist so nicht zutreffend, stellt eine Überbewertung der Rolle Blobels und anderer Nicht-Leipziger dar und verkennt die zeitweise vorhandene mehrheitliche Zustimmung in Umfragen und Abstimmungen. Dass nach anfänglichen euphorischen Äußerungen (z.B. Tiefensee, Blobel) im Moment niemand den Bau bejubelt – außer der dazu im Jubiläumsjahr angehaltenen Universität in ihrer Außendarstellung (Universität Leipzig 2008) –, könnte so auch dazu führen, dass die Konfliktparteien mit einigem Abstand zur Debatte in ihm eine gütliche Einigung oder einen gelungenen Kompromiss erkennen. Schroth/Tesch (26.8.2009) gehen davon aus, dass eine Meinungspluralität nach der Fertigstellung auch der bürgerschaftlichen Tradition Leipzigs entsprechen würde.

Begrenzen könnte diese Identifikationswirkung neben dem insgesamt geringen Interesse der Bevölkerung und der Stadtpolitik an der Diskussion (Gormsen 10.9.2009), das sich aber mit dem Baufortschritt deutlich gesteigert hat und über die übliche Begutachtung von Neubauten hinaus geht (Heymann 26.8.2009), vor allem die relativ gesicherte Erkenntnis, dass die Paulinerkirche – bei allem Verlust und aller Bedeutung des Sprengungsprozesses – keine symbolische Aufwertung erfahren hat und insgesamt nicht über eine etwa mit der Dresdner Frauenkirche vergleichbare Funktion verfügte (Quester 25.8.2009). Sicher ist auch zutreffend, dass Leipzig zunächst sowohl stadt- und kulturhistorisch als auch zeitgeschichtli-

che wichtigere Gebäude besitzt – etwa die „89er-Ikone“ (Quester 25.8.2009) Nikolai-kirche und die Thomaskirche. Allerdings bieten diese historischen Gebäude in weit geringerem Maße Anlass zur Auseinandersetzung mit dem Gebäude und seiner Geschichte (vgl. Heymann 26.8.2009). Durch eine Vermittlung, die die vielfältigen historischen Bezüge und ihre unterschiedlichen Interpretationen aufgreift, die innerhalb der Debatte deutlich geworden sind, ist es möglich, diese Auseinandersetzung mit dem Gebäude zu fördern. Allerdings ist nicht bekannt, dass hierfür Pläne jenseits von monatlichen Baustellenführungen und der touristischen Vermarktung bestehen, von der allerdings auch Wirkungen auf die Leipziger Bevölkerung durch die Erzählung von Gästen oder den touristischen Blick auf die eigene Stadt möglich sind. Ob dies, wie Stötzner (28.8.2009) vermutet, tatsächlich mit dem ursprünglichen Entwurf van Egeraats einfacher gewesen wäre, lässt sich wohl tatsächlich erst nach Fertigstellung beurteilen – zumal momentan Diskussionen um Kosteneinsparungen bestehen (vgl. Gormsen 10.9.2009). Da es sich allerdings um eine populäre Architektur zu handeln scheint, sind Veränderungen im Detail und vor allem im Innenraum möglicherweise zu verschmerzen, zumal die fachliche Einschätzung zum Teil auch Egeraats ursprünglichen Entwurf negativ bewertete (vgl. Schroth/Tesch 26.8.2009, Koch/Koch 2006: 67–72). Selbst die Glaswand könnte noch eine Anregung zur Auseinandersetzung bieten und letztlich zur – möglicherweise kritischen – Identifikation dienen. Ob das Gebäude kirchlich genutzt und in welchem Maße die Leipziger Bevölkerung christlich oder säkular ist (vgl. Seyfarth 2009), erscheint hingegen nicht unbedingt relevant für diese Form der Identifikation.

#### *(Touristische) Vermarktung*

Schon in der Bauphase ist das Paulinum Station von Stadtführungen und wird das dort Erklärte in der Thomaskirche mit Blick auf den Paulineraltar aufgegriffen. Darin zeigt sich nicht nur, wie stark der Neubau in die Stadtgeschichte integriert ist und dass bereits der Rohbau reicht, um für eine entsprechende Vermittlung Anlass zu bieten, es in die touristische Präsentation der Stadt zu integrieren. Damit dient

es der Vermarktung Leipzigs als Stadt der Bildung, Forschung, Musik und des Geistes für diejenigen, die als Gäste nach Leipzig kommen. Es ermöglicht einen weiteren Zugang zur Geschichtsvermittlung vom Zweiten Weltkrieg über die DDR-Zeit bis hin zur friedlichen Revolution, aber auch der Entwicklung der Universität über die Gesamtdauer ihres 600-jährigen Bestehens.

Trotz der populären, den Massengeschmack bedienenden, durchaus spektakulären Architektur (Gormsen 10.9.2009) bleibt abzuwarten, ob das Gebäude als solches jedoch ausreicht, um entsprechend mancher Star-Architekturen eigenständig Besucher anzuziehen. Aufgrund der durchaus kritischen Einschätzung in der Architekturszene ist dies jedoch zu bezweifeln (vgl. Qvester 25.8.2009).

Für die Vermarktung weniger förderlich ist, dass der Bau zumindest im Inneren nicht rechtzeitig für die Feierlichkeiten zum Universitätsjubiläum fertig gestellt wird und damit den dann erwarteten Gästen aus aller Welt nicht im erhofften Umfang präsentiert werden kann, obwohl weiterhin davon ausgegangen wird, dass der Festakt in der unfertigen Aula stattfinden wird. Dies bietet allerdings auch die Möglichkeit, mehrfach zu feiern und das Gebäude so häufiger zu präsentieren (Gormsen 10.9.2009). Schon heute tut die Universität dies medial. Viele der zum Jubiläum hergestellten Werbematerialien zielt die Außenansicht des neuen Paulinums. Auch auf der Gedenkmünze ist es als zusätzliches grafisches Element in vereinfachter Form abgebildet, während die Post eine alte Ansicht von 1845 als Motiv auswählte (Leipziger Internet Zeitung 2.7.2009). Schließlich erhält die Universität mit dem Gebäude auch eine repräsentative Aula und wird damit zusätzliche Möglichkeiten haben, Kongresse und andere wissenschaftliche wie kulturelle Veranstaltungen abzuhalten, was indirekt wiederum der Vermarktung von Stadt und Universität dient (vgl. Häuser 10.9.2009).

### 5.3 Historisches Rathaus Wesel

Einst als Hansestadt von erheblicher Bedeutung für die Region, ist Wesel heute Verwaltungssitz des gleichnamigen Krei-

ses. Die 61 000-Einwohner-Stadt am Niederrhein ist eine der kleinsten deutschen Städte, in denen ein Wiederaufbauvorhaben bekannt ist, was ein wesentliches Auswahlkriterium für die Fallstudie darstellte. Mit dem Wiederaufbau der Fassade des Ende des Zweiten Weltkriegs zusammen mit weiten Teilen der Bebauung (als gesamtstädtischer Zerstörungsgrad wurden bis zu 97 Prozent angegeben) zerstörten Rathauses aus der kurzen Epoche der flämischen Spätgotik soll an die historische Größe der Stadt angeknüpft werden und gleichzeitig die Innenstadtentwicklung der Mittelstadt gefördert werden. Während Einzelhandelskennziffern für ein relativ gut funktionierendes Zentrum sprechen, fehlt es in der von schlichter Nachkriegsbebauung geprägten Stadtmitte vor allem für zugezogene Weseler eines bürgerlichen Milieus an Bereichen mit Aufenthaltsqualität sowie betont städtischer Prägung. Dies gilt besonders für das so genannte Domviertel mit dem Großen Markt, an dem einst auch das Rathaus stand, da dieser älteste Teil Wesels im Zuge der Citybildung an Bedeutung verloren hat.

Individuelle Wünsche nach Wiederaufbau bestanden zumindest bei einer kleinen Anzahl von Personen über einen langen Zeitraum, mindestens ab den 1970er Jahren. Zunächst fanden sie keine gesellschaftlich breite Unterstützung, zumal auch in der Nachkriegszeit mit Ausnahme des Willibrordi-„Doms“ keine Rekonstruktionen durchgeführt wurden und innerhalb der Stadtgesellschaft aus einem sozial bestimmten Kostenbewusstsein heraus insgesamt ein Sinn für pragmatische Lösungen besteht. Jedoch muss davon ausgegangen werden, dass besonders in älteren Bevölkerungsschichten der Weseler Stadtgesellschaft gewisse Verlustempfindungen gegenüber der kriegszerstörten, historischen Bebauung vorzufinden sind, ohne dass diese öffentlich artikuliert werden. 1986 kam es dann zur Gründung einer bald als Verein organisierten Bürgerinitiative, die zunächst als „Freundeskreis“ aus elf älteren Bürgern bestand. Dem Anlass entsprechend, nämlich der „drohenden“ Bebauung des seit dem Krieg un bebauten Rathausgrundstückes und der gesamten südlichen Seite des Großen Marktes, wurde die Rekonstruktion zunächst als Fernziel betrachtet. Man bemühte sich darum,

Idee des Wiederaufbaus des Historischen Rathauses nicht durch eine andere Bebauung unmöglich werden zu lassen. (Zu diesem Zeitpunkt wurde noch eine Rekonstruktion des vollständigen Baukörpers des Historischen Rathauses angestrebt.) Im Ergebnis entstand erst Mitte der 1990er Jahre eine Bebauung durch einen lokalen Investor, die eine spätere Fassadenrekonstruktion ermöglichte. Die entsprechenden Absprachen wurden direkt zwischen Bürgerinitiative und Investor getroffen. Wesentlich konkreter wurde das Wiederaufbauvorhaben, als 1995 eine gerade zugezogene ehemalige Kunstlehrerin zum Verein stieß und mit erheblichem Engagement die Sache vorantrieb, weitere Mitstreiter mobilisierte und die Vereinsgeschäfte „professionalisierte“.

Der Verein orientierte sich fortan wesentlich an den großen Wiederaufbauinitiativen in Frankfurt, Hildesheim, Berlin und Dresden aber auch Danzig, übernahm aus diesen Vorhaben wesentliche Aktions- und Partizipationsformen und konzentrierte sich auf die zeitnahe Durch- und Umsetzung sowie der Aktivierung eines stadtgesellschaftlichen Diskussionsprozesses um dieses Rekonstruktionsvorhaben. Neben der Freisetzung eines erheblichen zivilgesellschaftlichen Engagements, das neben der Information und Präsentation schon bald auch ganz erheblich auf Spendeneinwerbung ausgerichtet war, bestand ein wesentlicher Erfolgsfaktor in der geschickten Verhandlung mit politischen und administrativen Entscheidungsträgern. Dabei wurde zunächst eine finanzielle Unterstützung durch das Land Nordrhein-Westfalen erreicht, die weniger durch eine inhaltliche Überzeugung zustande kam – seitens des Ministers herrschte zunächst erhebliche Skepsis –, sondern vielmehr als Würdigung der ehrenamtlichen Arbeit durch die damalige rot-grüne Landesregierung verstanden werden kann. Erst mit dieser, zumal von einer kommunalen Gegenfinanzierung abhängigen Mittelzusage trat die Bürgerinitiative an die Stadt Wesel und den Rat heran und überführte das Vorhaben mit einer gesamten Kostensumme von 2,7 Mio. Euro somit in die lokale, öffentliche Diskussion. Dies erschien notwendig, um die finanziellen Bedenken innerhalb der Administration und Politik vorwegzunehmen. Die im gesamten Prozess relativ

späte lokalpolitische Entscheidung (2006) entwickelte sich dann zu einer erheblichen Kontroverse, die allerdings kaum die Rekonstruktion an sich in Frage stellte – hier hatte die Bürgerinitiative stets die Normalität eines solchen Vorgehens außerhalb Wesels betont –, sondern vor allem um die Verwendung der städtischen Gelder geführt wurde. Die parteiübergreifende Opposition wollte das städtische Fördervolumen von rund 400 000 Euro vielmehr in – nicht weiter konkretisierten – sozialen Projekten verwendet sehen oder sparen, während die ebenso parteiübergreifende Mehrheit schließlich wie zuvor die Landesregierung vor allem das bürgerschaftliche Engagement würdigen wollte. Zudem hatte sich die Basis der Unterstützung in der zunächst skeptischen Bürgerschaft mittlerweile sichtlich verbreitert.

### 5.31 Vorgeschichte

#### *Baugeschichte*

Zwei wesentliche Epochen prägen die Geschichte der Stadt Wesel vor 1945: die Hansezeit und damit die „Blütezeit“ der Stadt, in der Wesel zeitweise „wichtigste Stadt zwischen Amsterdam und Köln“ (Bürgerinitiative Historisches Rathaus Wesel 2002) gewesen sein soll und in der 1456 auch das Rathaus errichtet wurde, und die Zeit preußischer Herrschaft, in der Wesel zu einem bedeutenden Militärstandort ausgebaut wurde. Aus dieser preußischen Zeit sind auch nach den Kriegszerstörungen vom Februar 1945 noch Hinterlassenschaften und Strukturen innerhalb des Weseler Stadtgrundrisses vorhanden, so z.B. das Berliner Tor als Teil der preußischen Festungsanlagen. Lediglich die für die Stadt Wesel bedeutende Phase der Hansezeit ist in ihrer baulichen Ausprägung – bis auf den Willibrordi-„Dom“, welcher eigentlich eine evangelische Kirche ist und somit aufgrund der Konfession und der Größe kein formaler Dom sein kann, allerdings das Selbstverständnis der Weseler Bürger widerspiegelt – in Wesel nicht mehr vorhanden.

Das Historische Rathaus in seiner spätgotisch-flämischen Formensprache galt bis zu seiner Zerstörung als wichtiger Repräsentant dieses recht kurzen Baustils am unteren Niederrhein. Als drittes Rat-

haus der Stadt Wesel – nach der Errichtung des ersten Rathauses mit der Stadterneuerung 1241 und der Neuerrichtung 1389–1396 nach einem verheerenden Stadtbrand – wurden ab 1455 mit dem Bau begonnen und in den ersten ein bis zwei Jahren der Baukörper erstellt, die aufwendig verzierte, spätgotische Fassade im flämischen Stil wurde dann aufgrund der zeitintensiven Bildhauerarbeiten bis zum Ende des 15. Jahrhunderts fertig gestellt. Mit den Ende der baulichen Arbeiten des Gebäudes – nicht der Fassade – in den Jahren 1474 bzw. 1476 konnte das Gebäude als Rathaus genutzt werden, so dass ab diesem Zeitraum der Bürgermeister und der Rat der Stadt Wesel sowie das Ortsgericht in den Räumlichkeiten residierte und von 1458 bis 1470 der Hansedritteltag mit Abgesandten von wichtigen Hansestädten aus Westeuropa in Wesel tagte. (Rotthauwe 1975: 54 ff.; Deurer: 6 f.)

Das Rathaus wurde bis 1945 durchgehend genutzt, allerdings mehrfach baulich verändert: 1698 und 1740 wurden die Fassade verändert und ein zusätzliches Portal mit Freitreppen, Türmchen und Barockhaube eingefügt. Bis vor kurzem ging man noch davon aus, dass bei diesen Baumaßnahmen auch eine Erweiterung um eine Fensterbreite stattgefunden hat (Rotthauwe 1972). Hiergegen sprechen aber neuere Erkenntnisse (Ewert-Kruse/Schröder 28.9.2009). Im 19. Jahrhundert wurden die Rathausfassade zudem restauriert und dabei von den preußischen Restauratoren die in der Fassade befindlichen Heiligenfiguren durch weltliche Personen (Karl der Große, Rudolf von Habsburg, zwei Grafen und zwei Kurfürsten) ersetzt. Lediglich Willibrord, „Vater der Stadt, Patron der großen Stadtkirche und mit dieser Kirche Symbol der Stadt“ (Rotthauwe 1972: 34), wurde erhalten. Zudem wurde die Rathausnutzung immer weiter auf die benachbarten Gebäude ausgeweitet, um Platz für die wachsende Stadtverwaltung zu finden.

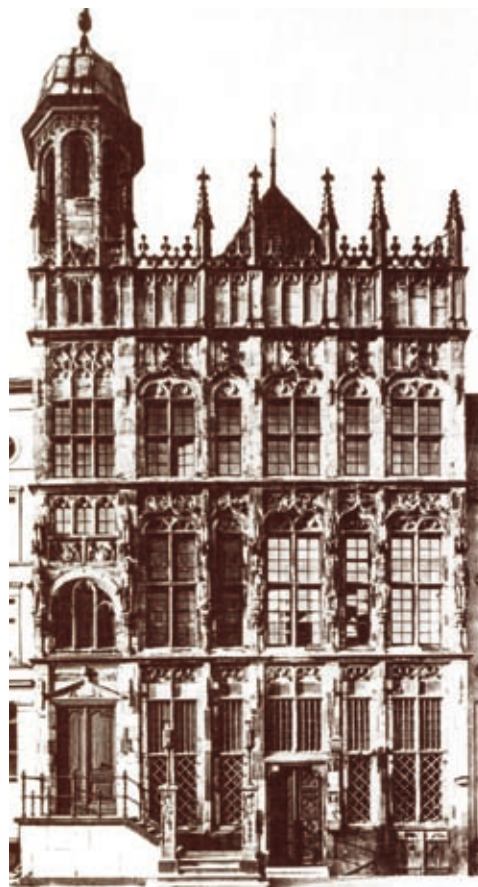
### Zerstörung

Die Stadt Wesel wurde in drei Bombenangriffen im Februar 1945 „over-bombed“ (TIME Magazine) und nahezu vollständig zerstört. Im Gegensatz zu vielen Großstädten betraf dies nicht nur die Innenstadt

oder bestimmte Stadtviertel, sondern nahezu die gesamte Stadtfläche. Wesel gilt daher als die am stärksten zerstörte deutsche Stadt. Vom abgebrannten Rathaus blieben nur marginale Reste der Fassade und ein Teil des Unterbaus, die in eine in den 1990ern gebaute Tiefgarage integriert wurden. Die Trümmer – auch des Rathauses – wurden zu größten Teilen beseitigt oder für den Wiederaufbau als Baumaterial genutzt.

Der Nachkriegswiederaufbau folgte zwar im Wesentlichen dem alten Stadtgrundriss, da das Verkehrsnetz, die unterirdische Infrastruktur und Baudenkmäler wichtige Grundstrukturen für den Wiederaufbau herangezogen wurde, orientierte sich in seiner Architektur des gemäßigten modernen Städtebaus der 1950/1960er Jahre allerdings kaum an der Vorbebauung. Dabei wurde eher auf die Zweckmäßigkeit der Bauten und einer schnellen Umsetzung geachtet. Daher fand eine Auseinandersetzung mit der historischen Bausubs-

Abbildung 16  
Das spätgotische Rathaus (ca. 1900)



Quelle: gemeinfrei

tanz nur bedingt statt. Die Häuser waren größtenteils schlicht, und für die häufig in Backstein gehaltenen Fassaden wurden häufig Trümmersteine verwendet. Nur wenige Bauwerke wiesen eine besondere architektonische Qualität auf – eins der wenigen Gegenbeispiele war das so genannte Matena-Rathaus, das ab 1951 auf dem Grundstück einer kriegszerstörten Kirche in der zur „City“ avancierten Vorstadt errichtet wurde. 1971 wurde dieser Bau einschließlich seines Turms bereits wieder abgerissen – die Stadt hatte das wirtschaftlich lukrative Grundstück an einen Einzelhandelskonzern verkauft, der hier ein Warenhaus errichtete und damit zur Attraktivierung der Innenstadt aber auch Verlagerung weg vom Großem Markt beitrug. In leicht vereinfachter Form wieder aufgebaut wurde lediglich der so genannte Willibrordi-„Dom“, also die spätgotische Stadtkirche, die wie das Historische Rathaus am Großen Markt gelegen ist, aber niemals ein Bischofsitz war. Auch deshalb kommt Brandenburg, Mitarbeiter im Stadtplanungsamt und selber Zugezogener, zu der Einschätzung, man habe den Weselern „ihre Geschichte und Identität“ weggebombt. Diese Zäsur innerhalb der Stadtstruktur und der Identität der Stadt scheint u. a. mit Verweis auf das Rekonstruktionsvorhaben des Historischen Rathauses sowie der fehlende Auseinandersetzung mit der Bedeutung der funktionale und bauliche Qualitäten des Städtebaus der 1950er Jahre bis in die heutige Zeit nachzuwirken. Weitere Hinweise dafür sieht er im Umgang mit Resten der historischen Stadt, die bei Tiefbauarbeiten immer wieder zu Tage kommen und dann vernichtet werden.

#### *Frühere Auseinandersetzungen um Erhalt/Wiederherstellung*

Über frühere Wiederaufbauinitiativen ist wenig bekannt. Im Wesentlichen ist die Rekonstruktion des Historischen Rathauses eng mit den politischen und gesellschaftlichen Diskussionen um den Wiederaufbau der Stadt Wesel nach dem 2. Weltkrieg verbunden. Dabei können grundsätzlich zwei grundsätzliche Positionen identifiziert werden; die Strömungen und Meinungen der traditionellen Wiederaufbauplanungen der Stadt Wesel mitsamt dem Historischen Rathaus und dem Ensemble Großer Markt sowie die planerische und durch

das Land NRW favorisierte Alternative des neuzeitlichen, modernen Städtebaus. Doch gerade der FDP-Politiker Siegfried Landers, der in der Nachkriegszeit nach Wesel gekommen ist und als Abrissunternehmer die „Entrümmung“ der Altstadt durchführte, hatte immer wieder seit spätestens den 1970er Jahren mehr oder weniger als Einzelkämpfer einen Wiederaufbau des Rathauses gefordert, ohne dass er dafür einen entscheidenden Resonanzboden in Politik und Gesellschaft gefunden hätte. Vielmehr wurde die Diskussion in den Zusammenhang um den Wiederaufbau und der Gestaltung des Großen Marktes anhand von verschiedenen städtebaulichen Wettbewerben und Entwürfen aus den Jahren 1954 und – erst 30 Jahre später – 1984 gestellt. Jedoch wurden die Ergebnisse dieser beiden Prozesse besonders bezogen auf die südliche Seite des Großen Marktes, an der sich auch die historisch korrekte Position des Rathauses befindet, in Rat und Bürgerschaft Wesels abgelehnt. Ein Wiederaufbau des Rathauses war in keinem der siegreichen Entwürfe und diskutierten Varianten enthalten.

#### **5.32 Politisch-gesellschaftlicher Prozess**

##### *Anlass*

Auslöser für die Gründung zunächst eines Freundeskreises, dann einer als Verein eingetragenen Bürgerinitiative „Historisches Rathaus Wesel“ im Jahr 1986 waren neuerliche Überlegungen, den Standort des Gebäudes durch den städtebaulichen Wettbewerb in den Jahren 1983/84, aus dem das Büro Walter von Lom und Landschaftsarchitekt Jürgen Schubert, beide Köln, als Sieger hervorging, zu bebauen. Dies sei die „wahrscheinlich letztmalig[e]“ Gelegenheit zum Wiederaufbau des Rathauses, so die BI, die – neugeformt – für eine Umsetzung der Rekonstruktion innerhalb der Gesamtplanung intervenierte. Bereits in der Nachkriegszeit (1954) hatte der städtebauliche Wettbewerb für den Großen Markt kein Ergebnis gebracht, auch weil sich einerseits die Innenstadt in östlicher Richtung verlagert hatte und weil die größere Platzform zum Parken sehr geeignet war. Der neuerliche Wettbewerb sollte nun die südliche Bebauung klären, verlief aber letztlich ebenfalls ohne Realisierung.



Anfang der 1990er Jahre verhandelte dann die Stadt mit mehreren Investoren über eine Bebauung verhandelt und schließlich der lokale Bauunternehmer Trapp mit der Durchführung beauftragt. Ziel der Stadt war, den Großen Markt städtebaulich zu fassen und darunter eine Tiefgarage zu errichten. In Zusammenarbeit mit dem Düsseldorfer Büro Hentrich-Petschnigg & Partner (HPP) entstand bis 1994 die sogenannte Trapp-Zeile. Zwar besitzt die Trapp-Zeile eine giebelständige Orientierung in Anlehnung an die historische Bebauung, allerdings war der moderne Baustil weiterhin Gegenstand der Diskussion. Die Auseinandersetzungen um eine Rekonstruktion des historischen Rathauses konnten durch die fassende Bebauung nicht unterbunden werden. Die BI nutzte die Situation für ihre Ziele und konnte den Investor zumindest davon überzeugen, in der Planung die Wiedererrichtung der Rathausfassade durch eine entsprechende Gebäudekonstruktion zu ermöglichen. Deshalb haben die Projektentwickler der Trapp-Zeile bei der Konstruktion der Gebäudezeile darauf geachtet, dass zu einem späteren Zeitpunkt die Möglichkeit besteht, an das bestehende Gebäude Großer Markt 9 eine Fassadenrekonstruktion des Historischen Rathauses anhängen zu können. Standort und Dimensionierung sind dem historischen Vorbild angenähert. Dabei war recht schnell deutlich, dass eine Entwicklung sich lediglich auf die Rekonstruktion der Fassade beschränkt, da eine vollständige Wiederherstellung des Rathauses aus Kostengründen ausgeschlossen wurde. Damit war die Dringlichkeit des Wiederaufbaus, die 1986 zur Initiative führte, nicht mehr gegeben. Im Ergebnis besteht die so genannte „Trapp-Zeile“ aus vier relativ gleichartigen, giebelständigen Gebäuden, die durch Treppenhäuser verbunden sind und durch postmoderne Elemente die ehemalige Altstadtkulisse ansatzweise zitieren.

#### *Akteure/Zielgruppen*

Die Zahl der Akteure in Wesel erscheint übersichtlich. Wesentlich sind zunächst die als Verein organisierte Bürgerinitiative und die daraus entstandene Stiftung, die nachfolgend genauer beschrieben werden sollen. Mit ihnen verbunden ist darüber hinaus eine „Immobilien-Stadtortgemein-

schaft Domviertel“ als freiwilliger Zusammenschluss von Gewerbetreibenden und Hausbesitzern der Brückstraße, des Großen Marktes, des Leyensplatzes sowie der Gold-, Lomber- und Dimmerstraße, die eine gemeinsame Standortwerbung, Aktionen und Veranstaltungen organisieren und sich für eine Aufwertungen von Straßen, Plätzen und Gebäuden einsetzen (ISG Domviertel 2006, Trapp 2007).

Aktiv eingebunden in die Diskussion um die Fassadenrekonstruktion des Historischen Rathauses war die Kommunalpolitik, die insbesondere über eine finanzielle Unterstützung zu entscheiden hatte, ab circa 2001 verstärkt. Eine Unterscheidung nach Fraktionen erscheint hier aufgrund der überfraktionellen Einigung und Befürworter- wie Gegnerschaft nicht sinnvoll. Wesentlich befasst mit der Diskussion waren der Ausschuss für Kultur und Stadtmarketing sowie der Ausschuss für Stadtentwicklung.

Die Landesregierung wurde von der Bürgerinitiative noch vor der Stadtpolitik angesprochen und um (finanzielle) Unterstützung des Vorhabens gebeten. Die Einbeziehung des Landes NRW noch vor der Partizipation der Stadtverwaltung und den Rat der Stadt Wesel erscheint durchaus unüblich, denn im Prinzip wäre ein zunächst lokaler Diskussionsprozess zu erwarten gewesen. Mit einem gewissen Grundstock an Kapital der BI – durch Spenden generiert – wurde eine bessere Verhandlungsposition gegenüber der Landesregierung erreicht. Noch zu Zeiten der rot-grünen Landesregierung erfolgte eine Förderzusage durch Minister Vesper, mit der wiederum eine aktive Position bei der anschließenden Diskussion um städtische Finanzmittel und politische wie administrative Unterstützung durch die BI eingenommen werden konnte.

Die zum Vorhaben kritisch eingestellte Fachverwaltung – das Bau- und Planungsamt – wurde im Rahmen ihrer Verwaltungsaufgaben bei u. a. Ausschusssitzungen beteiligt, allerdings wurden ihre Bedenken wenig beachtet. Eine gewisse Ambivalenz zeigt sich in der einerseits positiven Würdigung des bürgerschaftlichen Engagements der BI und der Aktivierung der Weseler Stadtgesellschaft für den städtische Entwicklungsprozess. Zu-

dem treibt die Stadt die städtebauliche wie auch wirtschaftliche Entwicklung des Großen Marktes als historisches Stadtzentrum um. Andererseits scheinen städtebauliche und baukulturelle Einwände der Stadtverwaltung keine wesentliche Rolle in kommunalen Diskussionen gespielt zu haben. Darüber hinaus beteiligten sich in Wesel ansässige Architekten an der relativ intensiven Leserbrief-Diskussion, über eine gemeinsame Stellungnahme oder Ähnliches ist nichts bekannt. Auch gab es zu keinem Zeitpunkt eine organisierte „Gegenpartei“.

#### *Verlauf*

Die Bürgerinitiative Historisches Rathaus Wesel e.V. – bis dahin getragen durch einige ältere, durchaus honorige Herren um Siegfried Landers – erhielt dann erheblichen Auftrieb durch den Zuzug von Dagmar Ewert-Kruse, heute Vorsitzende der Bürgerstiftung Historisches Rathaus Wesel, und ihres Mannes, heute Schatzmeister des Vereins im Jahr 1995. Als ehemalige Deutsch- und Kunstlehrerin war sie auf der Suche nach einem zivilgesellschaftlichen Betätigungsfeld und zugleich vermisste sie – im Gegensatz zu anderen auch deutschen und europäischen Klein- bzw. Mittelstädten – in Wesel einen Ort mit städtischem Flair und geschichtlichem Bewusstsein, einem historischen Zentrum, bürgerschaftlichen Treffpunkt und zugleich Identifikationsort. Sie professionalisierte den Verein und orientierte sich in der Vermarktung an Vorbildern wie der Freunde Dresdens und der Stadtschloss-Initiative: Es wurden Fassadenstücke verkauft, eine Pläne mit der Abbildung des Bauwerks bedruckt und temporär vor das Haus Nr. 9 der „Trapp-Zeile“ gehängt, prominente Fürsprecher gewonnen etc. Während sie sich selber um die Öffentlichkeitsarbeit kümmerte, war der Verein nun personell insgesamt sehr gut aufgestellt: Ein Manager einer größeren Firma kümmerte sich um die Finanzen, ein Staatsanwalt a.D. um rechtliche Fragen und der Dombaumeister unterstützte in baulichen Fragen.

Im Folgenden wurden parallel Spendengelder gesammelt und es wurde politischer Lobbyismus betrieben. Dabei wurde zunächst die Landesregierung und dann erst, mit deren Zusage, die städtischen Gremien angesprochen. Wesentliches Argu-

ment war dabei das Versprechen, die Hälfte der veranschlagten ca. 2,7 Mio. Euro für die Fassade selbst aufzubringen, 35 Prozent würde schließlich das Land zuschießen unter der Maßgabe, dass das Gebäude zum Teil öffentlich bzw. städtisch genutzt wird (mittlerweile bezieht sich dies auf einen kleineren Saal im Obergeschoss, der für Veranstaltungen vermietet und als Hochzeitszimmer dienen soll), die fehlenden 15 Prozent sollte die Stadt durch Zuschüsse aufbringen. Vor allem durch diesen städtischen Zuschuss von gut 400 000 Euro wurde das Vorhaben auch im Rat der Stadt diskutiert, bereits seit 2002 Zustimmung signalisiert und im Juni 2006 (Vorlage des Rates der Stadt Wesel 476/03) beschlossen. Bei der Abstimmung, für die Fraktionsbindung aufgehoben wurde, gab es Zustimmung wie Ablehnung aus allen Fraktionen, außer der FDP, die sich einhellig für die Rekonstruktion aussprach. Insgesamt gab es elf Gegenstimmen und vier Enthaltungen bei 32 Ja-Stimmen.

Nachdem das Wiederaufbauvorhaben im Wesentlichen abgeschlossen, wenngleich noch nicht gebaut, ist, sind seitens des Vereins und einer zum Teil in Personalunion geführten „Interessen-Standortgemeinschaft Domviertel“ (ISG) der Einzelhändler und Immobilienbesitzer im Umfeld von Großem Markt und Dom (entstanden innerhalb einer Landesinitiative) Ideen entstanden, das Areal zusätzlich aufzuwerten. Ziel am Großen Markt ist der möglichst umfangreiche Besitz mit gotischen Elementen, um eine historisierende Atmosphäre zu erzeugen. Deshalb sollen die Materialien, Farben, Formen und Ornamentik diese historischen Kennzeichen tragen. So wird vorgeschlagen, die Nachkriegsbebauung auf der dem Rathaus gegenüberliegenden Seite (nördlich) durch eine historisierende Fassade zu verblenden, gleichzeitig aber die aus der späteren Nachkriegszeit stammende Volksbank als Verbindung zwischen Großem Markt und Fußgängerzone mit einer Spiegelglas-Fassade und stilisierten Bogenelementen zu versehen. Außerdem soll die Pflasterung erneuert und ein Brunnen errichtet werden. Die Stadtpolitik reagiert hier vor allem wegen der erheblichen Kosten überwiegend zurückhaltend, zurzeit wird allerdings über eine Gestaltungssatzung diskutiert. Ein von der ISG erstellter Vor-

schlag würde die Eigentümer zu einer historisierenden Fassade zwingen, wodurch die Akzeptanz für die Gestaltungssatzung wie auch die gesamte Umgestaltungsmaßnahme Großer Markt bei wesentlichen Beteiligten schwindet. Das Thema scheint derzeit kontrovers diskutiert zu werden und das Ergebnis noch weitgehend offen zu sein. Für die BI ist – in Zusammenarbeit mit der ISG – die Entwicklung am Großen Markt zwar ein wichtiges Projekt, doch genießt die bauliche Umsetzung der Rathaus-Fassade besondere Priorität, und dann erst schließt sich die Nordseite an.

#### *Instrumente der Durchsetzung/ Kompromissfindung*

Als wesentliches Mittel der Durchsetzung kann das Eigenengagement des Vereins angesehen werden, das sich insbesondere auch auf die rasche In-Aussicht-Stellung eines erheblichen Betrags aus Spendengeldern erstreckt. Dies wirkte zunächst bei der Landesregierung, später dann mit dieser Rückendeckung auch bei den kommunalpolitisch Verantwortlichen. Insofern erscheint auch weniger Präsentation und Diskussion als vielmehr die Spendensammlung als das wesentliche Betätigungsfeld des Vereins, dem sich alle übrigen Aktivitäten unterordneten bzw. auf die sie ausgerichtet waren. So konnte bis in den September 2009 durch Spendenaufkommen bereits rund 98 Prozent der durch die BI aufzubringenden Bausumme von rund 1,35 Mio. Euro eingesammelt werden. Wesentlich für das Einwerben von Spenden, Spendenzusagen und Fördermitteln waren die Integrität und das sowohl verlässliche als auch fachlich versierte Auftreten der Vorstandsmitglieder. Von erheblicher Bedeutung scheint auch das Einwerben prominenter Unterstützer einschließlich des Bundespräsidenten und medialer Prominenz. Bemühungen um einen Kompromiss fanden nicht statt, da der Rekonstruktionsgegenstand – die historische Rathausfassade – nur in ihrer spätgotisch-flämischen Form nach historischem Vorbild Gegenstand der Diskussion war; eine Entscheidung also nur eine Zustimmung oder Ablehnung möglich machte.

#### *Rolle der Bevölkerung*

Die Medien waren über einen langen Zeitraum recht kritisch, wie es auch in der Bevölkerung zunächst keine Massenbewegung für den Wiederaufbau gab – in einer Umfrage Mitte der 1990er Jahre (der einzigen je durchgeführten) sprach sich nur eine Minderheit von ca. 35 Prozent für eine Rekonstruktion aus. Dies änderte sich dadurch, dass das Vorhaben immer wahrscheinlicher und die Realisierung immer greifbarer erschien. So wurde die Grundsteinlegung für die Rathaus-Fassade im Jahr 2007 anlässlich der 600jährigen Zugehörigkeit der Stadt zum Hansebund von einem großen Interesse begleitet sowie mit großer Resonanz bedacht und trugen zu einer Bewusstseinsklärung innerhalb der Weseler Bevölkerung bei. Die medial begleitete und prominent inszenierte Aktion schaffte eine lokale und überregionale Aufmerksamkeit für das Projekt und aktivierte wiederum weitere Teile der Bevölkerung und der ansässigen Unternehmen. Finanziell ist das Vorhaben bürgerlicherseits zwar ganz wesentlich von Großspenden getragen, doch gibt es mittlerweile auch eine große Zahl kleiner Spendenbeiträge – bis hin zu von Kindern geleerten Sparschweinen.

#### *Rolle der Medien und medialer Strategien*

Die lokalen Medien selber haben das Vorhaben zunächst kritisch, insgesamt aber kontinuierlich begleitet. Sie waren darüber hinaus ein wesentlicher Ort der Diskussion über das Projekt. Damit haben sie zur Information und der Verbreitung der Vereinsvorstellungen wesentlich beigetragen, ohne sie durch eine eigene Kampagne unterstützt zu haben. Diese wurde ab 1995 vom Verein ganz wesentlich selbst durchgeführt und bestand aus unterschiedlichen Formen eigener Aktivität (s.u.), die jeweils auch auf eine Berichterstattung abzielten, in der Verbreitung des Vorhabens in eigenen Publikationen und die Platzierung von Berichten in überregionalen Medien (etwa Werner 2004, Zimmermann 2007, Hille 2009).

#### *Rolle übergeordneter staatlicher Ebenen*

Die Förderzusage der Landesregierung hatte erhebliche Bedeutung für die lokalpolitische Entscheidung, da einerseits die

Finanzierung zusätzlich gesichert wurde und ein Druck bestand, ohne kommunalen Zuschuss auch die Landesmittel zu verlieren. Die Stadt war damit in der Situation, nicht nur über einen eigenen Zuschuss, sondern über zusätzliches Geld zu entscheiden, das der Initiative quasi bereits zugesichert war. Andererseits ließ sich das Vorhaben mit der Zusage des Landes auch als „geprüft und für förderfähig befunden“ vermitteln.

### 5.33 Argumente/ Entscheidungsgrundlagen

#### *Architektonische bzw. städtebauliche Vorschläge zum Umgang mit Ort, Raum und Bauwerk*

Für den Großen Markt und dessen Südseite wurden seit 1945 mehrfach, wenn auch in großen Abständen architektonische bzw. städtebauliche Vorstellungen entwickelt. Wettbewerbe fanden in den 1950er Jahren und 1986 statt, konnten aber offenbar zu keinen hinreichend überzeugenden Entwürfen führen. Eine Berücksichtigung der Rekonstruktion des Historischen Rathauses wurde aber in keinem der beiden Vorschläge vorgenommen. Die Bebauung der 1990er Jahre wurde dann einem Investor übertragen. Heute bestehen die bereits genannten Vorstellungen zur historisierenden Gestaltung der Nordseite, gleichzeitig wurden aber wohl auch Entwürfe entwickelt, die eine Aufwertung unter Beibehaltung der modernen Architektursprache vorsehen.

In der Frühzeit der Wiederaufbaudebatte bestanden Überlegungen, das gesamte Gebäude und nicht nur die Fassade zu rekonstruieren, was allerdings aufgrund der Veränderung des Stadtgrundrisses durch Verlagerung der rückwärtig verlaufenden Straßenflucht auf das ehemalige Rathausgrundstück im Zuge des Nachkriegswiederaufbaus nicht möglich erschien. Kurzzeitig wurde auch ein Wiederaufbau an anderer Stelle ins Gespräch gebracht, von der Bürgerinitiative jedoch abgelehnt.

#### *(Angeführte) Argumente für einen Wiederaufbau*

Zu Beginn der Wiederaufbauinitiative bestimmte die Dringlichkeit des Vorhabens und seine mögliche dauerhafte Verhinde-

rung durch einen Neubau die Argumentation. Die bauhistorische Bedeutung und die Symbolkraft für die frühere Bedeutung der stolzen Hansestadt wurden von Anfang an betont. Zudem wurde an das Geschichtsbewusstsein der Bürger in der Hoffnung appelliert, dass „die völlige Zerstörung der Stadt am Ende des 2. Weltkriegs nicht auch [dieses] ausgelöscht hat“ (Freundeskreis Historisches Rathaus Wesel 17.9.1986). Die BI führt an, das Gebäude sei „schönstes Rathaus am Niederrhein“ (Bürgerinitiative Historisches Rathaus Wesel 2008) gewesen und sein spätgotischer Stil flämischer Prägung nur mit den Rathäusern in Brügge, Leuven, Mechelen und Aachen vergleichbar. Schon Schinkel habe es als „herausragend“ bezeichnet. „Es taucht in vielen Stadt- und Reiseberichten als bedeutsamer Bürgerbau auf“.

Eng verbunden mit dieser Dialektik ist ebenfalls der empfundene kriegszerstörte Identitätsverlust der Stadt sowie ihrer Gesellschaft. Bezug nehmend auf die Kriegsverluste der städtischen Bausubstanz von bis zu 98 Prozent und der fast vollständigen Zerstörung der Elemente der Hansezeit in Wesel, die als die „Blütezeit“ der Stadt verstanden wird, würde durch den Wiederaufbau der Rathausfassade ein wesentliches Identitätsmerkmal wieder in das städtische Bewusstsein installiert. „Heimat erlebbar machen, Identifikationspunkt schaffen (Brandenburg 29.9.2009).“

Ein weiteres Argument, das vor allem in den letzten Jahren und in Verbindung mit den Zielsetzungen der ISG Domviertel angeführt wurde, ist die Belebung des Großen Marktes und des gesamten Stadtviertels. Neben der gestalterischen Aufwertung, die schon der Rathausfassade und ihrer Ensemblewirkung mit dem Dom zugeschrieben wird, wird bei diesem Argument auch auf das „Fernziel“ des Vereins angeführt, das Haus Nr. 9 zu kaufen und zumindest in den oberen Etagen einer kulturellen Nutzung (u. a. „Hansesaal“ als Veranstaltungsort und Hochzeitszimmer) zuzuführen. Die Rekonstruktion der Rathausfassade wird als wesentliches und priorisiertes Projekt der Gesamtentwicklung Großer Markt zu einem historisierenden Platzensemble betrachtet.

Schließlich wird auch das starke bürgerschaftliche Engagement als Argument an-

geführt, wenngleich nicht von den Engagierten der Bürgerinitiative selber, sondern insbesondere von politischen Vertretern. Es scheint auch das Argument, das am ehesten in der Lage ist, Gegnern einer Rekonstruktion davon zu überzeugen, den Weseler Befürwortern zumindest nicht im Wege zu stehen.

#### *(Angeführte) Argumente gegen einen Wiederaufbau*

Das wesentliche Gegenargument waren in der sozialpolitisch geprägten kommunalen Debatte die Kosten des Vorhabens, insbesondere der kommunale Anteil von über 400 000 Euro. Wenngleich die Stadt nicht unter Finanzaufsicht steht, herrscht eine weit verbreitete Vorstellung, die Ausgaben auf wesentliche kommunale Aufgaben zu beschränken, und somit gehören – laut Rekonstruktionskritiker – Architektur und Städtebau gehören grundsätzlich nicht zu dieser Kategorie. Entsprechend wurde in der Diskussion auch angeführt, welche anderen (sozialen) Leistungen für die städtische Summe, aber auch die Spenden aus der Bürgerschaft erbracht werden könnten. Hier deutet sich eine gewisse Interessenüberschneidung zwischen dem rekonstruktionskritischen Stadtplanungsamt und den Wiederaufbaubefürwortern an.

Aus dem Stadtplanungsamt und der örtlichen Architektenschaft wurden auch die üblichen Argumente für zeitgenössisches Bauen und gegen historische Rückgriffe vorgetragen, doch spielten sie in der lokalen Debatte eine deutlich untergeordnete Rolle. Wesentliche Teile der Argumentation sind zu finden bei Werner (2004).

Die Diskussion um städtebauliche Qualitäten wird in Wesel zumeist als Luxusdiskussion abgetan, da städtebauliche Qualität mit einem Mehr an Kosten gleichgesetzt wird und somit wiederum – soziale – Projekte priorisiert werden. Anstelle dessen werden – auf das Rathaus-Projekt bezogen – kulturelle und touristische Argumente vorgeschoben, um eine funktionale, städtebauliche Diskussion auszublenden.

#### *(Angeführte) Argumente für vermittelnde Varianten*

Vermittelnde Varianten wurden zu keinem Zeitpunkt diskutiert. Allerdings scheint es

innerhalb der Bürgerinitiative selbst noch eine Diskussion über die genaue Ausgestaltung der Fassade und der zum Umbau anstehenden Innenräumen zu bestehen. So ist zum Beispiel noch unklar, ob die Figuren in der Fassade, die ursprünglich Kirchenoberhäupter darstellten und im Zuge der Säkularisierung durch Landesherren ersetzt wurden, nicht wiederum durch eine zeitgenössische Interpretation ersetzt werden könnten. Ebenso sind für die Innenräume keine originalgetreuen Rekonstruktionen vorgesehen und ein Nutzungskonzept nur in Ansätzen und ohne Abstimmung mit der Stadt Wesel vorhanden.

#### *Bedeutung von Fachargumenten*

Fachargumente spielten im gesamten Verfahren eine geringe Rolle. In der Stadt Wesel bestimmte die letztlich haushaltspolitische Auseinandersetzung um die Mittelverwendung sowohl die öffentliche Diskussion als auch die Parlamentsdebatten. Letztere wurden zudem ganz wesentlich im Kulturausschuss geführt. Auch in der Einwerbung von Landesmitteln haben sie nur eine geringe Rolle gespielt: Der damalige Bauminister Vesper (Bündnis 90/Die Grünen) reagierte auf die Vorstellung der Bürgerinitiative offenbar in Kenntnis der Fachdebatte zwar zunächst zurückhaltend, ließ sich nach Prüfung durch die Ministerialverwaltung jedoch in seiner Entscheidung von dem beeindruckenden Bürgerengagement leiten.

#### *Bedeutung von Identifikation und Vermarktung*

Sowohl die Erstellung eines Identifikationsortes in der mit solchen Punkten relativ karg besetzten Weseler Innenstadt, als auch die Möglichkeit der touristischen Vermarktung waren fester Bestandteil der Argumentation. Gerade die bereits angesprochene Kausalität von Hansezeit und Kriegszerstörungen im 2. Weltkrieg und die Bedeutung für die Stadtidentität sind wesentliche Argumentationslinien für dieses eher ideell wichtige Vorhaben. Zudem besteht sowohl bei der Bürgerinitiative als auch bei der Stadt die Hoffnung – vermeintlich gestützt durch Erfahrungen in anderen Rekonstruktionsorten – eine kulturelle und touristische, aber auch fach-

liche Vermarktung der historischen Rathausfassade initiieren zu können. Diese Multiplikationseffekte sollen durch die Gesamtentwicklung Großer Markt weiter intensiviert werden.

#### *Bedeutung von Bautyp und Symbolik*

Das Historische Rathaus – bis zur Zerstörung übrigens noch in Benutzung und auf die angrenzenden Gebäude erweitert – wird als wesentliches Zeugnis der Hansezeit verstanden. Es repräsentiert gleichzeitig die wirtschaftliche Vormachtstellung der Entstehungszeit sowie die damit verbundene bürgerliche Verfasstheit und Unabhängigkeit (wenngleich diese Begriffe so nicht unbedingt verwendet werden). Diese wurde mit dem Anschluss an das Königreich Preußen stark eingeschränkt, da die Funktion als Garnisonsstadt die Stadtentwicklung maßgeblich beeinflusste. Im Wiederaufbau wurden mit Ausnahme des „Doms“ keine Bauwerke der Hansezeit wiederaufgebaut oder belassen, während einige der massiven preußischen Festungsanlagen (z. B. das Berliner Tor, die Zitadelle Wesel) zumindest in Fragmenten oder als Gebäude erhalten blieben zumindest in Resten erhalten blieben.

Daneben ist auch der Ort bedeutsam: Der Große Markt und das Domviertel gelten als ältester Teil Wesels, wurde aber spätestens ab dem Nachkriegswiederaufbau deutlich vernachlässigt, als die Innenstadtentwicklung im Wesentlichen in der östlich angrenzenden, zum Bahnhof führenden Fußgängerzone stattfand. In Wesel wird für diese beiden Bereich zwischen Altstadt und Innenstadt unterschieden. Insofern wird hier insbesondere in Verbindung mit den Bemühungen der ISG Domviertel auch mit einer Rückbesinnung auf den Ort argumentiert.

#### *Bedeutung des Vorhabens innerhalb der Kommunalpolitik*

Es bestehen widersprüchliche Aussagen über die Bedeutung des Vorhabens innerhalb kommunalpolitischer Entscheidungen. Die Bürgermeisterin gibt an, die Platzierung der Diskussion durch den Verein sei geschickt mit dem Kommunalwahltermin abgestimmt gewesen, denkt aber gleichzeitig nicht, dass dies hinreichend bedeutsam gewesen sei, um den Aus-

gang der Wahl zu beeinflussen. Durch die mehrheitliche Zustimmung in allen Fraktionen erscheint das auch eher unwahrscheinlich. Insgesamt erscheint die nun entstandene Initiative für die „Aufwertung“ des Marktplatzes wesentlich stärker zu einem Politikum zu werden, da das Vorhaben auch stärker mit konzeptionellen Überlegungen zur Innenstadtentwicklung verknüpft werden müsste, über die insgesamt wenig Vorstellungen innerhalb der Kommunalpolitik – und auch der Initiatoren – zu bestehen scheinen. Im derzeit gültigen Entwicklungskonzept für die Weseler Innenstadt, das im Juni 2004 verabschiedet wurde, spielen weder der Große Markt mit dem Domviertel noch das Historische Rathaus eine wesentliche Rolle. Auch allgemein wird die von der ISG in der Zwischenzeit propagierte Aufwertung des westlichen Abschlusses der Haupteinkaufsstraße hier noch nicht vorgesehen. Jedoch wird für die gesamte Innenstadt davon ausgegangen, dass die Fassaden erneuerungsbedürftig seien (vgl. Junker und Kruse 2004).

Besonders die Würdigung des bürgerschaftlichen Engagements als Ergänzung zu städtischen Initiativen hat den Zuspruch für dieses Projekt innerhalb der Kommunalpolitik begünstigt. Mit einem Investitionsvolumen von 2,7 Mio. Euro und einem städtischen Anteil von – nur – 400 000 Euro an der Gesamtsumme sowie der Spendenbereitschaft von Bürgertum und Unternehmerschaft von rund 1,35 Mio. Euro ist dieses Engagement nicht nur ein Bauprojekt, welches zur Stadtentwicklung – in Verbindung mit der Umgestaltung Großer Markt – beiträgt sowie auch Effekte für die lokale Ökonomie generieren kann. Vielmehr begreifen die lokalen Politiker die Rekonstruktion der historischen Rathausfassade als ein mögliches Beispiel für Public-Private-Partnership-Verfahren gerade vor dem Hintergrund der schwierigen kommunalen Finanzlage.

#### *Zwischenfazit: Konfliktlinien*

Für Wesel lassen sich im Wesentlichen eine Haupt- und eine Nebenkonfliktlinie feststellen, womit sich Wesel insgesamt im Vergleich zu anderen Wiederaufbauvorhaben durch eine stark reduzierte Debatte kennzeichnen lässt. Dabei erscheint für

die Hauptkonfliktlinie die Zuordnung von spezifischen Personen und Gesellschaftsteilen bzw. Akteure zu den konfligierenden Positionen anhand klassischer Akteursbezeichnungen (etwa politischer Parteien) zunächst kaum möglich. An dieser Stelle soll hier stattdessen eine Milieuzuweisung gewagt werden.

Der Hauptkonflikt wurde in Wesel um die Finanzierung geführt, obwohl sich die Kosten der Fassadenrekonstruktion mit gut 3 Mio. Euro in einem begrenzten Umfang bewegen und frühzeitig – und wie es bislang scheint, solide – abgeschätzt wurden. Dabei war die Verwendung des Geldes, insbesondere des städtischen Anteils von rund 400 000 Euro, für ein als Luxus betrachtetes Projekt umstritten, und die Herkunft des Geldes sowie der stetige Spendenstrom wurden als ein wesentliches Zeichen der Zustimmung und des Engagements der Bevölkerung gewertet. Wenngleich die Vielzahl der Kleinspenden das Bild sicherlich differenzierter erscheinen lässt, so kann sich aus den Aussagen der BI-Mitglieder doch abgelesen werden, dass sich ein ganz wesentlicher Teil der Gelder aus wenigen Großspenden von finanzstarken Einzelpersonen und Unternehmen aus Wesel und Umgebung zusammensetzt und die Bürgerinitiative zudem durch dauerhafte Zuwendungen und ehrenamtlichen Einsatz einer bildungsbürgerlichen Schicht getragen wird, deren Mitglieder häufig erst nach Wesel zugezogen sind. Mit Ausnahme weniger frühzeitig aktiver BI-Mitglieder waren die meisten gebürtigen Weseler zunächst skeptisch oder zumindest zurückhaltend. Aus ihren Reihen und insbesondere denjenigen unter ihnen, die sich sozial(-politisch) engagieren und insofern ihr wesentliches Augenmerk auf materielle Probleme der Stadt richten, stammen die wesentlichen Gegner des Wiederaufbauvorhabens (vgl. Ewert-Kruse/Schröder 28.9.2009, Hasibether/Berns 28.9.2009). Insofern lässt sich der Konflikt auch darstellen als die Durchsetzung von Partikularinteressen einer bürgerlichen Elite zu Lasten derjenigen, die auf das Funktionieren einer städtischen Solidargemeinschaft angewiesen sind. Dabei scheinen letztere diesen Konflikt nicht selber ausgetragen und möglicherweise noch nicht einmal wahrgenommen zu haben. Vielmehr wurde die Opposition vor

allem durch Vertreter der sozial schwächer gestellten Teile der Stadtgesellschaft gebildet, die diese Aufgabe per Amt oder aus dem eigenen politischen Verständnis heraus wahrnehmen.

Deutlich untergeordnet wurde in Wesel auch der allgemeine, der bundesweiten Rekonstruktionsdebatte immanente und letztlich moralische Konflikt um die Rechtmäßigkeit von Rekonstruktionen sowie den Dissens zum zeitgenössischen Bauen ausgetragen. Diese Auseinandersetzungen scheinen allerdings in der Weseler „Provinz“ nur deutlich abgeschwächt und in der teilweise verkürzten Wiedergabe bestehender und somit kaum ortsspezifischer Argumente stattgefunden zu haben. Letztlich fehlte hier offenbar auch eine ausreichend gut organisierte Gegenöffentlichkeit, da etwa dem Stadtplanungsamt nur bedingt eine freie Meinungsäußerung möglich war, die Architektenschaft offenbar nur in Form von Einzelpersonen handelte und die kritische Presse einerseits das bürgerschaftliche Engagement zur Kenntnis nehmen musste, und andererseits kaum zu einer ausführlichen eigenständigen Aufarbeitung in der Lage gewesen sein dürfte. So scheint es der Bürgerinitiative etwa gelungen zu sein, den Eindruck zu erwecken, „überall“ werde rekonstruiert und Wesel sei „provinziell“, wenn es diesem Trend nicht folgen würde (vgl. Ewert-Kruse/Schröder 28.9.2009).

#### **5.34 Rolle lokaler Bürgerinitiativen/ Rolle der lokalen Bürgerinitiative**

##### *Formen zivilgesellschaftlichen Engagements*

Zentrale Institution des bürgerschaftlichen Engagements für den Wiederaufbau ist die Bürgerinitiative Historisches Rathaus Wesel e.V., die aus einem gleichnamigen „Freundeskreis“ entstanden ist und mittlerweile aus rechtlichen und finanziellen Gründen zudem eine Bürgerstiftung Historisches Rathaus Wesel ins Leben gerufen hat. Unterstützt wird sie mittlerweile durch eine Interessen-Standortgemeinschaft Domviertel, die insgesamt thematisch breiter aufgestellt sind und die ökonomische und baulich-gestalterische Entwicklung des umgebenden Teils der Innenstadt verfolgen. Eine bürgerschaftlich organisierte Opposition existiert in Wesel nicht.

### *Entstehen, Ursachen und Beweggründe der Bürgerinitiative*

Aus der Gefahr heraus, dass nach langer Zeit des Stillstands der ehemalige Standort des Rathauses bebaut werden könnte, entstand Mitte der 1980er Jahre der Freundeskreis Historisches Rathaus Wesel. Er wurde von Siegfried Landers ins Leben gerufen, der über viele Jahre einen Wiederaufbau gefordert hatte, ohne dafür Gehör zu finden. Der Freundeskreis umfasste zunächst elf Personen – Freunde und Bekannte Landers. Ziel war es zunächst, das Vorhaben der Rekonstruktion des Historischen Rathauses nicht „für immer“ auszuschließen; gleichzeitig konnte darüber auch die Bedeutung eines Wiederaufbaus formuliert und einer nunmehr an verschiedenen Stellen interessierten Öffentlichkeit vorgebracht werden. Der Freundeskreis verbreiterte sich rasch zu einer dann als Verein eingetragenen Bürgerinitiative.

### *Innere Struktur der Bürgerinitiative Zusammenarbeit*

Die Bürgerinitiative ist als Verein organisiert. Der Vorstand besteht aus fünf Personen und zusätzlich Siegfried Landers als Ehrenvorsitzendem, dem Dombaumeister Prof. Deurer als Architekten und rund 25 Beiräten. Als Hauptvertreterin des Vereins wird öffentlich Dagmar Ewert-Kruse wahrgenommen, die dem Vorstand als Koordinatorin angehört und zudem mittlerweile Vorsitzende des Vorstands der Bürgerstiftung Historisches Rathaus Wesel ist. Diese Stiftung wurde 2006 gegründet. Nach dem Erreichen einer Spendensumme von 825 000 Euro hat der Verein per Beschluss der Mitgliederversammlung dieses Vermögen Mitte 2006 zur Bildung des Stiftungskapitals für die Bürgerstiftung verwendet, die seitdem als Finanzierungsorgan und seit Baubeginn im Jahr 2009 als Bauherrin fungiert. Die Stiftung besitzt einen ebenfalls fünfköpfigen Vorstand, der fast mit dem des Vereins identisch ist. Zudem existiert ein Kuratorium, das aus elf Personen besteht, von denen vier von anderen Institutionen (Stadt Wesel, Sparkasse, Volksbank sowie Familie Trapp als Hauseigentümerin) abgeordnet sind.

Die Bürgerinitiative ist mittlerweile gut mit anderen engagierten Gruppen in der Stadt vernetzt. Neben der bereits mehr-

fach genannten ISG sind dies das City-Management, der Dombauverein und verschiedene Vereine der Brauchtumpflege sowie aus dem kulturellen Bereich, so dass beispielsweise auch Benefizkonzerte u.ä. für den Wiederaufbau veranstaltet wurden und sowohl der Lions-Club als auch der Rotary-Club Wesel-Dinslaken mehrfach Spendensammlungen zugunsten der Bürgerinitiative durchgeführt haben. Zudem bestehen Verbindungen zu mehreren politischen Fraktionen und Parteien.

### *Aktivitäten*

Die Bürgerinitiative hat sich in ihrem Aktivitätsmuster mehrfach gewandelt. Sie begann als Protestinitiative mit einer entsprechenden politischen Aktivität, die aus einer relativ breiten Informations- und Überzeugungsstrategie sowie Lobbyismus bestand. Mit der anstehenden Bebauung des Rathausstandortes in den 1990er Jahren scheint sich der Verein vor allem um persönliche Verhandlungen mit dem Investor bemüht zu haben, um konkret auf den Bauentwurf einzuwirken und eine spätere Integration der Fassade offen zu halten. Schließlich sammelt der Verein seit 2003 mit großem Erfolg Spenden und Spendenzusagen – ungefähr 98 Prozent des Kapitaleigenanteils der BI von 1,35 Mio. Euro sind bereits durch Spenden akquiriert worden – und hat zudem den politischen Lobbyismus auf lokaler und Landesebene verstärkt. Mittlerweile scheint sich der Verein einem breiteren Aufgabenspektrum und einer erweiterten inhaltlichen Zielsetzung (Aufwertung des Großen Marktes) in der gemeinsamen Artikulation mit der IGS Domviertel zu nähern.

### *Erweiterte Wertvorstellungen und Zielsetzungen*

Der Verein sieht sich als überparteilich und weltanschaulich unabhängig an. Dies scheinen auch die Abstimmungsergebnisse innerhalb des Stadtrats zu bestätigen, bei denen in allen Fraktionen eine Mehrheit für das Vorhaben bestand, wenngleich wohl etwas stärker bei den bürgerlichen Parteien.



### *Bedeutung realisierter Wiederaufbauvorhaben*

Andere Wiederaufbauvorhaben haben für die Weseler Initiative zumindest als Vorbild und Argument gedient. Inwieweit die frühen Wiederaufbauvorhaben der „zweiten Phase“ etwa in Hildesheim und Frankfurt am Main als Anregung für die Freundeskreis-Gründung dienen, kann nicht eindeutig bestimmt werden. Allerdings waren sie zumindest für Personen, die erst später zur Bürgerinitiative hinzu gestoßen sind, durchaus ein Beweggrund, sich dem Verein anzuschließen. Ewert-Kruse hat beispielsweise in Frankfurt am Main studiert und in dieser Zeit mit geringen Mitteln den Wiederaufbau der Alten Oper unterstützt. Für das eigene Engagement wurden erfolgreiche Aktions- und Kampagnenformate parallel laufender Vorhaben, vor allem der Dresdner Frauenkirche und des Berliner Stadtschlusses kopiert bzw. auf die Weseler Verhältnisse übertragen und sowohl eine Rathaus-Simulation durch Verhängung des Hauses Nr. 9 der Trapp-Zeile als auch Steinspenden übernommen. Die wichtigste Bedeutung hatten realisierte Vorhaben andernorts, aber auch die bestehenden Debatten in vielen weiteren Städten, allerdings als Argument innerhalb der lokalen Diskussion als Legitimation für das eigene Ansinnen und Beleg der Machbarkeit. Der Verein Historisches Rathaus Wesel unterhält zudem Verbindungen mit anderen Wiederaufbauinitiativen, etwa Boddians Stadtschlossverein.

### *Verhältnis zu Denkmalschutz, Heimatkunde, Traditionspflege und politischen Parteien*

Einige der ersten Unterstützer der Initiative stammen aus den Bereichen der Heimatkunde und lokalen Geschichtsforschung. Frühzeitig haben sich Vereine der Traditionspflege – etwa örtliche Schützenvereine – mit dem Vorhaben solidarisiert. Mit dem Denkmalschutz hingegen besteht nur insofern ein Kontakt, als eine relativ enge Verbindung mit dem Dombauverein des benachbarten Willibrordi-Doms besteht: Der Dombaumeister bringt seinen architektonischen und baufachlichen Sachverstand in den Verein ein. Nachdem der Dombauverein zunächst ein sinkendes Spendenaufkommen befürchtete, ist das Verhältnis mittlerweile kollegial, zumal der kirchliche Verein einerseits ganz

wesentlich auf Dauerspendern zurückgreifen kann und andererseits weiß, dass das Wiederaufbauvorhaben im Gegensatz zum Dombau zeitlich deutlich begrenzt ist. Möglicherweise hofft er auch, im Anschluss Rathaus-Spendern für sich zu gewinnen. Zudem gibt es einen engen Kontakt mit dem Archiv der Stadt Wesel, um die historischen Grundlagen des spätgotischen Rathauses für den Wiederaufbau der Fassade aufzubereiten und das Projekt mit einer größtmöglichen Originalität und Detaillierung vorzunehmen. Die Mitglieder der Bürgerinitiative kommen teilweise aus verschiedenen politischen Parteien.

Der administrative Denkmalschutz der Unteren Denkmalbehörde war zu keinem Zeitpunkt in die Planungen oder politischen Entscheidungsprozessen involviert. Aus Sicht der Denkmalbehörde und im Sinne der Bauordnung handelt es sich formell bei der geplanten Rekonstruktion der historischen Fassade um einen Neubau, der keiner denkmalpflegerischen Bewertung bedarf.

### *Verhältnis zu moderner Architektur und gesellschaftlicher Modernisierung*

Dadurch, dass die Initiative zum Wiederaufbau des Weseler Rathauses zu einem Zeitpunkt begann, als das Grundstück des Rathauses unbebaut war und lediglich im hinteren Bereich durch den modernen Städtebau bzw. die Nachkriegsverkehrsplanung beeinflusst war, bestand über weite Teile des Wiederaufbauvorhabens keine Notwendigkeit, das Verhältnis zu Architektur und Städtebau der Moderne oder auch zu aktuellen Gestaltungsformen zu klären. Dort, wo die Notwendigkeit bestand – bei Entwurf und Errichtung der „Trappzeile“, wurde es sehr pragmatisch und offenbar ohne größere Berührungsschwierigkeiten geklärt, was insofern verwundert, als das bauliche Ergebnis sehr weit von Proportion und Gestaltung der Vorkriegsbebauung entfernt ist, zumindest in den links und rechts an die demnächst entstehende Rathausfassade angrenzenden Teilen. Hier wurden die „Parzellierung“ vergrößert, die zuvor heterogenen Bauhöhen auf das Maximalmaß des Rathauses angeglichen u.dgl.m. Dennoch wird davon ausgegangen, dass sich die Rathausfassade in dieses moderne Ensemble einfügen werde.

Deutlich verändert hat sich das Verhältnis allerdings mit dem Einstieg in die Diskussion um eine Neugestaltung des Gesamtareals des Großen Marktes. Hier wird zunächst die Bevorzugung traditioneller Formensprachen deutlich, die innerhalb des Wiederaufbauvorhabens nicht ausdrücklich betont wird, und es wird dann auch eine eindeutig negative Bewertung der Nachkriegsarchitektur an der Nordseite des Platzes vollzogen. Die architektonische Formensprache der 1950er Jahre der Nordzeile wird durch die Bürgerinitiative als nicht erhaltungswürdig erachtet und besitzt auch keinerlei Wertigkeit als Zeitdokument, so dass ein Negieren dieser Gestaltungsepoche zugunsten der historischen Rückgriffe durchaus legitim erscheint. Vor allem die Betonung der Horizontalen wird oftmals als Manko angeführt. Eine als zeitgenössisch bezeichnete und weitgehend als postmodern zu bewertende Architektur wird schließlich für die Volksbankfassade im Übergang zur Fußgängerzone vorgeschlagen. Dabei wird aber einerseits hervorgehoben, dass die Spiegelglasfassade die historisierenden bzw. historischen Fassaden reflektieren werde, und werden zum anderen gotische Bögen als zusätzliches Gestaltungselement vis-à-vis dem Dom vorgeschlagen.

#### *Milieuzugehörigkeit*

Neben einigen alt gedienten, sind nach Angaben Ewert-Kruses eine Vielzahl der Unterstützern der Initiative Menschen, die in der Phase der Berufstätigkeit nach Wesel zugezogen und hier mittlerweile „angekommen“ sind, denen aber dazu, sich in Wesel „heimisch“ zu fühlen, ein Ort fehlt, der ihrem Lebensstil im Sinne von Repräsentationsbedarf und Atmosphäre entspricht. Zwar rekrutieren sich die Stifter der BI aus breiten Bevölkerungsschichten, wie das Spendenaufkommen nahe legt. Jedoch kann auch festgestellt werden, so die BI, dass die aktiven Unterstützer aufgrund der individuellen Sozialisation oder dem (Aus-) Bildungshintergrund eher einem Bildungsbürgertum entstammen, welches die Dimension des Projektes eher aufgreifen und reflektieren könnte sowie ihr bürgerschaftliches Engagement als gesellschaftliche Verantwortung begreifen würden.

#### *Wertewandel und Lernprozesse im Prozessverlauf*

Ein Wandel ist insbesondere bei früheren Skeptikern und Gegnern des Wiederaufbauvorhabens feststellbar. Mittlerweile zählen offenbar auch einige der ortsansässigen Architekten und andere ehemalige Kritiker zu den Unterstützern des Projekts. Dies scheint allerdings weniger auf eine veränderte Haltung gegenüber Rekonstruktionen als vielmehr auf die Wertschätzung des bürgerschaftlichen Engagements und eine Ermattung der Diskussionslust zurückzuführen. „Irgendwann ist das Störfeuer der ewigen Nörgler überwunden (Ewert-Kruse 28.9.2009).“ Innerhalb der Bevölkerung allerdings scheint eine tatsächliche Zunahme der Akzeptanz und Befürwortung des Vorhabens feststellbar, die besonders im Zusammenhang mit den konkreten Baumaßnahmen (siehe Grundsteinlegung, Baustelleneinrichtung) deutlich zugelegt hat.

#### **5.35 Ergebnisse**

Dadurch, dass die bislang durchgeführten baulichen Veränderungen so gering sind, dass eine Ergebnisbewertung noch nicht stattfinden kann, können nachfolgend lediglich Vermutungen angestellt bzw. wiedergegeben werden.

#### *Baulich-räumliche Ergebnisse*

Wohl bereits im kommenden Jahr wird das bestehende Haus Nr. 9 am Großen Markt, das relativ genau an der Stelle des ehemaligen Rathauses steht, mit einer nach Stand der Technik originalgetreuen Fassadenrekonstruktion verblendet. Zudem wird das direkt hinter der Fassade befindliche Treppenhaus in das bestehende Gebäude integriert und ein repräsentativer Innenraum geschaffen werden, der entsprechend der Förderbedingungen des Landes einer öffentlichen Nutzung zugeführt wird. Einige Details der Fassaden- und Innenraumgestaltung stehen noch nicht fest, beachtlich ist insbesondere die Unklarheit darüber, ob eine erhalten gebliebene, aber stark beschädigte Figur in die rekonstruierte Fassade eingefügt wird und in welcher Form die restlichen Figuren rekonstruiert bzw. gestaltet werden. Aus den bestehenden Plänen und Simulationen ist noch nicht eindeutig ersichtlich, welche Wirkung die

Fassade an der postmodernen „Trapp-Zeile“ haben wird. So ist noch nicht abzusehen, ob sie über eine Fuge oder ähnliches als eigenständiges Objekt erkennbar sein wird, wie dies etwa bei der Halberstädter Ratslaube der Fall ist. Ebenso wird sich das genaue Zusammenspiel der aufwendig verzierten Rathausfassade und der ansonsten relativ schmucklosen, gleichförmigen und wenig ortsangepassten Zeile erst nach Baufertigstellung zeigen. Hier sind allerdings jeweils erhebliche Bedenken angebracht. Nicht zuletzt deshalb wird wohl derzeit auch sowohl über eine geringfügige gestalterische Aufwertung der „Trapp-Zeile“ durch eine angepasste Farbgebung und Ähnliches als auch eine massive Veränderung der gegenüber liegenden, aus den 1950er Jahren stammende Marktplatznordseite sowie der Platzoberfläche nachgedacht. Sie werden als notwendig erachtet, damit die rekonstruierte Fassade ihre volle stadträumliche Wirkung entfalten könne.

#### *Entwicklung der politischen Kultur und des zivilgesellschaftlichen Engagements*

Der politische Prozess um das Wiederaufbauvorhaben war zwar kontrovers, scheint aber nicht bedeutend genug, als dass sich hieraus eine grundlegende Veränderung innerhalb der politischen Kultur ergeben würde. Auch ist nicht abzusehen, dass über das Projekt insgesamt eine stärkere Zuwendung zu baukulturellen und städtebaulichen Themen seitens der Kommunalpolitik stattfinden könnte. Die nach gelagerte Diskussion um eine weitere Aufwertung des Großen Marktes scheint den bestehenden Eindruck einer weitgehend fachfremden Debatte zu bestätigen (so wurde durch die CDU-Fraktion ein Antrag gestellt eine Gestaltungssatzung zu erstellen, ohne dass inhaltliche Vorgaben formuliert worden wären).

Hingegen erscheint das Wiederaufbauvorhaben immer wieder als positives Beispiel zivilgesellschaftlichen Engagements, und ein wesentlicher Teil des Erfolgs der Bürgerinitiative ist auf ihren Einsatz und dessen Würdigung zurückzuführen. Dies könnte anderen Initiativen als Vorbild und Anregung dienen, wie das im Falle der ISG teilweise bereits erkennbar ist. Zudem wird das Vorhaben relativ bald abge-

schlossen sein, wodurch bislang in Verein und Stiftung aktive Bürgerinnen und Bürger möglicherweise andere Betätigungsfelder suchen werden.

#### *Lokale Identifikation*

Offenbar gibt es in Wesel ein relativ breites Interesse an dem Wiederaufbauvorhaben als lokalem Ereignis. Ob daraus, einen erfolgreichen baulichen, ortsprägenden Abschluss vorausgesetzt, auch eine breite Anerkennung der rekonstruierten Rathausfassade als allgemeiner Identifikationsort der Weselerinnen und Weselaner entstehen wird, ist zunächst noch nicht absehbar, allerdings durchaus eine wesentliche Identifikationswirkung für diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die aktiv an der Umsetzung des Vorhabens mitgewirkt haben und somit den Ort in der von ihnen gewünschten Weise prägen. Dies ist insbesondere für den Teil der Rekonstruktionsbefürwortern wichtig, die aus biografischen Gründen nach Wesel gekommen sind und denen hier bislang ein Identifikationsort fehlte. Ob darüber hinaus eine tiefer gehende Identifikation mit der städtischen Geschichte ermöglicht wird – und wenn ja, mit welche Teilen – ist fraglich.

#### *(Touristische) Vermarktung*

Wesel hat in den vergangenen Jahren ein verstärktes Interesse entwickelt, sich insbesondere für Tages- und Radtouristen aus dem nahen Agglomerationsraum an Rhein und Ruhr als Destination zu etablieren (vgl. insg. Hille 2009). Bei geografisch günstiger Lage am Zufluss der Lippe in den Rhein fehlt der Mittelstadt bislang eine touristische Attraktion außer dem Dom, was insbesondere in der Konkurrenz zu Städten vergleichbarer Größe im Umland negativ auffällt. Dennoch konnte in den vergangenen Jahren der Tourismus gesteigert werden, und es besteht die Hoffnung auf eine Verstärkung durch den neuen Anziehungspunkt. Kurz- bis mittelfristig ist eine entsprechende Wirkung durchaus wahrscheinlich, da bereits jetzt ein Interesse der Touristen erkennbar scheint und die Rekonstruktion durchaus als Ereignis und Neuigkeitsfaktor wahrgenommen wird.

## 5.4 Thurn-und-Taxis-Palais Frankfurt a. M.

### 5.41 Vorgeschichte

#### *Baugeschichte*

Die Entstehung des barocken Thurn-und-Taxis-Palais hängt eng mit dem Adelsgeschlecht der Familie Thurn und Taxis sowie der Geschichte des Postwesens zusammen. Bereits 1512 war die Familie Thurn und Taxis für ihre Verdienste um die Post im Reich geadelt worden, u. a. für den Aufbau einer Postroute, die von Innsbruck bzw. Wien nach Brüssel führte. 1596 wurde Fürst Anselm Franz von Thurn und Taxis das Amt des Generalpostmeisters zugesprochen. In Folge der unruhigen politischen Verhältnisse bis zum Ende des 17. Jahrhunderts, aber auch aufgrund der zentraleren räumlichen Lage und günstiger machtpolitischer Verhältnisse verlegte Fürst Eugen Alexander von Thurn und Taxis im Jahre 1703 auf Wunsch von Kaiser Karl VI. die Hauptverwaltung der Reichspost und den fürstlichen Sitz von Brüssel nach Frankfurt. Sein Nachfolger und Sohn Fürst Anselm konnte erst nach dem Erwerb eines Grundstücks in der Neustadt durch einen Strohmann und einer vertraglichen Einigung mit dem Stadtrat 1729 über dessen Bebauung und Nutzung mit dem Bau einer Residenz beginnen. Zuvor bestanden Differenzen zwischen dem Fürsten und dem städtischen Rat Frankfurts, der die Ansiedlung eines fürstlichen Hofes in der bürgerlichen Freien Reichsstadt Frankfurt als vermeintliche Provokation ablehnte (Verhoeven 2009: 24 f., Rysel: 1978).

Zwischen 1732 und 1941 entstand auf dem Grundstück ein repräsentatives, zweigeschossiges Stadthaus als spätbarocke Dreiflügelanlage mit axialem Kuppelbau, einer Rotunde, die zur rückwärtig liegenden Gartenseite hin platziert wurde. Entsprechend ihrer charakteristischen architekturtypologischen Gliederung und Aufteilung im Stil eines „Hotel particulier“ nach französischem Vorbild bestand die Anlage aus dem zurückliegenden mittlerem Hauptgebäude, dem Corps de Logis, und die zu beiden Seiten verlaufenden Flügelbauten, die einen Hof, den Cour d'Honneur, umschlossen, der 30m x 30m

maß. Zur Straße hin wurde die Anlage mit einem Eingangsportal abgeschlossen. Das zurückliegende Corps de Logis galt als architektonischer Höhepunkt und beherbergte die im Stile des Barock prunkvoll ausgestatteten Repräsentativ- und Wohnräume des Fürsten. Für die Ausgestaltung der Innenräume wurden bekannte italienische Künstler wie Bernadini und Colomba engagiert, die Wand- und Deckengemälde erschufen. Im rückwärtigen Bereich zum Corps de Logis befand sich ein Garten (Verhoeven 2009: 27). Die Nebengebäude des Stadtschlusses beherbergten eine Kapelle, ein Theater, eine Reitbahn und sogar eine Konditorei. Das Palais nach den Plänen des französischen Hofarchitekten Robert de Cotte, des „Ersten Architekten des Königs“, wird als „Meisterwerk im Stile seiner Zeit“ beschrieben (Oberpostdirektion Frankfurt 1956: 14, zitiert nach Lübbecke 1956: Das Palais Thurn und Taxis zu Frankfurt am Main). Der äußere Bauschmuck der Eingangspavillons der Flügelbauten war durch eine konkav geschwungene Tormauer, deren doppelsäulen flankiertes Portal Paul Egellis Minerva mit dem Familienwappen bekrönt. Flügelbauten und Portal waren im Erdgeschoss zum Hof durch Arkaden bzw. durch Kolonnaden geöffnet (Verhoeven 2009: 26, Kalusche/Setzepfand (2002): o. S.). Die einzelnen zweigeschossigen Baukörper um den annähernd quadratischen Innenhof sowie die Gartenanlage waren vollständig eingefriedet, wodurch die Anlage mit weiteren Nebenhöfen versehen wurde. Die Bauten wurden als verputzte und in rotem Sandstein gegliederte Anlage ausgeführt.

Verhoevens (Verhoeven 2009: 23–30) Beschreibung des Bauwerks gibt Aufschluss über die damalige Bedeutung des Bautyps und die daraus entspringende Symbolik. Die Wahl des Bautyps eines Hotels als Stadthaus, eine ursprünglich in Frankreich für die höfische Aristokratie entwickelte Bauform, symbolisierte adelige Lebensstandards und entsprechende Bedürfnisse nach Luxus, Prunk und Komfort im städtischen Kontext. Mit dem reichhaltigen äußeren Bauschmuck und der künstlerischen Ausgestaltung der innerlichen Räumlichkeiten legte der Fürst die ökonomischen und finanziellen Möglichkeiten seines Hauses dar. Das repräsentative Gebäude stellte nach seiner Errichtung

innerhalb der Freien Reichsstadt eine einmalige und die anderen adeligen Bauten übertrumpfende Architektur dar. Die gewählte architektonische Bauform drückte entsprechend ihren zeitspezifischen Bedeutungen eine hohe gesellschaftliche Stellung innerhalb des Adels und eine damit einhergehende Lebensform aus.

Bis zu seiner fast vollständigen Zerstörung im Zweiten Weltkrieg erlebte das spätbarocke Stadtschloss eine wechselvolle Geschichte, die sich in sehr unterschiedlichen Nutzungs- und Eigentümerstrukturen niederschlug. Seine ursprüngliche Funktion als fürstliche Residenz verlor das Palais bereits sieben Jahre nach seiner Erbauung. Mit der Verlegung ihres Familiensitzes von Frankfurt nach Regensburg im Jahre 1748 diente es zunächst noch als Sitz der der Kaiserlich-Thurn-und-Taxischen Post sowie als repräsentatives Wohnhaus befreundeter Adelige, die vorübergehend in der bürgerlichen Stadt verweilten (Verhoeven 2009: 28, Ryssel 1978). Damit endete die Episode der fürstlichen Hofhaltung, die im bürgerlich reichsstädtisch geprägten Frankfurt ohnehin nicht auf Gegenliebe traf. Nicht nur als Katholiken und Adelige stieß die fürstliche Familie auf Ablehnung, sondern vor allem ihre auf Prachtentfaltung ausgerichteter Lebensstil wurde von den Bürgern als Provokation empfunden (vgl. Ryssel 1978).

Von 1816 bis zur Auflösung des Deutschen Bundes im Jahre 1866 trafen sich im Schloss die Vertreter der Bundesversammlung, nachdem Österreich das damals einzige repräsentative Bauwerk in der Bürgerstadt gemietet hatte. Das Gebäude trug in dieser Zeit die Bezeichnung „Bundespalais“. 1875 begann die Familie Thurn und Taxis, den größten Teil der wertvollen Innenausstattung (Möbiliar, Kronleuchter, Gemälde, Ziergitter, Wandvertäfelungen) in ihre neue Regensburger Residenz gebracht. 1895 verkaufte Fürst Albert I von Thurn und Taxis das Palais an die Reichspost, die zur Unterbringung von Büros und Verwaltungsräume eine Reihe von Umbauten vornahm. Die zur Zeil liegenden Gebäude, das hinter ihnen gelegene Stallgebäude sowie die Reithalle des Palais wurden abgerissen und an ihrer Stelle die kaiserliche Hauptpost im Gründerzeitstil der Neurenaissance errichtet. 1907 erwarb

die Stadt auf Bitten engagierter Bürger und nach Protesten von Denkmalpflegern das Gebäude, renovierte es und richtete 1908 ein Völkerkundemuseum ein. Zu Anfang der 1920er Jahre wurden Festsäle und das luxuriöse Treppenhaus restauriert bzw. teilrekonstruiert (Bartetzko 1990).

#### *Zerstörung*

Im Zweiten Weltkrieg wurde die barocke Anlage durch mehrere heftige Bombenangriffe zwischen 1943 und 1944 größtenteils zerstört. Bei Kriegsende blieben lediglich Teile des Portals und der Kopfbauten sowie die Gartenfront, hinter der die einstmals barocke Parkanlage lag, als bauliche Reste stehen. Im Inneren war das Gebäude völlig ausgebrannt. Das benachbarte Gebäude des 1890/1891 durch Kaiser Wilhelm II. errichteten Hauptpostamtes an der Zeil wurde ebenfalls zerstört. Im Gebäude waren bis zu seiner Zerstörung Post- und Fernmeldedienste untergebracht. Kabeltrassen verliefen unterhalb der zerstörten Gebäudereste und blieben relativ unversehrt. Eine seitens der Stadt gewünschte Wiederherstellung der barocken Anlage wurde zunächst angestrebt, jedoch zu Gunsten der Planungen zum Ausbau des innerstädtischen Poststandorts aus Kostengründen wieder fallen gelassen (Verhoeven 2009: 24, Oberpostdirektion Frankfurt 1956: 12, Bartetzko 2004, Alexander 2002).

#### *Frühere Auseinandersetzungen um Erhalt/Wiederherstellung*

Die städtebaulichen Entwicklungen des zerstörten innerstädtischen Blocks zwischen den drei Geschäftsstraßen Zeil, der Großen Eschenheimer Straße und der Stiftstraße der frühen Nachkriegsjahre mündeten in einen ersten (Teil)-Wiederaufbau des Gebäudes, war aber zu keinem Zeitpunkt von öffentlichen Debatten begleitet, die sich für einen originalgetreuen Wiederaufbau eingesetzt hätten.

Der Post- und Fernmeldebetrieb wurde bereits vor Kriegsende in Kellern, behelfsmäßig instandgesetzten Gebäuderesten sowie Notunterkünften wieder aufgenommen. Die dort untergebrachten Anlagen konnten den Anstieg des Fernmeldebetriebs jedoch nicht mehr abdecken. Im Zuge einer Standortentscheidung wollte die Bundespost deshalb durch den Ausbau und die

Erweiterung ihres innerstädtischen Standorts auf einem Teilbereich im Blockinnern ihr Areal erweitern. Ausschlaggebende Argumente waren die günstige innerstädtische Lage sowie die unversehrt gebliebenen, unterirdischen Kabelstränge unterhalb der Trümmer des Palais und des Hauptpostamtes, dessen Verlegung an einen anderen Standort, so die Argumentation, ein Vielfaches an Kosten verursacht hätte (Oberpostdirektion Frankfurt 1956: 12 f, Bartetzko 2004, Alexander 2002, Stadt Frankfurt am Main 2004: 4).

Bereits 1947 begannen die Planungen. Zur Realisierung der Neu- und Erweiterungsbauten erwarb die Deutsche Bundespost neben kleineren Grundstücken im Nordosten des Blocks im Jahre 1951 nach langen Verhandlungen mit der Stadt von ihr das Grundstück mit der Ruine, um auf dem nun zusammenhängenden Areal den Neubau des Postamtes 1, das Fernmeldehochhaus sowie mehrere Büro- und Verwaltungsgebäude zu errichten. Insbesondere das 1956 fertig gestellte zwölfgeschossige, 64 m hohe Turmgebäude des Architekten Heinrich Ebert mit seinen gesamten technischen Anlagen im Innern und den auf dem Dach montierten Parabolantennen für den Richtfunkverkehr galt als das erste große Nachkriegsbauvorhaben Frankfurts und symbolisierte seinerzeit die Ära des Aufbruchs in die Moderne (Hillebrand 2007: 105, Bartetzko 2004). Nach seiner Errichtung galt als der zentrale Knotenpunkt des Fernmeldeverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland sowie das größte Nachrichtenzentrum auf dem europäischen Kontinent (Oberpostdirektion Frankfurt 1956: 15).

Im Rückblick beginnt hier die erste Auseinandersetzung um die barocke Anlage und seine städtebauliche Einordnung in das Gesamtensemble der Nachkriegsmoderne. Beteiligte Akteure waren die Stadtverwaltung, der Landeskonservator und die Deutsche Bundespost. Im Bezug auf den Umgang mit der verbleibenden Ruine einigte man sich in den Verhandlungen zum Grundstücksverkauf auf den Abriss des Corps de Logis, den Zentralbau des Palais, der Seitenflügel sowie der Umfassungsmauern und eine moderne Neuinterpretation der restlichen Baukörper. Anschließend wurde das Portal und die

Kopfbauten in alter Form wiederhergestellt „[...] aber ohne Mansarddächer, da diese typisch barocke Dachform sich mit der modernen kubischen Gestaltung der Baumasse formal nicht in Übereinstimmung bringen ließ“ (Oberpostdirektion Frankfurt 1956: 15). Weiter wurden die Abmessungen für den Innenhof des alten Ehrenhofes so gestaltet, dass „[...] er einen Übergang von dem alten Portal, als ehrwürdiges Zeichen der Vergangenheit, zu den neuen Gebäuden bildet, die von ihrem technischen Zweck geformt sind“ (ebd.). Die Gartenfront wurde abgetragen und ihre Steine nummeriert und gelagert (Rysel 1978).

Aufschlussreich erscheint im Rückblick der Aspekt der Höhenentwicklung, die das Stadtplanungsamt bei den zu errichtenden Baukörpern analog in den Verhandlungen versuchte zu steuern, unter anderem aus Rücksichtnahme auf das historische Stadtbild mit dem Dom. Die Zustimmung zum Verkauf der Flächen wurde von der Einhaltung der Bauhöhen abhängig gemacht, ebenso von der Zusage, das beschädigte Gebäude zu restaurieren (Oberpostdirektion Frankfurt 1956: 15, Bartetzko 2002).

Im Blockinnenbereich entstanden um einen Posthof als Gesamtkomplex 1955 das Hauptpostamt 1 im südlichen und östlichen Teilbereich, die Fernmeldebauten auf dem westlichen, nördlichen und nordöstlichen Teilbereich. Durch die Überbauung der Kleinen Eschenheimer Straße, die den Block vormals auf der Höhe des Palais in Ost-West-Richtung durchzog, ging der kleinteilige, historische Stadtgrundriss verloren. In der westlichen Gebäudegruppe wurde das Fernmeldeamt 2 untergebracht, das aus den beiden historischen Eckbauten des früheren Palais mit dem Portal (ohne die ursprünglichen Mansarddächer) und zwei Verbindungsbauten zu beiden Seiten des Cour d'Honneur bestehen, die zu einem achtgeschossigen Büro- und Verwaltungsgebäude führten. Die rekonstruierten Reste des Palais bildeten über das repräsentative Schauportal und dem Innenhof den Auftakt und Zugang für die im Erdgeschoss liegende Fernmeldehalle mit Publikumsverkehr (Oberpostdirektion Frankfurt 1956: 21). Das moderne Fernmeldehochhaus prägte bis zu seinem Abriss die Skyline Frankfurts. Das Hoch-

haus in der Nähe von Zeil und Hauptwache stieg, wie bereits erwähnt, zum Wahrzeichen auf. Lob erntete auch der als moderner Ersatzbau ausgeformte Verbindungsbau, der u-förmig und mit traditionellem Rotsandstein die barocke Dreiflügelanlage mit der Cour d'Honneur nachzeichnete. Sein Foyer wurde 1956 in einer Ausgabe der Frankfurter Allgemeinen Zeitung als der „[...] repräsentativste Empfangsraum der Bundespost in der gesamten Bundesrepublik“ beschrieben (Bartetzko 2002).

#### *Bedeutung realisierter Wiederaufbauvorhaben*

Frankfurt am M. ist einer der Schwerpunkte der bisherigen Rekonstruktionsbewegung in der Bundesrepublik. Innerhalb der westlichen Bundesländer ist es der Ort mit den meisten durchgeführten und diskutierten Vorhaben. Damit einher geht eine sehr intensive lokale Auseinandersetzung, die sich bis auf Konflikte während des Nachkriegswiederaufbaus (hier insbesondere derjenige um das Goethehaus) nach verfolgen lässt. Als markante Frankfurter Rekonstruktionsprojekte gelten die Alte Oper, die 1981 als modernes Konzerthaus hinter einer historischen Fassade eingeweiht wurde, die zwischen 1981 und 1984 errichtete Nachbildung einer Fachwerkzeile auf der Ostseite des Römerbergs nach historischen Vorbildern, zu der man sich nach langer Diskussion entschließen konnte sowie die klassizistische Alte Stadtbibliothek, die nach ihrer Wiederherstellung 2005 das Literaturhaus beherbergt. Das aktuellste Projekt behandelt die Rekonstruktion des ehemaligen Altstadtquartiers zwischen Dom und Römer, das so genannte Dom-Römer-Areal, das nach dem Abriss des Technischen Rathauses neu bebaut werden soll. Im Sinne einer Stadtreparatur soll hier ein durch altstadttypische Dichte geprägtes, kleinteilig strukturiertes Quartier entstehen.

#### **5.42 Politisch-gesellschaftlicher Prozess**

##### *Anlass*

In den Nachfolgejahrzehnten rückte der einstmals gefeierte Gesamtkomplex der Nachkriegsmoderne in die Anonymi-

tät. Bereits 1978 war ein neuer Fernmeldeturm am Stadtrand errichtet worden. Umstrukturierungen im Zuge der Privatisierung der ehemaligen Bundespost zur Deutschen Telekom AG führten zur weiteren Verlagerung von Funktionen an den Stadtrand und Aufgabe der Flächen innerhalb der Blockstruktur. In Folge der technischen Entwicklungen galten die Anlagen auf dem Fernmeldeturm bald als veraltet und wurden abmontiert. Seit Ende der 1990er Jahre wurde das Areal dann nicht mehr oder nur noch untergenutzt. Der Verlust der öffentlichen Funktionen führte zur Verödung. Nachteilig wirkte sich die bisherige monostrukturell ausgerichtete Nutzung auf die städtebauliche Situation aus, mit einem für die Öffentlichkeit kaum zugänglichen Areal sowie fehlender Vernetzung mit den umgebenden Baustrukturen, die eine erneute Revitalisierung der Brache erforderlich machten (vgl. Alexander 2002, Bartetzko 2002, Stadt Frankfurt am Main 2004: 8).

Ein wesentlicher Anlass, der in spätere Wiederaufbauüberlegungen des Thurn-

**Abbildung 17**  
Rekonstruktion des Thurn-und-Taxis-Palais' mit Büro- und Hoteltürmen im Hintergrund (Computersimulation)



Quelle: PalaisQuartier GmbH & Co. KG/Pressefoto

und-Taxis-Palais mündeten, ging 1997 von der Deutschen Telekom AG aus, die signalisierte, ihre Liegenschaften an einen privaten Investor veräußern zu wollen. Das Unternehmen beabsichtigte, auf dem Standort einen Einzelhandels- und Dienstleistungsschwerpunkt zu errichten. Nach einer langen Phase der Verhandlungen mit dem Stadtplanungsamt mündeten diese in den Abschluss eines städtebaulichen Vertrags mit dem Unternehmen, der die groben Eckpunkte der gewünschten städtebaulichen Entwicklung markierte. Daraufhin begann ein spekulativer „Poker“ um die brach gefallene Liegenschaft, den die neue Eigentümerin und Rechtsnachfolgerin MAB BPF Zeil Forum Frankfurt GmbH im Jahr 2000 gewann.

Die innerstädtische Lagegunst des Baublocks mit Palais resultierte zusammen mit den sich daraus ergebenden neuen Entwicklungsperspektiven von Anfang an in hohen ökonomischen Verwertungsinteressen im Hinblick auf eine Neubebauung. Im Zuge der Überplanung des Areals diente ein 2002 vom neuen Grundstückseigentümer und Investor ausgelobter Architekturwettbewerb zur Klärung städtebaulicher und architektonischer Fragen der baulichen Nachnutzung, bei dem auch die Zukunft des in Teilen unter Denkmalschutz stehenden Palais in den Entwürfen behandelt wurde. Hiermit, sowie durch das anwachsende kommunalpolitische Interesse an einer möglichen Rekonstruktion, wurde eine Diskussion um die zukünftige Bau- und Nutzungsstruktur des gesamten Baublocks in Gang gesetzt, die dann vorrangig im Rahmen eines Bebauungsplanverfahrens ab 2003 ausgetragen wurde. Die Diskussionen behandelten vor allem die Gesamtentwicklung auf dem innerstädtischen „Filetgrundstück“, dass der Stärkung des gesamten innerstädtischen Standorts dienen sollte, in die das Bauwerk zwar mit eingeschlossen wurde, aber nie als Einzelprojekt behandelt wurde. Das bald zum Prestigeprojekt des Investorenkonsortiums und der Innenstadtentwicklung aufsteigende Bauprojekt, das vehement von der Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) und dem Planungsdezernenten Edwin Schwarz (CDU) vorangetrieben wurde, stellte die Diskussionen um den Wiederaufbau etwas in den Schatten. Das Gebäude blieb, zumindest in der Anfangspha-

se, für den Investor ein kostenintensives, notwendiges Anhängsel, das zudem in Teilen auch noch unter Denkmalschutz stand. Nachdem dieser die Bedeutung des Palais als einen zukünftigen Motor der städtebaulichen Entwicklung erkannt hatte, entwickelte sich eine hohe Dynamik um den Wiederaufbau des Gebäudes. Das Palais als Renditeobjekt des Investors einerseits und erweckten Begehrlichkeiten der kommunalen Vertreter andererseits wurde dann bald zum Spielball zwischen den beteiligten privaten und öffentlichen Akteuren im Spannungsfeld zwischen optimalen privatwirtschaftlichen Verwertungs- und Vermarktungsstrategien und Gemeinwohlinteresse. Vom Investor als Faustpfand eingesetzt, führte es im Prozessverlauf zu einem (vermeintlichen) Interessenausgleich aller Beteiligten. Einigkeit über die Rekonstruktionsidee bestand indes bereits zu Beginn des Prozesses quer durch alle im Stadtrat vertretenen Fraktionen.

#### *Akteure Zielgruppen*

Die wesentlichen Akteure innerhalb des Prozesses um das Thurn-und-Taxis-Palais waren:

- Die Stadt Frankfurt am Main, vertreten durch die Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU), den Planungsdezernenten Edwin Schwarz (CDU) sowie die im Stadtrat vertretenen Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Grüne, FDP, FAG, REP, PDS, BFF, ÖkoLinX-ARL, und der E.L.; sowie dem Stadtplanungsamt, vertreten durch den Amtsleiter Dieter von Lüpke
- Das Bundesland Hessen mit dem Landesamt für Denkmalpflege Hessen, vertreten durch den Landeskonservator Christoph Mohr
- Die DeTe Immobilien Deutsche Telekom Immobilien und Service GmbH als Tochterunternehmen der Deutschen Telekom AG und in dieser Eigenschaft ehemalige Grundstückseigentümerin des so genannten Telekomareals
- Eine inhomogene, undurchsichtige und während des Prozess wechselnde Gruppe, bestehend aus Grundstückseigentümer, Investor, Projektentwickler und Bauherr. Zu diesem zählen: Ein Projekt-



entwicklerkonsortium, bestehend aus der MAB Development Group B.V., einem zum niederländischen Rabo Real Estate Group gehörendem Entwickler von Gewerbeimmobilien, sowie der Meyer Bergman Ltd., einer Immobilieninvestment- und Fondsverwaltungsgesellschaft mit Sitz in London. Die Realisierung erfolgte über die PalaisQuartier GmbH & Co. KG als Bauherr und Projektgesellschaft, die einen Teil des Unternehmens MAB Development Deutschland GmbH darstellt (vgl. <http://www.palais-quartier.de/bauherren/index.php>)

- Das Architekturbüro KSP Engel und Zimmermann sowie der italienische Architekt Massimiliano Fuksas

Aktivitäten von zivilgesellschaftlichen Akteuren während des Prozesses sind nicht bekannt.

#### *Verlauf*

1997 wurden von der Deutschen Telekom AG erstmals Absichten zum Verkauf ihres innerstädtischen Areals geäußert, die sich 1999 verfestigten. Von der Öffentlichkeit wenig beachtet und in der medialen Berichterstattung lediglich als Randnotiz auftauchende Nachricht aufgenommen (vgl. etwa Frankfurter Rundschau vom 21.11.2000), erfolgte im Jahr 2000 nach dreijähriger Verhandlungsphase der Abschluss eines städtebaulichen Vertrags des Magistrats der Stadt Frankfurt mit der Tochtergesellschaft der Deutschen Telekom AG vor dem Verkauf der Flächen, in der die gewünschte städtebauliche Entwicklung festgelegt wurde (vgl. Bartetzko 2002, Alexander 2002, Stadt Frankfurt am Main 2004: 8). Das Stadtplanungsamt führte in dieser Phase erste planerisch orientierte Gespräche über die städtebauliche Nachnutzung. Nach Lüpke war das Palais zu diesem Zeitpunkt noch nicht Gegenstand der Verhandlungen. Der Gedanke eines „Zweiten Wiederaufbaus“ des Palais kam erst in der Phase der Vorbereitung eines gutachterlichen Wettbewerbsverfahrens ins Spiel, zu dessen Ausrichtung sich der neue Grundstückseigentümer laut Vertrag verpflichten musste. Eine verpflichtende Rekonstruktion wurde, anders als es heute nach außen häufig dargestellt würde, nicht im Vertrag konkretisiert (Lüpke 22.09.2009). Einem Pressebericht der

Frankfurter Rundschau (22.11.2000) zu Folge stellte die Vertragsunterzeichnung über die innerstädtische Brache für Planungsdezernent Edwin Schwarz (CDU) kurz vor der Kommunalwahl von 2001 einen großen Erfolg dar, da lange über den Umfang des geplanten Einzelhandels- und Dienstleistungszentrum gerungen wurde und das Telekomareal schon lange brach lag. Nach dem Ende der Verhandlungen wurde im Vertrag gegenüber den Forderungen der Telekom eine deutliche Steigerung des Büroflächenanteils gegenüber einer Einzelhandelskonzentration festgelegt, die sich, laut Schwarz, negativ auf den kleinteiligen innerstädtischen Einzelhandel ausgewirkt hätte. Im Ergebnis wurde dem zukünftigen Grundstückseigentümer die Realisierung einer Bruttogeschosfläche von 105 000 m<sup>2</sup> auf dem 1,7 ha großen Areal zugestanden, von denen je 40 000 m<sup>2</sup> für Büro- und Einzelhandelsnutzungen, 20 000 m<sup>2</sup> für Gastronomie und Freizeit, sowie 5 000 m<sup>2</sup> für Wohnnutzung und Hotel vorgesehen waren (Stadt Frankfurt am Main 2004: 8, o. V.: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.03.2002).

In seinen Eckpunkten griff der Vertrag die vom Stadtplanungsamt gewünschte Chance auf eine Belebung, Stärkung und Profilierung des Standorts Innenstadt auf. Ausgehend von den städtebaulichen Defiziten sollte über eine Umstrukturierung des Blocks zu einem attraktiven innerstädtischen Quartier mit einer quantitativen und qualitativen Ergänzung des vorhandenen Einzelhandels- und Dienstleistungsangebots diese planerische Zielsetzung erreicht werden. Angedacht war der Bau einer Einkaufspassage, die nach dem Abbruch des Nachkriegsbaus der alten Hauptpost in einem großen Bogen durch das 27 000 m<sup>2</sup> große Grundstück führt, die von der Zeil ausgeht und beim Palais mündet. Die städtebauliche und architektonische Neuordnung, eine Intensivierung der Nutzungsmischung sowie eine Nachverdichtung waren weitere Zielsetzungen (o. V.: Frankfurter Rundschau vom 21.11.00, vgl. auch Stadt Frankfurt am Main 2004: 8). In Bezug auf eine verbesserte Erreichbarkeit sollte das Angebot von neuen, öffentlichen Stellplätzen erhöht werden, allerdings blieben die Frage der tatsächlichen Stellplatzanzahl und der Standort der Parkierungsanlage offen. Strittig blieb zum Zeit-

punkt des Vertragsabschlusses auch die Frage der Unterbringung der zu errichtenden Baumasse, da der städtebauliche Vertrag hier keinerlei Bindungen aufwies. Der Frankfurter Architekt Albert Speer hatte im Vorwege im Auftrag der Telekom in einer Baumassenstudie Hochhäuser von bis zu 140m entworfen. Die extreme Nachverdichtung in Form einer Hochhausbebauung an diesem Standort wurde noch 2000 von der Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) und dem Planungsdezernenten Edwin Schwarz (CDU) öffentlich strikt abgelehnt.

Nach einem spekulativen Poker für rund 230 Mio. Euro ging das Gelände Anfang 2002 an den niederländischen Investor MAB BPF Zeil Forum Frankfurt GmbH als neue Eigentümerin über. Im Vorwege war von einem der vier mitbietenden Immobilienunternehmen für „eine der größten Grundstückstransaktionen in Deutschland“ nach einem Pressebericht der Frankfurter Rundschau sogar 450 Mio. Euro offeriert worden (o.V.: Frankfurter Neue Presse vom 26.02.2009, o.V.: Frankfurter Rundschau vom 21.11.2000).

Nach dem Verkauf des Grundstücks wurde noch im Frühjahr 2002 von dem neuen Grundstückseigentümer und der mit der Projektentwicklung betrauten MAB in Abstimmung mit dem Magistrat unter Beteiligung der Stadtverordnetenversammlung sowie des Ortsbeirates Gutachterverfahren ausgelobt, an dem sieben nationale und internationale Architekturbüros teilnahmen. In der Vorbereitungsphase zum Wettbewerb hob Werner Pfaff als Vertreter der MAB öffentlich hervor, dass der Architektenwettbewerb für die Neubebauung des Telekomareals unter anderem auch der Prüfung diene, inwieweit die historische Bausubstanz rekonstruiert werden könne. Die eingeladenen Büros sollten aufgefordert werden, in zwei Entwürfen einen „Pflichtentwurf“ mit und einen „Kürentwurf“ ohne Palais vorzulegen. Er machte aber gleichzeitig deutlich, dass die im städtebaulichen Vertrag fixierte Baumasse und Flächenausnutzung nicht reduziert werden dürfe. Pfaff betonte, dass sich erst im Zuge des Wettbewerbsverfahrens herausstellen könne, ob sich eine Rekonstruktion als unrealisierbar erweise. Als Argument verwies er auf die unter-

irdisch verlaufenden Kabelstränge. Er räumte indes einen Teilwiederaufbau des Palais ein, bei dem eine kulturelle Nutzung aber grundsätzlich aus wirtschaftlichen Gründen ausgeschlossen wäre. Bei einer Wiedererrichtung des Palais forderte Pfaff eine mögliche zukünftige (exklusive) Nutzung als Hotel oder für den Einzelhandel im gehobenen Segment ein. Er erklärte schließlich, dass sich die Stadt im Gegenzug zur Rekonstruktion abweichend von ihrer Maßgabe, den Turm auf die ursprüngliche Höhe des abzubrechenden Fernmeldeturms von 70 m zu begrenzen, zur Genehmigung eines höheren Turms bereit erklären könne. Der Vorschlag des Investors im Stadtplanungsamt auf Entgegenkommen. Planungsdezernent Edwin Schwarz (CDU) zeigte sich verhandlungsbereit. Seiner Einschätzung nach „wäre der Bau eines höheren Turmes auch im Stadtparlament durchzusetzen, da kein Wohngebiet verschattet würde“. Im Hinblick auf eine mögliche Rekonstruktion äußerte sich der planungspolitische Sprecher der Bündnis 90/Grünen Stefan Majer dahingehend, „dass es keine Denkverbote gäbe“, seine Fraktion sich erst entscheiden werde, wenn die Ergebnisse des Wettbewerbs vorlägen (vgl. o. V.: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.03.2002).

Aufgrund widersprüchlicher Aussagen verschiedener Gesprächspartner bleibt dabei unklar, wer der eigentliche Initiator des Rekonstruktionsprojekts war. Nach Aussagen des Stadtplanungsamtsleiters Dieter von Lüpke stamme die Anregung zur Rekonstruktion nicht vom Investor selber, sondern ging auf eine Idee des Stadtplanungsamtes zurück, die auch von Anfang an von ihm befürwortet und von ihm als Gedanke in der Vorbereitung des Architekturwettbewerbs mit einbracht wurde. Hier galt es, Überzeugungsarbeit gegenüber einer skeptisch eingestellten Architektenschaft zu leisten, „für die es sehr fremd war, das Gebäude in die Entwurfsüberlegungen mit einzubeziehen“. Die spätere Dynamik des Wettbewerbs überwand jedoch diese Skepsis (Lüpke 22.09.2009). Auch der Leiter der Lokalredaktion der Frankfurter Rundschau, Matthias Arning (22.04.2009), geht davon aus, dass die ursprüngliche Idee aus dem Technischen Rathaus stamme. Der Architekturkritiker Bartetzko (24.09.2009) führt hingegen an, dass die Initiative vom

niederländischen Investor und Projektentwickler MAB ausging, da das Unternehmen bereits beim Verkauf des Grundstücks bereit gewesen sei, eine Rekonstruktion als zusätzliche Attraktion im städtebaulichen Verbund mit der Einkaufsmall aufzunehmen. Zu einem späteren Zeitpunkt der Debatte um den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan proklamierte der Stadtverordnete Ulrich Baier (Bündnis 90/Die Grünen), dass die Idee, das Palais freistehend und historisierend zu rekonstruieren und „nicht als Denkmal wieder aufzubauen“ bei einer Diskussionsveranstaltung der Grünen zum Thema Denkmalschutz gemeinsam mit dem Investor MAB entstanden sei (vgl. Stadt Frankfurt am Main 2003: Wortprotokoll der 26. StvV). Anhand der vorliegenden Erkenntnisse ist demnach davon auszugehen, dass es anfangs wohl einen kleinen, „intimen“ Kreis der oben genannten Wiederaufbaubefürworter gegeben hat, der sich im Laufe des Prozesses stetig vergrößert und zur Meinungsbildung beigetragen hat. Offen blieb dabei immer die Frage, wie originalgetreu das Gebäude rekonstruiert werden soll, auch ist, wie bereits dargestellt, keine einheitliche Argumentationslinie der Befürworter festzustellen. Über die bereits in der Wettbewerbsphase öffentlich angekündigte Rekonstruktion, verbunden mit der Forderung zu einer renditeträchtigen zukünftigen Nutzung des Gebäudes und mehr Baumasse auf dem Telekomareal, gelang es dem Investor bzw. Projektentwickler bereits in dieser Phase, die Zustimmung der Verwaltungsspitze und der Stadtverordneten für das Gesamtprojekt an sich und den Wiederaufbau zu gewinnen, den Entscheidungsprozess entsprechend seiner Forderungen zu beeinflussen und diese zu Zugeständnissen zu zwingen. Im Zeichen des sich abzeichnenden lokalpolitischen Konsenses für einen Wiederaufbau ist dieses Vorgehen im Rückblick als ein geschickt angelegter „Schachzug“ zu bewerten.

Im Oktober 2002 bestand bereits Einigkeit über den Wiederaufbau des Thurn-und-Taxis-Palais. Dies zeigte sich deutlich in dem in der Öffentlichkeit vorgestellten Ergebnis des gutachterlichen Wettbewerbs, den das Frankfurter Architekturbüro KSP Engel und Zimmermann für sich entscheiden konnte, das sich mit ihren Entwurf

gegen die anderen Vorschläge der sechs teilnehmenden Büros durchsetzte. Das Bebauungskonzept des Siegerentwurfs sah vor, die neuen Gebäude entlang einer öffentlichen Einkaufspassage zwischen der Großen Eschenheimer Straße und der Zeil neu zu ordnen. Neben verdichteten Einzelhandels- und Freizeitnutzungen auf dem Grundstück der ehemaligen Hauptpost zur Zeil hin schlug das Konzept ein 117 m hohes Büro- und ein 70 m hohes Hotelhochhaus im Blockinnenbereich vor. Einer Empfehlung der Jury folgend, verkündete der Investor MAB, in der Nachbearbeitungsphase der Wettbewerbsergebnisse die Vorschläge der teilnehmenden Mario Bellini und Massimiliano Fuksas einzuarbeiten. Die Architekten hätten „überzeugende Lösungen“ für die Einkaufspassage entwickelt. Planungsdezernent Edwin Schwarz (CDU) äußerte aufgrund der zu erwartenden hohen Investitionssumme von 800 Millionen Euro die Erwartung, dass die Juryentscheidung vom Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung mitgetragen werde. Gleichzeitig signalisierte Schwarz, dass die Stadt aufgrund der Forderung des Investors zur Kompensation des Wiederaufbaus eine dichtere Bebauung mit einem 100 m hohen Büroturm in Betracht ziehe. In dem von KSP vorgestellten Siegerentwurf war die Frage einer originalgetreuen Rekonstruktion zunächst offen geblieben. Der Investor MAB machte unmissverständlich deutlich, dass die Entscheidung zum Umgang mit dem Gebäude zunächst von der Entscheidung über die zukünftige Nutzung des Palais abhängt. Auf die nicht ganz unerwartete Forderung des Investors erklärte Schwarz daraufhin schließlich eine kulturelle Nutzung im Hinblick auf die angespannte finanzielle Haushaltssituation und der Forderung des Investors nach Einzelhandels- und Dienstleistungsnutzungen für ausgeschlossen. Dieses von Schwarz in der Öffentlichkeit geäußerte Zugeständnis ist im Rückblick umso verwunderlicher. Nach Aussagen Lüpkes (22.09.2009) wurde die Nutzung zwar im Wettbewerb nicht diskutiert, sollte aber nach Wunsch des Stadtplanungsamtes eine „besondere“ öffentliche Nutzung werden. Nach der Vorstellung der Wettbewerbsergebnisse sprachen sich schließlich sowohl Edwin Schwarz (CDU) als auch Stefan Majer (Bündnis 90/Grü-

ne) erneut für einen möglichst originalgetreuen Wiederaufbau aus. In diesem Sinne erklärte Majer, dass eine Rekonstruktion nur sinnvoll sei, „wenn sie richtig gemacht wird“ (o.V.: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.02.2002).

Lüpke (22.09.2009) geht davon aus, dass der Architekturwettbewerb den Beginn eines wachsenden kommunalpolitischen Interesses an der Rekonstruktion markierte, die erst in der Wettbewerbsphase damit konfrontiert wurde und daraufhin begann, sich für das Gebäude zu interessieren. Das Hauptmotiv bestand seiner Auffassung nach in dieser Zeitphase in der Würdigung der „städtebaulich reizvollen Situation“ und war weniger von ökonomischen Interessen geleitet. Der Wiederaufbau des Palais wurde indes vom Investor und Projektentwickler entgegen seiner ursprünglichen Position bald weniger als finanzielle Belastung, sondern zunehmend „als Motor der Entwicklung“ sowie „Schlüssel zum Erfolg“ zur Realisierung des Gesamtvorhabens angesehen (ebd.). Wie bereits angedeutet und von Lüpke bestätigt, ist eine kulturelle Nutzung nie zu Stande gekommen (Anm.: obwohl der seit 2004 rechts gültige Bebauungsplan Nr. 845 mit den getroffenen Festsetzungen für die Fläche des Gebäudes eine kulturelle Nutzung zugelassen hätte, vgl. dazu Stadt Frankfurt am Main 2004). Nach Lüpke wurde eine Gastronomie- und Einzelhandelsnutzung, die den Vorstellungen der MAB entsprach, auch erst sehr spät von diesem als Profitmöglichkeit erkannt. Mit dem Palais als Endpunkt der den Block durchquerenden Passage versprach die avisierte Nutzung hohe Renditemöglichkeiten. Lüpke hebt hervor, dass die endgültige Nutzungs- und Mieterstruktur immer noch nicht festgelegt sei. Bartetzko kritisierte die anhaltende Nutzungsdiskussion in der seiner Berichterstattung mit dem Kommentar, dass die „[...] aufkeimende Hoffnung, dass der einstige überkuppelte Fest- und Musiksaal im Mittelpavillon mit seinen herrlichen Stukkaturen und seiner berühmten Akustik ein Frankfurter Kammermusiksaal werden könnte, wohl zunichte gemacht“ wurde (Bartetzko 2002).

Im Anschluss an das Gutachterverfahren folgte in enger Abstimmung mit dem Magistrat die Nachbearbeitung und Weiter-

entwicklung des städtebaulichen Konzepts auf der Grundlage der Wettbewerbsbeiträge des Büros von KSP Engel und Zimmermann und des ebenfalls am Gutachterverfahren beteiligten italienischen Büros Fuksas, das der Projektentwickler MAB hierzu beauftragt hatte (vgl. hierzu Stadt Frankfurt am Main 2003: Sachstandsbericht). Diese Phase der Nachbearbeitung führte zur erheblichen Änderung der städtebaulichen Situation und Architektur gegenüber dem Siegerentwurf. Sie beinhaltete im Wesentlichen die Auseinandersetzung um das von Lüpke (22.09.2009) so bezeichnete Phänomen der „umfangreichen baulichen Verdichtung“, ohne dass eine kontroverse Debatte über die späteren zwei geplanten Hochhäuser geführt wurde. Bereits im Wettbewerb war eine Lösung für die Höhenentwicklung gesucht und bei der Beurteilung von den Preisrichtern diskutiert worden (ebd.). Der Siegerentwurf von KSP sah mit vier Gebäuden im rückwärtigen Bereich der geplanten Einkaufsmall an der Zeil und zwei vom Straßenraum abgerückten Hochhäusern als weitere vertikale Akzente im inneren Blockbereich eine geschickte Verteilung der Baumassen vor und versuchte damit, die Höhenentwicklung zu steuern. Die Gebäude an den Blockrändern sollten bestehende Traufkanten der Umgebungsbebauung einhalten und in ihrer Gliederung angepasst werden (vgl. KSP Engel und Zimmermann Architekten: PalaisQuartier Frankfurt am Main – Stadtplanung). Der Entwurf mündete in eine lange Auseinandersetzung zwischen den Architekten, dem Stadtplanungsamt und MAB, der zwei Hochhaustürme mit Höhen von 90/120 m durchsetzte, um auf dem Areal eine Adresse zu etablieren (Lüpke 22.09.2009). Dieser Höhengsprung und die daraus resultierenden „Nachbarschaftsstreitigkeiten“ wurden im Bebauungsplan später planungsrechtlich abgesichert. Darüber hinaus konnte sich MAB mit der Forderung zu einer Verschiebung der Gebäude durchsetzen, die er vor allem wegen des besseren Zugangs einforderte. Die zweite wesentliche Änderung neben der städtebaulichen Situation betraf die Beauftragung des italienischen Architekten Fuksas anstelle von KSP zur Überarbeitung des Entwurfs für die zu errichtende Einkaufsmall. Der Investor wünschte sich eine „auffälliger

und exklusivere Architektur“ für die Einkaufspassage (Lüpke 22.09.2009). Lüpke hebt hervor, dass „KSP erst in Konkurrenz ihren Entwurf weiterentwickelt habe“.

Nachdem die Machbarkeit einer Rekonstruktion durch KSP bereits im Wettbewerb nachgewiesen wurde, sah die überarbeitete Fassung des Konzepts nun zwei Hochhaustürme in abgestufter Gliederung von 90m/120m vor, zwischen der Zeil und der Großen Eschenheimer Straße und dem Palais eine Passage mit platzartigen Aufweitungen zu errichten sowie das Palais als Solitär auf eine großzügige Platzfläche zu stellen. Hierzu heißt es im Sachstandsbericht des Magistrats zum Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplanverfahren: „Damit könnte eines der bedeutendsten Gebäude der Frankfurter Innenstadt in neuer Gestalt wieder erlebbar werden. Neben überwiegend Gastronomie und Einzelhandel im EG und in den Obergeschossen ist hier im Untergeschoss auch ein Veranstaltungssaal vorgesehen“ (vgl. Stadt Frankfurt am Main 2003: Sachstandsbericht des Senats über den Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 845). Das Anliegen des Stadtplanungsamtes, eine öffentliche kulturelle Nutzung im rekonstruierten Gebäude zu etablieren, wurde im nachfolgenden Prozess nur sporadisch thematisiert.

Die Ergebnisse mündeten schließlich in die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 845 „Ehemalige Hauptpost/Zeil“, um das aus dem Gutachterverfahren entwickelte und überarbeitete städtebauliche Konzept sowie die bauliche Entwicklung der umgebenden Bebauung planungsrechtlich zu sichern. Der Geltungsbereich des Bebauungsplans umfasste mit 5,7 ha einen größeren Bereich als das Wettbewerbsgebiet mit 1,7 ha, welches im Wesentlichen das ehemalige Telekomgelände und das Grundstück der Frankfurter Rundschau umfasste. Der Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplanverfahren wurde im September 2003 gefasst (vgl. Stadt Frankfurt am Main 2003: Wortprotokoll zur 26. Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung am 18.09.2003). Die Diskussionen innerhalb der Stadtverordnetenversammlung standen im Zeichen der Neuordnung des Telekomareals, in denen die Rekonstruktion als Randthema erörtert wurde. Im

Hinblick auf die Befürwortung des Wiederaufbaus prägte eine insgesamt konfliktfreie und euphorische Stimmung der dem Aufstellungsbeschluss einstimmig zustimmenden Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Grüne, Republikaner und PDS. Kritische Fragen gab es nicht, mit Ausnahme des Stadtverordneten Dr. Eberhard Dähne (PDS), der die finanzielle Machbarkeit des Projekts anzweifelte. Die Wortmeldungen der Befürworter reduzierten sich im Wesentlichen auf den geschichtlichen und symbolischen Gehalt des Gebäudes. Während Jochen Heumann (CDU) das Wiederaufbauprojekt vor allem wegen des stadtgeschichtlichen und symbolischen Charakters ausdrücklich und mit einem gewissen „Pathos“ befürwortete, nahm Barbara Heymann (SPD) eine deutlich differenzierte, sachlichere Position ein, indem sie städtebauliche Aspekte hervorhob, wie zum Beispiel die Behebung der städtebaulichen Defizite und die Möglichkeit zur Attraktivierung und Belebung der Innenstadt. Sie plädierte für einen zukünftigen Veranstaltungssaal im Innern des Gebäudes, doch der Vorschlag fand bei den anderen Fraktionen keine Zustimmung. Gleichzeitig betonten Heumann und Heymann den hohen Stellenwert des Wiederaufbaus als ein zukünftiges „Highlight“ und „zusätzliche Attraktion“. Übereinstimmend kamen Union und SPD zu dem Ergebnis, das die hohe bauliche Verdichtung auf dem Telekomareal als eine Kompensation für die Rekonstruktion „als Wermutstropfen“ hinzunehmen sei. Kritische Positionen zu diesem Aspekt wurden in der Sitzung nicht geäußert. Insgesamt räumten Heumann, Heymann sowie Ulrich Baier (Bündnis 90/Grüne) dem Gesamtprojekt eine erhebliche Bedeutung für die Innenstadt- und Einzelhandelsentwicklung als Gegengewicht zur peripheren Entwicklung ein und sprachen angesichts des konjunkturellen Umfelds „von einem guten Tag für Frankfurt“. Der Vorstoß, in der künftigen Tiefgarage neben den 400 privaten Stellplätzen 1 200 statt nur 1 000 öffentliche Parkplätze vorzusehen, fand allerdings keine Mehrheit. Den Antrag für mehr Parkplätze begründete er mit dem Hinweis, dass attraktive Einkaufszonen auch Stellplätze brauchen.

Der Prozessverlauf in der Zeitphase zwischen Herbst 2003 und 2005 lässt sich nur

schlaglichtartig anhand der vorliegenden unterschiedlichsten Quellen, wie Presseartikeln und Wortprotokollen der Stadtverordnetenversammlungen rekonstruieren. Einen wichtigen Meilenstein stellte die in der Stadtverordnetenversammlung geführte Diskussion um den Satzungsbeschluss des Bebauungsplans im März 2005 dar, der von den beteiligten Fraktionen wiederum einstimmig beschlossen wurde (vgl. Stadt Frankfurt am Main 2003; Wortprotokoll zur 43. Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung am 17.03.2005). Die Fraktionen der CDU mit Jochen Heumann, der SPD mit Klaus Oesterling und der Grünen mit Stefan Majer hoben noch einmal die mit der Realisierung des Projekts verbundene Chance zur Stärkung des innerstädtischen Einzelhandels an der Zeil als Gegengewicht zur peripheren Entwicklung hervor. Stefan Majer (Grüne) verdeutlichte im Rahmen der Diskussion seine Kritik im Rückblick auf den städtebaulichen Vertrag und das darauf basierende Bebauungsplanverfahren. Er gab zu Bedenken, dass die zu einem sehr frühen Zeitpunkt getroffenen Festlegungen im Vertrag und die planungsrechtliche Sicherung der extremen baulichen Verdichtung zu einem sehr hohen Ausnutzungsdruck auf den Grundstücken des gesamten Areals führten, die in Interessenkonflikte zwischen den Grundstückseigentümern mündeten. Dadurch wäre das planungspolitische Ziel zur Stärkung des Standorts Innenstadt fast gescheitert. Majer mahnte an, zukünftig im Vorwege sensibler mit dem Thema der städtebaulichen Verträge umzugehen. Der von ihm eingebrachte Ergänzungsantrag zum Satzungsbeschluss, der das In-Kraft-Treten des Bebauungsplanes von einer konsensfähigen Vereinbarung zwischen den beiden Grundstückseigentümern abhängig machen sollte, fand die Mehrheit der vertretenen Fraktionen. In der Debatte machte Jochen Heumann erneut die Position der CDU zum Wiederaufbauvorhaben deutlich, indem er auf die geschichtliche Bedeutung und Symbolik des Bauwerks verwies und das große Engagement des Investors MAB zu einem „originalgetreuen Wiederaufbau“ hervorhob. Dies würde auch die vom Investor geforderte Kompensation in Form von zwei Hochhäusern als eine „zu schluckende Kröte“ rechtfertigen. Weiterhin führte Heumann an, dass der

städtebauliche Vertrag vom früheren Planungsdezernenten Dr. Martin Wenz (SPD) zu verantworten sei. Nach dem Satzungsbeschluss beruhigte sich die (lokalpolitische) Rekonstruktionsdebatte.

Lange blockiert wurde das als eines der „größten Innenstadtprojekte Deutschlands“ (o.V. 2005: Angekommen im 21. Jahrhundert) bezeichnete Großprojekt, dessen endgültige Fertigstellung ursprünglich auf Ende 2006 datiert war, durch die benachbarte Frankfurter Rundschau. Das Verlagshaus stellte für den Investor aufgrund der hohen finanziellen Forderungen für ihr Grundstück einen schwierigen Partner dar und mündete in Rechtsstreitigkeiten um den Grundstücksverkauf (Lüpke 22.09.2009). Um weitere Verzögerungen bei dem Großprojekt zu vermeiden, schaltete sich die Oberbürgermeisterin Petra Roth ein. Erst nach monatelangen Verhandlungen um den Grundstückspreis konnte der Investor MAB Mitte 2005 für geschätzte 45 Millionen Euro das Verlagsgebäude kaufen (o.V. 2005: Angekommen im 21. Jahrhundert). Für die Errichtung der Hochhaustürme hatten zwar Anfang 2005 die Abbrucharbeiten auf dem Telekomareal begonnen, die insgesamt sehr späte Übernahme des benachbarten Verlagsgrundstücks führte jedoch zu einer weiter veränderten Hochhausstellung und einem verzögerten Baubeginn (Lüpke 22.09.2009). Im September 2005 wurde durch die Oberbürgermeisterin Petra Roth offiziell der Grundstein für das Projekt gelegt, bei dem sie das Vorhaben als „Areal des 21. Jahrhunderts“ bezeichnete (o.V. 2005: Angekommen im 21. Jahrhundert). Ebenso empfinde sie „Begeisterung für das Ensemble“. Frankfurt sei eine lebendige, sich in der Architektur widerspiegelnde Stadt. „Internationale Architekten senden hier Signale in den Himmel.“ Da man die Geschichte nicht vergessen dürfe, freue sie sich besonders über die Rekonstruktion des Palais (Schulze 2008). Das Verlagsgebäude wurde 2006 abgebrochen und die Portalbauten des Stadtschlusses für die spätere Rekonstruktion zunächst abgetragen und eingelagert, um das Gelände mit einer Tiefgarage mit ca. 1 400 Stellplätzen und einem Betonsockel auszustatten (o.V. 2005: Angekommen im 21. Jahrhundert). Auf dem Fassadensockel begann ab Anfang 2008 die Rekonstruktion des Schlosses.

Schwierigkeiten bei der komplizierten Berechnung der Statik der nach innen gestülpten Stahl-Glas-Konstruktion der Außenfassade des Einkaufszentrums an der Zeil führten zu einer Verschiebung des Eröffnungstermins auf Februar 2009. Der wenige Wochen später präsentierte Name „My Zeil“ wurde in den Frankfurter Medien und in der Öffentlichkeit heftig diskutiert. Ende Februar 2009 wurde das neue Einkaufszentrum mit seiner spektakulären Architektur im Rahmen einer öffentlichen Inszenierung von Oberbürgermeisterin Petra Roth unter großer Anteilnahme der Frankfurter Bevölkerung und der lokalen Medien eröffnet, in denen das Gebäude erneut kontrovers diskutiert wurde (vgl. etwa Bartetzko 2009, Thomas 2009, Michels 2009, Arning 2009). Bereits am ersten Eröffnungstag strömten etwa 70 000 Besucher in das Gebäude mit 100 neuen Geschäften (vgl. Schulze 2009). Anlässlich der Eröffnung nahm Roth noch einmal Bezug auf die Planungsgeschichte des Projekts und sagte: „Ich gehörte nicht zu denen, die Hochhäuser neben dem Palais und eine solche Verdichtung an diesem Ort haben wollten.“ Das Konzept des Bauherrn für das Palais Quartier betrachte sie jedoch heute als „abgerundet“. In diesem Zusammenhang dankte der Investor für die exzellente Zusammenarbeit mit der Stadt (ebd.).

Nach der Errichtung des Gebäudes steht die Ausgestaltung der Innenräume für das rekonstruierte barocke Stadtschloss noch aus. Sie wurde von MAB zunächst zurückgestellt, bis sich Nutzer finden, die den Innenausbau finanziell mittragen (vgl. hierzu Aussage Schwarz in: Stadt Frankfurt am Main 2009: Wortprotokoll über die 32. Plenarsitzung, Lüpke 22.09.2009). Im Januar 2009 wies der Sprecher des Investorenkonsortiums, Roland Strunk, die Kritik an dem verkleinerten und nicht originalgetreu rekonstruierten Nachbau des Palais entschieden zurück. Strunk berichtete von einer „unglaublichen Recherche zur Geschichte des Ortes“. Eine Rekonstruktion „Stein um Stein“ hätte man angesichts der hohen Baukosten von etwa einer Milliarde Euro nicht finanzieren können (vgl. Michels 2009: Auch vom Alten was Neues). Der Eröffnungstermin ist für Ende 2009 vorgesehen.

#### *Rolle der Bevölkerung, Einordnung in die Frankfurter Rekonstruktionsdebatte(n)*

Der geplante Wiederaufbau des barocken Palais fand, wie bereits in den vorherigen Abschnitten verdeutlicht wurde, vor allem innerhalb der Stadtpolitik breite Unterstützung. Im Gegensatz dazu hat innerhalb der Frankfurter Bevölkerung keine ernstzunehmende Diskussion stattgefunden. Der Anstoß zur Rekonstruktion des Gebäudes führte auch nicht zur Bildung von Wiederaufbauinitiativen, die diesen propagiert hätten. Es ist festzustellen, dass das Schicksal des Bauwerks während des gesamten Wiederaufbauprozesses die Frankfurter Bevölkerung nicht zu interessieren schien. Im nachfolgenden Abschnitt werden deshalb die Hinweise zu den Ursachen dieses Desinteresses aus der spezifischen Sicht verschiedener Akteure dargestellt, mit denen Interviews geführt wurden. In den Einschätzungen wurde als Hauptursache für einen geringen Identifikations- und Emotionalisierungsgrad eine aus der Vorgeschichte des Gebäudes resultierende geringe Verankerung des Gebäudes im Geschichtsbewusstsein der Bevölkerung genannt. Einerseits ist diese auf die Vornutzung als repräsentatives herrschaftliches Palais in einer „stolzen“ Bürgerstadt und als (halb)öffentlich zugängliches Postgebäude nach dem Wiederaufbau aus den 1950er Jahren zurückzuführen. Die aus den vorgenannten Nutzungsepochen entspringende und in der Wahrnehmung der Frankfurter Bevölkerung verankerte Symbolik, die das Gebäude bisher innehatte, die dem Gebäude entgegengebrachten Empfindungen („Antipathie“, „geringe Wertschätzung“), und die Tatsache, dass das Gebäude heute nicht mit dem Bild der im Zweiten Weltkrieg zerstörten Altstadt assoziiert wird („geringe Popularität“), hat nicht zur emotionalen Aneignung geführt. Andererseits wurden von den Interviewpartnern stadträumlich-städtebauliche („Stadtschloss hat sich hinter den Tormauern versteckt und keine dominierende Rolle gespielt“) und prozessbedingte Gründe als Ursache für das mangelnde Interesse abgeleitet. Als ein weiteres wesentliches Moment werden die Initiatoren genannt, von denen der Anstoß zum Wiederaufbauvorhaben ausging. In den Interviews wurde darüber hinaus möglichen bestehenden Verbindungen von Akteuren sowie

Argumenten in den Kontext der emotional aufgeladenen Frankfurter Rekonstruktionsdebatten nachgespürt, die nach der Wiederherstellung von Alter Oper, Römerberg Ostzeile und Stadtbibliothek insbesondere um das so genannte Dom-Römer-Areal (bzw. die „Altstadt“) geführt wird. Diese dienen zur Einordnung des Wiederaufbauvorhabens in die geführten Debatten.

Der Leiter der Lokalredaktion der Frankfurter Rundschau, Matthias Arning (22.09.2009), geht davon aus, dass das Gebäude für die Frankfurter Bevölkerung keine Rolle für die Identifikation mit der Stadt gespielt habe, die Initiative vom Technischen Rathaus ausging, die Diskussion und der Entscheidungsprozess anschließend eine „Inner-Circle-Debatte“ der Vertreter der Stadtpolitik blieb und sich daraus das Desinteresse der Bevölkerung an der Debatte begründe. Der Entscheidungsprozess zum Wiederaufbau führte nach außen hin zu „undurchsichtigen, schwierig nachzuvollziehenden“ Entscheidungswegen, die gleichzeitig mit einer großen Wirkungsmacht der Entscheidungsträger zur Durchsetzung dieses und auch anderer Wiederaufbauprojekten verbunden seien. Für Arning liegt hier einer der Hauptgründe vor, dass im Vergleich zu den anderen Frankfurter Rekonstruktionsvorhaben die Beschäftigung mit dem Palais nicht zu emotional aufgeladenen Debatten innerhalb der Frankfurter Bevölkerung geführt habe und ein „öffentlicher Aufschrei“ ausblieb. Nach außen hin haben in seiner Wahrnehmung die vom „Inner Circle“ diskutierten Aspekte der Standortfaktoren und der der Innenstadtentwicklung bzw. Einzelhandels- und Dienstleistungsentwicklung eine weitaus größere Rolle gespielt. Ein anderer Interpretationsansatz Arnings besteht in der vagen Annahme, dass die Rekonstruktion des barocken Gebäudes als Teil eines Gesamtensembles, das wenige Jahrzehnte zuvor als Monument des Fortschritts der 1950er/1960er Jahre galt, den Anfang zur Entsorgung der radikalen Nachkriegsmoderne dieser „bestimmten Kreise“ darstelle (Anm.: Der Abriss des Technischen Rathauses, des Zürichhochhauses und der Großmarkthalle sind Arning zufolge andere Beispiele). In diesem Zusammenhang entstehe in der aktuellen Rekonstruktionsdebatte der Ein-

druck, dass es für diese Gruppe ein „ungefährtes Gefühl nach Sehnsucht nach Geschichte und nach einer Heimat“ geben könne, dabei würden gleichzeitig „Geschichtsvergessenheit und Geschichtsversessenheit“ grassieren. Arning vermutet, dass diese Gruppe nun nach neuen Identifikations- und Orientierungspunkten sowie Koordinaten in einer sich baulich rasant verändernden Großstadt suche.

Nach Einschätzung des hessischen Landeskonservators Christoph Mohr (23.09.2009) liegt das geringe Interesse der Frankfurter am Schicksal des barocken Gebäudes im geschichtlichen Entstehungskontext des Gebäudes selber begründet. Er führt als mögliche Erklärung an, dass in der damaligen Freien Reichsstadt Frankfurts die Bürger den Bau einer fürstlichen Residenz des Adels ablehnten und das Bauwerk nicht annahmen (vgl. dazu Kap. 1.1. zur Baugeschichte). Es bestehe deshalb auch heute keine Beziehung der Frankfurter zum Gebäude oder etwa eine Verankerung im Geschichtsbewusstsein. Eine weitere Erklärung liegt in der Tatsache der frühzeitigen Beräumung der zerstörten Reste, mit der auch „die historische Kontinuität und Authentizität“ verloren gingen. Das Stadtschloss geriet daraufhin in der Nachkriegszeit in Vergessenheit. Zwar würde die relativ große Gruppe der älteren Generation das Gebäude noch kennen, die die Kriegszerstörungen und den unmittelbaren Wiederaufbau der 1950er Jahre miterlebt habe, die „Liebe der Frankfurter“ stürze sich nun aber auf die im Zweiten Weltkrieg untergegangene, kleinteilige Altstadt, die nach der Errichtung der Römer-Ostzeile nun als verloren gegangenes „schönes Bild“ empfunden wird. Mittlerweile schwindet die ältere Generation, die Empfindung des „schönen Bildes“ gehe nun aber an die jüngere Generation über, die seiner Auffassung nach bald unreflektiert dieses „unechte Bild“ akzeptieren wird. Die Unechtheit bestehe seiner Auffassung nach vor allem im „Fassadismus“, der aus den heutigen Bauvorschriften resultiere. Trotzdem geht Mohr davon aus, dass aus diesem Grund die Frankfurter Bevölkerung die Erschaffung neuer geschichtlicher Gebäude akzeptieren wird. Eine Analogie bestehe in der Tatsache, dass schließlich Altstadt und das barocke Stadtschloss eine zukünftige Tou-



ristenattraktion bilden. Weiterhin bestehe ein zeitlicher Zusammenhang in den Rekonstruktionsdebatten um das Dom/Römer-Areal, aber nur geringe Verbindungen zwischen den Akteuren.

Auch der Leiter des Stadtplanungsamtes, Dieter von Lüpke (22.09.2009), führt ähnliche Erklärungsansätze wie Arning und Mohr an, wenngleich weitaus differenzierter. Übereinstimmend mit den vorangegangenen Kommentatoren stellt er fest, dass das Palais die Frankfurter Bevölkerung nicht stark bewegt und keine lang anhaltenden öffentlichen Kontroversen produziert habe, „wie wir sie später erlebt haben“. Der Wiederaufbau sei, so Lüpkes Einschätzung, mit starker Unterstützung der Stadtverordnetenversammlung pragmatisch „einfach gemacht worden“. Für das geringe Interesse der Frankfurter Bevölkerung am Wiederaufbau des Palais führt er mehrere Erklärungsansätze an. Vor dem Beginn der Prozesse um das Palais und die Altstadt ist Lüpke davon ausgegangen, dass es „die Frankfurter nicht interessiert, wie die alte Stadt ausgesehen hat“, hat seine Meinung aber dann im Laufe der der Altstadtdebatte geändert. Davor herrschte seiner Einschätzung nach bei der Bevölkerung gegenüber der Stadtverwaltung die Einstellung vor, dass „das eigene Anliegen bei der Stadtverwaltung gut aufgehoben sei“, das dem Motto „Dann müssen wir uns nicht mehr dafür einsetzen“ folgte, welches auf die Altstadtdebatte nun nicht mehr zutraf. Als einen anderen Grund führt er die heutige Bedeutung der zwei verschiedenen Bautypen für die Bevölkerung im Zusammenhang mit deren früheren Benutzern an: Die Wertschätzung des Wohnsitzes einer adeligen Familie sei möglicherweise geringer als die einer „kleinbürgerlichen Behausung“, allerdings verfüge sie kurioserweise in diesem Punkt trotz der hohen Wertschätzung nur wenig Wissen über die Stadtgeschichte (Anm.: Lüpke weist damit auf den hohen Emotionalisierungsgrad hin, der sich aus der hohen Wertschätzung speist). Gleichzeitig legitimieren die Befürworter des Altstadtwiederaufbaus ihre Haltung dahingehend, dass sie vor vielen Jahren in der Stadt geboren wurden und „alle anderen nicht mitreden dürfen“ (Anm.: Implizit verweist Lüpke damit auf eine Art existierenden Lokalpatriotismus). In Bezug auf

die städtebauliche Neuordnung des Telemekomareals nimmt er an, dass es der Bevölkerung schließlich an stadträumlicher Vorstellungskraft fehlte, neben der Einkaufsmall ein barockes Palais wiederaufstehen zu sehen. Vergleichbare Bezüge zu anderen Frankfurter Wiederaufbauvorhaben ließen sich am ehesten um die kurzzeitig geführte Rekonstruktionsdebatte zur Wiederherstellung der klassizistischen Stadtbibliothek herstellen. Markante Ähnlichkeiten der beiden Vorhaben bestehen in der Tatsache, dass die Anregung zum Wiederaufbau nicht von der Frankfurter Bevölkerung, sondern von einem privaten Finanzier ausging, der die „Gemüter nicht bewegt habe“. Des Weiteren bestehen Gemeinsamkeiten im Hinblick auf die geringe Wertschätzung, die dem Gebäude entgegengebracht wurde sowie die geringe Teilhabe der Bevölkerung am Diskussionsprozess. Unterschiede gab es dagegen in Bezug auf die ökonomischen Rahmenbedingungen, in der Projektentwicklung und in der Finanzierung des Wiederaufbauprojekts durch den Verleger Junkewitz sowie der Hertie-Stiftung.

Auch der Architekturkritiker der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Dieter Bartetzko (24.09.2009), der sich schon länger ausführlich mit der Frankfurter Rekonstruktionsdebatte und dem Bauwerk beschäftigt hat, begründet das Desinteresse der Frankfurter mit zwei verschiedenen Erklärungsansätzen: Ähnlich wie Arning, Mohr und Lüpke geht er davon aus, dass das ehemalige Stadtschloss aus dem öffentlichen Geschichtsbewusstsein verschwand, das sich auf den ersten Wiederaufbau der 1950er Jahre zurückführen ließe. Obwohl die im Krieg zerstörten Reste der Torbauten erhalten blieben, konnte die Frankfurter Bevölkerung diese nicht mehr dem früher existierenden Stadtschloss zuordnen, das sich vor seiner Zerstörung etwas versteckt hinter den Portalbauten erstreckte (vgl. dazu die Position Mohrs). Der dahinter liegende Fernmeldeturm stieg hingegen zum Wahrzeichen Frankfurts in den 1960er Jahren auf.

Im Gegensatz zum Bild des historischen Palais sei das Bild der im Krieg zerstörten Altstadt immer noch im Geschichtsbewusstsein präsent („Jeder wusste, dass Frankfurt mal eine berühmte Altstadt hat-

te“). Der Römerberg diene ihr als Anhaltspunkt für das markante Bild der alten Stadt, mit der sich heutige Vorstellungen verknüpfen. Übereinstimmend mit Mohr und Lüpke stellt Bartetzko fest, dass in beiden Fällen in der Stadtgesellschaft nur diffuse stadtgeschichtliche Kenntnisse vorhanden sind. Eine Verbindung zwischen den zivilgesellschaftlichen Akteuren, die es ohnehin beim Thurn-und-Taxis-Palais nicht gegeben habe, ist nicht gegeben. Interessanterweise bestehe zwar ein zeitlicher Zusammenhang, da beide Planungsprozesse parallel starteten, die bürgerschaftlichen Energien konzentrierten sich auf das Dom/Römer – Areal als Teil der ehemaligen historischen Altstadt.

Ein Vergleich der Frankfurter Rekonstruktionsdebatten zeigt eine Ähnlichkeit der verwendeten Argumente der Rekonstruktionsbefürworter auf: Verwendete Hauptbeweggründe seien immer die Identität, die Geschichte und Tradition der Stadt, an die mit einem Wiederaufbauprojekt anzuknüpfen wäre. Weitere Verbindungen bestehen im Hinblick auf den internationalen Standortwettbewerb, in dem die Stadt Frankfurt durch ihre Wahrzeichen ihr Alleinstellungsmerkmal begründet. Denkmäler stellen in diesem Sinne „Aktivposten“ dar, und „wenn man keine Denkmäler hat, dann erschafft man sich welche in Gestalt von Rekonstruktion“. Laut Bartetzko besteht diese Strategie der Stadt Frankfurt schon seit 20 Jahren, die damit eine Vorreiterrolle einnimmt. Mit dem Wiederaufbau des Thurn-und-Taxis-Palais bestehe ein zeitlicher „Vermittler“ zwischen den zwei großen Frankfurter Vorhaben am Römer zur historisierenden Rekonstruktion der mittelalterlich geprägten Frankfurter Altstadt, die 1986 mit der Ostzeile des Römerbergs begann und die diesen Herbst mit dem Abriss des Technischen Rathauses zur Rekonstruktion von sieben Fachwerkbauten fortgesetzt wird. Ergänzend sieht er in der Rekonstruktion der klassizistischen Stadtbibliothek hingegen einen Kronzeugen für die „postmoderne“ Rekonstruktionswelle der 1980er Jahre, von der ganz Deutschland erfasst wurde, die danach aber wieder abebbte. Die Stadtbibliothek ließe sich in bekannte Beispiele wie den Marktplatz in Hildesheim mit dem Knochenhaueramtshaus, dem Ratsaal in Nürnberg, dem Goldenen Saal des

Rathauses Augsburg, dem Berliner Beispiel des Nikolaiviertels. Das aktuelle Wiederaufbauvorhaben des Thurn-und-Taxis-Palais ließe sich in diesem Sinne der zweiten Rekonstruktionswelle zuordnen, die ihren Anfang nach der deutschen Wiedervereinigung nahm und gegenwärtig noch anhält. Das Palais ließe sich hier in prominente Beispiele wie die Dresdener Frauenkirche, das Potsdamer Schloss, das Berliner Schloss, das Leipziger Paulinum sowie das Hannoveraner und Braunschweiger einordnen.

Bei der Beantwortung der Frage, aus welchem Grund innerhalb der Bevölkerung beim Wiederaufbau des Thurn-und-Taxis-Palais im Vergleich zu den anderen Frankfurter Wiederaufbauvorhaben nicht zu emotionalen Diskussionen geführt hat, geht Bartetzko von der spezifischen Situation Frankfurts vor den Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg aus, das einen hohen Bestand an Baudenkmalern aufwies. Als Baudenkmal unter vielen spielte das barocke Stadtschloss, ähnlich wie die klassizistische Stadtbibliothek, nur eine untergeordnete Rolle. Vergleichbare Bezüge zwischen den genannten Wiederaufbauvorhaben ließen sich bei der Betrachtung der Rolle der Initiatoren und der geringen Verankerung im Geschichtsbewusstsein der Frankfurter herstellen. Das nach seiner Zerstörung vor allem im Bewusstsein von Kunst- und Lokalhistorikern verankerte klassizistische Gebäude rückte mit der Rekonstruktionswelle der 1980er Jahre in den Fokus eines Verlegers und der Stadt Frankfurt, die eine Wiedererrichtung des Gebäudes anstrebten. Der Anstoß zur Rekonstruktion der Stadtbibliothek erfolgte, ähnlich wie bei der Rekonstruktion des Palais, nicht durch die Frankfurter Bevölkerung.

#### *Rolle der Medien und medialer Strategien*

Das Rekonstruktionsvorhaben wurde vor allem in den Printmedien der beiden großen Frankfurter Zeitungen thematisiert. Die Tagesberichterstattung der Frankfurter Rundschau und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung über das Großprojekt und das Rekonstruktionsvorhaben lief entsprechend des Prozessverlaufs in verschiedenen zeitlichen Phasen im Rahmen der Tagesberichterstattung ab. Mediale Auf-

merksamkeit erlangte vor allem der Beginn des Planungsprozesses um das ehemalige Telekomareal mit dem städtebaulichen Vertrag, dem Gutachterverfahren von 2002 sowie die Planung- und Bauphase des Gesamtkomplexes ohne wertende, kritische Stellungnahmen der beiden genannten Zeitungen. Im diesem Rahmen wurde über die Rekonstruktion des Thurn-und-Taxis-Palais meist in einem Atemzug mit dem Großbauprojekt überwiegend positiv berichtet und das in die Gesamtplanungen eingebettete Projekt zur Standortentwicklung der Innenstadt begrüßt. Zwar wurde das Bauwerk eher als Randnotiz behandelt, aber als solches nie in Frage gestellt. Ebenso wenig wurde über die Rekonstruktionsdebatte in den Medien kritisch berichtet, die genügend Konfliktpotenzial geboten hätte, wie etwa die sich trotz Konsenslösung zum Wiederaufbau abzeichnenden Interessenskonflikte zwischen der Stadtpolitik und dem Investor, die zu einer extrem hohen baulichen Verdichtung auf dem Gelände geführt haben. Das bedeutet aber auch, dass in der Presse zu Beginn des Prozesses eindeutige Positionierungen der Wiederaufbaubefürworter und -gegner (bis auf wenige Einzelpersonen) im Hinblick auf das Thema Rekonstruktion wie auch im Hinblick auf das Palais ausgeblieben sind. Mit zunehmenden Planungen avancierte das Wiederaufbauvorhaben aufgrund der Synergieeffekte mit dem Projekt „PalaisQuartier“ gleichermaßen zu einem Prestige- und Erfolgsprojekt des Investorenkonsortiums wie auch der CDU-Rathauspitze und den Stadtverordneten der CDU und wurde anschließend als solches auch so in der Presse – sicherlich als Bestandteil einer medialen Strategie – proklamiert. Heftige Kontroversen innerhalb der Medien wurden aber erst mit der Namensgebung und Eröffnung des Shopping Centers „MyZeil“ im Februar 2009 ausgelöst, in der sich vor allem die Frankfurter Rundschau in zahlreichen Presseartikeln zum Großprojekt kritisch äußerte. Die mediale Aufmerksamkeit, die sich auf das spektakuläre Architekturprojekt richtete, stellte das Wiederaufbauvorhaben in den Schatten. Inzwischen ist es in der Berichterstattung um das Palais nach der Enthüllung der Außenfassade im Frühjahr 2009 sehr ruhig geworden.

Eine Ausnahme bildet der Architekturkritiker der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Dieter Bartetzko, der sich deutlich zunächst für den Erhalt des Ensembles der Nachkriegsmoderne und später für eine originalgetreue Rekonstruktion aussprach. Bartetzko selber gibt an, dass dieser Umschwung sich im Laufe des Prozesses nach der Diskussion mit Fachleuten herausgestellt hat (Bartetzko 24.09.2009). Seine differenzierte und kritische Haltung „mit Liebe zum Detail“ hat sich kontinuierlich in Berichterstattung niedergeschlagen.

#### *Rolle übergeordneter staatlicher Ebenen*

In dem untersuchten Fallbeispiel des Thurn-und-Taxis-Palais ist vor allem die Beteiligung des Landesamts für Denkmalpflege Hessen im Rahmen der Fachplanung für den Wiederaufbau für die unter Denkmalschutz stehenden Gebäudeteile bekannt. Dem Landesamt und dem nachgeordneten Denkmalamt fiel hier eine Art „unglückliche“ Vermittler- und Beraterrolle zwischen den anderen am Prozess beteiligten Akteuren zu (Lüpke 22.09.2009). Einerseits fühlte sich die Denkmalpflege nur den unter Denkmalschutz stehenden Torhäuser gegenüber verpflichtet, für die sie nach eigenen Aussagen auch „kämpfte“ (Mohr 23.09.2009), andererseits stand sie den restlichen Akteursgruppen (Investor/Bauherr/Architekten) aber auch bei der Neuplanung des Gebäudes beratend zur Seite. Entsprechende Regelungen dafür waren im städtebaulichen Vertrag vereinbart worden. Die als marginal zu bezeichnende Wirkungsintensität der im städtebaulichen Vertrag getroffenen Vereinbarungen über die Beachtung denkmalpflegerischer Aspekte zog negative Auswirkungen nach sich. Letztendlich fungierte die Denkmalpflege damit „als Berater in einem Gebäude, das nicht unter Denkmalschutz steht“ (Lüpke 22.09.2009) und hat deswegen Abweichungen zugestanden.

Das Landesamt für Denkmalpflege um den Landeskonservator Christoph Mohr zog sich auf die Position zurück, dass sie bei der geplanten Rekonstruktion nur bei den ohnehin schon unter Denkmalschutz stehenden originalen, archäologischen Resten der zweigeschossigen Barockpavillons und der Toranlage zuständig sei, nicht

aber für den 50er-Jahre-Wiederaufbau. Dies wurde dahingehend begründet, dass es sich bei den restlichen Gebäudeteilen um eine bereits in den 1950er Jahren zerstörte bauliche Situation handle, die nicht wiederholbar sei. Dies lasse sich auf denkmalpflegerische Untersuchungen zurückführen, die im Vorwege zum Bauvorhaben durchgeführt wurden. Dabei habe man festgestellt, dass abgesehen von wenigen erhalten gebliebenen originalen Fragmenten ein innerer Betonkern als wesentlich dominierendes Baumaterial aus der Zeit des ersten Wiederaufbaus stamme (Mohr 23.09.2009).

Der heutigen Rekonstruktion der nicht unter Denkmalschutz stehenden Gebäude- teile stand Mohr von Anfang an kritisch gegenüber („Wir haben das nicht gewollt“), versuchte in der Planungsphase dann aber trotzdem Widerstand gegen den geplanten Abbau des Gebäudes zu leisten, der vor allem vom Investor wegen der geplanten Tiefgarage durchgesetzt wurde (Mohr 23.09.2009). Hinzu kommt, dass beim Abschluss des städtebaulichen Vertrags zwar festgehalten worden war, dass die Rekonstruktion bei „weitgehender Wiederverwendung der historischen Bausubstanz und in enger Abstimmung mit dem Denkmalamt wiederhergestellt werden soll“, die Vereinbarung über die Beratung betraf aber nur die Wiederherstellung der Fassaden und des Daches, nicht aber das Innere des Gebäudes mit den vormals vorhandenen Deckengemälden (vgl. hierzu Aussage Schwarz in: Stadt Frankfurt am Main 2009; Wortprotokoll über die 32. Plenarsitzung). Nach Aussagen Lüpkes (22.09.2009) trat die Landesdenkmalpflege während des Planungsprozesses dann auch für den Bauherrn und die ausführenden Architekten beratend in Erscheinung, wobei man sich allerdings „immer weiter vom Original entfernte“ (Lüpke 22.09.2009). Als ein wichtiger denkmalpflegerischer Aspekt wurde dem Bauherrn die Wiederverwendung von Spolien nahe gelegt, deren Einbau durch Maßstabsveränderungen und hohe Baugeschwindigkeit nie zu Stande kam (vgl. Lüpke, Mohr und Bartetzko). Laut Mohr und Bartetzko (24.09.2009) habe es auch eine angebliche Zwischenlagerung von Skulpturen und Relikten gegeben, die nach der Zerstörung im Zweiten Weltkrieg eingelagert und hätten verwen-

det werden können, diese waren dann aber plötzlich „nicht mehr auffindbar“ (ebd.). Die ungünstige Verhandlungsposition der Denkmalpflege verdeutlicht auch die vom Investor angekündigte originalgetreue Rekonstruktion des großen Barocksaals in der Rotunde des Palais einschließlich der Wand- und Deckengemälde. Diese wurde im Frühjahr 2009 von MAB aufgrund fehlender zukünftiger Nutzer zurückgewiesen und berief sich dabei auf die Vereinbarungen des städtebaulichen Vertrags. Dies geht aus einer Anfrage der Stadtverordneten Dr. Katharina von Beckh (BFF) an den Magistrat hervor, bei der sich Edwin Schwarz (CDU) auf die Position zurückzog, dass die Rekonstruktion der Wand- und Deckengemälde weder Bestandteil der denkmalrechtlichen Beratung noch vertraglich vereinbart war (vgl. hierzu Aussage Schwarz in: Stadt Frankfurt am Main 2009; Wortprotokoll über die 32. Plenarsitzung).

#### 5.43 Argumente/ Entscheidungsgrundlagen

##### *Architektonische bzw. städtebauliche Vorschläge zum Umgang mit Ort, Raum und Bauwerk*

Die Entwicklung von architektonischen bzw. städtebaulichen Vorschlägen zum Umgang mit dem Ort, dem Raum und dem Bauwerk erfolgte im Wesentlichen in drei Phasen und wurde bereits anhand des Prozessverlaufs erläutert. Betrachtet wurden hier die am Prozess teilnehmenden Akteure und ihre Positionen, die diesen in ihrem Sinne beeinflussten, sowie Entscheidungswege, die in diesem Sinne markante Wegmarken bilden. Ebenso wurden bestehende Konflikte und Lösungswege zur Kompromissfindung aufgezeigt, die sich vor allem im Rahmen planerischer Instrumente bzw. Verfahren und nach außen hin kaum bemerkten internen Verhandlungen bewegten.

Der städtebauliche Vertrag bildete die Verhandlungsbasis und Entscheidungsgrundlage für alle nachfolgenden Planungen. Darauf aufbauend diente das vom Investor ausgelobte Gutachterverfahren zur Entwicklung erster Ideen und Konzepte zum Umgang mit dem Areal, in dem das Rekonstruktionsvorhaben erstmals entwurflich thematisiert wurde. Hiermit verbunden

war eine von allen Akteuren befürwortete Grundsatzentscheidung zur Wiedererrichtung des barocken Stadtschlusses. Daran anknüpfend brachte die Nachbearbeitungs- und Qualifizierungsphase, verbunden mit der Beauftragung zweier Architekturbüros durch den Investor, erhebliche Änderungen des städtebaulichen Konzepts gegenüber dem ursprünglichen Siegerentwurf mit sich, was sowohl die Architektur und den Städtebau als auch den Umgang mit dem Gebäude betraf. Mit dem Bebauungsplanverfahren zur planungsrechtlichen Sicherung des aus dem Gutachterverfahren entwickelten und überarbeiteten städtebaulichen Konzepts fanden die Vorschläge und der anschließend einsetzenden Bauphase fanden die Vorschläge ihren Abschluss.

#### *(Angeführte) Argumente für einen Wiederaufbau*

Nach bisherigem Kenntnisstand aus den unterschiedlichsten Quellen, wie Presseartikeln, Wortprotokollen der Stadtverordnetenversammlungen sowie Aussagen aus den mit Schlüsselakteuren geführten Interviews waren es vor allem wenige Einzelpersonen, die Argumente für einen Wiederaufbau hervorbrachten. Insgesamt verfügen diese über keine einheitliche Argumentation. Sie reichen von einer Befürwortung einer originalgetreuen Rekonstruktion bis hin zu einer generellen Befürwortung einer Rekonstruktion ohne Darlegung der Beweggründe („Hauptsache, sie kommt“). Untermauert wird insbesondere diese Position durch (Neben-) Argumente, die besonders den stadtgeschichtlichen, stadtästhetischen, symbolischen, sowie erinnerungskulturellen Gehalt des Wiederaufbaus hervorheben, der aber eben nicht zwingendermaßen an die Forderung eines originalgetreuen Wiederaufbaus gebunden sein muss. Betont wird die zukünftige positive Wirkung eines Wiederaufbaus als ein zukünftiger repräsentativer „Identifikationspunkt“ oder aber die Behebung städtebaulicher Defizite. Hierzu ist zu beachten, dass die letztgenannten Nebenargumente in einer jeweils personengebundenen Interpretation formuliert wurden. Einzelpersonen betonen darüber hinaus die Synergieeffekte, die sich aus der gesamten Um- und Neuordnung des ehemaligen Telekomareals er-

geben. Kurioserweise hat sich der Investor und Bauherr nur wenig in die Debatte eingeschaltet. Die Gesamtschau der Argumente ergibt, dass abgesehen von differenzierten Argumenten weniger Einzelpersonen, in der Debatte überwiegend eine insgesamt unkritische, unreflektierte und unideologische Haltung zum Thema Rekonstruktion gegenüber bestand.

- Planungsdezernent Edwin Schwarz (CDU) und der planungspolitische Sprecher des Bündnis 90/Die Grünen, Stefan Majer, sprachen sich mehrfach für einen „möglichst originalen Wiederaufbau“ aus. Majer hielt eine Rekonstruktion nur für sinnvoll, „wenn sie richtig gemacht wird“ (o. V.: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.20.02).
- Stadtplanungsamtsleiter Dieter von Lüpke (22.09.09) führte zwei zentrale Argumente an, die sich aus der stadtgeschichtlichen Bedeutung des Bauwerks sowie aus stadtästhetischen Gesichtspunkten speisen: Ein Wiederaufbau würde ein wesentliches Moment der Frankfurter Stadtgeschichte verdeutlichen. Ohne das kurze Zeit als Sitz der Bundesversammlung genutzte Palais hätte es keine Paulskirchenbewegung in Frankfurt gegeben, in diesem Sinne zeige das Bauwerk die Polarität zwischen demokratischen und alten, feudalen Mächten. Gleichzeitig verwies er auf die frühere Schönheit des Gebäudes, das in besonderer Weise die Struktur der untergegangenen Stadt verdeutlichte, da im engen Altstadtgeflecht als Ausdruck von feudalem Reichtum ein geschützter Innenhof geschaffen wurde. Dieses Spannungsverhältnis könne wieder etwas stärker in Erinnerung gebracht werden.
- Barbara Heymann (SPD) und Jochen Heumann (CDU) betonten in der Debatte vor allem die städtebaulichen Synergieeffekte, die sich aus dem Großprojekt ergäben: Mit dem Wiederaufbau würde eine Möglichkeit zur Behebung der städtebaulichen Defizite und im Verbund mit der Einkaufsmall die Chance zur Attraktivitätssteigerung und Belebung der Innenstadt bestehen (Heymann). Mit dem Wiederaufbau hoben sowohl Heymann als auch Heumann hervor, dass ein zukünftiges „Highlight“ und eine „zusätz-

liche Attraktion“ geschaffen werde. Die hohe bauliche Verdichtung könne als eine Kompensation für die Rekonstruktion hingenommen werden (vgl. Stadt Frankfurt am Main 2003: Wortprotokoll zur 26. Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung am 18.09.2003)

- Auch Stefan Majer (Grüne) betonte in der Debatte die städtebaulichen Synergieeffekte, verwies aber auf die „Die Mischung aus einer hochmodernen Architektur und der Ergänzung der Thurn und Taxis-Portalbauten durch eine Rekonstruktion des Thurn und Taxis-Palais verspricht in der Tat eine spannungsvolle Kombination zu werden, die viele Menschen in dieser Stadt sicher spannend finden werden und auch einen Reiz in der Innenstadt ausmachen wird“ (vgl. Stadt Frankfurt am Main 2005: Wortprotokoll zur 43. Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung)
  - In der Begründung des Bebauungsplans findet sich anknüpfend an Majer als entsprechender Passus: Es „[...] entsteht ein spannungsvoller Kontrast zwischen dem Palais, [...] und dem geplanten Hochhausensemble als Kulisse – ein Kontrast zwischen „traditioneller“ und „moderner“ Stadt, der für die Frankfurter Innenstadt kennzeichnend ist und sie gegenüber anderen Standorten abhebt (vgl. Stadt Frankfurt am Main 2004: 18)
  - Der Wiederaufbau des Gebäudes wäre eine „Bereicherung für die Stadt“ (Klaus Oesterling – SPD) (vgl. Stadt Frankfurt am Main 2005: Wortprotokoll zur 43. Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung)
  - Jochen Heumann (CDU) positionierte sich mehrfach zum Thema Wiederaufbau: Neben dem Einkaufszentrum entstehe mit einem Wiederaufbau ein Gebäude, das aufgrund seiner Vornutzung als Bundespalais die erhebliche Bedeutung der Geschichte Frankfurts und Deutschlands symbolisiere. Es spiegle in dieser Eigenschaft einen wichtigen Schauplatz deutscher Geschichte und deutscher Politik des 19. Jahrhunderts wider und sei bisher zu wenig im Bewusstsein der Frankfurter vorhanden. Ebenso könne nach der Zerstörung im Zweiten Weltkrieg durch den originalgetreuen Wiederaufbau den Frankfurtern
- und den Deutschen ein repräsentatives Bauwerk zurückgegeben werden (vgl. Stadt Frankfurt am Main 2003: Wortprotokoll zur 26. Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung am 18.09.2003; vgl. Stadt Frankfurt am Main 2005: Wortprotokoll zur 43. Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung)
  - Als weitere Pro-Argumente führt Heumann den Faktor der Identität im Kontext mit früheren Frankfurter Wiederaufbauvorhaben an, die im folgenden Statement zum Ausdruck kommen: „Gerade in einer Stadt wie Frankfurt, die wenige repräsentative Bauten hat, ist der Bürger auf das wenige alte Repräsentative, das er hat, stolz. Wir sehen das bei der Alten Oper und auch bei der Ostzeile des Römerberges, die nicht alt aber historisierend aufgebaut sind. Ich sage Ihnen schon heute, zukünftig wird das vorgesehene Thurn und Taxissche-Palais ein dritter Punkt sein (vgl. Aussagen Heumann, in: Wortprotokoll zur 26. Sitzung der STVV am 18.09.2003)
  - Bartetzko (24.09.2009) plädierte zunächst vehement für die Erhaltung des aus seiner Sicht einzigartigen Gesamtensembles aus den 1950er Jahren mit den denkmalgeschützten Torbauten und den angrenzenden Gebäuden. Die als Paketschalterhalle wieder errichteten Seitenflügel folgten in Umriss und Höhe dem Originalbau. In Gliederung, Grundriss und Material (Rotsandstein) das alte Bauwerk zitierend, knüpfte dieses an das Erscheinungsbild des alten Palais an und symbolisierte damit eine aus seiner Sicht typische, qualitätsvolle Wiederaufbaumoderne. Die Bauten standen in enger Verbindung mit dem Fernmeldehochhaus, das seinerzeit als eines der größten Hochhäuser Deutschlands und Wahrzeichen Frankfurts ebenfalls die Ära des Aufbruchs in die Moderne symbolisierte. Die Grundhaltung der ersten Wiederaufbauphase der 1950er Jahre war geprägt von der Ehrfurcht und der Anbetung vor dem Original und folgte dem Authentizitätsglauben im Sinne Dehios. Frankfurt drückte damit unbewusst den Widerwillen aus gegen Verklärung des Originals in übersteigerter Form aus. Der Abbruch des „einzigsten Schlosses der Moderne“ würde daher einen schwerwiegenden Verlust in der Baulandschaft

bedeuten. Bartetzko nahm damit eine konträre Position zur Denkmalpflege ein (vgl. dazu Kap. 1.2.). Die Entscheidung des Landesdenkmalamtes, den Wiederaufbau der 1950er Jahre als nicht-denkmalswürdig einzustufen, hatte zur Folge, dass die Reste des Bauwerks für den Bau einer Tiefgarage abgetragen und eingelagert wurden. Sie bedeutete aber auch, dass Bartetzko nach dieser Entscheidung einen möglichst exakten Nachbau des Palais einforderte (u. a. wegen des Vorhandenseins von originalen Modellen und Plangrundlagen).

#### *(Angeführte) Argumente gegen einen Wiederaufbau*

Nach der Auswertung der unterschiedlichsten Quellen (vgl. vorheriger Abschnitt) ist festzustellen, dass es im Wiederaufbauprozess ablehnende Positionen und Argumente, die sich gegen einen Wiederaufbau wandten, kaum gegeben hat. Dies mag im Fehlen einer entsprechenden Initiative von Wiederaufbaugegnern begründet liegen. Der geplante „Wiederaufbau des ersten Wiederaufbaus“ wurde hingegen vor allem von der Denkmalpflege scharf kritisiert und abgelehnt.

- Die in der Vorphase zum Gutachterverfahren vom Investor MAB vorgebrachten Argumente waren eher pragmatischer Natur: Sie bezogen sich auf technische Details (die unterhalb des Grundstücks verlaufenden Kabelstränge) und ökonomische Gründe, da eine Rekonstruktion anfangs als „Kostenverursacher“ abgelehnt wurde, die dann aber mit der Prüfung einer „Rekonstruktionsmachbarkeit“ in der Wettbewerbsphase in generelle Befürwortung umschlug
- Der Landeskonservator Christoph Mohr lehnte den Wiederaufbau aufgrund der fehlenden ruinösen Reste der Originalbausubstanz am Ort ab. Die materiellen Authentizität und die historischen Kontinuität wären bereits beim ersten Wiederaufbau verloren gegangen und nicht wiederholbar. Seine Kritik hinsichtlich des nicht originalgetreu rekonstruierten Gebäudes belegte er mit den negativen Begrifflichkeiten wie „Fake“, „Las-Vegas-Architektur“ und „Ausstellungsarchitektur“. An die geschichtliche Bedeutung

könne nicht angeknüpft werden, da das Palais die Geschichte nur zitiere.

- Eine ähnliche Position bezieht die Denkmalpflegerin Jennifer Verhoeven (2009: 23–30). Übereinstimmend mit Mohr kritisiert sie das entstehende Gebäude als „reine Kulissenarchitektur“ ohne Bezüge zum ursprünglichen historischen Kontext. Der Bau gebe nur vor, ein historisches Bauwerk zu sein. Dessen ursprüngliche Funktion als adeliges barockes Stadthaus mit den entsprechenden repräsentativen Räumen könne nicht wiederhergestellt werden.

#### *Bedeutung von Fachargumenten*

Während des Wiederaufbauprozesses haben hervorgebrachte fachplanerische Ansprüche und Argumente vor allem im Rahmen der Gebäudeplanung zum Wiederaufbauvorhaben eine Rolle gespielt, hier insbesondere zwischen dem Stadtplanungsamt und den beteiligten Denkmalpflegern und Architekten. Die günstige Verhandlungsposition des Investors und des von ihm beauftragten Architekturbüros zwang die beteiligten Ämter immer wieder zu Zugeständnissen. Darüber hinaus sind aus der Fachöffentlichkeit heraus Reaktionen auf die erheblichen Abweichungen zu der in der Literatur formulierten Ansprüche an Rekonstruktionen kaum bekannt. Da diese überwiegend in der fortgeschrittenen Bauphase erfolgten, flossen diese in den Argumentationspool der wenigen Wiederaufbaueegner mit ein, konnten den Prozess als solches nicht wesentlich beeinflussen.

Neben der bereits dargestellten fachlichen Debatte mit der beteiligten Denkmalpflege kann die Rolle und die unterschiedlichen fachlichen Ansprüche des Stadtplanungsamtes sowie der beteiligten Architekten nicht bis ins Detail beleuchtet werden. Bekannt ist lediglich eine Kontroverse zwischen dem Stadtplanungsamt, dem Bauherrn und den beteiligten Architekten des Büros KSP um die verschiedenen Auffassungen zur ursprünglichen stadträumlich-städtebaulichen Situation, bei der sich das Stadtplanungsamt nicht durchsetzen konnte. Während das Stadtplanungsamt die Auffassung vertrat, die ursprüngliche Raumstruktur mit Nebenhöfen wiederherzustellen, sahen die Architekten in dem zu

rekonstruierenden Gebäude vordergründig ein Schmückstück, das als Solitär freistehen müsse (Lüpke 22.09.2009).

Während der Diskussion um den Wiederaufbau sind Architekten bzw. ihre verfassten Vereine und Verbände blieben vielschichtige, kritische Äußerungen aus. Lediglich eine Stellungnahme der Frankfurter BDA-Gruppe ist bisher bekannt. In einem im März 2009 in der Frankfurter Neuen Presse erschienenen Interview äußert sich der Vorsitzende der BDA-Gruppe, Hans-Ulrich von Mende, zur vermehrten Bauaktivität und die damit im Zusammenhang stehenden aktuellen Bauvorhaben in der Stadt Frankfurt. Im Kontext mit dem Wiederaufbau bemängelt von Mende, der „ohnehin kein genereller Befürworter von Rekonstruktionen sei“, die erhebliche Abweichung zum Original im Hinblick auf die veränderte Grundrissituation, das verwendete Material und die Ausgestaltung der Fassade. Von Mende mahnt an, dass die Rekonstruktion nicht als Vorbild für den Wiederaufbau der Altstadt zwischen Dom und Römerberg gelten könne (vgl. Murr 2009).

#### *Bedeutung von Identifikation und Vermarktung*

Der Faktor der Identifikation, der untrennbar mit geschichtlichen Aspekten, ästhetischen Gesichtspunkten und einem gewissen Emotionalisierungsgrad verknüpft ist, ist ein zentrales Thema innerhalb der Wiederaufbaudebatte. Dabei sind die hervorgebrachten Argumente der Akteursgruppen zu differenzieren, die das Thema entsprechend ihrer spezifischen Sichtweise interpretierten und in den Prozess eingebracht haben. Auf die geringe Bedeutung innerhalb der Frankfurter Bevölkerung wurde bereits im Punkt 1.2. näher eingegangen. Aus diesem ging hervor, dass die Identifikation mit dem Gebäude aus unterschiedlichen Gründen zu Anfang des Prozesses keine Rolle gespielt hat, im Vergleich dazu frühere wie auch aktuelle Frankfurter Wiederaufbauvorhaben hingegen mit einem höheren Identifikations- und Emotionalitätsgrad belegt sind, da sie das Bild der alten Stadt vermitteln. In diesem Abschnitt soll näher auf die Rolle des Investors und der Lokalpolitik eingegangen werden, die sich den Identitätsfaktor

rekonstruierter Gebäude zu Eigen machen und diesen mit entsprechenden Strategien vorantreiben.

Beim Wiederaufbau des Thurn-und-Taxis-Palais spielt der Aspekt der Rekonstruktion eines historischen, „identitätsstiftenden“, Gebäudes in Verbindung mit der Vermarktungsstrategie des Investors als „exklusive“, repräsentative Einkaufsmall eine erhebliche Rolle. Lüpke (22.09.2009) geht von Synergieeffekte aus, die sich sowohl für den Betreiber des Gebäudes wie auch für die Stadt Frankfurt selber ergeben. In der Äußerung des Geschäftsführers der MAB Michael Flesch findet diese Vermutung kurz vor der Eröffnung des „MyZeil“ ihre Entsprechung. „Der detailgetreue Wiederaufbau ergänzt die Absichten der Stadt, die historische Identität der Mainmetropole zu stärken“, so Flesch (vgl. MAB GmbH/PalaisQuartier GmbH 2008: Thurn- und Taxis-Palais). Bartetzko (2002) kommentierte zynisch die Sehnsucht und Gier nach historischen Gebäuden und den oben beschriebenen Zusammenhang mit den Worten: „In diese Lücke springen, Kalkulatoren und Seelenkundige in Einem, Investoren. Ihnen ist die handelskundige Stadt, gequält von Denkmalsbullemie, freudig zu Willen. Ihr schönster Lohn: Das Thurn-und-Taxis-Palais, nicht zum Anfassen, aber wenigstens zum Schauen.“

Die Erkenntnis des anfänglich skeptischen Investors, die Rekonstruktion im Rahmen einer gezielten Vermarktungsstrategie in das Gesamtbauprojekt mit einzubinden, um potenzielle Vermieter und Kunden zu gewinnen, lässt sich an mehreren Punkten deutlich ablesen. Das bis 2008 betitelte Bauprojekt „Frankfurt Hoch Vier“ in Anlehnung an die Merkmale „Einkaufen, Entspannen, Genießen und Arbeiten“ und die in die Höhe strebenden Gebäude wurde nach der Namensänderung in „PalaisQuartier“ umbenannt, das nun in Anlehnung an die Integration des rekonstruierten Gebäudes das Gesamtprojekt repräsentiert (vgl. hierzu MAB Development Deutschland GmbH/Palais-Quartier GmbH & Co. KG 2008: Aus FrankfurtHochVier wird das PalaisQuartier; o. V. 2005: Angekommen im 21. Jahrhundert). Als Identitätsstiftend im Sinne des Investors dienen die positiven Aspekte, mit denen das Gebäude belegt wird und die über



eine Internetpräsenz sowie Pressemitteilungen vermittelt werden. Zu diesen zählen etwa die ästhetischen Werte („traditionsreiches Juwel“, „architektonisches Kleinod“, „Herzstück des neuen Quartiers“, „Einzigartiger Charakter des äußeren Erscheinungsbildes“), die angesprochene Attraktivitätssteigerung („Etablierung einer Adresse“, „vielfältige und exklusive Nutzungsmöglichkeiten in historischem Ambiente“, „Ruhepol des Großstädtlers“) sowie als städtebaulicher Aspekt die „gelungene Integration des Gebäudes in das Gesamtensemble mit einer Verbindung von Tradition und Moderne“. Anknüpfend an geschichtliche Werte wird die „historische Identität“ nach dem Wiederaufbau des Gebäudes hervorgehoben, in der die zukünftigen Besucher „Geschichte atmen“ können (vgl. <http://www.palaisquartier.de/thurn-und-taxis-palais/index.php>). Anhand der Ausführungen wird deutlich, dass dabei nicht der ursprüngliche geschichtliche Wert des Gebäudes und seine Bedeutung angesprochen werden.

Die eingeschlagene Vermarktungsstrategie des Investors führt Lüpke (22.09.2009) auf den allgemeinen Trend zurück, dass Eigentümer und Projektentwickler einer Einzelhandelsimmobilie nach Alleinstellungsmerkmalen suchen, um sich gegenüber den bereits existierenden, gleichförmigen Einkaufsmalls deutlich abzuheben, zu positionieren und Projekte unverwechselbarer erscheinen zu lassen. Dazu dient die Integration von historischen Gebäuden in die Projektentwicklung, die auch Bartetzko (24.09.2009) beobachtet. Diese spiegelt den Trend wider, sich „im Sortiment der Geschichte zu bedienen und sich das passende herauszusuchen“, die ein Motiv für aktuelle Rekonstruktionsversuche in vielen Städten und Kommunen darstellen (Lüpke 22.09.2009). Neben dem Thurn-und-Taxis-Palais zählen Projekte aus Münster, Braunschweig, Hameln und Saarbrücken zu den aktuellen Beispielen (Bartetzko 24.09.2009).

Entsprechend dem oben beschriebenen Trend treffe die Strategie des Alleinstellungsmerkmals im übertragenen Sinne auch auf die Städte zu (Lüpke 22.09.2009). Tatsächlich verspricht sich die Frankfurter Stadtpolitik durch die Unterstützung zur Errichtung von repräsentativen Ge-

bäuden eine Imagesteigerung in Bezug auf den Standortwettbewerb der Städte, um weiche Standortfaktoren zu stärken (vgl. hierzu auch Arnings Interpretationsansatz zur Suche nach Identifikations- und Orientierungspunkten). Nach Einschätzung Bartetzkos folgt sie damit dem Motto „historische Gebäude ziehen“ (Bartetzko 24.09.2009). Im Hinblick auf das Thurn-und-Taxis-Palais kommt dies sowohl in den bereits dargelegten Argumenten der Wiederaufbaubefürworter (insbesondere Jochen Heumann) als auch in den Reden der Oberbürgermeisterin Petra Roth zum Ausdruck, die die Sicht der CDU-Rathauspitze widerspiegelt. In der Rede zum kommunalen Sachstandsbericht 2006 macht Roth deutlich: „Wir arbeiten in Frankfurt intensiv an der Wettbewerbsfähigkeit unserer Stadt. Wir wollen den nationalen und internationalen Konkurrenzkampf erfolgreich bestehen. [...] Rückgriffe auf geschichtliche Bezüge lassen historische Bauwerke wieder erstehen. [...] Das aus dem 18. Jahrhundert stammende Palais Thurn und Taxis wird nach Originalplänen wieder aufgebaut. Dieser Wiederaufbau reiht sich in die derzeitige Phase der Erinnerungsbauten unserer Stadt ein. Die Rekonstruktionen der Alten Stadtbibliothek, der Gerbermühle und auch die vorgesehene Modernisierung der Alten Brücke zeigen dies deutlich. Der Wiederaufbau der Alten Stadtbibliothek ist großartig und gelungen. Er fügt sich in die Stadt und das Stadtbild ein.“ (vgl. Wortprotokoll zur 52. Sitzung der STVV am 23.02.2006). In der Grundsatzrede zum Beginn ihrer dritten Amtszeit 2007 legte Roth ihre Position dar: „Bewahrung des historischen Gedächtnisses der Stadt – das heißt auch Wiederaufbau des Palais Thurn und Taxis, Renovierung des Höchster Bolongaro-Palasts und des Sachsenhäuser Kuhhirtenturms, Sanierung des Karmeliterklosters, Um- und Neubau des Historischen Museums, Restaurierung des Gesellschaftshauses im Palmengarten. Kaum eine Stadt investiert soviel in ihre Geschichte wie Frankfurt am Main! Diese Geschichte für die Menschen zu erhalten und ihnen damit die Möglichkeit zu Identifikation und Selbstvergewisserung zu bieten, das ist mein Ziel.“ (o. V. 2007: Grundsatzrede von Oberbürgermeisterin Petra Roth. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 05.07.2007).

### *Bedeutung von Bautyp und Symbolik*

Die ursprüngliche Bedeutung des Bautyps eines repräsentativen Adelspalais und die dahinter liegende Symbolik des Ausdruck von feudalem Reichtum bzw. Lebensstil hat in der von den beteiligten Akteuren geführten Diskussion um den Wiederaufbau keine Rolle gespielt. Zwar nahm das Interesse mit den fortgeschrittenen und konkretisierten Planungen zur Neuordnung des ehemaligen Telekomareals am Bauwerk zu und die Meinungen verdichteten sich. Aufgrund der wechselhaften Nutzungsgeschichte des Palais, dass von der fürstlichen Familie bereits frühzeitig als Wohnsitz aufgegeben wurde, speist sich die symbolhafte Bedeutung in der Argumentation der Befürworter vor allem aus der früheren Nutzung als Bundespalais sowie der rein optischen Wirkung eines historischen Gebäudes, die in der Wahrnehmung und Interpretation der Akteure eine viel höhere Bedeutung zu haben scheint.

Der symbolische Charakter des Gebäudes als Bestandteil der Frankfurter Nachkriegsmoderne, der sich aus dem Gesamtensemble um das Wahrzeichen des Fernmeldeturms und dem Verlagsgebäude der Frankfurter Rundschau ergibt, hat in der Rekonstruktionsdebatte keine Rolle gespielt. Lediglich Einzelpersonen wie Dieter Bartetzko (vgl. dazu Bartetzko 2002, Bartetzko 2007) oder Matthias Arning (vgl. dazu Arning 2008) beklagten das Verschwinden der Nachkriegsmoderne.

### *Bedeutung des Vorhabens innerhalb der Kommunalpolitik*

Das Großprojekt „PalaisQuartier“ gilt bis zu seiner endgültigen Fertigstellung Ende 2009 neben der Umgestaltung der benachbarten Hauptgeschäftsstraße der Zeil und der städtebaulichen Neuordnung des Dom-Römer-Areals als eines der wichtigsten Leitprojekte für die Innenstadtentwicklung Frankfurts. Aufgrund der Synergieeffekte des im Verbund mit den zwei Hochhäusern und der Einkaufspassage errichteten Nachbaus des barocken Stadtschlusses ist es gleichzeitig das Prestige- und Erfolgsprojekt des Investorenkonsortiums wie auch der CDU-Rathauspitze.

Mit der baulich-funktionalen Umstrukturierung des ehemaligen Telekomgeländes zu einem Einzelhandels- und Dienstleistungsstandort ist das planungspolitische Ziel einer Stärkung des innerstädtischen Einzelhandels gegenüber Standorten an der Peripherie verbunden, das auch in den Leitlinien des informellen Innenstadtkonzepts seine Entsprechung findet (Lüpke 22.09.2009). Durch das lange brachliegende Areal und die bestehenden städtebaulichen und strukturellen Defizite hatte der ganze innerstädtische Block in der Nachbarschaft zur Zeil einen Attraktivitätsverlust erlitten, der den Ausgangspunkt zur erneuten städtebaulichen Entwicklung bildete. Mit der Einzelhandels- und Dienstleistungskonzentration auf dem innerstädtischen Areal sowie der Realisierung des Großprojektes wurde eine von allen im Stadtrat vertretenden Fraktionen (Anm.: insbesondere die der schwarz-grünen Koalitionsfraktionen, aber auch die der SPD) mehrheitlich befürwortete Chance zur Attraktivitätssteigerung und Belebung der Innenstadt gesehen. Auf städtebauliche Synergieeffekte einer Rekonstruktion im Verbund mit der Realisierung der Einkaufsmall wurde im Verlauf der Debatte mehrfach hingewiesen.

## **5.44 Ergebnisse**

### *Baulich-räumliche Ergebnisse*

Die geplante Fertigstellung des Gesamtkomplexes „PalaisQuartier“ ist auf Ende 2009 nach insgesamt fünfjähriger Bauzeit datiert. Das rekonstruierte barocke Palais als Bestandteil und Namensstifterin dieser umfassenden innerstädtischen Umbaumaßnahme wird dann als ein weiteres repräsentatives Gebäude im städtebaulichen Verbund mit drei weiteren Bauwerken in zeitgenössischer, spektakulärer Architektur fertig gestellt sein. Zu dieser zählen die markanten Neubauten zweier Hochhäuser mit geknickter Fassade aus matt schimmernden Glas und Stahl, die als Hotel- und Büroturm genutzt werden sowie das als „MyZeil“ betitelte innerstädtische Einkaufszentrum mit insgesamt 52 000 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche. Die Besonderheit von MyZeil ist die sich nach innen wölbende Fassade in Stahl-Glaskonstruktion sowie die innere Erschließung durch eine freitragende Fahrtreppe.

Der Wiederaufbau des Thurn-und-Taxis-Palais ist nicht als Rekonstruktion zu betrachten, die auf das ursprüngliche Gebäude des 18. Jahrhunderts zurückgeht. Nach denkmalpflegerischen Gesichtspunkten handelt es sich nicht um eine originalgetreue Rekonstruktion, sondern um eine verfälschende Nachbildung, die sich zwar am historischen Vorbild orientierte, aber gleichzeitig sehr weit vom Original entfernte (vgl. hierzu Verhoeven 2009). Für den hessischen Landeskonservator Christoph Mohr hat das heutige Ergebnis nichts mit Denkmalpflege zu tun (Mohr 23.09.2009).

Durch die gravierenden städtebaulichen Änderungen infolge des Stadtumbaus verändert sich nach dem ersten Wiederaufbau nun zum zweiten Mal innerhalb weniger Jahrzehnte die räumlich-städtebauliche Situation, in die das Gebäude eingebettet ist. Im Vergleich zu den vergangenen Zäsuren ist festzustellen, dass man sich erneut immer weiter vom ursprünglichen Stadtgrundriss entfernt hat. Im Vergleich zur Ursprungssituation steht das Gebäude nach seiner Errichtung als Solitär in extrem veränderter städtebaulicher Umgebung. Es steht, trotz eingehaltener Abstandsflächen zu den anderen Gebäuden des Ensembles, weder in räumlicher Beziehung mit der neu entstandenen umgebenden Platzfläche (Thurn-und-Taxis-Platz), noch zu den Hochhaustürmen im inneren Grundstücksteil. Eine wirkliche städtebauliche „Inszenierung“ des Bauwerks ist ausgeblieben. In diesem Zusammenspiel stellt das Ensemble zwar einen Kontrast zwischen historischer und zeitgenössischer Architektur dar, durch die monumentale Wirkung der Hochhaustürme und das im Vergleich zum Originalmaßstab in seiner baulichen Kubatur verkleinerte Bauwerk entsteht hingegen der Eindruck des „Erschlagenwerdens“. Mohr nennt das entstandene Ensemble deshalb eine „absurde Architekturkomposition“. Die städtebauliche Situation habe sich „verschlimmbessert“ (Mohr 23.09.2009).

Auch Lüpke (22.09.2009) hadert mit der entstandenen städtebaulichen Situation und der Ausführung der Rekonstruktion, obwohl er sie nach wie vor befürwortet, den Prozess nach den Erfahrungen mit diesem Gebäude aber anders organi-

Abbildung 18  
Das PalaisQuartier aus der Luft (Computersimulation)



Quelle: PalaisQuartier GmbH & Co. KG/Pressefoto

sieren würde. Seine eigene harte Position im Hinblick auf die Rekonstruktion habe sich im Laufe des Prozesses stark geändert, so dass er diese bei Nachfolgeprojekten so nicht mehr einnehmen würde. Die finanziellen Restriktionen des Investors (u. a. wegen des hohen Grundstückspreises) führten dazu, dass die Stadtplanung in manchen Fragen der Rekonstruktion weniger hart verhandelte. Damit bestand die Zwickmühle, einerseits das Palais, aber andererseits eine Stärkung des Einzelhandels zu wollen (ebd.).

Ein weiterer Unterschied zur ursprünglichen Situation liegt in der Tatsache, dass die früher in sich geschlossene Anlage, hinter der sich die repräsentativen Hauptgebäude und der Garten des Fürsten zum umgebenden Stadtraum befanden und „abschotteten“, nun für die Stadtgesellschaft geöffnet wurde. Das heutige Palais bildet das Entree einer öffentlichen Durchwegung durch den innerstädtischen Block, die sich von der Großen Eschenheimer Straße im Westen über den neu geschaffenen Thurn-und-Taxis-Platz bis hin zur südlich liegenden Zeil als innerstädtische Hauptgeschäftzone im Süden zieht. Die Passage dient somit als verknüpfendes Element zweier Gebäude mit dem eingeschossigen Palais als kleiner

Baukörper und mit dem sechsgeschossigen Einkaufscenter „MyZeil“ als größeren Hauptmagneten an der stark frequentierten Geschäftsstraße Zeil, der durch seine spektakuläre Architektur mit dem gewölbten Glasdach „die Besucher ins Innere einsaugt“ (Mohr 23.09.2009). Durch die „Zugkraft des Bildes“ verbessert das wiedererrichtete Palais als kleinerer Magnet nach Lüpke (22.09.2009) lediglich die Zugkraft in den hinteren Grundstücksteil, der ohne die moderne Einkaufsmall-Architektur nicht ausgereicht hätte. Auch die Denkmalpflegerin Jennifer Verhoeven (2009: 30) bezeichnet die Situation als „Miniaturpalais“, das „wie ein theatralischer Eingangsvorbau für die dahinter liegenden Hochhäuser“ wirke.

In ihrer Funktion als Einkaufscenter weisen beide Gebäude aufgrund ihrer Nutzungsstruktur wesentliche Merkmale des Typus eines „Urban Entertainment Center“ auf. Die vorgesehenen Nutzungen des rekonstruierten Palais (Einzelhandel und Gastronomie mit kombiniertem Veranstaltungs- und Eventbereich) entsprechen keiner der historischen Nutzungen. An dieser Stelle sei angemerkt, dass der Vorschlag des Stadtplanungsamtes und auch Dieter Bartetzkos über eine öffentliche kulturelle Nutzung des Ballsaals dem Gebäude eventuell gut getan hätte, da man an die Vornutzung hätte anknüpfen können. Besonders die Diskrepanz zwischen der verwendeten äußeren barocken Symbolik des herrschaftlichen Bautyps und der heutigen inneren Nutzungsstruktur wird von Denkmalpflegern wie Mohr, Verhoeven und Hansen scharf kritisiert. Sie sprechen dem Gebäude eine verlorenen historische Authentizität und Kontinuität zu. Mohr zufolge diene das Gebäude „nur als Entree für einen Ort, an dem man gut Klamotten verkaufen kann“ und sei eine „reine Umsatzschleuder aufgrund einer eiskalt ausgeführten Kalkulation des Investors, der nur an der Vermietung seiner Flächen interessiert ist“ (Mohr 23.09.2009). Verhoeven (2009: 30) nennt das Gebäude eine „verkleinerte Architektur im Gewand einer barocken, städtischen Adelsresidenz“, die sich zwar an die historische Architektursprache anlehne, sie aber beliebig anwende und sie somit austauschbar mache. Der ursprüngliche Symbolcharakter des Bautyps eines Adelpalais (Anm.: mit dem

Merkmal der Repräsentativität) verliere an Bedeutung, da die ausgeführte Form des Bauwerks keinem Sinn mehr zugeordnet werden könne (ebd.). Ähnlich wie Verhoeven kritisiert Astrid Hansen (2008: 15) das Projekt als „reinen Fassadismus“. Mohr empfindet das heutige Ergebnis als „Las Vegas“-Architektur, die dem Laien als „Gag“ eine „Pseudohistorie“ vermittele und Ausdruck eines verfälschten Geschichtsbewusstseins sei (Mohr 23.09.2009).

Die maximale bauliche Ausnutzung des Grundstücks durch die errichteten Hochhaustürme sowie die geforderten Abstandsflächen zwischen den Gebäuden führten im Ergebnis dazu, dass der Bau in seinen baulichen Ausmaßen reduziert wurde (Bartetzko 24.09.2009, Lüpke 22.09.2009). In diesem Sinne stellt das aus Platzgründen um mehrere Achsen verkürzte Palais eine verkleinerte Kopie des ursprünglichen Gebäudes dar, die nicht mehr auf den Originalmaßstab zurückgeht. In seinen Proportionen entspricht lediglich der wiederhergestellte Ehrenhof dem historischen Vorbild. Die geringere Bautiefe an der Rückseite hatte auch eine veränderte Struktur im Inneren des Gebäudes zur Folge. Davon ist vor allem der Zentralbau mit Rotunde betroffen, in der die beiden barocken Festsäle rekonstruiert werden. Wegen der Maßstabsveränderungen kann der wiederhergestellte zentrale, barocke Treppenaufgang seine imposante Wirkung nicht mehr entfalten (Lüpke 22.09.2009). Dies mag vielleicht auch darin begründet liegen, dass das umlaufende Barockgitter bisher nicht rekonstruiert wurde. Ebenso wurde die Rekonstruktion der berühmten Wand- und Deckengemälde in der Kuppel vom Investor zurückgestellt (Bartetzko 24.09.2009). Um das Gebäude den heutigen Nutzungsansprüchen anzupassen, wurde in den Seitenflügeln des Ehrenhofes zum Einbau mehrerer Nutzungsebenen die Raumtiefe und Raumhöhe verringert, um hier Einzelhandels- und Gastronomieeinheiten unterzubringen (ebd.). Die Arkadengänge wurden nicht offen, sondern verglast ausgeführt (Lüpke 22.09.2009).

Eine Tiefgarage, auf deren Betonsockel das Gebäude heute steht, dient der Unterbringung von etwa 400 öffentlichen und privaten Stellplätzen. Nach dem Ab- und

Wiederaufbau unter Verwendung der erhaltenen und denkmalgeschützten Sandsteinornamente sind nur noch die Säulen und Fenstergewände des Torpavillons Originale. Mohr (23.09.2009) lobt hier die qualitätsvolle Ausführung der Steinmetzarbeiten durch eine Firma aus Dresden. Im Gegensatz zum Original haben die beiden freistehenden Seitenflügel Schau-seiten erhalten, die sie wegen der Nebenhöfe früher nicht hatten. Die seitlichen Fassaden und die Gartenfassade an der Rückseite wurden neu entworfen. Lüpke (22.09.2009) lobt die sorgfältige Ausarbeitung der Fassadenelemente in Frankfurter Rotsandstein. Für Mohr stellt das äußere Erscheinungsbild einen Versuch dar, „es optisch hinzukriegen“, der „für den Laien auch in Ordnung wäre“ (Mohr 23.09.2009). Eine weitere gravierende Änderung im Vergleich zum Original stellt der innere Betonkern mit hinterbelüfteter Fassade und Wärmedämmung dar, auf den die Sandsteinelemente geklebt sind. Dieser Aufbau entspreche nach Mohr (23.09.2009) zwar den heutigen Bauvorschriften, widerspreche jedoch denkmalpflegerischen Grundsätzen. Kurz nach der Fertigstellung des Baus nannte die Journalistin Claudia Michels das Stadtschloss eine „Mogelpackung aus einem Betonkern, ummantelt von Backsteinen und hellem Putz. Das wird kaum einer merken, wenn man das Prunkstück aus Gerüsten und Planen schält.“ (Michels 2009: Auch vom Alten was Neues). Nach Bartetzko (24.09.2009) ist es im Moment kurz vor der Eröffnung des Thurn-und-Taxis-Palais sehr ruhig geworden in der Öffentlichkeit. Angesichts der Tatsache, dass das Bauwerk eine Attrappe darstelle und möglicherweise auf Kritik stoße, ist er gespannt auf die Reaktion der Stadtverwaltung bei der Eröffnung. Er geht davon aus, dass die Stadtverwaltung aller Wahrscheinlichkeit nach um Gesichtswahrung bemüht ist.

#### *Entwicklung der politischen Kultur und des zivilgesellschaftlichen Engagements*

Das Ergebnis des Wiederaufbauprozesses ist im Hinblick auf die Entwicklung des zivilgesellschaftlichen Engagements als nicht relevant einzuschätzen. Im Zuge der Rekonstruktionsdebatte sind im Kontext zur lokalpolitischen Kultur eher negative

Entwicklungseffekte zu verzeichnen. Diese Aussagen sind im Wesentlichen auf folgende Ursachen zurückzuführen:

- Im Vergleich zu anderen Frankfurter Rekonstruktionsdebatten, die mit Ausnahme der Stadtbibliothek, über mehr Rückhalt in der Stadtgesellschaft verfügen, ist beim Thurn-und-Taxis-Palais keine Aktivität an zivilgesellschaftlicher Initiative zu verzeichnen. Dabei ist zu konstatieren, dass das aus verschiedenen, bereits erläuterten Gründen resultierende Desinteresse der Frankfurter Stadtgesellschaft dem Schicksal des Bauwerks gegenüber auch zu keinem Zeitpunkt in vermehrte Aktivitäten umgeschlagen oder in Anbetracht der medial inszenierten Auferstehung des Stadtschlusses in eine Welle der Begeisterung im Zuge des Baufortschritts mündete.
- In diesem Sinne hat der Prozess die Kultur des zivilgesellschaftlichen Engagements weder bereichert, ihr aber umgekehrt auch nicht geschadet. Bemerkenswert ist, dass im Vergleich zu den anderen Wiederaufbauvorhaben zu keinem Zeitpunkt eine öffentliche Debatte um den Wiederaufbau stattgefunden hat. Der Grund, warum dies nicht geschehen ist, mag in der geringen Verankerung des Gebäudes im Geschichtsbewusstsein der Frankfurter sowie dem geringen Identifikations- und Emotionalisierungsgrad liegen. Dies legt die Vermutung nahe, dass sich von Anfang nur ein geringes Konfliktpotential entwickeln konnte.
- Als weiterer Punkt ist die relativ kleine Gruppe von Initiatoren zu nennen, die den Wiederaufbau angestoßen hatte. Aufgrund der machtpolitischen Konstellationen wurde diese jedoch schon bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt von einer Gruppe von Promotoren als „Meinungsmacher“ übernommen, die die Idee zum Wiederaufbau übernahm und kontinuierlich vorantrieb. Es bleibt festzustellen, dass gerade diese von Arning (22.03.09) polemisch als „Inner Circle“ bezeichnete Akteursgruppe im Verlauf des Prozesses aufgrund der Forderungen des Projektentwicklers („Schloss gegen Hochhäuser“, die anhaltende Nutzungsdiskussion, architektonische und städtebauliche Vor-

stellungen) gezwungen war, ihm gegenüber Zugeständnisse einzuräumen, die in Folge zu erheblichen Auswirkungen auf das baulich-räumliche Ergebnis des Bauwerks an sich und der Frankfurter Skyline führten. Den fachlichen Akteuren des Stadtplanungsamtes und des Landesamts für Denkmalpflege fiel dabei während des ganzen Prozesses trotz der Einbringung von Fachargumenten für eine möglicherweise „gelungenere“ Rekonstruktion eine unglückliche Vermittlerrolle zu. Sie mussten im Verlauf des Prozesses eine weniger harte Verhandlungsposition einnehmen. Zudem fanden sie innerhalb der Kommunalpolitik keinen Rückhalt. Schließlich wurde der angestoßene Wiederaufbauprozess nach dem Abschluss des städtebaulichen Vertrags, der nur wenig Bindungskraft für den Investor beinhaltete, ihm umgekehrt aber einen vergleichsweise großen Freiraum bot, in einem eher konventionellen Bebauungsplanverfahren zur Neuordnung des Geländes fortgeführt, das zwar dem Ausgleich zwischen öffentlichen und privatwirtschaftlichen Interessen dienen sollte, aber keine Wendungen oder Konfliktbewältigungslösungen mehr mit sich brachte. Dieses eher als „normales Alltagsgeschäft“ der Lokalpolitik zu bezeichnende planerische Instrument brachte im Hinblick auf die eingangs erwähnten zwei Aspekte keine Innovationen hervor. Bezeichnenderweise ist die Diskussion um den Wiederaufbau eine nach außen hin kaum wahrnehmbare, interne Diskussion geblieben. Folglich ist das baulich-räumliche Ergebnis als ein Ergebnis interner Verhandlungen zu bewerten.

- Das Wiederaufbauvorhaben avancierte im Verlauf des Prozesses aufgrund der Synergieeffekte mit dem Projekt „PalaisQuartier“ gleichermaßen zu einem Prestige- und Erfolgsprojekt des Investorenkonsortiums wie auch der CDU-Rathauspitze und den Stadtverordneten der CDU und wurde als solches auch so in der Öffentlichkeit proklamiert. Gleichwohl ist festzustellen, dass der Preis für die Realisierung als sprichwörtlich „sehr hoch“ angesehen werden muss. In diesem Zusammenhang erscheint es unverständlich, dass von der vorgenannten Akteursgruppe informelle

städtebauliche Leitbilder wie der Hochhausentwicklungsplan, die der Steuerung der vertikalen baulichen Entwicklung sowie Entwicklung der Frankfurter Skyline dienen sollen (vgl. Stadt Frankfurt am Main (2009): Fortschreibung des Hochhausentwicklungsplans), ebenso wie die Vorschläge der beteiligten Ämter und Behörden im Hinblick auf den Umgang mit dem Gebäude missachtet wurden. An dieser Stelle ist noch einmal auf die zentrale Bedeutung des städtebaulichen Vertrags im Prozess hinzuweisen, der vom damaligen Planungsdezernenten ohne die Einbeziehung der Stadtverordnetenversammlung ausgehandelt wurde. Da dieser vom Investor während des gesamten Prozesses als Verhandlungsgrundlage bei gleichzeitig hohem Ausnutzungsdruck des Grundstücks herangezogen wurde, konnten die in ihm getroffenen Entscheidungen letztlich im Bebauungsplanverfahren nicht mehr aufgefangen werden.

- Als letzter Punkt ist in Ergänzung zu den vorherigen Ausführungen die in der Debatte vorzufindende unkritische und unreflektierte Haltung der stadtpolitischen Vertreter aus dem konservativen Lager gegenüber dem wahren Wert und der Bedeutung einer Rekonstruktion zu nennen, wie etwa vom Planungsdezernenten Edwin Schwarz (CDU), der sich, wie Alexander (2006) kritisch anmerkte, diese „als denkmalpflegerische Leistung“ zu Gute hält. Diese Denkweise erlaube „tiefe Einblicke in ein oberflächliches Verhältnis zur Bauhistorie.“ Alexander führt weiter an: „Wenn sich das Verlorene wiedergewinnen lasse, so die fatale Logik dieser Denkweise, dann sei die Pflege des Originals nur noch von untergeordneter Bedeutung“ (ebd.).

#### *Lokale Identifikation*

Mit der Wiedererrichtung des Thurn- und-Taxis-Palais hat die Frankfurter Innenstadt ein weiteres repräsentatives Gebäude zurück gewonnen, mit der sich die Frankfurter Stadtgesellschaft identifizieren kann. So scheint nach Aussagen und Einschätzungen von verschiedenen Gesprächspartnern das Gebäude nach seiner Errichtung und vor seiner Eröffnung Ende 2009 wahrgenommen zu werden.

Die Wahrnehmung und Wertschätzung reduziert sich bisher auf das „bildhafte“ historische Äußere des Gebäudes unabhängig von der inneren Nutzungsstruktur, wobei ästhetische Aspekte wie zum Beispiel die Wirkung der Außenfassade einen wichtigen Identifikationsfaktor darstellen. Momentan werden das äußere historische Bild und die innere Nutzungsstruktur, das nach der Eröffnung ein exklusives Gastronomie- und Einzelhandelsangebot aufweisen wird, nicht als Widerspruch wahrgenommen, sondern allgemein akzeptiert. Demnach scheint allein die bildhafte historische Architektursprache auszureichen, um die Rekonstruktion zu akzeptieren. Daraus ließe sich folgern, dass die Symbolik, die das Gebäude nach seinem „Zweiten Wiederaufbau“ in der Wahrnehmung der Bevölkerung innehat, sich momentan allein auf das Merkmal der Repräsentativität reduziert. Hingegen scheint das Interesse an der geschichtlichen Bedeutung und Symbolik des Gebäudes, an der stadträumlichen Situation, der Rekonstruktion oder an dem wahren Wert einer Rekonstruktion, wie sie in der Rekonstruktionsdebatte von den Befürwortern mehrfach als Legitimation für den Wiederaufbau herangezogen wurde, bisher sehr gering auszufallen. Dies mag daran liegen, dass das Schloss im Geschichtsbewusstsein der Frankfurter Stadtgesellschaft seit seiner Entstehung noch nie eine bedeutende Rolle gespielt hat, diese an der Rekonstruktionsdebatte nicht teilgenommen hat und sie daher auch heute nicht an die historischen Bezüge anknüpfen kann. Die Frage der Identifikation und Wertschätzung eines Gebäudes ist demnach offenbar vor allem eine Frage der Interpretation aus der spezifischen Sichtweise der Akteure. Gleichwohl geht aus den Aussagen der Gesprächspartner und den Befunden aus dem Kapitel „Rolle der Bevölkerung“ hervor, dass die Errichtung eines weiteren historischen Gebäudes neben den bereits realisierten Rekonstruktionsprojekten eine potenzielle Touristenattraktion darstellt.

Arning (22.09.2009) geht davon aus, dass die Wahrnehmung des Bauwerks in der Frankfurter Öffentlichkeit mit erhöhtem Baufortschritt schon zugenommen habe. Das Thurn-und-Taxis-Palais werde nun aber „mit Entsetzen zur Kenntnis genommen“. Er kenne niemanden, „den es mit

großem Reiz hineinzieht“. Die Benutzer der unmittelbar neben dem Palais liegenden Tiefgaragenzufahrt nehmen gezwungenermaßen nur die optische Wirkung der Fassade mit dem Frankfurter Rotsandstein als „schönen Schein“ wahr. Dahingegen bestehe kein wirkliches Interesse an der Rekonstruktion oder an der früheren geschichtlichen Bedeutung des Gebäudes. Das Interesse der Bevölkerung an dem Wiederaufbau sei aber seiner Einschätzung nach nicht zu überschätzen, es relativiere sich im Vergleich zu anderen Wiederaufbauvorhaben Frankfurts. Nach Mohr (23.09.2009) sei die Wiedererrichtung des Stadtschlusses „Balsam für die Seele des Frankfurters“. Die Bevölkerung akzeptiere die Erschaffung neuer geschichtlicher Gebäude, Altstadt und Stadtschloss stellen potenzielle Touristenattraktionen dar. Auch Bartetzko (24.09.2009) berichtet von wohlwollenden Reaktionen aus der Bevölkerung nach der Errichtung des Gebäudes, die sich über das Ergebnis freut („Bürger glücklich und zufrieden“). Dies sei als ein „typisches Frankfurt-Phänomen“ zu bewerten. Seiner Einschätzung nach stellt das Thurn-und-Taxis-Palais schon vor seiner Eröffnung unabhängig von der inneren Nutzungsstruktur einen Identifikationsfaktor dar (Anm.: Bartetzko spricht damit das Einzelhandels- und Gastronomieangebot aus dem gehobenen Segment an). Zwar komme bei der näheren Diskussion Kritik an der Nutzung auf, momentan werden das Äußere und das Innere aber nicht als Widerspruch wahrgenommen. Dabei geht Bartetzko von der Annahme aus, dass die Bevölkerung allein den Moment der Wiederauferstehung akzeptiere, „obwohl viele wegen der Luxusboutiquen gar nicht hineingehen“. Unabhängig davon werde aber eine „Wanderung von der Exklusivität zur allgemeinen Popularität“ einsetzen. Anknüpfend an die Debatte um das Dom-Römer-Areal bleiben Rekonstruktionen in Frankfurt ein ewig populäres Thema, in das sich auch das Thurn-und-Taxis-Palais einreihen wird (vgl. hierzu auch Hansen 2008: 15). Im Gegensatz zu Arning und Bartetzko geht Lüpke (22.09.2009) davon aus, dass eine messbare lokale Identifikation der Frankfurter Bevölkerung, die zum heutigen Zeitpunkt noch nicht zu spüren sei, erst mit der Inbesitznahme durch die

Nutzung und Zugänglichkeit nach der Eröffnung zu verzeichnen sein wird.

Bezweifelt werden darf angesichts der bisherigen Wirkung der Rekonstruktion die Einschätzung des Stadtverordneten Stefan Majer (Grüne), dass die „spannungsvolle Kombination aus hochmoderner Architektur und Rekonstruktion“ viele Menschen anspricht und den Reiz der Innenstadt ausmachen wird. Auch muss an dieser Stelle seiner Einschätzung widersprochen werden, dass Laien den wahren Wert einer Rekonstruktion erkennen und wertschätzen können, wie Majer es in seiner Argumentation angeführt hat.

#### *(Touristische) Vermarktung*

Aufgrund des Potenzials, das dem wieder aufgebauten Thurn-und-Taxis zugeschrieben wird, wurde die Rekonstruktion in die gezielte Vermarktungsstrategie des Investors bzw. Betreibers eingebunden. Ob diese erfolgreich Kunden als Zielgruppe anlocken wird, kann erst nach der Öffnung des Gebäudes abschließend beantwortet werden. Gleichwohl deuten die Aussagen Lüpkes, Mohrs und Bartetzkos zum Identifikationsgrad darauf hin, dass das Gebäude unabhängig von der inneren Nutzung schon heute wegen der schlichten Tatsache des „Vorhandenseins“ und wegen der äußeren Ästhetik von der Frankfurter Bevölkerung angenommen wird. Auch die von den Denkmalpflegern geäußerte Kritik wird potenzielle Besucher wohl nicht davon abhalten, das rekonstruierte Palais als schön zu empfinden und zu akzeptieren. Dies legt die Vermutung nahe, dass die zukünftigen Kunden alleine schon aus der erweckten Neugier über das Gebäude „mit historischem Ambiente“ dieses nutzen werden, weniger aus geschichtlichem Interesse, sondern vor allem wegen des konsumorientierten Nutzungsangebots.

Im Gegensatz dazu sind Aktivitäten einer touristischen Vermarktung noch nicht zu verzeichnen, obwohl das Palais sicherlich auch hier Potenziale aufweist. Über die Frage, ob sich das Gebäude wirklich zu einem „Highlight“ und einer „besonderen Attraktion“ für Frankfurter und auswärtige Besucher entwickeln wird, wie es die Befürworter in der Rekonstruktionsdebatte vorausgesehen hatten, kann an dieser Stelle nur spekuliert werden. Dies

würde voraussetzen, dass eine Rekonstruktion, egal ob sie originalgetreu gemacht wurde oder nicht, gleichzeitig eine hohe Identifikation garantiert. Dagegen sprechen Aspekte wie etwa die im Gegensatz zur Altstadt vergleichsweise geringe Verwurzelung im Geschichtsbewusstsein und im kollektiven Gedächtnis der Frankfurter Stadtgesellschaft, der geringe Emotionalitätsgrad und die geringe Symbolkraft des Gebäudes – denn bisher strahlt dieses trotz des äußeren Schmuckkästcheneffekts vor allem den Charme eines „Konsumtempels“ aus. Vielleicht wird das Palais im Gegensatz zur Altstadt auch einfach nicht als „typisch frankfurterisch“ eingestuft. Ungeachtet dessen ordnet sich damit das Thurn-und-Taxis-Palais als ein Gebäude unter vielen in die Reihe von Wiederaufbauprojekten ein, die nach ihrer Errichtung das heutige und zukünftige Frankfurter Stadtbild prägen. Es bleibt abzuwarten, ob hiermit die in der derzeitigen Ära der Frankfurter Stadtpolitik vertretene Strategie einer erhofften Imagesteigerung und Profilierung im Standortwettbewerb der Städte aufgehen wird.

### **5.5 Einflussfaktoren auf Entscheidungsprozesse über Rekonstruktionsvorhaben und deren Merkmale**

Die ausführlichen Analysen der unterschiedlich profilierten Fallstudien zeigen deutlich auf, wie vielfältig sich die Rahmenbedingungen vor Ort auf die Form und den Ausgang von Wiederaufbau-Verfahren auswirken können. Einige besonders bemerkenswerte Beobachtungen sollen im Folgenden noch einmal gesondert hervorgehoben werden. Dabei soll, wo möglich, auch auf andere als die zuvor untersuchten Beispiele eingegangen werden. Sinnvolle Ergänzungen bieten hier insbesondere die drei im Rahmen der BMVBS-Baukulturwerkstatt behandelten Wiederaufbauvorhaben, das im nachfolgenden Kapitel aufgegriffene Berliner Stadtschloss sowie das von Wagner-Kyora (2009) ausführlich untersuchte Braunschweiger Residenzschloss.



### 5.51 Rekonstruktionsbewegungen als Ausdruck zugeschriebener Bedeutung

Zunächst ist deutlich geworden, dass Rekonstruktionsvorhaben nicht an jeder Stelle durchsetzbar sind oder auch nur mit realen Chancen ins Gespräch gebracht werden können. Die fachlichen Positionen von Architekten, Denkmalpflegern und teilweise auch Stadtverwaltungen sind grundsätzlich – bei allem Eingehen auf die Kritik an der städtebaulich-architektonischen Moderne – darauf ausgerichtet, zeitgenössischer Architektur über Wettbewerbe oder ähnliche Auswahlverfahren zum Durchbruch zu verhelfen. Dahinter verbergen sich unterschiedliche Motive, die von einer Unterstützung bzw. den Glauben an die kreativen Möglichkeiten der Architekten über ein implizites oder explizites Bekenntnis zur Charta von Venedig bis hin zu einer Einschätzung reichen, die Probleme der architektonisch-städtebaulichen Moderne seien im Wesentlichen struktureller Art und könnten nicht über Stilvorgaben geregelt werden.

Gegen diese dominante Position, die sogar im sehr rekonstruktionsfreundlichen Klima am Neumarkt Dresden vorgefunden werden konnte, können Rekonstruktionsbefürworter nur schwer ankommen, da sie die besondere Ausnahmesituation des jeweiligen Projekts deutlich machen müssen. Dies gelingt im Einzelfall, aber schon nicht mehr so leicht am Ensemble, dessen Wiederherstellung sich in Gesamtheit auch als kritische Rekonstruktion mit zeitgenössischer Architektur und einzelnen Leitbauten plausibel machen lässt, was angesichts der Notwendigkeit, Investoren zu finden, die bereit sind, die Kosten für Wiederaufbauvorhaben zu tragen und mit den historischen Strukturen der betreffenden Gebäude auch umzugehen, eher Umsetzungserfolg für die öffentliche Hand verspricht als eine Komplettrekonstruktion.

Bezogen auf Einzelgebäude wird die besondere Situation mit der Bedeutung des verlorenen Gebäudes gerechtfertigt, die jedoch unterschiedlich groß ist, je nachdem, in welcher Stadt man sich befindet und um welchen Gebäudetyp es sich handelt. Nichtsdestoweniger wird in der Argumentation für einen Wiederaufbau eine „zugeschriebene Bedeutung“ in den Mittelpunkt

gestellt, die keineswegs von vornherein feststeht. Katalytische Faktoren sind ein besonderer Standort, der einer Akzentuierung durch ein historisches Gebäude zu bedürfen scheint, die Bezugnahme auf einen Mythos, der der Stadt, dem Ort in der Stadt oder dem Einzelgebäude anhaftet, und die Vermittelbarkeit eines solchen Mythos'. Die unterschiedliche Aufnahme derartiger Argumentationsfiguren zeigt sich beispielsweise im Vergleich der Paulinerkirche mit der Frauenkirche in Dresden, aber auch zu den Leitbauten am Neumarkt. Das Rathaus Wesel wird in ähnlicher Weise, wenn auch im kleineren Maßstab, als herausragender Bau diskutiert. Einen Sonderfall stellt das Thurn-und-Taxis-Palais dar, für das sich gar keine ernst zu nehmende Bewegung formiert, das aber dennoch in der Diskussion als Stadtschloss in der bürgerlichen Stadt bzw. als historisches Gegenstück zur Paulskirche, deren Bedeutung unbestritten ist, zum Ausnahmestatbestand stilisiert werden kann.

Wenngleich die Ursache für den Rekonstruktionswunsch und dessen Verbreitung in Teilen der Bevölkerung nicht von einer kunsthistorischen Bedeutung des Gebäudes oder Ensembles allein ausgeht (vgl. dazu insbesondere Kap. 4.3), spielen doch besondere Zerstörung des Orts, die überhaupt eine Chance zur Stadtreparatur zu lassen scheint, Bedeutung des Standorts im Stadtgefüge und als Identifikationsort für die Stadtbevölkerung (Marktplatz, Altstadt usw.) sowie die zugeschriebene stadteschichtlich-kunsthistorische Bedeutung des zu rekonstruierenden Bauwerks eine Rolle. Die Eignung für eine Argumentationsfigur, die es zur Ausnahme macht, wird von Rekonstruktionsbefürwortern erfolgreich aufgegriffen. Sie lässt etwa auch alternative Einschätzungen zur Paulinerkirche zu (die schließlich nicht originalgetreu rekonstruiert wird), während in Wesel das Rathaus zum eindeutigen Fokus der Rekonstruktionsbefürworter wird, es in Dresden nur darum geht, wie viele Leitbauten am hochrangigen Umfeld der Frauenkirche rekonstruiert werden sollen, und der Pellerhof in Nürnberg (hier nicht näher untersucht) als eine der letzten erhaltenen vergleichbaren Hofanlagen an Bedeutung gewinnt. Die Chance auf Bewahrung, die in der Denkmalpflege an den Seltenheitswert noch verfügba-

rer baulicher Spuren einer vergangenen Epoche anknüpft, findet hier ihr nicht-fachliches Pendant: Die Befürworter argumentieren damit, dass im Zusammenhang mit einem Rekonstruktionsprojekt die seltene Chance bestehe, überhaupt ein herausragendes Bauwerk wiederherzustellen, während andernorts die Spuren gar nicht mehr da sind, auf denen aufgebaut werden kann (Nürnberg) bzw. die Voraussetzungen für einen Wiederaufbau gerade an der betreffenden Stelle überhaupt herstellbar sind (Neumarkt Dresden, Schloss Berlin, auch Paulinerkirche Leipzig). Ebenso wird in Anlehnung an den geschichtsbezogenen Denkmalwert mit der Bedeutung des Bauwerks für die Vermittlung (stadt-)historischer Zusammenhänge und Entwicklungen argumentiert (vgl. Thurn-und-Taxis-Palais, insbesondere aber den Fall der Paulinerkirche als Wirkungsstätte Luthers, bedeutender Personen der Musikgeschichte und Ort des Widerstands innerhalb der DDR).

### 5.52 Die Rahmung des Diskurses durch „umtriebige Akteure“

Die oben skizzierten Überlegungen machen deutlich, wie bedeutungsvoll die Möglichkeit einer Zuspitzung und die Tragfähigkeit von Argumenten in einer Rekonstruktionsdebatte sind. Natürlich können sich auch auf anderem Wege im Einzelfall Wiederaufbauüberlegungen einstellen – man denke an investorengetragene Vorhaben wie das Schloss Braunschweig, wo vermeintliche Identitätsstiftung aufsatzelt auf einem latent vorhandenen Wunsch nach Stadtreparatur –, doch stellt die Argumentationshöhe eine wichtige Voraussetzung für die Rekonstruktionsbefürworter dar, immer wieder unentschlossene Politiker – die sich in der Diskussion von Wiederaufbauvorhaben keineswegs immer in bekannten bzw. angenommenen Fraktionskonstellationen wieder finden, in denen die Konservativen Rekonstruktionen das Wort reden und die Linken sie ablehnen – in Handlungszwang zu versetzen bzw. die Hindernisse für eine Rekonstruktion in den einzelnen Verfahrensschritten zu überwinden. Hierzu ist die „Rahmung von Diskursen“ (Hajer 1995) der Schlüssel.

Die scheinbare Klarheit des Rekonstruktionsprojekts – bei allen ungeklärten De-

tailfragen – lässt hier die Rekonstruktionsbefürworter in Vorhand gegenüber abstrakt-wissenschaftlichen Gegenpositionen gehen. Wo diese Klarheit nicht herstellbar ist, wird es auch für die Befürworter schwer. Am Beispiel der Paulinerkirche in Leipzig wird deutlich, dass Uneinigkeit und frühe Aufgabe der Maximalforderung nach originalgetreuer Rekonstruktion durch die Befürworter deren Scheitern bedeuten können. Aufschlussreich für diesen Zusammenhang ist die beobachtete und immer wieder kritisierte Vergrößerungslogik in der Argumentation von Befürwortern: Indem sie auf die Größe des Entwurfs von Schinkel, Schlüter, Bähr oder sonst jemandem hinweisen (bzw. auf die Schönheit des barocken Elbflorenz oder die Seltenheit der flämischen Spätgotik), negieren sie die Verwerfungen und Überprägungen der nachfolgenden Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte. Die Ablehnung der historischen Überprägungen nach dem als so grandios erachteten Barockzeitalter (das Verweise auf August den Starken und Canaletto zulässt) ist also für die Gegner eindeutig eine kulturhistorische Schwäche der Befürworter. Das ihr innewohnende „Entrückungspotential“ ist aber Voraussetzung dafür, im Diskurs die herausragende Bedeutung des zu Rekonstruierenden zu beschwören und argumentativ zu stabilisieren. Im Vorgriff auf das nachfolgende Kapitel wird auch unter Einbeziehung der Berliner Schlossdebatte hieraus ein Schuh: Zwar schlägt sich praktisch die ganze kulturkritische Fachwelt auf die Seite des verblüffenden Entwurfs von Kühn/Malvezzi, der dem Schlosswiederaufbau in Berlin Zeit lassen will, sich in der weiteren Bewährung der nächsten Jahre erst ein abschließendes und noch zu entwickelndes Fassadenkleid zuzulegen, doch kommt dieser Entwurf über einen Sonderpreis nicht hinaus, da seine Prämierung die Bedeutungslogik des Schlüter-Entwurfs in Frage stellen würde, auf dessen Mythos (herausragende Architektenpersönlichkeit, Schloss trotz seiner Orientierung am Palazzo Madama in Rom bedeutendster Barockbau Norddeutschlands) die Durchsetzbarkeit des Wiederaufbaus überhaupt erst gegründet wurde (und angesichts von dessen Bedeutung auch der immer wieder ins Gespräch gebrachte, historisch durchaus ebenfalls bedeutsame Renaissance-

Burg-Kern an der Spree nicht zum Teil des Rekonstruktionsvorhabens geworden ist).

Gegen eine solche Eindeutigkeit haben Architektur und Denkmalpflege unentschlossenen Entscheidungsträgern lediglich schal erscheinende und risikobehaftete Gegenangebote zu machen. Zwar droht den Entscheidungsträgern, sich als Bananen zu outen, wenn sie leichtfertig einem ahistorischen Rekonstruktionsprojekt oder gar einer Geschichtsfälschung das Wort reden – ein Vorwurf, dem sie mit einer umso genaueren Diskussion der (kunst-)historischen Bedeutung des zur Rekonstruktion vorgeschlagenen Bauwerks zu entgegen versuchen und oft genug in der breiten Öffentlichkeit auch zu entgegen scheinen. Für die Neubesetzung eines Orts, der nach Stadtreparatur verlangt und diesbezüglich eine Gelegenheit bietet, die vielleicht aufgrund der Eigentümer- und Immobiliensituation nicht oft wiederkehrt, hat die Architektur trotz Überwindung der Nachkriegsmoderne vor allem ein prozessuales und damit sehr implizites Gegenangebot: den Wettbewerb als die Suche nach der besten zeitgenössischen Lösung. Er kann den Ruch von Hinterzimmer-Entscheidung einer Clique nicht immer abstreifen (vgl. dazu etwa die sehr scharf geführte Architekturdebatte im Berlin der 1990er Jahre) und bedeutet ein Einlassen auf eine Entscheidungssituation, bei der sowohl das Handeln der Teilnehmer als auch der Jurymitglieder nicht vollständig vorausgeplant werden kann und vor allem einer Nachbesserung bei Nichtgefallen schwierige Selbstbindungen der Stadt im Weg stehen. Der leuchtenden Kraft der Architektur im Sinne des Bilbao-Effekts fehlt es in einem Umfeld der Kriegszerstörung und des Nachkriegs-Wiederaufbaus an stabiler vormoderner Struktur, um sich einen solchen Kontrast leisten zu wollen – wo es geschieht, wie am Libeskind-Neubau des Jüdischen Museums in Berlin, findet das nicht ohne eine Einbettung in eine komplexe kritische Rekonstruktion statt, die zumindest verspricht, die zerpfückten städtebaulichen Strukturen der Südlichen Friedrichstadt umfassend zu reparieren. In einem städtebaulich-architektonisch modern geprägten Umfeld steht dagegen die allenthalben hegemoniale Kritik einer weiteren Überhöhung mit einem zusätzlichen spektakulären Einzelbauwerk

entgegen – man beachte die aktuelle Berliner Diskussion um eine Weiterentwicklung des Kulturforums oder auch die vor einem Jahrzehnt geführte Auseinandersetzung um den Potsdamer Platz, im Rahmen derer ein spektakuläres Einzelbauwerk lediglich als vermittelnde Geste zur dahinterliegenden Scharounschen Staatsbibliothek vorstellbar war. Bemerkenswert erscheint hier das Thurn-und-Taxis-Palais, wo die Gleichzeitigkeit von Wiederaufbau und zeitgenössischer Stararchitektur sowie ihre Verbindung mit einer großflächigen innerstädtischen Einzelhandelsansiedlung offenbar dazu führten, dass die übliche Kritik an allen drei Vorgehensweisen kaum stattfand.

Auch die Denkmalpflege kann den Entscheidungsträgern keine unumstrittenen Verheißungen offerieren: Sie muss sich aus ihrer fachlichen Logik heraus an den denkmalpflegerischen Wert, also eine wissenschaftliche Kategorie, eines Bauwerks klammern, der mit Schönheit per definitionem nichts zu tun hat. Tendenziell muss sie eher für den Erhalt stigmatisierter Bauten wie dem Fernmeldehochhaus oder auch dem Technischen Rathaus in Frankfurt werben, Torsoi sichern, um Spuren der Geschichtlichkeit und ihre Überschichtungen in unterschiedlichen Epochen erkennbar zu machen, sich gegen eine „saubere“ Lösung eines Wiederaufbauvorhabens mit all seiner Reduktion an Komplexität verwahren und schließlich sogar für ein umfassenderes Verständnis von Erhaltungswürdigkeit plädieren, das potentiell die ganze Stadt umgreift und für Entscheidungsträger eher weitere Investitionstätigkeit zu ersticken droht als die Perspektive auf eine in allen Poren kulturell durchwirkte und von der Bevölkerung „gelebte“ Denkmallandschaft zu eröffnen (Sauerländer 1975). Denkmalpflege ist also „sperrig“ und wegen ihrer wissenschaftlichen Subtilität nicht geeignet, neben zeitschriftengerecht präsentierbaren Einzellösungen populäre Alternativen für die geschundenen Stadtbereiche zu bieten, deren sich die Rekonstruktionsbefürworter annehmen, und für die die Denkmalpfleger kraft ihres Amtes ja nicht einmal richtig zuständig sind.

In einem solchen Umfeld gelingt es also bisweilen „umtriebigen Akteuren“, die ein

Rekonstruktionsvorhaben zu ihrem Projekt machen, argumentativ die anderen Akteure vor sich her zu treiben. Im Wesentlichen sind drei Konstellationen denkbar, die bürgerschaftliche, die mäzenatische und die investorengetragene (eine vierte „stadtpolitische“ ist eher selten und tritt kaum autonom auf). Die erste setzt auf Kategorien wie Schönheit, Heilung und Erinnerung durch sichtbar wiederhergestellte Größe, die als notwendig für eine angemessene Erinnerungsfähigkeit postuliert wird (vgl. dazu die Ausführungen von Neidhardt 2007 zum Neumarkt Dresden). Bisweilen unterstützen derartige Projekte auch Kunsthistoriker, wenn sie sich selbst die Zulässigkeit des Einsatzes für einen Sonderfall gewähren. Das Vorhandensein bürgerschaftlicher Akteure und ihr ehrenamtliches, als gemeinnützig gedachtes und in der Regel als solches anerkanntes Engagement können darüber hinaus aber auch für sich Argumente darstellen, die in einer lokalen Auseinandersetzung bedeutsam werden. Sie können in Wesel möglicherweise sogar entscheidend für die Ratsentscheidung gewesen sein, da weder das Engagement missbilligt, noch die erfolgreiche Spenden- und Fördermitteleinwerbung ignoriert werden sollten und da auch vorherige Kritiker des Vorhabens aus Anerkennung auf weiteren Widerstand verzichteten.

Die zweite wird wirkmächtig durch die Unabhängigkeit, mit der einflussreiche Persönlichkeiten mit ihren Ressourcen für Wiederaufbauvorhaben eintreten können, und die öffentliche Aufmerksamkeit, die den Plattners, Jauchs und Blobels gewiss ist. Interessanterweise macht der Fall der Paulinerkirche in Leipzig auch deutlich, dass die Einbettung mäzenatenhaften Engagements in eine Organisationsstruktur, das sich mit den Mühen der bürgerschaftlichen Ebene auseinandersetzen muss, der Durchschlagskraft des Mäzens nicht immer zuträglich sein muss und umgekehrt das bürgerschaftliche Engagement durch den Mäzen nicht ausschließlich verstärkt werden kann. Dennoch wirkt die mäzenatenhafte Konstellation vermutlich am besten, wenn sie sich einer breiten Unterstützung einer bürgerlichen Bewegung gewiss sein kann, die dem Vorhaben Legitimität durch die Intensität und Breite des Engagements verleiht, wo der Mäzen alleine

zwar wesentliche Ressourcen und eine gewisse informelle Autorität, aber noch keine im Entscheidungsprozess stabile Argumentationsbasis liefern kann.

Auch die investorengeleitete dritte Konstellation ist auf derartige Anschlussfähigkeit angewiesen, damit die kritische Masse an vielschichtigen Argumenten zusammenkommt, um in diesem Fall die zusätzliche Kritik überwinden zu können, die derartige Projekte praktisch schon reflexhaft als Kommerzarchitektur brandmarkt, für dessen Durchsetzung sich Lokalpolitiker von den Investoren „einwickeln“ lassen. Verschiedene Ansätze machen eine Durchsetzung vor diesem Hintergrund möglich, sei es die Begrenzung der öffentlichen Aufmerksamkeit wie im Fall des Thurn-und-Taxis-Palais mit ihrem Verweis auf die Sonderrolle des Gebäudetyps in der bürgerlichen Stadt, sei es die Kombination mit einer funktionalen Stadtreparatur einerseits und der hochkarätigen handwerklichen Ausführung andererseits, ohne die wohl das Braunschweiger Schloss kaum zum medialen Erfolg hätte werden können. Dabei zeigt das Thurn-und-Taxis-Palais aber auch, dass der Anstoß für ein investorengeleitetes Vorhaben oder die von ihm in der Regel damit verfolgte Gebäudenutzung keineswegs vom Investor selber ausgehen muss.

Die hier analysierten Zusammenhänge fügen sich zwanglos auch dann noch in ein schlüssiges Bild, wenn man herausragende Wiederaufbauvorhaben wie das Berliner Schloss oder die Dresdener Frauenkirche mit einbezieht, bei denen auch nicht nur auf inhaltlich, sondern auch kommunikationsstrategisch hochkarätigem Niveau Gegenargumente vorgebracht werden. Die Bilanz von Florian Mausbach (24.09.2009), der an einflussreicher Stelle für den Bund Rekonstruktionsvorhaben wie das Berliner Schloss mit betrieben hat, ist hier aufschlussreich. Er habe an der Dresdener Frauenkirche Menschen in einer Schlange gesehen, die „gerührt, oft mit Tränen in den Augen“ die Kirche betrachtet hätten, und verweist auf die versöhnende Kraft, die im Wiederaufbauvorhaben angesichts des Beitrags von Walter Ulbricht zu Kirchensprengungen in der DDR zu sehen sei. In Städten, in denen nach dem Krieg zwanglos wiederaufge-

baut worden sei, ohne dabei auf eine moderne Formensprache zu setzen, seien die Menschen glücklicher, habe ihm ein Baudezernent in Berlin verraten. Aus beiden Anekdoten spricht eine politische „Übersetzung“ der Rekonstruktionsthematik auf die symbolische und entfachlichte Ebene, die sich damit bewusst gegen rekonstruktionskritische Argumente immunisiert.

### 5.53 Lösungsalternativen als Ausdruck möglicher politischer Auswege

Weiterhin muss berücksichtigt werden, dass im Zusammenhang mit der Herausbildung einer heterogenen „Diskurskoalition“ (Hajer 1995), die in einem unübersichtlichen Entscheidungsumfeld zur Durchsetzbarkeit maßgeblich ist und in der sich unterschiedlichste Argumente sowie Akteure zusammenfinden können, die stadträumlichen Voraussetzungen ihrerseits einen wichtigen Faktor darstellen. Es wurde bereits darauf hingewiesen, welche Bedeutung „Gelegenheitsfenstern“ zukommt, die von bestimmten Akteuren – nicht zuletzt Politikern – genutzt werden und nicht verstreichen sollten. Gelegenheiten ergeben sich aus immobilienwirtschaftlichen und nutzungsbezogenen Umbruchsituationen, in denen ohnehin eine Entscheidung über die Zukunft eines Orts bzw. eines Grundstücks ansteht. Öffnet sich ein Gelegenheitsfenster, ergeben sich hieraus je nach räumlicher „Ausstattung“ des Orts unterschiedliche Handlungsoptionen.

So wird ein Einzelgrundstück völlig anders verhandelt als ein ganzer Stadtteil. Die weitgehend originalgetreue Rekonstruktion eines Einzelbauwerks ist in finanzieller, organisatorischer und vor allem strategischer Hinsicht realisierbar – Widerstand wird im einzelnen Entscheidungsverfahren mit den benannten Argumenten überwunden, vor allem mit Blick auf die Besonderheit der Situation und des zu rekonstruierenden Bauwerks. Im Fall eines Ensembles oder eines Großbauwerks wird das sehr viel schwieriger, lässt sich aber über längere Zeit in Schritten organisieren wie im Fall des Berliner oder des Potsdamer Stadtschlusses. Dagegen lässt sich bei einem Stadtteil wie am Dresdener Neumarkt selbst mit Verweis auf die kunsthistorische Bedeutung, den Doku-

mentationsgrad und die städtebauliche Wirkung der Gesamtheit der Bauten eine weitgehende Rekonstruktion nicht durchsetzen und eine diesbezügliche Argumentation nicht halten.

Ein Stadtteil wird anders verhandelt, da Entscheidungen auf städtebaulicher, gestalterischer und parzellenbezogener Ebene zu fällen sind und dort je unterschiedliche Grade des Eingehens auf den historischen Zustand bzw. die aktuellen Bedürfnisse beispielsweise von Investoren und Nutzern erlauben. Die Besonderheitsargumentation lässt sich nicht beliebig wiederholen. Die Herausbildung der Leitbautenstrategie erscheint in diesem Zusammenhang in mehrerlei Hinsicht folgerichtig. Einerseits lässt sich aus ihr ein politisch bewältigbarer Konfliktlösungspfad ableiten, indem keine unkontrollierbaren Kompromisse am Einzelbau vollzogen werden müssen (diese werden ja auch zum Gegenstand von Kritik), sondern unterschiedliche Akteure ihre jeweiligen „Spielwiesen“ erhalten (im Rahmen der Festlegungen einer Gesamtsteuerung für den Stadtteil). Andererseits bündeln sie die Besonderheitslogik aus der Sicht der Rekonstruktionsbefürworter sinnfällig, so dass diese nicht an jedem einzelnen Vorhaben wieder ihre Position neu deutlich machen müssen. Diese Reduzierung von Komplexität in der Entscheidungsfindung erlaubt es auch, überhaupt politikfähige Verfahren zu konstruieren, wenngleich diese nicht in jedem Fall kritiklos und unangefochten über die Bühne gehen.

Auch die Einzelvorhaben zeigen, wie die gegebenen Rahmenbedingungen zum Set der Handlungsalternativen einen wesentlichen Beitrag leisten. Die verringerte Größe des Thurn-und-Taxis-Palais' ist in diesem Sinne als ein Zugeständnis an die Machbarkeit des Projekts zu verstehen und wird aus der Position externer Beobachter zu recht kritisiert, da sie im Widerspruch mit der historischen Genauigkeit der Rekonstruktion steht. Hier zeigt sich, dass Diskurskoalitionen, die unterschiedliche Teilargumente in die Waagschale werfen, keineswegs immer in sich selbst konsistent sind, sondern latente Widersprüche in sich bergen können, die nicht zwangsläufig ihre Durchsetzungsfähigkeit hemmen. Im Fall des Rathauses von Wesel ergibt sich

aus der Vorgeschichte die Lösungsalternative der vorgebauten historischen Fassade, die ebenso widersprüchlich erscheint. Und im Fall der Paulinerkirche ist die Verknüpfungsfähigkeit von Aula und Kirche ein Motiv und Konflikt, das das gesamte Verfahren durchzieht, wenngleich hier weniger als immanenter Konflikt der Diskurskoalition denn als eine Konsequenz der vor Ort vorgefundenen Ausgangssituation.

#### 5.54 Kompromisslinien als Spiegel örtlicher Kräfteverhältnisse

Angesichts dieser Überlegungen liegt es nahe, dass die gefundenen Kompromisse und umgesetzten Entscheidungen auch die örtlichen Kräfteverhältnisse widerspiegeln. Dies mag für Außenstehende nicht immer einfach nachzuvollziehen sein und erfordert einen geschärften Blick dafür, welche Ressourcen im Verfahren so wirkmächtig sind, dass sie für die Kräfteverhältnisse wirklich relevant sind. Teilweise lässt sich dies sogar nur im Nachhinein aus dem Verfahren rekonstruieren. Nichtsdestoweniger dürfte inzwischen klar geworden sein, wie angesichts des retardierenden Moments einer kulturellen Hegemonie von Fachleuten, die im Normalfall das Gehör der Politik erlangen, in einer Zeit der erschütterten Dominanz von Lösungen, die sich der Moderne zurechnen lassen müssen, unter gewissen voraussetzungsvollen Umständen eine Bewegung für ein Rekonstruktionsvorhaben bildet. Liegt diese Konstellation vor, nicht selten als Folge einer aus unterschiedlichen Gründen überhaupt möglich gewordenen Thematisierung und Mobilisierung für die Fragestellung von Rekonstruktionsvorhaben, ist der Ausgang der Diskussion noch nicht vorgezeichnet, auch wenn oben strategische Vor- und Nachteile einzelner Akteursgruppen skizziert wurden.

Insbesondere lässt sich beobachten, dass keineswegs die Medien immer eine klare Position vertreten und entscheidend für die Durchsetzung einer Position werden. Wohl sind sie in bestimmten Einzelfällen wichtige Akteure, die eine eigene Position ins Spiel bringen. Viel wichtiger erscheint allerdings ihre Rolle als Katalysatoren von Debatten, die den unterschiedlichen Positionen überhaupt erst einmal zu ei-

ner öffentlichen Wahrnehmung verhelfen. Daraus kann sich eine tendenzielle Infragestellung von zeitgenössischer Architektur ergeben, wenn diese in Bildern dargestellt auf einmal unplausibel für einen Ort wirkt wie das Gewandhaus am Dresdener Neumarkt. Da in anderen Zusammenhängen aber durchaus zu beobachten ist, dass die Medien zeitgenössische Architekturprojekte wegen ihres spektakulären Entwurfs oder der vermuteten Wirkung auf dem Arbeitsmarkt vermittelt über die Schaffung von Büroflächen und die Investition von Kapital in besonderer Weise zum Hoffnungsträger stilisieren, muss davon ausgegangen werden, dass sich in der medialen Rezeption und Aufarbeitung von Projekten eine bestimmte Denklogik widerspiegelt, die dem jeweiligen Ort zugeschrieben wird. So erlaubt die mediale Darstellung von zeitgenössischer Architektur am Neumarkt vor allem dessen kritische Infragestellung, da dieser offenbar im städtischen Konsens nicht als Ort des wirtschaftlichen Aufbruchs, sondern der kulturellen Selbstverständigung des Gemeinwesens gesehen wird. An der Paulinerkirche in Leipzig werden medial ebenfalls die unterschwelligen Ansprüche an den Ort verhandelt, dessen Bebauung wegen der angestrebten Universitätsnutzung Innovativität und Aufbruch ausdrücken soll, ohne darüber die geschichtlich-kulturelle Sensibilität zu verlieren. Ähnliche Bezüge zu den Ansprüchen an den Ort lassen sich auch in anderen Projekten nachweisen. Vielleicht sind sie ja auch mit ausschlaggebend dafür, dass das Thurn- und-Taxis-Palais, im Gegensatz zur ehemaligen Altstadt von Frankfurt nicht mit Ansprüchen überladen, weniger dogmatisch für eine investorenorientierte Lösung instrumentalisiert wird.

Um daraus wieder den Bogen zurück zu den Kräfteverhältnissen vor Ort zu schlagen, soll abschließend das Ergebnis der vier untersuchten Fallstudien eingeschätzt werden. Am Neumarkt überlagern sich vielfältige Ansprüche, doch die von der Frauenkirchenrekonstruktion, dem Mythos Dresden und der langen Wiederaufbaudenktradition beflügelte GHND hat sich sowohl institutionell als auch argumentativ einen wichtigen Platz in der städtischen Auseinandersetzung erobert, auch wenn ihre Argumente im Einzelfall nicht

immer als stichhaltig gesehen werden. Gegen die ganz schnöden immobilienwirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist sie aber an vielen Stellen machtlos. Daraus resultiert der weitgehende Übergang von der Leitbauten- zur Leitfassadenkonzeption, die von der Gesellschaft Historischer Neumarkt Dresden e. V (GHND) vehement, gleichwohl völlig erfolglos, beklagt wird. Wo der Politik Gesichtsverlust droht und keine immobilienwirtschaftliche Bindung besteht, setzt sich die GHND am Gewandhaus allerdings mit Unterstützung vieler Stadtratsmitglieder vehement gegen eine Realisierung des nach allen Regeln der Kunst ausgewählten Wettbewerbsentwurfs durch.

In Frankfurt ergeben sich Kompromisse aus der Suche nach einer Vereinbarkeit der Umsetzung des Projekts und des Rekonstruktionswunsches. Dieser wird darüber deutlich in die Schranken gewiesen. Die gefundene Lösung ist aber trotz ihrer deutlichen Abweichung von jeglicher herrschender Lehre für die Politik offenbar zwanglos vertretbar, besänftigt sie doch so den herrschenden Konflikt, ohne dass der daraus resultierende vermeintliche Gesichtsverlust für sie problematischer einzuschätzen wäre als andere Alternativen.

In Leipzig spielt das Zusammenwirken von Stadt und Universität auf der einen Seite und Freistaat Sachsen auf der anderen Seite eine wichtige Rolle. Die Universitätskirche ist jedenfalls kein solches Symbol, als dass die rekonstruktionskritischen kirchenfernen Akteure darüber übermäßig irritiert wären. Ihr Eintreten für den vermittelnden Entwurf kann im Nachhinein als integrative Geste gewertet werden. Angesichts der Tatsache, dass sich das Land auf die Kostensteigerungen eingelassen hat, haben die Rekonstruktionsgegner keinen Gesichtsverlust zu befürchten. Die Befürworter wiederum sind deutlich weniger handlungsfähig als etwa die GHND, so dass ihr vergleichsweise geringer Einfluss auf die schließlich realisierte Lösung auch ihr begrenztes Potential zum Ausdruck bringt, die gefundene Lösung als modernistischen, bürgerfeindlichen Fehlschlag zu denunzieren. Die zwischen den Positionen vermittelnde Lösung zeigt sich dabei allerdings auch im Hinblick auf Sieger und Verlierer des Prozesses als nicht eindeu-

tig interpretierbar, womit die Verhandlung über das Bauwerk in eine Diskussion seiner Bedeutung übergeht.

### **5.55 Rekonstruktionsdebatte und Stadtproduktionsalltag**

Vergleicht man noch einmal die überregional diskutierten Wiederaufbauvorhaben mit dem weniger spektakulären Alltag in kleineren Städten, lässt sich bei aller Konflikthaftigkeit doch eine weniger dogmatisch geführte Debatte beobachten. Dies wird auch durch weitere Fälle bestätigt, die hier nicht im Detail untersucht wurden. Der unspektakuläre Wiederaufbau-Diskussionsalltag außerhalb von Frankfurt, Berlin und Dresden ist damit auch nicht in der Gefahr, von allen Seiten als Stellvertreterdebatte auf höchstem kulturellem und kulturkritischem Niveau in Dienst genommen zu werden. So kann sich fern aller Ideologisierung offenbar eine unspektakuläre Wiederaufbauunterstützung einstellen, die selbstverständlich anfällig für Instrumentalisierungen durch Investoren und engagierte Einzelkämpfer ist. Ob die lokale Architektenschaft hier dagegenhält, ist an Voraussetzungen gebunden, wie sie etwa wieder in der Debatte um den Nürnberger Pellerhof in einer architektonisch-baukulturellen Initiative gegeben sind, aber keineswegs überall vorliegen. Der Fall Wesel zeigt, wie in einem solchen Umfeld die schnöde Finanzierbarkeit zum ausschlaggebenden Argument wird. In der Debatte gewinnen so Argumente an Gewicht, denen ein kulturphilosophischer Impetus über die Vertretbarkeit von Wiederaufbauvorhaben relativ fremd ist wie etwa beim Wiederaufbau des Unteren Tors in Neumarkt i. d. Opf. als Projekt einer zwanglosen Stadtreparatur, wenn auch in vereinfachter Form.

### **5.56 Rekonstruktionsdebatte und örtliche Tradition**

Verschiedentlich ist darauf hingewiesen worden, dass unterschiedliche örtliche oder regionale Traditionen einen wesentlichen Einfluss auf den Wiederaufbau besitzen. Das gilt zunächst für die Beobachtung, dass in der ehemaligen DDR offenbar weniger prinzipienfest mit Dehio und der Charta von Venedig umgegangen werde und dies auf den Rest der Repub-

lik ausstrahle (vgl. Bartetzko 24.09.2009). Zwar legen einige der hier näher untersuchten Fälle eine solche Einschätzung nahe – man denke nur an die Nadlerschen Leitbauten in Dresden. Doch zeigt sich hier kein klares Bild. Überdies ist inzwischen die Durchmischung der für die Denkmalpflege verantwortlichen Behörden groß, so dass die betreffenden Unterschiede ohnehin verwischen würden.

Dennoch lohnt ein Blick auf die örtlichen Traditionen darüber hinaus angesichts der Frage, warum in manchen Städten wie Frankfurt, Dresden oder Berlin sich geradezu eine Serie von Wiederaufbauvorhaben entwickelt hat, während andernorts nichts dergleichen zu beobachten ist. Hier mögen zum einen die Folgen der Zerstörung ihren Anteil haben – in allen drei Städten sind komplexere Bestände durch den Krieg ausgelöscht oder schwer beschädigt worden, am besten erkennbar wohl Unter den Linden in Berlin und in Dresden, wo sich jeweils über die Jahrzehnte eine kontinuierliche Wiederaufbautradition eingestellt hat. Im Widerspruch zu Bartetzko kann man diese aber auch als Folge eines durch die begrenzten wirtschaftlichen und politischen Möglichkeiten in der DDR-Zeit ansehen, so dass die dort etablierten Praktiken weniger dem weniger dogmatischen Denken der DDR-Denkmalpflege zuzurechnen wären als der Tatsache, dass die Sondersituation des Nachkriegswiederaufbaus, in der Rekonstruktionsvorhaben ausnahmsweise als vertretbar angesehen werden, einfach wesentlich länger ange dauert hat. Zudem macht der Fall der Paulinerkirche deutlich, dass in der politischen Umbruchsituation der Jahre 1989/90 mit dem DDR-Regime auch einige ihrer baulichen Entscheidungen und Hinterlassenschaften in Frage gestellt wurden und zum Teil auch als Symbol für staatliche Willkür stilisiert werden konnten, was ihren Abriss, die Infragestellung vorangegangener Gebäudezerstörungen und Rekonstruktionswünsche verstärkte. Jedenfalls zeigt sich, wenn eine derartige lebendige Kontinuität besteht, durchaus eine größere Affinität zu weiteren Wieder-

aufbauvorhaben, für deren Durchsetzung sich Bewegungen wie in Berlin oder Dresden formieren. In vielen anderen Städten hat sich eine vergleichbare Situation nicht ergeben.

Erklärungsbedürftig bleiben vor diesem Hintergrund vor allem die Fälle Frankfurt/Main und Potsdam. Letzterer kann sich auf keine ausgeprägte Wiederaufbautradition berufen, lebt aber in der Sondersituation einer Verzahnung von Erinnerung an Preußen und Stadtreparatur als zweier ganz starker Motive. Frankfurt wiederum mag man im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau nach wie vor als verblüffenden Einzelfall ansehen. Trotz erheblicher Kritik an der Römerberg-Ostzeile wird Jahre später an verschiedenen Stellen wieder der Ruf nach Wiederaufbau laut, und mit dem Thurn-und-Taxis-Palais geht sogar ein fragwürdiges Projekt lautlos über die Bühne. Ein wesentlicher Hinweis auf die Erklärung liegt sicher in der Überhöhung der Kriegszerstörung durch die weitere Entwicklung der Innenstadt zur Bankenkapitale mit ihren Hochhäusern. Sie hat zeitweise die stadträumliche Identitätsstiftung für die Bevölkerung zusätzlich erschwert (wenngleich heute die Silhouette der Banken eine ganz eigene Identität stiftet und sich zunehmender Anerkennung erfreut). Den Schlüssel wird man allerdings nicht hierin allein finden, sondern erst mit Blick darauf, dass maßgebliche Stadtpolitiker in den Wiederaufbauvorhaben die Chance auf eine Simultanpolitik gesehen haben, von der sie sich eine gewisse Befriedung der städtischen Konflikte versprechen durften. Die Bedürfnisse einer anspruchsvollen Stadtgesellschaft, so die Botschaft, werden auf diese Weise – mit dem positiven Nebeneffekt einer Positionierung im Wettbewerb um Städte-touristen – auf unterschiedlichen Ebenen befriedigt. Ein starker Arbeitsplatzstandort fordert seine städtebaulichen Konzessionen, doch wird dafür Kultur und Aufenthaltsqualität in anderen Teilen der Stadt geliefert, die um die Hochhausagglomeration herum liegen.



## 6 Die aktuelle Fachdebatte – Tendenzen eines inter- und transdisziplinären Diskurses

Im Folgenden soll der fachliche Diskurs über die ab zirka 1975 angelaufene postmoderne Rekonstruktionswelle untersucht werden. Dabei spielen die Einflüsse eine Rolle, die in den obigen Kapiteln untersucht worden sind – von der langen Tradition der wissenschaftlichen und praktischen Denkmalpflege bis hin zu den lokalen Debatten und ihrer überregionalen Reflexion. Ziel des Kapitels ist zu ermitteln, welche Rückwirkungen auf die fachliche Auseinandersetzung die Rekonstruktionswelle auslöste, ja, inwiefern sie überhaupt dazu beigetragen hat, mit den Wiederaufbauvorhaben ein Thema in die Denkmalpflegedebatte einzuspeisen, für das sich die Denkmalpflege-Profession schon begrifflich gar nicht als zuständig verstanden hat, mit dem sie sich aber schließlich aufgrund der „um sie herum“ stattfindenden Entwicklungen offenbar zunehmend intensiver auseinandersetzen musste. Die spät einsetzende ortsunabhängige Fachdebatte wird vor allem durch die Darstellung der Diskussion im Rahmen der drei folgenden Veranstaltung(sreih)en nachgezeichnet:

- „Die Schleifung Zerstörung und Wiederaufbau historischer Bauten in Deutschland und Polen“ – Symposium im Kronprinzenpalais Berlin, Januar 2002“,
- „Nachdenken über Denkmalschutz“ – Symposienreihe der Projektgruppe „Nachdenken über Denkmalpflege“, sechs Teile zwischen 2001 und 2007, sowie
- „Identität durch Rekonstruktion? Positionen zum Wiederaufbau verlorener Bauten“ – Baukulturwerkstatt des BMVBS, 16. Oktober 2008 in Berlin.

Anhand drei der aktuellsten Tagungen zum Thema soll untersucht werden, inwiefern in jüngster Zeit Veränderungen dieser Diskussion festgestellt werden können:

- „Das Prinzip Rekonstruktion“ – Tagung an der ETH Zürich, 24./25. Januar 2008

- „Rekonstruktivismus – was tun?“ – Kasseler Architektur Zentrum (KAZimKuba), 3. Juni 2009
- „Rekonstruktion Dekonstruktion Konstruktion“ – Workshop der AG Architektursoziologie am. 8./9. Mai 2009 in Bamberg.

Letztere Veranstaltung zeigt dabei auch, dass es erst in jüngster Zeit zu einer vertieften Diskussion auch in anderen Disziplinen gekommen ist. Nur genannt werden soll hier auch die primär geschichtswissenschaftliche Tagung „Wiederaufbau der Städte: Europa seit 1945“, die vom 23. bis 25. September 2009 in Hamburg stattfand, sich allerdings im Wesentlichen dem Nachkriegswiederaufbau widmete und daher – sowie aus pragmatischen Gründen – hier allenfalls ausschnittsweise betrachtet werden soll. Daneben sollen allerdings auch die jüngsten Entwicklungen der Debatte um den Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses seit der Bekanntgabe des Wettbewerbsergebnisses am 28. November 2008 betrachtet werden, da dies die wohl längste und am stärksten kontrovers geführte, gleichzeitig aber auch reflektierteste lokale Diskussion ist und die zumindest unterstellte nationale Bedeutung zu einer überregionalen Auseinandersetzung in der (Fach-)Presse führt.

Für die Debatte zumindest der vergangenen rund zwanzig Jahre zeigt sich dabei aber auch, dass eine Analyse von übergreifenden Tendenzen, die sich unabhängig von diesen und weiteren Arenen innerhalb der Rekonstruktionsdebatte ergeben könnten, dadurch erschwert wird, dass sich die Debatte als deutlich diskontinuierlich darstellt und starke Wiederholungen aufweist. Dies ist zum einen mit ihrer starken Verbindung zu konkreten lokalen Wiederaufbauvorhaben, zum anderen mit ihrer Inter- und Transdisziplinarität zu erklären. So kann aus Anlass lokaler Diskussionen um neue Vorhaben und Rekonstruktionswünsche eine überlokale Fachdebatte entstehen und werden Erkenntnisse oder Diskussionsfortschritte, die sich innerhalb

einer Disziplin einstellen, nicht automatisch innerhalb anderer Diskurse übernommen.

Zum anderen wird die wissenschaftliche Auseinandersetzung von den starken Einflüssen (durchaus sachverständiger) Nicht-Fachleute und Praktiker überprägt, die die Expertenkommunikation und vom konkreten Fall abgehobene Theoriebildung erschweren. Sie verstärken damit auch eine in Teilen der Fachwelt latent vorhandene Einschätzung, die Heterogenität der Fälle ermögliche keine umfassende Beschreibung oder gar Erklärung des Phänomens (vgl. etwa Ursula Baus während der Diskussion „Rekonstruktivismus – was tun?“). Entsprechend geringe „Fortschritte“ sind in den vergangenen Jahren bei der Verortung der „Rekonstruktionswelle“ innerhalb weiterer gesellschaftlicher Entwicklungen entstanden und verharren die Fachdebatten weiterhin in einer primär phänomenologischen Sicht. Am weitesten in dieser Hinsicht fortgeschritten scheint von den hier ausgewerteten Arenen die Diskussion während des Workshops „Rekonstruktion Dekonstruktion Konstruktion“ der AG Architektursoziologie, die allerdings einem recht kleinen Kreis Interessierter vorbehalten blieb. Selbst hier versuchten allerdings die wenigsten Diskutanten, Erklärungsansätze zu formulieren und führte die in der Arbeitsgruppe angelegte Transdisziplinarität zu Missverständnissen sowie behinderte teilweise eine tiefer gehende soziologische Analyse innerhalb der Diskussionen.

## 6.1 Denkmalpflegepositionen und Praxis in einer Übergangszeit

### 6.11 Erste postmoderne Wiederaufbauvorhaben als lokales Phänomen in der alten Bundesrepublik

Wenngleich es schwer ist, den genauen Beginn der hier als postmodern bezeichneten Rekonstruktionswelle auszumachen, kann davon ausgegangen werden, dass in den 1970er Jahre wieder verstärkt lokale Debatten um Wiederaufbauvorhaben beginnen (zur Orientierung: In Hildesheim startete 1971 die Diskussion um den Wiederaufbau des Knochenhaueramtshauses, in Frankfurt 1977 die um die Römerberg-

Ostzeile). Verwirklicht werden diese Vorhaben auch aufgrund der ökonomischen Rahmenbedingungen erst ab den 1980er Jahren, so dass sie für viele erst in dieser Zeit tatsächlich in Erscheinung treten. In der Architektur findet die Postmoderne, die auch im Neubau nicht an Zitate spart und sich der Nüchternheit ihrer Vorgänger zu entledigen versucht, ihren Höhepunkt. Schließlich setzt mit dem konservativen Regierungswechsel in Bonn auch eine neue Erinnerungs- und Geschichtspolitik ein (vgl. Falser 2008: 308).

Die angesprochenen Wiederaufbauvorhaben fallen in eine Phase, die durch ein starkes politisches Engagement der Bevölkerung geprägt ist. Zu einem der wesentlichen fachlichen Kritikpunkte, dem sich eine vergleichsweise breite Mehrheit anschließt, gehört die Kritik an Architektur und Städtebau der Nachkriegsmoderne, die teilweise in einen insgesamt anti-modernen Kontext eingebettet ist. Hier treffen sich interessanterweise Teile der sozialorientierten studentischen Protestbewegung der späten 1960er Jahre mit bürgerlich-konservativen Ressentiments, die bereits innerhalb der Debatten der Nachkriegszeit bestanden. Innerhalb dieser Konstellation erfahren auch zuvor verhinderte und bislang verwehrte Rekonstruktionswünsche eine neuerliche Stärkung. Entsprechend der schon im Denkmalschutzjahr von 1975, das unter dem bemerkenswerten Motto „Eine Zukunft für unsere Vergangenheit“ stattfand, proklamierten „ästhetischen Konsumierbarkeit“ (vgl. Falser 2008: 305) der hier kaum als komplexes gesellschaftliches Konstrukt verstandenen Städte wurden jene damit auch von vielen gesellschaftlichen Ansprüchen befreit, die insbesondere im Nachkriegswiederaufbau bestimmend waren.

Die Erwähnung des Europäischen Denkmalschutzjahres zeigt, wie nah schon diese frühen Rekonstruktionsdebatten der postmodernen Phase der zu diesem Zeitpunkt relativ stark in der Bevölkerung präsenten Denkmalpflege waren. Dennoch führte ihr Auftreten zunächst nicht zu einer breiten fachinternen Debatte oder erodierte gar die gerade erst erneuerten Grundfesten des Primats der materiellen Substanz. Die Theorie der Denkmalpflege und ihre bundesweit agierenden Ins-

titionen sah keine Notwendigkeit, die zunächst wenigen Vorhaben mit einer expliziten Bearbeitung zu bedenken und die für sie selbstverständlich kritische Haltung näher zu begründen oder gar zu diskutieren. Dies blieb offenbar den Praktikern vor Ort überlassen, da trotz der Konjunktur Wiederherstellung „kein vorrangiges Thema“ (Hansen 2008: 5) war, weil Rekonstruktionsvorhaben entweder ein „Tabu“ (Kerkhoff 2008: 47) darstellten oder gar als „Feind jeder Denkmalpflege [... betrachtet wurden], da sie die völlige Verfügung alles Gewesenen suggerieren“ (Hansen 2008: 6; vgl. Meier 2006: 170).

Abgeleitet aus den alten und neuen Fundamenten der Disziplin verfestigt sich hier die meist kategorisch ablehnende Haltung der Denkmalpflege zur Rekonstruktion, wie sie zu einem Großteil bis heute besteht. Hanno Rauterberg schreibt in seinem Essay „Authentizität“: „Aber gerade das Unverfügbare, das Einzigartige und Nichtwiederholbare ist das größte Kapital der Denkmalschützer (Rauterberg 2002: 34).“ Er verdeutlicht damit die Argumentation der Denkmalpflege, dass durch Wiederaufbau, Rekonstruktionen oder Neohistorismen eine völlige Verfügbarkeit alles Gewesenen ermöglicht würde. Dr. Christoph Mohr, Landeskonservator vom Landesamt für Denkmalpflege, formulierte diesbezüglich in der Veranstaltung „Rekonstruktionismus – was tun?“: „Alles scheint rekonstruierbar, wiederaufbaubar. Eine Wiederherstellung einer historischen Aura. Aber nicht authentisch.“ Und bezeichnete die Denkmalpflege als „Taliban der Rekonstruktion“. Rekonstruktionskritiker bestärken dies mit Begriffen wie Inszenierung, Kulisse, Attrappe, Scheinaltertum oder Fassadismus (vgl. Seidenspinner 2007a: 4). Schon aus dem eigenen Legitimationszwang heraus ist damit die Positionierung der Denkmalpflege klar. „Die Denkmalpflege, will sie an ihrem genuinen Auftrag festhalten, will sie eine moralische Instanz bleiben und nicht einfach zu den Animateuren überlaufen, kann nicht anders, als an dem fiktiven Postulat der Authentizität festzuhalten“ (Willibald Sauerländer zitiert in Seidenspinner 2007a: 3).

Selbst in Architektenkreisen wird die Besetzung des Begriffs Authentizität durch die Denkmalpflege und die einschlägigen

(europäisch geprägten) Dokumente bisweilen kritisiert: „Hinzu kamen die Vorschriften, die keinen Kompromiss mehr zwischen Erhalt und Nutzung kennen, seit das historisch Authentische zum Kult erhoben wurde. [...] Deshalb ist auch die Objektivität des historischen Arguments oft trügerisch, denn was wäre im denkmalpflegerischen Zweifelsfall authentischer – das mittelalterliche Fachwerk oder der barocke Putz, den das 18. Jahrhundert darüber gelegt hat?“ (Jessen 2007) Es stellt sich also die Frage nach dem Zeitpunkt der Authentizität eines Objektes bzw. nach der wissenschaftlichen Legitimation der Denkmalpflege, die sich gegen die Absolutheit dieses Authentizitätsbegriffes richtet.

Wo unter Architekten die vermeintliche Kompromisslosigkeit in der Ausdeutung des Authentizitätsbegriffs kritisiert wird, deuten Rekonstruktionsbefürworter diesen auf ihre Weise um. Dabei geht es offenbar nicht so sehr um die historisch nachgewiesene Originalität, sondern vielmehr um einen emotionalen Wert, den es bei der Rekonstruktion eines verschwundenen Denkmals oder Ensembles wiederherzustellen gelte. Das damit zusammenhängende implizite Verständnis von Authentizität ist allerdings nicht weniger uneindeutig als der oben kritisierte: „[Der Laie] verlässt sich auf die Atmosphäre, auf sein Gespür für Stimmungen. Und für diese Stimmung, in die er vom Denkmal versetzt werden möchte, ist das Original hinreichend, doch nicht zwingend. Es kann auch gern die Replik, die Rekonstruktion sein – der Unterschied zwischen Fakt und Fiktion zählt nicht mehr. [...] Wenn weder der Laie [...] das unverfälschte Baudenkmal wirklich brauch[t], dann bleibt am Ende nur der Denkmalschützer, für den Authentizität als unentbehrlicher Wert erscheint.“ (Rauterberg 2002: 34) Für Rauterberg sind diese Gedanken eine mögliche Argumentation, die eine Rekonstruktion legitimieren könnte. In Bezug auf dieses Zitat ist darauf hinzuweisen, dass Rauterberg dem Architekten – als dem Vertreter einer bestimmten fachlichen, denkmalpflegerischen Profession – die Betonung der Notwendigkeit des Originals zur Erzeugung dieser Empfindungen zuspricht. Die gesellschaftlichen Prozesse, die Rauterberg als Empfindungen von Laien be-

schreibt, erläutert Seidenspinner wie folgt: „[...] sie [die Authentizität] liegt also letztlich in der – ja: in der Imagination, und zwar in der je verschiedenen Imagination von Nationen, Völkern, Klassen, Gruppen, Regionen, Städten, Individuen usw. bis hin zu den Teilidentitäten eines Individuums, die seine Identität im Singular bilden. Keine authentische Geschichte also, sondern nur authentische Sehnsucht. Denkmale sind Orte authentischer Sehnsüchte (Seidenspinner 2007b: 6).“

#### **6.12 Die Umbruchzeit der 1980er Jahre in der DDR sowie politische Wende und Wiedervereinigung als Katalysatoren einer Rekonstruktionswelle**

Die friedliche Revolution des Jahres 1989 und die daraus resultierende politische Wende in der DDR führte aus vielerlei Gründen zu einem Anstieg der Zahl von Rekonstruktionsvorhaben vor allem in den ostdeutschen Bundesländern. So waren Rekonstruktionen hier – zumindest in der Phase zwischen Stalins Tod und Honeckers Regierungszeit – durch Staat und Partei stärker verpönt gewesen, als sich diese Position innerhalb der bundesdeutschen Diskussion nach dem Krieg und in den nachfolgenden Jahrzehnten hatte durchsetzen können. Auch wurden wohl mit größerer Vehemenz Sprengungen von Baudenkmalen auch gegen den Willen der Bevölkerung durchgeführt. Die Dresdener Residenz ist hier eines von wenigen Gegenbeispielen. Obwohl sich diese Haltung während der 1980er Jahre mit der Zuwendung der Stadtpolitik zur Innenstadt und den teilweise „kritischen“ Rekonstruktionsvorhaben etwa in Berlin im Zusammenhang mit dem 750-jährigen Stadtjubiläum änderte (Ephraim-Palais, Berliner Dom, Nikolaiviertel, aber z. B. auch Marktnordseite Weimar), so fehlten in der Regel die finanziellen Mittel, Rekonstruktionen – zumal originalgetreu durchzuführen. Schließlich wird die gegen die Stadtzerstörung des modernen Staates gerichtete Kritik, die sich auch in den Debatten der 1970er Jahre in der BRD zeigt, hier innerhalb der Wendezeit zu einem Element des (nachträglichen) Widerstands gegen die staatliche Willkür (vgl. Kap. 5.2.).

Andererseits hat sich auch die Fachdebatte in der DDR anders entwickelt als in der

BRD, wie dies bereits im Zusammenhang mit dem Dresdener Fallbeispiel dargestellt wurde. Hier war es neben dem starken Engagement innerhalb der Stadtgesellschaft insbesondere der später zum Landeskonservator ernannte städtische Denkmalpfleger Hans Nadler, der bereits in der Nachkriegszeit die Bedeutung von Rekonstruktionen hervorhob und diese Position auch in den nachfolgenden Jahrzehnten beibehielt und weiterentwickelte. Auf ihn geht bereits in den 1970er Jahren die Idee des „Leitbautenkonzepts“ (Paul 2008: 6, Donath 2008: 106, Menting: 24 f.) zurück. Dass er trotz seiner in Fragen der Rekonstruktion häufig gegen die SED-Führung gerichteten Argumentation in eine gehobene Position kommen konnte, unterstreicht dabei seine Bedeutung. Dabei sicherte etwa den Bestand wiederaufbaufähiger Ruinen (u. a. Residenzschloss, Semperoper, Frauenkirche) durch den Vorschlag neue „gesellschaftliche Nutzungen“ (Donath 2006: 103). In Dresden wurde 1981 auch ein Städtebausymposium zum „Rekonstruktionsgebiet Neumarkt“ durchgeführt, das der Bund der Architekten der DDR, der Stadtrat und die Technische Universität veranstalteten und das vor allem die Fachdiskussion erneut in Gang setzte. Gleichzeitig wurde auf dem X. Parteitag der SED die Wiederherstellung des Dresdener Zentrums zur „[...] Pflege und Wahrung unseres kulturellen Erbes und für die Entwicklung der sozialistischen Nationalkultur“ beschlossen. Nicht verwunderlich ist es daher, dass in Dresden auch einer der lokalen Schwerpunkte der in der Wendezeit ausgelösten Rekonstruktionswelle liegt und hier mithin auch *das* Referenzobjekt – die Frauenkirche – errichtet wurde.

Nicht nur die Frauenkirche, auch die Haltung der sächsischen Denkmalpflege strahlte auf die mehr und mehr bundesweit geführte Debatte ab, was nicht zuletzt auch mit der medialen Strategie der Frauenkirchen-Initiative und dem Status des Wiederaufbauvorhabens als quasi nationaler, wenn nicht gar Völker verbindenden – von Spendern aus Deutschland und der ganzen Welt finanzierten – Aufgabe. Durch Aufsätze und Tagungsbeiträge wurde der sicherlich in vielen Beziehungen besondere Fall Dresdens und der Frauenkirche zum Beispiel für weitere Rekonstruktionsvorhaben stilisiert

und von vielen lokalen Initiativen entsprechend aufgenommen (vgl. Paulinerkirche Leipzig, Rathaus Wesel). Bereits während des ersten Symposiums „Nachdenken über Denkmalpflege“ begründete Stefan Hertzog – selber kein Denkmalpfleger und ursprünglich kein Dresdener – seine Vorstellung einer populären Wiederaufbautradition mit dem Dresdener Fall, wo sie zu zahlreichen, aus seiner Sicht positiven Ergebnissen geführt habe und über die letzten beiden Jahrhunderte hinweg zu einer Situation geführt habe, die zeige „wie relativ doch der Begriff des Originals“ sei. „Denkmale [dürften] nicht nur als reine Geschichtsmerkmale betrachte, sondern [müssten] genauso sehr auch als – häufig emotionsbeladene – Zeugnisse der Kunst und Kultur [...] gesehen werden“ – eine Position, die oben bereits in der Kritik von Hanno Rauterberg analysiert wurde. Auch müsse die Denkmalpflege „in der Öffentlichkeit einer Stadt oder eines Landes verankert“ sein. Diese beiden Faktoren sicherten letztlich den Fortbestand der Denkmalpflege, die ansonsten schnell „wertlos“ und austauschbar werde. Schließlich endete er damit, dass es zwar nicht die primäre Aufgabe der Denkmalpflege sei, Komplettrekonstruktionen durchzuführen – hier sei das Gemeinwesen gefordert –, dass sie aber diese Vorhaben fachmännischer begleiten solle:

„Gerade die wissenschaftlich arbeitende Denkmalpflege sollte sich am ehesten darüber im Klaren sein, was eine Rekonstruktion zu leisten imstande ist und was nicht, und die Öffentlichkeit darüber in Kenntnis setzen, dass jede noch so gut dokumentierte und ausgeführte Rekonstruktion de facto ein Neubau ist, der das verlorene Original weder jemals vollgültig ersetzen noch Geschichte rückgängig machen kann.“

Es ist insofern nicht verwunderlich, dass die rekonstruktionskritischen Fachleute, die ihre ureigenen Argumente so zur Legitimationsaufforderung gewendet sehen mussten, anschließend eine – leider nicht dokumentierte – „erregte“ Diskussion führten. Darin zeigt sich aber auch, dass mit der Wiedervereinigung die unterschiedliche Praxis der Denkmalpflege in Ost- und Westdeutschland nicht nur aufeinander treffen, sondern ein Austauschprozess darüber begonnen

hat, welcher Ansatz sich letztlich bundesweit durchsetzen wird: Die „phobische“ (vgl. auch insg. Bartzeko 24.09.2009) Haltung der westdeutschen Denkmalpfleger, die bislang nur in Ausnahmefällen wie dem Goethehaus oder St. Michael in Hildesheim zustimmen konnten, oder die im Umgang teilweise deutlich unbefangeneren ostdeutschen.

## 6.2 Die späte Fachdebatte

Trotz der geschilderten, bereits zu Beginn der 1990er Jahre stark verbreiteten Rekonstruktionstätigkeit und -vorbereitung mangelt es zu diesem Zeitpunkt – vor allem in der Denkmalpflege und der mit ihr verbundenen Kunstgeschichte – wesentlich an einer Fachdebatte wie auch insgesamt an einer wissenschaftlichen Aufarbeitung des mehr und mehr deutlich werdenden Phänomens. Allerdings halten sich zu diesem Zeitpunkt auch die Bauertätigkeiten in Grenzen. Somit fehlen konkrete Ergebnisse, die einer kritischen Betrachtung unterzogen werden könnten und herrschen weiterhin die Debatten über geplante Vorhaben an, die die Denkmalpflege vor Ort auf die Probe stellen, in der Fachwelt aber eher in einzelnen Artikeln besprochen werden. Etwas anders ist das in der nicht weniger stark betroffenen Architektenschaft: Hier ist man gewohnt, auch über nur im Entwurf existierende Bauten zu diskutieren. Entsprechend findet sich hier bereits 1994 eine Ausgabe der Bauwelt zum Thema.

Mit Beginn des 21. Jahrhunderts gewinnt die Diskussion in den genannten Disziplinen und mittlerweile auch über die Grenzen der Fächer hinweg deutlich an Fahrt. Eine der ersten breiter gelagerten Fachdebatten stellt wohl die Tagung „Die Schleifung“ dar, die sogleich versuchte, eine direkte Verknüpfung zur aktuellen Rekonstruktionswelle zu schaffen. Wie Hans Ottomeyer (2005: 10) einleitend noch ankündigt, dient das Symposium dazu, die überlieferte, aber auch weiterhin aktuelle politische Kultur bzw. Unkultur der Zerstörung historischer Bauten und Denkmale – gleichwohl einschließlich ihrer Wiederherstellung – zu diskutieren und über die Begriffsdefinition besser zu verstehen. Der Wunsch der Veranstalter ist es eben nicht, die lange Diskussion um „denkmalpflege-

rische Moral“ weiterzuführen oder über ästhetische Fragen zu sprechen. Allerdings schneiden die Veranstalter selber solche Fragen in ihren Einführungsworten zumindest implizit an. Bingen und Hinz sowie später Ottomeyer betonen die historische Normalität sowohl von Zerstörung als auch Wiederaufbau und geben somit gewissermaßen ein rekonstruktionsfreundliches Setting vor. Ottomeyer (2005: 9) beschreibt, dass es neben dem quälenden kategorischen Imperativ, ob Wiederherstellung erlaubt sei, wenngleich sie nicht zur allgemeinen Maxime werden könne, auch einen umgekehrten kategorischen Imperativ gebe: Wenn andere rekonstruierten, müsse es auch uns erlaubt sein. Ob mit den „Anderen“ der polnische Nachkriegswiederaufbau als historische Referenz gemeint ist, wird dabei genauso wenig deutlich, wie innerhalb der Tagung Einigkeit darüber erzielt werden kann, ob – und wenn ja, wie – das polnische Beispiel übertragbar sei (Semler 2002).

Dennoch mangelt es weiter an einer stringenten Verbindung der Auseinandersetzungen zwischen Zerstörung (inkl. Verlustwahrnehmung) und Rekonstruktion, wie diese in Teilen erst durch Peter Bürger während der BMVBS-Baukulturwerkstatt „Identität durch Rekonstruktion?“ geliefert wird. Die Tagung versucht, die bestehende Debatte zusammenzufassen, wesentliche Diskussionsstränge und Argumente gegeneinander zu stellen und damit die Chance für eine Versachlichung und Weiterentwicklung der Debatte zu eröffnen. Dass hierbei eine Dominanz der Rekonstruktionsbefürworter deutlich wird, liegt wohl auch daran, dass insgesamt der überwiegende Teil der seit 2000 durchgeführten Tagungen eher durch diejenigen veranstaltet worden ist, die Rekonstruktionen nach ihren lokalen Erfolgen nun auch gesamtgesellschaftlich durchsetzen wollen. Sofern dies die Denkmalpflege angeht, so ist dies eingebettet in einen Drang nach einer veränderten theoretischen und rechtlichen Basis des eigenen Handelns. Dies wird sicher besonders deutlich in der Symposiumsreihe „Nachdenken über Denkmalpflege“, die 2001 begonnen hat und dennoch erst 2007 das Thema Rekonstruktion zum Veranstaltungsmotiv macht, obwohl zuvor bereits eine große Anzahl von Beiträgen darauf eingegangen

sind. Wenngleich durchaus davon auszugehen ist, dass die Zahl der Kritikerinnen der weiterhin bestehenden denkmalpflegerischen Regeln zunimmt, ist allerdings auch anzunehmen, dass diese weiterhin eine – wenngleich wortstarke – Minderheit innerhalb der Disziplin darstellen. Da weite Teile Wiederherstellungen auch weiterhin als Neubauten und damit nicht als wesentliches Thema ihrer Disziplin begreifen, ist aber davon auszugehen, dass die Denkmalpflege-Profession das Thema nur eingeschränkt aufgreift (vgl. Hansen 2008: 5).

Neben den nachfolgend ausführlicher dargestellten Veranstaltungen sei darüber hinaus aber auch auf die Weiterentwicklung der Denkmalpflege im internationalen Rahmen hingewiesen, wo wiederum durch die UNESCO maßgeblich über den Begriff der Authentizität diskutiert wurde. „Eine Tagung im japanischen Nara im Jahr 1994 unternahm den Versuch, den Begriff in einer international verbindlichen Weise zu klären, [...] Ging es um Authentizität der Gestalt und des Entwurfs, des Materials und der Substanz, der Tradition und Technik, des Gebrauchs und der Funktion des Ortes und des Kontextes oder des Geistes und des Gefühls?“ (Schmidt 2008: 80) Im Sinne des Nara-Dokuments über die Echtheit von Kulturgütern bestimmt die Glaubwürdigkeit von Informationsquellen über ein jeweiliges Gut die Beurteilung des außergewöhnlichen Wertes eines Erbes mit. Denn anhand der Dokumentation lässt sich die historische Bedeutung eines Objektes in Relation zu den heutigen Vorstellungen setzen. Des Weiteren erfordert die ungleiche Betrachtung zwischen den verschiedenen Kulturen diese spezifische Herleitung des jeweiligen Bewertungsmaßstabes auf der Grundlage von qualifizierten Zeugnissen und Quellen. „Die Kenntnis und das Verständnis dieser Informationsquellen in Bezug auf die ursprünglichen und später hinzugekommenen Merkmale des Kulturerbes und ihre Bedeutung sind die grundlegenden Voraussetzungen für die Beurteilung aller Aspekte der Echtheit.“ (Nara 1994: Artikel 9)

### 6.21 „Die Schleifung: Zerstörung und Wiederaufbau historischer Bauten in Deutschland und Polen“ – Symposium im Kronprinzenpalais Berlin, Januar 2002

Semler (2002) fasst das Ergebnis der Tagung unter der Überschrift „Die alten Fronten also, neu aufgelegt“ zusammen. Welche Seite innerhalb der Rekonstruktionsdebatte dabei den „Frontverlauf“ für sich verändern kann, scheint dabei allerdings ebenfalls eine Frage des Blickwinkels: Obwohl die meisten Beiträge Rekonstruktionen „positiv zugeneigt“ (N.N. 2006) scheinen, stellen Semler (2002) und Michel (2002) deutliche Schwächen in deren Argumentation heraus, etwa bezüglich der Bewertung der polnischen „Vorbilder“ aus der Nachkriegszeit. Für Michel (2002) scheint es gar, als „parodiere“ Wilhelm von Boddien als deutlichster Befürworter „sich selbst“, laufe er doch „zur rhetorischen Hochform auf“, ohne dadurch in seiner Argumentation klarer zu werden.

Durch den Unwillen der Veranstalter, direkt an der aktuellen Debatten anzusetzen und das eigene Thema der „Schleifung“ von vorneherein damit zu verbinden, gehen wertvolle Diskussionsstränge und Betrachtungsgegenstände unter oder verloren. Hofmann (2006) weist hier insbesondere auf die nur marginale Beschäftigung mit „der Aversion gegen bauliche Hinterlassenschaften der DDR, die man aus dem historischen Gedächtnis löschen möchte“, hin und somit auf die Frage, wie stark eben jene für die Vergangenheit unterstellten symbolpolitischen Akte, die eingangs als „Schleifung“ bezeichnet worden sind, nicht auch gegenwärtig vorzufinden sind. Viel deutlicher allerdings wird der beachtete Mangel an Anschlussfähigkeit an die Wiederaufbaudebatte, deren Protagonisten dann in Diskussionen relativ willkürlich nach Anschluss suchen, in einem anderen Punkt: So bleibt weitgehend ungeklärt, ob die für die „Schleifungen“ angenommene – und teilweise verworfene (Durth; In: Bingen/Hinz: 2005: 47–65) – Dominanz symbolpolitischer Gründe auch für die spätere Wiederherstellung gilt. Zwar zeigt sich, dass für Rekonstruktionsbefürworter wie Wilhelm von Boddien diese Dimension bei der Zerstörung zentral für den Wiederaufbauwunsch bzw. dessen Legitimation ist, doch ist es lediglich

von Winterfeld überlassen, zumindest auf den politisch-öffentlichen und eben nicht kulturgeschichtlich-wissenschaftlichen Charakter der Rekonstruktionsvorhaben zu verweisen. Wilderotter zeigt in seiner Analyse der „klassischen“ Debatte um das Heidelberger Schloss immerhin die symbolpolitische Bedeutung der Nicht-Wiederherstellung. Auch wird nicht auf andere Formen der Zerstörung als Anlass für Rekonstruktionen verwiesen und der Akt der „Schleifung“ diesen gegenübergestellt, wie dies erst Fernando Vegas während der Tagung „Das Prinzip Rekonstruktion“ (vgl. Hillmann 2008: 3) tut. Dies hätte der Differenzierung an dieser Stelle sicherlich gut getan, zumal von Boddien ganz allgemein den Mangel an historischer Bausubstanz als Grund für Rekonstruktionssehnsüchte anführt. So wird auch nicht geklärt, in welchem Verhältnis die Tatsache einer willentlichen Zerstörung einen potenziellen späteren Wiederaufbau beeinflusst.

Wesentliche denkmalpflegerische Fragestellungen bezüglich Rekonstruktionen, wie sie später insbesondere in der Symposiumsreihe „Nachdenken über Denkmalpflege“ und der Tagung „Das Prinzip Rekonstruktion“ eine Vertiefung finden, werden hier bereits in den Vorträgen angesprochen, ohne allerdings später berücksichtigt zu werden. So wird weitgehend implizit die These von kontinuierlicher Wiederaufbautätigkeit in der Geschichte formuliert und auf die alltägliche rekonstruktive Praxis der Denkmalpflege verwiesen, ohne dass hierauf näher eingegangen würde. Von Winterfelds Bemerkung zum politischen Ansatz hinter Dehios Widerspruch zum Wiederaufbau des Heidelberger Schlosses ist sicherlich wichtig für die Frage der Übertragbarkeit in die Jetztzeit, gleichzeitig entkräftet sein Verweis auf die Beleghaftigkeit des ruinösen Heidelberger Schlosses für die fast vollständige Zerstörung Heidelbergs teilweise das Argument von der Einzigartigkeit der Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs. Insbesondere aber kann das differenzierte Bild des polnischen Nachkriegswiederaufbaus, das etwa auch dessen Selektivität hinsichtlich „deutscher“ Geschichtsspuren mit einschließt, nicht in die weitere Debatte gerettet werden.

Zwei weitere, eher erwähnte denn (aus)diskutierte Themen scheinen wertvoll für die

weitere Auseinandersetzung mit der aktuellen Rekonstruktionswelle: Einerseits MacDonalds Darstellung des Konflikts zwischen Erinnerungskultur und (ökonomischer) Stadtentwicklung in New York, die für Deutschland sicher wesentlich differenzierter untersucht werden müsste, andererseits sicher der Hinweis Höhners auf die fehlende Utopie innerhalb der architektonischen und städtebaulichen Nachkriegsmoderne, der im Zusammenhang mit ihrem „Scheitern“ diskutiert werden könnte.

#### 6.22 „Nachdenken über Denkmal schutz“ – Symposienreihe der Projektgruppe „Nachdenken über Denkmalpflege“, sechs Teile zwischen 2001 und 2007

In der Regel einmal jährlich haben Mitarbeiter verschiedener Denkmalverwaltungen privat eine Symposienreihe unter dem Motto „Nachdenken über Denkmalpflege“ veranstaltet. Anlass hierfür ist der intradisziplinäre Unmut über das geringe Maß an Offenheit innerhalb der fachlichen Diskussion gewesen. Gleichwohl ist auch das Angehen gegen Tabus zunächst als „Lockerungsübung“ gedacht, die allerdings zumindest soweit geht, auch „Reformansätze“ zu formulieren. Eine ganz wesentliche Rolle für die Notwendigkeit der Diskussion spielen dabei externe Faktoren wie die Hinterfragung des gesellschaftlichen Nutzens und der Wissenschaftlichkeit von Denkmalpflege durch Fachfremde und die sich weiter verschlechternden personellen und finanziellen Bedingungen der Denkmalverwaltungen. Als Einzelereignis wird zudem die 2000 erschienene Streitschrift von Dieter Hoffmann-Axthelm und die nachfolgende Diskussion in den Medien genannt. (vgl. Ernst Rüschs Begrüßung zum ersten Symposium, Brandt 2002)

Diskutiert wurden dabei eine ganze Reihe unterschiedlicher Themen und Themenkomplexe, wobei es bei allen Veranstaltungen mehr oder weniger dezidierte Verbindungen zur Rekonstruktionsdebatte inner- und außerhalb der Disziplin gibt. Die Überschriften der sechs Tagungen lauten:

- „Nachdenken über Denkmalpflege“ (der erste Vortrag allerdings ist sogleich überschrieben mit „Konservieren, nicht Res-

taurieren‘ – ein Mythos der Denkmalpflege?“, 3. November 2001, Hannover

- „Das Denkmal zwischen Originalsubstanz und immateriellen Werten. Auf der Suche nach einer anderen Denkmalpflege“ (Titel des Einführungsvortrags), 16. November 2002, Schloss Hundisburg
- „Wie ewig sind die Denkmale? Von der Zeitgenossenschaft der Denkmale und der Denkmalpfleger“, 8. November 2003, Magdeburg
- „Nur die Prachtstücke? Kategorisierung in der Denkmalpflege“, 2. April 2005, Berlin
- „Schöne Geschichte? Ästhetische (Vor-)Urteile in der Denkmalpflege“, Essen, 1. April 2006
- „Denkmale nach unserem Bild? Zu Theorie und Kritik von Rekonstruktion“, 31. März 2007, Dessau

Für die nachfolgende Analyse wurden die dokumentierten Tagungsbeiträge, -programme und -zusammenfassungen bzw. -kommentare und die Online-Fachzeitschrift [kunsttexte.de](http://kunsttexte.de) verwendet. Auf Belege der Einzelbeiträge wird dementsprechend verzichtet, nur Rezension und nachträgliche Kommentare werden gekennzeichnet.

Für die Bewertung scheint es wichtig, darauf hinzuweisen, dass die allermeisten Beiträge von (Denkmalpflege-)Praktikern stammen und damit trotz ihres zumeist wissenschaftlichen Duktus im Wesentlichen als Teile eines fachlichen, nicht aber als primär wissenschaftlichen Diskurses anzusehen sind. Zudem muss trotz des relativen breiten Echos, den die Veranstaltungen innerhalb der Denkmalpflege hervorgerufen haben, der Kreis aktiver Teilnehmerinnen und Teilnehmer als klein angesehen werden. Die Teilnehmerzahl liegt soweit bekannt zwischen 35 und 60 Personen einschließlich der Veranstalterinnen und Veranstalter. Sowohl bei den Referentinnen als auch bei den Teilnehmern kann zudem von einer recht hohen Stabilität ausgegangen werden.

Die Frage nach Rekonstruktionen hat innerhalb des Diskussionskreises „Nachdenken über Denkmalpflege“ zunächst geringe Relevanz, obwohl hier bereits beim ersten Treffen 2001 mit den Beiträgen von



Hertzig und Hellbrügge der Beginn der intradisziplinären Auseinandersetzung stattfand, die dann eigentlich erst 2008 an der ETH Zürich während der Tagung „Das Prinzip Rekonstruktion“ (siehe den betreffenden Abschnitt) geführt wird. Auch werden hier bereits die wesentlichen Argumente späterer Diskussionen genannt. Zum einen findet durch den Vortrag von Hellbrügge eine Relativierung des Standpunktes von Dehio als dem Begründer des Leitsatzes „Konservieren, nicht Restaurieren“ statt, die auch weitaus deutlicher ausfällt als entsprechende Darstellungen von Winterfelds während der Tagung „Die Schleifung“ im nachfolgenden Jahr (siehe oben). Auch führt er schon das schließlich von Winfried Nerdinger ausgeführte Argument des Faktischen an. Zum anderen fordert Hertzig eine Popularisierung der Denkmalpflege durch Hinwendung zur Ästhetik und Geschichtspräsentation sowie eine Abkehr von der Ausschließlichkeit der Geschichtsdenkmale.

Eben diese Kritik an der geschichtswissenschaftlichen Orientierung der Denkmalpflege und dem darin begründeten Primat der materiellen Substanz eines Denkmals ist Kern der Diskussionen in allen sechs Symposien. Es wird einerseits auf die diesbezüglichen Diskrepanzen zwischen Theorie und Praxis verwiesen und dabei durch die überwiegend praxisnahen Teilnehmerinnen und Teilnehmer vor allem die Theorie kritisiert, andererseits aber vor dem Hintergrund einer disziplinären Krisenwahrnehmung auch nach möglichen Alternativen für eine andere Denkmalpflege gesucht. Somit besitzen sämtliche Veranstaltungen der Reihe eine gewisse Relevanz auch für die Rekonstruktionsdebatte, werden hierfür aber kaum erschlossen. Selbst in die sechste Veranstaltung, die sich 2007 direkt mit dem Thema beschäftigt, fließen die Erkenntnisse kaum ein. Dabei sind insbesondere unter den betrachteten Alternativen einige direkt anschlussfähig: die Mehrdimensionalität von Denkmalwerten, die etwa auch ästhetische Aspekte beinhalten müsse, die Berücksichtigung gestalterischer Attraktivität etwa auch innerhalb einer „schöpferischen Denkmalpflege“ und die erneute Verbindung der Begriffe Denkmal und Heimat.

### 6.23 „Identität durch Rekonstruktion?“ – BMVBS-Baukulturwerkstatt, Bärensaal Berlin, 16. Oktober 2008

Als ein wichtiger Beitrag zur fachlichen Rekonstruktionsdebatte ist sicher auch die im Rahmen des vorangegangenen BBR-Forschungsprojekts „Wieder-Aufbau“ vorbereitete und durchgeführte Baukulturwerkstatt zu „Positionen zum Wiederaufbau“ anzusehen. An dieser Stelle soll darauf verzichtet werden, wesentliche Anteile der Tagungsbeiträge wiederzugeben, da dies zum einen im Endbericht vom 30. November 2008 und zum anderen in der das zurzeit bearbeitete Forschungsvorhaben einleitenden Veröffentlichung bereits geschehen ist. Stattdessen sollen hier wichtige Beiträge der – überwiegend kritischen – Rezension der Tagung berücksichtigt werden.

#### *Laienhafte Architektenschelte oder Soziologendeutsch?*

So sieht Ursula Baus (2008b) den Versuch einer Versachlichung der emotional geführten Debatte als gründlich gescheitert an – sei sie doch ihrer Meinung nach in weiten Teilen als eine „selten stumpfsinnige[...], peinliche[...] Architektenschelte“ verlaufen. Die „üblichen, sattsam bekannten Klischees“ seien ausgetauscht worden: „Kein Schimmer von einer Begriffsanalyse [...], zu wenig Aufmerksamkeit für die Differenzierung der Meinungsbildung [...], keine Silbe zum Geschichtsverständnis der Gegenwart, kein Gedanke zur Komplexität unserer rekonstruierenden Gesellschaft.“ Schließlich führt sie gar die weitgehende Abwesenheit von Architekten im Publikum sowie die extrem kurzfristige Absage von Thomas Müller darauf zurück, dass sich „dermaßen unter Niveau [...] kein vernünftiger Architekt provozieren [lasse]“. Dass Architekten und Planer in den Podien zahlreich vertreten waren, erwähnt sie nicht, wohl aber die fehlende Repräsentativität der Saalbeiträge der „Bürger“ und „Laien“, die sich in Vereinen für Wiederaufbauvorhaben engagierten. Konträr ist an dieser Stelle die – kaum weniger kritische – Wahrnehmung des Vereins Stadtbild Deutschland e.V. (2008), die in einer Pressemittelung wiedergegeben wird. Er kritisiert, dass die Bürgerinnen und Bürger zu wenig zu Wort gekommen seien. Ähnlich

der lokalen Debatten hätten hier im wesentlichen Architekten und Stadtplaner letztlich „am Thema vorbei[geredet]“, ob-  
schon sie beständig die Zivilgesellschaft beschworen hätten. Brinkmann (2008) wiederum sieht in den Arbeitsgruppen deshalb den „ersten inhaltlich fruchtbaren Programmpunkt“, weil hier über konkrete Vorhaben diskutiert worden sei, anstatt den müßigen Versuch zu unternehmen, das Thema allgemein zu erörtern. In seinem Artikel in der Berliner Zeitung korrigiert er die Auffassung von Ursula Baus, die Architekten seien fern geblieben, inso-  
weit, als er darauf verweist, sie hätten „die Veranstaltung in stiller Demut über sich ergehen“ lassen. Und Zajonz (2008) geht im Tagesspiegel sogar soweit, „Lasst die Laien reden!“ zum Motto der Veranstaltung zu erklären, was er durchaus polemisch mit „Kinder an die Macht“ vergleicht. Andererseits hätten „bekannte Meinungen, bekannte Gesichter“, „Soziologendeutsch“ und „Architektensprüche“ weite Teile des Tages dominiert und so für „kaum Bewegung“ in der Diskussion gesorgt.

An der Widersprüchlichkeit der Aussagen mag deutlich werden, dass Erwartungshaltungen von Teilnehmerinnen und Teilnehmern an die Veranstaltung (Versachlichung und hohes (wissenschaftliches) Niveau oder Forum für Laien und Konzentration auf bürgerschaftliche Argumente) nicht erfüllt worden sind – eine in dieser Breite sicher durch den Veranstalter weder leistbare noch beabsichtigte Aufgabe. Gleichwohl zeigt sich auch, dass es einerseits den Referentinnen und Beiträgern nicht möglich gewesen ist, alle Argumente in der gebotenen Tiefe oder auch Schärfe zu berücksichtigen. Andererseits scheint es immerhin gelungen zu sein, die Kontroversen der bundesweiten Debatte so zugespitzt zu präsentieren, dass sich die Protagonisten zumindest teilweise getroffen fühlen.

#### *Sternstunde mit Einspruch*

Der Vortrag von Prof. Peter Bürger findet hingegen weitgehend ungeteilte Zustimmung, nennt Zajonz (2008) die Veranstaltung doch wegen dieses Beitrags eine „Sternstunde im Nachdenken über zerstörte und – vielleicht – durch Rekonstruktion wiederzugewinnende Baudenkmale“. Baus

allerdings versieht ihre Zustimmung mit einem „partiellen, sorgfältigen Einspruch“. Seine Erklärung der Rekonstruktionssehnsüchte reduziere sich auf das Trauma und die Verdrängungsleistung der Kriegsgeneration, übertragen auf deren Kinder und Enkel. Mit seinen Ausführungen habe er als einziger „eine glänzend strukturierte Annäherung an die komplexe Thematik der Rekonstruktion und Identität geliefert – auch oder weil man ihm nicht in allen Schlüssen folgen musste“. Ihrer Forderung nach Versachlichung allerdings sei er mit seinem „qualvollen Bekenntnis“ womöglich ebenfalls nicht nachgekommen, laufe er doch Gefahr, von den Rekonstruktionsbefürwortern „als Hausphilosoph vereinnahmt zu werden“. Tatsächlich lobt der Verein Stadtbild Deutschland e.V. (2008) den Beitrag Bürgers als einen „ebenso klugen wie bewegenden Vortrag“, dem es vorbehalten geblieben sei, auf „den Kern des Themas zu kommen“, nämlich die beispiellose Verlusterfahrung, die jeder deutsche Stadtbewohner täglich mache. Sie bringe „vor allem junge Menschen in allen Teilen Deutschlands“ dazu, sich für Wiederaufbauvorhaben zu engagieren. Für Kurianowicz (2008) ist es eine andere Aussage in Bürgers „intelligentestem Beitrag“ zu einer „emotional belastet[en]“ und von „enorme[r] Streitlust“ gekennzeichneten Debatte, die er als zentral ansieht: dass sich nämlich Rekonstruktionen als solche zu erkennen geben müssten. Gleichzeitig verweist er darauf, dass es die Tagung nicht vermocht habe zu beantworten, warum zeitgenössische, Altes mit Neuem verbindende Architektur hierzu nicht im Stande sein solle. Brinkmann geht als einziger Kommentator nicht auf den Bürger-Vortrag ein, wohl aber auf die zahlreichen Wortmeldungen der durch den Wiederaufbau traumatisierten Nachgeborenen.

#### *Fazit*

Erfolg oder Misserfolg der Tagung werden so unterschiedlich bewertet. Für Baus (2008b) liegt die persönliche Messlatte nach eigenem Bekenntnis durch die Tagung von Nerdinger und Hassler an der ETH Zürich (siehe Kap. 6.4; Baus 2008a) hoch. Eine ebenso differenzierte Beschäftigung mit dem Phänomen des Rekonstruktionstrends hätte sie sich auch in Berlin gewünscht – eine innerhalb des

gewählten diskursiven Formats unmöglich zu erfüllende Erwartung. Der Verein Stadtbild Deutschland e.V. hingegen begrüßt, dass sich das Ministerium nunmehr des Themas angenommen und durch die Tagung „ein wichtiges Signal [...] in die richtige Richtung“ gesetzt habe. Gerade noch rechtzeitig beschäftigte sich das BMVBS mit dem Thema, pflichtet auch Zajonz (2008) bei – schließlich sei es mit dem Berliner Stadtschloss bald Bauherr eines „der größten Rekonstruktionsvorhaben überhaupt. Allerdings verweist er auch auf den Veranstaltungsort, wenn er mit Bärensaal und Neuem Museum zwei Beispiele nennt, die eine Alternative zur Rekonstruktion darstellen könnten: Geschichtsspuren sichtbar werden zu lassen.

### 6.3 Aktuelle Tendenzen

Mit der Zunahme von realisierten Wiederaufbauvorhaben hat sich die Debatte insoweit verändert, als kritische Stimmen durchaus weniger und vor allem weniger laut erscheinen. Das hat aber wohl weniger mit einem grundsätzlichen Stimmungsumschwung oder Überzeugung zu tun als vielmehr mit einer gewissen Resignation und dem Versuch, der leidig gewordenen Diskussion aus dem Weg zu gehen. Deutlich erkennbar ist dies sicher bei der BMVBS-Baukulturwerkstatt im Oktober 2008, aber selbst bei der weitgehend unter Architekten und Planern verlaufenden Diskussionsveranstaltung „Rekonstruktivismus – was tun?“ hat – schon wegen des Fehlens eines konkreten Vorhabens in Kassel – die Schärfe und Eindeutigkeit in vielen Aussagen gefehlt. Dies könnte allerdings auch zur allgemeinen Tendenz werden. So geht Bartzko (24.9.2009) davon aus, dass das Phänomen Rekonstruktion mittlerweile von allen Berufsgruppen anerkannt sei und somit als fester Bestandteil des Baugeschehens in Deutschland akzeptiert werden, um den „man nicht mehr drum herum kommt“. Wie auch die Darstellung der Berliner Schlossdebatte zeigt, bemüht sich zwar die Feuilletondebatte momentan noch um Differenzierung, doch werden die Fronten zunehmend widersprüchlicher und versucht der Großteil der Fachjournalisten mittlerweile, fallabhängig zu urteilen. Bartzko führt dies auf einen „Gewöhnungseffekt“ zurück. So

ist auch für einige Fachvertreter Rekonstruktion schon wesentlich länger Alltag, hat Winfried Nerdinger (vgl. dens. 2008) aus Anlass der Tagung „Das Prinzip Rekonstruktion“ doch bereits umfängliche Indizien für eine lange Rekonstruktionspraxis präsentiert. Dabei nähert sich die akademische Denkmalpflege im Januar 2008 vermutlich gründlicher dem Thema Rekonstruktion an, und zwar offensichtlich ebenfalls vor dem Hintergrund der in der Praxis zu beobachtenden Rekonstruktionswelle und dabei unbeeinflusst von entscheidungsrelevanten Debatten im Schutzraum einer wissenschaftlichen Tagung an der ETH Zürich (vgl. Kerkhoff 2008, Stimmann 2008). Sie soll offenbar zunächst zu einer Entdogmatisierung der Debatte beitragen, indem anerkannte Denkmalpfleger und andere Wissenschaftler hochkarätige Einzelbeispiele von Rekonstruktionen aus verschiedenen Kontexten präsentieren. Schließlich widmen sich nunmehr, wenn auch zaghaft, weitere Disziplinen dem Phänomen zeitgenössischer Rekonstruktionen, wie die im Wesentlichen geisteswissenschaftlich bestrittene Tagung der AG Architektursoziologie zu „Rekonstruktion Dekonstruktion Konstruktion“ zeigt. Entsprechend der Neuheit der Beforschung kommen dabei wenige Beiträge über eine – wenngleich ausführliche – Phänomenbeschreibung hinaus, wenngleich Joachim Fischer hier einen wesentlichen Beitrag damit leistet, dass er das Phänomen mit dem Entstehen der neuen Risikogesellschaften nach dem Zerfall des Ostblocks verbindet.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass im Zuge der Rekonstruktionsdebatten einige der alten fachlichen Dogmen von Architektur und Denkmalpflege aus dem eigenen professionellen Kontext heraus angegriffen werden, sich aber noch keine klare Neusortierung von Prinzipien herausgebildet hat. In der Architektur wird gerne auf die Spezifik jedes Einzelfalls abgehoben (vgl. Schäche 2000); damit ist aber eine kriteriengeleitete Debatte schwer zu führen, und insbesondere Rekonstruktionsvorhaben werden äußerst instrumentalisierungsanfällig. Dagegen scheint sich in der Denkmalpflege das Rekonstruktions-tabu nur allmählich zu lockern, und zwar im Wesentlichen unter Zurkenntnisnahme der schon immer bestehenden Vielschich-

tigkeit denkmalpflegerischer Strategien, in der die Nachahmung eines vollständigen Gebäudes ein Ende eines kontinuierlich besetzten Spektrums darstellt. Offenbar fehlt aber in dieser fachlichen Betrachtungsweise eine offene Auseinandersetzung mit der von Schäche implizit aufgeworfenen Frage, wie denn das Verhältnis zwischen Architektur, Denkmalpflege und allen anderen Bereichen der Gesellschaft sinnvoll ausgestaltet werden könnte. Es mutet ja auf der einen Seite durchaus merkwürdig an, wenn sich der Mediziner Günter Blobel vehement in die Frage einer Rekonstruktion der Paulinerkirche in Leipzig einbringt, auf der anderen Seite aber vermutlich eine Untergrabung seiner eigenen fachlichen Autorität als Mediziner durch einen Nichtmediziner weit von sich weisen würde. Die sich hier zeigende Natur von Entscheidungen über Bauvorhaben als kultureller Aushandlungsprozess und die darin Fachleuten zugeschriebenen Rollen beschäftigen die Architektur-, Planungs- und Kulturwissenschaften weit über Rekonstruktionsvorhaben hinaus auf so grundsätzliche Weise, dass an dieser Stelle nur auf das darin bestehende Defizit an tragfähiger Orientierung hingewiesen werden kann.

Die Kritik an dem Authentizitätsbegriff, wie ihn die Denkmalpflege verwendet, ist mittlerweile relativ breit angelegt. Dabei scheinen sich auch Positionen einzelner Vertreter einer starken Denkmalpflege zu verändern. So formuliert der Architekturkritiker Wolfgang Pehnt (2008) in einem Interview fünf Kriterien für Rekonstruktionsvorhaben, die er damit indirekt billigt: Vorhandensein zuverlässiger Baupläne, Bau am selben Standort, Verschonung des Standortes von Entwicklungen seit Zerstörung bzw. Verfall, Vorhandensein von ausreichend historischer Bausubstanz sowie die verträgliche Nutzung im Sinne des Charakters des Gebäudes. Mit diesem Vorstoß werden nach Pehnts Auffassung die wissenschaftlichen Grundsätze gewahrt, ohne allerdings eine Rekonstruktion mit dem Argument der Authentizität auszuschließen. Hieran lassen sich ebenfalls Anknüpfungspunkte an die aktuelle kritische Fachdebatte knüpfen. In der Praxis erscheint dies allerdings kaum handhabbar, wenn man die Entwicklung der europäischen Stadt nach dem Zwei-

ten Weltkrieg betrachtet. Allein die Unversehrtheit eines Standortes kann kaum vorausgesetzt werden.

Viele konsensorientierte Positionen versuchen daher einen Argumentationsansatz, der die kontroversen Positionen zusammenführt. „Gerade weil die Denkmalpflege keine grundsätzlich objektive Wissenschaft sein kann und das Denkmal kein in sich abgeschlossenes, musealisiertes Exponat, gerade deshalb ist sie ja so wertvoll. Weil sie keine Fix- und Fertig-Antworten verheißt, keine endgültigen Antworten parat hält, sondern immer wieder zu Fragen einlädt (Rauterberg 2002: 35).“ Diese relativierende Behauptung gegenüber der Denkmalpflege scheint auch ihre Berechtigung zu haben. Denn Rauterberg (2002: 34) argumentiert, dass Denkmalschützer die Wirklichkeit berührten, „ja, sie verändern sie, sie können ihren Schutzbefohlenen, die Denkmale, nicht aus der Zeit herausnehmen, sondern sind gezwungen, Veränderungen an diesen mit zu gestalten oder zumindest mitzuverantworten.“ „Wegweisende Ansätze dazu sind durchaus vorhanden, etwa wenn wir die Authentizität eines Denkmals als historische Konkretisation verstehen, was bedeutet, dass ein Denkmal zu verschiedenen Zeiten verschiedene Authentizitäten hat, dass also Differenzierungen nicht nur zwischen den Kulturen und Traditionen notwendig sind, sondern auch innerhalb einer Kultur, und dass Authentizität bzw. Identität dem Wandel unterworfen ist, [...] oder gar, dass Authentizität Wandel und Veränderung ist, dass Wandel als ihr wesenhafter Bestandteil zu betrachten ist (Seidenspinner 2007b: 3)?“ Stefan Hertzog äußert in einem Beitrag zum Symposium „Nachdenken über Denkmalpflege“ von „Zwiebelschalen der Geschichtlichkeit“: „Die Denkmale dürfen nicht nur als reine Geschichtsdenkmale betrachtet, sondern genauso sehr auch als – häufig emotionsbeladene – Zeugnisse der Kunst und Kultur einer Stadt oder eines Landes gesehen werden.“ (Hertzog 2002: 1) Gerade die Veranstaltung „Das Prinzip Rekonstruktion“ und die Symposien „Nachdenken über Denkmalpflege“ haben in diesem Zusammenhang Denkanstöße gegeben und eine veränderte Positionierung in Teilen der denkmalpflegerischen Praxis erkennen lassen.

Das Plädoyer für solche Positionen führt in letzter Konsequenz zu einer Einschränkung des Arguments der Originalität. Es betont aber einen Dualismus aus Geschichte und Gedächtnis, aus Originalität und Emotionalität, aus Substanz und Veränderung, die mit einem Denkmal verbunden sind. Die „Charta von Burra“ (1979, zuletzt aktualisiert 1999) ist dafür ein Zeugnis. Diese Charta des australischen ICOMOS-Komitees ist in ihrem denkmalpflegerischen Wert als ein Äquivalent zur „Charta von Venedig“ zu sehen, wenn auch im europäischen Raum wenig bekannt. In diesem Dokument wird der Terminus der „kulturellen Bedeutung“ (*cultural significance*) eingeführt. „Kulturelle Bedeutung meint ästhetische, historische, wissenschaftliche, gesellschaftliche oder spirituelle Werte für vergangene, gegenwärtige oder zukünftige Generationen. Träger kultureller Bedeutung sind das Objekt an sich, seine Substanz, sein Umfeld, sein Gebrauch, seine Assoziationen, Bedeutungen, Quellen sowie mit ihm in Beziehung stehende Objekte und Gegenstände. [...] Denkmalpflege meint alle Verfahren [Unterhalt, Konservierung, Restaurierung, Rekonstruktion, Anpassung] der Fürsorge für ein Objekt mit dem Ziel, seine kulturelle Bedeutung zu bewahren (Charta von Burra 1979: Artikel 1.2, 1.4).“

### **6.31 „Das Prinzip Rekonstruktion“ – Tagung an der ETH Zürich, 24./25. Januar 2008**

Da eine ausführliche Dokumentation der Tagung, die vom Institut für Denkmalpflege und Bauforschung der ETH gemeinsam mit dem Architekturmuseum der TU München veranstaltet worden ist, noch aussteht und auch für die wissenschaftliche Auswertung nicht erhältlich war, muss an dieser Stelle auf Sekundärquellen zurückgegriffen werden, die in Form zweier ausführlicher Besprechungen von Hillmann (2008) und Kerkhoff (2008) sowie ein weitere, deutlich kürzere von Baus (2008a) zur Verfügung stehen. Zusätzlich kann ein Artikel von Winfried Nerdinger (2008), der gemeinsam mit Uta Hassler die Tagung organisiert hat, hinzugezogen werden, der in etwa zeitgleich erschienen ist.

Die ganz wesentliche Leistung der Tagung scheint darin zu bestehen, einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln, dass die Dis-

ziplin der Denkmalpflege nicht geschlossen und prinzipiell Rekonstruktionen widerspricht. Ob dies der insbesondere innerhalb der Veranstaltungen zum „Nachdenken über Denkmalpflege“ als notwendig beschriebenen Aktualisierung der Disziplin dient oder ihr letztlich einen Bärendienst erweist, weil Denkmale als reproduzierbare Objekte keines Schutzes bedürfen, sei dahingestellt. Auch ist damit keine Aussagen zu Mehrheiten gegeben oder gar einer feineren Gliederung bei der Frage, wann, wo und unter welchen Bedingungen eine Wiederherstellung möglich ist. Immerhin scheint darin ein Potential zu liegen, die Rekonstruktionsdebatte zu versachlichen und weniger konfrontativ zu führen (vgl. Baus 2008a).

Das zentrale Argument der historischen Kontinuität scheint allerdings für die – hier weit weniger als beim „Nachdenken über Denkmalschutz“ zelebrierte – Abweichung von der denkmalpflegerischen „Norm“ allein nicht auszureichen. Einerseits wird in mehreren Beiträgen an der Stichhaltigkeit dieser These gezweifelt, was ganz wesentlich im Fehlen einer Begriffsdefinition für Rekonstruktion begründet gelegen haben dürfte (das, was Lipp eine „wissenschaftliche“ Rekonstruktion nennt, war ja über lange Zeit rein technisch gar nicht möglich). Andererseits bleibt die Frage unbeantwortet – bzw. nach derzeitigem Informationsstand ungestellt –, ob die Ablehnung von Rekonstruktionen nicht auch als ein zivilisatorischer Fortschritt betrachtet werden könnte, der mit dem Entstehen der Denkmalpflege einhergegangen ist. Auch der bereits von Ottomeyer (in: Bingen/Hinz 2005: 9) angeführte umgekehrte kategorische Imperativ, also die Begründung durch bereits durchgeführte Vorhaben, ist wenig hilfreich, so lange man nicht davon ausgeht, dass hier nicht ein einzelner „Sündenfall“ (Kerkhoff 2008: 45) bereits zur allgemeinen Vertreibung aus dem Paradies führt.

Daneben ist – vielleicht auch durch die Wahl des Tagungsorts außerhalb Deutschlands (vgl. Baus 2008a) – eine differenziert Betrachtung möglich, an der die Debatte ansonsten oftmals krankt. Wesentliche Ansätze zu einer solchen Analyse liefern etwa die Ordnungsvorschläge von Lipp und Vegas, wenngleich sie stark phä-

nomenologisch bleiben und auch in den Beiträgen der Referenten selbst nicht fortgeführt oder in eine Theoriebildung integriert werden. Der von Abel vorgetragene Verweis auf rekonstruktive Praxen in anderen Disziplinen vermag zumindest für die Architekturdiskussion erhellend zu wirken. Ebenso fruchtbar könnten die Hinweise Hasslers zur Diskontinuität allein schon der denkmalpflegerischen Debatte um Rekonstruktion in den dreißig Jahren zwischen Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Denkmalschutzjahr sowie ihr Verweis auf den Erhalt von traditionellen handwerklichen Verfahren durch Rekonstruktion sein.

Deutlich mehr wäre in der Frage der Unterscheidung „guter“ und „schlechter“ Rekonstruktionen möglich gewesen, die Petzet einführt, ohne selbst eine auch nur subjektiv begründete Grenzziehung leisten zu können. Der allgemein als vollkommen unkritisch kommentierte Beitrag von Hertzog wird dadurch noch zusätzlich zum Einfallstor aufgewertet, die Tagung insgesamt auf das Werben für Rekonstruktion zu begrenzen und die wichtigen Differenzierungen und Analysen zu unterschlagen.

### **6.32 Rekonstruktion Dekonstruktion Konstruktion – Workshop der AG Architektursoziologie am 8./9. Mai 2009 in Bamberg**

Das bislang zu konstatierende Fehlen der Wieder-Aufbau-Thematik aus eigenständig gesellschaftswissenschaftlichen Diskursen (bei Beteiligung von Gesellschaftswissenschaftlerinnen und Gesellschaftswissenschaftlern an den Diskursen der mit Bauen, Planen und Denkmalpflege befassten Disziplinen sowie öffentlich geführter Debatten) wird im Mai 2009 durch einen zweitägigen Workshop der AG Architektursoziologie in Bamberg teilweise aufgehoben. Einschränkend ist allerdings auch hier auf den Anteil (auch praktizierender) Architekten innerhalb des Arbeitskreises und die Ausweitung der Thematik unter der Überschrift „Rekonstruktion – Dekonstruktion – Konstruktion“ zu verweisen, obgleich die Mehrheit der Vorträge und Wortmeldungen aus soziologischer Sicht argumentiert und das Phänomen zeitgenössischer Rekonstruktion deutlich dominiert. Dies bedeutet andererseits aber auch nicht, dass die hier wiedergegebenen

Diskurse ohne weiteres anschlussfähig an die sonstige Debatte sind.

Die Veranstaltung verdeutlicht vor allem die Vielfalt unterschiedlicher soziologischer Interpretationsmöglichkeiten der aktuellen Rekonstruktionsbemühungen, wengleich zumindest Prof. Joachim Fischer in seinem Vortrag eine eigenständige These formuliert. Viele der an Fallstudien orientierten Beiträge versuchen zunächst, einzelne Aspekte des Phänomens zu beschreiben, während eine Kontextualisierung innerhalb weiterer gesellschaftlicher Zusammenhänge nur in einigen Beiträgen erfolgt. Dabei erscheinen hier zwar insbesondere die direkt mit Rekonstruktion befassten Beiträge von Interesse, doch geben auch solche über Dekonstruktion oder Konstruktion wertvolle Hinweise. Für Fischer etwa sind Rekonstruktion und Dekonstruktion Gleichzeitigkeitsphänomene, wobei sich Rekonstruktion auf das Ensemble, Dekonstruktion auf den Solitär beziehe (Chor und Soli).

#### *Akteure*

Ein wesentlicher Aspekt der Phänomenbeschreibung ist die Darstellung der zu meist eindeutig in Rekonstruktionsbefürworter und -gegner unterteilten Akteure innerhalb der Diskussionen um WAV. Zentral sind diese Betrachtungen in René Seyfarths Beitrag, in dem er die an den Diskussionen Beteiligten in Pragmatiker und Idealisten unterteilt, wobei er die Befürworter mehrheitlich den Pragmatikern zuordnet, da es ihnen nicht um symbolische Orte, sondern um die immanente Materialisierung von Symbolen gehe, während den Gegnern vor allem an „Wahrheit“ gelegen sei. Beiden Gruppen gehe es dabei primär um Schönheit und nicht um die Steigerung des Lebenswerts. Schließlich weist er noch auf den hohen Anteil Jüngerer unter den engagierten Rekonstruktionsbefürwortern hin. Dass sie das Original nie gesehen haben, ist für ihn ein weiterer Beleg für die pragmatische Einstellung: Letztlich gehe es den Protagonisten um die „Machbarkeit von Welt“, in der die reale Rekonstruktion eines verlorenen Bauwerks ihnen als Ersatz für die schwierigere Lösung anderer gesellschaftlicher Probleme diene.

Auch andere Beiträge beschäftigen sich mit der von Joachim Fischer prägnant formu-

lierten Frage, warum sich die Zivilgesellschaft überhaupt mit Rekonstruktionen beschäftige, wenn es doch so viele andere Probleme gebe. So weist Oliver Schmidtke einerseits auf die Eigensicht der Befürworter als „demokratische Avantgarde“ hin und bekräftigt dies, indem er im Bezug auf sein Fallbeispiel des Frankfurter Dom-Römer-Areals auf die Notwendigkeit einer neuerlichen „Tabula Rasa“ durch Abriss des vormals avantgardistischen Technischen Rathauses verweist. Dass die weniger zerstörte Altstadt als Ergebnis jahrhundertelanger Entwicklung gerade eine „Anti-Tabula Rasa“ sei, zeigt für ihn die Widersprüchlichkeit dieser Position. Seine Analyse von Internetforen zeigt einerseits die Binnensicht von Rekonstruktion als gleichberechtigtem Teil der Architektur (wie bereits die Namen des wichtigsten Forums „architektur-forum.net“ belegt), andererseits auch die für sich sachliche, nur in der Ablehnung modernen und zeitgenössischen Bauens stark emotionalisierte Debatte, die auch weitgehend auf übertriebene Selbstdarstellung und Personalisierung verzichte (einzige Ausnahme seien die als „Helden“ gefeierten Programmierer des digitalen Altstadtmodells Frankfurt). Hieran schließt sich in gewisser Weise die Beobachtung Ralph Richters (Universität Leipzig) an, der zufolge die starke überregionale Medienpräsenz des Paulinervereins letztlich zu einer Widerstandshaltung der Leipziger gegenüber einem Wiederaufbau der Leipziger Paulinerkirche geführt habe. Allerdings bezieht er sich hierbei vor allem auf die Entgrenzung eines lokalen Diskurses und weniger auf die offene Zurschaustellung eigener Interessen.

Weniger ausführlich wird auf die Gegner von Wiederaufbauvorhaben (WAV) eingegangen, wobei Oliver Schmidtke auch feststellt, dass es keine „Bürgerbewegung gegen Rekonstruktionen“ gäbe. In seinem Frankfurter Fall – aber auch in anderen lokalen Debatten – sei der Erhalt des Status Quo (in Frankfurt die modernen Gebäude des Technischen Rathauses) das zentrale Anliegen. Für die Gegnerschaft innerhalb der Architektenschaft gibt er hingegen – in Widerspruch zu René Seyfarths These – ein wesentlich pragmatischeres Argument an: Sie seien persönlich betroffen, weil die Rekonstruktion den Wegfall des architektonischen Entwurfs als Kern ih-

rer Profession bzw. professionellen Selbstwahrnehmung darstelle. Schließlich wird in der Diskussion zu Stefanie Duttweilers (Universität Basel) Beitrag zu „Sicherung des Bestandes – Funktion und Zeichen der Kirchen“ zudem auf die besondere Rolle der Kirchen bei Debatten um den Wiederaufbau von christlichen Sakralbauten eingegangen: Während es primär Kirchenfremde seien, die Rekonstruktionen fordern, schreibe der gesellschaftliche Diskurs der (Institution) Kirche die Rolle zu, Veränderungen entgegen zu stehen und damit trotz des ggf. mit der Wiedererrichtung verbundenen Bedeutungsgewinns gegen solche Vorhaben zu argumentieren (vgl. Dresden, Potsdam, Magdeburg). Anders stellt sich die Diskussion in Leipzig dar, wo – zunächst allerdings unabhängig von der baulichen Form – eine umfassende Auseinandersetzung um die Nutzung des „Paulinums“ als Aula und/oder Kirche geführt wurde (vgl. insbesondere den Beitrag von Thomas Schmidt-Lux).

#### *Konflikte*

Aus dieser Akteurskonstellation heraus lassen sich auch die Konflikte zwischen den grundsätzlich widerstrebenden Gruppen eingehender betrachten. Thomas Schmidt-Lux arbeitet für seine Fallstudie der Leipziger Paulinerkirche drei Konfliktlinien heraus, erstens den Umgang mit dem von der DDR-Führung begangenen Unrecht der Sprengung (Wiedergutmachung oder Erinnerung), zweitens die sakrale oder säkulare Nutzung und drittens – hier deutlich untergeordnet – die für ihn ästhetische Frage nach Wiederaufbau oder zeitgenössischem Entwurf. Dabei sei der mittlerweile „Paulinum“ genannte Bau der Anlass für das Manifest-Werden der Konflikte, biete gleichzeitig aber viele Möglichkeiten, in Kommunikation mit und durch Architektur Kompromisse zu schließen. Unmöglich erscheine dies abhängig von den Forderungen der Akteure nur in wenigen Punkten (etwa einer ausschließlichen Nutzung). Förderlich ist hierbei, dass die Formulierung einer strikt modernen Gegenposition ausgeblieben ist und von den entsprechenden Protagonisten von vorneherein das Zitat als letztlich erfolgreiche Vermittlungsposition eingebracht wurde. Nicht nur hierin zeigt sich die Besonderheit des Falls: Die eindeutige, gesellschaftlich legitimier-

te Schuldzuschreibung an die DDR-Führung – obwohl die Zerstörung innerhalb des Herrschaftssystems als konsequent angesehen werden kann und der zeitgenössische Widerstand gegen die Schleifung eher der staatlichen Willkür denn der kulturellen Barbarei galt (vgl. Beitrag Ralph Richter sowie Diskussionsbeitrag Joachim Fischer dazu) – löst die von Oliver Schmidtke für die Altstadt Frankfurt beschriebene Konfliktlinie zwischen Schuldtilgung und Geschichtstilgung gleichsam auf. Dabei deuten allerdings die soeben beschriebenen Einschränkungen der Schuldzuschreibung auch an, dass mit einem größeren zeitlichen Abstand auch die Zerstörung des DDR-Baus einer Rechtfertigung bedurft hätte.

Markus Dauss' Vortrag über den Abriss des Frankfurter Zürich Hochhauses zeigt hier beispielhaft den Umgang mit modernen Bestandsgebäuden – fast – unabhängig von einem WAV, geht es doch um den Bau des in eine Blockrandstruktur eingebundenen, 160 Meter hohen „OpernTurms“. Die ambivalente Erhaltungswürdigkeit des im Wiederaufbau errichteten und 1989 denkmalgeschützten Zürich-Hochhauses – geringer Alterswert, aber hoher emotionaler Wert – führte dazu, dass sich dieser ehemalige Bruch schließlich nicht gegen Veränderung, der Funktionalismus nicht gegen ästhetische Vorstellungen zu wehren vermochte, wiewohl sich selbst die Aktionsgemeinschaft Westend (AGW) für einen Erhalt aussprach und die „Ikone des Wiederaufbaus“ zum Märtyrer stilisiert wurde.

#### *Authentizität/Disneyfizierung*

Trotz der insgesamt recht kritischen Haltung zu WAV folgen die Teilnehmer häufig nicht der einschlägigen Architektendiskussion zum Thema. So wird der Vorwurf der fehlenden Authentizität von Rekonstruktionen in mehreren Beiträgen und Statements kritisiert. So verweist Sybille Frank auf Hanno Rauterberg, der alles für authentisch hält, solange es so empfunden werde, eine Fälschung taue somit genauso wie das zugehörige Original, solange sie als solches wahrgenommen werde. Und Stefanie Duttweiler zeigt am Beispiel zur Umnutzung vorgesehener Kirchen, dass der Wert des Gebäudes mit der bau-

lichen Gestalt steige bzw. falle („sieht aus wie eine Kirche“), während die kunsthistorische Bedeutung nur selten, und wenn, nur im gesellschaftlichen Kontext diskutiert werde. René Seyfarth bezeichnet Authentizität gar als ein „Scheinproblem der Gegenwart“. Mehr noch: Die Auseinandersetzung um Authentizität und Rekonstruktion stelle einen Scheinkonflikt dar, der andere Debatten verunmögliche (an seinem Leipziger Beispiel etwa die Auseinandersetzung mit dem neuen Profil der Universität; für Frankfurt wies Markus Dauss auf die Gleichzeitigkeit stadtpolitischer Auseinandersetzung etwa um das Westend und die Verwirklichung von WAV hin). Die weitergehende Folgerung, diese Scheinkonflikte könnten zur Ablenkung absichtlich „inszeniert“ sein, vermeidet Seyfarth allerdings.

Mehrfach wird dabei auch auf den Vorwurf bzw. die These der „Disneyfizierung“ durch Rekonstruktionen eingegangen und zumeist ebenfalls abgelehnt. Während Oliver Schmidtke dabei lediglich darauf verweist, dass der Vorwurf als solcher kaum taue, weil Disney als Marke „für etwas steht“, widerlegt René Seyfarth die These gänzlich: Die Raumkonstruktion Disneylands sei eben nicht als Abbild einer (letztlich zwar fiktiven) historischen Wirklichkeit gedacht, sondern als Ausdruck größtmöglicher Künstlichkeit, als bauliche Manifestation einer bewussten Fiktion.

#### *Katalysatoren*

Die Frage nach dem Warum der zivilgesellschaftlichen Beschäftigung mit Rekonstruktionen wird aber auch unabhängig von den handelnden Subjekten begründet. Neben den übergeordneten gesellschaftstheoretischen Erklärungsmustern, die hier abschließend dargestellt werden sollen, werden dabei einerseits auch auf katalytische Faktoren eingegangen, andererseits Erklärungsansätze formuliert, die weniger im gesellschaftlichen als bei individuellen Bedürfnissen der Beteiligten – insbesondere denen der Rekonstruktionsbefürworter – ansetzen.

Als ein wesentlicher Katalysator wird zunächst die Verwirklichung bestimmter WAV und ihre landesweite Wahrnehmung identifiziert. Oliver Schmidtke etwa sagt, die Frankfurter Römerberg-Ostzeile



habe (zumindest den Rekonstruktionsbefürwortern) gezeigt, dass Rekonstruktion möglich sei. Und selbst für das nicht einmal als kritische Rekonstruktion anzusehende Leipziger „Paulinum“ sieht Thomas Schmidt-Lux die Notwendigkeit, den zugehörigen Diskurs „parallel zu lesen zum Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche“. Doch bereits dem digitalen Vorgriff auf eine gewünschte Rekonstruktion schreibt Schmidtke eine erhebliche Wirkung zumindest innerhalb der Befürworterkreise zu. Die von zwei Studenten erstellte Computersimulation einer idealisierten Form der Frankfurter Altstadt zeige für sie „Vergangenheit und Zukunft gleichzeitig“, eine Utopie der Zukunft, die begeistert aufgenommen werde.

Zur Frage, warum einzelne Individuen Rekonstruktionswünsche entwickeln, stellt René Seyfarth zwei Erklärungsansätze auf: Zum einen stellten Rekonstruktionen eine Möglichkeit einer pragmatischen Problembewältigung als Ersatz für die durch den Einzelnen nicht zu bewältigenden Probleme der gesellschaftlichen Gegenwart wie Arbeitslosigkeit, Rechtsextremismus etc. dar. Zum anderen seien sie auch Substitut für das für immer weniger Menschen gültige christliche Heilsversprechen. So solle aus der „Frustration über die eigene Vergänglichkeit“ irgendeine Lücke geschlossen werden und gehe es somit eigentlich nicht um das Gebäude. Das Bauwerk habe dabei den Vorteil der konkreten Verdinglichung („Man hat etwas zum Anfassen“).

#### *Übergeordnete Erklärungsmuster*

Innerhalb der Beiträge von Stefan Hajek, Ralph Richter und Joachim Fischer nimmt die Suche nach Erklärungsmustern innerhalb einer gesellschaftlichen Kontextualisierung der WAV eine zentrale Rolle ein. Darüber hinaus verbindet der Vortrag von Sybille Frank die Thematik mit einem weiteren aktuellen Phänomen, dem der Hinwendung der Geschichtsrepräsentation zu *Heritage*-Ansätzen – ein letztlich denkmalpflegerischer Diskurs, der in den hier untersuchten Debatten der Denkmalpflege (vgl. oben) erstaunlicherweise nicht berücksichtigt wird, aber über ein deutliches Potenzial verfügt, etwa Diskussionen über den Denkmalerhalt jenseits der materi-

ellen Substanz „einzufangen“ (vgl. Hillmann 2008: 2). Dabei wird vor dem Hintergrund eines Geschichtsbooms in der BRD die Präsentation von Geschichte in Museen und Denkmalen entsprechend der gegenwärtigen Bedürfnisse des Menschen verändert und werden soziale Erfahrungen zur historischen hinzugefügt und somit popularisiert. Anstelle einer historischen Wahrhaftigkeit oder auch aktuellen gesellschaftlichen Kontextualisierung wird so eine touristische, zunehmend auch ökonomische Nachfrage nach „Geschichtlichkeit“ befriedigt. Dies verdeutlicht Frank am Beispiel des rekonstruierten Berliner Checkpoint Charlie und weiterer Berliner Auseinandersetzungen um Denkmale der jüngeren deutschen Geschichte. Damit entstehe eine neue Begründung für Rekonstruktionen, die nicht länger nur städtebaulichen Leitbildern (Europäische Stadt), sondern auch den für sie entgegen gesetzten *Heritage*-Vorstellungen entspringen.

Stefan Hajek kommt nach einer recht weit-schweifenden Betrachtung zu dem Schluss, dass Rekonstruktionen in einem veränderten gesellschaftlichen Verständnis von Raum angelegt seien. Der für dieses Verständnis konstitutive Bruch zwischen gesellschaftlichem Außen und persönlichem Innen werde heute sehr selbstverständlich überwunden. Die gebaute Identität sei nur noch vordergründig, da das aus anderen Medien erlernte Verhalten des permanenten Übergangs (*zapping*) auch auf die gebaute Umwelt übertragen werde. „Zusammenhänge werden durch ein Nebeneinander ersetzt, Unerwünschtes wird ausgeblendet; der Bruch zwischen alledem wird als Verzögerung im Schaltvorgang verstanden oder als versehentlich gedrückte Programmtaste. Der Bruch in der Realität mit seiner Aufforderung zum Reflexiven wurde durch die Möglichkeit des Alternativen ersetzt.“ So sei für das Raumverständnis heute nicht mehr eine Kontinuität mit Übergängen ggf. Brüchen prägend, sondern vielmehr eine „Kontinuität durch Aneinanderreihung ohne Bezug“. Die daraus resultierende Fragmentierung des Raumes werde zudem durch eine Verknappung auf die bildliche Dimension ergänzt, „in der die Rekonstruktion nur ein Bild von vielen ist“.

Ralph Richter setzt das Rekonstruktionsphänomen mit dem Übergang von der Mo-

derne zur Postmoderne in Bezug, mit dem auch im Städtebau eine Verschiebung von Werten stattgefunden habe. In der Moderne waren Städte demnach Teil einer gesellschaftlichen Utopie, geprägt von Funktionalität und Nutzungsinteressen, aber auch Emanzipation und Egalität. Gleichzeitig bedeutete sie Trennung von lokalen Bezügen, Krise des urbanen Lebensmodells und Verlust städtischer Identität. Mit der Postmoderne habe dann eine Suche nach neuen Identifikationsmöglichkeiten begonnen, nach dem prestigelosen modernen Bauen seien Städte Teil der Selbststilisierung und sollen nicht länger nur menschliche Grundbedürfnisse erfüllen. Seien Städte in der Moderne verwaltet worden, so werden sie nunmehr vermarktet. Damit werden Architektur und Design als Distinktionsmittel („ikonographische Geschichtsbewältigung“) wiederentdeckt. Sowohl Bewohnerinnen und Bewohner, die ihre Stadt zunehmend aus Besucher-sicht wahrnehmen („was sollen nur die Touristen denken?“) als auch städtische Akteure haben daher ein deutlich gestiegenes Bedürfnis nach Distinktion. Dieses Bedürfnis könne sich unter anderem im Rekonstruktionswunsch manifestieren.

Zum Abschluss des mit Rekonstruktion überschriebenen Themenblocks erarbeitet Joachim Fischer schließlich ausgehend von der Beschreibung von Architektur als Kommunikationsmedium und ihrer Nutzung innerhalb der Moderne die These, dass der Ursprung der aktuellen Rekonstruktionstendenzen im Entstehen einer bürgerlichen Risikogesellschaft zum Ende der sozialistischen Sicherheitsgesellschaften liege.

Architektur ist bei Fischer dabei mit Verweis auf Semper stets Fassade. Sie diene dem Menschen als Baukörpergrenze, als eine „dritte Haut“, die sowohl zur Stabilisierung als auch zur Selbstdarstellung verwendet werde. Diese Beziehung zwischen Innen und Außen könne vielfältig gestaltet sein (etwa als Bruch oder transparent), bleibe aber stets ein expressives, „schweres“ Kommunikationsmedium. Gleichzeitig könne Architektur durch ihre Omnipräsenz und Bedeutung kein Bild, durch ihre simultane Wahrnehmung kein Text sein. Die Anerkennung von Architektur als Kommunikationsmedium stelle somit die

Aufhebung der Trennung zwischen physischem und sozialem Raum dar, da die Baukörper bereits selbstständig eine sozial vernetzte Welt bildeten. Die Stadt werde so zu einem Kommunikationssystem von Baukörpern und zur sozialen Mitwelt statt gebauten Umwelt. Die Baukörper kommunizierten dabei sowohl Funktionsdifferenzierungen der Gesellschaft als auch Schichten- und Generationendifferenzierungen. Da die Baukörpergrenze so zum konstitutiven Element der Vergesellschaftung werde, bestehe ein ständiger Kampf um ihre konkrete Gestalt.

In den Kultur- und Sozialwissenschaften würde die Bedeutung der Architektur als „schweres“ Kommunikationsmedium verkannt und lediglich die „leichten“ Medien wie Geld oder Schrift würden beachtet, während gerade die Moderne eine Ko-Evolution beider Formen bedeute. Entsprechend sei es nicht weiter verwunderlich, wenn Architektur so viel emotionale, kognitive und finanzielle Aufmerksamkeit der Zivilgesellschaft erhalte. Somit ließen sich auch drei übliche Thesen zu moderner Architektur und Rekonstruktion zurückweisen. Modernes Bauen sei erstens nicht bildlos, sondern vielmehr ebenfalls expressiv, weil sie ihre Symbolik über ihre Funktionalität erhalte (etwa dem Versprechen von „Aufbruch“, „Egalität“). Zweitens seien die Thesen von Standortwettbewerb und Eigenlogik der Städte keine soziologischen Thesen, sondern verdeckte politökonomische und somit zu vernachlässigen. Und schließlich bedeuteten WAV keine Wiedergewinnung der Geschichte bzw. traditionellen Geborgenheit, da nur „große Häuser“ wiederaufgebaut würden und die Rekonstruktionen somit die Konstruktion einer bestimmten Geschichte darstellten.

Auf dieser Basis beantwortet er die Frage nach der soziologischen Aufschlüsselung der Rekonstruktionsbewegung: Das Gesellschaftlich-Imaginäre, das in der Rekonstruktion zum Gesellschaftlich-Sichtbaren werde, sei, so Fischer, die bürgerliche Risikogesellschaft. Er begründet diese These damit, dass – weitgehend unbeachtet von der Forschung – mit den politischen Veränderungen von 1989/90 eine Gesellschaftsrevolution ohne historisches Vorbild stattgefunden habe. Wenngleich

unblutig, so hätten sich in dieser Revolution Mitglieder sozialistischer Sicherheitsgesellschaften Schritt für Schritt in risikierende Bürger verwandelt. An die Stelle staatlicher Risikominimierung sei dabei eine *civil society* getreten, die insbesondere im Privateigentum die Möglichkeit zum Bankrott wage, aber auch in der politischen Organisation tendenziell instabiler werde. Mit dieser Definition von Risikogesellschaft steht Fischer damit auch im bewussten Gegensatz zu Becks These einer durch die Produktion von Risiken reflexiv gewordenen Moderne.

Zentral für die Verknüpfung dieser Revolution mit der Rekonstruktion zerstörter Bauwerke ist, dass die mittelosteuropäische Bürgerbewegung sich in den Städten formiert habe und damit zu einer Wiederentdeckung der europäischen Städten im Sinne der „okzidentalen Stadt“ Webers einschließlich einer Wiederbelebung der Stadtkerne durch privatwirtschaftliche wie kulturpolitische Investition geführt habe. Die bürgerliche Gesellschaft finde so nach ihrer Kontingenzerfahrung (bzw. Zerstörungserfahrung) zurück – und dies geschehe in den Städten und mit einem Bezug zu deren nun umso bewusster wahrgenommenen Zerstörung (bzw. Anpassung der vormals bürgerlichen Städte an die Erfordernisse der Sicherheitsgesellschaft). Hier knüpft er auch an entsprechende Beschreibungen Ralph Richters zur Leipziger Paulinerkirche an. Dieser hat ausgeführt, wie stark das SED-Regime die gesellschaftliche Funktion von Architektur genutzt habe, wenn ein ranghoher Vertreter den Leipziger Universitätsbau etwa als „größte Leistung der DDR“ betitelt habe. Dass die Bevölkerung den Abriss der kaum verkehrten, genutzten Kirchen größtenteils mitgetragen hatte und sich der zeitgenössische Widerstand weniger gegen das tatsächliche Bauvorhaben, sondern gegen die darin ausgedrückte staatliche Willkür richtete, ist für Fischer kein Widerspruch: Die Zerstörung der Kirche sei innerhalb des Herrschaftsmodells der DDR konsequent gewesen, die Sicherheitsgesellschaft, wie auch Richter sie beschreibt, weitgehend in die Vorstellung eines Neuanfangs eingebunden.

Die bereits seit 1945 verbürgerlichten Gesellschaften in nicht ehemals sozialisti-

schen Staaten wiederum hätten durch die gesellschaftliche Revolution in den vormaligen Sicherheitsgesellschaften die eigene, teilweise ebenfalls durch Risikominimierung eingeschränkten Prinzipien „gespiegelt“ bekommen. So seien sie in die Lage versetzt worden, ihre Selbstbeschreibung ebenfalls neu zu fassen und die eigenen Grundlagen und Prinzipien der Vergesellschaftung zu reflektieren. Gleichzeitig habe 1989 hier auch das „Scheitern der Alternative“ bedeutet. Dass, wie Jan Stefan Becker es ausdrückte, auf die mittelosteuropäische Revolution schnell eine westeuropäische Revolution folgte, kann in der Veranstaltung nicht mehr ausreichend diskutiert werden.

### 6.33 „Rekonstruktivismus – was tun?“ – Kasseler Architektur Zentrum (KAZimKuba), 3. Juni 2009

Fernab der regionalen Schwerpunkte der Rekonstruktionsdebatte wird die Thematik Anfang Juni 2009 auch in Kassel diskutiert. Die Veranstaltung des Fachbereichs Architektur, Stadtplanung, Landschaftsplanung der dortigen Universität und des Bundes deutscher Architekten (BDA) soll unter dem Titel „Rekonstruktivismus – was tun?“ vor allem die Reaktion der mit der Produktion von Stadt und Raum betrauten Professionen beleuchten und hat ein entsprechend fachlich besetztes und in weiten Teilen recht homogenes Podium. So wird vieles deutlich entspannter als andernorts diskutiert.

Die wohl deutlichste Positionierung steht zu Beginn der Veranstaltung – und wird vom Moderator Manuel Cuadra vorgenommen. Als Architekt leide man unter Situationen, in denen von Medien, Bürgerinitiativen oder Politikern Rekonstruktionen gefordert werden, „weil man das als Architekt eben so sieht“.

Architekt und BDA-Präsident Michael Frielinghaus macht in seinem Eingangsstatement deutlich, dass die bisherige Diskussion an der Polarisierung zwischen „hässlicher moderner Architektur“ und einem idealisierten Geschichtsbild krankte. Dadurch, dass er Wolfgang Pehnts fünf Kriterien für Rekonstruktionen wiederholte und zudem die Frauenkirche als beispielhaften und berechtigten Wiederaufbau darstellte, machte er deutlich, dass er

dieser Polarisierung keine Fundamental- kritik entgegensetzen wollte. Gleichzeitig beanstandet er allerdings die Bebauung des Dresdner Neumarkts, die für ihn einen „Hauch von Playmobil und Lego“ erzeuge, und kritisiert Stellas Schloss-Entwurf als dem historischen Ort nicht angemessen. Hingegen preist er – ohne, dass es wirklich vergleichbar wäre – Chipperfields mittlerweile fertig gestelltes Neues Museum in Berlin: Insbesondere der Treppenaufgang sei atemberaubend schön und erzähle die Bauwerksgeschichte. Ans Ende allerdings stellt er dann doch ein klares Bekenntnis, präsentiert als Rodin-Zitat: „Eine Kunst, die Leben in sich hat, restauriert die Werke der Vergangenheit nicht, sondern setzt sie fort.“

Landeskonservator Christoph Mohr stellt die zentrale Bedeutung von Authentizität bei der Bewertung von Baudenkmalen heraus. Dabei geht es ihm um die Ursprünglichkeit all dessen, was sich an einen Baudenkmal ausdrückt, etwa die Umstände, unter denen ein Objekt entstanden ist, die bautechnischen Voraussetzungen, die Materialien, aber auch die Benutzung der Räume und Raumfluchten. Ein durchaus erweiterter Denkmalbegriff also, der nicht nur die materielle Substanz berücksichtigt. Obwohl er zudem auch das Engagement für die Denkmalerhaltung in Gefahr sieht, wenn diese beliebig rekonstruierbar erscheinen, formuliert auch Mohr zwei beispielhafte Fälle, in denen ihr eine Berechtigung zukomme: der – sehr verkürzt wiedergegebene – Fall der geraubten Identität Warschaus und die historische Aura des Frankfurter Goethehauses, dessen Einrichtung zudem erhalten geblieben war. Leider bleibt eine Begründung für diese Wahl weitgehend aus und fehlt vor allem die Abgrenzung zu aus seiner Sicht nicht legitimen Wiederherstellungen. Und wenngleich er seine eigene Disziplin der Denkmalpfleger als die „Taliban der Rekonstruktion“ bezeichnet, so stellt er doch auch in Aussicht, dass in einigen Generationen auch wiederaufgebaute Gebäude unter ihrem Schutz stehen könnten – freilich als Ausdruck einer Zeitströmung zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

Da sie ihre eigene Aufgabe als Architekturkritikerin und Journalistin innerhalb der Debatte in der Versachlichung sieht, räumt

Ursula Baus zunächst mit zwei Verallgemeinerungen auf. Zum einen weist sie auf die erhöhte Pluralität innerhalb der Architektenschaft hin, zum anderen darauf, dass es in den Diskussionen um Rekonstruktion nur klare Befürworter und Gegner gebe. Jedes Rekonstruktionsvorhaben unterscheide sich von bisherigen und müsse einzeln analysiert und bewertet werden. Gleichzeitig aber müssten sowohl die Denkmalpfleger ihre frühere Macht als „Bestandsapostel“ zurückerobern als auch die Architekten und Stadtplaner Stärke zeigen, damit Rekonstruktionen in der Öffentlichkeit nicht die Bedeutung zukommen könne, die ihr heute eingeräumt werde. Außerdem spricht sie sich für eine Analyse des Baugeschehens aus, die über die Bildlichkeit hinausgeht. Ein neues, in historischen Formen errichtetes Outlet Center wie in Wustermark bei Berlin etwa bringe zunächst vor allem Suburbanisierungsprobleme mit sich. Eine Übertragung auf die Rekonstruktionsproblematik wäre hier sicherlich – nicht nur im Fall des Braunschweiger Schlosses – wünschenswert, wird allerdings auch an dieser Stelle nicht unternommen. Wesentliche Probleme, die viele der diskutierten Bauvorhaben in stadtstruktureller, finanzieller, gesellschaftlicher und sozialer Hinsicht hervorgerufen, werden innerhalb der lokalen Debatten ausgeblendet und weitgehend auf eine Auseinandersetzung um die bildlichen Anteile der Architektur und ihre Wirkung reduziert (vgl. René Seyfarths Beitrag zur Tagung „Rekonstruktion Dekonstruktion Konstruktion“).

Uwe Altröck kann bei seinen Ausführungen auf die Erkenntnisse des Forschungsvorhabens zurückgreifen. So geht er den Fragen nach, woher die aktuelle Rekonstruktionswelle komme und was die Möglichkeiten der Architekten sowie Planer innerhalb dieser Situation sein könnten. Dabei verweist er allerdings zunächst darauf, dass die Welle mit knapp einhundert geplanten und realisierten Vorhaben seit 1975 eine kleine sei und nur einen geringen Teil des Baugeschehens darstelle. Dennoch seien Rekonstruktionen aber nicht selten Alltagsnormalität und könnten sich grundsätzlich überall und zu jeder Zeit ereignen. Dass es dennoch keinen umfassenden Rekonstruktionstrend gibt, liegt Altröck zufolge daran, dass Wieder-

aufbauvorhaben auf nicht umfassend vorhandene gesellschaftliche Katalysatoren angewiesen seien. Allgemein seien dies etwa die Postmoderne, die Deutsche Vereinigung, die Zunahme zivilgesellschaftlicher Mitwirkung im Zuge von Entstaatlichung, aber auch die Entfachlichung von Debatten und nicht zuletzt die erfolgreiche Wiederherstellung der Frauenkirche als Referenzobjekt. Vor Ort trage zur Durchsetzung von Rekonstruktionen bei, dass durch die Verunsicherung der Politik der einfache Konsens eine hohe Mobilisierungskraft besitze und Rekonstruktionen im Gegensatz zu innovativen zeitgenössischen Lösungen als Risikovermeidungsstrategie angesehen der Politik werden könnten. Die Aufgabe der mit der gebauten Umwelt befassten Professionen sieht Altrock darin, die Möglichkeiten zur Identitätsbildung an bedeutenden Orten neu auszuloten. Die derzeitigen Initiativen zur Baukultur seien hier viel versprechend, sofern sie einen umfassenden Ansatz verfolgten. Auch solle die Charta von Venedig neu diskutiert und das Potenzial integrierter Lösungen stärker ausgeschöpft werden.

Als bau- und planungspolitischer Sprecher der Römer-Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen empfindet Stefan Majer die Frankfurter Diskussionen zum Thema mittlerweile schwer erträglich. Dabei wirbt er durchaus um ein Verständnis für die zivilgesellschaftliche Hinwendung zu Bau- und Planungsthemen. Bürgerinnen und Bürger seien seit Jahrzehnten verstärkt am Umgang mit ihrer Stadt interessiert, ihre emotionale Forderung nach Rekonstruktion eher als ein *backlash* zu verstehen. Auch versucht er, die politischen Kompromisse der Frankfurter Diskussionen um Altstadt und Thurn-und-Taxis-Palais zu erklären, werde doch durch die Wiederaufbauvorhaben auch eine Stärkung der Innenstadt ermöglicht und hätten sich die Rekonstruktionsverfechter eben nicht mit ihren radikalen Forderungen durchsetzen können, sodass die zukünftige Qualität des Dom-Römer-Areals maßgeblich nicht durch die sechs rekonstruierten, sondern die übrigen dreißig Gebäude entscheiden werde. Bei Architekten – namentlich dem Büro KSP Engel und Zimmermann, das in beide Projekte involviert war – vermisse er die eindeutige Haltung zum Bestand.

#### *Die Haltung der Bevölkerung zum modernen und traditionellen Bauen*

Die an diese Eingangsstatements anschließende Diskussion kreist inhaltlich um mehrere Themenkomplexe, räumlich vor allem um Frankfurt und die dortigen Auseinandersetzungen um das Dom-Römer-Areal.

Verschiedentlich wird der Gegensatz von modernem und traditionellem Bauen angesprochen. Christoph Mohr sieht in der auf fehlende Vermittlung zurückzuführenden Unzufriedenheit mit der Moderne und den Heimlichkeitswünschen der Bevölkerung einen wesentlichen Grund für die Rekonstruktionsbestrebungen. Dem widersprechen Ursula Baus, die einerseits auf modernistische Bauweisen im Einfamilienhaussektor und andererseits hohe Auktionspreise für modernes Mobiliar verweist, und Michael Frielinghaus, der sagt, als Nachkriegskind fühle man sich in der Moderne sehr wohl zu Hause. Eine Vermittlerposition versuchte Uwe Altrock mit dem Hinweis, dass selbst im als traditionalistisch wahrgenommenen New Urbanism immer wieder Viertel modern gebaut würden, da es dafür ein entsprechend großes Minderheiten-Marktsegment gebe.

Überhaupt wird die vermeintliche allgemeine Zustimmung der Bevölkerung zu Rekonstruktionsvorhaben in Abrede gestellt. Sie müsse zumindest in jeder Stadt neu hinterfragt werden, da die Befürworter häufig lediglich durch hohe Präsenz und Leidenschaft deutlich wahrgenommen und auch von den Medien zusätzlich verstärkt würden. Stefan Majer verweist allerdings darauf, dass auch politische Mehrheiten hierüber einen Eindruck vermitteln könnten, der sich etwa in Frankfurt sehr deutlich abgezeichnet habe, wengleich er dies als „bodenlosen Populismus“ brandmarkt. Die im Falle der Altstadt durchgeführte Planungswerkstatt sieht er hier als Gegenrezept an. Den Medien wird zwar erheblicher Einfluss attestiert, doch macht Uwe Altrock deutlich, dass sie erstaunlicherweise nicht als prägende Kraft, sondern lediglich als Katalysatoren in Erscheinung träten. Ihre für sie durchaus meinungsbildende Profilierung in Rekonstruktionsdebatten sieht Ursula Baus in Relation zu Leserschaft, Politik und – zumindest in Frankfurt – auch zur

Konkurrenz. Majer betont auch die Rolle von Leserbriefen, die ähnlich einer *pressure group* funktionierten. Gleichzeitig verweist er aber auch auf den positiven Aspekt populistischer Tendenzen, dass sich Fachlichkeit seit dem vermehrten zivilgesellschaftlichen Engagement der 1970er Jahre konkreter Argumente bedienen müsse. Uwe Altröck weist allerdings auch auf die Gefahr hin, dass entfachlichte Debatten scheitern können, wenn professionelle Gestaltvorstellungen nicht vermittelbar sind, und Christoph Mohr schildert seinen Eindruck, dass Rekonstruktionsbefürworter häufig relativ jung und wohlhabend, aber ebenso ahnungslos in Architekturfragen seien und daher ein „schönes Stück Altstadt“ haben wollten, was einer Retro-Konsumhaltung beim Autokauf gleiche.

Damit verharret die Diskussion ganz wesentlich in der Vorstellung, dass die Bürgerinnen und Bürger als Laien mehr oder weniger grundsätzlich nicht in der Lage seien, über die Gestalt ihrer Stadt zu entscheiden. Eine vor allem insofern wenig hilfreiche Haltung, als dadurch zum einen ein professionell-elitärer Hegemonialgeschmack propagiert und der darin enthaltende Rahmen für Bürgerbeteiligung in Gestaltfragen nicht geklärt wird und zum anderen unterschiedliche Fähigkeiten und Haltungen innerhalb der Bevölkerung sowie das daraus erwachsende Konfliktpotenzial nicht beachtet werden.

#### *Die Aufgabe von Architektur und Planung*

So wird den Architekten und Planern allgemein eine wichtige Aufgabe zugeschrieben, ihre Arbeit besser zu vermitteln – die „Bringschuld“ liege bei den Architektinnen, wie Ursula Baus formuliert. Uwe Altröck verweist hierbei auf Probleme von Selbstlegitimation und Selbstbezug in der Architektur in Gestaltfragen. Die Stadtplanung verfolge hier viel stärker strukturelle und funktionelle Ansätze, während Stilfragen vor allem durch den Umgang mit entsprechenden Strömungen innerhalb der Bevölkerung zum Thema würden. Doch auch der – zumal pluralistischen – Architektenschaft geht es laut Frielinghaus nicht um einen Stil, sondern um einen professionellen Umgang mit Ort und Raum sowie deren Geschichtlichkeit. Gebäude, die ihre Geschichte und Individualität zum Aus-

druck brächten, würden niemals in Zweifel gezogen. Die Probleme entstünden, wo Orte fallen gelassen würden, was in Diskussion fälschlicherweise und verallgemeinernd der Moderne zugeschrieben werde. So konnte insbesondere Frielinghaus der Rekonstruktionsdebatte auch positives abgewinnen. Niemals zuvor sei so viel über Architektur gesprochen worden, sei das Interesse am Baugeschehen so groß gewesen. Nun liege es auch an der Politik, eine Bereitschaft für Baukultur zu schaffen. Stefan Majer stimmt hier zu, forderte aber gleichzeitig, das Interesse der Laien auch ernst zu nehmen.

Die Frage aus dem Titel der Veranstaltung – „Was tun?“ – wird so nur sehr eingeschränkt beantwortet. Die Diskussion begrüßen und als Chance sehen, die eigene Position zu „vermitteln“ – oder eher durchzusetzen – scheint eine Antwort zu sein. Ein zunächst einmal weder reflexiver noch besonders aktiver Umgang verglichen mit der von Cuadra eingangs geschilderten Bedrohung.

#### *Frankfurt – von Ferne betrachtet*

Schließlich werden am Beispiel der Wiederaufbaupläne für die Frankfurter Altstadt auch einige grundsätzliche Punkte erörtert. Michael Frielinghaus betont die Wichtigkeit des Ortes, die durch die nun verfolgte städtebauliche Lösung nicht zur Geltung kommen könne. Daran ändern auch die dreißig Häuser, die nicht rekonstruiert, sondern zeitgenössisch gestaltet werden sollen, nichts. Auf deren Bedeutung für das Gesamtergebnis hat Majer hingewiesen und zugleich die Stärkung der Innenstadt durch dieses Projekt betont. Er vergleicht das Frankfurter Dom-Römer-Areal dabei mit der Kasseler Unterneustadt als fachlich anerkanntes Beispiel. Doch auch Uwe Altröck kritisiert die Leitbautenstrategie als politischen Kompromiss, der widerstreitende Interessen versöhnen solle. Christoph Mohr zeigt sich mit dem Ergebnis bereits versöhnt, wenngleich er weiterhin Anderes für wünschenswert und eine Fachwerklösung für obsolet hält. Die städtebauliche Kleinteiligkeit wird von Majer als erstrebenswert, gleichzeitig aber bei Architekten und Investoren unbeliebt beschrieben, während Mohr auf die Zerstörung der Parzellen-

struktur durch die Umlegung in der Nachkriegszeit verweist und Frielinghaus darin vertane Chancen bemängelt.

### 6.34 Schlossdebatte

Während die übrigen Abschnitte dieses Kapitels abstrakten, nicht mit einem einzelnen Wiederaufbauvorhaben verknüpften Fachdebatten gewidmet sind, soll im Folgenden mit der Diskussion um den Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses ein Ausschnitt aus einer solchen zunächst einmal lokalen Debatte untersucht werden. Eine Untersuchung der langjährigen Auseinandersetzung um den Wiederaufbau des Schlosses, Abriss des Palasts der Republik wie auch die städtebauliche Funktion des Areals ist an dieser Stelle weder leistbar noch angesichts des Stands der Forschung (vgl. u. a. Altrock 2003, Schug 2007, Ellrich 2008) notwendig. Daher sollen nur die aktuellen Entwicklungen seit der Bekanntgabe der Ergebnisse des Architektenwettbewerbs am 27. November 2008 analysiert und hierfür insbesondere auf die Berichterstattung der überregionalen Presse zurückgegriffen werden.

Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass von der Berliner Debatte eine erhebliche Wirkung innerhalb der fachlichen wie nicht-fachlichen Diskussion sowohl um konkrete Wiederaufbauvorhaben als auch um Rekonstruktion insgesamt ausgeht. Spätestens seit Ende der vor allem unter Experten geführten Auseinandersetzung um die Dresdner Frauenkirche ist der Schloss(platz)-Diskurs als die zentrale Debatte innerhalb des Themenfeldes anzusehen, wenngleich sie in vielerlei Hinsicht auch als Sonderfall anzusehen ist. Zudem erlangt sie dadurch nationale Bedeutung, dass die Bundesrepublik Deutschland hier als Bauherrin fungieren wird und das Vorhaben daher als einziges Gegenstand einer Bundestagsdebatte war – und voraussichtlich in der kommenden Legislaturperiode wieder sein wird. Auch wird der Auftraggeber auf diese Weise der Auftragbeschreibung gerecht, die explizit eine Auseinandersetzung mit der aktuellen Fortentwicklung der Berliner Diskussion wünscht.

Nachdem der deutsche Bundestag bereits im Juli 2002 mit einer Zweidrittelmehrheit für den Bau des so genannten Humboldt-

Forums mit Teilrekonstruktion des einstigen Stadtschlusses gestimmt hatte, wurde mit der Bereitstellung von Haushaltsmitteln Ende 2007 auch der Weg frei für die Ausschreibung eines Architektenwettbewerbs. Wesentliche Vorgaben der Ausschreibung waren die vom Bundestag vorgegebenen Rekonstruktionen von je drei Seiten der Außenfassade und des Schlüterhofes sowie die Integration einer Kuppel. Zudem war das vorgesehene Nutzungskonzept innerhalb eines entsprechenden Raumprogramms unterzubringen. In einer ersten, international offen ausgeschriebenen Wettbewerbsstufe beteiligten sich 158 Büros, von den dreißig zu einer Überabreitung innerhalb der zweiten Stufe eingeladen wurden. Der mit 100 000 Euro dotierte erste Preis ging an Franco Stella, der unter anderem auch eine zusätzliche Rekonstruktion der Schlosskuppel von Schlüter vorgesehen hatte. Während ein zweiter Platz nicht vergeben wurde, erhielt das Büro Kuehn Malvezzi einen mit 70 000 Euro ausgestatteten Sonderpreis.

Mit der Verkündung des Jury-Ergebnisses zum internationalen Architekturwettbewerb ist die mittlerweile mindestens 17 Jahre andauernde (vgl. Schulz 2009) Debatte um die mögliche Rekonstruktion des Berliner Stadtschlusses in eine neue Phase eingetreten. Zum einen wird durch das Vorliegen eines konkreten, zur Realisierung nicht nur vorgeschlagenen, sondern doch wenigstens vorentschiedenen Entwurfs eine wesentlich konkretere Auseinandersetzung mit dem Vorhaben möglich, die vor allem im Sinne einer fachlichen Architekturkritik stattfindet. Tatsächlich hat eine breite Diskussion trotz Ausstellung der Wettbewerbsbeiträge nicht stattgefunden (vgl. etwa Seils 2008) und blieb es aus der Reihe der Rekonstruktionsbefürworter erstaunlich ruhig. Zum anderen war die Entscheidung auch Anlass insbesondere für prinzipielle Kritiker des Vorhabens, ihre Argumente erneut vorzubringen und die Debatte weitgehend unbeeinflusst durch das Wettbewerbsergebnis fortzuführen. Schließlich scheint der Wettbewerb aber mit dem als Sonderpreis gewürdigten Beitrag von Kuehn Malvezzi (Berlin) auch ein Ergebnis erbracht zu haben, das als bislang vermisste Alternative zur Rekonstruktion bzw. als Vermittlungsposition avancieren könnte – oder zumindest

in Teilen der Feuilleton- und Fachbeiträge als solche aufgebaut wird.

*Fortführung der Debatte um Erfordernis, Nutzung, Kosten und Authentizität*

Schon am Tag nach der Pressekonferenz stellt Severin Weiland (28.11.2008) fest, dass der „Meinungskrieg [...] weiter [gehe]“. Obwohl der Entwurf durch die Verbindung von rekonstruierten und modernen Teilen – also durch Lösung der Wettbewerbsaufgabe – das Potenzial besitze, zu einer Beilegung des Streits beizutragen, könne man „getrost darauf vertrauen, dass auch der Siegerentwurf von den Gegnern zerpfückt“ werden würde. Schon während der Vorstellung habe es Detailfragen wie die nach der Unterbringung der großen Museumsexponate gegeben. Tatsächlich hat Bruno Flierl (zit. in: Nedo, 28.11.2008) die Kritik bereits während der Pressekonferenz weiter gefasst, indem er das Nutzungskonzept scharf kritisiert. Nicht die hier präsentierte Fassade sei wichtig, sondern eine Nutzung, die den Bürgern etwas bringe, anstatt „nur Museen unterzubringen, die [...] Raumnot haben“. Ähnliche Vorahnungen wie Weiland hat auch Peter Richter (29.11.2008), der prognostiziert, es werde „alles so weitergehen wie in den letzten 15 Jahren. Mit einem Unterschied: es wird noch schlimmer. Noch lähmender. Noch bekümmender.“ Er selber allerdings nutzt seinen FAZ-Artikel im Wesentlichen, einerseits erheblich Kritik an Stellas Entwurf (s.u.) zu üben und andererseits auf zwei bekannte Schwachpunkte des Vorhabens zu verweisen: die unangemessene Nutzung durch das Humboldtforum als „Mittel zum Zweck“ und das Fehlen von Handwerkern für die Steinmetzarbeiten. Allerdings bemüht er sich auch darum, die Debatte auf den aktuellen Stand zu bringen: Durch den Palastabriss dürfe „man sich aus einer geschichtlich und staatsbürgerlich begründeten Verpflichtung zur Anteilnahme hier entbunden fühlen“.

Spätestens mit dem Artikel von Christoph Seils (29.11.2008) einen weiteren Tag später beginnt dann die wohl zu erwartende Reihe der Meinungsbekundungen, die weniger das konkrete Ergebnis als vielmehr das Vorhaben als solches kritisieren und das aus ihrer Sicht zumeist ebenfalls unbefriedigende Wettbewerbsergebnisse hier-

für als einen – durchaus willkommenen – Anlass nehmen. „Stoppt das Stadtschloss“, fordert Seils dementsprechend bereits in der Überschrift, und nennt den Wiederaufbau gleich im zweiten Satz „borniert und überflüssig“, das Gegenteil des Berliner Images einer „kreativen Stadt“. Anstatt „mutig“ einen zeitgenössischen Bau zu wagen, flüchte sich Berlin „lieber ängstlich in die Vergangenheit“. Sodann wiederholt er eine Reihe der üblichen Argumente: die Symbolik des Palastabbrisses und Schlossneubaus, die geringe Eignung für die Museumsnutzung, die wahrscheinlich die geschätzte Summe noch übersteigenden Baukosten. Wenngleich es „vielen Berlinern [...] mittlerweile schnuppe [sei], was auf dem Schlossplatz passiert“, die Politik sich anderen Themen zugewendet habe und die Architektenschaft nur mehr durch Verweigerung protestiere, sieht er im Hinweis der Jury, dass das Wettbewerbsergebnis „einen guten Ausgangspunkt“ biete, die Chance, dass es doch noch jemand wagen könnte, „den Irrtum zu korrigieren“. Zusätzlichen Auftrieb gewinnen entsprechende Kritiken sicher durch die Äußerung mehrere Jury-Mitglieder, unter anderem des Vorsitzenden Vittorio Lampugnani, die vorab die engen Wettbewerbsvorgaben und insbesondere das Rekonstruktionsgebot kritisiert haben (vgl. etwa Weiland 28.11.2009).

Das von Seils ganz allgemein angeführte Baukosten-Argument erhält dann gut zwei Wochen später weiteren Auftrieb durch einen Bericht des Bundesbauministeriums an den Haushaltsausschuss des Bundestages, demzufolge Stellas Entwurf den vorgegebenen Kostenrahmen nicht einhalten könne und der entsprechende Nachbesserungen einfordert (Ij/dpa/hed 16.12.2008). Eckhard Fuhr (17.12.2008) stellt wiederum in Frage, ob angesichts der Wirtschaftskrise der Spendeneingang in der erwarteten Höhe und Geschwindigkeit realisiert werden könne. Die daraufhin entstehende „allgemeine Kostendebatte“ veranlasst den Architekten- und Ingenieur-Verein (AIV 20.1.2009) dazu, ein „Konjunkturpaket für die Baukultur des Stadtschlosses“ zu fordern (vgl. auch Jenatsch 2009), da schon bei der Wettbewerbsausschreibung hätte klar sein müssen, dass die veranschlagten Mittel nicht ausreichen würden.



### Öffentliche Diskussion

Trotz der von Seils (29.11.2009) attestierten Debattenmüdigkeit der Bürgerinnen und Bürger berichtet Nikolaus Bernau (30.12.2008) von einem sehr regen Interesse an der Ausstellung der Wettbewerbsergebnisse und über „Menschen [, die ...] debattieren, die Arbeiten vergleichen, sich begeistern oder schockiert sind“. Genauere Angaben über Umfang und Zusammensetzung der Besucherschaft liegen allerdings nicht vor, wenngleich aus eigener Beobachtung die von Bernau vorgetragene Einschätzung in vollem Umfang bestätigt werden kann.

Auch ist von einer erheblichen Resonanz in Form von Leserbriefen, Einträgen in Internetforen etc. auszugehen, deren umfassende Auswertung allerdings nicht möglich gewesen ist. Erste Eindrücke ergeben eine Teilung in Rekonstruktionskritiker, die sich auch kritisch gegenüber dem Entwurf von Stella äußern, und Rekonstruktionsbefürwortern, die entweder den Schluss der Debatte und einen Baubeginn fordern, am Siegerentwurf die zusätzlichen Rekonstruktionen von Kuppel und Eosanderhof oder fehlende Wiederherstellung von „Schlüterecke“ und Apothekenflügel (vgl. auch AIV 20.1.2009) hervorheben oder aber die vollständige Rekonstruktion fordern. Interessanterweise scheint von Seiten der grundsätzlichen Befürworter keine dezidierte Kritik an den modernen Teilen des Wettbewerbsergebnisses formuliert zu werden.

### Architekturkritik

Erhebliche Kritik wird hingegen aus der Fachwelt geäußert. Die wesentliche Arena für die Architekturkritik bilden dabei vor allem die Feuilletons der Tages- und Wochenpresse sowie die Bauwelt-Ausgabe vom 16. Januar 2009 (Ausgabe 3/2009), in der einerseits Sebastian Redecke ausführlich die Entwürfe von Stella und Kuehn Malvezzi (Sonderpreis) beschreibt sowie kurz auf die dritten Preise eingeht und zudem mehrere Jury-Mitglieder zu Wort kommen.

Noch am Tag der Preisverleihung gehen Anja Lösel (28.11.2008) und Günter Kowa (28.11.2008) hart mit dem ersten Platz ins Gericht, während sich Severin Weiland

(28.11.2008) moderater zeigt. Für Lösel ist das Ergebnis „kein großer Wurf“, eher schon ein „Kompromiss und ‚kleinste[r] gemeinsame[r] Nenner‘“ – nur aus Feigheit habe man den Sonderpreis nicht zum Sieger erklärt. So sei sogar die „Chance vertan“ worden, eine Kuppel ähnlich der des Reichstags auch auf dem Stadtschloss zu haben. Noch deutlicher wird Kowa, als er über die reduzierte Formensprache schreibt: „Man kann das formstreu oder blutleer nennen – doch mit Blick auf Stellas Entwurf für den Schlossbau entschieden Letzteres“. Weiland hingegen lobt vor allem die zusätzlichen Rekonstruktionen, empfindet den Kontrast der rationalistischen Architektur aber teilweise als „zu klobig, so dass man sich am Ende eine Komplettrestauration [sic] gewünscht hätte“, so dass Stella in seinen Augen gar den Beweis liefert, „dass die Moderne keine überzeugende ergänzende Sprache zum Historischen findet“. Positiv erwähnen allerdings sowohl er als auch Lösel den neuen Durchgang zwischen Lustgarten und ehemaligem Staatsratsgebäude. Die am weitesten gehende Analyse des Siegerentwurfs unter den ersten Artikeln liefert Robert Trebor (01.12.2008) im Internetmagazin „deutschlandpuls“, der darauf verweist, dass nur auf den ersten Blick die zusätzlichen Rekonstruktionen eine „Reverenz vor dem Konservatismus der Auslober“ gewesen seien, sie aber schließlich Radikalisierung der Chimäre von alt und neu sei.

Maßgebliche Diskussionsbeiträge kommen mit etwas Abstand von Hanno Rauterberg (4.12.2008) und durch Hans Stimmanns (17.12.2008) Antwort darauf. Rauterberg greift erneut das von Seils (29.11.2008) vorgetragene Argument der Feigheit auf, indem er Stellas Entwurf und seine Wahl als ein „Monument der Ängstlichkeit“ beschreibt. Andernfalls müsse „die Wettbewerbsjury [...] blind gewesen sein“. Auch er geht so weit wie Kowa (28.11.2008), „dann doch lieber die Totalrekonstruktion“ zu wollen. Insbesondere nach der langen Auseinandersetzung mit dem Wiederaufbauvorhaben und Ort erscheine das Wettbewerbsergebnisse als böse Überraschung und „auf desaströse Weise engherzig und mutlos“. Dabei seien die zeitgenössischen Anteile an Stellas Entwurf „weit ahistorischer“ als die rekonstruierten: Der italienische *razionalismo* habe etwas Totali-

täres und führe zu einer Architektur, „die alle Unsicherheiten wegrastert und sich über jede historische Verwerfung erhebt“. Funktional bemängelt Rauterberg das Fehlen eines gemeinschaftsstiftenden Raums, der die drei Hauptnutzungen verbinden könne, und verweist auf die nur aus Notausgängen bestehende Verbindung zwischen Humboldtforum und dem von Stella entworfenen Belvedere an der Ostseite. Nachdem sich zuvor Stella selbst in mehreren Interviews (Mühling 11.12.2008, ij/dpa/hed 16.12.2008) verteidigt hat, ist es dann an seinem Freund Hans Stimmann, ihn gegen Rauterbergs „perfide“ Kritik und die „fast hysterisch anmutende Debatte“ zu verteidigen (vgl. etwa Redecke 2009; Jenatsch (2009) geht sogar soweit zu sagen, dass die Preisgerichtsentscheidung durch diese Verbindung beeinflusst worden sei). Die Äußerungen tarnten sich nur als Architekturkritik und seien eigentlich eine „Schelte der Abgeordneten des Deutschen Bundestages“, die seinerzeit für die Teilrekonstruktion gestimmt hatten. Die Kritiker seien offenbar nicht in der Lage, „ein Konzept zu bewerten, das Kunstgenuss gleichberechtigt neben die Auseinandersetzung mit der Globalisierung stellt“, „Mit Verweis auf Winfried Nerdinger stellt er schließlich heraus, durch eine stilistische Betrachtung sei nicht auf gesellschaftliche Ambitionen der Architektur zu schließen, und Stellas Entwurf sei somit weder automatisch totalitär noch faschistisch. So lobt auch er insbesondere die Verbindung zwischen Lustgarten und Schlossplatz und nutzt sie, um den – von Rauterberg gerade verworfenen – Faschismusvorwurf zu widerlegen: „Wer bei dem Bild der inneren Straße an die politische Gewalt der italienischen Faschisten denkt und nicht an die Uffizien in Florenz, dem ist auch mit Argumenten nicht beizukommen“. Rauterberg erkenne die „Dialektik historischer Architektur von Wand und Säule“ im modernen Entwurf wie insgesamt dessen Referenz an die historische Fassade. Einig ist er sich mit Rauterberg dann allerdings in der Notwendigkeit, das Belvedere zu überarbeiten, und fordert zudem eine stärkere Einbindung in den Stadtraum, wie dies in den Entwürfen der drittplatzierten Kollhoff und Mäckler durch die Wiederaufnahme des Apothekenflügels in moderner Form gewährleistet sei.

Auch Redecke (2009) nutzt seine vielseitige Entwurfsdarstellung und -kritik in der Bauwelt im Wesentlichen für eine Auseinandersetzung mit den Schwachpunkten der insgesamt „kritischen Rekonstruktion“ (Redecke 2009: 12) des Stadtschlusses durch Stella. Dabei schließt er allerdings Auslober und Konkurrenz mit ein, anstatt sämtliche Probleme dem Sieger anzulasten. Alle Wettbewerbsergebnisse, die sich nicht über den Auslobungstext hinwegsetzen, seien durch die stark beschränkenden Vorgaben geprägt. Allerdings sah Redecke auch eine deutliche Prioritätensetzung: „Die Rekonstruktion der Schlossfigur steht im Vordergrund“ (Redecke 2009: 14) im Gegensatz etwa zum Nutzungskonzept. Diese Aufgabe hätten viele Architektinnen und Architekten offenbar gescheut; es sei zu vermuten, dass es darüber hinaus „Warnungen gegeben hat, sich nicht in die Höhle des Löwen – ein Geflecht verschiedener Interessen: Schlossfassaden-Dogmatik, Kostenreduzierung, Nutzungsgerangel – zu begeben“, das letztlich nicht zu lösen sei. So sei der international ausgeschriebene Wettbewerb, zu dem vom Bauherren bis zu 1 000 Bewerbungen erwartet worden waren, zu einer „regionalen Competition“ (Redecke 2009: 14) geschrumpft, an dem vor allem „die etablierte Reihe der Architekten teilnahm, die in der Berliner Nachwendzeit durch Bauten im Regelwerk der Kritischen Rekonstruktion Bedeutung erlangten“ (Redecke 2009: 14). Dies sei wohl auch der Grund, warum „es einige schwache Konzepte mit teilweise peinlich unbeholfener Ausarbeitung bis zur Endrunde geschafft haben“ (Redecke 2009: 14). Stellas Arbeit sei innerhalb des Bewerberfeldes diejenige, die die Vorgaben der Auslobung am stringentesten umsetze. Sie sei zudem eine erstaunliche Zusammenschau von Rückbesinnungen: Preußischer Pomp, Rationalismus und die steinernen Fassaden der Kritischen Rekonstruktion“. Redecke lobt die schlichten Grundrisse und das feste Korsett, aus dem der Entwurf niemals ausbreche. Dadurch wirke das Konzept allerdings zumindest in Teilen – hier führte Redecke insbesondere die Agora im Eosanderhof an – „uninspiriert und leblos“ (Redecke 2009: 16) und könne nicht das geforderte öffentliche Forum bilden, das sich „in besonderer Weise an die junge Generation“ wenden solle. In ähnlicher

Weise kritisiert er auch die Ausführung der als „konzeptionell überzeugend“ (Redecke 2009: 16) hervorgehobenen Passage in der Mitte des Schlosses als wenig anregend gestaltet. Das ansonsten des Öfteren ebenfalls positiv besprochene Belvedere hingegen findet bei ihm wenig Anklang, könne es doch „auch als Treppenhausanlage eines der typischen italienischen Friedhofsblocks dienen“ (Redecke 2009: 16).

Neben dem Siegerentwurf werden von Redecke allerdings auch die dritten Preise mit deutlicher Kritik bedacht, so dass er letztlich gar davon ausgeht, der Wettbewerb biete den Gegnern der Kritischen Rekonstruktion in Berlin neue Argumente. Er führt dies maßgeblich auf ein Missverständnis der architektonischen Aufgabe zurück: Nicht Einfügen in den Bestand oder Eingehen auf Vorhandenes sei hier gefragt, wo doch „ein Schloss aus dem Nicht wieder entstehen“ solle.

Hat Peter Richter (29.11.2008) noch darauf verwiesen, dass sich alle „sehr glücklich mit der Entscheidung“ gezeigt hätten und nur vermutet, dass damit eine Enttäuschung verborgen werden solle, so formulieren einige Jury-Mitglieder diese Enttäuschung in der Bauwelt (3/2009) sehr deutlich. Giorgio Grassi (2009: 30) und Jean-Louis Cohen (2009: 30) verweisen darauf, dass es hier um eine politische Entscheidung gegangen sei und schon in der Wettbewerbsausschreibung „Wert und Eigenheit des neuen Schlosses als architektonischer Ausdruck“ nicht berücksichtigt worden seien. Cohen (2009: 31) spricht von einem Widerspruch von Programm und Ästhetik, der „genau jene räumlichen Schwierigkeiten rekonstruiert [habe], die beim Umbau historischer Gebäude für neue Programme entstehen“, und Peter Kulka (2009) ergänzt, von den Fachpreisrichtern geforderte Änderungen der Auslobung seien im Vorfeld abgelehnt worden. Von den Teilnehmern sei „die Quadratur des Kreises“ verlangt worden. „Desillusioniert“ ist Grassi (2009: 30) von den Ergebnissen, die weitgehend „technokratische Antworten zum ausgeschriebenen Bauvorhaben“ darstellen und deren Verfasser sich somit „von ihrer eigentlichen Aufgabe als Architekten“ (Grassi 2009: 31) losgesagt hätten. Ihm selber sei dann nur noch das „Prinzip der Schadensbegren-

zung“ (Grassi 2009: 31) geblieben. Das Urteil der Jury sei „leidenschaftslos“ gewesen, so Cohen (2009: 31), „leider bot kein anderer der Beiträge, die sich an die von der Politik vorgegebenen Regeln gehalten haben, eine überzeugendere oder gar realistischere Lösung“. Wahrscheinlich hätte er sich wie Kulka (2009) für das „Haus der Weltkulturen‘ in der Mitte Berlins ein mutigeres, stärker in die Zukunft weisendes Abbild unseres heutigen gesellschaftlichen Lebens gewünscht“.

Diesen Bekenntnissen einiger Jurymitglieder, die letztlich mehr noch als die der Entscheidung vorangegangene Kritik Lampugnani den Siegerentwurf unterminieren, folgen weitere Schmähungen. Jenatsch (2009) geht dabei etwa so weit, in den von ihm vielleicht am deutlichsten herausgestellten Unzulänglichkeiten des Entwurfs eine Absicht Stellas zu sehen, die Vorgaben der Ausschreibung zu unterlaufen, indem er ihnen strikt folgt:

„Im Untergeschoss die fensterlosen Restaurants, im Erdgeschoss Hausmeister- und Lagerräume mit Blick auf den Lustgarten. Die Schlüter-Portale, die sich gerade in ihrer innenräumlich-plastischen Durchbildung von den späteren Eosanderportalen unterscheiden: nichts als schmale, tunnelartige Passagen, an denen u. a. WCs angelegt sind. An der Stelle des triumphalen Schlütertreppenhauses, der Gigantentreppe: Ein schmaler, asymmetrisch liegender Durchgang zum ungestalteten Spreeufer, eine Mitarbeitercafeteria und weitere WCs. Dieser Mann muss Schlüter und sein Schloss hassen! Er heißt Franco Stella, sein Entwurf erhielt den 1. Preis.“

#### *Alternative?*

Während die Entwürfe der Drittplazierten auf kaum positivere Resonanz stoßen als der Siegerbeitrag – Kowa (28.11.2008) etwa empfindet zumindest die von Kleihues & Kleihues sowie Christoph Mäckler sogar als „rundheraus erschreckend“ -, avanciert der von der Jury als Sonderpreis ausgezeichnete, „weithin debattierte“ (Bernau 30.12.2008) Entwurf von Kuehn Malvezi von einer „frechen Alternative“ (Lösel 28.11.2009) zu einer zumindest von Teilen der Architekturkritik mehr oder weniger unverhohlen geforderten Möglichkeit.

Bereits Lösel (28.11.2009) berichtet fast ebenso ausführlich über den nach Auffassung einiger Kritiker quasi zweitplazierten, weil am zweithöchsten dotierten Sonderpreis. Sie bezeichnet die Idee, die Fassade aus Backstein zu bauen und je nach Spendenfortschritt, Kapazität an Steinmetzen und Wille mit Fassadenteilen zu bestücken, als „bestechend“ und die negative Kuppel als „Clou des Entwurfs“. Als Begründung, warum der Entwurf nicht gewonnen habe, führt sie zweimal Jury-Mitglied Gesine Weinmiller an: Einerseits hätten Kuehn Malvezzi „rein rechtlich keine Chance‘ gehabt“, andererseits sei es eine ironische „Provokation dem Bauherrn gegenüber“ gewesen. Lösel allerdings erscheint die Ironie wesentlich besser zuzusagen als „ein bierernstes Schloss“. Auch Rauterberg (04.12.2008) sieht die Lösung als Bruch „mit dem gravitätischen Ernst der Bauaufgabe“ an, „ohne sie ins Lächerliche zu ziehen“, verbleibt aber defensiv, indem er kritisierte, dass „für eine derart dialektische Gestaltung der Schlosssehnsüchte, für einen reflektierten Umgang mit der Geschichte [...] der Jury der Mut“ gefehlt habe.

Ende Dezember wird der Entwurf hingegen vermehrt in den Vordergrund gestellt und damit zu einer überlegenswerten Alternative aufgebaut. So erscheint in der Welt ein Interview (Poschardt 22.12.2008) mit den „heimlichen Favoriten“ Kuehn Malvezzi, die so Gelegenheit erhalten, ihren Entwurf vorzustellen und seine Vorzüge hervorzuheben. Die Bautechnik entspreche der barocken Bauweise, die – in der Auslobung nur lapidar erwähnte – Kuppel sei ohne die Kirchenfunktion nicht angemessen und ihr Entwurf ein „Architekturmodell im Maßstab 1: 1“. Die so präsentierte Alternative wird einen Tag später von Arno Lederer (23.12.2008) in der *Zeit* zur Forderung erhoben und die nicht erfolgte Prämierung skandalisiert: „Der beste Entwurf wurde verhindert – aus Angst vor einem Rechtsstreit“. Auch er bezeichnet die Berliner Architekten als „heimliche Sieger“. Ihr Entwurf erfülle nicht nur „alles, wirklich alles, was das Programm fordert [...], sondern biete[...] auch eine ganz eigene frische und unerwartete Antwort auf das lang debattierte und kritisierte Programm“, indem sie die Fassade zusammen mit der Zeit „als eines von vielen

Entwurfsmaterialien“ begriffen. Die Jury selbst habe zudem die Frage der Kuppel offen gelassen und es den Bearbeitern überlassen zu entscheiden, was eine Kuppel sei. Schließlich hätten sie im Gegensatz zu den anderen Beiträgen die zentrale, allerdings nicht einklagbare „Forderung nach einer Architektur, die nachfolgende Generationen anspricht“, beantwortet.

Schließlich stellt Jenatsch (2009) den Sonderpreis in der Bauwelt fast gleichberechtigt dem Siegerentwurf gegenüber. Er lobt sowohl die Möglichkeit, die Fassade sukzessiv zu verkleiden und so auch die Debatte aufrechtzuerhalten als auch die Konzeption der freigestellten Fassade durch Verlagerung des Eosanderhofs. Hierdurch werde nicht nur die Fassade als Artefakt deutlicher wahrnehmbar, sondern gelinge auch eine den Nutzungen angemessene Organisation der Eingangssituation wie eine Verbindung von Innen und Außen. Er formuliert aber gleichzeitig auch Kritik an der „nicht überzeugend[en]“ Ostseite.

#### **6.4 Die Fachdebatte – Normalisierung, Differenzierung, Evolution?**

Während in den letzten Jahren nicht zuletzt aufgrund der Rekonstruktionswelle und der Infragestellung des Authentizitätsparadigmas die institutionalisierte Denkmalpflege in Frage gestellt wird – nicht zuletzt aus der Profession selbst –, ist festzuhalten, dass in vielen Bereichen seit dem Europäischen Denkmalschutzjahr zunächst einmal wesentliche Erfolge erzielt worden sind. Diese reichen von dem riesigen Interesse für die Tage des Denkmals bis hin zur begrifflichen Weiterung im Zusammenhang mit der Welterbedebatte. Kulturkritisch mag man hinter der Tatsache, dass wunderbar herausgeputzte Denkmale ein wesentlicher Attraktivitätsfaktor im Städtetourismus sind, die Bedrohung einer Entwertung der Denkmale sehen. Die zwei viel wesentlicheren Bedrohungen, erstens die der fehlenden Nachnutzung und zweitens die einer Infragestellung durch Investoren, sind teilweise auch eine Folge des Erfolgs der Denkmalpflege, indem sich die Zahl der gelisteten Objekte immer weiter erhöht hat und vor allem auch „sperrige“ Denkmale und Industriebauten hinzugekommen sind. Es

sollte nicht verwundern, dass um sie gerungen wird, wenn es im Einzelfall „ernst wird“. Hieraus ist nicht abzuleiten, dass die gesamte Gesellschaft zu begeisterten Denkmalschützern geworden wäre. Ein Stück weit Relativierung des Alarmismus ist allerdings doch angebracht, was die Zukunftsfähigkeit unserer Denkmalpflege anbetrifft.

Vor diesem Hintergrund stellt die von Sauerländer (1975) vorweggenommene Frage nach einer Ergänzung der Denkmalfunktionen, die von Rüschi (2001) systematisch weiter gedacht wird, einen konsequenten Denkansatz dar, ohne damit die Grundsätze der wissenschaftlichen Denkmalpflege über den Haufen zu werfen:

„Wo die pathetische Überhöhung des Originals fragwürdig wird, da entdeckt man, dass Zeichen, Erinnerungen aus der Vergangenheit auch im Bereich des Sichtbaren revoziert, wieder aufgerufen werden können. Verstehen Sie mich recht, in der Praxis wird die Denkmalkopie immer die seltene Ausnahme bleiben, aber das Pathos, welches sie als schlechthin unwahrhaftig ablehnt, klingt heute hohler und musealer als 1950. Reproduzierbarkeit jagt uns keinen Schauer mehr ein.“ (Sauerländer 1975).

Eine wohl über das Ziel hinausschießende diesbezügliche Positionierung zeigt sich in den oben geschilderten Stellungnahmen von Stefan Hertzog zum Verhältnis von Denkmalpflege und Rekonstruktionsvorhaben bzw. der Infragestellung des Authentizitätsparadigmas. Nichtsdestoweniger geht eine derartige Relativierung ansatzweise mit den Überlegungen konform, die Eingang in die Nara-Deklaration gefunden haben.

Waren es bei Sauerländer noch Fragen der Reproduzierbarkeit von Originalen, die sich unausweichlich auf das denkmalpflegerische Selbstverständnis niederzuschlagen schienen, so werden diese heute ergänzt durch die Folgen der Wiedervereinigung, die offenbar – ob man das kritisieren mag oder nicht – vielerorts eine „Normalisierung“ des deutschen Geschichtsbilds einfordern. So fordert Mausbach (2009) im Zuge der deutschen Einigung auch die Schaffung von Symbolen, die die Überwindung der deutschen Teilung und des damit einhergehenden Pro-

visoriums zu fordern scheinen. Die Geschichtsmeile Unter den Linden scheint sich für derartige Symbole anzubieten, ausgehend vom Brandenburger Tor als eingängigem Schauplatz der Einigung und vergleichsweise unverdächtigem Symbol des (nach Krieg und Teilung geläuterten, aber in dieser Brechung dennoch offenbar zulässigen) neuen Nationalstolzes, gerade angesichts der symbolhaften Verankerung des Erinnerns im nahe gelegenen Holocaust-Mahnmal. Dass Mausbach in dieser Logik konstatiert, der Wiederaufbau des Schlosses stelle nicht nur die Schließung einer Baulücke, sondern auch die „Schließung einer Geschichtslücke“ dar, ist eine mögliche Interpretation des Umgangs mit nationaler Identität und verändertem Geschichtsbild, die allerdings auch dann nicht automatisch folgerichtig ist, wenn man sich auf die Vorstellung von einer „Normalisierung“ des deutschen Verhältnisses zur Geschichte nach der Vereinigung einlässt. Die dieser Vorstellung inhärente Haltung, man möge doch bitte nicht zu viel an Krieg und Teilung leiden müssen und könne sich zu diesem Behufe das Schloss neu schaffen, hat sich überhaupt noch nicht ernsthaft darauf eingelassen, welche Möglichkeiten zeitgenössische Symbolproduktion hätte und wie sie sich architektonisch zu dem Bestehenden an Museumsinsel und Unter den Linden verhalten würde – der Wiederaufbau als restauratives Risikovermeidungsprogramm. Die oben dargestellte Debatte um den Stella-Entwurf für das Stadtschloss macht deutlich, dass selbst zu einem Zeitpunkt, wo die Entscheidung für einen Wiederaufbau gefallen war, noch Spielräume für einen kreativeren Umgang mit der Situation vor Ort bestanden hätten.

Man ist versucht, die Rekonstruktionswelle vor dem Hintergrund dieser bisweilen verschenkten Möglichkeiten resignierend als Ausweis der Mutlosigkeit zu deuten. Das würde allerdings die Vielschichtigkeit der vor Ort vorfindbaren Situationen falsch interpretieren. Wohl zeigt sich an einigen bedeutenden Rekonstruktionsvorhaben, wie wenig die denkmalpflegerische Position der Charta von Venedig gesamtgesellschaftlich verfängt, wenn es um repräsentative Räume im historischen Umfeld geht, die durch Kriegszerstörung arg gelitten haben. An anderer Stelle zeigen sich

allerdings die Rekonstruktionsversuche als bereichernde Teillösungen – so etwa in der Leitbauten- und Leitfassadenstrategie, die sich auch in Wesel und an anderen Orten wiederfinden lässt. Die Auseinandersetzung mit der Möglichkeit eines Rekonstruktionsvorhabens kann auch produktiv wirken, wenn sie kreative neue Lösungen wie an der Paulinerkirche in Leipzig hervorbringt.

Dennoch zeigt die praktische Denkmalpflege im Alltag, wie dominant weiterhin die Charta von Venedig ist und welche Stärke ihrer Anwendung innewohnen kann – die Beispielsammlung der städtebaulichen Denkmalpflege bietet hierzu breites Anschauungsmaterial ([www.staedtebaulicher-denkmalschutz.de](http://www.staedtebaulicher-denkmalschutz.de), Altröck 2009). In ihrer Kultivierung wird die Kraft zur weiteren Akzeptanz der Denkmalpflege liegen, wenn diese sich fruchtbar mit zeitgenössischer Architektur paart, dabei aber nach Möglichkeit Extremfälle „sperigen“ Umgangs mit denkmalpflegerischen Spuren vermeidet. Dies soll kein Plädoyer für deren Abriss darstellen, wohl aber eines gegen eine selbstquälerische Zelebrierung von wenig erbaulichen Ruinenresten oder harten Kontrasten durch neue Architektur. Eine unpräzise Integration in ein Weiterbauen lässt sich häufig zwanglos und mit Erfolg erreichen, wie die genannten Beispiele zeigen.

Die Weiterentwicklung der Denkmalpflege-debatte, wie sie sich in den ausgewerteten Veranstaltungen darbietet, wird nicht dann erfolgreich sein, wenn sie eine scheinbar angemessene Antwort auf die von einigen Kreisen in der Bevölkerung geäußerte Normalisierungsforderung findet. Vielmehr ist sie als evolutionäre Weiterentwicklung und Differenzierung dahingehend zu verstehen, dass aktiv neue Möglichkeiten einer spannungsreichen Integration unterschiedlicher Formen des Umgangs mit Stadtreparaturaufgaben ausgelotet werden können und die Denkmalpflege hierauf vorbereitet und diskussionsfähig macht. Im Ergebnis einer solchen Debatte im Einzelfall kann dann unter Beteiligung der Denkmalpflege tatsächlich einmal eine Rekonstruktion herauskommen. Der Mehrwert einer Weiterentwicklung der denkmalpflegerischen Fachposition ist allerdings anderswo zu suchen, nämlich in der Hoffnung darauf, dass für noch mehr schwierige Orte angemessene kreative Antworten gefunden werden, die möglicherweise bislang an einer dogmatischen Verengung der Position einzelner Beteiligter gescheitert sind.

## 7 Grundlagen für eine Qualifizierung der Debatten über „Identität durch Rekonstruktion“

Im Folgenden sollen anlässlich der Ergebnisse dieser Untersuchung vielversprechende Ansätze für eine Qualifizierung der Debatten über Wiederaufbauvorhaben formuliert werden. Insbesondere wurden dabei die beiden folgenden Querschnittsthemen, die sich sowohl aus unterschiedlichen Fallbeispielen als auch der allgemeinen teils fachlichen, teils (lokal-) politischen Auseinandersetzung ableiten lassen, als fruchtbar erachtet:

- Identitätsstiftende oder stigmatisierende Rolle von städtischen „Leerstellen“, Mahnmalen und Ruinen, integrative Stadtentwicklungsverfahren an symbolischen Orten
- Zeitgenössische identitätsstiftende Architektur

Im Hinblick auf die beiden weiteren bislang in Aussicht genommenen Vertiefungsthemen wurde in der weiteren Untersuchung festgestellt, dass der Zusammenhang von Rekonstruktionsvorhaben und der Städtebauförderung zwar besteht, hierbei aber von einem Randproblem in beiderlei Richtungen auszugehen ist – einerseits werden Wiederaufbauprojekte nur sehr eingeschränkt durch die Städtebauförderung vorangetrieben, andererseits treten in Sanierungsgebieten äußerst selten derartige Vorhaben auf. Damit erschien es sinnvoll, auf eine vertiefte Auseinandersetzung wegen des begrenzten Erklärungswerts zu verzichten, zumal die Zielformulierungen der Städtebauförderungsprogramme eine Profilierung in einer Richtung, die Wiederaufbaudebatten zusätzlich profiliert, kaum auf überkommunaler Ebene zulassen.

Im Rahmen der Analyse der Fachdebatte in Kapitel 6 wurde aus verschiedenen Blickwinkeln auf die Entwicklungstendenzen in der Denkmalpflege eingegangen. Dabei wurde deutlich, dass die Debatte im Hinblick auf Kriterien für die Vertretbarkeit von Wiederaufbauvorhaben“ mit dem einfachen Kriteriensatz von Wolfgang Pehnt eine sehr handhabbare und – in den

Grenzen, die aufgrund der grundsätzlichen Skepsis gegenüber Wiederaufbauvorhaben unter Denkmalpflegern geboten sind – konsensfähige Grundlage geschaffen wurde. Die Werbung für einen Einsatz einer umsichtigen Kombination einer undogmatischen Anwendung der Charta von Venedig, des Erfahrungsschatzes der Kritischen Rekonstruktion für größere städtebauliche Zusammenhänge und der sehr vorsichtig eingesetzten Kriterien von Pehnt lassen eine Qualifizierung der Debatten an Einzelfällen erhoffen. Die Werbung für eine solche Vorgehensweise benötigt aber Anwälte, die sie sich zueigen machen. Aufgrund der unterschiedlichen organisatorischen Verankerung der Denkmalpflege ist eine solche Herangehensweise von ihr nicht zu erwarten. Vielmehr liegt sie für Baudezernate nahe, die stadtpolitisch einem breiten Anspruch städtischer Ziele verpflichtet sein müssen, aber dabei auch darauf zu achten haben, dass ihre eigene Position in der Suche nach integrativen Entscheidungen im Einzelfall nicht nachträglich untergraben wird. Der in Frankfurt a. M. gewählte Weg von Planungswerkstätten mit breiter Beteiligung der wesentlichen Vertreter unterschiedlicher Positionen verspricht hier am ehesten eine gemeinsame Verpflichtung auf konsensual erarbeitete Ziele. Nähere Hinweise zu den Inhalten eines solchen Vorgehens werden in den nächsten beiden Abschnitten im Detail erläutert.

### 7.1 Identitätsstiftende oder stigmatisierende Rolle von städtischen „Leerstellen“, Mahnmalen und Ruinen, integrative Stadtentwicklungsverfahren an symbolischen Orten

Durch die bei zeitgenössischen Wiederaufbauvorhaben in der Regel lange zurückliegende Besetzung der Standorte mit den „ursprünglichen“ Bauwerken hat sich seitdem an dieser Stelle entweder eine dauer-

hafte oder als Zwischenlösung konzipierte Nutzung und Gestaltung entwickelt. Aus Sicht vieler Rekonstruktionsbefürworterinnen ist der Ort dabei trotz verschiedener Formen der Wiederverwendung eine „Leerstelle“ in der Stadt geblieben, da mit der Zerstörung des Bauwerks ein wesentlicher Sinn verloren gegangen ist. Es stellt sich somit insgesamt die Frage, ausgehend von welchen Ausgangssituationen Wiederaufbauvorhaben eingefordert und durchgeführt werden und wie diese Situationen wahrgenommen und bewertet werden. Hierfür ist zunächst eine Typologisierung notwendig, welche unterschiedlichen baulich-räumlichen Situationen als Ausgangspunkte für Wiederaufbauvorhaben dienen. In einem zweiten Schritt wird exemplarisch analysiert, welche Bandbreite an Wahrnehmungen und Bewertungen hierzu in den jeweiligen Stadtgesellschaften bestehen, von welchen Faktoren diese abhängen und wann Ruinen und Mahnmale stadtesellschaftlich akzeptiert werden bzw. allgemein Wirkung entfalten können. Mit der Realisierung eines Wiederaufbauvorhabens werden die Ausgangssituationen schließlich in der Regel vollständig überprägt und gehen ihrerseits verloren. Analog zur potenziell identitätsstiftenden Wirkung von Wiederaufbauvorhaben soll daher untersucht werden, welche Wirkungen vom baulich-räumlichen Bestand an den potenziellen Standorten von Wiederaufbauvorhaben ausgehen bzw. bei einer nachsorgenden Betrachtung ausgingen. Daher soll schließlich untersucht werden, in welchem Maße Wiederaufbauprozesse durch die unterschiedlichen Ausgangssituationen geprägt sind und welche Möglichkeiten des Umgangs mit den Vornutzungen bzw. „Leerstellen“ innerhalb des Wiederaufbauvorhabens in Vorbereitung, Durchführung und baulich-räumlichem Ergebnis bestehen.

### 7.11 Typologie baulich-räumlicher Ausgangspunkte für Wiederaufbauvorhaben

Nachfolgend soll eine mögliche Typologie für die baulich-räumlichen Situationen beschrieben werden, die an den Orten bestehen, die früher mit einem Bauwerk bebaut waren, das zu einem späteren Zeitpunkt rekonstruiert werden soll. Für die Typologisierung wurden die innerhalb der

ersten Projektphase identifizierten Wiederaufbauvorhaben seit 1975 herangezogen. Allerdings lagen für elf Vorhaben keine ausreichenden Informationen vor. Da für diese Beispiele von keinem erheblichen zusätzlichen Erkenntnisgewinn ausgegangen wird, wurde auf eine umfangreiche Nachrecherche verzichtet. Um die Auswahl zu präzisieren und eine verzerrende Darstellung zu vermeiden, wird bei der nachfolgenden Zuordnung der Beispiele zudem auf diejenigen Wiederaufbauvorhaben verzichtet, die als „umfassende Reparatur“ eingeschätzt wurden. An einigen Stellen werden allerdings ergänzend Verweise auf den Umgang mit Leerstellen gegeben, die durch Kriegs- und Nachkriegszerstörung entstanden sind und die bislang nicht von Wiederaufbauvorhaben besetzt wurden.

#### *Belassung und Sicherung als Ruine ohne besondere Mahnmalfunktion*

Wohl die häufigste Ausgangssituation für Wiederaufbauvorhaben ist das Vorhandensein einer Ruine bzw. ruinöser Reste des früheren Bauwerks. An dieser Stelle soll eine Unterscheidung getroffen werden zwischen Ruinen, denen explizit eine Mahnmalfunktion zugewiesen wurde und der wesentlich größeren Zahl von Fällen, in denen die Gebäudereste ohne besondere Mahnmalfunktion in der Regel mehrere Jahrzehnte stehen blieben. Während die überwiegende Zahl der Bauwerke aufgrund ihrer Größe und städtebaulichen Position im Stadtbild durchaus präsent blieben sind einzelne Gebäude bekannt, die – wie etwa für die Jakob-Kemenate in Braunschweig berichtet – in einem weitgehend unentdeckten „Dornröschenschlaf“ ([www.jakobkemenate.de](http://www.jakobkemenate.de)) verblieben. Die nachfolgend benannten Gebäude wurden zudem aufgrund des ihnen auch als Ruine zugestandenem Denkmalwertes oder weil eine spätere Rekonstruktion zumindest ab einem bestimmten Zeitpunkt beabsichtigt war (etwa Berliner Dom, Residenzschloss Dresden, Alte Oper Frankfurt) gesichert:

- Berliner Dom
- Neue Synagoge Berlin
- Neues Museum Berlin
- Nikolaikirche Berlin
- Jakob-Kemenate Braunschweig



- Coselpalais Dresden
- Kirche Loschwitz Dresden
- Kurländer Palais Dresden
- Residenzschloss Dresden
- Semperoper Dresden
- Taschenbergpalais Dresden
- Alte Oper Frankfurt a. M.
- Reitstadel Neumarkt
- Mittelalterliches Badehaus Nürnberg

Auffällig an der Liste ist allerdings, dass es sich bei den Wiederaufbauvorhaben mit ruinösen Überresten als Ausgangspunkt fast ausschließlich um Bauwerke in den Neuen Bundesländern handelt. Insofern verstärkt sich hier der „Verdacht“, dass einige dieser Wiederaufbauvorhaben nur deshalb der gegenwärtigen Rekonstruktionswelle zuzuordnen sind, weil sie als „verspätete“ Durchführungen des Nachkriegswiederaufbaus zu betrachten sind.

Zudem sind Fälle bekannt, in denen die Bauwerke weitgehend ungesichert dem weiteren Verfall ausgesetzt waren und die Wiederaufbauinitiative zunächst mit einer Sicherung begann. Da an dieser Stelle keine als umfassende Reparaturen eingestufte Vorhaben aufgeführt werden, reduziert sich die Fallzahl deutlich und weicht erheblich stärker von der generellen Einschätzung ab, dass diese Ausgangssituation insbesondere in ostdeutschen Klein- und Mittelstädte gegeben ist.

- St-Pauli-Kloster Brandenburg
- Strehlower Dorfkirche Hohenmocker
- Schloss Hundisburg
- Belvedere auf dem Pfingstberg Potsdam
- Ostflügel Schloss Biebrich Wiesbaden
- Reuterhaus Wismar
- Ostflügel Schloss Zerbst

#### *Ruine mit dezidiertem Mahnmalfunktion*

Wenngleich nicht ausgeschlossen werden kann, dass unter den vorgenannten Ruinen vereinzelt auch eine dezidierte Mahnmalfunktion bestand, weil mit Schrifttafeln oder Kunstinstallationen jeglicher Art auf die Zerstörung und ihre Ursachen verwiesen wurde, so ist eine ausdrückliche Verwendung als Kriegsdenkmal von den identifizierten Wiederaufbauvorhaben

seit 1975 lediglich für die Dresdener Frauenkirche bekannt. Gleichwohl sind andere Ruinen mit Mahnmalfunktion – insbesondere solche von Kirchen – in der gesamten Republik (etwa Nikolaikirche Hamburg, Aegidienkirche Hannover oder auch die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche Berlin; vgl. Kress 2009) wie auch im europäischen Ausland (herausragend hier sicherlich die St. Michael Cathedral in Coventry) bekannt. Eine Besonderheit des Dresdner Beispiels ist wohl, dass die Frauenkirche diese Funktion für die Bevölkerung bereits einnahm, bevor sie 1966 auch offiziell dazu bestimmt wurde.

#### *Inszenierung erhaltener Reste als „Schmuckstück“*

Ebenso sind kaum sonstige Inszenierungsformen für ruinöse Reste bekannt, die später zum Gegenstand eines Wiederaufbauvorhabens wurden, wenngleich auch ein solcher Umgang mit Ruinen in der Bundesrepublik wie insbesondere auch im Ausland durchaus üblich ist (etwa Heidelberger Schloss, Kolosseum in Rom etc.). Innerhalb der bekannten Wiederaufbauvorhaben findet sich lediglich die Alte Stadtbibliothek Frankfurt a. M., deren Portikus nach Kriegszerstörung und Trümmerbeseitigung als Solitär innerhalb einer Grünanlage stehen blieb. Das Bauwerk verfügte über eine ausreichende Zeichenhaftigkeit, um später Teil und Namensgeber des Veranstaltungsraumes „Portikus“ zu werden. Untergebracht in einem in den Säulenvorbau gestellten Container, fand hier bis zum Beginn des Wiederaufbaus ein Programm statt, das „international Aufsehen erregte“ (nrc 2005; vgl. woje/end 2005).

#### *Integration von Gebäudeteilen in eine Neubebauung (inkl. Teilrekonstruktionen)*

Zählt man das temporäre (wenngleich über zehn Jahre genutzte) Containerbauwerk des „Portikus“ mit, so könnte man das Frankfurter Beispiel auch für die Integration erhaltener Reste in eine Neubebauung anführen. Ansonsten sind auch hier wenige Beispiele bekannt, obwohl auch hier wieder bundesweit viele Fälle bekannt sind, wo im Nachkriegswiederaufbau zum Beispiel steinerne Erdgeschosse mit zeitgenössischen Bauwerken überbaut wurden

oder wie bei der Christuskirche Bochum neben den ausgebrannten Glockenturm ein neues Kirchschiß gestellt wurde. Innerhalb der Liste von Wiederaufbauvorhaben konnten allerdings nur vier solche Fälle ausgemacht werden:

- Das erhalten gebliebene Sockelgeschoss des Gropiushaus als Teil der Meisterhäuser Dessau wurde, wenngleich wenig offensichtlich, in das so genannte „Haus Emmer“ integriert, das in der Nachkriegszeit in betont anderer Architektursprache, gleichwohl aber mit einem ähnlichen Grundriß an seiner Stelle errichtet wurde (vgl. BMVBS 2009: 20-21).
- Während das ehemalige Pellerhaus Nürnberg selber nach der erheblichen Kriegszerstörung abgeräumt und durch einen Neubau mit öffentlicher Nutzung ersetzt wurde, wurde die Fassade des Pellerhofs, also des Innenhofs des gleichnamigen Patrizierhauses, in diesen Neubau zumindest in den unteren beiden Geschossen integriert (vgl. BMVBS 2009: 18–19).
- Vom Thurn-und-Taxis-Palais Frankfurt a. M. blieben in der Nachkriegszeit die Flügelbauten des Vorhofes erhalten, bzw. wurden rekonstruiert, während das Hauptgebäude einem Neubau wich (vgl. die Fallstudie).
- Das ehemalige Portal IV des Berliner Stadtschlusses wurde vor der Sprengung des Gebäudes entfernt und in den Neubau des angrenzenden Staatsratsgebäudes der DDR integriert, da Karl Liebknecht vom Balkon des Portals 1918 die sozialistische Republik ausgerufen hatte.

Aber auch das als „Neuinterpretation“ geführte zeitgenössische Wiederaufbauvorhaben Neues Museum Berlin könnte als ein Neubau unter Integration von erhaltenen Gebäudeteilen verstanden werden.

#### *Translokation von Gebäudeteilen*

Das Portal IV des Berliner Stadtschlusses ist somit auch ein Beispiel für die Translokation von Gebäudeteilen, die dann entweder für sich selbst standen oder als Teil eines anderen Gebäudes verwendet wurden. Im Nachkriegswiederaufbau fanden Translokationen aus unterschiedlichen Gründen statt: etwa um den Original-

standort für die Durchführung einer umfangreichen Neuplanung freizumachen oder auch um die wenigen erhaltenen Gebäude mit hohem kunsthistorischen Wert (entsprechend dem Verständnis der Zeit) an einem Ort zusammenzufassen, wie dies etwa in der Hannover Altstadt geschehen ist. Solche translozierten Gebäudeteile sind in einigen Fällen auch mit Wiederaufbauvorhaben verknüpft und wurden dort – anders als im eingangs genannten Berliner Beispiel – zur Retranslokation und Einfügung in das rekonstruierte Gebäude verwendet. So besteht die wiederaufgebaute Münchner Schrankenhalle zu einem wesentlichen Teil aus den Originalteilen, die zwischenzeitlich an einem anderen Standort verwendet wurden. Ebenso wurden Kirchenfenster des Brandenburger St-Pauli-Klosters zunächst in einer anderen Kirche am Ort eingesetzt und nun, nach der Rekonstruktion des Klosters, an den früheren Ort zurückgeführt. Noch einmal anders ist der Fall des Berliner Ephraim-Palais, das nicht im Krieg zerstört, sondern bereits zuvor für einen Brückenbau abgetragen wurde: Fassadenteile wurde schon in den 1930er Jahren eingelagert und eine spätere Translokation angedacht. Zu dieser kam es wegen des Zweiten Weltkrieges und der Teilung der Stadt erst in den 1980er Jahren, als das Gebäude rund zwölf Meter vom Originalstandort entfernt unter Verwendung der Originalteile rekonstruiert wurde.

Die Einlagerung von Gebäudeteilen war in den 1940er und 1950er Jahren offenbar durchaus üblich. Bei vielen Wiederaufbauvorhaben finden sich Hinweise auf die Verwendung solcher eingelagerter Reste. Sie werden von den Wiederaufbaubefürwortern auch häufig als Argument für ihr Vorhaben verwendet. Dabei scheinen der Grund und die Umstände der Einlagerung durchaus unterschiedlich: In einigen Fällen wurde bereits damals über einen Wiederaufbau diskutiert (z.B. Frauenkirche Dresden) oder zumindest von einem Bevölkerungsteil gewünscht, in anderen Fällen erschienen sie für sich von erheblichem kunsthistorischen Wert (etwa die Inneneinrichtung der Paulinerkirche Leipzig, vgl. Fallstudie) oder waren die letzten Zeugnisse eines zerstörten Gebäudes (vgl. Historisches Rathaus Wesel, vgl. Fallstudie).

### *Abräumung und (nicht-behutsame) Neubebauung*

Häufig wiederum ist die Abräumung von baulichen Überresten des mehr oder weniger stark zerstörten Bauwerks. Im Folgenden soll unterschieden werden zwischen der anschließenden

- Neubebauung,
- Nutzung der Freifläche und
- dem Entstehen einer nicht oder nur geringfügig genutzten Brachfläche.

Eine ganze Reihe von Standorten heute rekonstruierter Gebäude bzw. heutiger Wiederaufbauvorhaben wurden nach ihrer Zerstörung während des Zweiten Weltkrieges oder während der so genannten Zweiten Zerstörung in den 1940er bis 1960er Jahren durch Neubauten ersetzt, die sich aus heutiger Sicht in der Regel in Architektur, Städtebau und Nutzung nicht an ihren historischen Vorgängern orientierten:

- Anstelle der Berliner Kommandantur errichtete die DDR ihr Außenministerium, ein zwölfgeschossiges Scheibenhochhaus.
- Das Berliner Stadtschloss wurde wesentlich durch den Palast der Republik ersetzt.
- Auf dem Areal des Neustädter Rathauses Dresden wurde ein Teil der städtebaulichen Neuordnung der Dresdner Neustadt vorgenommen.
- Das Alte Rathaus in Hamburg-Altona wurde durch eine Tankstelle ersetzt,
- das Leibnizhaus in Hannover durch ein Parkhaus.
- In Hildesheim wurden Knochenhaueramtshaus, Kaiserhaus und umgestülpter Zuckerhut im Rahmen des modernen Aufbaus der Altstadt durch zeitgenössische Gebäude ersetzt.
- An die Stelle der gesprengten Paulinerkirche Leipzig kam ein Teil des neuen Universitätscampus', dort, wo sich in der Kirchenfassade das Kreuz befunden hatte, wurde ein Marx-Relief angebracht (vgl. Kap. 5.2.).
- In Potsdam ersetzte das kommunale Rechenzentrum die Garnisonskirche und ein weiteres Bürogebäude die Synagoge.

- Das bereits als Beispiel für die Integration von Gebäudeteilen benannte Thurn- und-Taxis-Palais in Frankfurt a. M. kann auch als Beispiel für eine in diesem Fall maßstabssprengende Neubebauung genannt werden. Hinter den wieder errichteten Flügelbauten ragte das Fernmeldehochhaus in die Höhe.

In weniger Fällen ist davon auszugehen, dass die Architekten versuchten, zumindest das alte Raumgefüge wiederherzustellen:

- Die im Nachkriegswiederaufbau errichtete Römerberg-Ostzeile in Frankfurt a.M. wird als „historisierend“ bezeichnet und bildete auch in etwa die alte Raumkante nach, wurde allerdings für den U-Bahnbau wieder abgerissen, so dass zu Beginn des Wiederaufbauvorhabens eine Brachfläche (bzw. Baugrube) bestand.
- Die Nordseite des Mainzer Markts wurde durch eine zeitgenössische Bebauung ersetzt, die allerdings in Höhe und Gliederung so gut an der Vorgängerbebauung orientiert war, dass ihre rekonstruierten Fassaden später vor die Nachkriegsbebauung gehängt werden konnten.
- Das Thomas-Mann-Haus im Münchener Villenvorort Bogenhausen wurde nach Abriss durch den Autor vom Grundstückskäufer durch eine neue Villa ersetzt.
- Im Fall des Alten Rathauses in Halle a.d. Saale wurde noch während des noch nicht abgeschlossenen Wiederaufbauprozesses eine ursprünglich als Platzerweiterung genutzte Teilfläche der Ratswaage mit einem Kaufhaus bebaut. Allerdings scheint eine Fassadenrekonstruktion dieses separat stehenden Gebäudeteils weiterhin möglich ([www.rathausseite.de](http://www.rathausseite.de)).
- Ebenso wurde der Standort des Rathauses Wesel knapp zehn Jahre nach Beginn der dortigen Bürgerinitiative für einen Wiederaufbau neu bebaut. Allerdings wurde hier bereits im Bau sichergestellt, dass eine Rekonstruktion der historischen Fassade vor den Neubau gestellt werden könnte. Die Auseinandersetzung um eine zeitgenössische Bebauung der bis in die 1990er Jahre mehr oder weniger brachliegenden Fläche war hier auch

ein wesentlicher Auslöser für die Wiederaufbaubemühungen (vgl. Kap. 5.3.).

#### *Abräumung und Nutzung der Freifläche*

Die geräumten Flächen der zerstörten Gebäude wurden häufig auch genutzt, um neue Freiflächen anzulegen. Dabei ist die Qualität der neu entstandenen Freiräume allerdings selten so eindeutig wie im Falle des Braunschweiger Residenzschlusses, wo ein neuer „Schlosspark“ angelegt wurde. Wenngleich über den Zustand vor dem Bau der Schloss-Arkaden mit rekonstruierten Schlossfassaden umstritten ist, so wurde doch zunächst ein eindeutig nutzbarer öffentlicher Raum in der zuvor dicht bebauten Innenstadt geschaffen. An anderen Stellen wurden bestehende Parkanlagen durch den Abriss erweitert, wobei die zusätzliche Fläche weder beim Herrenhäuser Schloss in Hannover noch beim Ostflügel des Zerbster Schlosses oder beim Magdeburger Sterntor die Qualität dieser Freiflächen wesentlich verbesserte. Die Grundstücke der Alten Waage Braunschweig und des Hallenser Alten Rathauses dienten dazu, stark frequentierte innerstädtische Plätze zu erweitern (wenngleich dieser im Falle der Alten Waage lange vor allem dem Parken diente). In ähnlicher Weise wurde auch mit den Standorten des Potsdamer Stadtschlusses, des Leipziger Johannis Kirchturms, der Berliner Bauakademie und der Magdeburger Ulrichskirche verfahren, wobei hier der tatsächliche Nutzen der Freiflächen jeweils relativ gering war. Abgesehen von der Nutzung bei Aufmärschen und sonstigen Feierlichkeiten galt dies auch für die unbebauten Teile des Stadtschlusssareals in Berlin. Ein Sonderfall ist sicher das Ephraim-Palais, das ohne weiteren Grund wie eine vorangegangene Beschädigung abgetragen wurde, um für eine Zufahrt zur Behelfsbrücke beim Umbau des Berliner Mühlendamms Platz zu machen.

#### *Abräumung und Belassen als Brachfläche bzw. geringfügige Nutzung*

Der Typus ist der Belassung als Ruine ohne besondere Mahnmalfunktion recht ähnlich. Der wesentliche Unterschied ist, dass die ruinösen Reste zum gegebenen Zeitpunkt abgetragen wurden. Die Fläche wurde jedoch, wie auch die Ruinen

nicht oder nur marginal genutzt. Wenngleich die Abgrenzung zu den geringfügig nutzbaren, aber baulich geordneten Flächen, die zuvor beschrieben wurden, fließend sind, werden hier einige Beispiele zugeordnet, deren Umwandlung in einen „Nicht-Ort“ besonders deutlich ist. Genannt werden soll hier zunächst das Areal des Berliner Hotels Adlon, von dem zunächst noch einzelne Gebäudeteile genutzt wurden, bevor sie komplett geräumt wurden, um einer geplanten, aber nie errichteten Wohnbebauung zu weichen. Ebenso wurde auch der Dresdner Neumarkt trotz vielfältiger Planungen nie bebaut oder anderweitig genutzt. Gleiches galt im Prinzip auch für den Standort des ehemaligen Rathauses in Wesel, der bis Mitte der 1990er Jahre unbebaut blieb. Hier ist allerdings einschränkend anzumerken, dass eine intensive Nutzung als Parkplatz stattfand und diese zeitweilig als Argument für eine Nicht-Bebauung angeführt wurde. In diese Kategorie sollen auch die Grundstücke der Häuser Sommer und Liebermann beiderseits des Brandenburger Tors gezählt werden. Zwar war ihre Nicht-Bebauung innerhalb des Berliner Mauerstreifens beabsichtigt, doch ist hier sicher nicht von einer relevanten städtischen Freiflächennutzung auszugehen. Wenngleich in den umgebenden Park einbezogen, könnte auch die Grundfläche des Herrenhäuser Schlosses in Hannover zu dieser Kategorie gezählt werden, da immer wieder über eine Neubebauung und relativ früh auch über einen möglichen Wiederaufbau diskutiert wurde und der Zustand als Freifläche somit nicht beabsichtigt war.

#### *Nicht-rekonstruktive Instandsetzung*

Schließlich sei der Vollständigkeit halber eine weitere Kategorie für den Umgang mit den Standorten zeitgenössischer Wiederaufbauvorhaben vor der Rekonstruktion eines früheren Gebäudes angeführt, die allerdings wohl am wenigsten als Leerstelle zu bezeichnen ist: die Instandsetzung und Nutzung eines vormals stark beschädigten Gebäudes durch Baumaßnahmen, die nicht als rekonstruktiv zu bezeichnen sind, weil sie nicht der Nachempfindung des Originals dienen. Hierzu zählen Behelfsreparaturen oder auch zeitgenössische architektonische Eingriffe, wie sie der deutschen Anwendung der Charta von Ve-

nedig entsprechen. Bekannt sind hier drei Frankfurter Beispiele: So erhielt die Festhalle ein letztlich mehrere Jahrzehnte genutztes Behelfsdach, das nunmehr durch eine Rekonstruktion der alten Kuppel ersetzt wurde. Die Gerbermühle wurde entsprechend den Nutzungsansprüche der Eigentümer umgestaltet, während das Dach des „Langen Franz“ in der Nachkriegszeit in schlichterer Form ergänzt wurde.

### 7.12 Wahrnehmung und Bewertung der „Leerstellen“

Geht man davon aus, dass der Wunsch nach Rekonstruktion auch aus mangelnder Wertschätzung des Umgangs mit der Leerstelle entsteht, so ist bemerkenswert, dass Wiederaufbauvorhaben fast ausschließlich an Orten entstehen, an denen die zerstörten Gebäude als Ruine belassen und ggf. gesichert werden, ihre Überreste abgeräumt und die Grundstücke entweder mit in der Regel wenig ortsangepassten bzw. auf die historischen Spuren bezogenen Gebäuden bebaut oder als Freifläche genutzt werden. Hingegen sind für alle in der Typologie aufgenommenen Umgangsweisen, die sich auf die Geschichte des Ortes beziehen, bzw. bei denen mit den Überresten der zerstörten Bauwerke in einer Weise verfahren, die ein Erinnern ermöglicht, kaum Wiederaufbauvorhaben nachgewiesen. Wenngleich dies auch damit zusammenhängen mag, dass für die Masse der kriegszerstörten Gebäude die drei zuerst genannten Methoden angewendet wurden, so scheint sich darin tendenziell auch abzuzeichnen, dass eine aktive Auseinandersetzung mit der Leerstelle zu einer positiveren Bewertung führt.

Insgesamt fehlen allerdings empirische Grundlagen darüber, wie die „Wunden“ im Stadtkörper von der Bevölkerung wahrgenommen und bewertet werden. Einzelne Beobachtungen reichen vom dauerhaften Verlustempfinden bis zur traumabedingten Unfähigkeit, den Verlust wahrzunehmen (vgl. Bürger in BMBVS 2009: 22-29). Anhand der Fallstudien ist es auch möglich, sich der insgesamt komplexen Wahrnehmung und Bewertung der Leerstellen zu nähern.

#### *Die „Leerstelle“ der Dresdener Neustadt*

Die Ausgangssituation für das Wiederaufbauvorhaben Dresdner Neumarkt kommt der Wortbedeutung einer Leerstelle wohl am nächsten: Nach einer weitgehenden Zerstörung während der Bombardierung Dresdens sorgten die anschließende Entrümmerung und spätere Abrisse 1950er und 1960er Jahren dafür, dass zum Zeitpunkt der politischen Wende in der damaligen DDR der Neumarkt noch immer als eine kriegsbedingte Brachfläche erschien: Von wenigen erhaltenen und gesicherten Ruinen sowie den 1966 zum Mahnmal erklärten Überresten der Frauenkirche abgesehen, war das Areal eine große innerstädtische Brachfläche, die allenfalls als Parkplatz genutzt wurde. Lediglich unterhalb der Geländeoberfläche bestanden weiterhin die verfüllten Reste der Kellergewölbe. Dieser Zustand ergab sich auch aufgrund der in Dresden mehr oder weniger durchgehend geführten Diskussion um Wiederaufbau oder Neubau des Stadtzentrums sowie dem erhebliche Engagement von institutionalisierter Denkmalpflege und Teilen der Bevölkerung für den Erhalt zumindest des alten Stadtgrundrisses und einzelner Leitbauten. Letzteres Konzept, das in den 1970er Jahren vom Landeskonservator Nadler in Opposition gegen einen „sozialistischen“ Städtebau formuliert wurde, ging ebenso wie einigen der in den 1980er Jahre diskutierten Prinzipien für den Wiederaufbau auch in die Nach-Wende-Planungen ein. Abgesehen von der kontrovers diskutierten Bedeutung des Mahnmals Frauenkirche, für dessen Erhalt sich zu Anfang der Wiederaufbaudiskussion insbesondere die Landeskirche einsetzte, ist insofern von einer durchgängig negativen Bewertung der Ausgangssituation der Brachfläche durch die Bevölkerung auszugehen.

#### *Die „Leerstelle“ der Universitätskirche St. Pauli Leipzig*

In Leipzig konkurrieren von Beginn an – letztlich seit dem Beginn der Nachkriegsplanung – unterschiedliche Wahrnehmungen des Ortes der Paulinerkirche und ihres Umfeldes um die Deutungshoheit, ohne dass sich bis heute eine Auffassung hätte durchsetzen können. Die Universitätskirche diene einem relativ kleinen Bevölke-

rungsteil als ein wesentlicher Identitätsanker: Sie wurde bis zu ihrer Sprengung als religiöser Ort der evangelischen Studierendengemeinde, seit der Bombardierung der katholischen Pfarrkirche aber auch als deren Versammlungsort genutzt. Zudem fanden hier politische Diskussionen statt, die von einem regimekritischen Teil der Bürgerschaft, vermutlich überwiegend mit Bezug zur Universität, besucht wurden. Die breite Bevölkerungsmehrheit hingegen hatte zur Kirche lediglich durch ihre repräsentative Schaufassade zum wichtigen Augustusplatz eine Beziehung. Bereits die Universitätsleitung betrachtete Kirche und das angrenzende, stark kriegsbeschädigte Augusteum hingegen eher als Ballast. Sie musste die zuvor nationalsozialistisch orientierte und insgesamt stark traditionsverbundene Universität mit religionswissenschaftlichem Schwerpunkt in eine moderne, sozialistische Karl-Marx-Universität reformieren. Nachdem eine Campusverlagerung nicht mehr in Aussicht stand, bemühte man sich um einen der Reformuniversität entsprechenden Innenstadtcampus, auf dem für die Paulinerkirche kein Platz mehr war. Die durch die Staats- und Parteiführung zu einem umfassenden Stadtbau gedrängten Stadtoberen bezogen bald den in Karl-Marx-Platz umbenannten Augustusplatz in die Planungen einer sozialistischen Innenstadt mit ein. Die Paulinerkirche wurde dort als nicht angemessen empfunden, sollte zunächst – wohl aufgrund ihrer historischen und baukünstlerischen Bedeutung – transloziert werden und wurde dann, auch aus finanziellen Erwägungen zum Abriss vorgesehen. Während die Haltung der Bevölkerung zu der schließlich 1968 durchgeführten Sprengung unterschiedlich dargestellt wird, ist von Seiten der ehemaligen Nutzer ein im Rahmen der damaligen Möglichkeiten erheblicher Widerstand bekannt, der bei mehreren Personen zu Verhaftungen und Gerichtsverfahren führte und die Identifikation mit dem Gebäude zusätzlich stärkte. Die Sprengung wurde schließlich von einer großen Menschenmenge beobachtet, während sich die Leipziger Pfarrer in der Thomaskirche zum Gebet versammelten.

Nach Fertigstellung der neuen Universitätsgebäude wurden die Umstände ihrer Entstehung offiziell wie auch in Teil-

len der Bevölkerung tabuisiert, innerhalb der Darstellung der Universitätsgeschichte wurde vor allem auf die moderne Errungenschaft des neuen Gebäudes verwiesen, wenngleich sich hier zunehmend Mängel und Schäden einstellten. Gleichzeitig wurde die neue Sinnstiftung des Ortes mit einer Großplastik betont, die Karl Marx' Leben und Wirken darstellte. Innerhalb der Studierendengemeinde hingegen wurde die Geschichte weitererzählt und bestand offenbar eine Tendenz zur Legendenbildung.

Da die Sprengung vor allem auch als staatlicher Willkürakt verstanden wurde und es in Leipzig wie auch in anderen Teilen der DDR deutliche Überlagerungen zwischen kirchlichen und regimekritischen Kreisen gab, wurde die Zerstörung der Paulinerkirche bald nach der friedlichen Revolution im Rahmen von Bürgerforen thematisiert und es entstand schließlich die Idee des Wiederaufbaus – bzw. wurde diese Idee wiederbelebt, da eine Rekonstruktion bereits kurz nach der Sprengung gefordert worden war. In der dadurch entstandenen Diskussion beharrt die Universität vor allem auf eine hohe Nutzbarkeit des Ortes für ihre Zwecke, was insbesondere in der Auseinandersetzung Kirche vs. Aula deutlich wird, zugleich geht es ihr aber auch um eine Repräsentanz im Stadtbild, die ihrem neuerlich reformiertes Selbstbild entspricht, obwohl dieses selbst über weite Teile der Kontroverse noch in der Diskussion war. Unter den Wiederaufbaubefürwortern dominierten zunächst diejenigen, denen es um die Herstellung der alten stadträumlichen Wirkung ging. Schon bald traten solche hinzu, denen es um eine Erinnerung an den Willkürakt der Sprengung und ihren Widerstand dagegen ging. Schließlich allerdings wurde der frühere Identifikationsort – das Kircheninnere als religiöser und gesellschaftlicher Ort – hier zum bedeutendsten Faktor.

#### *Die „Leerstelle“ des Thurn-und-Taxis-Palais Frankfurt a. M.*

Die eigentliche Auseinandersetzung um den Wiederaufbau des Thurn-und-Taxis-Palais' fand bereits in der Nachkriegszeit statt und endete damals mit einem baulichen Kompromiss: Die Stadtverwaltung hatte sich für einen vollständigen Wieder-

aufbau des beschädigten Palais stark gemacht, obwohl es im Gegensatz zu anderen kriegszerstörten Bauten (vgl. die Diskussion um das Goethehaus) innerhalb der Bevölkerung hierzu keine Forderungen gab. Dies stieß auf Opposition der Bundespost, die sich darum bemühte, das Areal in ihr Vorhaben zur Erweiterung der angrenzenden Hauptpost an der Zeil einzubeziehen. Dieses Vorhaben wurde realisiert, dafür allerdings die beiden weitgehend erhaltenen Kopfbauten sowie das Portal wiederhergestellt und durch einige bauliche Veränderungen (etwa Verzicht auf die Mansarddächer) an die dahinter liegende, moderne Hochhausbebauung angepasst. Wie sich beim späteren Abriss der Hauptpost zeigte, wurden die Flügelbauten dabei offenbar abgetragen, um einen Betonkern unter Verwendung von Originalteilen rekonstruiert.

Auch als das gesamte Areal durch den schrittweisen Rückzug der mittlerweile in zwei Unternehmensteile getrennten Bundespost erneut in das Blickfeld der städtischen Planungen geriet, gab es kein nennenswertes Interesse innerhalb der Bevölkerung, das Gebäude zu rekonstruieren. Stattdessen wurde ein solches Wiederaufbauvorhaben wiederum von der Spitze des Stadtplanungsamtes ins Gespräch gebracht und schließlich durchgesetzt. In einer stark durch historisches Vorwissen bedingten Wahrnehmung wird dabei das Palais als ehemaliger Sitz des Deutschen Bundestages mit der für die Frankfurter wie auch die deutsche Geschichte wichtigen Paulskirche in Verbindung gebracht: Wäre nicht von 1816 bis 1866 hier der Sitz des Bundestages gewesen, hätte die Paulskirchenversammlung, die sich auf den Deutschen Bund bezog, wohl in einer anderen Stadt getagt. Entsprechend war auch die Kritik vor allem fachlicher Natur und wurde vor allem von leitender Stelle innerhalb der Denkmalpflege formuliert. Zudem gibt es Hinweise darauf, dass der Abriss des Fernmeldehochhauses als Ausgangssituation des Wiederaufbauvorhabens auch im Zusammenhang mit der „Entsorgung“ (Arning 22.9.2009) weiterer Gebäude der (Nachkriegs-)Moderne in Frankfurt (insbesondere Zürichhochhaus, Technisches Rathaus) diskutiert wird. Überraschenderweise gänzlich ohne Diskussion verlief die erneute Umnutzung des Ge-

ländes mit seiner sehr wechselvollen Geschichte vom Verwaltungs- und Dienstleistungsstandort hin zur Shopping Mall. War diese zusätzliche Konzentration von Ladenflächen in der Innenstadt in Konkurrenz mit einer Cityrandlage (Europa-viertel) für Teile der Kommunalpolitik das wesentliche Argument für das Projekt einschließlich Rekonstruktion, blieb die für solche Vorhaben ansonsten übliche Kritik etwa von Einzelhändlern aus.

#### *Die „Leerstelle“ des Historischen Rathauses Wesel*

Der Standort des früheren Weseler Rathauses sowie die gesamte Gebäudezeile am Großen Markt blieben bis Mitte der 1990er Jahre unbebaut, da zwei Wettbewerbe in den 1950er und 1980er Jahren keine Ergebnisse erbrachten, die in Wesel die kommunalpolitischen Entscheidungsträger überzeugten und offenbar auch bei der Bevölkerung keinen Anklang fanden. Im Vorgriff war allerdings im Rahmen des umfassenden Nachkriegswiederaufbaus der Innenstadt die hinter der Zeile verlaufende Pastor-Böhlitz-Straße aufgeweitet und dabei auch das Rathausgrundstück beschnitten worden. Erschwert wurde eine städtebauliche Lösung durch die Verlagerung des Schwerpunkts der Weseler „City“ aus dem ältesten Teil der Stadt in die östlich angrenzende Neustadt, wo auch ein erster Rathausneubau entstand, bevor auch dieser zu Gunsten eines zusätzlichen Warenhauses und damit zur Attraktivierung der Innenstadt als Einzelhandelsstandort aufgegeben wurde. Damit war dem Großen Markt seine frühere Funktion im Wesentlichen abhanden gekommen. Durch die Lage am westlichen Ende der Fußgängerzone und die Straßenaufweitung bot sich der durch Nichtbebauung erweiterte Große Markt als günstiger Parkplatzstandort zwischen City und Innenstadtring an. Somit wurden trotz der in der offiziellen Planung stets vorgesehenen Wiederbebauung auch Stimmen laut, die in der brach gefallenen „Leerstelle“ einen positiven Beitrag für eine „autogerechte“ Innenstadt sahen.

In der extrem stark zerstörten und im Wesentlichen modern, wenngleich in Orientierung an wesentlichen Grundparametern des Vorkriegsstädtebaus (Straßenführung, Gebäudehöhen, zum Teil Parzellierung)

wieder aufgebauten Stadt Wesel ist über einen langen Zeitraum kaum ein Verlustempfinden thematisiert worden, so dass auch davon gesprochen wird, ihre historische Identität sei den Weselern „ausgebombt“ worden (vgl. Brandenburg 28.9.2009). Nur wenige Bürger scheint das Fehlen des ehemaligen Rathauses bewusst gewesen sein, und es ist von ihnen kaum als ausreichend negativ bewertet worden, um dies zu thematisieren und – zunächst ohne Erfolg – einen Wiederaufbau zu fordern. Diese weitgehende Nicht-Wahrnehmung änderte sich in den 1980er und 1990er Jahren offenbar durch zwei Faktoren: Einerseits wird – wahrscheinlich auch aufgrund eines gesteigerten Problembewusstseins hinsichtlich der innerstädtischen Brachfläche und einer Kritik der autogerechten Orientierung des Städtebaus – eine Neubebauung der Fläche wahrscheinlicher. Diese wird von den wenigen alteingesessenen Wiederaufbaubefürwortern als endgültiger Verlust und Verhinderung einer Chance auf Wiederaufbau wahrgenommen, so dass sie während der Diskussion um ein neues Wettbewerbsverfahren einen „Freundeskreis“ als Ausgangspunkt für die Wiederaufbauinitiative gründen. Andererseits hat mittlerweile ein erheblicher Zuzug nach Wesel stattgefunden, der auch innerhalb der 1990er Jahre anhält. Diese Personen kommen mit einer auf der Lebenserfahrung in anderen Städten basierenden Wahrnehmung und anderen Bewertungsmustern in die Stadt. Sie empfinden den Großen Markt zwar nicht unbedingt als einen Verlust, da sie keine Erinnerung an den früheren Zustand haben, wohl aber als eine städtebauliche „Leerstelle“, einen „Unort“. Zudem fehlen ihnen in Wesel insgesamt Orte, die ihre Bedürfnisse nach angenehmem Aufenthalt und Erlebnis – letztlich nach Identifikation und Distinktion – befriedigen. Die Verbindung dieser beiden Faktoren – ein Stück weit personifiziert durch Dagmar Ewert-Kruse, die als Neubürgerin mit der Erfahrung der Wiederaufbauinitiative um die Alte Oper in Frankfurt nach Wesel kommt – und die politisch-mediale Strategie der Initiative führen letztlich dazu, dass sich auch innerhalb der zunächst uninteressierten, eher ablehnenden alteingesessenen Bevölkerungsmehrheit und den politischen Entscheidungsgremien eine

Verlustwahrnehmung durchsetzt und die „Leerstelle“ als negativ bewertet wird.

### 7.13 Umgang mit „Leerstellen“ innerhalb von Wiederaufbauvorhaben

Schließlich soll nun untersucht werden, welche Möglichkeiten des Umgangs mit den Vornutzungen bzw. „Leerstellen“ innerhalb des Wiederaufbauvorhabens insbesondere hinsichtlich der baulich-räumlichen Ergebnisse wahrgenommen werden. Anhand der in der ersten Projektphase ermittelten Wiederaufbauvorhaben, die bereits zur Entwicklung der oben angeführten Typologie baulich-räumlicher Ausgangspunkte verwendet wurde, wurden folgende Formen des Umgangs mit dieser hier auch als „Leerstelle“ bezeichneten Situation identifiziert, die im Folgenden näher analysiert werden sollen:

- Restaurativer Wiederaufbau
- Abriss und Zerstörung zeitgeschichtlicher Spuren
- Gestalterische Hervorhebung der Bauwerksgeschichte
- Integration zusätzlicher zeitgenössischer Gebäudeteile und gestalterischer Elemente
- Translokation von Gebäudeteilen und Nutzungen
- Erhalt des Nachfolgerbaus durch Integration oder Standortverlagerung

Hinzu kommen Formen der – in der Regel fachlichen – Auseinandersetzung mit der Ausgangssituation im Rahmen des Wiederaufbauvorhabens.

Dabei weisen die verschiedenen Formen des Umgangs mit den „Leerstellen“ zum Teil deutliche Ähnlichkeiten mit den eingangs beschriebenen Ausgangspunkten auf. Dies betrifft zum einen Fälle, in denen der Wiederaufbau „verspätet“ erfolgt und wo die Ausgangssituation aufgrund von ruinösen Resten oder „Tabula rasa“ dem Nachkriegszustand ähnelt. Zum anderen geht es um Situationen, in denen der Rekonstruktionswunsch ebenso auf ein bestehendes Gebäude trifft, wie man andernorts in der Nachkriegszeit auf mehr oder weniger gut erhaltene historische Gebäude stieß.



*Restaurativer Wiederaufbau*

Bei den allermeisten Wiederaufbauvorhaben, bei denen Ruinen oder ruinöse Rest quasi vervollständigt werden, folgt die Rekonstruktion einer Vorstellung der in der Regel möglichst originalgetreuen Vervollständigung fehlender Teile. Dabei wird der Übergang der Originalsubstanz zur Ergänzung nicht sonderlich hervorgehoben, sondern allenfalls durch das unterschiedliche Alter solange deutlich, bis die neuen Teile ebenfalls Patina angesetzt haben. Zum Teil wird der Unterschied sogar eher vermindert bis aufgehoben, in dem die Originalsubstanz gesäubert, verputzt, verkleidet, bemalt etc. wird. Umgekehrt wird die neue Substanz teilweise auch „auf alt“ getrimmt. Eine entsprechende Handhabung ist auch aus der restaurativen Praxis bekannt, wenngleich es sich hier in der Regel um Ergänzungen von relativ wie absolut weit geringerem Umfang geht.

*Abriss und Zerstörung zeitgeschichtlicher Spuren*

Wo keine Reste erhalten sind, ist die Negierung der Ausgangssituation und der in ihr vorhandenen zeitgeschichtlichen Spuren der stadträumlichen Entwicklung seit dem „Verschwinden“ des früheren Gebäudes vorherrschend. Bei allen recherchierten Wiederaufbauvorhaben, die auf einer Freifläche errichtet werden, ist nach Kenntnisstand diese Methode angewendet worden. Wie gezeigt, ist bzw. war die Qualität dieser Freiräume aus heutiger Sicht häufig – zumindest bezogen auf die Nutzbarkeit – eher fragwürdig. Auch erscheint es durchaus schwierig, mit den nachfolgend für einige Nachfolgerbauten dargestellten Methoden an eine wieder überbaute Freifläche zu erinnern.

Doch auch viele nach dem Abtragen von Resten erneut baulich genutzte Grundstücke wurden für die Realisierung von Rekonstruktionsvorhaben erneut geräumt und bestehende Gebäude abgerissen, obwohl sie zum Teil mittlerweile selber aufgrund ihres baukünstlerischen oder zeitgeschichtlichen Wertes von Kritikern als erhaltenswert eingestuft wurden. Als Beispiel hierfür wird häufig der Berliner Palast der Republik angeführt, der für den Wiederaufbau des Stadtschlusses abgerissen wurde und dessen Eintragung auf die

Denkmalliste beantragt war. In nächster Nähe musste zudem das Außenministerium der DDR für die Wiederherstellung der Alten Kommandantur durch den Bertelsmann-Konzern weichen. Ebenso wurden für Knochenhaueramtshaus und Kaiserhaus in Hildesheim jeweils Gebäude abgetragen, die in der Nachkriegszeit im Rahmen des „Wiederaufbaus“ der Altstadt errichtet worden waren. Bei einigen Bauten wie etwa dem Fernmeldeturm in Frankfurt a.M. wäre der Abriss hier aufgrund der anderweitigen Nutzungsvorstellungen für das Filetgrundstück, andernorts wegen funktionaler Mängel (Paulinerkirche bzw. Innenstadtcampus Leipzig) oder anderer stadtfunktionaler Anforderungen (U-Bahnbau und Römerberg Ostzeile in Frankfurt a.M.) auch ohne Wiederaufbauvorhaben wahrscheinlich gewesen.

*Gestalterische Hervorhebung der Bauwerksgeschichte*

Recht selten sind hingegen die verschiedenen Formen, darauf aufmerksam zu machen, dass zwischen dem Originalzustand und dem Wiederaufbau eine geschichtliche Entwicklung stattgefunden hat, die mit der Zerstörung beginnt und mit dem Prozess um den Wiederaufbau endet. So wurden beim Wiederaufbau der Frauenkirche die erhaltenen Spolien in ihrem verwitterten und insbesondere von der Brandnacht rußgeschwärzten Zustand belassen und als sichtbares Zeichen der Zerstörung in den Neubau eingebracht. Im weniger stark zerstörten Berliner Dom wurden das Mauerwerk ebenfalls nicht gesäubert und zudem auch Kriegsspuren erhalten, während in der Neuen Synagoge für die wiedererrichteten Teile leicht unterschiedliche Farben etwa der reichen Kachelverzierungen gewählt wurden. Alle diese Techniken dienen der Darstellung der Zerstörung und ggf. auch der Wiederherstellung, nicht aber dem Zeitraum dazwischen. Ein wenig anders ist dies möglicherweise beim Neuen Museum in Berlin, das auch nach der Wiederherstellung die ruinöse Optik und damit den Zustand der vergangenen sechzig Jahre so stark betont, dass hier auch eine Verbindung zu dieser Zwischenzeit entsteht. Eine eher unbewusste Form der Erinnerung an den Wiederaufbauprozess selbst ist zudem die Anbringung von Spandertafeln und Ähnlichem, wie es etwa für

das Rathaus Wesel in dem in der rekonstruierten Fassade integrierten Treppenaufgang vorgesehen ist.

*Integration zusätzlicher zeitgenössischer Gebäudeteile und gestalterischer Elemente*

In ebenfalls wenigen Fällen soll durch Erweiterung oder Kombination mit zeitgenössischer Architektur sowie mit der bewussten Integration zeitgenössischer Elemente in die (Fassaden-)Gestaltung versucht werden, der Zeitgenossenschaft des Bauwerks Ausdruck zu verleihen. Am weitesten geht diese Bemühung sicher beim Leipziger „Paulinum“ als dem Nachfolger der gesprengten Paulinerkirche, bei dem allerdings aufgrund der Ausschreibung als Neubau mit Erinnerungsfunktion auch nicht von einer Rekonstruktion gesprochen werden kann. Anders ist dies etwa beim Reitstadel in Neumarkt i. d. Oberpfalz, das nach dem Wiederaufbau durch einen betont zeitgenössischen Anbau ergänzt wurde. Ob dies bewirkt, dass auch der Reitstadel selber als zeitgenössisches Gebäude wahrgenommen wird, ist allerdings fraglich, da entsprechende Anbauten durch Anwendung der Charta von Venedig auch im Denkmalbestand anzutreffen sind. Ähnlich ist wohl auch der rückwärtige Anbau an die Römerberg-Ostzeile zu bewerten. Die Integration von zeitgenössischen Elementen in die rekonstruierte Fassade wird beim Wiederaufbau des Weseler Rathauses überlegt. So könnte beispielsweise eine Figurengruppe, die bereits im 19. Jahrhundert im Zuge von Restaurierungsarbeiten ersetzt wurde, erneut gegen zeitgenössische Personen ausgetauscht werden. Ein zunächst wenig auffällige, aber kontrovers diskutierte Veränderung wurde für die Rekonstruktion der Garnisonskirche Potsdam beschlossen: Anstelle des preußischen Adlers soll das Nagelkreuz der Coventry Cathedral als Symbol gegen Krieg und Zerstörung auf die Turmspitze gesetzt werden.

*Translokation von Gebäudeteilen*

Wie auch im Nachkriegswiederaufbau besteht eine weitere Option in der Translokation von Gebäudeteilen, um diese an anderer Stelle zu erhalten und gleichzeitig den Standort für die Rekonstruktion eines Vorgängerbauwerks zu räumen. Für gesamte

Gebäude ist die Methode überhaupt nicht nachgewiesen, und auch für Gebäudeteile kommt sie selten vor. So ermöglichte der Abriss von Teilen des Innenstadtcampus der Universität Leipzig den Bau einer – hier allerdings deutlich zeitgenössisch überformten – Form der Paulinerkirche. Wenn gleich das Gebäude selber offenbar nicht nur allenfalls aus fiskalischen Erwägungen als erhaltenswert angesehen wurde, so entstand doch auch hier eine Diskussion um das an der Fassade befestigte Kunstwerk, das „Karl Marx und das revolutionäre, weltverändernde Wesen seiner Lehre“ zeigt. Schließlich wurde es als Denkmal an anderer Stelle wieder aufgestellt und dient hier nicht nur dem Erinnern an die ehemalige Universitätsbebauung aus den 1970er Jahren, sondern zugleich auch der vorangegangenen Sprengung der Paulinerkirche. Noch nicht bekannt ist die tatsächliche Form von Translokationen von Teilen des Palasts der Republik, der für relativ kurze Zeit den Platz des Berliner Schlosses einnahm. Wohl auch aufgrund der umfangreichen Proteste gegen den Abriss des Gebäudes und seiner kulturellen Zwischennutzung kam es hier einerseits zu einem regen Handel mit früherem Inventar, zum anderen erhielt der Berliner Senat so zahlreiche Anfragen nach Teilen der Gebäudehülle, dass er schließlich beschloss, die verspiegelten Glasscheiben an nicht-kommerzielle künstlerische und gemeinnützige Zwecke abzugeben (Martell 2006). Insofern ist mit vielfältigen Translokationen zu rechnen. Nur erwähnt sei die Wiederverwendung des Stahls in VW-Golf-Modellen und einem Bauprojekt in Dubai. Ebenfalls nur verwiesen werden soll auf die häufig erforderliche Verlagerung von Nutzungen aus im Verlauf von Wiederaufbauvorhaben abgerissenen Gebäuden, wie etwa des „Portikus“ bei der Wiedererrichtung der Alten Stadtbibliothek Frankfurt a. M.

*Erhalt des Nachfolgerbaus durch Integration oder Standortverlagerung*

Die am weitesten gehende Rücksichtnahme auf die räumlichen Veränderungen seit der Zerstörung eines rekonstruierten Bauwerks ist sicherlich der Erhalt (von Teilen) der Neubebauung. Hierzu wird entweder das Wiederaufbauvorhaben eingeschränkt oder an einem anderen als dem Originalstandort durchgeführt. So wird vom frü-

heren Rathaus in Wesel lediglich die Fassade rekonstruiert und diese ein wenig zum ehemaligen Standort versetzt, um einerseits nicht umfassend in die bestehende Bebauung eingreifen zu müssen und andererseits auf die stadträumlichen Veränderungen – vor allem die Verlagerung und Verbreiterung einer rückwärtigen Straße zu reagieren. In ähnlicher Form wurde in Halberstadt ebenfalls nur eine Rathausfassade rekonstruiert, und man beschränkte sich ansonsten auf den Wiederaufbau der vorgelagerten Ratslaube. Ebenso soll in Halle a. d. Saale zwar noch das Alte Rathaus vollständig, die angrenzende Ratswaage, deren Standort mittlerweile verbaut ist, nur als Fassade wieder aufgebaut werden. Schließlich sei auch auf den Pellerhof verwiesen, bei dem bereits im Nachkriegswiederaufbau eine solche Strategie verfolgt wurde, in dem lediglich Teile des Innenhofes in einen Neubau integriert wurden. Dieser Neubau bleibt auch bei der nun geplanten vollständigen und originalgetreuen Rekonstruktion des Hofes bestehen. Es wird davon ausgegangen, dass alle diese Rekonstruktionen – wenn auch in unterschiedlichem Maße – dem Gebäudebestand und der Fortentwicklung der räumlichen Situation relativ stark Rechnung tragen. Etwas anders ist dies sicher bei der Mainzer Marktplatzfassade zu bewerten, die nicht nur zweifach wieder aufgebaut wurde, sondern wo auch in der Gesamtansicht die zunächst moderne und jetzt zeitgenössische Bebauung nicht erkennbar wird (vgl. Glatz 2008).

In zwei der untersuchten Fälle wurde auf einen Wiederaufbau am gleichen Ort verzichtet, um die dortige Bebauung nicht zerstören zu müssen. Das Ephraim-Palais in Berlin wurde rund zwölf Meter vom ursprünglichen Standort entfernt wieder aufgebaut, das Leibnizhaus in eine Straßenzeile der nach dem Krieg zu einer „Traditionsinsel“ translozierten Altstadtbebauung integriert.

*(Fachliche) Auseinandersetzung mit der Ausgangssituation im Rahmen des Wiederaufbauvorhabens*

Die Analyse der direkten baulich-räumlichen Bezugnahmen zu Zerstörung und der durch den Wiederaufbau zur Interimslösung werdenden baulich-räumlichen Entwicklung des Ortes erscheint recht er-

nüchternd: Nur an wenigen Orten wurde innerhalb des Wiederaufbaus offensichtlich eine Möglichkeit gesucht, an die Ausgangssituation und ihr Entstehen zu erinnern und damit auch die Zeitgenossenschaft der Rekonstruktion zu dokumentieren. Gleichwohl ist allerdings festzustellen, dass dies auf viele lokale Diskurse um den Wiederaufbau zerstörter Bauwerke nicht zutrifft. Innerhalb der Debatten, zumal der besonders kontrovers geführten, findet – soweit sie hier bekannt sind – fast immer auch eine Auseinandersetzung um die Ortsgeschichte statt. Die Argumentation für eine Rekonstruktion bemüht sich zu meist auch um eine kritische Reflexion der Ausgangssituation und versucht dabei gerade herauszuarbeiten, warum der Raum ggf. trotz einer Umgestaltung und Umnutzung eine „Leerstelle“ geblieben ist. Kritiker des Rekonstruktionsverfahrens werden hingegen seine Geschichte und Qualitäten würdigen oder im historischen Kontext zu erklären versuchen, zum Teil formulieren sie allerdings auch eigene Vorstellungen für eine zeitgenössische Fortentwicklung. Unterstützung und Vertiefung finden diese nicht selten zur wenig reflektierten Verknapfung neigenden Debatten in den zum Teil erstellten heimatgeschichtlichen oder wissenschaftlichen Veröffentlichungen, die viele der untersuchten Wiederaufbauvorhaben begleiten. Damit stellt der Prozess selber eine erhebliche erinnerungskulturelle Leistung dar, zumal dabei auch teilweise erhebliche Kontextualisierungen innerhalb der Stadt-, National- und Kulturgeschichte unternommen werden.

## 7.2 Zeitgenössische identitätsstiftende Architektur

Im Folgenden sollen zunächst die wesentlichen Rollen beschrieben werden, die zeitgenössische Architektur im positiven Sinne im städtischen Kontext einnimmt. Daran anschließend werden einige Fallstudien dargestellt, die deutlich machen sollen, welche wesentlichen Elemente dazu beitragen, dass zeitgenössische Architektur identitätsstiftend ist, auch wenn sie keine nennenswerten Anleihen an historischen Strukturen aufweist oder sich diesen sogar bewusst verschließt. Aufbauend auf diesen Erwägungen sind bewusster strukturierte Entscheidungsprozesse

denkbar, die Anforderungen an akzeptierte und identitätsstiftende zeitgenössische Bauten formulieren. Damit ist noch nicht garantiert, dass diese tatsächlich angenommen werden, doch kann davon ausgegangen werden, dass eine Beachtung der genannten Merkmale einen wesentlichen baukulturellen Beitrag in einer Zeit leistet, in der ganz unabhängig von einer abschließenden Einschätzung der Bedeutung von Rekonstruktionsvorhaben das Bedürfnis nach Identifikation mit und Aneignung der gebauten Umwelt in der Bevölkerung intensiv besteht und das in vielen Fällen auf gut gestaltete und nutzungsbezogen in den Stadtkörper integrierte Neubauten angewiesen ist.

### 7.21 Typologie zeitgenössischer identitätsstiftender Architektur

Die Ausbildung von Identität ist durch einen hohen Grad an Subjektivität gekennzeichnet und kann zu einer individuell differenzierenden Ansprache führen. Alltagserfahrungen, soziale Herkunft, Bildung, Interessen usw. sind von Relevanz oder auch die unter von Bourdieu (1987: 277 ff.) unter dem Begriff *Habitus* zusammengefasste Gesamtheit von Verhaltensweisen und deren Reproduktion. Sigel (2006: 16) führt ergänzend aus: „Sowohl die erinnerten, die alltäglich erfahrenen und die medial verbreiteten Bilder der Städte einerseits als auch die topischen Zuschreibungen an die Städte andererseits, scheint zusammen zu wirken, wenn es um die Konstruktion urbaner Identitäten geht. [...] Die subjektiven ‚mental mappings‘ der Stadtnutzer werden mit Veduten konfrontiert, unter deren Bildmacht erst eine kollektive Zusammenführung der individuellen Stadtbilder möglich zu sein scheint. Diese Regiemacht über Bild und Identitätszuschreibung kann von politischer, wirtschaftlicher und planerischer Seite ausgeübt werden, denkbar sind aber auch subversive mediale Zugriffe.“ Neben individuellen Aspekten fließen von außen herangetragene, produzierte oder historisch gewachsene Bilder und der *Topos* bei der Identitätsbildung zusammen. Die Bildhaftigkeit ist dabei nicht dauerhaft, sondern individuellen oder gesellschaftlichen Perspektivwechseln, Überlagerungen, Verschiebungen, Veränderungen und Neudefinitionen unterlegen.

Die ansonsten eher historischen Gebäude zugeschriebene Ausbildung einer identitätsstiftenden Wirkung innerhalb der Bevölkerung ist auch Gebäuden zeitgenössischer Architektur zuzusprechen. Auffällig ist, dass nicht nur Ästhetik und Gestaltung die Entstehung einer identitätsstiftenden Wirkung fördern, sondern ebenso funktionale, historische, biographische, symbolische und Vermarktungsaspekte sowie die Raumwirkung von Relevanz sind. Dabei ist eine identitätsstiftende Wirkung nicht grundsätzlich über eine breite Abdeckung der Einflussfaktoren zu erzielen. Die Vielschichtigkeit in der Ausbildung und die Möglichkeit der Vielfachbelegung von Gebäuden basieren auf individuellen Vorlieben, Einschätzungen und Bezügen. So treffen Ablehnung, Neutralität und Akzeptanz oftmals in einem Gebäude zusammen. Während einzelne Individuen oder Personengruppen einen persönlichen Zugang aufweisen, unterliegen wiederum andere keinerlei solcher Adressierung. Auffällig ist zudem der zeitliche Horizont des Bestehens, der neben der gleichzeitigen Überlagerung zudem das Auftreten von Neudefinitionen und Verschiebungen in der Bildhaftigkeit eines Gebäudes oder Ortes fördert.

Von besonderer Bedeutung bei der Ausbildung von Identität scheint die Nutzung zu sein. Diese geht oftmals mit einer guten Erreichbarkeit einher, gefolgt von einer extravaganteren, populären Gestaltung. Bei zeitgenössischen Gebäuden neueren Jahrgangs fallen ferner der Einsatz medialer Inszenierungen und Repräsentationsleistungen auf. Diese werden zur Verstärkung der Präsenz in der Öffentlichkeit eingesetzt und nutzen die Gebäudehülle zur zusätzlichen Produktion einer inszenierten Bildsprache.

Die für die Typologie zeitgenössischer identitätsstiftender Architektur untersuchten und aufgeführten Gebäude, Ensembles und Orte sind als Beispiele zu verstehen und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Bei der Recherche verwendet wurden u. a. Nerdinger/Tafel (1996), Baisch (2004), Englert/Tietz (2004), Schwarz (2002) sowie die Architekturdatenbank Nextroom. Einen weiteren Baustein der Recherche stellte das Onlinelexikon Wikipedia dar. Die öffentliche

Zugänglichkeit und Möglichkeit der Beteiligung und Bereitstellung von Inhalten erlaubt die Identifizierung von Gebäuden, die abseits von Fachkreisen als identitätsstiftend angesehen werden oder zumindest von besonderer öffentlicher Bedeutung sind. Die jeweilige Rückkoppelung zwischen den Informationsquellen und eine fallbezogene vertiefende Recherche dienen der Sicherung der Validität.

Entsprechend den vielschichtigen Dimensionen identitätsstiftender Wirkungen ist die überwiegende Zahl der aufgeführten Gebäude oder Orte mehreren Typen zuzuordnen. Zur besseren Übersichtlichkeit hervorgehoben ist in der zusammenfassenden Tabelle, die die typologische Einstufung deutlich macht, die jeweils dominierende oder populäre Wahrnehmung und Belegung.

Zur vertiefenden Auseinandersetzung wurden hieraus drei Fallbeispiele ausgewählt, die sich in Erbauungszeitpunkt, Nutzung, Geschichte und Funktion unterscheiden und einer detaillierten Analyse auf ihre identitätsstiftende Wirkung unterzogen. Neben dem Fernsehturm in Berlin zählen dazu der Olympiapark in München und das Hansaviertel in Berlin.

#### *Nutzung mit biographischem Bezug*

Im Zentrum stehen hier funktionale Eigenschaften als Auslöser der Frequentierung. Diese wird durch individuelle Faktoren bestimmt, weshalb die Architektur in den Hintergrund tritt.

- *Intensive stadtteilbezogene Nutzung:* Grundlage der Etablierung ist eine stabile Nutzerschaft, die durch ein oder mehrere schwer definierbare Qualitätsmerkmale angesprochen wird, etwa eine gute Erreichbarkeit, Raum für Nischennutzungen, individuelle Aneignungs- oder Versorgungsmöglichkeiten. Auffällig ist, dass die architektonische Ansprache im Hintergrund steht oder sogar auf Ablehnung trifft. Dementsprechend können Sichtbeton und eine nüchterne Formensprache, unauffällige oder hässliche Gebäude wegen einer speziellen Nutzungsattraktivität und -historie Identifikation stiften. Ein Beispiel ist die Hamburger *Großmarkthalle*. Die unter Denkmalschutz stehende Spannbetonhalle ist nicht nur den nach Hamburg einfahren-
- den Bahnpassagieren bekannt, sondern fungiert als ein Versorgungszentrum der Stadt. Die *Karl-Marx-Allee* und das *Hansaviertel* in Berlin sind Baudenkmale, die unterschiedliche Staats- und Bauideologien repräsentieren und als Symbol der gesellschaftlichen Modernisierung nach dem Zweiten Weltkrieg dienen. In der heutigen Wahrnehmung sind sie jedoch primär beliebte Wohngegenden. Als Beispiele, die zwar auch aufgrund der Nutzung wahrgenommen werden, bei denen allerdings andere Merkmale in identitätsstiftenden Wirkungen überwiegen, sind die Grindelhochhäuser in Hamburg, die Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche in Berlin und die DITIB-Merkez-Moschee in Duisburg anzuführen.
- *Erfolgreiches Kultur-, Veranstaltungs- oder Sportzentrum:* Wegen herausragender Veranstaltungen oder entsprechender räumlicher Qualitäten (Akustik, Großzügigkeit des Innenraums usw.) werden – sogar ansonsten wenig bedeutsame – Gebäude zu in der breiten Öffentlichkeit bekannten und hoch geschätzten Treffpunkten. Als Leitgebäude in dieser Richtung ist sicherlich das Centre Pompidou in Paris zu benennen. In Deutschland anzuführen sind z.B. das *Amphitheater Nordstadtpark* in Gelsenkirchen, das *Aalto-Theater* in Essen, das *Schauspielhaus* in Bochum und der *Olympiapark* München. Allesamt bestehen auch durch eine ansprechende Architektur, werden allerdings vielmehr als Veranstaltungsorte kultureller, musikalischer und Sportevents geschätzt und aufgesucht. Weitere Beispiele sind die Bundeskunsthalle (Bonn) und die Allianz Arena (München).
- *Uniforme Wiedererkennung:* Vielfach weisen z.B. Einkaufsstraßen und Einkaufszentren, wie die *Porschestraße* (Wolfsburg), der *Westenhellweg* (Dortmund), das *Stern-Center* (Potsdam) und das *Forum Allgäu* (Kempten), durch das Vorkommen identischer Ladenketten und wiederkehrende Gestaltungsmuster eine hohe Uniformität auf. Ausgerichtet an „international funktionierenden Maßstäben für Einkaufs- und Freizeitzentren“ (Hauser 2007: 34) werden lokale Eigenheiten augenscheinlich überformt. Diese Orte könnten oftmals an anderer Stelle ebenso ihren Standort finden

und sich in dort bestehende räumliche Strukturen einfügen. Charakteristisch für die entstehenden homogenisierten Strukturen ist jedoch auch der hohe Wiedererkennungswert, vor allem durch die Markenimages, die mit dem Ort verschmelzen. Gepaart mit den beheimateten alltagsrelevanten Funktionen bietet die Adressierung einer breiten Nutzerschaft Identifikationspotentiale (vgl. Hauser 2007: 34).

#### *Kritisierte Akzeptanz*

Eine kritische Haltung, ob zur Gebäudenutzung oder Gestaltung, ist als identitätsstiftend auszulegen, selbst wenn die negative Bewertung trotz regelmäßiger Auseinandersetzung bestehen bleibt. So trifft bspw. die Architektur der Vorplatzüberdachung des Bahnhofs Wilhelmshöhe in Kassel vielfach auf begrenzte Begeisterung bei Bevölkerung und Reisenden, wirkt dennoch gleichzeitig als Lokalisierungsmerkmal. Ebenfalls anzuführen ist das Haus der Bürgerschaft in Bremen. Anstelle der im Zweiten Weltkrieg zerstörten Börse wurde es trotz andauernder Kontroversen in Bewohner- und Architektenschaft über Fassadengestaltung und Einbindung in das historische Ensemble realisiert. Auch durch die Nutzung als Sitz des Landtags der Freien Hansestadt Bremen ist die Ablehnung mittlerweile gesunken (vgl. Nerdinger/Tafel 1996: 17). Folglich kann die Ablehnung mit der Zeit abschwächen oder gar in Akzeptanz umschlagen, eine Gewöhnung stattfinden oder die Ablehnung zum „Alltag“ werden. Dies ist etwa zu beobachten nach den kontroversen Diskussionen um den Bau des *Stadthauses* auf dem Domplatz in Ulm, oder – wenn auch nicht als primär identitätsstiftendes Merkmal zu identifizieren – beim Hansaviertel in Berlin und dem Ronald McDonald Hundertwasser Haus in Essen.

#### *Historische Relevanz*

Eine geschichtsträchtig bedeutsame Nutzung, Lokalität oder auch symbolische Funktionszuweisung ist in dem Prozess der Identitätsbildung ebenso von Relevanz wie die heutige Nutzung. Überlagern oder prägen die historischen Schichten die heutige Wahrnehmung, basiert die identitätsstiftende Wirkung primär auf der histo-

rischen Verknüpfung (vgl. Sigel 2006: 14). Dabei sind zwei Deutungsrichtungen zu unterscheiden:

- *Individuelle Relevanz*: Sie umfasst biographische Bezüge zu einem Ort, einem Gebäude oder der Nutzung. Als Projektionsfläche der eigenen Lebensgeschichte oder von Teilepisoden besteht eine individuelle Verbindung (vgl. Keupp et. al. 2008: 66 f.; Sigel 2006: 14). So sind bspw. das Parkstadion in Gelsenkirchen, die ehemalige und langjährige Spielstätte des FC Schalke 04 und die *Spielbank Hohensyburg* in Dortmund mit individuellen Erinnerungen an Siege und Niederlage verbunden. Zusätzliche Beispiele sind die Gridelhochhäuser in Hamburg, die Karl-Marx-Allee in Berlin und die Ruhruniversität Bochum.
- *Anekdotische Relevanz*: Die Verbundenheit basiert auf einem breiten gesellschaftlichen Fundament (vgl. Keupp et. al. 2008: 66 f.). Durch Teilhabe oder historische Bedeutsamkeit erfolgt die Synthese zu einem gemeinschaftlichen Symbol. Dabei kann es sich sowohl um die Wiederbelebung eines alten Erinnerungsbildes handeln als auch um eine Neuinterpretation auf historischer Grundlage (vgl. Sigel 2006: 15). Die im Alltag vorherrschende, auf der Historie beruhende Verbundenheit wird anhand des umgangssprachlich als „Langer Eugen“ bezeichneten *Abgeordneten-Hochhauses des Deutschen Bundestages* – heute von der UN genutzt – in Bonn oder des VW-Werkes in Wolfsburg deutlich. Darüber hinaus anzuführen sind der *Expo Park Hannover*, das Messehochhaus (Leipzig) und der Fernsehturm in Berlin.

#### *Architektonische Exzellenz*

Eine herausragende Architektur und die verwendeten Bautechniken oder Materialien sprechen primär Fachkreise an, werden allerdings von der Bevölkerung zumindest als „schön“, „gelingen“ oder Symbol für die Weiterentwicklung und Aufwertung der eigenen Stadt wahrgenommen. Selten gelingt allerdings der ausschließliche Sprung als architektonisch herausragendes Gebäude in die gesellschaftliche Wahrnehmung – oder auch gesellschaftlicher Teilgruppen –, weshalb weiter zu differenzieren ist:

- *Mediale Akzentuierung*: Nur wenige, besondere Meilensteine der (zeitgenössischen) Architektur erfahren über die Fachkreise hinaus Anerkennung. Gesellschaftliche Akzeptanz erfahren die Gebäude zumeist über die Qualitäten der Nutzung oder mediale Strategien der Vermarktung, die die architektonischen Qualitäten zentrieren und Besucher anziehen (Bilbao-Effekt) (vgl. Hauser 2007: 33 f., 37 f.; Sigel 2006: 29). Exemplarisch ist auf den mit dem Deutschen Architekturpreis ausgezeichneten *Wissenschaftspark Gelsenkirchen*, das für die Konstruktion gerühmte *Thyssen-Haus* in Düsseldorf und das *Universitätsklinikum Aachen* hinzuweisen, das in der architektonischen Struktur an das Centre Pompidou erinnert und seit 2008 unter Denkmalschutz steht. Auch der UFA-Kristallpalast (Dresden), der Stuttgarter Fernsehturm und der Hundertwasser-Bahnhof (Uelzen) sind Beispiele medialer Akzentuierungen.
- *Populäre Architektur*: Manche Gebäude erlangen aufgrund der Gestaltung oder architektonischer Besonderheiten zu einer breiten Akzeptanz, die über Fachkreise hinausgeht. Ein Beispiel sind die Gebäude am Düsseldorfer Medienhafen von Frank Gehry – auch als Gehry-Bauten bezeichnet. Einerseits ist die enge Bedeutungsverknüpfung mit dem renommierten Schaffer offensichtlich, andererseits erfahren die Gebäude aber auch darüber hinaus Annerkennungen und ziehen eine Vielzahl von Bewunderern an, wie auch das *Colorium* in Düsseldorf, die Gläserne Manufaktur in Dresden und das *Umweltbundesamt* in Dessau-Roßlau.

#### Repräsentation

Firmensitze und auch Botschaftsgebäude dienen oftmals der materiellen Institutionalisierung und als Symbol für Macht und Erfolg. Die architektonische Formensprache und Dimensionierung wird neben architektonischen Merkmalen wie Authentizität, Ästhetik, Dynamik und Nachhaltigkeit zur Ausformung einer Repräsentationssymbolik eingesetzt (vgl. Hauser 2007: 37). Grundlage der Identitätsbildung ist hierbei die direkte persönliche Ansprache. Exemplarisch für die identitätsstiftende Wirkung von Fir-

menssitzen anzuführen sind der *RWE-Turm* in Essen und der *Hauptsitz der NORD/LB* in Hannover, als Beispiel für Botschaftsgebäude die *Botschaften der Nordischen Länder* in Berlin.

#### Pilgerstätten

Hierbei handelt es sich um Gebäude oder Ensembles, die hauptsächlich durch die Nutzung und weniger durch die Architektur ein breites Publikum anziehen und von überregionaler Bedeutung sind (vgl. Sigel 2006: 19):

- *Überregionaler Magnet*: Die funktionale Verwendung, etwa als kulturelles oder gesellschaftliches Zentrum, führt zu einer hohen Bedeutsamkeit der Einrichtungen mit überregionaler Strahlkraft, wie etwa der *Bundeskunsthalle* (Bonn) und der *BMW Welt* (München). Ebenfalls zu nennen ist die *Allianz Arena* in München, die neben der architektonischen Inszenierung speziell als Heimspielstätte des FC Bayern München Berühmtheit erlangt. Überregionale Strahlkraft ist bspw. ebenfalls der Berliner Philharmonie, dem Kalkbergstadion in Bad Segeberg und dem Olympiapark München zuzusprechen.
- *Touristische Sehenswürdigkeit*: Sie erlangen offenbar bei Besuchern oder zumindest in der „veröffentlichten Meinung“ zu einer Stadt Anerkennung. Dies kann unterschiedliche Hintergründe haben, etwa wegen der wahrzeichenhaften Bedeutung, wie an der *Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche* in Berlin festzustellen. Auch der *Hundertwasser-Bahnhof* in Uelzen und das *Theater im Hafen* in Hamburg sind dieser Rubrik zuzuordnen, weil sie als besondere Merkwürdigkeit einer Stadt gelten oder weil sie eine besondere Nutzung beherbergen. Weitere Beispiele stellen die Wuppertaler Schwebebahn, der Potsdamer Platz (Berlin) und die Seebühne in Bregenz.

#### Landmarken

Eine topografisch exponierte Lage und alles überragende Dimensionierung fördert die Bündelung von Faszination und persönlicher Ansprache, wie der *Heinrich-Hertz-Turm (Telemichel)* in Hamburg, der *Fernmeldeturm Nürnberg* und der *Stuttgarter Fernsehturm* zeigen. Als Orientierungs-

punkt oder selbst ohne aktive Aneignung und unmittelbaren Nutzen steht die physische Struktur für Unverwechselbarkeit und einen hohen Wiedererkennungswert. Zusätzliche Beispiele sind der *Fallturm* (Bremen), der *Telexmax* (Hannover) und das Rathaus Essen.

#### *Ikone/Wahrzeichen*

Dazu zählen markante Gebäude oder Orte, die vor allem bei Nicht-Fachleuten als Erkennungszeichen gelten. wie die zentralen Hochhäuser der Bildzeichen-Architektur in Jena (*Zeiss-Hochhaus*) und Leipzig (*Messehochhaus*), die Ansatzpunkte der Identitäts-

stiftung darstellen. Sie finden sich in unterschiedlichen Darstellungen der jeweiligen Stadt und werden nicht so leicht wie andere moderne Gebäude von einem Laienpublikum negativ stigmatisiert. Wegen ihrer zentralen Lage finden sie ihren Weg auf Ansichtskarten u.ä. und werden deshalb mit dem Erscheinungsbild der jeweiligen Stadt in einen engen Zusammenhang gebracht. Beispiele sind die *Frankfurter Skyline* und der *Berliner Fernsehturm*. Auch andere, dezentere Gebäude oder Ensemble können durch eine ausgefallene, „kultige“ Nutzung oder breite Nutzerschicht einen ikonenhaften Charakter erlangen.

**Tabelle**  
Typologie zeitgenössischer identitätsstiftender Architektur

Typ	Beispiel	Ort
<b>Nutzung mit biographischem Bezug</b>		
Intensive stadtteilbezogene Nutzung		
	<b>Großmarkthalle</b>	<b>Hamburg</b>
	<b>Nordstadt</b>	<b>Karlsruhe</b>
	<b>Landgericht/Amtsgericht</b>	<b>Frankfurt (Oder)</b>
	<b>Hansaviertel</b>	<b>Berlin</b>
	Treppenstraße	Kassel
	<b>Karl-Marx-Allee</b>	<b>Berlin</b>
	<b>Weltstadthaus</b>	<b>Köln</b>
	<b>Stadt- und Landesbibliothek Dortmund</b>	<b>Dortmund</b>
	Grindelhochhäuser	Hamburg
	Neckaruferbebauung Nord	Mannheim
	Ronald McDonald Hundertwasser-Haus	Essen
	Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche	Berlin
	DITIB-Merkez-Moschee	Duisburg
Kultur-, Veranstaltungs- oder Sportzentrum		
	<b>Kulturpalast</b>	<b>Dresden</b>
	<b>UFA-Kristallpalast</b>	<b>Dresden</b>
	<b>Amphitheater Nordstadtpark</b>	<b>Gelsenkirchen</b>
	<b>Historisches Museum</b>	<b>Hannover</b>
	<b>Westfalenhalle</b>	<b>Dortmund</b>
	<b>Aalto-Theater</b>	<b>Essen</b>
	<b>Multihalle</b>	<b>Mannheim</b>
	<b>Museumsufer</b>	<b>Frankfurt</b>
	<b>Schauspielhaus</b>	<b>Bochum</b>
	<b>Ruhruniversität Bochum</b>	<b>Bochum</b>
	DITIB-Merkez-Moschee	Duisburg
	<b>Spielbank Hohensyburg</b>	<b>Dortmund</b>
	<b>Signal-Iduna-Park (Westfalenstadion)</b>	<b>Dortmund</b>
	<b>DKB-Ski-Arena Oberhof (Rennsteig-Arena)</b>	<b>Oberhof</b>
	<b>Kalkbergstadion (Karl-May-Spiele)</b>	<b>Bad Segeberg</b>
	Karl-Marx-Allee	Berlin
	Stadthaus Ulm	Ulm
	<b>Olympiapark</b>	<b>München</b>
	AWD-Dome (Stadhalle Bremen)	Bremen
	Potsdamer Platz	Berlin



Typ	Beispiel	Ort
	Neue Nationalgalerie Bundeskunsthalle Pinakothek der Moderne Allianz Arena Veltins-Arena (Arena Auf Schalke) Theater im Hafен (König der Löwen) Seebühne	Berlin Bonn München München Gelsenkirchen Hamburg Bregenz
Entlokalisierter Ort		
	<b>Rathaus-Center</b> <b>City-Point</b> <b>City-Point</b> <b>Stern-Center</b> <b>Forum Allgäu</b> <b>Limbecker Straße</b> <b>Westenhellweg</b> <b>Zeil</b> <b>Porschestraße</b>	<b>Dessau</b> <b>Braunschweig</b> <b>Kassel</b> <b>Potsdam</b> <b>Kempten</b> <b>Essen</b> <b>Dortmund</b> <b>Frankfurt</b> <b>Wolfsburg</b>
<b>Kritisierte Akzeptanz</b>		
	<b>Haus der Bürgerschaft</b> <b>Grindelhochhäuser</b> <b>Überdachung Bahnhofsvorplatz Wilhelmshöhe</b> <b>Rathaus Essen</b> <b>Neuer Elbtunnel</b> <b>Neckaruferbebauung Nord</b> <b>Augsburger Hotelturn</b> <b>Happy RIZZI House</b> <b>Stadthaus Ulm</b> Hansaviertel Karl-Marx-Allee Kulturpalast Ronald McDonald Hundertwasser-Haus Fernsehturm	<b>Bremen</b> <b>Hamburg</b> <b>Kassel</b> <b>Essen</b> <b>Hamburg</b> <b>Mannheim</b> <b>Augsburg</b> <b>Braunschweig</b> <b>Ulm</b> Berlin Berlin Dresden Essen Berlin
<b>Historische Grundlage</b>		
Individuelle Relevanz		
	<b>Parkstadion</b> <b>Abgeordneten-Hochhaus des Deutschen Bundestages (Langer Eugen)/UN-Gebäude</b> <b>VW-Werk</b> Hansaviertel Karl-Marx-Allee Ruhruniversität Bochum Spielbank Hohensyburg Grindelhochhäuser DITIB-Merkez-Moschee Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche	<b>Gelsenkirchen</b> <b>Bonn</b> <b>Wolfsburg</b> Berlin Berlin Bochum Dortmund Hamburg Duisburg Berlin
Anekdotische Relevanz		
	<b>Expo Park Hannover</b> <b>Rathaus Bensberg</b>  Olympiapark <b>AWD-Dome (Stadthalle Bremen)</b> Hansaviertel Karl-Marx-Allee Ruhruniversität Bochum Signal Iduna Park (Westfalenstadion)	<b>Hannover</b> <b>Bergisch-Gladbach/ Bensberg</b> München <b>Bremen</b> Berlin Berlin Bochum Dortmund

Typ	Beispiel	Ort
	Abgeordneten-Hochhaus des Deutschen Bundestages (Langer Eugen)/ UN	Bonn
	Allianz Arena	München
	Verlins-Arena (Arena Auf Schalke)	Gelsenkirchen
	Messehochhaus	Leipzig
	Zeiss-Hochhaus	Jena
	Schwebebahn	Wuppertal
	Fernsehturm	Berlin
<b>Architektonische Exzellenz</b>		
Mediale Akzentuierung		
	<b>Universitätsklinikum Aachen</b>	<b>Aachen</b>
	<b>Wissenschaftspark Gelsenkirchen</b>	<b>Gelsenkirchen</b>
	<b>Philharmonie</b>	<b>Berlin</b>
	<b>Thyssenhaus</b>	<b>Düsseldorf</b>
	<b>Ronald McDonald Hundertwasser Haus</b>	<b>Essen</b>
	Hansaviertel	Berlin
	Landgericht/Amtsgericht	Frankfurt (Oder)
	Karl-Marx-Allee	Berlin
	Weltstadthaus	Köln
	UFA-Kristallpalast	Dresden
	Expo Park Hannover	Hannover
	Gehry-Bauten	Düsseldorf
	Botschaften der Nordischen Länder	Berlin
	Olympiapark	München
	Autostadt/Phaeno	Wolfsburg
	Hundertwasser-Bahnhof Uelzen	Uelzen
	Stuttgarter Fernsehturm	Stuttgart
	Fernsehturm	Berlin
Populäre Architektur		
	<b>Umweltbundesamt</b>	<b>Dessau-Roßlau</b>
	<b>Gehry-Bauten</b>	<b>Düsseldorf</b>
	<b>Colorium</b>	<b>Düsseldorf</b>
	Karl-Marx-Allee	Berlin
	AWD-Dome (Stadthalle Bremen)	Bremen
	Botschaften der Nordischen Länder	Berlin
	Gläserne Manufaktur	Dresden
	Autostadt/Phaeno	Wolfsburg
	Messehochhaus	Leipzig
	Zeiss-Hochhaus	Jena
	Schwebebahn	Wuppertal
	Fernsehturm	Berlin
<b>Repräsentation</b>		
	<b>Stadttor</b>	<b>Düsseldorf</b>
	<b>RWE-Turm</b>	<b>Essen</b>
	<b>Potsdamer Platz</b>	<b>Berlin</b>
	<b>Mannesmann-Hochhaus</b>	<b>Düsseldorf</b>
	<b>Botschaft der Russischen Föderation</b>	<b>Berlin</b>
	<b>Hauptsitz NORD/LB</b>	<b>Hannover</b>
	<b>Gläserne Manufaktur</b>	<b>Dresden</b>
	<b>Botschaften der Nordischen Länder</b>	<b>Berlin</b>
	Hansaviertel	Berlin
	Rathaus Essen	Essen
	Expo Park Hannover	Hannover
	Karl-Marx-Allee	Berlin
	Thyssenhaus	Düsseldorf

Typ	Beispiel	Ort
	Gehry-Bauten Autostadt/Phaeno BMW Welt Allianz Arena Veltins-Arena (Arena Auf Schalke) Post Tower BMW-Hochhaus (BMW-Vierzylinder) Fernsehturm	Düsseldorf Wolfsburg München München Gelsenkirchen Bonn München Berlin
<b>Pilgerstätte</b>		
Überregionaler Magnet		
	<b>Autostadt/Phaeno</b> <b>Neue Nationalgalerie</b> <b>Bundeskunsthalle</b> <b>Pinakothek der Moderne</b> <b>BMW Welt</b> <b>Allianz Arena</b> <b>Veltins-Arena (Arena Auf Schalke)</b> Hansaviertel Historisches Museum Westfalenhalle Schauspielhaus Signal Iduna Park (Westfalenstadion) DKB-Ski-Arena Oberhof (Rennsteig-Arena) Kalkbergstadion (Karl-May-Spiele) Expo Park Hannover Jüdisches Museum Olympiapark Philharmonie Gläserne Manufaktur	<b>Wolfsburg</b> <b>Berlin</b> <b>Bonn</b> <b>München</b> <b>München</b> <b>München</b> <b>Gelsenkirchen</b> Berlin Hannover Dortmund Bochum Dortmund Oberhof Bad Segeberg Hannover Berlin München Berlin Dresden
Touristische Sehenswürdigkeiten		
	<b>Theater im Hafen (König der Löwen)</b> <b>Hundertwasser-Bahnhof Uelzen</b> <b>Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche</b> Olympiapark Potsdamer Platz Schwebebahn Seebühne Fernsehturm	<b>Hamburg</b> <b>Uelzen</b> <b>Berlin</b> München Berlin Wuppertal Bregenz Berlin
<b>Landmarke</b>		
	<b>Heinrich-Hertz-Turm (Telemichel)</b> <b>Colonius</b> <b>Fallturm</b> <b>Telemax</b> <b>Fernmeldeturm Nürnberg</b> <b>Stuttgarter Fernsehturm</b> Überdachung Bahnhofsvorplatz Wilhelmshöhe Rathaus Essen Post Tower Fernsehturm	<b>Hamburg</b> <b>Köln</b> <b>Bremen</b> <b>Hannover</b> <b>Nürnberg</b> <b>Stuttgart</b> Kassel Essen Bonn Berlin
<b>Ikone</b>		
	<b>Messehochhaus</b> <b>Zeiss-Hochhaus</b> <b>MesseTurm</b> <b>Schwebebahn</b> <b>Frankfurter Skyline</b>	<b>Leipzig</b> <b>Jena</b> <b>Frankfurt</b> <b>Wuppertal</b> <b>Frankfurt</b>

Typ	Beispiel	Ort
	Schauspielhaus	Bochum
	DITIB-Merkez-Moschee	Duisburg
	Olympiapark	München
	<b>Seebühne</b>	<b>Bregenz</b>
	<b>BMW-Hochhaus (BMW-Vierzylinder)</b>	<b>München</b>
	<b>Fernsehturm</b>	<b>Berlin</b>

Anmerkung: Durch die Vielschichtigkeit der identitätsstiftenden Wirkung zeitgenössischer Architektur treten Mehrfachnennungen auf. Hervorgehoben ist die jeweils primäre Zuordnung.

Quelle: Eigene Darstellung

## 7.22 Fernsehturm Berlin

Nach der Einweihung am 3. Oktober 1969 (vgl. Müller 1999: 126), feiert der Berliner Fernsehturm – Originalname: Fernseh- und UKW-Turm der Deutschen Post oder Fernseh- und UKW-Turm Berlin, heute geführt als FMT (Fernmeldeturm) 32 – am 3. Oktober 2009 40-jähriges Bestehen; 20 Jahre als Prestigeobjekt der DDR-Oberen und 20 Jahre im wiedervereinten Deutschland. Mit der „Imponierkeule“ verbunden, mit 368 m das höchste Gebäude Deutschlands (vgl. Matzig 2009), gehen verschiedene Epochen der symbolische Belegung und Aneignung einher.

Errichtet wurde der Fernsehturm zwischen 1965 und 1969 im Stadtzentrum der Hauptstadt der DDR am Alexanderplatz (vgl. Müller 1999: 13) am Ort von Aufmärschen und Paraden zur Machtinszenierung des SED-Regimes und Großdemonstrationen

zum Ende der DDR (vgl. Eckert 2007: 17 f.). Die Positionierung „in der Symmetrieachse des großen zentralen Bereiches zwischen Außenministerium und Alexanderplatz“ (Flierl 1984: 144; zitiert nach Müller 1999: 14) ist auf den Wunsch der SED-Führung nach einer „sozialistischen Stadtkrone“ zurückzuführen (vgl. Müller 1999: 14). Zusätzlich führte die technische Notwendigkeit des Ausbaus des Funk- und Fernsehnetzes zur Errichtung (vgl. Eckert 2007: 17; Müller 1999: 18 ff., 39 f.).

Die Symmetrieachse – auch als Zentrale Achse bekannt –, in die der Fernsehturm eingebettet wurde, verlief vom Brandenburger Tor über die Straße Unter den Linden, den Marx-Engels-Platz, den Alexanderplatz und die Stalinallee bis zum Frankfurter Tor (vgl. Müller 1999: 47 f.). Auch auf Blickbeziehungen von der Karl-Marx-Allee, der Prenzlauer Allee, der Schönhauser Allee, der Greifswalder Straße, dem Kurfürstendamm und der Heerstraße wurde bei der Planung geachtet (vgl. Baunetzwoche 2009: 7 f.; Müller 1999: 75). Die hohe symbolische Belegung des Funktionsbaues als Aushängeschild des sozialistischen Staates verdeutlicht die folgende Aussage aus der 13. Plenartagung der Deutschen Bauakademie (1965: 40; zitiert nach Müller 1999: 76).

„In das zentrale Ensemble gestellt, verkörpert der Fernsehturm den Gedanken der Verbundenheit der Hauptstadt als des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zentrums unseres Landes mit allen Bürgern unserer Republik und darüber hinaus mit unseren Freuden jenseits der Grenzen [...] Die Idee, in dem zentralen Raum die beiden bedeutendsten Bauwerke des Gesamtensembles, das Zentrale Gebäude und den Fernsehturm, axial einander zuzuordnen, bringt den Gedanken der tie-

Abbildung 19  
Fernsehturm mit Teil der Zentralen Achse



Quelle: Michael Eichental/CC by-nd

fen inneren Verbundenheit der höchsten Organe unseres sozialistischen deutschen Volksstaates mit den Volksmassen, die in unserer sozialistischen Demokratie aktiv an der Leitung von Staat und Wirtschaft mitwirken, zum Ausdruck.“

Zu Zeiten der DDR wurde der Fernsehturm politisiert und als Symbol für die technische und Konstruktionsüberlegenheit, die Modernität und Leistungskraft der sozialistischen Welt gegenüber der westlichen Welt eingesetzt (vgl. Müller 1999: 8). Hinzukam der Wunsch nach einer „sozialistischen Stadtkrone“, einer Höhendominante, die als sichtbares architektonisches Symbol das Selbstbewusstsein des jungen Arbeiter-und-Bauern-Staates widerspiegelte (vgl. Müller 1999: 13; Eckert 2007: 17).

Anekdotische Bedeutung für die Bevölkerung Ost-Berlins hatte der Turm als Aussichtspunkt über die Stadt und auch auf den westlichen Teil, ein ansonsten verwehrter Einblick (vgl. Müller 1999: 8). Aber auch das nach Fertigstellung der Turmkugel im Oktober 1968 bei Sonnenschein auftretende Lichtkreuz, verursacht durch Lichtreflexionen auf der Kugeloberfläche (vgl. Baunetzwoche 2009: 12; Müller 1999: 107). Die Ironie: In einem Staat, in dem sich alle Mächte – auch die Kirche – unterzuordnen hatten, trug der Prestigebau als Symbol eben dieser Ordnung das Zeichen der Kirche. Dieses ungeplante Phänomen, das nebenbei zur Plastizität der Kugel beiträgt, führte zu einer weiteren Popularisierung des Gebäudes. Während der geplante Abriss des Fernsehturms durch die SED-Führung ein Gerücht zu sein scheint (vgl. Müller 1999: 107), spottete insbesondere die westdeutsche Presse mit Spitznamen wie „Sankt Walter“ oder die „Rache des Papstes“ über den ostdeutschen Prestigebau. Die DDR-Führung propagierte demgegenüber „den etwas gespreizten DDR-Kosenamen ‚Telespargel‘“ (Müller 1999: 109 f.).

In der heutigen Belegung des Fernsehturms ist die politische Dimension verblasst und wird lediglich durch ein nostalgisches Bewusstsein, gepaart mit anekdotischen Spitznamen und Geschichten gewahrt (vgl. Müller 1999: 8). Weniger im populären Bewusstsein präsent ist die Mythenbildung, die auf einer durch die DDR-Propagandamaschinerie und die

weitgehend geheim gehaltenen Konstruktionsgeschichte beruht (vgl. Müller 1999: 8, 32). Deutlich wird die Kurzweiligkeit der symbolischen Belegungen des Fernsehturms: „Nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten war es der Berliner Fernsehturm, der – verglichen mit etwa dem Palast der Republik, dem Staatsratsgebäude oder dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten –, ungeheuer schnell seinen politischen Ballast abwerfen konnte, obwohl er [...] zu den Prestigeobjekten der SED gehörte.“ (Müller 1999: 147) Auch wenn nach der Wiedervereinigung Einzelne den Abriss forderten (vgl. Müller 1999: 147), ist der Fernsehturm heute zumindest in architektonischen Fachkreisen eine anerkannte Errungenschaft der DDR-Architektur (vgl. Müller 1999: 13).

Das breite Publikum spricht allerdings der Blick über Berlin an. Mit mittlerweile über 40 Millionen Besuchern (vgl. Baunetzwoche 2009: 6) stellt der Fernsehturm einen touristischen Magneten dar (vgl. auch Müller 1999: 8, 148). Die markante bauliche Struktur lässt den Fernsehturm ferner als Orientierungsmarke fungieren, die von überall in Berlin sichtbar ist (vgl. Eckert 2007: 15 f.; Müller 1999: 8, 148). In Berlin, einer Stadt der politischen, sozialen und baulichen Veränderungen, die „Resultat von stornierten, gescheiterten, unvollendet gebliebenen, weiter gebauten oder wieder entwerteten, kurz: Fragmenten gebliebenen baulichen Artefakten“ (Walther/ Günther 2004: 40) ist, stellt der Fernsehturm Konstanz dar; seit 40 Jahren unübersehbar existent, erzeugt er Vertrauen (vgl. Eckert 2007: 21 f.). Müller (1999: 8) verweist in diesem Kontext zudem auf die Wahrzeichenfunktion, die der Stadtsilhouette ein Gesicht verleiht und Unverwechselbarkeit sowie Wiedersehensfreude erzeugt (vgl. auch Eckert 2007: 21 f.). So ist der Fernsehturm neben dem Brandenburger Tor das internationale Symbol von Berlin (vgl. Baunetzwoche 1999: 6), dient allerdings nicht nur als Symbol der Wiedervereinigung (vgl. Eckert 2007: 21), sondern wird von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen angenommen.

Nicht repräsentativ, aber Aufschluss über die alltägliche Bedeutung des Fernsehturmes gibt eine Online-Befragung der Berliner Morgenpost. Auf die Frage: „Welche

Berliner Sehenswürdigkeit würden Sie gern mal wieder besuchen?“ entfielen von 2.624 abgegebenen Stimmen (Stand: 3. Oktober 2009) 13 Prozent auf den Fernsehturm. Mit 20 Prozent meistgenannt wurde der Botanische Garten, gefolgt von Zoo oder Tierpark (16 Prozent sowie der Museumsinsel und eben dem Fernsehturm mit jeweils 13 Prozent. Touristische Sehenswürdigkeiten wie der Reichstag, das Brandenburger Tor oder die Gedächtniskirche erhielten 7 Prozent, 5 Prozent und 1 Prozent der Stimmen.

Befördert wird diese Entwicklung zusätzlich durch das „Ensemble“ aus Fernsehturm und Alexanderplatz. Der „Alex“ – wie er im Volksmund bezeichnet wird – entwickelte sich vom Aufmarschplatz der DDR zum Szenetreffpunkt und gilt als kosmopolitisch, jung und trendy (vgl. Eckert 2007: 18).

Die Wandlungsfähigkeit des Fernsehturms zeigt auch die Nutzung als Logo auf Flyern und Plakaten durch die Club-Szene, in abstrahierter futuristischer Gestalt oder im „Ostalgie-Look“ als nostalgische Anlehnung (vgl. Siewert/Berger/Müller 2003). Die Aneignung und Nutzung als Projektionsfläche durch neue Gruppen zeigt sich ebenfalls in der Existenz von Merchandising-Artikeln (vgl. Müller 1999: 8) und der Nutzung als Werbeträger, ob als Verkleidung der Turmkugel als Fußball während der Weltmeisterschaft 2006 oder durch die Plakatierung des Turmschaftes mit Liebesnachrichten im SMS-Stil. Die vielfältige Nutzung (z.B. Ausstellungen, Aussichtsbühne, Gastronomie, Werbeikone für Kultur, Sport und Lifestyle) spricht für die hohe Symbolkraft und Wandlungsfähigkeit des Fernsehturmes, der trotz des vergleichsweise hohen Alters ebenso für Zukunftsfähigkeit steht (z.B. Fernsehtechnologie, globale Kommunikation). (vgl. Eckert 2007: 17 f.)

Die breite Akzeptanz, losgelöst von der historischen politischen Kontextualisierung, ist ebenfalls in der Nutzung als Schauplatz der ProSieben-Spielfilme „Tornado – Der Zorn des Himmels“ (2006) und „Das Inferno – Flammen über Berlin“ (2007) abzulesen. Zusätzlich ist der Fernsehturm das offizielle Symbol der Telenovela „Verliebt in Berlin“ (2005-2007/Sat1).

### 7.23 Olympiapark München

Der Olympiapark entstand zwischen 1966 und 1972 anlässlich der Ausrichtung der XX. Olympischen Spiele 1972 auf dem 3 km<sup>2</sup> großen Oberwiesenfeld, 4 km nördlich der Münchener Innenstadt (vgl. Dheus 1972: 19; Kunze 1974b: 34). Der Olympiapark umfasst das Olympiastadion, die Olympiahalle und die Olympia-Schwimmhalle, zu weltweiter Bekanntheit gelangt durch die Zeltdachkonstruktion aus Acrylglasplatten sowie den 291 m hohen Olympiaturm und das Olympische Dorf. Weitere Gebäude sind die Werner-von-Linde-Halle, der TUM-Campus (ehemalige Rundfunk- und Fernsehzentrale), das Eissportzentrum – bestehend aus Eissporthalle, Eislaufzelt und Trainingshalle –, die Ost-West-Friedenskirche, die Montessori-Schule, die Event-Arena (ehemals Olympia-Radstadion), das Theatron und die Seebühne. Nachträglich errichtet wurden das Sea Life Centre (2006), der Munich Olympic Walk Of Stars (2003) und die neue kleine Olympiahalle (Fertigstellung 2011), die als Ersatz für die kleine Olympiahalle errichtet wird, welche der Olympiahallenerweiterung weicht. (vgl. Landeshauptstadt München 2008: 16 ff.)

Die Konzeption der Olympischen Spiele in München dient der Abgrenzung von der Olympiade in Berlin 1936, die auf die Repräsentation eines Herrschaftsanspruch durch monumentale Bauten zielt und setzt stattdessen auf ein Bekenntnis zu Demokratie, Offenheit und Weltzugewandtheit (vgl. Hacke 17.05.2009; Landeshauptstadt München 2008: 7; Schnetz 1973: 24). Die Leitmotive lauten „Olympiade, Fest der Musen und des Sports, Olympiade im Grünen, Olympiade der kurzen Wege“ (Landeshauptstadt München 2008: 7).

Bauliches Kernelement ist dabei die Symbiose aus Landschaft und Gebäuden. In die frei geformte Landschaft des Olympiaparks wurden die Sportstätten zur nahtlosen Verbindung mit den Landschaftselementen in Mulden eingebettet; einerseits Symbol von Technik und Baukunst, andererseits auf die Verhinderung von Monumentalität, Überdimensionierung und Solitärstellungen zielend (vgl. Landeshauptstadt München 2008: 7; Kunze 1974a: 29). Die Landschaftsgestaltung steht unter dem Motto der „Besitzergreifung des

Abbildung 20  
Olympiapark



Quelle: Christian Nawroth/CC by-sa

Rasens“ im Kontext der gesellschaftlichen Veränderungen der 1960er und 1970er Jahre (vgl. Landeshauptstadt München o.J.). Abgeleitet vom Ideal der Demokratie ist die Benutzbarkeit der Freiräume durch alle gesellschaftlichen Gruppierungen Prämisse (vgl. Landeshauptstadt München o.J.). Der Olympiapark „wird zum Ort gesellschaftlicher Freiheit. Die Aneignung durch die Bevölkerung wird zum emanzipatorischen Prozess“ (Landeshauptstadt München o.J.).

Weltweit bekanntes Aushängeschild des Olympiaparks ist die Zeltdachkonstruktion aus Acrylglasplatten von Frei Otto, die Olympiastadion, Olympiahalle und Olympiaschwimmhalle überspannt (vgl. Landeshauptstadt München 2008: 7). Sie symbolisiert das Flüchtige und Wandelbare dieser Welt (vgl. Landeshauptstadt München o.J.) und fügt sich in das landschaftliche Gesamtkonzept ein (vgl. Dheus 1972: 187 ff.). Aus Gesichtspunkten der räumlichen Dominanz anzuführen ist der rund 291m hohe Olympiaturm, Symbol der technischen Entwicklung und globalen Vernetzung, im Kontext der Olympiade aber auch Zeichen der Pressefreiheit (vgl. Landeshauptstadt München o.J.; Landeshauptstadt München 2008: 18). Gleichzeitig fungiert er als Orientierungsmarke, die von weither sichtbar den Olympiapark im Stadtgefüge verortet und Wahrzeichenfunktionen übernimmt (vgl. Landeshauptstadt München 2008: 7).

Für die terrassen- und stufenförmige Architektur, vertikale Abtrennungen und begrünte Pflanztröge vor den Balkonen ist das Olympische Dorf bekannt, wobei zwischen dem ehemaligen Männer- und Frauendorf zu differenzieren ist. Letzteres besteht großteils aus zweigeschossigen Bungalows, die aktuell erneuert und als Studentenwohnheim genutzt werden (vgl. Landeshauptstadt München 2008: 18). Das Dorf der Männer besteht aus rund 4 600 Wohneinheiten, zumeist Eigentumswohnungen (vgl. Wohn/Brinkmeier 2006). Das städtebauliche Leitbild des Quartiers zielt auf die Verbindung von Parklandschaft und urbaner Dichte. Ein weiteres Merkmal ist die Trennung von Fußgängern und Fahrverkehr (vgl. Dheus 1972: 185 f.). Die Erschließungsstraßen und Stellplätze verlaufen unterirdisch, es entsteht ein ununterbrochenes Netz an Grün- und Gehbereichen, zusätzlich entfällt die Lärmbeeinflussung. (vgl. Wohn/Brinkmeier 2006; Kunze 1974a: 28). Die Planung des Olympischen Dorfes greift zudem die Problematik des Massenwohnungsbaues der 1950er und 1960er Jahre auf (z.B. monotone Strukturen, fehlende Einbindung ins Stadtgefüge, soziale Entflechtung, Zerschneidung durch Verkehrsachsen) und gilt als richtungweisend (vgl. Dheus 1972: 185). „Das Olympiadorf erscheint den Einen als Modell für den Massenwohnungsbau, den Anderen als Auswuchs der Wirtschaftswunderzeit, der Wachstumsgläubigkeit und der Planungseuphorie.

Für die überwiegende Zahl seiner Bewohner ist es eine eigenwillige und einmalige Oase des Wohnens in der Großstadt.“ (Wohn/Brinkmeier 2006)

In den Planungen besondere Beachtung erfuhr als Wettbewerbsvorgabe die nacholympische Nutzung der errichteten Anlagen (vgl. Landeshauptstadt München 2008: 14). „Während andere große Stadien außerhalb der sportlichen Ereignisse oft Fremdkörper in der Stadt sind, abgeschottet und unzugänglich, sollte hier ein Bürgerpark entstehen, jederzeit und für jedermann offen.“ (Landeshauptstadt München 2008: 11) Die gebauten Objekte wurden deshalb für die Spiele nur angemietet – obwohl nur geringe Teil der Baukosten durch die Stadt München getragen wurden –, der grundsätzliche Bedarf und die langfristige Verwendung waren im Vorfeld bereits abgeklärt worden. Das Olympische Dorf der Männer bspw. wurde nach der Olympiade in Eigentumswohnungen umgewandelt; das Frauendorf vom Studentenwerk übernommen und die Rundfunk- und Fernsehzentrale als Hochschulsportanlage weitergenutzt. (vgl. Schnetz 1973: 27 f.) Als Entwicklungsimpuls für die Gesamtstadt München fungierte ferner der Ausbau der Infrastruktur. Bei einer damaligen jährlichen Bevölkerungszunahme von 30 000 Einwohnern und 600 000 verkehrenden Automobilen (vgl. Kunze 1974a: 24), dienten die Olympischen Spiele der Beschleunigung – und Teilfinanzierung – ohnehin geplanter Ausbauten des U-Bahn- und S-Bahnnetzes sowie des Mittleren Ringes (vgl. Kunze 1974a: 24, 324 ff.; Dheus 1972: 19). Schnetz (1973: 28) folgert deshalb, dass München durch die Ausrichtung der Olympischen Spiele „einen Vorsprung von mindestens 10 Jahren gegenüber anderen Städten Europas gewonnen“ hat.

Die bisherige Analyse des Olympiaparks bezieht sich auf den historischen Kontext, auf die Leitideen, architektonische Besonderheiten und gesamtstädtische Auswirkungen. Identitätsstiftende Wirkungen sind für die Modernisierungsleistungen und baulichen Errungenschaften im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen festzuhalten, also mit den Einflüssen auf das Münchener Stadtbild und weniger mit der tatsächlichen Ausrichtung. Fraglos hat die Zeit der Spiele die globale Wahr-

nehmung der Stadt geprägt und neben dem materiellen Aufschwung auch einen symbolischen, mentalen Selbstbewusstseinsgewinn erzeugt. (vgl. Dheus 1972: 18 f.; Hacke 17.05.2009) Dieser ist heute vermutlich eher noch als nostalgische Erinnerung präsent. Eine Wiederbelebung durch den fortschreitenden Bewerbungserfolg für die Olympischen Winterspiele 2018 ist allerdings nicht auszuschließen.

Ausgeklammert wurde bisher die Geiselnahme von München vom 5. September 1972 (für eine Chronologie siehe z. B. Kunze 1974a: 32 ff.). Unmittelbare Folgen beziehen sich auf die deutsche und internationale Politik, eine aktuelle Verknüpfung mit dem Olympiapark ist jedoch kaum auszumachen.

Der Olympiapark gilt als ein wichtigstes Zeugnisse der Nachkriegsarchitektur in Deutschland (vgl. Landeshauptstadt München 2008: 29). Das unter Denkmalschutz stehende Ensemble aus Olympiastadion, Olympiahalle, Olympia-Schwimmhalle, Überdachung und Olympia-Turm wird vom Bayerischen Landesdenkmalrat (07.12.2007) sogar als der „einzige Beitrag der Bundesrepublik zur jüngeren Weltarchitektur“ bezeichnet. Neben der architektonischen Anziehungskraft wird der Olympiapark besonders als Ort des Freizeit- und Sportvergnügens sowie der Erholung wahrgenommen (vgl. Dheus 1972: 189; Olympiapark München GmbH o.J.; Landeshauptstadt München o.J.). Darüber hinaus hat er sich als Tourismus- und Veranstaltungsmagnet etabliert. Seit 1972 zählte der Olympiapark rund 170 Millionen Besucher, 96 Millionen davon bei insgesamt 10 000 Veranstaltungen und weitere 74 Millionen als Besucher der Tourismus- und Freizeiteinrichtungen (vgl. Landeshauptstadt München 2008: 25). Nicht mitgezählt sind die täglichen Spaziergänger und Jogger (vgl. Olympiapark München GmbH o.J.). Anzumerken ist, dass außer Konzerten, Events und Messen die bis 2005 im Olympiastadion ausgetragenen Heimspiele des FC Bayern München und zeitweise des TSV 1860 München für Besucherströme sorgten, im Jahr 2000 z. B. allein 1,95 Millionen Fußballfans (vgl. Issig 03.02.2002). Zusätzlich ist sicherlich ein erhöhtes Identifikationspotential in der langjährigen Verbindung mit dem FC Bayern München sowie



der resultierenden medialen Präsenz auszumachen (vgl. auch Landeshauptstadt München 2008: 29).

Der Olympiapark ist zu einem Wahrzeichen von München geworden, als lokales Naherholungs- und Freizeitgebiet und überregionale Touristenattraktion und Veranstaltungszentrum. Durch die Einbeziehung der nacholympischen Nutzung in die Planung mit den Schwerpunkten Sport, Kultur und Freizeit ist der Park zu einem wichtigen städtischen Aufenthaltsort geworden. Von besonderer Bedeutung sind dabei ebenso die mit dem Olympiapark verbundenen Erinnerungen wie die historisch gewachsenen Kompetenzen. Eine etwas gesonderte Stellung in der Bewertung des Olympiaparks nimmt das Olympische Dorf ein, das kein breites Publikum adressiert, als Wohnstandort allerdings sehr beliebt ist (vgl. Landeshauptstadt München 2008: 19).

Im Zusammenhang mit aktuellen und zukünftigen Entwicklungen abzuschätzen, inwieweit das „Wahrzeichen in Gefahr?“ ist, wie Knapp am 19.11.2007 in der Süddeutschen Zeitung fragte oder gestärkt wird, ist nur schwerlich möglich. Der Olympiapark wird durch die „Olympiapark München GmbH“ betrieben, die allerdings ein jährliches Umsatzdefizit von 10 Millionen Euro aufweist und dementsprechend nach zusätzlichen Einnahmequellen sucht. Neben dem Ausbau der Olympiahalle, der Umwidmung des Olympia-Radstadions als Event-Arena und dem Bau des Sea Life Centre bestehen Planungen zur Umwandlungen des Leichtathletik-Stadions in eine Gesundheitszentrum, der Überbauung von Teilen der Grünflächen zur Errichtung von Hotels und Parkhäusern. Zusätzlich anzuführen sind die BMW-Welt, ein auf einem angrenzenden Areal entstandener Zuschauermagnet und im Falle des Zuschlags für die Olympischen Winterspiele 2018 vorgesehenen Umbauten (vgl. Landeshauptstadt München 2008: 31 ff.; Fischer-Horns 06.12.2007; Taffertshofer 04.05.2006; Knapp 19.11.2007).

## 7.24 Hansaviertel Berlin

Das Hansaviertel liegt im Berliner Verwaltungsbezirk Mitte am mittleren Spreebogen und grenzt an den Tiergarten an (vgl. Dolff-Bonekämper/Schmidt 1999: 8). Der Ortsteil ist in einen nördlichen und südli-

Abbildung 21  
Briefmarke der Deutschen Bundespost  
zur Interbau 1957



Quelle: gemeinfrei

chen Teil gegliedert (vgl. Dolff-Bonekämper/Schmidt 1999: 8). Im Folgenden behandelt wird allerdings nur der südliche Teil – auch allein stehend oftmals als Hansaviertel bezeichnet –, der das anlässlich der internationalen Bauausstellung 1957 (Interbau) errichtete Musterprojekt modernen Städtebaus und Architektur umfasst (vgl. Stöbe/Krauss 2008: 7).

Der ursprüngliche Gebäudebestand des alten Hansaviertels, ein Idealbild der großstädtisch verdichteten Urbanität gehobenen Standards (vgl. Dolff-Bonekämper/Schmidt 1999: 8), wurde bei Bombardements mit Phosphorbomben in den Nächten des 22. und 23. Novembers 1943 zu mehr als 75 Prozent zerstört (vgl. Dolff-Bonekämper/Schmidt 1999: 10).

Unter Hans Scharoun, dem ersten Nachkriegsbaurat von Berlin, wurde der Wiederaufbau der Stadt eingeläutet, „der die Megalomanie der nationalsozialistischen Hauptstadt-Projekte ebenso hinter sich lassen sollte wie die viel geschmähte Mietskasernenstadt des 19. Jahrhunderts.“ (Dolff-Bonekämper/Schmidt 1999: 11) Im Zusammenhang mit dem Berliner „Kollektivplan“ von 1946 wurde dabei die Abkehr von städtebaulichen Grundmustern wie der Blockrandbebauung mit Hinterhöfen, einer starken Verdichtung und hohen Belegungsdichte deutlich (vgl. Schulz/Schulz 2007: 22). Stattdessen wurde die Gliederung, Auflockerung und Durchgrünung des Städtischen im Sinne einer „Stadtlandschaft“ angestrebt (vgl. Dolff-Bonekämper/Schmidt 1999: 13).

Der Bruch mit den Planungstraditionen für einen radikalen Neubeginn diente zum einen der Abkehr von der nationalsozialistischen Formensprache und Symbolik und zum anderen als Gegenstück zu der sozialistischen Planungskultur – bspw. den „Sechzehn Grundsätzen zum Städtebau“ – der neu entstandenen DDR (vgl. Bodenschatz 2007: 7; Dolff-Bonekämper/Schmidt 1999: 12). In der Rivalität eine besondere Bedeutung erfuhr das Hansaviertel als Aushängeschild oder Demonstrationsvorhaben westlicher Planungsideologie gegenüber der 1953 im Ostteil der Stadt entstandenen Stalinallee (heutige Karl-Marx-Allee) mit den dortigen „Wohnpalästen“ des Arbeiter-und-Bauern-Staates (vgl. Dolff-Bonekämper/Schmidt 1999: 15; Schulz/Schulz 2007: 9, 12).

Das Hansaviertel wurde dabei als Idealort für den Wiederaufbau eines innenstadtnahen Viertels entsprechend der neuen Leitbilder gesehen. „Das Hansaviertel bot die idealen Voraussetzungen für die Umwandlung in eine Stadtlandschaft: Es liegt zwischen Park und Fluss, also zwei ‚natürlichen‘ stadtopographischen Elementen, die scharfen Kanten der gründerzeitlichen Bebauung waren durch das Bombardement beseitigt, die Grenzen zwischen Natur- und Siedlungsraum verschwommen. Die wenigen unzerstörten Häuser sollten nach dem Willen der Auslober [eines initiierten städtebaulichen Wettbewerbes, Anmerkungen des Verfassers] vernachlässigt werden, ihr Abriss war beschlossene Sache. Nichts sollte der neuen stadtbaukünstlichen Modellierung im Wege stehen.“ (Dolff-Bonekämper/Schmidt 1999: 15).

Der prämierte Entwurf des Teams Jobst, Kreuzer und Schließer gewann im Jahr 1953 den Wettbewerb zur Neugestaltung des Hansaviertels (vgl. Dolff-Bonekämper/Schmidt 1999: 15). Durch die Einbindung der Planungen in eine internationale Bauausstellung wurde der Entwurf jedoch nie realisiert, sondern vielfach überarbeitet und verlor so die ursprüngliche Formensprache (vgl. Dolff-Bonekämper/Schmidt 1999: 21). Er zeichnete sich durch eine ungeordnete Anordnung der Baukörper ohne Parallelenbildungen und rechte Winkel aus. Bemerkenswert ist allerdings die Stilisierung als Antwort auf die Stalinallee mit

ihren „diktatorisch ausgerichteten Bauten“ (Dolff-Bonekämper/Schmidt 1999: 16 f.). Entgegen der durch „Geschlossenheit, Symmetrie und Axialität“ (Dolff-Bonekämper/Schmidt 1999: 17) gekennzeichneten sozialistischen Architektur der DDR verkörperte der Wettbewerbsbeitrag von Jobst, Kreuzer und Schließer die Programmatiken der klassischen Moderne: Freiheit, Vielfalt und Fortschritt (vgl. Dolff-Bonekämper/Schmidt 1999: 17).

Die Extravaganz des beim städtebaulichen Wettbewerb prämierten Entwurfs stellte durch die Anordnung der Gebäudkörper und die Beschränkung auf wenige Bautypen keine geeignete Grundlage für die internationale Bauausstellung dar. Mehrfach überarbeitet war die nicht rechtwinklige Gebäudeordnung einer orthogonalen Anordnung gewichen. Als dominierende städtebauliche Figur, die das Areal von Norden nach Süden durchläuft, wurde eine Achse zueinander versetzter Scheibenhochhäuser etabliert. (vgl. Dolff-Bonekämper/Schmidt 1999: 32 f.) Die fließende Verflechtung des Hansaviertels mit dem angrenzenden Tiergarten nährt dabei das Bild einer Stadtlandschaft (Stöbe/Krauss 2008: 8; Schulz/Schulz 2007: 19). So wurde auch innerhalb der Siedlung ein Augenmerk auf den Gewinn von Freiräumen trotz der hohen Bewohnerdichte gelegt. Entgegen dem Verhältnis von bebauter zu unbebauter Fläche von 1: 1,5 bei der alten Bebauung wies das „neue“ Hansaviertel ein Verhältnis von 1: 5,5 auf (vgl. Schulz/Lingenauber 2007: 29). Die gewonnenen Freiflächen waren als gemeinschaftliche Flächen für die Bewohnerschaft konzipiert und in Schmuckbereiche, Spielbereiche und Erholungsbereiche untergliedert (vgl. Schulz/Schulz 2007: 19).

Mit der Ausrichtung der Interbau im Jahr 1957 wurde die Neudefinition städtischer Strukturen am Beispiel des Hansaviertels der Öffentlichkeit präsentiert, mit dem Ziel, gesellschaftliche Diskussions- und Modernisierungsprozesse zu initiieren. Themenfelder waren „Stadt und Mensch, Stadt und Landschaft, Stadt und Verkehr sowie Stadt und Gesundheit“ (Schulz/Schulz 2007: 23). Unübersehbar ist der Bezug zur Charta von Athen, durch die Propagierung der Funktionstrennung von Wohnen, Arbeiten, Erholung und Verkehr, und somit das Han-

saviertel trotz – oder gerade wegen – der innerstädtischen Lage als durchgrüntes Quartier des modernen Wohnens zu installieren (vgl. Dolff-Bonekämper/Schmidt 1999: 38). Weitere Beispiele der angestrebten gesellschaftlichen Modernisierung sind am Wohnverhalten und bei der Einrichtung festzumachen. Einige Wohnungen waren zur Interbau mit Mustereinrichtungen ausgestattet, außerdem waren die Grundrisse der Wohnungen bei Bedarf an veränderte Anforderungen anzupassen, eine weitere Befreiung von Traditionen und Zeichen des Fortschritts (vgl. Hoff 2007: 18; Dolff-Bonekämper 2007: 207 f.). In dieses Bild passt auch der Einsatz neuer Baumaterialien und Konstruktions-techniken (vgl. Arndt 2007; Kötter/ Pieper/Schulz 2007: 40).

Das Hansaviertel lässt unterschiedliche Dimensionen der Bedeutungsbeladung erkennen, die, obwohl nicht immer unkritisch, das „Gesamtwerk“ Hansaviertel formen bzw. zu seiner gesellschaftlichen Wahrnehmung beitragen.

Ein konkreter Vorwurf bezog sich auf den Umgang mit der Vorgeschichte des Hansaviertels, das vor dem Zweiten Weltkrieg eine große Anzahl jüdischer Mieter und Hauseigentümer aufwies. Dolff-Bonekämper und Schmidt (1999: 24) führen dazu ergänzend aus: „Aus heutiger Sicht ist es befremdlich, wie wenig sich die Organisatoren und die Mitwirkenden der Interbau um die Vorgeschichte des von ihnen bearbeiteten Areals kümmerten. So hätte es, anlässlich einer Ortsbegehung, nur eines kurzen Abstechers auf die andere Seite der Spree bedurft, um der schwer kriegsbeschädigten Synagoge in der Levetzowstraße ansichtig zu werden. Sie hatte [...] als Sammelstation und Zentrale für die Deportation gedient. [...] Pierre Vago, einer der Architekten der Interbau, berichtet, dass damals keiner der Kollegen die Synagoge gesehen oder die Geschichte erfahren habe.“

Auch die Auswahl der Architekten, die jeweils zu einem Drittel aus Berlin, Westdeutschland und dem westlichen Ausland stammten, wurde kontrovers diskutiert, allerdings aus zweierlei Gründen (vgl. Dolff-Bonekämper/Schmidt 1999: 24 ff.): erstens wegen der – wenn auch nicht als NS-Funktionäre oder bekennender Nationalsozia-

listen – vollzogene Berufsausübung einzelner Architekten während des Zweiten Weltkrieges und zweitens wegen der generellen Wahl der Architekten. Die Vielzahl der beteiligten prominenten Architekten aus dem In- und Ausland waren bereits in fortgeschrittenem Alter und stand für das Gedankengut und die Ideale der Charta von Athen, die von Gegenströmungen als veraltet und überholt angesehen wurde (vgl. Stöbe/Krauss 2008: 12). Durch den politischen Willen, das Hansaviertel als Sinnbild für Aufstieg und Bedeutung des Westens zu etablieren – was mit dem Prestige und der fraglosen Qualität der Einzelbauten von z. B. Le Corbusier, Alvar Aalto und Walter Gropius gelang – wurden diese Gegenstimmen allerdings ignoriert (vgl. Stöbe/Krauss 2008: 8).

Weitere Kritik bezog sich auf die fehlende Geschlossenheit und Abstimmung der Gesamtkonzeption und der einzelnen Gebäude (vgl. Stöbe/Krauss 2008: 8). Für Gegenstimmen sorgten auch die hohen Kosten, verursacht durch den Abriss der alten Bausubstanz, die notwendige Verlegung der Infrastruktur, die Kosten für den Kauf der Grundstücke zwecks Neuparzellierung und die Errichtungskosten der Gebäude. Die ursprüngliche Vorstellung der Realisierung im Rahmen des sozialen Wohnungsbaues war durch Baukosten, die pro Quadratmeter 73 Prozent über den Baukosten vergleichbarer Gebäude lagen, unmöglich geworden (vgl. Schulz/Schulz 2007: 30). Nur mit Landesdarlehn, die der Subventionierung dienten, konnten die Mietkosten auf das Niveau des sozialen Wohnungsbaues gesenkt werden (vgl. Schulz/Schulz 2007: 30).

In der historischen Dimension bildet das Hansaviertel gleichwohl ein politisches Dokument im Kontext der innerdeutschen Teilung, als „Markstein in der von Bau- und Gegenbau geprägten historischen Topographie Gesamtberlins“ (Dolff-Bonekämper/Schmidt 1999: 198), aber auch als ein gesellschaftliches Modernisierungsversprechen entsprechend dem Motto der Interbau „Stadt von morgen“, als Symbol von Freiheit, Demokratie und sozialen Mobilität (vgl. Otto 1957: 35 f.; Makropoulos 2008: 117 ff.; Sewing 2008: 85).

„Die politischen Botschaften der Interbau – Westberlin ist als politische und wirt-

schaftliche Einheit lebensfähig, wird von der westlichen Welt gestützt und befindet sich im Aufbruch in die internationale Nachkriegsmoderne – wirkten zugleich nach innen und nach außen: Der Stalinallee im Osten der Stadt war nun ein technisch und künstlerisch mehr als ebenbürtiges Aufbauprojekt entgegengestellt, und dem westlichen Ausland wurde die Rückkehr Deutschlands unter die der Moderne verpflichteten zivilisierten Kulturnationen demonstriert. Die Deutschen ihrerseits konnten während und nach der Ausstellung, wenn sie das Hansaviertel besuchten, erfahren, dass sich ihnen, nach einer Zeit des Misstrauens und der Distanziertheit, die Welt wieder zugewandt hatte.“ (Dolff-Bonekämper/Schmidt 1999: 40 f.)

Vor dem Hintergrund der starken Zerstörung der Berliner Innenstadt wird zudem das städtebauliche, architektonische und gesellschaftliche Erneuerungsversprechen deutlich: Das Hansaviertel war nach Fertigstellung das modernste Stadtviertel der Stadt (vgl. Stöbe/Krauss 2008: 11).

Aus heutiger Perspektive ist das Hansaviertel ein weltbekanntes Beispiel der städtebaulichen und architektonischen Gestaltung der 1950er Jahre und für zentrumsnahes Wohnen im Grünen (vgl. Schulz/Schulz 2007: 9). Zugleich ist es Anziehungspunkt für Architekturinteressierte aus aller Welt (vgl. Bodenschatz 2007: 7; Stöbe/Krauss 2008: 7), auch bezeichnet als „Ikone der Nachkriegsmoderne“ (Schulz/Schulz 2007: 9) oder „Nachkriegserbe“ (Haspel 2007: 9). Seit 1995 ist das Gesamtensemble aus Gebäudebestand und Freiflächen als „Denkmal der Architektur- und Städtebaugeschichte und der Gartenkunst“ zudem unter Denkmalschutz gestellt (vgl. Dolff-Bonekämper/Schmidt 1999: 199).

In diesem Kontext ist noch kurz auf die „Systemkontroverse“ (Stöbe/Krauss 2008: 14) von demokratischem Westen und sozialistischem Osten, von Hansaviertel und Stalinallee hinzuweisen, steht ersteres für eine Stadtlandschaft als (bedeutendes) Erbe vergangener Städtebautraditionen, ist letzteres als Stück dichter, urbaner Stadt anzuführen (vgl. Stöbe/Krauss 2008: 14).

Auch wenn eine Rückbesinnung auf historische Stadtgrundrisse, kleinere Maßstäbe und geschlossene Baufiguren erfolgt ist, das Hansaviertel wird als ein hochwertiges

Beispiel der aufgelockerten, gegliederten, durchgrünten Stadt nicht zuletzt von den Bewohnern geschätzt und erfreut sich ganz im Unterschied zu manchen anderen Hochhaussiedlungen der Nachkriegsmoderne hoher Attraktivität (vgl. Dolff-Bonekämper/Schmidt 1999: 198). Die Kritik an den städtebaulichen Merkmalen der Nachkriegsmoderne – Weiträumigkeit, überholt und nicht urban, puristisch und unbeweglich – wird jedoch teilweise auch auf das Hansaviertel bezogen (vgl. Stöbe/Krauss 2008: 14; Dolff-Bonekämper/Schmidt 1999: 198). Trotzdem ist als Wohnort nach wie vor gefragt, jedoch eher bei der Kernerschaft und weniger bei jungen Familien, und weist kaum Leerstand auf (vgl. Sewing 2008: 83; Haspel 2007: 12). Neben einem Generationenwechsel, der oftmals die Erstbezieher umfasst und die Bewohnerstruktur aktuell beeinflusst, hat sich das Hansaviertel als „zentraler Standort für Seniorenhaushalte“ (Haspel 2007: 12) etabliert. Zusätzlicher Wohnraumbedarf besteht ferner für Single- und Paarhaushalte.

Gleichzeitig anzumerken ist das Auftauchen von Nachverdichtungsplänen, die z.B. die Schaffung einer Straßenkannte entlang der Altonaer Straße vorsahen (Planwerk Innenstadt der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie aus dem Jahr 1996), jedoch nicht weiter verfolgt wurden (vgl. Dolff-Bonekämper/Schmidt 1999: 199). Grundsätzlich erfährt das Hansaviertel nicht nur Zustimmung, als Musterbeispiel von Städtebau und Architektur der Nachkriegsmoderne, Kennzeichen des deutschen Aufschwunges oder als kulturell und sozial intaktes Wohnviertel (vgl. Haspel 2007: 9 ff.), sondern auch viele Gegenstimmen, zusätzlich gefördert durch die prominente Lage im Stadtgefüge, die Großflächigkeit der Freiräume und das Bestreben neuen Wohnraum in der Berliner Mitte zu schaffen.

Eine prägnante Einschätzung zur heutigen Situation des Hansaviertels liefert Dolff-Bonekämper (2007: 209): „Das große Glücksversprechen von damals, erfüllt oder unerfüllt, ist inzwischen historisch geworden, das kleinere Glück der Bewohner und Besucher des Hansaviertels ist un-

vermindert gegenwärtig und wird Bestand haben.“

### 7.25 Schlussfolgerungen

Aus der umfänglichen Betrachtung unterschiedlicher Typen identitätsstiftender moderner Architektur lässt sich ableiten, dass ein breites Reservoir zur Verfügung steht, das ggf. über den Instrumentenkasten der Baukultur stärker in den Mittelpunkt gerückt werden könnte. Vergegenwärtigt man sich die Hintergründe für die identitätsstiftende Funktion, so wird deutlich, dass es häufig um einen irgendwie gearteten besonderen Bedeutungsgehalt geht. Er kann Stolz auf die baulichen Errungenschaften auslösen, Staunen ob der Leistungsfähigkeit und des Einfallsreichtums von Architektur und Architekten, Orientierung in einer Stadt mit vielfach ähnlichen Gebäudetypen, stille Bewunderung ob der Kühnheit oder der Unkonventionalität des Entwurfs, Erinnerung an eine andere Epoche oder besondere Ereignisse. Der „Wow-Effekt“ von „Starchitecture“ mag ebenfalls eine große Rolle spielen, gerade, wenn der medialen Vermittlung eine große Bedeutung bei der Rezeption von Architektur zukommt.

Die genannten Gebäude können mithin eine wesentliche Bereicherung für die Architektur einer Stadt darstellen und als solche wahrgenommen werden. Sie in den Kontext der Produkte von Baukultur zu stellen, trägt dazu bei, die Vielschichtigkeit der baugeschichtlichen Spuren aus unterschiedlichsten Epochen zu verdeutlichen und ein konventionelles Bild zu überwinden, das sich darauf beschränkt, in jeder Stadt nach dem historischsten Winkel zu schießen. Damit mag sich das Verlangen nach Rekonstruktion der vermeintlich bedeutendsten, wenngleich verlorenen, baugeschichtlichen Zeugnisse relativieren. Wo

es allerdings nicht gelingt, derartige Anker für eine Vermittlung epochenübergreifender baukultureller Zeugnisschichten aufzufinden, mag die Suche nach historischer Identitätsstiftung ein nahe liegender Weg für Teile der Bevölkerung sein, vergangene Größe zurückzuträumen. Dabei wird es angesichts der Unangefochtenheit der Faszination weiter Teile der Bevölkerung für historisch-intakte Stadtkerne schwer fallen, angemessenen Ersatz in vermeintlich „hässlichen“ Städten ohne substanziellen historischen Kern in wenigen zeitgenössischen Bauten zu finden. Es mag allerdings im Zusammenspiel mit einem konsequent nachmodern ausgerichteten städtebaulichen Denken, das auf kontextuelles Bauen, Stadtreparatur, traditionelle Platz- und Straßensysteme, Kleinteiligkeit und differenzierte Materialität von Fassaden setzt, gelingen, dem Wunsch nach Rekonstruktion einen anderen städtebaulichen Beitrag zu einer lebenswerten Stadt entgegenzusetzen.

Im Einzelfall wird dann vielleicht immer noch – ohne dass die Kulturgeschichte wesentlichen Schaden nimmt – ein Wiederaufbauvorhaben durchgesetzt werden: „Verstehen Sie mich recht, in der Praxis wird die Denkmalkopie immer die seltene Ausnahme bleiben, aber das Pathos, welches sie als schlechthin unwahrhaftig ablehnt, klingt heute hohler und musealer als 1950. Reproduzierbarkeit jagt uns keinen Schauer mehr ein.“ (Sauerländer 1975) Die wesentliche Strategie zur Stiftung von Identität wird dennoch im obigen Sinne in einer reflektierten städtebaulichen „Arbeit“ an der Stadtgestalt liegen, die sich stärker auf die Weiterentwicklung der Struktur konzentriert und besondere Aufmerksamkeit auf die Chancen legt, die in öffentlichen Bauten mit herausragender Bedeutung für die jeweilige Stadt liegen.

## 8 Literatur und Quellen

### Literatur

- Abels, Heinz (2006): Identität. Über die Entstehung des Gedankens, dass der Mensch ein Individuum ist, den nicht leicht zu verwirklichenden Anspruch auf Individualität und die Tatsache, dass Identität in Zeiten der Individualisierung von der Hand in den Mund lebt. Wiesbaden.
- Alheit, Peter (1995): Aufbruch in die Erlebniskultur? Kritische Überlegungen zur zeitgenössischen Kultursoziologie. In: Das Argument, Heft 208, 1995. S. 91–104.
- Althaus, Paul (1958): Die christliche Wahrheit. Lehrbuch zur Dogmatik. Gütersloh.
- Altrock, Uwe (2003): Die unendliche Geschichte vom Bau des Berliner Stadtschlusses im Licht der Großprojektforschung. In: Uwe Altrock/Simon Güntner/Sandra Huning/Deike Peters (Hrsg.): Megaprojekte und Stadtentwicklung. Berlin
- Altrock, Uwe (2005). Kult des öffentlichen Raums. In: Bodenschatz, Harald (2005) (Hg.): Renaissance der Mitte. Zentrumsumbau in London und Berlin. Berlin: Verlags- haus Braun. S. 349–357.
- Altrock, Uwe (2009): Best-Practice-Beispiele erfolgreicher Gestaltung in schrumpfenden Städten. Vortrag gehalten auf dem Forum Schrottimobilien der Stiftung Schloss Ettersburg in Weimar am 23.10.2009
- Angenendt, Arnold (1994): Heilige und Reliquien. Die Geschichte ihres Kultes vom frühen Christentum bis zur Gegenwart. C.H. Beck: München.
- Architekten- und Ingenieur-Verein zu Berlin e.V. (Hg.) (AIV, 20.1.2009): Berliner Architekten mahnen Nachbesserungen beim Wiederaufbau des Stadtschlusses an – Forderung nach neuer Kalkulation. Pressemitteilung, 20.1.2009; Im Internet: <http://www.aiv-berlin.de> (Zugriff: 11.6.2009).
- Arndt, Nicole (2007): Die Baukonstruktionen der Hochhäuser. In: Landesdenkmalamt Berlin (Hg.): Das Hansaviertel in Berlin. Bedeutung, Rezeption, Sanierung. Beiträge zur Denkmalpflege in Berlin, Band 26. Michael Imhof Verlag: Petersberg, S. 36–39.
- Assmann, Aleida (2006): Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Vergangenheit. München.
- Assmann, Aleida (2007): Der lange Schatten der Vergangenheit: Erinnerungskultur und Geschichtspolitik. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Assmann, Jan (1992): Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen. München: C. H. Beck.
- Azaryahu, Maoz (1991): Von Wilhelmplatz zu Thälmannplatz. Politische Symbole im öffentlichen Leben der DDR. Gerlingen: Bleicher Verlag.
- Baacke, Dieter (1976): Nostalgie. In: Meyers Enzyklopädisches Lexikon. Mannheim: Bibliographisches Institut. S. 447.
- Baisch, Nina (2004): Architekturführer Bodensee. Zeitgenössische Bauten in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Verlag Niggli: Sulgen, Zürich.
- Barth, Hans-Martin (1992): Sehnsucht nach den Heiligen? Verborgene Quellen ökumenischer Spiritualität. Stuttgart.
- Baunetzwoche (05.06.2009): 40 Jahre Berliner Fernsehturm, Nr. 127; Im Internet: <http://www.baunetz.de/baunetzwoche.html> (Zugriff: 20.09.2009).
- Baus, Ursula (2008a): Richtig rekonstruieren. Erhellendes aus Zürich zu einem leidigen Thema. In: Bauwelt. Nr. 7/2008, S. 2.
- Baus, Ursula (2008b): Ärgerliche Architektenschelte. Im Internet: <http://german.magazin-world-architects.com> (Zugriff: 9.6.2009).
- Bausinger, Hermann (1990): Heimat in einer offenen Gesellschaft. Begriffsgeschichte als Problemgeschichte. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.) (1990): Heimat: Analysen, Themen, Perspektiven. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. S. 76 – 90.

- Bayerischen Landesdenkmalrat (07.12.2007): Beschluss zum Erhalt des Olympiageländes in München. Beschluss des Bayerischen Landesdenkmalrates vom 07.12.2007; Im Internet: <http://www.stmwfk.bayern.de> (Zugriff: 24.09.2009).
- Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Suhrkamp: Frankfurt a.M.
- Beck, Ulrich (1994): Risiko Stadt – Architektur in der reflexiven Moderne. In: Schwarz, Ulrich (Hg.) (1994): Risiko Stadt? Perspektiven der Urbanität. Deutscher Architekturtag 1994 Hamburg. S. 32–56.
- Bell, Daniel (1973): The Coming of Post-Industrial Society. New York.
- Benjamin, Walter (2007): Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit. Kommentar von Detlev Schöttker. Frankfurt: Suhrkamp.
- Berndt, Christian/Pütz, Robert (Hg.) (2007): Kulturelle Geographien. Zur Beschäftigung mit Raum und Ort nach dem Cultural Turn. Bielefeld.
- Bingen, Dieter/Hinz, Hans-Martin (Hg.) (2005): Die Schleifung. Zerstörung und Wiederaufbau historischer Bauten in Deutschland und Polen. Harrassowitz Verlag: Wiesbaden.
- Bittner, Regina (Hg.) (2001a): Die Stadt als Event. Zur Konstruktion urbaner Erlebnisräume. Frankfurt: Campus Verlag.
- Bittner, Regina (Hg.) (2001b): Urbane Paradiese. Zur Kulturgeschichte modernen Vergnügens. Frankfurt: Campus Verlag.
- Bodenschatz, Harald (2007): Vorwort. In: Schulz, Stefanie/ Schulz, Carl-Georg (Hg.): Das Hansaviertel. Ikone der Moderne. Verlagshaus Braun: Berlin, S. 7.
- Böhme, Gernot/Stehr, Nico (Hg.) (1986): The Knowledge Society: The Growing Impact of Scientific Knowledge on Social Relations. Berlin.
- Bossle, Lothar (1990): Heimat als Daseinsmacht. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.) (1990): Heimat: Analysen, Themen, Perspektiven. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Bourdieu, Pierre (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt a. M.
- Brandt, Sigrid (2002): „Nachdenken über Denkmalpflege“ Symposium der Projektgruppe „Nachdenken über Denkmalpflege“ im Haus Stichweh, Hannover am 3. November 2001. Rezension; In: [kunsttexte.de](http://kunsttexte.de), 2/2002.
- Braungart, Wolfgang (Hg.) (2002): Kitsch. Faszination und Herausforderung des Banalen und Trivialen. Tübingen: Niemeyer.
- Breuer, Gerda (1998): Déjà Vu – „Künstliche Paradiese“ und postmoderne Themenarchitektur. In: Hennings, Gerd/Müller, Sebastian (Hg.) (1998): Kunstwelten. Künstliche Erlebniswelten und Planung. Dortmunder Beiträge zur Raumplanung Nr. 85. S. 213–234.
- Brinkmann, Ulrich (2008): Identität durch Rekonstruktion? Positionen zum Wiederaufbau. In: *Bauwelt*. Nr. 41/2008, S. 3.
- Brinkmann, Ulrich (2006): Altstadtmanufaktur Neumarkt – Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben in Dresden. In: *Bauwelt*, Heft 47/2006
- Broch, Hermann (1955): Einige Bemerkungen zum Problem des Kitsches. Ein Vortrag. In: Dettmar, Ute/Küpper, Thomas (Hg.) (2007): Kitsch. Texte und Theorien. Stuttgart: Reclam. S. 214–226.
- Bückmann, Esther (2007): Dem Fremden auf der Spur. Postmoderne Identität zwischen Eigenem und Fremden. Marburg.
- Bürgerinitiative Historisches Rathaus Wesel e.V. (Hg.) (2002): Wesel und sein Historisches Rathaus. Der Wunsch nach Wiederkehr. Wesel.
- Bürgerinitiative Historisches Rathaus Wesel e.V. (2008): Historisches Rathaus 1455 Wesel am Rhein. Flugblatt. Ausgabe Oktober 2008. Wesel.
- Bürgerinitiative Historisches Rathaus Wesel e.V. (2009): Internetauftritt der Bürgerinitiative Historisches Rathaus Wesel e.V. Im Internet: <http://www.historisches-rathaus-wesel.de> (Zugriff 9.10.2009)
- Bürgerinitiative zum Wiederaufbau von Universitätskirche und Augusteum in Leipzig e.V. (Hg.) (Paulinerverein 31.1.2006): Pressemitteilung vom 31.1.2006. Abdruck in Koch/Koch 2006: 181.

- Bund der Architekten der DDR; Rat der Stadt Dresden; Technische Universität Dresden (1981): Rekonstruktionsgebiet Neumarkt in Dresden. 3. Internationales Entwurfsseminar in Dresden vom 20.7. bis 12.9.1981
- Bund Deutscher Architekten BDA (2007): Positionen: Das neue Gestern für morgen, download von <http://cms-sachsen.bda-bund.de/aktuelles/positionen.html>, letzter Zugriff 10.10.09
- Bundesministerium für Verkehr, Bauen und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2009): Stadt bauen. Stadt leben. Nationaler Preis für integrierte Stadtentwicklung und Baukultur, Auszug aus dem Preisgerichtsprotokoll, Stand August 2009
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS, Hg.) (2009): Identität durch Rekonstruktion? Positionen zum Wiederaufbau verlorener Bauten und Räume. Dokumentation der Baukulturwerkstatt vom 16. Oktober im Bärensaal des Alten Stadthauses in Berlin. Berlin.
- Burghardt, Johannes (1988): Reformations- und Lutherfeiern. Die Verbürgerlichung der reformatorischen Jubiläumskultur. In: Düring (1988)
- Bystina, Ivan (1985): Kitsch im Kontext der Kultur. In: Pross, Harry (Hg.) (1985): Kitsch. Soziale und politische Aspekte einer Geschmacksfrage. München: List. S. 11–18.
- Campenhausen, Hans (1957): Die Bilderfrage in der Reformation. In: ZKG 68. S. 96–128.
- Canovan, Margret (1981): Populism. London.
- Charta von Burra (1979): Charta von ICOMOS Australien über den denkmalpflegerischen Umgang mit Objekten von kultureller Bedeutung. Übersetzung in: Schmidt, Leo (2008): Einführung in die Denkmalpflege. WGB (Wissenschaftliche Buchgesellschaft), Darmstadt, 2008. ISBN 978-3-534-20119-8.
- Charta von Venedig (1964): Internationale Charta über die Konservierung und Restaurierung von Denkmälern und Ensembles, Venedig, 1964.
- Stadtverband Leipzig der Christlich Demokratischen Union (Hg.) (CDU Leipzig 14.1.2002): CDU Leipzig für Wiedererrichtung der Universitätskirche. Presseerklärung.
- Christensen, Carl (1979): Art and the Reformation in Germany. Ohio.
- Christmann, Gabriela B. (2003): Städtische Identität als kommunikative Konstruktion. Theoretische Überlegungen und empirische Analysen am Beispiel von Dresden. Reihe Soziologie des IHS Wien.
- Corsten, Michael/Kaupfert, Michael/Rosa, Hartmut (2008): Quellen bürgerschaftlichen Engagements. Die biographische Entwicklung von Wir-Sinn und fokussierten Motiven. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Cremer, Will/Klein, Ansgar (1990): Heimat in der Moderne. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.) (1990): Heimat: Analysen, Themen, Perspektiven. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. S. 33–55.
- Creutz, Gerhard (2006): Vorwort. In: Moderne kontra Retro-Architektur – aktuelle Tendenzen im Wohnungsbau. 9. Bad Vilbeler Gespräch/14. Hessischer Architektentag am 20. Juni 2006. S. 4–8.
- de Bruyn, Gerd (2003): Populismus. In: Deutsche Bauzeitung, 1.2.2003; Im Internet: [http://www.bauzeitung.de/files/db\\_essays/0302\\_essay\\_populismus.pdf](http://www.bauzeitung.de/files/db_essays/0302_essay_populismus.pdf) (Zugriff: 19.8.2009)
- Decker, Frank (2006): Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven. In: Ders. (Hg.) (2006): Populismus in Europa. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 547. VS Verlag: Wiesbaden. S. 9–32.
- Delehay, Hippolyte (1930): Loca sanctorum. In: AnBoll 48. S. 5–64.
- Delitz, Heike. 2006. „Die Architektur der Gesellschaft – Architektur und Architekturtheorie im Blick der Soziologie.“ Wolkenkuckucksheim – Cloud-Cuckoo-Land – Vozdushnyi zamok. Internationale Zeitschrift zur Theorie der Architektur 10. Jg., Heft 1, S.
- Der Spiegel (1973): Jene Sehnsucht nach den alten Tagen... Ausgabe 5/1973 vom 29.1.1973.
- Dettmar, Ute/Küpper, Thomas (Hg.) (2007): Kitsch. Texte und Theorien. Stuttgart: Reclam.



- Deutsche Bauakademie (Hrsg.) (1965): Städtebau und Architektur in der Periode des Perspektivplanes bis 1970. 13. Plenartagung, 29./30. Oktober 1964, Berlin. Deutsche Bauinformation: Berlin (zitiert nach Müller 1999).
- Dheus, Egon (1972): Die Olympiastadt München – Entwicklung und Struktur. Verlag W. Kohlhammer und Deutscher Gemeindeverlag GmbH: Stuttgart.
- Ditt, Karl (1990): Die deutsche Heimatbewegung 1871 – 1945. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.) (1990): Heimat: Analysen, Themen, Perspektiven. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Dolff-Bonekämper, Gabi (2007): Experimentierfeld Hansaviertel – ein Schlusswort. In: Landesdenkmalamt Berlin (Hg.): Das Hansaviertel in Berlin. Bedeutung, Rezeption, Sanierung. Beiträge zur Denkmalpflege in Berlin, Band 26. Michael Imhof Verlag: Petersberg, S. 206–209.
- Dolff-Bonekämper, Gabi/ Schmidt, Franziska (1999): Das Hansaviertel. Internationale Nachkriegsmoderne in Berlin. Verlag Bauwesen: Berlin.
- Donath, Matthias (2006): Denkmalpflege und Ästhetik. Rückblick auf Tagung und Diskussion. In: [kunsttexte.de](http://kunsttexte.de), 2/2006.
- Donath, Matthias (2006): Der Dresdner Neumarkt – Ein Platz kehrt zurück. Dresden
- Dörner, Andreas/Vogt, Ludgera (2008): Das Geflecht aktiver Bürger. „Kohlen – eine Stadtstudie zur Zivilgesellschaft im Ruhrgebiet. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Düding, Dieter et al. (Hg.) (1988): Öffentliche Festkultur. Politische Feste in Deutschland von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg. Hamburg.
- Ebert, Ralf (2007): Kultur(wirtschaft), Tourismus und Innenstadtentwicklung in Dresden. In: Raumplanung 131, April 2007. S. 74–78
- Eckert, Martin (2007): Berliner Identität – der Fernsehturm am Alexanderplatz. In: Materialien zur Stadtentwicklung, H. 9, Jg. 9, Nr. 1, S. 11–37. Im Internet: <http://www.ispa-ev.de/> (Zugriff: 03.10.2009).
- Eliade, Mircea (1954): Die Religionen und das Heilige der Religionsgeschichte. Salzburg.
- Elias, Norbert (2003): Kitschstil und Kitschzeitalter. Mit einem Nachwort von Hermann Korte. Berlin et. al.: Lit Verlag.
- Ellrich, Hartmut (2008): Das Berliner Schloss. Geschichte und Wiederaufbau. Petersberg 2008
- Englert, Kerstin/ Tietz, Jürgen (Hrsg.) (2004): Botschaften in Berlin. Gebr. Mann Verlag: Berlin.
- Engmann, Birk (2008): Der große Wurf. Vom schwierigen Weg zur neuen Leipziger Universität. Beucha: Sax-Verlag.
- Erb, Jörg (1962): Die Wolke der Zeugen. Lehrbuch zu einem evangelischen Namenkalender. Bd. 1. Kassel.
- Erret, Günter (2003), Die heutige Bedeutung und Anziehungskraft des Reliquienkultes als Ort der Wiederbelebung klassischer katholischer Heiligenverehrung. Eichstätt. Im Internet: [http://www.pfarrer.at/reliquien\\_buchenhuell.pdf](http://www.pfarrer.at/reliquien_buchenhuell.pdf) (Zugriff 9.9.2009)
- Faulenbach, Bernd (2003): Mehr Demokratie „wagen“ aus sozialdemokratischer Sicht. In: Faulenbach, Bernd/Eckert, Rainer (Hg.) (2003): Auf dem Weg zur Zivilgesellschaft. Mythos und Realität der 60er und 70er Jahre in Ost und West. Essen: Klartext Verlag. S. 53–61.
- Feichtlbauer, Hubert (2005): Neuer Papst – Hoffnung für wen? Wien.
- Fichtenau, Heinrich (1952): Zum Reliquienwesen im früheren Mittelalter. In: *MIÖG* 60. S. 60–89.
- Fischer, Friedhelm (2009): How German is it? An Essay in Epistemological Eclecticism. In: Knieling, Jörg/Othengrafen, Frank: Planning Cultures in Europe. Decoding cultural Phenomena. Farnham/Burlington. S.65–94.
- Fischer, Volker (1980): Nostalgie. Geschichte und Kultur als Trödelmarkt. Luzern/Frankfurt a. M.: Bucher.
- Fischer-Horns, Veronika (06.12.2007): Der Münchner Olympiapark – Baugrund für Wellnessklinik, Hotel, Eventhalle und Parkhochhäuser? In: Die Deutsche Gesellschaft für Gartenkunst und Landschaftskultur e.V., Landesverein Bayern Süd e.V. (06.12.2007): Der Münchener Olympiapark. Das grüne Blog; Im Internet: <http://www.dggl.net> (Zugriff: 24.09.2009).

- Flierl, Bruno (1984): *Architektur und Kunst. Texte 1964–1983*. VEB Verlag der Kunst: Dresden (zitiert nach Müller 1999).
- Fortuyn, Pim (2002): *Oe Verweesde Samenleving*. Karakter Uitgevers: Rotterdam.
- Foucault, Michel (2002): *Dits et Ecrits. Schriften/Zweiter Band*. Herausgegeben von Daniel Defert und François Ewald unter Mitarbeit von Jacques Lagrange. Frankfurt: Suhrkamp.
- Franck, Georg (2001): *Medienästhetik und Unterhaltungsarchitektur*. In: Bittner, Regina (Hg.) (2001b): *Urbane Paradiese. Zur Kulturgeschichte modernen Vergnügens*. Frankfurt: Campus Verlag. S. 221–231.
- Frank, Susanne/Roth, Silke (2000): *Die Säulen der Stadt. Festivalisierung, Partizipation und lokale Identität am Beispiel des Events „Weimar 2000“*. In: Gebhardt, Winfried/Hitzler, Ronald/Pfadenhauer, Michaela (Hg.) (2000): *Events. Soziologie des Außergewöhnlichen*. Opladen: Leske und Budrich. S. 203–221.
- Frank, Thomas (2001): *Das falsche Versprechen der New Economy. Wider die neoliberale Schönfärberei*. Campus Verlag: Frankfurt am Main.
- Franken, Antonius (1985): *Städtebau in Wesel nach 1945. Wandel der Planungsideen; dargestellt am Beispiel der Altstadt Wesels*. In: *Wesel: Beitrag zur Stadtgeschichte*. Stadtarchiv, Wesel, 1985. S. 143–19.
- Freistaat Sachsen (Hg.) (2001): *Auslobung für einen einstufigen, EU-offenen Realisierungswettbewerb in zwei Phasen zur Neu- und Umgestaltung des innenstädtischen Universitätskomplexes am Augustusplatz der Universität Leipzig*. August 2001. Dresden.
- Freistaat Sachsen (Hg.) (2003): *Qualifizierungsverfahren zum Bereich ehemaliger Standort Paulinerkirche für die Neubebauung mit einer Aula/Kirche*. Oktober 2003.
- Frey, Manuel (1998): *Die Moral des Schenkens. Zum Bedeutungswandel des Begriffs „Mäzen“ in der Bürgerlichen Gesellschaft*. In: Gaetgens, Thomas W./Schieder, Martin (Hg.) (1998): *Mäzenatisches Handeln. Studien zur Kultur des Bürgersinns in der Gesellschaft*. Festschrift für Günter Braun zum 70. Geburtstag. Fannei & Walz: Berlin.
- Friedrich, Jan (2002): *Leipzig: Neugestaltung des Universitätskomplexes am Augustusplatz*. In: *Stadtbauwelt* Nr. 24/2002, S. 12.
- Friedrich, Jörg (2002): *Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940–1945*, München.
- Friedrich, Jörg (2003): *Brandstätten. Der Anblick des Bombenkriegs*, München.
- Fuchs, Max (2003): *Kulturpolitik in Zeiten der Globalisierung*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (B 12/2003).
- Funke, Harald/Schroer, Markus (1998): *Lebensstilökonomie. Von der Balance zwischen objektivem Zwang und objektiver Wahl*. In: Hillebrandt, Frank/Kneer, Georg/Kraemer, Klaus (Hg.) (1998): *Verlust der Sicherheit? Lebensstile zwischen Multioptionalität und Knappheit*. S. 219–244. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gamm, Gerhard (2002): *Im Zeitalter technischer Reproduzierbarkeit. Zur Grammatik menschlicher Würde*. In: Schweppenhäuser, Gerhard/Gleiter, Jörg H. (Hg.): *Rückblick auf die Postmoderne. Philosophische Diskurse 5. Bauhaus-Universität Weimar – Universitätsverlag*.
- Gauger, Jörg-Dieter (2003): *Vom öffentlichen Gebrauch der Geschichte*. In: Aretz, Jürgen/Buchstab, Günter/Gauger, Jörg-Dieter (Hg.) (2003): *Geschichtsbilder. Weichenstellungen deutscher Geschichte nach 1945*. Freiburg: Herder. S. 13–29.
- Gebhard, Gunther/Geisler, Oliver/Schröter, Steffen (Hg.) (2007): *Heimat. Konturen und Konjunkturen eines umstrittenen Konzepts*. Bielefeld.
- Gebhardt, Winfried/Hitzler, Ronald/Pfadenhauer, Michaela (Hg.) (2000): *Events. Soziologie des Außergewöhnlichen*. Opladen: Leske und Budrich.
- Gehlen, Arnold (1976): *Das entflohenen Glück. Eine Deutung der Nostalgie*. In: *ME* 5, 1976. S. 432–442.
- Gelfert, Hans-Dieter (2000): *Was ist Kitsch?* Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.
- Gensicke, Thomas (1999): *Das bürgerschaftliche Engagement der Deutschen*. In: Klages, Helmut/Gensicke, Thomas (1999): *Wertewandel und bürgerschaftliches Engagement an der Schwelle zum 21. Jahrhundert*. Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer.

- Gensicke, Thomas/Picot, Sibylle/Geiss, Sabine (2006): *Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004*. Wiesbaden.
- Gerhardt, Marlis (1978): *Archivare und Anarchisten*. In: Mattenklott, Gert/Gerhardt, Marlis (Hg.) (1978): *kontext 2. Geschichte und Subjektivität*. München. S. 49–63.
- Gesellschaft Historischer Neumarkt Dresden e.V. (o. J.): *Bürgerbegehren Ja! zum historischen Neumarkt*, download von <http://www.neumarkt-dresden.de/>, letzter Zugriff 10.10.2009
- Gesellschaft Historischer Neumarkt Dresden e.V. (Hrsg.) (2000): *Der Dresdener Neumarkt – Herz und Seele der Stadt*. Dresden
- Gesellschaft Historischer Neumarkt Dresden e.V. (Hrsg.) (2000): *Neumarkt Kurier – Baugeschehen und Geschichte am Dresdner Neumarkt; Bürgerbegehren zum historischen Neumarkt Dresden; Heft 2/2002*. Dresden
- Gesellschaft Historischer Neumarkt Dresden e.V. (2009): *Satzung der Gesellschaft Historischer Neumarkt Dresden e. V.*
- Giesen, Bernhard (2005): *Das Trauma der „Täternation“*. In: Klein, Christian/Saeveerin, Peter F./Südkamp, Holger (Hg.) (2005): *Geschichtsbilder. Konstruktion – Reflexion – Transformation*. Köln/Weimar/Wien: Böhlau Verlag. S. 378–414.
- Ginzburg, Carlo (1983): *Der Käse und die Würmer. Die Welt eines Müllers um 1600*. Frankfurt a. M.
- Glaser, Hermann/von Pufendorf, Lutz/Schoneich, Michael (Hg.) (1989): *So viel Anfang war nie. Deutsche Städte 1945–1949*. Berlin.
- Glatz, Joachim (2008): *Die Rekonstruktion der Rekonstruktion. Fallbeispiel Mainzer Markt*. In: *Die Denkmalpflege*. 1/2008. S. 28–33.
- Gormsen, Niels (2003): *Wieviel Kirche darf es denn sein? Eine Wortmeldung aus städtebaulicher Sicht*. In: *Mitteldeutscher Rundfunk: Triangel-Spezial*. Im Internet: [www.paulinerverein.de/gormsen\\_vorschalg.htm](http://www.paulinerverein.de/gormsen_vorschalg.htm) (Zugriff 9.9.2009)
- Greiffenhagen, Martin/Greiffenhagen, Sylvia (1999): *Deutschland und die Zivilgesellschaft*. In: Dies. (1999): *Auf dem Wege zur Zivilgesellschaft. 50 Jahre Bundesrepublik*. Landeszentrale der politischen Bildung Baden-Württemberg. Im Internet: [http://www.buergerimstaat.de/3\\_99/zivil2.htm](http://www.buergerimstaat.de/3_99/zivil2.htm), Zugriff 15.7.2009.
- Grote, Heiner (1968): *Sozialdemokratie und Religion. Eine Dokumentation für die Jahre 1863 bis 1875*. Tübingen.
- Grunenberg, Antonia (2003): *Das „Neue“ der Bewegung von 1968*. In: Faulenbach, Bernd/Eckert, Rainer (Hg.) (2003): *Auf dem Weg zur Zivilgesellschaft. Mythos und Realität der 60er und 70er Jahre in Ost und West*. Essen: Klartext Verlag. S. 66–71.
- Habermas, Jürgen (1981): *Theorie des kommunikativen Handelns*. Suhrkamp: Frankfurt a.M.
- Habermas, Jürgen (1988): *Theorie des kommunikativen Handelns*. Bd. 2. Frankfurt a.M.
- Hacke, Detlev (17.05.2009): *Der Eiffelturm vom Petuelring*. In: *Spiegel*, 17.05.2009; Im Internet: <http://www.spiegel.de/> (Zugriff: 24.09.2009).
- Hage, Volker (2003): *Zeugen der Zerstörung. Die Literaten und der Luftkrieg. Essays und Gespräche*. Frankfurt am Main: S. Fischer 2003.
- Hajer, Maarten A. (1995): *The Politics of Environmental Discourse. Ecological Modernization and the Policy Process*. Oxford.
- Hamm, Berndt (1992): *Frömmigkeitstheologie am Anfang des 16. Jahrhunderts. Studien zu Johannes von Paltz und seinem Umkreis*. Tübingen.
- Hannigan, John (2001): *Zur Konstruktion von Orten in der Erlebnisstadt*. In: Bittner, Regina (Hrsg.) (2001a): *Die Stadt als Event. Zur Konstruktion urbaner Erlebnisräume*. Frankfurt: Campus Verlag. S. 130–138.
- Hansen, Astrid (2008): *Die Frankfurter Altstadtdebatte. Zur Rekonstruktion eines gefühlten Denkmals*, in: *Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): Die Denkmalpflege 1/2008*, S. 5–16

- Harmening, Dieter (1966): Fränkische Mirakelbücher. Quellen und Untersuchungen zur historischen Volkskunde und Geschichte der Frömmigkeit. In: WDGB 28. S. 25–240.
- Harzheim, Harald (2009): Paulus oder Scarlett Johansson? – Eine Verschiebung im Reliquienkult. In: Junge Freiheit. 28.7.2009. Im Internet: <http://www.jungefreiheit.de/Single-News-Display.154+M5f76e7f9193.0.html> (Zugriff 9.9.2009)
- Haspel, Jörg (2007): Vorwort. Von der Nachkriegsarchitektur zum Nachkriegserbe. In: Landesdenkmalamt Berlin (Hrsg.): Das Hansviertel in Berlin. Bedeutung, Rezeption, Sanierung. Beiträge zur Denkmalpflege in Berlin, Band 26. Michael Imhof Verlag: Petersberg, S. 9–15.
- Hattenhauer, Hans (1976): Das Recht der Heiligen. Berlin.
- Haug, Wolfgang Fritz (2002): Zum Verhältnis von Fiktion und Realität. In: Schweppenhäuser, Gerhard/Gleiter, Jörg H. (Hg.): Rückblick auf die Postmoderne. Philosophische Diskurse 5. Bauhaus-Universität Weimar – Universitätsverlag.
- Hauser, Susanne (2007): Über Städte, Identität und Identifikation. In: Kröncke, Meike/Mey, Kerstin/ Spielmann, Yvonne (Hrsg.): Kultureller Umbau. Räume, Identitäten und Re/Präsentation. transcript Verlag: Bielefeld.
- Häussling, Angelus Albert (1973): Mönchskonvent und Eucharistiefeier. Eine Studie über die Messe in der abendländischen Klosterliturgie des frühen Mittelalters und zur Geschichte der Meßhäufigkeit. München.
- Hedinger, Hans-Walter (1976): Der Bismarck-Kult. Ein Umriß. In: Stephenson, Gunther (Hg.): Der Religionswandel unserer Zeit im Spiegel der Religionswissenschaften. Darmstadt. S. 210–215.
- Heidenreich, Martin (2003): Die Debatte um die Wissensgesellschaft, in: Stefan Böschen und Ingo Schulz-Schaeffner (Hrsg.), Wissensgesellschaft in der Wissensgesellschaft, Opladen.
- Herbers, Klaus (2006): Jakobsweg: Geschichte und Kultur einer Pilgerfahrt. München.
- Hernand, Jost (1977): Grandeur, High Life und inner Adel. In: Hernand, Jost (Hrsg.) (1977): Stile. S. 17–33.
- Hermet, Guy (2001): Les Populismes dans le monde. Une histoire sociologique XIXe – Xxe siècle. Paris.
- Herrmann, Emil (1954): Zum 12. Juni 1954. In: Bulst, Walter/von Schneider, Arthur (Hrsg.): Gegenwart im Geiste. In: RAC 4. Sp. 505–552.
- Herterich, Frank (1987): Urbanität und Städtische Öffentlichkeit. In: Prigge, Walter (Hrsg.) (1987): Die Materialität des Städtischen. Stadtentwicklung und Urbanität im gesellschaftlichen Umbruch. Basel: Birkhäuser. S. 211–219.
- Hertzog, Stefan (Hrsg.); Hertzog, Stefan; May, Walter; Prinz, Henning (2005): Der historische Neumarkt zu Dresden. Seine Geschichte und seine Bauten. Dresden
- Hertzog, Stefan (2002): Rekonstruktion als Methode der Denkmalpflege. Vortrag anlässlich des Symposiums „Nachdenken über Denkmalpflege“, Hannover am 3. November 2001. In: [kunsttexte.de](http://www.kunsttexte.de), Nr. 2, 2002 (x Seiten), [www.kunsttexte.de](http://www.kunsttexte.de).
- Herzig, Arno (1988): Die Lassalle-Feiern in der politischen Festkultur der frühen deutschen Arbeiterbewegung. In: Düding (1988) a.a.O.
- Hettlage, Robert/Vogt, Ludgera (Hrsg.) (2000): Identitäten in der modernen Welt. Wiesbaden.
- Hille, Nils (2009): Gotik statt Nachkrieg. In: Deutsches Architektenblatt. 4/2009. S. 24–26.
- Hillebrand, Gustav (2007): U-Bahn, Zeil und Wolkenkratzer. Frankfurt in den 50er- und 60er-Jahren
- Hillebrandt, Frank/Kneer, Georg/Kraemer, Klaus (Hrsg.) (1998): Verlust der Sicherheit? Lebensstile zwischen Multioptionalität und Knappheit. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Hillmann, Robert (2008): Das Prinzip Rekonstruktion. In: [Kunsttexte](http://www.kunsttexte.de), 1/2008. S. 1–6.
- Hillmann, Robert (2008): Das Prinzip Rekonstruktion. In: [Kunsttexte](http://www.kunsttexte.de), 1/2008. S.1–6.
- Hitzler, Ronald (2000): „Ein bisschen Spaß muss sein!“ – Zur Konstruktion kultureller Erlebniswelten. In: Gebhardt, Winfried/Hitzler, Ronald/Pfadenhauer, Michaela (Hg.) (2000): Events. Soziologie des Außergewöhnlichen. Opladen: Leske und Budrich. S. 401–412.

- Hoff, Sigrid (2007): „Die INTERBAU 1957 war wie die Morgenröte“ Interview mit dem Architekten Klaus Hendel. In: Landesdenkmalamt Berlin (Hrsg.): Das Hansaviertel in Berlin. Bedeutung, Rezeption, Sanierung. Beiträge zur Denkmalpflege in Berlin, Band 26. Michael Imhof Verlag: Petersberg, S. 16–22.
- Hofmann, Andreas R. (2006): D. Bingen u. a. (Hrsg.): Die Schleifung. H-Soz-u-Kult-Rezension. 6.7.2006; Im Internet: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de> (Zugriff: 2.6.2009).
- Hornstein, Shelley (1998): Ortsverlust – Architektur, Geographie und Erinnerung in Chantal Akermans „Bordering on Fiction“. In: Akademie der Künste (Hrsg.) (1998): Denkmale und kulturelles Gedächtnis nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation. Berlin: Jovis. S. 279–292.
- Hüppauf, Bernd (2007): Heimat – die Wiederkehr eines verpönten Wortes. Ein Populärmythos im Zeitalter der Globalisierung. In: Gebhard, Gunther/Geisler, Oliver/Schröter, Steffen (Hrsg.) (2007): Heimat. Konturen und Konjunkturen eines umstrittenen Konzepts. Bielefeld. S. 109–141.
- Hüttner, Elisabeth (1994): Die Paulinerkirche zu Leipzig. Geschichte und Bedeutung.
- Immobilien-Standortgemeinschaft Domviertel Wesel (ISG Domviertel, Hg.) (2006): ISG Domviertel. Beitrittsformular. Wesel. Im Internet: [http://www.weselmarketing.de/uploads/files/cnt\\_domviertel\\_beitrittsformular.pdf](http://www.weselmarketing.de/uploads/files/cnt_domviertel_beitrittsformular.pdf) (Zugriff 9.10.2009)
- Institut für Marktforschung (IM) Leipzig GmbH (2002): Pro und Kontra Wiederaufbau Universitätskirche Leipzig. Presseerklärung vom 04.11.2002.
- Jacob, Werner (2001). Sieh doch mein heimliches Sehnen. „Retro“ oder: Über die Zukunft der Vergangenheit im „Fassadismus“. In: Deutsches Architektenblatt 06/2001. S. 16–18.
- Jarren, Otfried (2001): Mediengesellschaft – Risiken für die politische Kommunikation. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 41–42/2001).
- Jenatsch, J. (2009): Stella, Stimmann, Sattler und die „geistige Mitte der Nation“? Im Internet: <http://www.schlossdebatte.de> (Zugriff: 11.6.2009).
- Jencks, Charles (1977): The Language of Post-Modern Architecture. New York.
- Junker und Kruse Stadtforschung/Stadtplanung (Hg.) (2004): Konzept zur Entwicklung der Innenstadt von Wesel. Im Auftrag der Stadt Wesel. Dortmund.
- Just, Gunter (2002): Zum Wiederaufbau des Dresdener Neumarkts. In: Die Alte Stadt, 1/2002, S. 38–49.
- Kahlfeldt, Paul (2006): Tradition und Moderne im Wohnungsbau – Gegensatz oder Symbiose? In: Moderne kontra Retro-Architektur – aktuelle Tendenzen im Wohnungsbau. 9. Bad Vilbeler Gespräch/14. Hessischer Architektentag am 20. Juni 2006. S. 30–40.
- Kalusche, Bernd; Setzepfand, Christian (2002): Architekturführer Frankfurt am Main, 3. überarbeitete und erweiterte Auflage 2002, Dietrich Reimer Verlag, Berlin.
- Kenneweg, Anne Cornelia (2009): Städte als Erinnerungsräume. Deutungen gesellschaftlicher Umbrüche in der serbischen und bulgarischen Prosa im Sozialismus. Berlin: Frank & Timme.
- Kerkhoff, Ulrich (2008): Das Prinzip Rekonstruktion. Skizzen einer Zürcher Tagung. In: Die Denkmalpflege, Heft 1, S. 47–53.
- Keupp, Heiner/ Ahbe, Thomas/ Gmür, Wolfgang/ Höfer, Renate/ Mitzscherlich, Beate/ Kraus, Wolfgang/ Straus, Florian (2008): Identitätskonstruktionen. Das Patchwork der Identitäten in der Spätmoderne. Rowohlt Taschenbuch Verlag: Reinbek.
- Klages, Helmut (1999): Zerfällt das Volk? Von den Schwierigkeiten der modernen Gesellschaft mit Gemeinschaft und Demokratie. In: Klages, Helmut/Gensicke, Thomas (1999): Wertewandel und bürgerschaftliches Engagement an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer.
- Klein, Christian/Saeverin, Peter F./Südkamp, Holger (Hg.) (2005): Geschichtsbilder. Konstruktion – Reflexion – Transformation. Köln/Weimar/Wien: Böhlau Verlag.
- Klein, Tobias (2005): Der Jakobsweg- von der Pilgerfahrt zur europäischen Kulturstraße. Magisterarbeit an der Bayerische Julius-Maximilians-Universität Würzburg.

- Klingmann, Anna (2001): Flüssiger Postmodernismus. In: Bittner, Regina (Hg.) (2001a): Die Stadt als Event. Zur Konstruktion urbaner Erlebnisräume. Frankfurt: Campus Verlag. S. 324–337.
- Klotz, Heinrich (1977): Die röhrenden Hirsche der Architektur. Kitsch in der modernen Baukunst. Luzern/Frankfurt a. M.: Bucher.
- Kludt, Michael (2000): Geschichtspolitik. Die Kontroversen um Goldhagen, die Wehrmachtsausstellung und das „Schwarzbuch des Kommunismus“. Köln: PapyRossa.
- Koch, Dietrich (2000): Das Verhör. Zerstörung und Widerstand. Christoph Hille: Dresden.
- Koch, Dietrich (2008): Nicht geständig – Der Plakatprotest im Stasi-Verhör. Christoph Hille: Dresden.
- Koch, Manfred (2007): Die Vertrocknung des heiligen Sinns. Rüdiger Safranskis allzu deutsche Romantik. In: Neue Zürcher Zeitung, 29.9.2007; Im Internet: [www.nzz.ch](http://www.nzz.ch) (Zugriff: 3.8.2009)
- Koch, Dietrich/Koch, Eckhard (2006): Kulturkampf in Leipzig. Denkschrift zur Wiederaufbaudebatte Universitätskirche St. Pauli. Leipzig.
- Koenen, Elmar J. (2000): Nach der „Identität“. In: Hettlage, Robert/Vogt, Ludgera (Hg.) (2000): Identitäten in der modernen Welt. Wiesbaden. S. 101 – 126.
- Köpf, Ulrich (1990): Protestantismus und Heiligenverehrung. In: Dinzelsbacher, Peter (Hg.): Heiligenverehrung in Geschichte und Gegenwart. Ostfildern. S. 320–344.
- Korfkamp, Jens (2006): Die Erfindung der Heimat. Zu Geschichte, Gegenwart und politischen Implikaten einer gesellschaftlichen Konstruktion. Berlin.
- Koselleck, Reinhart (1979): Kriegerdenkmale als Identitätsstiftungen der Überlebenden. In: Marquardt, Odo/Stierle, Karlheinz (Hg.): Identität. München. S. 255–276.
- Koshar, Rudy J. (2000): Die deutsche Erinnerungslandschaft 1870–1990. In: Martini, Wolfram (Hg.) (2000): Architektur und Erinnerung. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht. S. 191–203.
- Kötter, Wiebke/ Pieper, Heike/ Schulz, Sibylle (2007): Die Betonoberflächen. Ihre Wirkung, ihre Bedeutung, ihr Verlust. In: Landesdenkmalamt Berlin (Hrsg.): Das Hansaviertel in Berlin. Bedeutung, Rezeption, Sanierung. Beiträge zur Denkmalpflege in Berlin, Band 26. Michael Imhof Verlag: Petersberg, S. 40–52.
- Kowa, Günter (2009): Paulinum Leipzig. In: Bauwelt. Nr. 3/2009. S. 6–8.
- Koziska, Bogdana (2005): Neue Stadtstrukturen und Symbole des Neuanfangs in Stettin: Die sozialistische Stadt im Gefüge historisch gewachsener Städte. In: Bingen, Dieter/Hinz, Hans-Martin (Hg.) (2005): Die Schleifung. Zerstörung und Wiederaufbau historischer Bauten in Deutschland und Polen. Harrassowitz Verlag: Wiesbaden. S. 66–79.
- Kraemer, Klaus (1998): Entwertete Sicherheiten. Kulturelles Kapital im Zeichen verkürzter Halbwertszeiten. In: Hillebrandt, Frank/Kneer, Georg/Kraemer, Klaus (Hg.) (1998): Verlust der Sicherheit? Lebensstile zwischen Multioptionalität und Knappheit. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 103–136
- Krämer-Badoni, Thomas (1987): Postfordismus und Postmoderne. Ansätze zur Kritik eines kritischen Topos. In: Prigge, Walter (Hg.) (1987): Die Materialität des Städtischen. Stadtentwicklung und Urbanität im gesellschaftlichen Umbruch. Basel: Birkhäuser. S. 167–175.
- Kress, Celina (2009): Der Wiederaufbau der Berliner Gedächtniskirche. Vortrag zur Tagung Wiederaufbau der Städte: Europa seit 1945. 23.9. bis 25.9.2009, Hamburg.
- Kroos, Renate (1985): Vom Umgang mit Reliquien. In: Legner, Anton (Hg.): Ornamenta Ecclesiae. Kunst und Künstler der Romantik. Ausstellungskatalog. Köln. S. 25–49.
- Kropp, Cordula (2002): Heimat im globalen Zeitalter. In: Berger, Andrea/von Hohnhorst, Martin (Hg.) (2002): Heimat. Die Wiederentdeckung einer Utopie. tagungsband zu den 1. Saarländischen Heimattagen. Ministerium für Umwelt Saarland. S. 141 – 155.
- Kruft, Hanno-Walter (1993) Rekonstruktion als Restauration? In: Der Architekt, 9/1993, S. 522–526.

- KSP Engel und Zimmermann Architekten: PalaisQuartier Frankfurt am Main – Stadtplanung. Download von <http://www.ksp-architekten.de/index.php?id=62&L=0>, Zugriff 01.10.2009
- Kunze, Herbert (1974a): Die Spiele. The organization. The Official Report of the Organizing Committee for the Games of the XXth Olympiad Munich. proSport GmbH & Co. KG.: München; Im Internet: <http://www.la84foundation.org/> (Zugriff: 24.09.2009).
- Kunze, Herbert (1974b): Die Spiele. The constructions. The Official Report of the Organizing Committee for the Games of the XXth Olympiad Munich. proSport GmbH & Co. KG.: München; Im Internet: <http://www.la84foundation.org/> (Zugriff: 24.09.2009).
- Lackmann, Max (1958): Verehrung der Heiligen. Versuch einer lutherischen Lehre von den Heiligen. Stuttgart.
- Landeshauptstadt Dresden (1994): Planungsleitbild Innenstadt. Dresden
- Landeshauptstadt Dresden; Stadtplanungsamt (Hrsg.) (2001): Neumarkt Dresden 2000. Dresden
- Landeshauptstadt Dresden; der Stadtrat (2002): Beschluss Nr. 1772-28-2001 vom 17.01.2002 über das städtebaulich-gestalterische Konzept für den Neumarkt in der modifizierten Fassung der Satzung aus dem Beschluss vom 28.06.1996; Text- und Planteil
- Landeshauptstadt Dresden Geschäftsbereich Stadtentwicklung/Stadtplanungsamt; Amt für Presse und Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.) (2005): Ideen für ein neues Zentrum. Dresden
- Landeshauptstadt Dresden; Geschäftsbereich Stadtentwicklung/Stadtplanungsamt; Amt für Presse und Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.) (2006): Werkstattverfahren Neumarkt Quartier VII. Dresden
- Landeshauptstadt Dresden; Geschäftsbereich Stadtentwicklung/Stadtplanungsamt; Amt für Presse und Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.) (2007): Objekt 19313 – Hotel Stadt Rom, Neumarkt 10. Dresden
- Landeshauptstadt Dresden; Geschäftsbereich Stadtentwicklung/Stadtplanungsamt; Amt für Presse und Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.) (2008): Dresden – Planungsleitbild Innenstadt 2008. Lebendige Geschichte – Urbane Stadtlanschaft. Dresden
- Landeshauptstadt Dresden (2008): Neumarkt Dresden – Eine Ausstellung des Stadtplanungsamtes. Dresden
- Landeshauptstadt München (2008): Entwicklungsplanung Olympiapark 2018. Materialsammlung und Grundlagenworkshop. Referat für Stadtplanung und Bauordnung: München.
- Landeshauptstadt München (o.J.): Sehenswürdigkeiten München. Olympiapark; Im Internet: <http://www.muenchen.de> (Zugriff 24.09.2009).
- Landgraf, Artur (1952): Dogmengeschichte der Frühscholastik. Bd. 1. Regensburg.
- Läpple, Alfred (1990): Reliquien. Verehrung – Geschichte – Kunst. Augsburg.
- Legner, Anton (Hg.): Reliquien. Verehrung und Verklärung. Skizzen und Noten zur Thematik und Katalog zur Ausstellung der Kölner Sammlung Louis Peters im Schüttgen-Museum. Köln.
- Lenhart, Ludwig (1954): Die Bonifatius-Renaissance des 19. Jahrhunderts. In: Stadt Fulda/Diözese Fulda/Diözese Mainz (Hrsg.): Sankt Bonifatius 754–1954. Fulda.
- Liessmann, Konrad Paul (2002): Kitsch! Oder Warum der schlechte Geschmack der eigentlich gute ist. Wien: Brandstätter.
- Lion, Ferdinand (1947): Romantik als deutsches Schicksal. Rowohlt: Hamburg.
- Lipp, Wolfgang (1990): Heimatbewegung, Regionalismus. Pfade aus der Moderne? In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (1990): Heimat: Analysen, Themen, Perspektiven. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. S. 155 – 184.
- Lipset, Seymour Martin (1967): Der „Faschismus“, die Linke, die Rechte und die Mitte. In: Ernst Nolte (Hg.) (1967): Theorien über den Faschismus. Köln.
- Lohmann, Georg (2003): Zivilgesellschaft und Bürgertugenden. Im Internet: <http://www.diebonn.de/doks/lohmann0301.pdf>, Zugriff 01.09.2008
- Lootsma, Bart (2008): Die Paradoxien des modernen Populismus. Im Internet: [http://www.architekturtheorie.eu/?id=search\\_results&query=magazin&archive\\_id=109](http://www.architekturtheorie.eu/?id=search_results&query=magazin&archive_id=109) (Zugriff: 19.8.2009)

- Löffler, Katrin (1993): Die Zerstörung. Dokumente und Erinnerungen zum Fall der Universitätskirche Leipzig. St. Benno: Leipzig.
- Lösel, Anja (28.11.2008): Stadtschloss in Berlin: Kein großer Wurf, der Entwurf! In: Stern, 28.11.2008; Im Internet: <http://www.stern.de> (Zugriff 11.6.2009).
- Löw, Martina (2008): Soziologie der Städte. Frankfurt a. M.
- Lowenthal, David (1998): The heritage crusade and the spoils of history. Cambridge.
- Luger, Kurt (1994): Kulturerlebnis Stadt. In: Brandner, Birgit/Luger, Kurt/Mörth, Ingo (Hg.) (1994): Kulturerlebnis Stadt. Theoretische und praktische Aspekte der Stadtkultur. Wien: Picus Verlag. S. 14–50.
- MAB Development Deutschland GmbH/PalaisQuartier GmbH & Co. KG (2008): „Dies Bauwerk wir die Meister loben...“. Bouwfonds MAB Development feiert Richtfest im PalaisQuartier. Presseerklärung vom 07.11.2008, Download von <http://www.palaisquartier.de/presse/index.php>, Zugriff 01.07.2009
- MAB Development Deutschland GmbH/PalaisQuartier GmbH & Co. KG (2008): Aus FrankfurtHochVier wird das PalaisQuartier. Presseerklärung vom 22.02.2008. Download von <http://www.palaisquartier.de/presse/index.php>, Zugriff 01.07.2009
- MAB Development Deutschland GmbH/PalaisQuartier GmbH & Co. KG (2008): Frankfurts neues Shopping-Center heißt „MyZeil“. Presseerklärung vom 07.11.2008, Download von <http://www.palaisquartier.de/presse/index.php>, Zugriff 01.07.2009
- MAB Development Deutschland GmbH/PalaisQuartier GmbH & Co. KG (2008): Thurn und Taxis Palais – ein Schloss für Frankfurt. Bouwfonds MAB Development baut historischen Stadtpalast wieder auf. Presseerklärung vom 04.09.2008. Download von <http://www.palaisquartier.de/presse/index.php>, Zugriff 01.07.2009
- MAB Development Deutschland GmbH/PalaisQuartier GmbH & Co. KG (2009): Faktenblatt: Thurn und Taxis Palais. Download von [http://www.palaisquartier.de/download/faktenblatt\\_pq.pdf](http://www.palaisquartier.de/download/faktenblatt_pq.pdf), Zugriff 01.07.2009
- MAB Development Deutschland GmbH/PalaisQuartier GmbH & Co. KG (2009): Jumeirah eröffnet das erste Hotel in Deutschland. Presseerklärung vom 28.04.2009. Download von <http://www.palaisquartier.de/presse/index.php>, Zugriff 01.07.2009
- MAB Development Deutschland GmbH/PalaisQuartier GmbH & Co. KG (2009): MyZeil – Geschichte und Bedeutung des Standortes. Die Zeil – ein Großstadtboulevard. Presseerklärung vom 26.02.2009. Download von <http://www.palaisquartier.de/presse/index.php>, Zugriff 01.07.2009
- Maecenata Institut (Hg.) (2006): Bürgerengagement und Zivilgesellschaft in Deutschland. 2. Aufl. März 2006.
- Maier, Hans (1988): Revolutionäre Feste und christliche Zeitrechnung. In: IkaZ 17. S. 348–366.
- Makropoulos, Michael (2008): Das Hansaviertel und die Selbstbegründung der Mittelschichtsgesellschaft. In: ders. (Hg.): Hansaviertel und Documenta Urbana. Hansaviertel – frühe und späte Wirkungen. Symposium am 22. September 2007 in Berlin. Architektursalon Kassel: Kassel, S. 113–129.
- Mann, Thomas (1933): Leiden und Größe Richard Wagners. In: Mann, Thomas: Essays. Nach den Erstdrucken hg. Von H. Kurzke und S. Stachorski. Bd. 4: Achtung Europa! Essays 1933–1938. Frankfurt a.M., S. 11–72.
- Manns, Peter (1980): Luther und die Heiligen. In: Bäumer, Remigius (Hg.): Reformatio Ecclesiae. Beiträge zu kirchlichen Reformbemühungen von der alten Kirche bis zur Neuzeit. Paderborn u. a.S. 535–580.
- Marek, Michaela (2003): Erinnerung und Identität: Wo beginnt der Osten Europas? In: Middell/Schubert/Stekeler-Weithofer a.a.O. S. 83–101.
- Martell, Maren (2006): Souvenirs aus „Erichs Lampenladen“. Im Internet: <http://www.stern.de/panorama/palast-der-republik-souvenirs-aus-erichs-lampenladen-560339.html> (Zugriff 22.10.2009)
- Martini, Wolfram (2000a): Einleitung. In: Martini, Wolfram (Hg.) (2000): Architektur und Erinnerung. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht. S. 9–12.



- Martini, Wolfram (2000b): Roma aeterna. In: Martini, Wolfram (Hg.) (2000): Architektur und Erinnerung. Göttingen: Vandenberg und Ruprecht. S. 9–12.
- Mausbach, Florian (2009): Vortrag auf der Konferenz „Wiederaufbau der Städte: Europa seit 1945/Rebuilding European Cities: Reconstruction-Policy since 1945“ an der Universität Hamburg am 24.09.2009
- Mayer, Thomas (7.8.2002): Abgeklärte Architekten in heißen Streit verwickelt. In: LVZ, 7.8.2002. Im Internet: <http://www.paulinerkirche.de/lvz070802.htm> (Zugriff 12.9.2009)
- Mende, Bernd (2004): Trost im Gewölbe. Eintrag in einem Internet Forum, 4.4.2004. Zitiert in: Koch/Koch (2006: 74)
- Menting, Anette (2008): Irritation Leitbau. Ein Kommentar zum Konzept der Neumarktbebauung. In: Sächsische Akademie der Künste, Stadtplanungsamt Dresden (Hrsg.) (2008): Historisch Contra modern? Erfindung oder Rekonstruktion der historischen Stadt am Beispiel des Dresdner Neumarkts. Dresden
- Mény, Yves/Surel, Yves (Hg.) (2002): Democracies and the Populist Challenge. Houndsmill/New York.
- Metken, Günter (1989): Mythen in der modernen Malerei. Vom Surrealismus zur Transavantgarde. In: Kemper, Peter (Hg.): Macht des Mythos – Ohnmacht der Vernunft?. Frankfurt a. M.
- Meyer, Thomas (2001): Mediokratie. Die Kolonialisierung der Politik durch die Medien. Frankfurt a. M.
- Meyer, Thomas (2002): Mediokratie – Auf dem Weg in eine andere Demokratie? In: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 15–16/2002).
- Meyer, Thomas (2006): Populismus und Medien. In: Decker, Frank (Hg.) (2006): Populismus in Europa. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 547. VS Verlag: Wiesbaden. S. 81–96.
- Meyer, Thomas (2006): Populismus und Medien. VS-Verlag: Bonn.
- Middell, Matthias/Schubert, Charlotte/Stekeler-Weithofer, Pirmin (Hg.): Erinnerungsort Leipziger Universitätskirche. Eine Debatte. Leipzig.
- Mongardini, Carlo (1985): Kultur, Subjekt, Kitsch. In: Pross, Harry (Hg.) (1985): Kitsch. Soziale und politische Aspekte einer Geschmacksfrage. München: List. S. 83–94.
- Muchembled, Robert (1982): Kultur des Volkes – Kultur der Eliten. Die Geschichte einer erfolgreichen Verdrängung. Stuttgart.
- Müller, Peter (1999): Symbol mit Aussicht. Die Geschichte des Berliner Fernsehturms. Verlag Bauwesen: Berlin.
- Müller, Sebastian/Hennings, Gerd (1998): Künstliche Erlebniswelten – Die Kräfte hinter dem Trend. In: Hennings, Gerd /Müller, Sebastian (Hg.) (1998): Kunstwelten. Künstliche Erlebniswelten und Planung. Dortmunder Beiträge zur Raumplanung Nr. 85. S. 10–31.
- Müller-Schneider, Thomas (1998): Subjektivität und innengerichtete Modernisierung. Erlebniskultur in der Metamorphose. In: Hillebrandt, Frank/Kneer, Georg/Kraemer, Klaus (Hg.) (1998): Verlust der Sicherheit? Lebensstile zwischen Multioptionalität und Knappheit. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 137–157.
- Müller-Schneider, Thomas (2000): Die Erlebnisgesellschaft – der kollektive Weg ins Glück? In: Aus Politik und Zeitgeschichte B12/2000, Bundeszentrale für politische Bildung. Im Internet: [http://www.bpb.de/publikationen/NA6W8Q,0,Die\\_Erlebnisgesellschaft\\_der\\_kollektive\\_Weg\\_ins\\_Gl%FCck.html](http://www.bpb.de/publikationen/NA6W8Q,0,Die_Erlebnisgesellschaft_der_kollektive_Weg_ins_Gl%FCck.html), Zugriff 30.7.2009.
- N.N. (1994): Ideenwettbewerb Augustusplatz. In: Wettbewerbe aktuell. 8/1994.
- Nagel, Günter (2006): Vorwort. In: Schlusche, Günter (Hg.) (2006): Architektur der Erinnerung. NS-Verbrechen in der europäischen Gedenkkultur. Berlin: Nicolai.
- Nara (1994): Nara-Dokument über Authentizität. Nara, Japan, 1994.
- Nassehi, Armin (2004): ICH-Identität paradox. In: Nollmann, Gerd/Strasser, Hermann (Hg.) (2004): Das individualisierte Ich in der modernen Gesellschaft. Frankfurt. S. 29 – 44.

- Neckel, Sighard (1998): Krähwinkel und Kabylei. Mit Pierre Bourdieu durch Deutschlands Kultursoziologie. In: Hillebrandt, Frank/Kneer, Georg/Kraemer, Klaus (Hg.) (1998): Verlust der Sicherheit? Lebensstile zwischen Multioptionalität und Knappheit. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 206–218.
- Nedo, Kito (28.11.2008): Stadtschloss: „Es kommt darauf an, was hinter der Schlossfassade entsteht“. Im Internet: <http://www.art-magazin.de> (Zugriff: 11.6.2009).
- Neidhardt, Hans-Joachim (2007): Zum Beispiel: Dresdner Neumarkt – Zur aktuellen Polemik und zum kulturphilosophischen Konzept. In: Neumarkt-Kurier, 2/2007
- Nerdinger, Winfried (2008): Rekonstruktionen: Ein Reizthema in historischer Perspektive. In: Aviso. Nr. 1, 2008.
- Nerdinger, Winfried/ Tafel, Cornelius (1996): Architekturführer Deutschland. 20. Jahrhundert. Birkhäuser Verlag: Basel, Berlin, Bosten.
- Neuhaus, Volker (1989): Zur Säkularisierung der Heiligenverehrung in der Goethezeit. In: Legner (1989) a.a.O.
- Neumeyer, Michael (1992): Heimat. Zu Geschichte und Begriff eines Phänomens. Kiel.
- Nextroom (o.J.): Architektur Datenbank. Standorte; Im Internet: <http://www.nextroom.at> (Zugriff: 01.09.2009).
- Nigg, Walter (1974): Große Heilige. Zürich/ Stuttgart.
- Nipperdey, Thomas (1981): Der Kölner Dom als Nationaldenkmal. In HZ 233. S. 595–613.
- Nipperdey, Thomas (1983): Deutsche Geschichte 1800–1866. München.
- Nollmann, Gerd/Strasser, Hermann (2004): Individualisierung als Programm und Problem der modernen Gesellschaft. In: dies. (Hg.) (2004): Das individualisierte Ich in der modernen Gesellschaft. Frankfurt. S. 9 – 28.
- Noltenius, Rainer (1988): Schiller als Führer und Heiland. Das Schillerfest 1859 als nationaler Traum von der Geburt des zweiten deutschen Kaiserreichs. In: Düding (1988) a.a.O.
- Nora, Pierre (1990): Zwischen Geschichte und Gedächtnis. Berlin.
- Novy, Klaus (1990): Das Heim als Heimat? Wohnformen und städtische Lebensstile. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.) (1990): Heimat: Analysen, Themen, Perspektiven. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. S. 399 – 415.
- Oberpostdirektion Frankfurt (Main) (Hrsg.) (1956): Das Fernmeldehochhaus in Frankfurt (Main)
- Oexle, Otto (1984): Memoria und Memorialbild. In: Schmid, Karl/Wollasch, Joachim: Memoria. Der geschichtliche Zeugniswert des liturgischen Gedenkens im Mittelalter. München. S. 384: 440.
- Olympiapark München GmbH (o.J.): Auf einen Blick. Der Olympiapark; Im Internet: <http://www.olympiapark.de> (Zugriff: 24.09.2009).
- Opaschowski, Horst (1994): Schöne, neue Freizeitwelt? Wege zur Neuorientierung. Eine Projektstudie zur Freizeitforschung. Hamburg: BAT.
- Opaschowski, Horst (2000a): Jugend im Zeitalter der Eventkultur. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B12/2000, Bundeszentrale für politische Bildung. Im Internet: [http://www.bpb.de/publikationen/8WD8XJ,0,Jugend\\_im\\_Zeitalter\\_der\\_Eventkultur.html](http://www.bpb.de/publikationen/8WD8XJ,0,Jugend_im_Zeitalter_der_Eventkultur.html), Zugriff 30.7.2009.
- Opaschowski, Horst (2000b): Kathedralen des 21. Jahrhunderts. Erlebniswelten im Zeitalter der Eventkultur. Hamburg: B. A. T. Freizeit-Forschungsinstitut GmbH.
- Opaschowski, Horst (2006): Deutschland 2020. Wie wir morgen leben – Prognosen der Wissenschaft. Wiesbaden: VS Verlag.
- Operational Guidelines (2005): Operational Guidelines for the Implementation of the World Heritage Convention (dt.: Richtlinien für die Durchführung des Übereinkommens zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt), UNESCO World Heritage Center, Paris, 02. Februar 2005.
- Oschmann, Dirk (2008): Romantik und Romantisches. Eine negative Teleologie. Rezension über Safranski 2007 a.a.O.; In: IASOnline, 25.6.2008; Im Internet: [www.iasonline.de](http://www.iasonline.de) (Zugriff: 3.8.2008)
- Otto, Alexander (o. J.): Etwas zurückgeben. Im Internet: <http://www.lebendige-stadt.de/de/stiftung/otto.htm>, Zugriff 20.05.2008.

- Otto, Karl (1957): Idee und Ziel der Ausstellungsabteilung „Die Stadt von morgen“. In: Weitz, Ewald/ Friedenber, Jürgen (Hrsg.): Interbau Berlin 1957. Internationale Bauausstellung im Berliner Hansaviertel. 6. Juli bis 29. September, Amtlicher Katalog.
- Paech, Vanessa (2006): Cultural ‚saints‘? Im Internet: [http://www.artshub.com.au/au/Default.asp?vmStr=9698\\_f71DDEE495-CD572CF59\\_f0950E64D](http://www.artshub.com.au/au/Default.asp?vmStr=9698_f71DDEE495-CD572CF59_f0950E64D) (Zugriff 21.9.2009)
- Paul, Jürgen (2008): Der neu entstehende Neumarkt. In: Sächsische Akademie der Künste, Stadtplanungsamt Dresden (Hrsg.) (2008): Historisch Contra modern? Erfindung oder Rekonstruktion der historischen Stadt am Beispiel des Dresdner Neumarkts. Dresden
- Paul, Jürgen (2007): Der neue, wiedererstehende Neumarkt in Dresden. Vortrag, gehalten in der Sächsischen Akademie der Künste am 17.03.2007
- Paul, Jürgen (1997): Dresden – die Stadt und ihre Architektur. In: Gilbert Lupfer, Bernhard Sterra und Martin Wörner (Hrsg.): Architekturführer Dresden. Berlin
- Pehnt, Wolfgang (2008): Es fehlt der Sauer-teig. Interview mit Wolfgang Pehnt in dem Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL 49/2008 vom 01.12.2008, Seite 180.
- Pethes, Nicolas (2008): Kulturwissenschaftliche Gedächtnistheorien. Zur Einführung. Hamburg: Junius Verlag.
- Petzet, Michael (1994): Grundsätze der Denkmalpflege 1. Instandhaltung, Instandsetzung, Sanierung. In: Arbeitsblätter des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege. Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege [Hrsg.], München, Mai 1994. Aus: Grundsätze der Denkmalpflege. ICOMOS, Hefte des Deutschen Nationalkomitees, Bd. X, München 1992 (gekürzte und überarbeitete Fassung).
- Piepmeier, Rainer (1990): Philosophische Aspekte des Heimatbegriffs. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.) (1990): Heimat: Analysen, Themen, Perspektiven. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. S. 91 – 108.
- Pinomaa, Lennart (1977): Die Heiligen bei Luther. Helsinki.
- Podbrecky, Inge (2004): Die sechzehn Gebote von Venedig. Die Charta von Venedig, ein Grundsatzdokument der Denkmalpflege, ist heuer vierzig Jahre alt. Internetauftritt des Verbandes österreichischer Kunsthistorikerinnen und Kunsthistoriker, [www.kunsthistoriker.at/artikel.php?itemid=241&menuid=5&rubrikid=5&pubid=29](http://www.kunsthistoriker.at/artikel.php?itemid=241&menuid=5&rubrikid=5&pubid=29), Zugriff: 16.06.2009]
- Pohlack, Rosemarie (2008): Der Neumarkt in Dresden – ein Wiederaufbau?. In: Sächsische Akademie der Künste, Stadtplanungsamt Dresden (Hrsg.) (2008): Historisch Contra modern? Erfindung oder Rekonstruktion der historischen Stadt am Beispiel des Dresdner Neumarkts. Dresden
- Pott, Andreas (2007): Identität und Raum. Perspektiven nach dem Cultural Turn. In: Berndt, Christian/Pütz, Robert (Hg.) (2007): Kulturelle Geographien. Zur Beschäftigung mit Raum und Ort nach dem Cultural Turn. Bielefeld. S. 27 – 52.
- Priester, Karin (2007): Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen. Campus Verlag: Frankfurt a. M.
- Pross, Harry (1985): Kitsch oder nicht Kitsch? In: Ders. (Hg.) (1985): Kitsch. Soziale und politische Aspekte einer Geschmacksfrage. München: List. S. 19–30
- Pross, Harry (Hg.) (1985): Kitsch. Soziale und politische Aspekte einer Geschmacksfrage. München: List.
- Pross, Harry (1985): Kitsch oder nicht Kitsch? In: Ders. (Hg.) (1985): Kitsch. Soziale und politische Aspekte einer Geschmacksfrage. München: List. S. 19–30
- Putnam, Robert (2000): Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community. New York: Simon & Schuster.
- Rahner, Karl (1966): Vom Geheimnis der Heiligkeit, der Heiligen und ihrer Verehrung. In: Manns, Peter (Hg.): Die Heiligen in ihrer Zeit I. Mainz. S. 9–26.
- Rambow, Riklef (2001): Das Auge des Architekten. Festvortrag anlässlich der Verleihung des 8. Kölner Architekturpreises am 23.09.2000. In: Der Architekt. 12/2000. S. 1–4.
- Rapsch, Volker (1985): Medienkitsch und Flussers Utopia. In: Pross, Harry (Hg.) (1985): Kitsch. Soziale und politische Aspekte einer Geschmacksfrage. München: List. S. 63–69.

- Rauterberg, Hanno (2002): Essay. Themen zeitgenössischer Architekturdebatten (IX): Authentizität. In: *db deutsche bauzeitung*, 04/2002, Seite 34–35.
- Redecke, Sebastian (2009): Kritische Rekonstruktion. In: *Bauwelt*. Nr. 3/2009.
- Reinhard, Wolfgang (1983): Zwang zur Konfessionalisierung? Prolegomena zu einer Theorie des konfessionellen Zeitalters. In: *ZfH* 10. S. 257–277.
- Religionswissenschaftlicher Medien- und Informationsdienst (REMID) (2009): Religionen in Deutschland: Mitgliederzahlen. Im Internet: [http://www.remid.de/remid\\_info\\_zahlen.htm](http://www.remid.de/remid_info_zahlen.htm), Zugriff 15.7.2009.
- Rensmann, Lars (2006): Populismus und Ideologie. In: Decker, Frank (Hg.) (2006): *Populismus in Europa. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 547. VS Verlag: Wiesbaden. S. 59–80.
- Roller, Franziska (2002): Trash Couture. Die Faszination des Trivialen als Modetrend. In: Braungart, Wolfgang (Hg.) (2002): *Kitsch. Faszination und Herausforderung des Banalen und Trivialen*. Tübingen: Niemeyer. S. 221–238.
- Ronneberger, Klaus (2001): Disneyfizierung der europäischen Stadt? In: Bittner, Regina (Hg.) (2001a): *Die Stadt als Event. Zur Konstruktion urbaner Erlebnisräume*. Frankfurt: Campus Verlag. S. 86–97.
- Roost, Frank (2000): Die Disneyfizierung der Städte. Großprojekte der Entertainmentindustrie am Beispiel des New Yorker Times Square und der Siedlung Celebration in Florida. Opladen: Leske und Budrich.
- Rosenberger, Sieglinde Katharina (2001): Demokratie und/versus Populismus. In: Markovits, Andrei/dies. (Hg.) (2002): *Ver-eint gegen Europa. Zeit-Dokumente Nr. 4*, S.31–32.
- Roters, Eberhard (1973): Nostalgie ist eine kokette Attitüde. In: *MK* 3.
- Roth, Roland (2003): Chancen und Hindernisse bürgerschaftlichen Engagements in den neuen Bundesländern. In: Backhaus-Maul, Holger et. al. (Hg.) (2003): *Bürger-schaftliches Engagement in Ostdeutschland. Potenziale und Perspektiven*. Opladen: Leske und Budrich.
- Rotthauwe, Helmut (1972): Heilige, Händler und zweifarbene Tücher. Bericht und Bild zum vergangenen Wesel. Willibrordi-Dombau-Verein e.V. Wesel.
- Rotthauwe, Helmut (1975): Rathäuser in Wesel. Stadt Wesel (Hg.).
- Rotthauwe, Helmut (1991): Das Rathaus von A bis Z. Phönix aus Wesels Asche. Bürgerinitiative Historisches Rathaus Wesel (Hg.). Hamminkeln.
- Rüsch, Eckart (2001): Nachdenken über Denkmalpflege. Begrüßung zum Symposium „Nachdenken über Denkmalpflege“, Hannover am 3. November 2001.
- Ryssel, Fritz Heinrich (1978): Den Reichsstädtern passte fürstliches Gepränge nicht. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 26.07.1978, Nr. 158
- Sachs, Hanns (1932): Kitsch. In: Dettmar, Ute/Küpper, Thomas (Hg.) (2007): *Kitsch. Texte und Theorien*. Stuttgart: Reclam. S. 184–192.
- Sächsische Akademie der Künste, Stadtplanungsamt Dresden (Hrsg.) (2008): *Historisch Contra modern? Erfindung oder Rekonstruktion der historischen Stadt am Beispiel des Dresdner Neumarkts*. Dresden
- Safranski, Rüdiger (2007): *Romantik. Eine deutsche Affäre*. München
- Scheier, Claus-Artur (2002): Kitsch – Signatur der Moderne? In: Braungart, Wolfgang (Hg.) (2002): *Kitsch. Faszination und Herausforderung des Banalen und Trivialen*. Tübingen: Niemeyer. S. 25–34.
- Schimank, Uwe (2004): Das globalisierte ICH. In: Nollmann, Gerd/Strasser, Hermann (Hg.) (2004): *Das individualisierte Ich in der modernen Gesellschaft*. Frankfurt. S. 45 – 68.
- Schmidt, Leo (2008): Einführung in die Denkmalpflege. WGB (Wissenschaftliche Buchgesellschaft), Darmstadt, 2008. ISBN 978-3-534-20119-8.
- Schmidt-Lux, Thomas (2009): Kanzler gegen Kirche. Die Diskussion um den Wiederaufbau der Leipziger Universitätskirche St. Pauli. Workshop Rekonstruktion, Dekonstruktion, Konstruktion. Soziologische Analysen des aktuellen Städtebaus. AG Architektursoziologie. Bamberg, 8./9. Mai 2009.

- Schnetz, Wolf Peter (1973): Freiheitsraum. Eine kritische Betrachtung des olympischen Geschehens in München. In: ders. (Hrsg.): Über das Spiel hinaus. Freizeiträume der Zukunft. Ergebnisse des Informellen Treffens junger europäischer Künstler im Rahmen des Kunstprogramms der XX. Olympischen Spiele München 1972. C. Bertelsmann Verlag: München, Wien, S. 23–59.
- Schreiner, Klaus (1966a): „Discrimen veri falsi“. Ansätze und Formen der Kritik in der Heiligen und Reliquienverehrung des Mittelalters. In: *AkuG* 48. S. 1–53.
- Schreiner, Klaus (1966b): Zum Wahrheitsverständnis Im Heiligen- und Reliquienwesen des Mittelalters. In: *Saec.* 17. S. 131–169.
- Schug, Alexander (Hg.) (2007): Palast der Republik: politischer Diskurs und private Erinnerung. Berlin.
- Schulz, Gabriele/ Lingenau, Klaus (2007): Die Freiräume und Gartenanlagen des Hansaviertels. In: Landesdenkmalamt Berlin (Hg.): Das Hansaviertel in Berlin. Bedeutung, Rezeption, Sanierung. Beiträge zur Denkmalpflege in Berlin, Band 26. Michael Imhof Verlag: Petersberg, S. 29–35.
- Schulz, Gerhard (2008): Romantik. Geschichte und Begriff. 3. Aufl. München.
- Schulz, Stefanie/ Schulz, Carl-Georg (2007): Das Hansaviertel. Ikone der Moderne. Verlagshaus Braun: Berlin.
- Schulze, Gerhard (1992): Die Erlebnisgesellschaft, Kultursoziologie der Gegenwart. Campus-Verlag.
- Schulze, Gerhard (1992): Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart. Frankfurt a. M.: Campus Verlag.
- Schulze, Gerhard (2000): Was wird aus der Erlebnisgesellschaft? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (B 12/2000).
- Schulze, Winfried (1987): Gerhard Oestreichs Begriff „Sozialdisziplinierung in der frühen Neuzeit“. In: *ZHF* 14. S. 265–302.
- Schwarz, Ullrich (Hrsg.) (2002): Neue Deutsche Architektur. Eine Reflexive Moderne. Hatje Cantz Verlag: Ostfildern.
- Sebald, W.G. (1999): Luftkrieg und Literatur. Mit einem Essay zu Alfred Andersch, München.
- Seidenspinner, Wolfgang (2007a): Authentizität. Kulturanthropologisch-erinnerungskundliche Annäherungen an ein zentrales Wissenschaftskonzept im Blick auf das Weltkulturerbe. In: *kunsttexte.de*, Nr. 4, 2007 (20 Seiten), [www.kunsttexte.de](http://www.kunsttexte.de).
- Seidenspinner, Wolfgang (2007b): Woran ist Authentizität gebunden? Von der Authentizität zu den Authentizitäten des Denkmals. Vortrag anlässlich des Symposiums „Nachdenken über Denkmalpflege“, Bauhaus Dessau, 31. März 2007. In: *kunsttexte.de*, Nr. 3, 2007 (7 Seiten), [www.kunsttexte.de](http://www.kunsttexte.de).
- Seith, Anne (2009): Koloss gegen den Konsumkater. In: *Der Spiegel* vom 26.02.2009
- Sewing, Werner (2008): Das Hansaviertel ist passé. In: ders. (Hg.): Hansaviertel und Documenta Urbana. Hansaviertel – frühe und späte Wirkungen. Symposium am 22. September 2007 in Berlin. Architektursalon Kassel: Kassel, S. 83–92.
- Seyfarth, René (2009): Die Formulierung hegemonialer Raumnutzungsansprüche durch Architektur. Workshop Rekonstruktion, Dekonstruktion, Konstruktion. Soziologische Analysen des aktuellen Städtebaus. AG Architektursoziologie. Bamberg, 8./9. Mai 2009.
- Siebel, Walter (1994): Die Festivalisierung der Stadtpolitik. In: Brandner, Birgit/Luger, Kurt/Mörth, Ingo (Hg.) (1994): *Kulturerlebnis Stadt. Theoretische und praktische Aspekte der Stadtkultur*. Wien: Picus Verlag. S. 95–102.
- Siewert, Sandra/ Berger, Dirk/ Müller, Ingo (2003): Von der Partei zur Party. Der Berliner Fernsehturm als Grafisches Symbol. *s.wert design*: Berlin.
- Sigel, Paul (2006): Konstruktion urbaner Identität. In: Sigel, Paul/ Klein, Bruno (Hrsg.): *Konstruktionen urbaner Identitäten. Zitat und Rekonstruktion in Architektur und Städtebau der Gegenwart*. Lukas Verlag: Berlin.
- SIGMA (2000): Lebenswelt und Bürgerschaftliches Engagement. Soziale Milieus in der Bürgergesellschaft. Ergebnisse einer sozialempirischen Repräsentationserhebung in der Bundesrepublik Deutschland. Sozialwissenschaftliches Institut für Gegenwartsfragen Mannheim. Stuttgart.

- Sommer, Peter (2002): KITSCH-ART, ein Phänomen der Postmoderne. In: Braungart, Wolfgang (Hg.) (2002): *Kitsch. Faszination und Herausforderung des Banalen und Trivialen*. Tübingen: Niemeyer. S. 259–263.
- Speitkamp, Winfried (2001): Denkmal und Erinnerungslandschaft. Zur Einführung. In: Martini, Wolfram (Hg.) (2000): *Architektur und Erinnerung*. Göttingen: Vandenberg und Ruprecht. S. 161–163.
- Speitkamp, Winfried (Hg.) (1997): *Denkmalsturz. Zur Konfliktgeschichte politischer Symbolik*. Göttingen.
- Speyer, Wolfgang (1990): Die Verehrung der Heroen, des göttlichen Menschen und des christlichen Heiligen. Analogien und Kontinuitäten. In: Dinzelbacher, Peter (Hg.): *Heiligenverehrung in Geschichte und Gegenwart*. Ostfildern.
- Spier, Tim (2006): Populismus und Modernisierung. In: Decker, Frank (Hg.) (2006): *Populismus in Europa. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 547. Wiesbaden. S. 33–58.
- Stadt Frankfurt am Main – Dezernat Planen, Bauen, Wohnen und Grundbesitz; Stadtplanungsamt (2004): Begründung zum Bebauungsplan Nr. 845, Ehemalige Hauptpost/Zeil vom 19.10.2004. Download von [http://www.planas-frankfurt.de/planAS/index\\_frame.htm?user=www-bebauungsplaene&pw=b](http://www.planas-frankfurt.de/planAS/index_frame.htm?user=www-bebauungsplaene&pw=b), Zugriff 01.10.2009
- Stadt Frankfurt am Main – Dezernat Planen, Bauen, Wohnen und Grundbesitz; Stadtplanungsamt (2009): Fortschreibung des Hochhausentwicklungsplans. Download von <http://www.stadtplanungsamt-frankfurt.de/stadtentwicklung>, Zugriff 01.10.2009
- Stadt Frankfurt am Main – Dezernat Planen, Bauen, Wohnen und Grundbesitz; Stadtplanungsamt (2009): *Innenstadtrundgang Frankfurt am Main. Reihe Baustein 3/09*
- Stadt Frankfurt am Main (2003): Sachstandsbericht des Senats über den Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 845 – Ehemalige Hauptpost/Zeil nach § 2 (1) BauGB vom 18.07.2009
- Stadt Frankfurt am Main (2003): Wortprotokoll zur 26. Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung am 18.09.2003
- Stadt Frankfurt am Main (2005): Wortprotokoll zur 43. Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung am 17.03.2005
- Stadt Frankfurt am Main (2006): Wortprotokoll zur 52. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23.02.2006
- Stadt Frankfurt am Main (2008): Wortprotokoll zur 29. Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung am 11. 12.2008
- Stadt Frankfurt am Main (2009): Wortprotokoll zur 31. Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26.02.2009
- Stadt Frankfurt am Main (2009): Wortprotokoll zur 32. Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26.03.2009
- Stadt Wesel (2006a): Vorlage zu Punkt A2 der Tagesordnung für die Sitzung des Rates am 21.06.2006.
- Stadt Wesel (2006b): Niederschrift über die Sitzung des Rates am 21.06.2006, 16: 30 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses.
- Stadtbild Deutschland e.V. (2008): Vortrag von Prof. Peter Bürger rettet die Tagung „Identität durch Rekonstruktionen?“ der Bundesbaukulturwerkstatt. Pressemitteilung 30. März 2008 [laut Überschrift]; Im Internet: <http://www.stadtbild-deutschland.de/mitteilungen.html> (Zugriff: 9.6.2009).
- Stekeler-Weithofer, Pirmin (2003): Geist und Ort der Universität Leipzig. In: Middell/Schubert/Stekeler-Weithofer a.a.O. S. 45–50.
- Stimmann, Hans (1990): Lübeck. In: Landeshauptstadt Kiel (Hg.) (1990): *Wiederaufbau der Innenstädte Kiel, Coventry, Lübeck. „Chancen und Pläne“ Dokumentation zur Ausstellung*. Kiel.
- Stimmann, Hans (2006): Zur Zukunft des Städtischen nach dem Scheitern der Moderne. In: Depenheuer, Otto (2006): *Kultur des Eigentums*. Springer: Berlin/Heidelberg.
- Stimmann, Hans (Hg.) (2009): *Berliner Altstadt: Von der DDR-Staatsmitte zur Stadtmitte*. DOM publishers: Berlin.
- Stöbe, Sylvia/ Krauss, Michael (2008): Einleitung. In: ders. (Hg.): *Hansaviertel und Documenta Urbana. Hansaviertel – frühe und späte Wirkungen*. Symposium am 22. September 2007 in Berlin. Architektursalon Kassel: Kassel, S. 7–22.

- Taggart, Paul (2000): Populism. Buckingham/Philadelphia.
- Taguieff, Pierre-André (2002): L'illusion populiste. De l'archaïque auf médiatique. Paris.
- Thierse, Wolfgang (2003): Grundlagen und Gefährdungen der Zivilgesellschaft Europas. In: Faulenbach, Bernd/Eckert, Rainer (Hg.) (2003): Auf dem Weg zur Zivilgesellschaft. Mythos und Realität der 60er und 70er Jahre in Ost und West. Essen: Klartext Verlag. S. 91–100.
- Tibi, Bassam (1998): Europa ohne Identität, Die Krise der multikulturellen Gesellschaft.
- Topfstedt, Thomas (2000): Streitfall Paulinerkirche. In: Bau+Kunst. Festschrift zum 65. Geburtstag von Jürgen Paul (Hrsg. Gilbert Lupfer, Konstanze Rudert und Paul Sigel). Hellerau-Verlag Dresden 2000, S. 329 – 340; Im Internet: <http://www.uni-leipzig.de/campus2009/topfstedt.html> (Zugriff 11.9.2009)
- Torbus, Tomasz (2007): Dieter Bingen/Hans-Martin Hinz (Hgg.): Die Schleifung. In: Sehepunkte 7 (2007), Nr. 3; Im Internet: [www.sehepunkte.de](http://www.sehepunkte.de) (Zugriff: 2.6.2009).
- Traeger, Jörg (1994): Zehn Thesen zum Wiederaufbau zerstörter Architektur. In: Bauwelt. H. 4/1994. S. 352–353.
- Trapp, Max (2007): Diskussionspapier zur Entwicklung eines Gestaltungskonzepts für den Großen Markt und das Domviertel in Wesel. Wesel. Im Internet: [http://www.weselmarketing.de/uploads/files/cnt\\_domviertel\\_diskussionspapier.pdf](http://www.weselmarketing.de/uploads/files/cnt_domviertel_diskussionspapier.pdf) (Zugriff 9.10.2009)
- Trebor, Robert (1.12.2008): Das Berliner Stadtschloss – Fake in Germany. Im Internet: <http://www.deutschlandpuls.de>.
- Trimborn, Jürgen (1995): Denkmäler als Wirklichkeit und Traum: Zum Umgang mit politisch-historischen Denkmälern der deutschen Vergangenheit. In: Die alte Stadt Bd. 22.1995/2. S. 175–193.
- Trimborn, Jürgen (2001): Der Schlussstrich unter eine unbequeme Vergangenheit. In: Die Alte Stadt, 2/2001. S. 92–110.
- Uhland, Ludwig (1980): Werke. Band 2, München.
- Universität Leipzig (Hg.) (1.2.2006): Einigung über Innenraumgestaltung des „Paulinums“. Pressemitteilung Nr. 2006/038 vom 1.2.2006. Auszugsweiser Abdruck in Koch/Koch 2006: 180.
- Universität Leipzig (Hg.) (2007): Dokumentation Diskussion um die Neugestaltung am Augustusplatz. Im Internet: [www.uni-leipzig.de/chronik/diskussion\\_lang.htm](http://www.uni-leipzig.de/chronik/diskussion_lang.htm) (Zugriff 27.09.2008)
- Universität Leipzig (Hg.) (2008) Der neue Uni-Campus im Herzen der Stadt. Sonderveröffentlichung der Universität Leipzig. 18. Oktober 2008. Leipzig.
- Venturi, Robert/Scott-Brown, Denise/Izenour, Steven (1972): Learning from Las Vegas. Cambridge/Mass.
- Verhoeven, Jennifer (2009): Form Follows Function – Das verlorene Palais Thurn und Taxis in Frankfurt/Main, in: Landesamt für Denkmalpflege Hessen (Hrsg.): Denkmalpflege und Kulturgeschichte Nr. 1/2009, S. 23 – 30
- Von Criegern, Axel/Kattenstroth, Christian (1975): Versuche zu Kitsch und Kunst. In: ZfK, 4. 1975. S. 181–200.
- von Saldern, Adelheid/Wagner-Kyora, Georg (2005): Demokratie und Wiederaufbau: In: Der Architekt. Nr. 3/4, 2005.
- Vondung, Klaus (1971): Magie und Manipulation. Ideologischer Kult und politische Religion des Nationalsozialismus. Göttingen.
- Wachtel, Werner (1982): Rekonstruktionsgebiet Neumarkt in Dresden. 3. Internationales Entwurfseminar in Dresden vom 20.7. bis 12.9.1981. In: Architektur der DDR, Heft 1, S. 36–38
- Wagner-Kyora (2004): Wiederaufbau-Politik und ihre Sinndeutungen (Projektbericht). In: IMS, 1/2004, S. 89–92.
- Walther, Uwe-Jens/ Günther, Simon (2004): «Patchwork City» Berlin. Eine Reportage. In: disP (156/ 01. 2004), S. 40-48. Im Internet: <http://www.nsl.ethz.ch/index.php/de/content/view/full/96> (Zugriff: 20.09.2009).
- Weiland, Severin (28.11.2008): Stadtschloss-Debatte: Balsam für das geschundene Berlin. Im Internet: <http://www.spiegel.de> (Zugriff 11.6.2009).

- Wendland, Ulrike (2002): Denkmalpflege und Heimat. In: Berger, Andrea/von Hohnhorst, Martin (Hg.) (2002): Heimat. Die Wiederentdeckung einer Utopie. Tagungsband zu den 1. Saarländischen Heimattagen. Ministerium für Umwelt Saarland. S. 177 – 190.
- Werner, Frank (2004): Wesels Rathaus. Die geplante Fassaden Rekonstruktion. In: Bauwelt. 1–2/2004. S. 22-23.
- WHC (1972): Convention concerning the Protection of the World Cultural and Natural Heritage (World Heritage Convention), UNESCO Generalversammlung, Paris, 16. November 1972.
- Wikimedia Foundation (o.J.): Wikipedia. Die freie Enzyklopädie; Im Internet: <http://de.wikipedia.org> (Zugriff: 03.09.2009).
- Will, Thomas (2001): „Rekonstruktion der europäischen Stadt? Zur Diskussion um den Dresdner Neumarkt“. In: deutsche bauzeitung (db), Heft 3/2001
- Willems, Herbert (2000): Events: Kultur – Identität – Marketing. In: Gebhardt, Winfried/Hitzler, Ronald/Pfadenhauer, Michaela (Hg.) (2000): Events. Soziologie des Außergewöhnlichen. Opladen: Leske und Budrich. S. 51–73.
- Winter, Jay (1998): Topoi und Erleben. Eine Interpretation der gesellschaftlichen Wirkung von Kriegsdenkmälern. In: Akademie der Künste (Hg.) (1998): Denkmale und kulturelles Gedächtnis nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation. Berlin: Jovis. S. 25–41.
- Wohn, Barbara/ Brinkmeier, Christian (2006): Architektur, Kunst & Natur. Eigentümer-Interessen-Gemeinschaft Olympisches Dorf e.V. (EIG); Im Internet: <http://www.eig-olympiadorf.de> (Zugriff: 24.09.2009)
- Wolff, Christian (2.6.2008): Offener Brief an Rektor Prof. Häuser. Im Internet: [www.paulinerkirche.de](http://www.paulinerkirche.de) (Zugriff: 9.9.2009)
- Wurlitzer, Manfred (2004): Die Stellung der Stadtverwaltung und des Stadtrates zum Wiederaufbau der Leipziger Universitätskirche. Im Internet: [www.telesteuerung.de/dokumentation.pdf](http://www.telesteuerung.de/dokumentation.pdf) (Zugriff 27.8.2008)
- Wynne, Derek (2001): Zeitgenössische Kultur, Kommodifizierung und urbane Revitalisierung. In: Bittner, Regina (Hg.) (2001a): Die Stadt als Event. Zur Konstruktion urbaner Erlebnisräume. Frankfurt: Campus Verlag. S. 292–298.
- Zametzner, Heiner (1994): Achtung Kultur! Vorsicht Kunst! Sechs Bemerkungen zum Kulturerlebnis Stadt. In: Brandner, Birgit/Luger, Kurt/Mörth, Ingo (Hg.) (1994): Kulturerlebnis Stadt. Theoretische und praktische Aspekte der Stadtkultur. Wien: Picus Verlag. S. 103–134.
- Zeeden, Ernst (1950): Martin Luther und die Reformation im Urteil des deutschen Luthertums. Studien zum Selbstverständnis des lutherischen Protestantismus von Luthers Tode bis zum Beginn der Goethezeit. Bd. 1. Freiburg i. Br.
- Zick, Andreas (2008): Die Konflikttheorie der sozialen Identität. In: Bonacker, Thorsten (Hg.) (2008): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung. Wiesbaden. S. 409 – 428.
- Zimmermann, Till (2007): Erinnerung an die Hansezeit. In: Damals. 9/2007. S. 46–47.

### Internetquellen

- [www.altstadt-frankfurt.de](http://www.altstadt-frankfurt.de) (Zugriff 21.6.2009)
- [www.wesel.de](http://www.wesel.de) (Zugriff 21.6.2009)
- [www.jakobkemenate.de](http://www.jakobkemenate.de) (Zugriff 21.10.2009)
- [www.stadtbild-deutschland.de](http://www.stadtbild-deutschland.de) (Zugriff 21.10.2009)
- [www.rathausseite.de](http://www.rathausseite.de) (Zugriff 21.10.2009)
- [www.buerger-pro-uni.de](http://www.buerger-pro-uni.de) (Zugriff: 6.10.2009)
- [www.esg-leipzig.de](http://www.esg-leipzig.de) (Zugriff: 6.10.2009)
- [www.evlks.de](http://www.evlks.de) (Zugriff: 6.10.2009)
- [www.johanniskirchturm.de](http://www.johanniskirchturm.de) (Zugriff: 6.10.2009)
- [www.paulinerkirche.de](http://www.paulinerkirche.de) (Zugriff: 6.10.2009)
- [www.paulinerkirche.org](http://www.paulinerkirche.org) (Zugriff: 6.10.2009)
- [www.paulinerverein.de](http://www.paulinerverein.de) (Zugriff: 6.10.2009)
- [www.paulinum-glaswand.de](http://www.paulinum-glaswand.de) (Zugriff: 6.10.2009)
- [www.stiftung-universitaetskirche.de](http://www.stiftung-universitaetskirche.de) (Zugriff: 6.10.2009)
- [www.uni-leipzig.de](http://www.uni-leipzig.de) (Zugriff: 6.10.2009)
- [www.verhoer.de](http://www.verhoer.de) (Zugriff: 6.10.2009)
- [www.nextroom.at](http://www.nextroom.at); Zugriff: 01.09.2009
- [de.wikipedia.org](http://de.wikipedia.org); Zugriff: 03.09.2009



Dresden Tourismus GmbH, letzter Zugriff 10.10.09

[www.dresden.de/dtg/de/sehenswuerdigkeiten.php](http://www.dresden.de/dtg/de/sehenswuerdigkeiten.php)

[www.dresden.de/dtg/de/sehenswuerdigkeiten/altstadt.php](http://www.dresden.de/dtg/de/sehenswuerdigkeiten/altstadt.php)

[www.dresden.de/dtg/de/sehenswuerdigkeiten/architektur.php](http://www.dresden.de/dtg/de/sehenswuerdigkeiten/architektur.php)

Brennpunkte: Neumarkt Frauenkirche

[www.dresden.de/de/08/01/brennpunkte/c\\_031.php](http://www.dresden.de/de/08/01/brennpunkte/c_031.php), letzter Zugriff 10.10.09

Stadterneuerung und Städtebauförderung

[www.dresden.de/de/08/01/brennpunkte/03/03\\_stadterneuerung.php](http://www.dresden.de/de/08/01/brennpunkte/03/03_stadterneuerung.php), letzter Zugriff 10.10.09

Maßnahmen und Projekte für das Neumarktgebiet

[www.dresden.de/de/08/01/brennpunkte/03/05\\_massnahmen.php](http://www.dresden.de/de/08/01/brennpunkte/03/05_massnahmen.php), letzter Zugriff 10.10.09

Hotel Stadt Rom, Quartier I-VIII

[www.dresden.de/de/08/01/brennpunkte/03/06\\_Hotel.php](http://www.dresden.de/de/08/01/brennpunkte/03/06_Hotel.php), letzter Zugriff 10.10.09

Archiv der Gesellschaft Historischer Neumarkt Dresden e. V.

[www.neumarkt-dresden.de/](http://www.neumarkt-dresden.de/), letzter Zugriff 10.10.09, verschiedene Quellen

Gesellschaft zur Förderung der Frauenkirche Dresden e.V.

[www.frauenkirche-dresden.de/erste-bestrebungen.html](http://www.frauenkirche-dresden.de/erste-bestrebungen.html), letzter Zugriff 10.10.09

Offener Brief zum Gewandhaus – Wettbewerb

[www.neumarkt-dresden.de/Presse/offener-brief-zum-gewandhaus-wettbewerb.html](http://www.neumarkt-dresden.de/Presse/offener-brief-zum-gewandhaus-wettbewerb.html), letzter Zugriff 07.11.2009

Position der Bürgerfraktion gegen das Gewandhaus

[www.buergerfraktion-dresden.de/stadtentwicklung/der-neumarkt/kein-gewandhaus.html](http://www.buergerfraktion-dresden.de/stadtentwicklung/der-neumarkt/kein-gewandhaus.html), letzter Zugriff 08.11.2009

[www.buergerfraktion-dresden.de/stadtentwicklung/der-neumarkt/gewandhaus...kommentar.html](http://www.buergerfraktion-dresden.de/stadtentwicklung/der-neumarkt/gewandhaus...kommentar.html), letzter Zugriff 07.10.2009

Position der FDP-Fraktion zur Neumarkt-Entwicklung

<http://www.fdp-fraktion-dresden.de/positionen-269.html>, letzter Zugriff 08.11.2009

Position der CDU-Fraktion zur Tiefgarage am Neumarkt

[www.dresden-cdu.de/archiv/themen/0307/04.htm](http://www.dresden-cdu.de/archiv/themen/0307/04.htm), letzter Zugriff 08.11.2009

Offener Brief der Dresdner Architekten zum Gewandhaus

[www.buergerfraktion-dresden.de/stadtentwicklung/der-neumarkt/offener-brief.html](http://www.buergerfraktion-dresden.de/stadtentwicklung/der-neumarkt/offener-brief.html), letzter Zugriff 08.11.2009

### Zeitungsartikel/Hörfunk

Alexander, Matthias (2002): Ein feudaler Fremdkörper in der Bürgerstadt. Das Palais Thurn und Taxis: Kleine Schloßgeschichte. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.10.2006

Alexander, Matthias (2006): Wehrlose Denkmalpflege. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.08.2002, Nr. 192, S. 41

Alexe, Thilo (2007): SPD plant Bürgerentscheid zum neuen Gewandhaus. In: Sächsische Zeitung vom 20.09.2007

Arning, Matthias (2009): Anker in der City. In: Frankfurter Rundschau vom 27.02.2009

Arning, Matthias; Rutkowski, Peter; Venn, Lia (2008): Umbau in Frankfurt. Das Verschwinden der 50er. In: Frankfurter Rundschau vom 07.05.2008.

Baier, Lothar (1998): Der gottverlassene Postadler. Wer in der neuen europäischen Finanzhauptstadt die Hauptpost sucht, kann lange suchen. In: Die Zeit vom 29. Januar 1998, Ausgabe 06/1998

Bartetzko, Daniel (2004): Abbruch-Stimmung. Frankfurts Fernmelde-Hochhaus. In: Frankfurter Rundschau vom 02.07.2004

Bartetzko, Dieter (1990): Barockschloss als Opfer des Wiederaufbaus. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1990

Bartetzko, Dieter (2002): Das Mädchen Frankfurt. Schloß-Ansichten: Die Auferstehung des Thurn-und-Taxis-Palais. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.10.2002

- Bartetzko, Dieter (2007): Bauen als Kampfsport. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.06.2008
- Bartetzko, Dieter (2009): Von nun an ging's bergab. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.02.2009
- Berliner Morgenpost (15.09.2009): Tourismus. Welche Berliner Sehenswürdigkeit würden Sie gern mal wieder besuchen? Im Internet: <http://www.morgenpost.de> (Zugriff: 03.10.2009).
- Bernau, Nikolaus (30.12.2008): Schlossfassade als Ziegelwand? In: Berliner Zeitung, 30.12.2008; Im Internet: <http://www.berlinonline.de> (Zugriff: 12.6.2009).
- Bernau, Nikolaus (2001): Bellotto gegen das 21. Jahrhundert. In: Berliner Zeitung vom 06.01.2001
- Buhl, Petra-Alexandra (2007): FDP will Kunsthalle am Neumarkt verhindern. In: Sächsische Zeitung vom 15. 05. 2007
- Dresdener Neue Nachrichten, 26.10.2008: Diese Einkaufspassage ist ein Skandal!
- Eckardt, Emanuel (2005): Das Wunder von Dresden. In: Die Zeit vom 20.10.2005, Nr.43
- Finger, Evelyn (2005): Canaletto kaputt. In: Die Zeit vom 03.11.2005
- Frankfurter Allgemeine Zeitung 05.07.2007: Grundsatzrede von Oberbürgermeisterin Petra Roth.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung 18.07.2003: Stadtverordnete beschließen Neuordnung des Zeil-Geländes.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung 26.10.2002: Palais Thurn und Taxis wird wieder aufgebaut. Büro KSP Engel und Zimmermann gewinnt Wettbewerb um Zeil-Areal, S.61.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung 22.03.2002: Palais Thurn und Taxis: Investor prüft Rekonstruktion, S. 62.
- Frankfurter Neue Presse 26.02.2009: Von der Post zum Glas-Palast.
- Frankfurter Rundschau 04.09.2008: Hochhäuser und Tradition. „Palais Quartier“ ist im Plan
- Frankfurter Rundschau 21.11.2000: Dienstleistungszentrum ersetzt Fernmeldehochhaus.
- Fuhr, Eckard (2008): Das Berliner Schloss und die Krise, Im Internet: <http://www.welt.de> (Zugriff: 11.6.2009).
- Göpfert, Claus-Jürgen; Michels, Claudia (2007): „Ich erwarte, dass die neue Altstadt Identität stiftet“. In: Frankfurter Rundschau vom 19.05.2007
- Greiner, Ulrich (2007): Die Verzauberung der Welt. In: Die Zeit, Nr. 37, 6.9.2007. Im Internet: [www.zeit.de](http://www.zeit.de) (Zugriff: 3.8.2009)
- Guratzsch, Dankwart (2001): Der Streit um den Wiederaufbau der Paulinerkirche nimmt groteske Züge an. In: Die Welt, 6.8. 2001
- Guratzsch, Dankwart (2002a): Wo Ulbrichts Bagger wühlten. In Leipzig und Halle wird um den Wiederaufbau gotischer Bauwerke gestritten. In: Die Welt, 20.2.2002.
- Guratzsch, Dankwart (2002b): Leipzig, peinlich. In: Die Welt, 1.6.2002.
- Guratzsch, Dankwart (2003): Ein Bauwerk, das Wissenschaft und Ethik vereint. In: Die Welt, 24.1.2003.
- Guratzsch, Dankwart (2003): Dresden bekommt eine neue Altstadt. In: Die Welt vom 15.09.2009
- Guratzsch, Dankwart (2002): Wer den Keller nicht ehrt. In: Die Welt vom 19.11.2002
- Haubrich, Rainer (1.12.2008): Der Schloss-Architekt erklärt sein Werk. Interview mit Franko Stella. In: Die Welt, 1.12.2008; Im Internet: <http://www.welt.de> (Zugriff: 11.6.2009).
- Holland, Brigitte (2008): Kein neues Gewandhaus am Neumarkt. In: [www.meindresden.info/news/neumarkt/article/kein-neues-gewandhaus-am-neumarkt.html](http://www.meindresden.info/news/neumarkt/article/kein-neues-gewandhaus-am-neumarkt.html), letzter Zugriff 08.11.2009
- Hollenstein, Roman (2002): Ein Jurassic Park des Barock. In: Neue Zürcher Zeitung vom 01.02.2002
- Hollenstein, Roman (2009): Architektonischer Reliquienkult. Ein «interaktives» Portfolio zum Leben von Frank Lloyd Wright. In: Süddeutsche Zeitung, 9.4.2009. Im Internet: [http://www.nzz.ch/nachrichten/kultur/buchrezensionen/architektonischer-reliquienkult\\_1.2367325.html](http://www.nzz.ch/nachrichten/kultur/buchrezensionen/architektonischer-reliquienkult_1.2367325.html) (Zugriff 21.9.2009)

- HR-Online (28.09.2005): Angekommen im 21. Jahrhundert. In: HR-Online. Download von <http://www.hr-online.de>, Zugriff 01.07.2009
- Ij/dpa/hed (16.12.2008): Humboldt-Forum: Franco Stella muss sein Stadtschloss billiger machen. In: Berliner Morgenpost, 16.12.2008; Im Internet: <http://www.morgenpost.de> (Zugriff: 11.6.2009).
- Issig, Peter (03.02.2002): Was wird aus dem Olympiapark? In: Welt, 03.02.2002; Im Internet: <http://www.welt.de> (Zugriff: 24.09.2009).
- Jaeger, Falk (2004): Architektur vom Beginn des 21. Jahrhunderts – mit eingebautem Verfallsdatum. In: Stuttgarter Nachrichten. 30.3.2004.
- Jessen, Jens (2007): Gefährlicher Eifer. Artikel in der Wochenzeitung DIE ZEIT vom 11.01.2007, Nr. 03.
- Kaufmann, Kris (2007): Dresdner Neumarkt mit neuem Gewandhaus? In: Dresdner Blättl vom 08.06.2007
- Kil, Wolfgang (2006): Entsetzen am Neumarkt. In: Der Freitag vom 08.12.2006
- Kil, Wolfgang (2003): 700 Meter Sehnsucht. In: Süddeutsche Zeitung vom 30.10.2003
- Klemm, Bettina (2002): Mit geschlossenen Augen vom Neumarkt träumen. In: Sächsische Zeitung vom 25.09.2002
- Klemm, Bettina/Schade, Claudia (2008): Dresden erhält Architektur-Preis. In: Sächsische Zeitung vom 20.10.2008
- Klemm, Bettina (2009): Schatten über Neumarkt-Hotel Stadt Rom. In: Sächsische Zeitung vom 26.03.2009
- Knapp, Gottfried (19.11.2007): Umbau des Münchner Olympia-Parks. Wahrzeichen in Gefahr? In: Süddeutsche Zeitung, 19.11.2007; Im Internet: <http://www.sueddeutsche.de> (Zugriff: 24.09.2009).
- Kowa, Günter (28.11.2008): Entscheidung in Berlin: Stella soll Stadtschloss aufbauen. In: Kölner Stadtanzeiger, 28.11.2008; Im Internet: <http://www.ksta.de> (Zugriff: 11.6.2009).
- Kurianowicz, Tomasz (2008): Der Schein im Sein: Architekten und Denkmalpfleger diskutieren über den Sinn von Rekonstruktionen. In: Berliner Zeitung. Im Internet: <http://www.berlin-online.de> (Zugriff: 9.6.2009).
- Lederer, Arno (23.12.2008): Berliner Schloss: Geben Sie Gedankenfreiheit! In: Die Zeit, 23.12.2008; Im Internet: <http://www.zeit.de> (Zugriff: 12.6.2009).
- Leipziger Internet Zeitung 2.7.2009: 600 Jahre Uni Leipzig: Sonderbriefmarke wird ab heute verkauft. <http://www.l-iz.de/Leben/Gesellschaft/2009/07/600-Jahre-Uni-Leipzig-Sonderbriefmarke-wird.html> (Zugriff 20.9.2009)
- Lützeler, Paul Michael (2007): Die Romantik gab's nicht nur in Deutschland. In: Die Welt, 31.8.2007; Im Internet: [www.welt.de](http://www.welt.de) (Zugriff: 3.8.2009)
- LVZ 23.11.2000: Forumsteilnehmer waren sich einig: Originalgetreuer Wiederaufbau des Gotteshauses ist kein Thema mehr. Paulineraula im Uni-Neubau soll an Kirchensprengung erinnern.
- LVZ 12.7.2001: Wiederaufbau der Unikirche spaltet Meinung der Leipziger.
- LVZ 15.1.2002: CDU spricht sich für Wiederaufbau der Paulinerkirche aus.
- LVZ 1.2.2002 Paulinerkirche: Grüne werfen CDU Populismus vor. Streit um Wiederaufbau
- LVZ 8.8.2002: Debatte um Campus und Kirche hält unvermindert an.
- LVZ 5.11.2002: Junge Leipziger für Wiederaufbau der Uni-Kirche.
- LVZ 30.12.2002: „An den Augustusplatz gehört ein Giebel mit Steildach“. Ex-Stadtbaurat Gormsen appelliert in offenem Brief an Oberbürgermeister Tiefensee und Uni-Rektor Bigl.
- LVZ 31.1.2003: Tausende Leipziger äußern ihre Meinung zum Beschluss des Dresdner Kabinetts
- LVZ 2.6.2005: Pauliner streiten sich mal wieder

- LVZ 10.4.2008: „Ein perfekter Kompromiss“ Architekt Erick van Egeraat im Interview über seinen Aula-Kirche-Bau für die Leipziger Universität. S. 19. <http://www.kuenstlerhand.de/energiefresser.htm> (Zugriff 12.9.2009)
- LVZ 18.8.2004: Wahl annulliert – und Jutta Schrödl will nicht mehr.
- LVZ 10.7.2008: Schlusspurt auf dem Uni-Campus: Mensa, Bibliothek und Seminargebäude bis Jahresende fertig.
- LVZ 13.10.2008: TED: Sind Sie für eine Glaswand in der Unikirche?
- LVZ 30.10.2008: „Im Vergleich zur Polemik Luthers bin ich ein Waisenknabe“ Thomaskirchenpfarrer Christian Wolff über seinen Thesenanschlag
- LVZ 26.1.2009 Folge der Finanzkrise: Paulinum-Architekt van Egeraat ist pleite
- LVZ 18.2.2009 Kündigung für van Egeraat – Innenausbau für Paulinum neu ausgeschrieben
- LVZ 20.2.2009: Loest oder: Marxrelief, Rektor und LVZ im „Wäschekorb“
- LVZ 10.3.2009: Neuer Leipzig- „Tatort“ dreht sich um Sprengung der Paulinerkirche
- LVZ 4.5.2009: Van Egeraat contra Freistaat. Der holländische Architekt fordert mehr Mitsprache beim Paulinum ein
- LVZ 15.9.2009: Paulinum vor Gericht. Architekt Erick van Egeraat beantragt Erlass einer einstweiligen Verfügung/Freistaat reagiert gelassen
- LVZ 23./24.5.2009: Van Egeraat siegt gegen Freistaat
- LVZ 4.9.2009: „Werde konstruktiv mitarbeiten“ Erick van Egeraat über sein künftiges Engagement für den Campus-Bau und die Gründe der Insolvenz
- Matzig, Gerhard (03.10.2009): Sankt Walters „Protzstengel“ wird 40. In: Süddeutsche Zeitung, 03.10.2009; Im Internet: <http://www.sueddeutsche.de> (Zugriff: 03.10.2009).
- Michel, Kai (2002): So schön, wie es nie gewesen ist. In: Berliner Zeitung, 15. Januar 2002; Im Internet: [www.berlinonline.de](http://www.berlinonline.de) (Zugriff: 2.6.2009).
- Michels, Claudia (2009): Auch vom Alten was Neues. In: Frankfurter Rundschau vom 30.01.2009
- Michels, Claudia (2009): Dort, wo Saturn am höchsten steht. In: Frankfurter Rundschau vom 25.02.2009
- Michels, Claudia (2009): MyZeil, My Römer, My Petra, My Droppe. In: Frankfurter Rundschau vom 26.02.2009
- Misik, Robert (2008): Ikone der Intensität. taz vom 22.08.2008.
- Moles, Abraham (1985): Kitsch als ästhetisches Schicksal der Konsumgesellschaft. In: Pross, Harry (Hg.) (1985): Kitsch. Soziale und politische Aspekte einer Geschmacksfrage. München: List. S. 31–37.
- Mühling, Jens (11.12.2009): Der Stadtschloss-Architekt: Franco Stella: „Ich bin nicht totalitär“; In: Der Tagesspiegel, 11.12.2008; Im Internet: <http://www.tagesspiegel.de> (Zugriff: 11.6.2009).
- Müller, Lothar (2007): In jedem Matrosenanzug steckt eine blaue Blume. Die Wiederverkehr der Geistesgeschichte als Achterbahn: Rüdiger Safranskis allzu vergwegene Reise durch die deutsche Romantik; In: Süddeutsche Zeitung, Nr. 201, 1.9.2007, S. 16
- Murr, Günter (2009): Architekten prangern Bausünden an. In: Frankfurter Neue Presse vom 08.04.2009
- N.N. (24.10.2006): Diese Einkaufspassage ist ein Skandal; In: Dresdner Neuste Nachrichten, 24.10.2006.
- N.N. (3.3.2006): Wenn Wiederaufbau geschichtlich wird. Ein Sammelband beschreibt Beispiele architektonischer Rekonstruktionen in Deutschland und Polen. In: Junge Freiheit. 3.3.2006; Im Internet: <http://www.jungefreiheit.de> (Zugriff: 2.6.2009).
- nrc (2005): Schöne Aussicht für die Literatur. Im Internet: [http://www.hronline.de/website/rubriken/kultur/index.jsp?rubrik=5982&key=standard\\_document\\_11670466](http://www.hronline.de/website/rubriken/kultur/index.jsp?rubrik=5982&key=standard_document_11670466) (Zugriff 31.8.2008)
- Pehnt, Wolfgang (2008): Die Stunde der Wiedergänger. In: Süddeutsche Zeitung, 14.7.2008, S. 10
- Poschardt, Ulf (22.12.2008): Schlossbedürfnis? Ja. Schlossbedarf? Nein. In: Die Welt, 22.12.2008; Im Internet: <http://www.welt.de> (Zugriff: 11.6.2009).

- Rauterberg, Hanno (4.12.2008): Eine Residenz der Kälte. In: Die Zeit, 4.12.2008; Im Internet: <http://www.zeit.de> (Zugriff: 11.6.2009).
- Richter, Peter (2009): Klotzt nicht so romantisch. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.7.2009. Im Internet: <http://www.faz.net> (Zugriff: 5.8.2009)
- Richter, Peter (29.11.2008): Nach der Stadtschlossentscheidung: Und hinter jedem Schloss ein Riegel. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.11.2008; Im Internet: <http://www.faz.net> (Zugriff: 11.6.2009).
- Richter, Ralph (2009): Das Bedürfnis nach doppelter Distinktion. Unveröffentlichter Tagungsbeitrag vom Workshop „Rekonstruktion, Dekonstruktion, Konstruktion der AG Architektursoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie.
- Ruby, Andreas (2000): Las Vegas an der Elbe. Eine Stadt im Kulissenwahn: Wie sich Dresden die eigene Vergangenheit zurechtlegen möchte. In: Die Zeit Nr. 46
- Ruskin, John (1849): The Seven Lamps of Architecture. London
- Sack, Manfred (2009): Die Macht des Schicksals. In: Die Zeit vom 06.10.2009
- Sauerländer, Willibald (1975): Erweiterung des Denkmalsbegriffs? Vortrag vor der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland, gehalten am 20.06.1975 in Goslar
- Schulz, Bernhard (2009): Stadt, Land, Schloss. In: Der Tagesspiegel vom 6.3.2009. Im Internet: [www.tagesspiegel.de/kultur/Architektur-Stadtschloss-Franco-Stella;art772,2745075](http://www.tagesspiegel.de/kultur/Architektur-Stadtschloss-Franco-Stella;art772,2745075), Zugriff 11.6.2009
- Schulze, Rainer (2008): Ein Richtspruch für vier Gebäude. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.09.2008
- Schulze, Rainer (2009): 70 000 Besucher strömen in Zeil-Einkaufszentrum. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.02.2009
- Seils, Christoph (29.11.2009): Stoppt das Stadtschloss! Im Internet: <http://www.zeit.de> (Zugriff: 11.6.2009).
- Seiß, Reinhard (2004): Dresdens Dritte Zerstörung. In: Salzburger Nachrichten vom 17.07.2004
- Semler, Christian (2002): Die alten Fronten also, neu aufgelegt. In: Die Tageszeitung, 15.1.2002; Im Internet: [www.taz.de](http://www.taz.de) (Zugriff: 2.6.2009).
- Stimmann, Hans (17.12.2008): Berliner Schloss: Herausragend! In: Die Zeit, 17.12.2008; Im Internet: <http://www.zeit.de> (Zugriff: 11.6.2009).
- Straub, Eberhard (2005): Den leeren Seelenraum möblieren. In: Die Welt vom 30. 12. 2005
- Süddeutsche Zeitung (28.7.2008): CDU ist mitgliederstärkste Partei. In: Süddeutsche Zeitung vom 28.7.2008. Im Internet: <http://www.sueddeutsche.de/politik/901/303880/text/>, Zugriff 15.7.2009.
- SZ/kle (2009): „Die Dresdener sollten den geschulten Augen der Fachleute vertrauen“. In: Sächsische Zeitung vom 28. 03. 2009
- Taffertshofer, Birgit (04.05.2006): Münchner Olympiapark. Es geht auch ohne Fußball. In: Süddeutsche Zeitung, 04.05.2006; Im Internet: <http://www.sueddeutsche.de> (Zugriff: 24.09.2009).
- Tenbrock, Christian (28.8.2003): Mitglieder verzweifelt gesucht. In: Die Zeit vom 28.8.2003. Im Internet: <http://www.zeit.de/2003/36/Gewerkschaft?page=2>, Zugriff 15.7.2009.
- Thomas, Christian (2005): Auch ein Brückenschlag. In: Frankfurter Rundschau vom 18.02.2005
- Thomas, Christian (2009): Meine Zeil. In: Frankfurter Rundschau vom 20.02.2009
- Die Welt 27.09.2005: Zeil-Großprojekt startet mit Verzögerung.
- woje/end (2005): „Eine Wunde wurde geschlossen“. Im Internet: [http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/index.jsp?rubrik=5710&key=standard\\_document\\_11639756](http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/index.jsp?rubrik=5710&key=standard_document_11639756) (Zugriff 31.8.2008)
- Zajonz, Michael (2008): Die reparierte Stadt. In: Der Tagesspiegel, 18.10.2008. Im Internet: <http://www.tagesspiegel.de> (Zugriff: 9.6.2009).

## Interviews

Matthias Arning (Lokalredaktion Frankfurter Rundschau) am 22.09.2009

Dieter Bartzko (Frankfurter Allgemeine Zeitung/Feuilleton) am 24.09.2009

Bürgerinitiative Historisches Rathaus Wesel e.V., Frau Ewert-Kruse und Herr Schröder am 28.09.2009

Fraktionen des Rates der Stadt Wesel, Herr Hasibether (SPD) und Herr Berns (FDP) am 28.09.2009

Niels Gormsen (Stadtbaurat a. D. Leipzig) am 10.09.2009

Franz Häuser (Rektor der Universität Leipzig) am 10.09.2009

Sabine Heymann (Stadtratsfraktion der Christlich-Demokratischen Union Leipzig) am 26.08.2009

Torsten Kulke (1. stellvertretender Vorsitzender, Gesellschaft Historischer Neumarkt Dresden e. V) am 29.08.2009

Dieter von Lüpke (Amtsleiter Stadtplanungsamt Frankfurt) am 22.09.2009

Dr. Christoph Mohr (Landesamt für Denkmalpflege Hessen) am 23.09.2009

Roland Quester (Stadtratsfraktion von Bündnis 90/die Grünen Leipzig) am 25.08.2009 (telefonisch)

Peter Roßmus (Sachbearbeitung B-Plan 845 „Ehemalige Hauptpost/Zeil“; Stadtplanungsamt Frankfurt) am 16.09.2009 (Telefonat)

Johannes Schroth/Joachim Tesch (Bürgerinitiative „Für eine weltoffene, weltliche und autonome Universität Leipzig“) am 10.09.2009

Ulrich Stoetzner (Vorsitzender Paulinerverein Leipzig) am 28.08.2009 (telefonisch)

Vertreter der Stadt Wesel, Frau Bgm. Westkamp, Herr Brandenburg, Herr Prior und Herr Waldeyer am 28.09.2009

Christian Wolff (Pfarrer der Thomaskirche Leipzig) am 10.09.2009



